

Yuliya von Saal  
KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion

# **Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte**

Herausgegeben vom Institut für  
Zeitgeschichte

Band 100

Oldenbourg Verlag München 2014

*Yuliya von Saal*

# **KSZE-Prozess und Perestroika in der Sowjetunion**

Demokratisierung, Werteumbruch  
und Auflösung 1985–1991

Oldenbourg Verlag München 2014

Lektorat: Gabriele Jaroschka  
Herstellung: Karl Dommer  
Einbandgestaltung: hauser lacour

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d.nb.de> abrufbar.

Library of Congress Cataloging-in-Publication Data  
A CIP catalog record for this book has been applied for at the Library of Congress.

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechts.

© 2014 Oldenbourg Wissenschaftsverlag GmbH  
Rosenheimer Straße 143, D-81671 München  
[www.degruyter.com/oldenbourg](http://www.degruyter.com/oldenbourg)  
Ein Unternehmen von De Gruyter

Gedruckt in Deutschland

Dieses Papier ist alterungsbeständig nach DIN/ISO 9706.

ISBN 978-3-486-70510-2  
eISBN 978-3-486-75787-3  
ISSN 0481-3545



# Inhalt

Danksagung .....	IX
I. Einleitung .....	1
1. Fragestellung .....	1
2. Forschungsstand und Eingrenzung des Themas .....	8
3. Untersuchungsmethode .....	15
4. Akteurs-Ebenen: Parteistaat und informelle Öffentlichkeit .....	21
5. Quellen .....	31
II. Internationales Umfeld und Beginn der Perestroika .....	37
1. Transnationale Sozialisation: Der KSZE-Prozess vor 1985 .....	37
1.1 Der Pyrrhussieg der UdSSR: Die Schlussakte von 1975 .....	37
1.2 Der KSZE-Prozess im „Gewand“ der Menschenrechte .....	43
2. Gorbačëvs erste Korrekturen in der Innen- und Außenpolitik, 1985–1987 .....	49
2.1 Die Perestroika als Versuch der Systemrevitalisierung: „Beschleunigung“, „Faktor Mensch“ und „Glasnost“ .....	50
2.2 Instrumentelle und ideelle Motive des Umdenkens in der sowjetischen KSZE-Politik .....	54
2.3 Ziel- und Strategiewechsel in der sowjetischen KSZE-Politik .... „Von der Verteidigung zum Angriff“: die KSZE-Expertentreffen in Ottawa (1985) und Bern (1986) (61) – Die „rhetorische Wende“ auf dem KSZE- Folgetreffen in Wien (64) – Der Forderungskatalog der westlichen Staaten an Moskau (68)	59
III. Die innenpolitischen Folgen des KSZE-Prozesses: Von der kontrollierten zur eigendynamischen Liberalisierung und die „Macht“ der Menschenrechtsnormen (1986–1989/1990) .....	79
1. Die Befreiung der Gesellschaft und der Machtverlust der KPdSU .....	79
1.1 Die begrenzte Mobilisierung des „Faktors Mensch“ .....	80
1.2 Die Herausbildung der informellen Gruppen .....	86
1.3 Die Informellen und die KSZE .....	100
1.4 Die Reaktionen des Machtapparates: Widersprüchlichkeit der Umgangsformen .....	111

2. Die Erweiterung von glasnost: Meinungs- und Pressefreiheit der informellen Medien .....	119
2.1 „Mehr Licht!“: Lockerung der Zensur .....	120
2.2 Die Herausbildung des „Zweiten Samizdat“ seit 1987 und der Verlust des Informationsmonopols durch die KPdSU .....	127
2.3 Der Samizdat als Musterbeispiel für die Meinungs- und Pressefreiheit .....	134
2.4 Irritation als Reaktion: staatliche Umgangsformen mit dem Phänomen der informellen Presse .....	143
3. Reisefreiheit – Ausreisebewegungen und die Entkriminalisierung der Emigration .....	150
3.1 Die Liberalisierung der sowjetischen Ausreisepolitik unter Einfluss der multilateralen Diplomatie .....	150
3.2 Der Massenexodus aus der Sowjetunion .....	161
3.3 Die KSZE als Referenz: Emigrationsbewegung und Forderungen nach gesetzlichen Garantien der Reisefreiheit .....	163
4. Selbstbestimmungsrecht der Völker: das Streben der Balten nach Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit .....	171
4.1 Emotionalisierung und Mobilisierung des nationalen Widerstands durch die lettische „Helsinki-86“-Gruppe .....	174
4.2 Die Volksfrontbewegungen: Ziele, Strategien und Folgen .....	183
4.3 Die KSZE als Forum und Instrument – Internationalisierung der „Baltischen Frage“ via KSZE 1989/1991 .....	197
4.4 Der Domino-Effekt des Nationalen „Spill-Over“ .....	202
5. Mobilisierung der Opposition, Menschenrechtsdialog und Verlust der Kontrolle .....	209
5.1 Erstarkung der Gegengesellschaft und Verdrängung der staatlichen Deutungsmacht im Sommer 1988 .....	209
5.2 Die Menschenrechtskommission von Fedor Burlackij und die Enttabuisierung des Menschenrechtsdiskurses .....	225
5.3 Vom Kollektiv zum Individuum: der Werteumbruch und die Entsakralisierung des Systems .....	234
5.4 Parteinterne Widerstände und die Aufwertung völkerrechtlicher Normen .....	242
6. Politische Reformen und Legitimationskrise der KPdSU .....	253
6.1 Die XIX. Parteikonferenz .....	253
6.2 Die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 – eine Massenmobilisierung gegen das Parteiestablishment .....	262
6.3 Der Wertediskurs und das Ende der Parteieinheit im ersten Volksdeputiertenkongress .....	270
6.4 Die Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung .....	287

7. Zwischenfazit .....	297
IV. Die wechselseitige Beschleunigung von KSZE-Prozess und inner-staatlicher Demokratisierung und der Zusammenbruch der Sowjetunion, 1989–1990/1991 .....	305
1. Die Wirkung der Perestroika auf den KSZE-Prozess .....	305
1.1 Die Preisgabe sowjetischer Positionen auf dem KSZE-Treffen in Wien, 1988/1989 .....	305
1.2 Der KSZE-Prozess als Vehikel demokratischer Reformen – die Rezeption des Schlussdokuments von Wien in der UdSSR .....	315
2. Demokratisierung durch die Implementierung der KSZE-Normen und der Zusammenbruch der Sowjetunion .....	321
2.1 Die Umsetzung der KSZE-Bestimmungen in nationales Recht ...	322
2.2 Die Vertiefung des KSZE-Prozesses vor dem Hintergrund von Gorbachevs „Wende nach rechts“ .....	334
2.3 Das Endspiel: Die KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau . im Schatten des August-Putsches und die Implosion der Sowjetunion 1991 .....	350
V. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick .....	357
1. Fazit .....	357
2. Ausblick .....	366
VI. Anhang .....	373
1. Abkürzungsverzeichnis .....	373
2. Quellen- und Literaturverzeichnis .....	377
3. Gruppenverzeichnis .....	398
4. Personenverzeichnis .....	402



# Danksagung

Die folgende Studie ist eine überarbeitete Fassung meiner im Wintersemester 2011/2012 im Fach Osteuropäische Geschichte an der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg eingereichten Dissertation. Die Untersuchung stellt ein Teilprojekt des von der Leibniz-Gemeinschaft geförderten Kooperationsprojektes „Der KSZE-Prozess: Multilaterale Konferenzdiplomatie und die Folgen (1975–1989/91)“ dar, welches das Institut für Zeitgeschichte in Kooperation mit den Lehrstühlen von Prof. Dr. Soutou (Universität Paris IV) und Prof. Dr. Altrichter (Universität Erlangen-Nürnberg) in Form eines Doktoranden-Kollegs initiiert hat. Dass ich an diesem mehrjährigen Vorhaben teilnehmen und es mit dem vorliegenden Buch abschließen konnte, verdanke ich zahlreichen Personen und Institutionen.

Für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für intensive Gespräche, Kritik und Anregungen möchte ich mich vor allem bei den Projektbetreuern, Herrn Prof. Dr. Helmut Altrichter, Herrn Prof. Dr. Dr. h. c. mult. Horst Möller, Herrn Prof. Dr. Udo Wengst, Herrn Prof. Dr. Herman Wentker und Herrn Prof. Dr. Georges-Henri Soutou sowie meinen Kolleginnen und Kollegen aus dem Projekt bedanken. Die vielen Kolloquien in Berlin und München, bei denen sie meine Forschungsarbeit stets interessiert verfolgt und besprochen haben, waren für mich sehr lehrreich und inspirierend. Mein ganz besonderer Dank gilt meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Helmut Altrichter, – für das mir entgegengebrachte Vertrauen, für immer hochinteressante Gespräche, für seine stete Unterstützung und die mir gegebene Chance, Forschung und Familie zu vereinbaren. Für eine angenehme Arbeitsatmosphäre und fachliche Diskussionen danke ich meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl für Osteuropäische Geschichte der FAU Erlangen-Nürnberg.

Ein herzlicher Dank geht an die vielen Archivare, auf deren Wissen und Hilfe ich in allen besuchten Einrichtungen zählen konnte. Hervorzuheben sind hierbei das Archiv der informellen Presseerzeugnisse an der Öffentlichen Historischen Staatsbibliothek in Moskau und das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen, insbesondere deren jeweilige Leiter, Frau Elena Strukova und Herr Gabriel Superfin. Bedanken möchte ich mich nicht zuletzt beim Sacharov-Archiv, beim Archiv von Alexander Jakovlev und bei Dmitrij Borko sowie Aleksej Pjatkovskij für die Bereitstellung der Fotos für die Publikation des Buches.

Viele weitere Personen haben die Fertigstellung dieser Studie begleitet, mich ermutigt und mit Anregungen unterstützt. Für ihre kritische Lektüre und Aufspüren von Fehlern danke ich vor allem Silke, Matthias, Lilia, Gunter, Olena und Giles. Für die professionelle Überarbeitung des Manuskripts gilt mein Dank Frau Dr. Katja Klee und Angelika Reizle. Für die Übernahme des Zweitgutachtens bin ich Herrn Prof. Dr. Stefan Karner dankbar. Herrn Prof. Dr. Udo Wengst, Herrn Dr. Magnus Brechtken und Frau Gabriele Jaroschka vom Oldenbourg Verlag danke ich für die weitere Betreuung des Manuskripts, das hiermit nun als Buch vorliegt.

Vor vielen Jahren hatte Dr. Jürgen Zarusky in mir das Interesse am Fach Geschichte geweckt und dieses zur echten Freude am Forschen fördernd wachsen lassen. Auf vielfältige Weise verdanke ich ihm meinen wissenschaftlichen Werdegang und dieses Buch. Von Anfang an hat er mein Dissertationsprojekt interessiert und unterstützend begleitet und für viele Probleme ein offenes Ohr gehabt. Dafür bin ich ihm zu großem Dank verbunden.

Am meisten danke ich aber meiner Familie, meinem Mann und meiner Tochter.

München, im März 2013

Yuliya von Saal

# I. Einleitung

## 1. Fragestellung

„1. August 1975 – dieses Datum wird für immer mit goldenen Buchstaben in der Schrifttafel der Geschichte Europas eingraviert bleiben.“ So beginnt der sowjetische Propagandafilm „Der große Tag Europas“, der anlässlich der Unterzeichnung der Schlussakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) durch die 35 Regierungschefs in Helsinki gedreht wurde und ein Bild vom Ende des Kalten Krieges zeichnet.<sup>1</sup> Kein Geringerer als Lenin erscheint in diesem Film als der geistige Vater des Prinzipienkatalogs, auf den sich die Teilnehmerstaaten, natürlich unter der angeblichen Federführung der Friedensmacht UdSSR, im Teil I der Schlussakte einigten. Die Szenen mit aufgeregten Bewohnern der Hauptstadt Finnlands, die dem Generalsekretär der KPdSU samt Eskorte einen begeisterten Empfang bereiten, mit zahlreichen auf Leonid Brežnev gerichteten Kameras, mit Journalisten, die jedem Wort seiner Rede im Helsinkier Kongresssaal lauschen, mit den von westdeutschen Demonstranten hochgehaltenen Transparenten, auf denen sie Brežnev danken, stilisieren in diesem „Dokumentarfilm“ den sowjetischen Generalsekretär zum großen Friedensstifter Europas, dem die Vorbereitung und die Durchführung der KSZE und eine neue Phase der Entspannung im Ost-West-Konflikt zu verdanken seien.

Doch die Entspannung währte nicht lange, und statt als ein Mann der Détente in den Geschichtsbüchern verewigt zu werden, hinterließ Leonid Brežnev das Bild eines bornierten Gerontokraten, der die Sprengkraft der im KSZE-Schlussdokument verbrieften bürgerrechtlichen Garantien unterschätzte und statt der von ihm erwünschten Anerkennung der Teilung Europas durch das Prinzip III im Korb I der KSZE-Schlussakte (der Unverletzlichkeit der Grenzen) in der langfristigen Perspektive die Einigung des Kontinents sowie den Untergang der UdSSR samt der sozialistischen Staatsordnungen im ganzen Ostblock herbeiführte. 1975 glaubte aber die UdSSR, sich die ohnehin schon früher vielfach unterschriebenen Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte (in der UN-Charta von 1945, in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN von 1948, im Internationalen Pakt der UN über Bürgerliche und Politische Rechte 1966) leisten zu können. Die zugleich erreichten Vereinbarungen bei den vertrauensbildenden Maßnahmen sowie in der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit schienen die eingegangenen und aus Sicht der Parteiführung beherrschbaren Risiken aufzuwiegen. Die KSZE-Schlussakte stellte keinen völkerrechtlich verbindlichen Vertrag dar und enthielt das Prinzip VI (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten), mit dem man im Kreml hoffte, jegliche Kritik abwehren zu können.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Bol'soj den' Evropy, Regie: V. Troškin, UdSSR 1975.

<sup>2</sup> Text: Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, <http://www.osce.org/node/39503> oder in gedruckter Form in: Schweisfurth, Theodor (Hrsg.): KSZE.

Schließlich standen die Menschenrechte damals weder auf der Agenda der internationalen Beziehungen noch im Mittelpunkt der neuen europäischen Sicherheitsstruktur. Moskaus Optimismus war außerdem insofern nicht ohne Grund, als die europäische Sicherheitskonferenz ein ursprünglich primär sowjetisches Projekt darstellte, zu dessen Verwirklichung die Sowjetunion seit den 1950er Jahren mehrere Anläufe unternahm und das man auf der westlichen Seite des Eisernen Vorhangs in der Atmosphäre der „gedämpften Erwartungen“<sup>3</sup> der 1970er Jahre mit tiefer Skepsis oder gar als Aufgabe westlicher Positionen bewertete. Die weltpolitische Lage schien sich wirklich zu Gunsten der Sowjetunion verschoben zu haben. Die Reputation der Supermacht USA war infolge des Vietnamkrieges (1965–1975) gesunken. Ihre internationale Vorherrschaft schwächte sich ab, während der Einfluss der Sowjetunion in den Ländern der Dritten Welt, etwa durch die Dekolonisierungswelle in Afrika, zunahm. Das öffentliche Versagen der kapitalistischen demokratischen Welt demonstrierten die Nixon-Affäre (1973), der Zusammenbruch des westlichen Währungssystems von Bretton Woods, die wirtschaftliche Rezession und die Ölkrise von 1973. Letztere führte zu einer Vervierfachung des Wertes der sowjetischen Öl- und Erdgasvorkommen. Während im westlichen Europa die allgemeine wirtschaftliche Prosperität und das „goldene Zeitalter“<sup>4</sup> zu Ende gingen, stieg der Lebensstandard in der UdSSR auf ein früher noch nie gekanntes Niveau an.<sup>5</sup> Auch im Rüstungswettlauf holte die Sowjetunion unter Brežnev mit Hilfe eines finanziell aufwendigen Programms gegenüber den USA auf. Mit dem scheinbaren Erreichen eines Gleichgewichts der Großmächte ließen auch die ideologischen Spannungen zwischen Ost und West nach: Washington unterzeichnete mit Moskau eine Reihe von Verträgen über die Kontrolle und Beschränkung von Atomwaffen. Währenddessen gab die Bonner Regierung der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt die Hallstein-Doktrin endgültig auf und schloss eine Reihe von Ostverträgen ab: 1970 mit Moskau und Warschau, 1972 mit Ost-Berlin und 1973 mit Prag.<sup>6</sup> In dieser Atmosphäre der Entspannung zwischen Ost und West eröffneten die Außenminister aus 35 Teilnehmerstaaten am 7. Juli 1973 in Helsinki die Verhandlungen der KSZE, die nach mehr als zwei Jahren mit der Unterzeichnung der Schlussakte durch die Staats- und Regierungschefs ebendort beendet und von Moskau als ein großer Erfolg gefeiert wurden.

Die Euphorie über die Ergebnisse der Konferenz und die Atmosphäre der blinden Selbstzufriedenheit in der Sowjetunion erwiesen sich jedoch schon bald als trügerisch. In Wirklichkeit beschädigten Brežnev und mit ihm die anderen Regierungen

Dokumente der KSZE, München 1993, S. 4–70. Alle Internetquellen sind, soweit nicht anders angegeben, am 13. 10. 2011 auf ihre Zugänglichkeit überprüft worden.

<sup>3</sup> Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg, Bonn 2006, S. 509–547.

<sup>4</sup> Hobsbawm, Eric: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München 2010, S. 324–362.

<sup>5</sup> Mehr zur Sowjetunion unter Brežnev siehe bei: Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5, Stuttgart 2002, S. 319–517.

<sup>6</sup> Eine ausführliche Darstellung findet sich bei Loth, Wilfried: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998, hier Kap. 5.



der sozialistischen Länder mit der Unterzeichnung der Schlussakte am 1. August 1975 die ideologischen Fundamente ihrer Staatsordnung und verschoben das scheinbar erreichte Gleichgewicht im Ost-West-Verhältnis zu ihren Ungunsten. Bald danach traten die ersten Risse im fragilen Gerüst des Ostblocks, in der UdSSR, auf.

Am 12. Mai 1976 wurde in Moskau eine von 11 Bürgern unterschriebene Deklaration bekannt gegeben, welche die Gründung der „Öffentlichen Gruppe zur Förderung der Durchführung der Beschlüsse von Helsinki in der UdSSR“, kurz „Moskauer Helsinki-Gruppe“ (MHG), proklamierte. Ausgehend vom Prinzip VII der KSZE-Schlussakte, in dem sich die Signatarstaaten zur „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“ verpflichteten, machte es sich diese kleine Gruppe zur Aufgabe, die Beschwerden der Sowjetbürger aus der gesamten Sowjetunion über die Verletzungen ihrer in der Helsinki-Akte festgehaltenen Grundrechte entgegenzunehmen und darüber die breite Öffentlichkeit sowie die Regierungschefs der KSZE-Teilnehmerstaaten zu informieren.<sup>7</sup> Die MHG war zwar nicht die erste Vereinigung, die von der sowjetischen Regierung die Einhaltung der geltenden Verfassung und der internationalen Verpflichtungen einforderte sowie deren Verletzung problematisierte,<sup>8</sup> sie markierte jedoch den Beginn einer transnationalen Bürgerrechtsbewegung, die als Helsinki-Bewegung<sup>9</sup> in die Geschichte eingegangen und in manchen Ländern bis heute aktiv ist. Mit Unterstützung der MHG konstituierten sich in der UdSSR bald neue, auf die einzelnen Menschenrechte spezialisierte Gruppen, die in der KSZE-Schlussakte eine neue Legitimations- und „zitierfähige Grundlage“<sup>10</sup> ihrer Tätigkeit erkannten und die Einhaltung der darin unterschriebenen Prinzipien und Normen von ihrer Regierung einzufordern begannen.<sup>11</sup> Dem Muster der MHG folgend, formierten sich

<sup>7</sup> Novaja obščestvennaja asociacija, in: *Chronika tekuščich sobytij*, Nr. 40, 1976.

<sup>8</sup> Die Entstehung der Bürgerrechtsbewegung wird in der Sowjetunion mit den ersten Protestkundgebungen auf dem Moskauer Puškin-Platz 1965 zum Schutz der verhafteten Schriftsteller Andrej Sinjavskij und Julij Daniel datiert, welche unter den Pseudonymen Abram Terc und Nikolaj Aržak ihre Werke im Ausland veröffentlicht hatten. Bald darauf wurde eine erste Menschenrechtsorganisation „Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR“ (1969) gegründet, die sich mit Beschwerden über die Lage der Menschenrechte in der UdSSR an die UN wandte. In den nächsten Jahren kam es zur Herausbildung weiterer Menschenrechtsgruppen („Moskauer Menschenrechtskomitee“ im Jahr 1970, Moskauer Sektion von Amnesty International im Jahr 1974). Ausführlich zur Entstehung und Geschichte der Bürgerrechtsbewegung in der UdSSR siehe folgende Darstellungen: Alekseeva, Ljudmila: *Istorija inakomyslija v SSSR, Novejšij period*, Moskau 2001; Dies.: *Pokolenie otpepli*, Moskau 2006; Lewytskij, Borys: *Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972*, München 1972; Stephan, Anke: *Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen* (Basler Studien zur Kulturgeschichte Osteuropas, Bd. 13), Zürich 2005.

<sup>9</sup> Der Begriff „Helsinki-Bewegung“ fasst Gruppen zusammen, die sich mit Unterstützung der MHG formierten sowie alle diejenigen Initiativen, die die Bestimmungen der Schlussakte zur Grundlage ihres Handelns machten.

<sup>10</sup> Eichwede, Wolfgang: „Archipel Samizdat“, in: Ders. (Hrsg.): *Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre* (Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8), Bremen 2000, S. 8–19, hier S. 14.

<sup>11</sup> Ausführlich siehe: Alekseeva, Istorija inakomyslija.

nationale Helsinki-Gruppen: im November 1976 in der Ukraine und Litauen, im Januar 1977 in Georgien sowie im April in Armenien. Auch in den anderen Staaten des Warschauer Paktes kristallisierten sich ähnliche, die Einhaltung der unterschriebenen Normen thematisierende Menschenrechtsgruppen heraus: 1976 das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) in Polen und 1977 die „Charta 77“ in der Tschechoslowakei.<sup>12</sup>

Die Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki hatte den Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen bzw. den oppositionellen Stimmungen im Ostblock enormen Auftrieb gegeben. Die Mitglieder der genannten Gruppen waren jedoch in allen Ländern des Ostblocks Repressionen ausgesetzt.<sup>13</sup> Zum Ende der Regierungszeit von Leonid Brežnev galten die sowjetischen Helsinki-Gruppen als zerschlagen.<sup>14</sup> Die Verfolgung der Bürgerrechtsaktivisten war nicht der einzige, aber der offensichtlichste Verstoß der sozialistischen Regierungen gegen die in Helsinki unterschriebenen KSZE-Vereinbarungen. Sie war begleitet von einer Phase erneut wachsender Spannungen in den Ost-West-Beziehungen und der Stagnation des KSZE-Prozesses.

Keine fünf Jahre später begann in der Sowjetunion nach der Wahl von Michail Gorbatschow zum Generalsekretär der KPdSU (März 1985) ein Umgestaltungsprozess, der eine epochale Bedeutung für das Land selbst sowie für die ganze Welt erlangte. Die zentralen Ideen der KSZE-Schlussakte – u. a. Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Öffnung (Glasnost) und Gewaltfreiheit – wurden zu Säulen der neuen Innen- und Außenpolitik. Zum ersten Mal wurden nun einzelne KSZE-Prinzipien schrittweise in die Praxis umgesetzt. Die neue Sowjetregierung stellte die Repressionen gegenüber Andersdenkenden ein, forderte Kritik und Wahrheit und überließ den sozialistischen Bruderstaaten die Wahl ihres eigenen politischen Weges. Und obwohl diese Maßnahmen, als Perestroika bekannt, der „Vervollkommnung des Sozialismus“ dienen sollten, erwiesen sie sich als dessen Totengräber. In rasanter Geschwindigkeit gewannen sie an Eigendynamik, getragen und gelenkt jedoch immer weniger von der Partei und immer mehr von der

<sup>12</sup> Vgl. Eichwede, Wolfgang: „Entspannung mit menschlichem Antlitz“. Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 59–83; Dehnert, Gunter: „Eine neue Beschaffenheit der Lage“. Der KSZE-Prozess und die polnische Opposition 1975–1989, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 11), München 2011, S. 87–98; Müller, Benjamin: Von der Konfrontation zum Dialog. Charta 77, Menschenrechte und „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei 1975–1989, in: Ebd., S. 99–110.

<sup>13</sup> Zu der Brandbreite der repressiven Methoden in der UdSSR siehe kurz: Reddaway, Peter: Repression und Liberalisierung. Sowjetmacht und Dissidenten 1953–1986, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 105–125.

<sup>14</sup> Dafür stand die erzwungene Selbstauflösung der MHG am 6. September 1982. Nachdem ein Strafrechtsverfahren gegen das Gruppenmitglied Sof'ja Kallistratova, eine pensionierte Rechtsanwältin, eröffnet wurde, gaben sie und zwei weitere, noch in Freiheit befindliche Mitglieder der MHG, Elena Bonner und Naum Mejman, die Auflösung der Gruppe bekannt. Vgl. hierzu Dokument 195 „O prekreshenii raboty Moskovskoj gruppy „Chel'sinki““, <http://www.mhg.ru/history/229C280>; zur Geschichte der MHG siehe: Goldberg, Paul: The Final Act: The Dramatic, Revealing Story of the Moscow Helsinki Watch Group, New York 1988.

politisierten sowjetischen Gesellschaft, welche Stück für Stück die neuen Freiheiten – Organisations- und Vereinigungs-, Meinungs- und Presse-, Versammlungs-, Religions- und Bewegungsfreiheiten sowie das Selbstbestimmungsrecht der Völker –, teilweise unter Verweis auf die Helsinki-Schlussakte, für sich beanspruchte und damit die noch herrschende sozialistische Ideologie in Frage stellte. Spätestens nach den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress vom März 1989, in deren Folge die Parteifunktionäre eine Niederlage erlitten und der Demokratisierungsdruck „von unten“ radikaler wurde, zeichneten sich der Machtverlust der Kommunistischen Partei und die Erosion der sozialistischen Ideologie ab. Der Aufschwung der politischen Aktivitäten war geprägt von einer einfachen Losung: „Weg mit der KPdSU!“ Dabei stellte sich in aller Deutlichkeit heraus, dass die 1975 in Helsinki von der Sowjetunion „geschluckten Kröten“ noch lange nicht verdaut waren. Die in der KSZE-Schlussakte verbrieften Rechte und Freiheiten wurden aufs Neue, dieses Mal aber von einem großen Teil der politisierten Bevölkerung, insbesondere von den Bürgerrechts-, Ausreise- und Nationalbewegungen, ja sogar vom reformorientierten Teil des Parteiapparates, in den innersowjetischen öffentlichen Wertediskurs hineingetragen und mit Erfolg argumentativ zur Absicherung des begonnenen Reformprozesses eingesetzt. Michail Gorbatschow höchstpersönlich versicherte seinen amerikanischen Verhandlungspartnern bei einem Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten George H. W. Bush auf Malta im Dezember 1989, dass die „demokratischen“ Werte (Offenheit, Pluralismus und freie Marktwirtschaft) keine „westlichen“ Werte, sondern Werte „der ganzen Menschheit“ seien und dass die Sowjetunion sie ebenfalls teile.<sup>15</sup>

Mit diesem offensichtlichen Wertewandel hatte sich die Wahrnehmung der KSZE durch Moskau und als Folge die KSZE-Politik selbst verändert. Einen Wendepunkt stellte dabei das dritte KSZE-Folgetreffen in Wien (1986–1989) dar, dessen Verlauf zum Spiegelbild der Perestroika wurde. Das Treffen endete im Januar 1989 mit der Annahme eines anspruchsvollen Schlussdokuments, dessen Inhalt den Grundprinzipien einer bürgerlichen Gesellschaftsordnung Rechnung trug und Moskau eine Reihe neuer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte einbrachte.<sup>16</sup> Dass es sich seitens der Sowjetunion nicht mehr nur um hehre Versprechungen wie im Jahr 1975 handelte, bezeugten die gleichzeitige Radikalisierung politischer Reformen sowie das Interesse an der Vertiefung des KSZE-Prozesses, einhergehend mit der weiteren Formulierung gemeinsamer Wertvorstellungen. Bereits im Frühjahr 1990 verpflichtete sich Moskau infolge der KSZE-

<sup>15</sup> Gespräch mit dem amerikanischen Präsidenten George Bush am 2. und 3. Dezember auf der „Maxim Gorki“, in: Gorbatschow, Michail: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993, S. 127–129, hier S. 128f.

<sup>16</sup> Die vollständige offizielle Bezeichnung des Schlussdokuments des Wiener Treffens lautet: Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Auf die volle Angabe dieser Überschrift wird im Folgenden verzichtet und stattdessen vom Abschließenden Dokument des Wiener Treffens bzw. vom Schlussdokument des Wiener Treffens gesprochen. Text: <http://www.osce.org/de/mc/40883> bzw. in: Schweisfurth, KSZE, S. 147–209.

Wirtschaftskonferenz in Bonn und des Expertentreffens über die menschliche Dimension<sup>17</sup> in Kopenhagen dazu, eine marktwirtschaftlich und demokratisch organisierte politische Ordnung in der UdSSR einzuführen.<sup>18</sup> Nur wenige Monate später, im November 1990, wurde durch die Unterzeichnung der „Charta von Paris für ein neues Europa“,<sup>19</sup> die Leitlinien für „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ formulierte, das Ende des Kalten Krieges und der Sieg des demokratisch aufgebauten Gesellschaftsmodells quasi notariell beglaubigt. Während die orthodoxen Kommunisten in der UdSSR Michail Gorbachev und seinen Mitstreitern zu dieser Zeit den „Ausverkauf“ der sozialistischen Werte vorwarfen, war das Schicksal des Sowjetimperiums, der Partei und der sozialistischen Ideologie bereits entschieden. Unter dem Demokratisierungsdruck gab die KPdSU im März 1990 ihre 70-jährige Monopolstellung auf. Weder mit Appellen noch mit Drohungen vermochte sie den gesellschaftlichen Wertewandel, die Souveränitäts- und Unabhängigkeitserklärungen der Unionsrepubliken sowie die Auflösung der Union aufzuhalten. Der gescheiterte August-Putsch von 1991, mit dem die Anhänger der alten Ordnung den neuen Unionsvertrag und den Untergang des Imperiums verhindern wollten, beschleunigte nur dessen Zerfall. Wenige Tage später war die Tätigkeit der KPdSU auf dem Territorium der RSFSR durch ein Dekret des russischen Präsidenten Boris El'cin verboten, und seit dem 8. Dezember 1991, dem Tag der Gründung einer Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) durch die Präsidenten Russlands, Belarus und der Ukraine, gehörte auch die Sowjetunion völkerrechtlich der Vergangenheit an. Ihre Nachfolgestaaten traten ein Jahr später der KSZE als souveräne und gleichberechtigte Staaten bei.

So augenscheinlich und naheliegend die Verflechtungen zwischen der Innenpolitik der Sowjetunion unter Gorbachev und dem KSZE-Prozess aus heutiger Sicht auch sind und obwohl sie von einzelnen beteiligten Diplomaten rückblickend bestätigt werden,<sup>20</sup> fanden sie in der historischen Forschung bislang nur

<sup>17</sup> Der Begriff „menschliche Dimension“ tauchte erstmals in Wien auf und beinhaltete alle Fragen der Menschenrechte und des Korbes III der KSZE-Schlussakte. Als eigenständiges Kapitel erstmals in das Wiener Schlussdokument aufgenommen, betrifft sie „die Achtung aller Menschenrechte und Grundfreiheiten, die menschlichen Kontakte und andere Fragen von gleichfalls humanitärer Art“. Vgl. Schweisfurth, KSZE, S. 186.

<sup>18</sup> Vgl. Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abschliessenden Dokuments des Wiener Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einberufen wurde, [http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751_de.pdf) oder in: Schweisfurth, KSZE, S. 220–232; Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, [http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf) oder in: Schweisfurth, KSZE, S. 233–253.

<sup>19</sup> Vgl. Charta von Paris für ein neues Europa, [http://www.bundestag.de/bundestag/europa\\_internationales/international/osze/Auf\\_einen\\_Blick/charta.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/international/osze/Auf_einen_Blick/charta.pdf) oder in: Schweisfurth, KSZE, S. 441–469. Im Folgenden werden die elektronischen Quellen benutzt bzw. zitiert. Die Dokumente sind gleichwohl auch bei Schweisfurth zu finden.

<sup>20</sup> Vgl. Adamishin, Anatoly: The Final Act: Is The Curtain Coming Down?, in: Russia in Global Affairs, Nr. 3, 2005, [http://eng.globalaffairs.ru/number/n\\_5350](http://eng.globalaffairs.ru/number/n_5350); Zagorskij, Andrej: Chel'sinkskij process (Peregovory v ramkakh Soveščanija po bezopasnosti i sotrudničestvu v Evrope 1972–1991), Moskau 2005; Bredow, Wilfried von: Der KSZE-Prozess. Von der Zähmung zur Auflö-

wenig Würdigung. Zwanzig Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion haben die historischen und politischen Wissenschaften eine Vielzahl an Erklärungsansätzen für die Perestrojka und die unerwartete Implosion der UdSSR präsentiert. Die ökonomische Stagnation, die Überrüstung, die imperiale und die soziale „Überdehnung“, der westliche Druck oder schlicht die Person von Michail Gorbachev dominieren als Erklärungsfaktoren.<sup>21</sup> Die Rolle der multilateralen Diplomatie und die langfristige „Macht“ der Menschenrechte wurden von Forschern hingegen bislang kaum in ihren Analysen berücksichtigt.<sup>22</sup>

sung des Ost-West-Konflikts, Darmstadt 1992; Kašlev, Jurij: *Mnogolikaja diplomatija. Ispoved' posla*, Moskau 2004; Ders.: *Obščeevropskij process: včera, segodnja, zavtra*, Moskau 1990; Dobrynin, Anatolij: *Sugubo doveritel'no. Posol v Vašington pri šesti prezidentach SŠA (1962–1986 gg.)*, Moskau 1997, S. 334.

<sup>21</sup> Dazu gibt es eine Überzahl an historischen und politikwissenschaftlichen Darstellungen, die hier unmöglich alle aufgezählt werden können. Stellvertretend für den ökonomischen Erklärungsansatz siehe: Åslund, Anders: *Gorbachev's Struggle for Economic Reform*, New York 1991; Boettke, Peter J.: *Why Perestroika Failed. The Politics and Economics of Socialist Transformation*, London 1993; zur imperialen und sozialen „Überdehnung“: Beissinger, Mark R.: *Nationalist Mobilization and the Collapse of the Soviet State*, New York 2002; Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Ders. (Hrsg.): *Handbuch der Geschichte Russlands*, Bd. 5, Stuttgart 2002, S. 319–517; zum Faktor des Westens: Schweizer, Peter: *Victory: The Reagan Administration's Secret Strategy That Hastened the Collapse of the Soviet Union*, New York 1994; zum Gorbachev-Faktor: Brown, Archie: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt am Main/Leipzig 2000; Ders.: *Seven Years That Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2007; English, Robert: *Russia and the Idea of the West: Gorbachev, Intellectuals and the End of the Cold War*, New York 2000; zu soziokulturellen Erklärungsansätzen: Altrichter, Helmut: *Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 2009; Gestwa, Klaus: *Sicherheit in der Sowjetunion 1988/1989. Perestrojka als missglückter Tanz auf dem zivilisatorischen Vulkan*, in: Stadelmann, Matthias/Antipow, Lilia: *Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag* (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 77), Stuttgart 2011, S. 449–467; Reddaway, Peter: *How Much Did Popular Disaffection Contribute to the Collapse of the USSR?*, in: Fortescue, Stephen (Hrsg.): *Russian Politics from Lenin to Putin*, Oxford 2010, S. 152–184. Allgemein bzw. mit Gegenüberstellung unterschiedlicher Interpretationen siehe: Altrichter, Helmut: *Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1985–1991*, in: Plaggenborg, Handbuch der Geschichte, S. 519–593; Dalos, György: *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie*, München 2011; Simon, Gerhard/Simon, Nadja: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993; Medvedev, Roj: *Počemu raspalsja Sovetskij Sojuz?*, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 4, 2003, S. 112–121; Dallin, Alexander: *Causes of the Collapse of the USSR*, in: *Post-Soviet Affairs*, Vol. 8, Nr. 4, 1992, S. 279–302; siehe auch die Aufsätze in den thematischen Ausgaben von JCWS, Vol. 5, Nr. 1 und 4, 2003, Vol. 6, Nr. 3, 2004.

<sup>22</sup> Eine Ausnahme bilden hier die Politikwissenschaftler, die mit den transnational vermittelten Ideen und Lernprozessen innerhalb der sowjetischen Führung den politischen Wandel in der Sowjetunion erklären, ohne allerdings explizit auf die KSZE einzugehen. In der Regel handelt es sich dabei um theoretische Erklärungsmodelle. Vgl. Stein, Janice Gross: *Political Learning by Doing. Gorbachev as Uncommitted Thinker*, in: *International Organization*, Vol. 48, Nr. 2, 1994, S. 155–183; Risse-Kappen, Thomas: *Ideas Do Not Float Freely. Transnational Coalition, Domestic Structures, and the End of the Cold War*, in: Ebd., Vol. 48, Nr. 1, 1994, S. 185–214; Checkel, Jeffrey T.: *Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution*, in: *World Politics*, Vol. 45, Nr. 2, 1993, S. 273–300; weniger theorielastig: English, Russia; Ders.: *The Sociology of New Thinking. Elites, Identity Change, and the End of the Cold War*, in: JCWS, Vol. 7, Nr. 2, 2005, S. 43–80.

Die multilateralen Vereinbarungen seit 1975 und die Liberalisierungen unter Michail Gorbatschow waren aber weder zufällig noch zwangsläufig. Beide Prozesse hingen miteinander in vielfacher komplexer Weise zusammen und bedingten sich gegenseitig. Dass die KSZE in Kombination mit solchen Faktoren wie die ökonomische, imperiale und soziale Überdehnung die Erosion des Sowjetstaates beschleunigte, will die vorliegende Untersuchung multiperspektivisch zeigen. Sie fragt nach reziproken Verbindungen zwischen sowjetischer KSZE-Politik und politisch-gesellschaftlichen Veränderungen unter Gorbatschow in der Sowjetunion (1985–1990/1991) und zieht die KSZE, die in ihrem Rahmen geführten Verhandlungen sowie die ihr zugrunde liegenden Normen zur Erklärung des Untergangs des sowjetischen Imperiums heran.

Mit dieser Arbeit wird weder der Anspruch erhoben, eine Geschichte der Perestroika zu schreiben, noch der Versuch unternommen die Perestroika und den Zerfall der Sowjetunion allein mit dem KSZE-Prozess zu erklären. Vielmehr soll diese Studie einen bisher unterbelichteten Aspekt der Ost-West-Beziehungen in die vorliegenden Erklärungen und Interpretationen einbeziehen sowie auf die Komplexität und die Verzahnung verschiedener Faktoren aufmerksam machen, die sich gegenseitig ergänzten und in ihrer Wirkung verstärkten. Das Ende des sowjetischen Imperiums war keineswegs eine lineare Entwicklung: Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte 1975 hatte die Sowjetunion *nicht* zwangsläufig den eigenen Niedergang präjudiziert. Bildlich gesprochen hatte sie damit aber einen „Baustein“ von vielen anderen aus dem eigenen „ideologischen Fundament“ entfernt und das schwergewichtige Gerüst der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zum Wanken gebracht. Mit dem Hinzukommen anderer Faktoren wurden Risse am „Gebäude Sowjetunion“ für alle sichtbar und immer größer, bis schließlich das Ganze in die Brüche ging. Der „KSZE-Faktor“ soll das vorhandene Gesamtbild an Faktoren nicht ersetzen, sondern um ein weiteres Puzzleteil ergänzen, um damit zu einem besseren Verständnis vom Ende des sowjetischen Experiments und des Kalten Krieges beizutragen.

## 2. Forschungsstand und Eingrenzung des Themas

Mit der aufgeworfenen Fragestellung betritt die vorliegende Arbeit nicht nur deshalb Neuland, weil ihre Bearbeitung eines kombinierten analytischen Ansatzes bedarf, sondern weil sie die Wirkungsgeschichte des KSZE-Prozesses untersuchen will, welcher selbst erst jetzt zum Studienobjekt der Historiker wird. Während Sammlungen öffentlicher Dokumente aus der ersten Phase der multilateralen Diplomatie (1970er Jahre) sowie Darstellungen einzelner Akteure bereits vorliegen,<sup>23</sup>

<sup>23</sup> Vgl. Bloed, Arie (Hrsg.): *The Conference of Security and Cooperation in Europe: Analysis and Basic Documents, 1972–1993*, Dordrecht 1993; Mastny, Vojtech: *The Helsinki Process and the Reintegration of Europe, 1986–1991. Analysis and Documentation*, New York 1992; Schweisfurth, KSZE; von Bredow, *Der KSZE-Prozess*; Kašlev, *Mnogolikaja*.



wird erst seit Kurzem mit der historischen Aufarbeitung des politisch-diplomatischen Prozesses auf der Grundlage der Primärquellen begonnen und nach seiner Bedeutung für das Ende des Kalten Krieges sowie für das heutige Europa gefragt.<sup>24</sup> Dabei überwiegt die Thematisierung nationaler Interessen der KSZE-Teilnehmerstaaten, deren Behandlung zeitlich oft in den frühen 1980er Jahren endet. Nur einzelne Beiträge und Studien haben bisher nach Auswirkungen der KSZE in den Ostblockstaaten bzw. in der Sowjetunion gefragt, wobei auch diese auf die 1970er Jahre begrenzt sind.<sup>25</sup>

Trotz großer Forschungsdesiderate zur Wirkungsgeschichte des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion besteht sowohl in der Publizistik als auch in der Wissenschaft Konsens darüber, dass die Unterzeichnung der Helsinki-Akte 1975 den gesellschaftlichen Bewegungen Osteuropas Auftrieb gegeben, die offizielle Politik beeinflusst und in der langfristigen Perspektive die Legitimität der kommunistischen Regime untergraben hat.<sup>26</sup> Dass der Parteistaat<sup>27</sup> als Verlierer und nicht als

<sup>24</sup> Für das gewachsene Interesse stehen das Erscheinen von sechs Sammelbänden zur Geschichte des KSZE-Prozesses bzw. des Kalten Krieges zwischen 2008 und 2010, deren Schwerpunkte auf der Politik- und der Diplomatiegeschichte liegen, sowie einzelne monografische Darstellungen zur KSZE-Politik der Schweiz und neutraler KSZE-Teilnehmerstaaten. Vgl. Nuti, Leopoldo (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009; Loth, Wilfried/Soutou, Georges-Henri (Hrsg.): *The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–1975*, London/New York 2008; Bange, Oli-ver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008; Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London/New York 2008; Bilandžić, V./Kosanović, M. (Hrsg.): *From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78*, Belgrad 2008; Villaume, Poul/Westad, Odd Arne: *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985*, Kopenhagen 2010; Fischer, Thomas: *Die Grenzen der Neutralität. Schweizerisches KSZE-Engagement und gescheiterte UNO-Beitrittspolitik im Kalten Krieg 1969–1986*, Zürich 2004, sowie Fischer, Thomas: *Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975* (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd. 12), Baden-Baden 2009; vgl. auch Romano, Angela: *From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE*, Brüssel 2009.

<sup>25</sup> Vgl. Savranskaya, Svetlana: *Unintended Consequences. Soviet Interests, Expectations and Reactions to the Helsinki Final Act*, in: Bange/Niedhart, Helsinki 1975, S. 175–190; Rey, Marie-Pierre: *The USSR and the Helsinki Process, 1969–75. Optimism, Doubt, or Defiance?*, in: Wenger/Mastny/Nuenlist, *Origins of the European Security System*, S. 65–81; Eichwede, Wolfgang: *Helsinki and the Civil Rights Movement in Eastern Europe*, in: Bilandžić/Kosanović, *From Helsinki to Belgrade*, S. 141–149.

<sup>26</sup> Ebd.; hierzu auch: Schwarz, Ulrich: *Die Sprengkraft der Menschenrechte*, in: Spiegel vom 29. 7. 2008; Eichwede, Samizdat, S. 14; Alekseeva, Istorija inakomyslija; Rohde-Liebenau, Sylvia: *Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluß des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa*, Baden-Baden 1996; Thomas, Daniel C.: *The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism*, Princeton/New Jersey 2001; Adamishin, *The Final Act*.

<sup>27</sup> Der Begriff *Parteistaat* impliziert die in der Sowjetunion grundsätzlich nicht vorhandene Trennung zwischen Staat und Partei und wird deshalb folgend als Synonym zu Partei, Parteiführung bzw. Machtapparat verwendet. Zum Staatsaufbau in der UdSSR siehe das folgende Unterkapitel 4.

Gewinner aus dem KSZE-Prozess hervorging, wie es die sowjetische Propagandamaschinerie suggerierte, zeigte Svetlana Savranskaya. Sie hat die innergesellschaftlichen Reaktionen auf die Unterzeichnung der Helsinki-Schlussakte den ursprünglichen Erwartungen der UdSSR an die KSZE gegenübergestellt und konstatiert, dass der Kreml keines der ursprünglichen Ziele erreicht habe. Die von den Helsinki-Netzwerken und den „internationalen Koalitionen“ entwickelten Ideen seien indes für die spätere Transformation der Sowjetunion und für deren Zusammenbruch von Bedeutung gewesen, so die These von Savranskaya, die allerdings nicht verifiziert wird.<sup>28</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Marie-Pierre Rey, die zu Recht schlussfolgerte, dass „signing the Helsinki Act constituted not so much a ‚pyrrhic victory‘ for the USSR than, inside the system, the victory of reformers over conservatives“.<sup>29</sup> Wie sich jedoch die zentralen Prinzipien der Helsinki-Schlussakte zum essenziellen Teil von Gorbachevs Perestroika entwickelten und aus dem Pyrrhus-Sieg Brežnevs ein Sieg der Reformer über die Konservativen wurde, zeigt auch Rey nicht. Einen Zusammenhang zwischen dem KSZE-Prozess und der Demokratisierung unter Gorbachev hat Sarah Snyder in ihrer jüngsten Monografie hergestellt. Sie ist der Bedeutung der amerikanischen Helsinki-Gruppen und der transnationalen Helsinki-Netzwerke für die KSZE-Politik der USA und den KSZE-Prozess nachgegangen und hat festgestellt, dass diese Gruppen die Menschenrechtsfragen erfolgreich auf die außenpolitische Agenda der US-Regierung setzten, die Tätigkeit der sowjetischen Menschenrechtsgruppen unterstützten und auf diese Weise von außen Demokratisierungsdruck auf die UdSSR aufbauten. „It is a credit to the transnational Helsinki network’s far-reaching political influence that throughout these years, the West’s focus in the negotiations was to secure greater respect for human rights in foreign countries rather than to concentrate on the agreement’s trade or security aspects“ – so der Befund von Snyder.<sup>30</sup> In Zusammenhang mit demokratischen Reformen in der UdSSR hebt sie außerdem zu Recht die Bedeutung des KSZE-Treffens in Wien hervor, welches sie als „a turning point for both the USSR role in the CSCE and Eastern compliance with Helsinki commitments“ bewertet.<sup>31</sup> Die bisher umfassendsten Erforschungen der KSZE aus der Perspektive der Sowjetunion liegen von Andrej Zagorskij vor, der als externer Berater der sowjetischen KSZE-Delegation in Wien und als Teilnehmer dreier Folgetreffen über die menschliche Dimension nicht nur erstmals eine Analyse einer gegenseitigen Beeinflussung von KSZE und Peres-

<sup>28</sup> Savranskaya, *Unintended Consequences*.

<sup>29</sup> Rey, *The USSR*, S. 78.

<sup>30</sup> Snyder, Sarah: *Human Rights Activism and the End of the Cold War: A Transnational History of the Helsinki Network*, New York 2011, S. 248.

<sup>31</sup> Ebd. Während Snyder sehr plakativ die Bedeutung der transnationalen Helsinki-Netzwerke für den KSZE-Prozess und die Helsinki-Gruppen in Osteuropa herausarbeitet, bleibt der Zusammenhang zwischen dem KSZE-Prozess und den konkreten Reformen der Perestroika nicht immer nachvollziehbar; nicht zuletzt, weil eine auf US-Archive gestützte Perspektive ihre Arbeit bestimmt.



troika leistet, sondern angesichts der noch geschlossenen Archive<sup>32</sup> wertvolle Einblicke in die Motive und Verhaltensweisen der Akteure sowjetischer KSZE-Politik liefert.<sup>33</sup> Doch konzentriert auch er sich vor allem auf die historische Darstellung des KSZE-Prozesses und fragt nach Auswirkungen dieser Politik auf die Parteiführung und weniger nach solchen auf die Gesellschaft. Überaus interessant ist sein Fazit, dass die KSZE-Verpflichtungen und die zwischenstaatliche Diskussion über Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit für die reformorientierten Parteiakteure als „Instrument“ und „Argument“ in der innersowjetischen Kontroverse über die Demokratisierung gedient und somit die konkrete Ausgestaltung der Demokratisierungspolitik in der UdSSR beeinflusst hätten. Die KSZE-Folgekonferenz in Wien sowie nachfolgende Expertentreffen hätten somit maßgeblich den Reformprozess der Sowjetunion bestimmt.<sup>34</sup>

Während die Geschichte der multilateralen KSZE-Verhandlungen und deren Wirkungsgeschichte in den osteuropäischen Gesellschaften erst zu einem Studienobjekt der Historiker zu werden beginnt,<sup>35</sup> sind ihnen die Politikwissenschaftler bei der Herstellung kausaler Zusammenhänge einen Schritt voraus. Sylvia Rohde-Liebenau hatte bereits in ihrer 1996 erschienenen Dissertation die positive Bedeutung der KSZE als Menschenrechtsregime<sup>36</sup> für den wachsenden Status nicht-staatlicher Akteure und den Legitimations- und Machtverlust der sozialistischen Regierungen am Beispiel der Sowjetunion, der Tschechoslowakei und Polens

<sup>32</sup> In Russland gilt für die staatlichen Dokumente die international gültige Sperrfrist von 30 Jahren. Darüber hinaus wird der Aktenzugang in den einzelnen Archivstellen zusätzlich erschwert. Das gilt vor allem für das Außenministerium, das KGB oder die oberste Parteiführung. Zum Archivwesen im Allgemeinen siehe den Überblick von Neutatz, Dietmar: *Quellenkunde, Archive*, in: Bohn, Thomas M./Neutatz, Dietmar (Hrsg.): *Studienhandbuch Östliches Europa*. Bd. 2: *Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*, Köln 2002, S. 3–13; Wehner, Markus: *Die gescheiterte Revolution*. In Russlands Archiven gehen die Uhren rückwärts, in: *Osteuropa*, Nr. 5, 2009, S. 45–58.

<sup>33</sup> Zagorski, Andrei: *Moskau und die menschliche Dimension der KSZE im Wettstreit: von Wien bis Kopenhagen (1989–1990)*, in: *OSZE-Jahrbuch 2005*, S. 49–63; Zagorski, Chel'sinskij: *process*; Zagorski, Andrei: *Die menschliche Dimension der KSZE, die Sowjetunion und Russland*. Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*, Heft 65, 1992.

<sup>34</sup> Ebd.

<sup>35</sup> So ist die vorliegende Arbeit als Teil eines größeren Forschungsprojekts entstanden, welches in 8 Einzelstudien die Entwicklung des KSZE-Prozesses in den Jahren 1975 bis 1989/91 und dessen Folgen für die inneren Verhältnisse in den Ostblockstaaten (UdSSR, Polen und DDR) erforscht. Zu den veröffentlichten Teilergebnissen der Projekte siehe: Altrichter/Wentker, *Der KSZE-Prozess*; Gilde, Benjamin: *Keine neutralen Vermittler*. Die Gruppe der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten und das Belgrader KSZE-Folgetreffen 1977/78, in: *VfZ*, Nr. 3, 2011, S. 413–444; Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt*. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, hier die Beiträge von: Peter/Wentker, Peter, Heyde, Gilde, Rosin, Hanisch, Dehnert, Wawra und von Saal.

<sup>36</sup> Unter einem Regime versteht man im Fach der Internationalen Beziehungen ein von internationalen Akteuren (z. B.: Staaten, NGOs) akzeptiertes Regel- und Normensystem (einschließlich notwendiger Entscheidungsverfahren), um bestimmte Problemfelder und Spannungssituationen dauerhaft zu steuern. Siehe mehr bei Rohde-Liebenau, *Menschenrechte*, hier vor allem S. 9–13.

herausgearbeitet. Darin hatte sie gezeigt, wie durch die Entwicklung des KSZE-Menschenrechtsregimes die Beteiligungsrechte nichtstaatlicher Akteure gestärkt und die Menschenrechte als „Maßstab innenpolitischer und internationaler Legitimation“ sowie ein internationales Kontrollrecht nationalstaatlicher Menschenrechtspolitik etabliert wurden.<sup>37</sup> Im Fall der Sowjetunion kam die Autorin zu dem Ergebnis, dass die ideologischen Grundfesten des Systems unter Gorbachev vor allem durch die Tätigkeit „informeller Gruppen“<sup>38</sup> erschüttert worden waren, welche inhaltlich und operationell auf der Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre aufbauten und in Kontinuität zu der MHG die KSZE-Normen als eine Legitimationsquelle und die KSZE-Staaten zugleich als eine Appellinstanz instrumentalisierten. Die Tätigkeit der unabhängigen Gruppen sowie die zwischenstaatlichen Verhandlungen auf den KSZE-Folgekonferenzen, vor allem die zur Zeit des Wiener Folgetreffens (1986–1989) erfolgreich praktizierte Linkage-Politik der westlichen Staaten, hätten darüber hinaus den „kognitiven Rahmen“ der Parteilite verändert und so in entscheidender Weise den Inhalt von Gorbachevs Reformprogramm beeinflusst.<sup>39</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kam auch Peter Schlotter in seiner Habilitationsschrift von 1999.<sup>40</sup> In einem unlängst erschienenen Aufsatz stellte er eine kognitive Wirkung der KSZE auf die innenpolitischen Akteure der Ostblockstaaten als Folge der langen Kommunikationsprozesse auf den KSZE-Folgekonferenzen fest, die eine immer stärkere Anpassung der Politik an die westlichen Wertvorstellungen<sup>41</sup> in der Sowjetunion mit sich brachte. Schlotter wies ebenfalls auf den eigendynamischen Charakter dieser Lernprozesse hin, denen neben utilitaristischen Erwägungen die Fehleinschätzungen der Regierenden, die Linkage-Politik der westlichen Teilnehmerstaaten und die Tätigkeit der Menschenrechtsgruppen als unabhängige und diesen Prozess beschleunigende Variablen zu Grunde lagen. Die Preisgabe östlicher Positionen und die Übernahme des Dekalogs der KSZE-Schlussakte in den „kognitiven Normenhaushalt“<sup>42</sup> der sowjetischen Führung leisteten einen Beitrag zum Ende der Ost-West-Konfrontation.<sup>43</sup> Dass Parteilite unter der Einwirkung der KSZE-Normen eine intellektuelle Transformation durchlief ist die zentrale These bei Daniel Thomas.<sup>44</sup> Die Ereignisse des Jahres 1989 erklärt er in seinen Arbeiten insofern als einen Teil des

<sup>37</sup> Ebd., S. 184.

<sup>38</sup> Zu diesem Begriff siehe Kapitel 4.

<sup>39</sup> Rohde-Liebenau, Menschenrechte.

<sup>40</sup> Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution (Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung), Bd. 32, Frankfurt am Main 1999; vgl. auch Ders.: Das Ende der Systemkonfrontation 1989/1990: Der Beitrag des KSZE-Prozesses, in: Corinna Hauswedell (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006, S. 115–128.

<sup>41</sup> Der Ausdruck „westliche Wertvorstellungen“ wird in der vorliegenden Studie als ein, auf den Prinzipien der KSZE-Schlussakte erwachsenes Konstrukt „westlicher Werte“ verstanden.

<sup>42</sup> Schlotter, Die KSZE im Ost-West-Konflikt, hier S. 157.

<sup>43</sup> Ebd.

<sup>44</sup> Thomas, The Helsinki Effect; Ders.: Human Rights Ideas, the Demise of Communism, and the End of the Cold War, in: JCWS, Vol. 7, Nr. 2, 2005, S. 110–141.

Helsinki-Effekts, als Gorbačëvs Reformen „von oben“ und der gesellschaftliche Protest „von unten“ auf die zwei dynamischen Entwicklungen zurückgingen, die die KSZE in Gang gesetzt habe: die Transformation der Agenda der Ost-West-Beziehungen und die Mobilisierung der transnationalen und der innersowjetischen Menschenrechtsbewegung. Der daraus erwachsene Demokratisierungsdruck von Seiten des Westens und der Menschenrechtsbewegung habe die Machthaber im Kreml von der Notwendigkeit der Reformen „überzeugen“ können.<sup>45</sup> Diese Faktoren sowie eine rhetorische Falle, in welche die Parteiführung mit dem fortschreitenden KSZE-Prozess einerseits und mit den angekündigten Liberalisierungen andererseits immer mehr geraten sei, haben laut Thomas bei einem Teil der politischen Elite gewisse Lernprozesse und Veränderungen des Wertesystems ausgelöst und so Gorbačëv unter dem steigenden Demokratisierungsdruck zum politischen Wandel bewegt:

„This combination of persuasion and rhetorical entrapment spurred Soviet leaders to initiate political reforms that, in turn, empowered independent activists who were pressing for ever greater democratization. The resulting interaction of top-down reform and bottom-up social mobilization was instrumental in the collapse of Communist rule in the Soviet Union.“<sup>46</sup>

Thomas' Studie steht im Kontext der konstruktivistischen Forschung<sup>47</sup> über den Einfluss von sozialen Normen und Ideen in der internationalen Politik und stützt sich vorwiegend auf Oral History. Der Autor operiert mit einem heuristischen Ansatz, welcher nicht allein direkte kausale Wirkungen der multilateralen Diplomatie auf das Verhalten der Akteure in der UdSSR, sondern ihre konstitutiven bzw. wesensbestimmenden Effekte thematisiert und dabei nicht die materiellen, sondern die immateriellen Faktoren, die Menschenrechtsideen, in den Fokus rückt. Zentral sind bei ihm die KSZE-Normen, die die Strategien und das Werte-

<sup>45</sup> Thomas, *The Helsinki Effect*, S. 221.

<sup>46</sup> Thomas, *Human Rights Ideas*, S. 139.

<sup>47</sup> Diesem Ansatz liegt die ontologische Annahme einer sozial konstruierten Wirklichkeit zugrunde, in der sich Akteur und Struktur gegenseitig beeinflussen und konstituieren. Für die staatliche Interessenformulierung sind dann nicht mehr nur die machtpolitischen Nutzenkalküle ausschlaggebend, sondern die veränderbaren und in bestimmte Ideen und internationale Strukturen eingebetteten Identitäten sowie die sich daraus ableitende Logik des angemessenen Verhaltens. Für die Konstruktivisten werden somit Ideen bzw. soziale Normen zur erklärenden Variable, welche eine konstitutive Wirkung sowohl für die Akteure als auch für die Struktur der internationalen Beziehungen entfalten und zugleich die Spielregeln der Politik definieren. Demnach waren der KSZE-Prozess bzw. die ihm zugrunde liegenden Menschenrechtsideen in der Lage, staatliche Identitäten und Interessen der UdSSR zu verändern. Allgemein zum Sozialkonstruktivismus siehe: Lehmkuhl, Ursula: *Theorien Internationaler Politik: Einführung und Texte*, Oldenburg 2001; Risse, Thomas: *Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde*, in: Hellmann Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland*, Baden-Baden 2003 (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Bd. 10), S. 99–132; grundsätzlich siehe: Wendt, Alexander: *The Agent-Structure Problem in International Relations Theory*, in: *International Organization*, Vol. 41, Nr. 3, 1987, S. 335–370; Ders.: *Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics*, in: *International Organization*, Vol. 46, Nr. 2, 1992, S. 391–425.

system der sowjetischen politischen Elite und somit die Identität der Sowjetunion mit destruktiven Folgen für das Regime veränderten. Dieser Befund ist nachvollziehbar, jedoch kaum empirisch verifiziert. Vielmehr verführt der stark theoriegeleitete Ansatz den Autor stellenweise zur Apologie und zu einer übereilten Verklärung Gorbatschows als einen mit dem demokratischen Gedankengut „infizierten“ Vorkämpfer der demokratischen Reformen.<sup>48</sup>

Die Arbeit von Thomas und alle anderen hier erwähnten Studien lassen die Vielschichtigkeit der Wirkungen der KSZE im Ostblock bzw. in der UdSSR ahnen. In keiner Studie nimmt jedoch eine umfassende und differenzierte Untersuchung der Auswirkungen der KSZE in der Sowjetunion auf der Grundlage der Primärquellen und speziell zur Zeit der Perestroika eine zentrale Stellung ein, obwohl die multilateralen Verhandlungen noch nie zuvor so intensiv wie unter Michail Gorbatschow geführt wurden und so offensichtlich die innenpolitische Agenda der UdSSR beeinflussten. Fast alle zuvor genannten Wissenschaftler sind sich zwar einig darüber, dass sich im Zuge der Perestroika das Werte- und Präferenzsystem sowohl bei einem Teil der Partielite als auch bei der Bevölkerung unter Einfluss der KSZE fundamental veränderte und dies sich wiederum in der Außenpolitik manifestierte. Doch der Prozess der Aufnahme der westlich-liberalen Ideen in den innersowjetischen Diskurs, ihre Verankerung und Implementierung in das geltende Recht zur Zeit der Perestroika bleiben nach wie vor unklar. Auch der Wandel der Motive und Strategien der sowjetischen KSZE-Politik unter Gorbatschow sind noch nicht hinreichend untersucht worden.<sup>49</sup>

Die vorliegende Arbeit will die genannten Forschungslücken schließen. Sie konzentriert sich auf den KSZE-Prozess zwischen 1985 und 1990/1991<sup>50</sup> und fragt nach seinen Wirkungen in der Sowjetunion. Anders als die bisher vorliegenden Studien geht sie den indirekten und unmittelbaren Auswirkungen des KSZE-Prozesses und seiner Normen sowohl in der sowjetischen Gesellschaft als auch in der Partielite bzw. in der offiziellen Politik nach. Aus diesem Anspruch ergeben sich (zunächst und insgesamt) folgende vier zusammenhängende Fragenblöcke:

Um die Interdependenzen zwischen der multilateralen Diplomatie und dem Reformprozess der Perestroika zu verstehen, ist erstens zu untersuchen, welche Ziele die Sowjetunion mit welchen Strategien in den jeweiligen KSZE-Verhandlungen in der Zeit zwischen 1985 und 1991 verfolgte, wie und warum sie sich

<sup>48</sup> Dem Autor unterlaufen auf diese Weise einige Fehler bei der Darstellung der historischen Ereignisse und kausalen Zusammenhänge, etwa wenn er die Bildung einer parteiroyalen Menschenrechtsgruppe („Gesellschaftliche Kommission für internationale Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Fragen und der Menschenrechte“ unter Fedor Burlackij) in Zusammenhang mit dem Besuch der Internationalen Helsinki Federation (IHF) in Moskau 1988 bringt. In Wirklichkeit wurde die Kommission bereits 1987 gegründet. Sie lud die IHF 1988 nach Moskau ein. Thomas, *The Helsinki Effect*, S. 242.

<sup>49</sup> Eine Ausnahme bilden die oben zitierten Arbeiten von Zagorskij, doch sind auch diese nicht auf Regierungsdokumente, sondern vielmehr auf die westliche Sekundärliteratur, Presse, Ego-Dokumente oder das Privatarchiv des Autors gestützt.

<sup>50</sup> Die vorliegende Studie schließt sich zeitlich und inhaltlich an die Untersuchung von Ernst Wawra über die Folgen des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion vor 1985 an.

änderten und inwieweit sie erreicht wurden. Damit hängt der zweite Fragenkomplex zusammen, der nach unmittelbaren Konsequenzen der sowjetischen KSZE-Politik für die gesellschaftspolitische Struktur in der Sowjetunion fragt. Unter dieser Leitfrage sind verschiedene Teilaspekte zu berücksichtigen. Zunächst interessiert, ob und wie der KSZE-Prozess insgesamt bzw. konkrete Verhandlungen die innenpolitischen Entscheidungen und im Einzelnen die Reformmaßnahmen in der UdSSR beeinflussten. Stehen bestimmte Liberalisierungsschritte, die „Freigabe“ einzelner Freiheiten, in einem Zusammenhang mit der KSZE oder lassen sie sich auf den „Gorbačev-Faktor“ reduzieren? Zum anderen soll untersucht werden, ob der wiederbelebte KSZE-Prozess der politischen Massenmobilisierung in der UdSSR Auftrieb verlieh, wie dies bei den Dissidenten der 1970er Jahre der Fall gewesen war? Wenn ja, welche konkreten gesellschaftlichen Auswirkungen hatte die KSZE? Daran schließt sich die Frage an, wie der Parteiapparat auf die Herausforderung „von unten“ reagierte und inwiefern die KSZE die innerstaatlichen Machtstellungen, innerhalb des Parteiapparates und in der Beziehung zwischen dem Staat und der Gesellschaft, beeinflusste oder diese sogar veränderte. Schließlich ist die Perzeption der KSZE auf der Ebene des Staates von Interesse. Unmittelbar damit verbunden ist die dritte Frage nach den normativen Wirkungen der KSZE auf den innergesellschaftlichen Diskurs, die Ideologie sowie das Verhalten der Staatsakteure. Wie die Perestroika bzw. das revidierte Selbstbild der UdSSR auf den KSZE-Prozess bzw. auf die sowjetische KSZE-Politik zurückwirkte und gegebenenfalls Moskaus außenpolitische Motive und Strategien veränderte, ist viertens in Verbindung mit der ersten Fragestellung von Interesse, soweit die zugänglichen Quellen eine Aussage darüber zulassen.

### 3. Untersuchungsmethode

Die Verfasserin ist der Meinung, dass der Ansatz einer monokausalen Deutung der KSZE für die Perestroika genauso wenig sinnvoll ist wie der Versuch, die Helsinki-Effekte in der Sowjetunion in „hard outcomes“ zu fassen. Die Wirkungen des KSZE-Prozesses, worunter im Folgenden sowohl die Folgetreffen als auch die KSZE-Normen mit den transnationalen Menschenrechtsnetzwerken verstanden werden, waren viel komplexer und meistens indirekter Art bzw. immateriell. Dies lag nicht zuletzt daran, dass die KSZE eine durch Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren vertraglich begründete, jedoch völkerrechtlich unverbindliche Regelung staatlichen Verhaltens darstellte, deren Wirkungspotenzial sich nicht im Zwang und Nutzenkalkül äußerte und deshalb auch zu Beginn des KSZE-Prozesses als gering eingeschätzt wurde.<sup>51</sup> Folglich wird die Wirkungsgeschichte des KSZE-Prozesses auf die innersowjetischen Entwicklungen nicht nur als ein rein politisches, sondern auch als *soziokulturelles Phänomen* verstanden und untersucht. Die Erarbeitung der aufgeworfenen Fragen bedarf somit einer

<sup>51</sup> Vgl. Rohde-Liebenau, Menschenrechte, hier vor allem S. 9–13.

Verbindung der theoretischen Ansätze der Internationalen Beziehungen, der Politik-, Ideen- und Sozialgeschichte sowie einer breiten Einbeziehung unterschiedlicher Quellenarten.

Obgleich diese Arbeit eine historische, da deskriptiv-analytische Untersuchung auf empirischer Grundlage darstellt, folgt sie in gewisser Hinsicht der Logik des konstruktivistischen Ansatzes. Anders als Rational-Choice-Theorien begreift der Konstruktivismus staatliches Handeln nicht als macht- und interesseninduziert, sondern als normgeleitet. Diesem Ansatz liegt der soziale Akteur, der *homo sociologicus*, zugrunde, der in „ein Netz intersubjektiver Bedeutungsgehalte“ eingebunden ist und „Entscheidungen norm- und regelgeleitet auf dem Hintergrund subjektiver Faktoren, historisch-kultureller Erfahrungen und institutioneller Einbindungen trifft“.<sup>52</sup> Die Konstruktivisten betonen die Relevanz von Institutionen, Ideen, Normen und Regeln bei Akteurskonstituierung und bei der Interessendefinition, wobei die „sozialen Normen“ als wertgestützte, intersubjektiv geteilte Erwartungen angemessenen Verhaltens<sup>53</sup> definiert werden und konstitutiv auf die Staatsakteure wirken. Das heißt, dass sie dem kognitiv-reflexiven Staatsakteur Ziele vorgeben, nach denen er legitimerweise streben soll, während ihre Wirkung sich darin zeigt, dass „Akteure ihre eigenen Präferenzen entsprechend jenen Handlungszielen definieren, die innerhalb des (innerstaatlichen oder internationalen) sozialen Referenzsystems als legitim ausgewiesen werden“.<sup>54</sup> Was als legitim gilt, wird sowohl auf der Ebene der Internationalen Beziehungen als auch innergesellschaftlich formuliert. Damit sind staatliche Entscheidungsträger einer doppelten „Sozialisation“ ausgesetzt und müssen die an sie gestellten Erwartungen beider Seiten (außen- und innenpolitische Akteure) vor dem Hintergrund ständig neuer Informationen immer wieder erst quasi „erarbeiten“ und berücksichtigen.<sup>55</sup>

<sup>52</sup> Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theorie-debatte, in: ZIB, Nr. 1, 1994, S. 139–169, hier S. 143; zum Ansatz siehe außerdem: Lehmkuhl, Theorien; Risse, Konstruktivismus; Wendt, The Agent-Structure Problem; Ders., Anarchy; Welles, Jutta: Constructing National Interest, in: European Journal of International Relations, Vol. 2, Nr. 3, 1996, S. 275–318.

<sup>53</sup> *Logic of appropriateness* ist der englische, von March und Olsen geprägte Ausdruck dafür. Vgl. March, James G./Olsen, Johan P.: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization, Vol. 52, Nr. 4, 1998, S. 943–969.

<sup>54</sup> Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: ZP, Nr. 1, 2001, S. 71–103, hier S. 75.

<sup>55</sup> Hier kann zwischen *transnationaler* und *sozietalear* Sozialisation unterschieden werden. Bei der *transnationalen* Sozialisation handelt es sich um einen Prozess, bei dem sich staatliche Entscheidungsträger internationale Normen, d.h. „die von Staaten geteilten, wertgestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens, aneignen“. Die *sozietalear* bezeichnet dann den Prozess der Aneignung von gesellschaftlichen Normen durch die staatlichen Entscheidungsträger, d.h. „die von den Bürgerinnen und Bürgern ihres Staates geteilten, wertgestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens“. Boekle/Rittberger/Wagner, Soziale Normen, S. 77 f.

Soziale Normen regulieren nicht nur soziales Verhalten, sondern sie konstituieren auch die soziale Identität von Akteuren, die wiederum für die Definition ihrer außen- und innenpolitischen Ziele ausschlaggebend ist und auf die internationale Struktur konstitutiv rückwirkt. Die Normen wirken umso effektiver, je stärker sie von Akteuren internalisiert, d. h. so „zu eigen“ gemacht worden sind, dass man sich an diese Normen hält,<sup>56</sup> und je stärker sie institutionalisiert (in das nationale Rechtssystem übernommen) worden sind. Je mehr Einheiten also eine wertgestützte Erwartung angemessenen Verhaltens teilt und je spezifischer diese Erwartung definiert ist (etwa in den internationalen Vereinbarungen oder im Gesetz), umso stärker wirkt und bestimmt sie das politische Handeln.<sup>57</sup>

Überträgt man diese Logik auf den vorliegenden Untersuchungsgegenstand, so lassen sich politische Veränderungen unter Gorbačev *auch* soziologisch, als Prozess des eigendynamischen Ideenwandels bzw. als kollektiver politischer Lernprozess mit Verhaltensänderungen verstehen, denen nicht eine bloße kalkulierte Verhaltensanpassung, sondern eine Infragestellung und Überprüfung zugrunde liegender Prämissen, Werte und Ziele unter Einwirkung der KSZE vorausging. Die Wirkung der KSZE zeigt sich dann auch darin, dass Staatsakteure ihre Präferenzen entsprechend den KSZE-Normen definieren. Die Untersuchung wird dann durch die Fragen bestimmt, ob und wie die im Rahmen der KSZE vereinbarten Werte und Normen auf die politische Agenda der Sowjetunion gelangten, den innersowjetischen Diskurs und das politische Handeln der Akteure beeinflussten und mit welchen Konsequenzen sie für die Sowjetideologie sowie für die politisch-gesellschaftliche Struktur der Sowjetunion und ihre KSZE-Politik verbunden waren.

Damit stellt sich allerdings die methodische Frage, wie die politischen Akteure, Normen bzw. Ideen sowie der Wandel in der UdSSR empirisch zu erfassen und zu analysieren sind.

Operationell bewegt sich diese Arbeit auf drei Akteurs-Ebenen (auf der transnationalen Ebene des KSZE-Prozesses, auf der innergesellschaftlichen Ebene und auf der Ebene des Parteistaates), wobei der KSZE-Prozess und die sowjetische Gesellschaft als sogenannte Sozialisatoren zu betrachten sind, die die wertegestützten Erwartungen angemessenen Verhaltens an die staatlichen Entscheidungsträger vermittelten. Als entscheidend wird indes die gesellschaftliche Ebene verstanden und analysiert. Mit der bewussten Konzentration auf die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse beansprucht diese Dissertation, einen wichtigen Aspekt der Perestroika in den Blick zu nehmen, der in der Sowjetforschung sehr oft übersehen wird und zwangsläufig zu einseitigen Interpretationen führt. Im Westen wird die Zeit der Perestroika aus elitenzentrierter Perspektive vorwiegend als eine

<sup>56</sup> Eine Regel ist zur Norm dann internalisiert, wenn man diese für „normal“ hält und nicht darüber nachdenkt, ob sie eingehalten werden soll oder nicht. So ist es in den meisten Demokratien „normal“, dass das Folterverbot gilt, während Fälle seiner Verletzung die Glaubwürdigkeit des Staates beschädigen.

<sup>57</sup> Boekle/Rittberger/Wagner, Soziale Normen.



Periode der fehlgeschlagenen innenpolitischen Reformen mit Dominanz des „Gorbačev-Faktors“<sup>58</sup> und weitgehender Marginalisierung der Öffentlichkeit betrachtet.<sup>59</sup> Geradezu paradigmatisch für diese Sicht ist jüngst die folgende Aussage des Osteuropahistorikers Stefan Plaggenborg: „Viel ließe sich über den Kollaps von 1991 sagen, eines war er gewiss nicht: durch einen Aufstand der Gesellschaft gegen ein überkommenes System hervorgerufen.“<sup>60</sup> „Strukturwandel sowjetischer Politik durch Öffentlichkeit“ ist der konträre Befund der Untersuchung politischer Ereignisse in Russland im „Wendejahr 1989“ von Helmut Altrichter, auf den sich auch diese Dissertation stützt. Seine Darstellung zeigt, dass die Öffentlichkeit die Politik in der UdSSR so veränderte, dass es immer schwieriger wurde, zu bestimmen, „wo sie [die Politik] eigentlich gemacht wurde, im Politbüro, von der Regierung, im Parlament, von den Medien oder auf der Straße“, und dass der „Gorbatschow-Faktor an Strahlkraft verlor, der Antreiber von einst immer mehr selbst zum Getriebenen wurde.“<sup>61</sup> Diese Sicht teilen viele russischsprachige Abhandlungen, in denen gesellschaftliche Aktivitäten und informelle Subkulturen als Vorläufer der postsowjetischen Parteienlandschaft in den Mittelpunkt gestellt werden.<sup>62</sup> Umfassende wissenschaftliche Untersuchungen des Aufbruchs der Ge-

<sup>58</sup> Brown, Der Gorbatschow-Faktor.

<sup>59</sup> Als Ausnahmen seien hier folgende, hauptsächlich parallel zu den Ereignissen oder unmittelbar nach der Perestroika entstandene Darstellungen zu nennen: Altrichter, Russland; Adler, Nancy: *Victims of Soviet Terror. The Story of the Memorial Movement*, Westport/London 1993; Hosking G./Aves, J./Duncan, P. (Hrsg.): *The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991*, London 1992; Sedaitis J. B./Butterfield J. (Hrsg.): *Perestroika from Below*, Boulder/San Francisco/Oxford 1991; Vochmenceva, Galina/Luchterhandt, Otto: Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in der RSFSR unter Berücksichtigung der übrigen UdSSR, Sankt Augustin 1991; Igrunov, Vjačeslav: Öffentlichkeitsbewegungen in der UdSSR: Vom Protest zum politischen Selbstbewusstsein, in: Segbers, Klaus (Hrsg.): *Perestroika. Zwischenbilanz*, Frankfurt am Main 1990, S. 76–105; Eichwede, Wolfgang: Bürgerrechtsbewegung und neue Öffentlichkeit in der UdSSR, in: *Osteuropa*, Nr. 1, 1988, S. 18–34; Engert, Steffi/Gartenschläger, Uwe: Der Aufbruch: Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. *Perestroika von unten*, Hamburg 1989; Luchterhandt, Otto: Die Bürgerrechtsbewegung als Vorläufer und Ferment der Reformen, in: Kappeler, Andreas: *Umbau des Sowjetsystems*, Stuttgart/Bonn 1989, S. 111–145; Alexandrova, Olga: Informelle Gruppen und Perestrojka in der Sowjetunion. Eine Bestandsaufnahme. *Berichte des BIOst*, Nr. 18, Köln 1988; Maljutin, Michail: Die Informellen in der Perestroika: Erfahrungen und Perspektiven, in: Afanassjew, Juri (Hrsg.): *Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost Demokratie Sozialismus*, Moskau 1988, S. 272–293.

<sup>60</sup> Plaggenborg, Stefan: Das Erbe: Von der Sowjetunion zum neuen Russland, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning: *Länderbericht Russland*, Bonn 2010, S. 29–51, hier S. 35. Diese Sicht wird weitgehend auch vom britischen Historiker Archie Brown geteilt. Vgl. Brown, *Seven Years*, S. 157–189.

<sup>61</sup> Altrichter, *Russland*, hier S. 26f.

<sup>62</sup> Aus den zahlreichen einschlägigen russischsprachigen Untersuchungen seien hier als Beispiele folgende genannt: Kozodoj, V.I.: Dviženie sibirskich „neformalov“ v 1986–1990 gg., in: *Voprosy istorii*, Nr. 12, 2007, S. 28–43; Ders.: Stanovlenie oppozicionnyh organizacij v Sibiri (1989 – avgust 1991 g.), in: *Voprosy istorii*, Nr. 5, 2008, S. 80–91; Šubin, Aleksandr: *Predannaja demokratija, SSSR i neformaly 1986–1989*, Moskau 2006; Ders.: *Paradoksy Perestrojki. Upuščennyy šans SSSR*, Moskau 2005; Fadeev, Valerij: *Očerki 88 goda (Pochoždenija neformala)*, Moskau 1992; Glezin, Éduard: *Obščestvenno-političeskie neformal'nye organizacii v RSFSR v 1987–*



sellschaft aus der staatlichen Bevormundung in der Perestroikazeit bleiben dennoch sowohl in Russland als auch im Westen gegenüber den elitenorientierten Studien in der Minderzahl. Sie ziehen auch nicht den außenpolitischen Kontext oder explizit den KSZE-Prozess als Einflussfaktoren in Betracht. Ohne den „Gorbačev-Faktor“ zur Disposition stellen zu wollen, will diese Arbeit hingegen auf die Bedeutung der sowjetischen Gesellschaft bei der Sozialisation der KSZE-Normen und folglich bei den politischen Reformen in der UdSSR aufmerksam machen. Denn ohne gesellschaftliche Mobilisierung wären die KSZE-Menschenrechtsnormen kaum auf die politische Agenda der Sowjetunion gelangt und die Lernprozesse ausgelöst worden, die am Ende in der Demontage der Sowjetideologie und den Untergang des Sowjetimperiums mündeten – so die hier vertretene These.

Mit welchen Methoden lassen sich aber die Veränderungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, ihre Erwartungen des angemessenen Verhaltens an den Parteistaat sowie die Verbreitung bzw. Behauptung der KSZE-Normen in der UdSSR ermitteln? Die Erhebung kann mit verschiedenen Indikatoren geschehen, sofern der innergesellschaftliche Diskurs keiner totalen Staatskontrolle unterliegt, die Zahl der Diskursteilnehmer nicht beschränkt ist und somit die Voraussetzungen für die Aufnahme neuer Inhalte und den Wandel des Diskurses gegeben sind. Unter Diskurs wird ein „System des Denkens und Argumentierens“ verstanden, definiert durch einen „gemeinsamen Redegegenstand“, durch reguläres Reden über diesen Gegenstand und durch seine „Relationen zu anderen Diskursen“.<sup>63</sup> Ein Diskurs produziert Wissensgehalte, und diejenigen Diskursinhalte, die sich in der gesellschaftlichen Praxis durchsetzen, bedeuten Macht. Denn sie formen und beeinflussen die Denkweise einer Gesellschaft und bestimmen die politische Wirklichkeit. Man spricht deswegen auch von „Macht der Diskurse“ bzw. von „Deutungsmacht“. Je autoritärer ein Staat ist, umso strenger sind die innerstaat-

1990 gg.: stanovlenie i razvitie, Moskau 2008 (Manuskript); Gromov, Andrej/Kuzin, Oleg: Neformaly. Kto est' kto?, Moskau 1990. Die sowjetische Öffentlichkeit der Perestroika war das Thema einer am DHI-Moskau veranstalteten internationalen Konferenz (13.–15. November 2008); siehe den Bericht dazu: Saal, Yuliya von: Meždunarodnaja konferencija „Sovetskaja obščestvennost' v epochu Perestrojki (1985–1991)“ (Moskva, 13–15 nojabrja 2008 g.), in: NLO, Nr. 97, 2009, S. 440–444.

<sup>63</sup> Titzmann, Michael: Kulturelles Wissen – Diskurs – Denksystem. Zu einigen Grundbegriffen der Literaturgeschichtsschreibung, in: Zeitschrift für französische Sprache und Literatur, Bd. 99, 1989, S. 47–61, S. 51 ff. Die Verwendung des Diskursbegriffes ist nicht unproblematisch, was dem Umstand seiner Bedeutungsvielfalt und unterschiedlichen kontextuellen Einbindungen geschuldet ist. Obgleich der Diskurs im Folgenden nicht den zentralen Untersuchungsgegenstand und die Arbeit selbst keine Diskursanalyse im engeren Sinne darstellt – weshalb hier auf die theoretische Debatte zur historischen Diskursanalyse verzichtet wird –, ist der Gebrauch des Begriffs als ein Analyseinstrument zur Beschreibung des sich verändernden Werte- und Präferenzsystems in der Sowjetunion der Perestroika stellenweise unverzichtbar. Grundsätzlich zum Diskurs sowie zur Zusammenfassung der theoretischen Debatte siehe: Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 2000; Landwehr, Achim: Diskurs und Wandel. Wege der historischen Diskursforschung, in: Ders. (Hrsg.): Diskursiver Wandel, Wiesbaden 2010, S. 11–30; Ders.: Historische Geschichtsanalyse, Frankfurt am Main 2008.

lichen Diskurse durch bestimmte Denkstrukturen (Kultur, Ideologie) reglementiert und institutionell kontrolliert. Auch die Zahl der Diskursteilnehmer ist in der Regel beschränkt. Die Reproduktion bestimmter systemimmanenter Diskurse dient dann der Festigung des Systems und umgekehrt: Ihre abweichenden Formen schwächen es, wie es in der UdSSR als Konsequenz der Glasnost-Politik geschah. Da im Zuge erster Liberalisierungsmaßnahmen (Glasnost) in der Sowjetunion bereits ab 1987 eine strenge Reglementierung von Diskursinhalten und Teilnehmern kontinuierlich abnahm, lassen sich die normativen Bestandteile dieser Diskursinhalte sowohl aus den programmatischen Aussagen der gesellschaftlichen Gruppen als auch aus den öffentlichen Diskussionen (Medien) und Parlamentsdebatten mit qualitativ-interpretativen Methoden „herausdestillieren“ und auch quantitativ mit den Meinungsumfragen „messen“. Auf diese Weise können Veränderungen in den gesellschaftlichen Erwartungen an den Parteistaat festgestellt werden. Die Verbreitung und die Bedeutung der KSZE-Normen in diesem Prozess lassen sich dann ebenso messen.

Die Gliederung dieser Arbeit soll den gewählten kombinierten Untersuchungsansatz und die Eigendynamik des innenpolitischen Wandels sowie der Machtverhältnisse in der UdSSR in der Zeit zwischen 1985 und 1991 widerspiegeln. Sie ist deshalb weniger chronologisch und ereignisorientiert als vielmehr systematisch aufgebaut und setzt einen Perspektivenwechsel voraus.

In dem auf die Einleitung (Teil I) folgenden Teil II wird zunächst hinführend ein kurzer historischer Überblick zum KSZE-Prozess vor 1985 gegeben und allgemein gefragt, welche Herausforderungen die multilaterale Diplomatie für die Sowjetunion mit sich brachte und wie Moskau darauf reagierte. Im zweiten Kapitel dieses Teils stehen dann einerseits die Anfänge und Intentionen von Michail Gorbatschovs innenpolitischen Liberalisierungsmaßnahmen und andererseits der Wandel der sowjetischen KSZE-Politik in der Zeit zwischen 1985 und 1987 im Fokus. Hier ist von Interesse, in welchem Zusammenhang sich beide Prozesse zueinander befanden. Welche Ziele wurden mit welchen Mitteln von Gorbatschov verfolgt? Und wie ist der sich abzeichnende Paradigmenwechsel in der sowjetischen KSZE-Politik bereits zu Beginn des KSZE-Folgetreffens in Wien (1986–1989) sowie in der Innenpolitik zu erklären? Die Eigendynamik der Folgen dieser anfänglichen Korrekturen in der Innen- und Außenpolitik werden im analytischen Teil III untersucht. In den Mittelpunkt rücken jene Felder der Perestroika, die zum ersten Mal dem Normenkatalog der KSZE Rechnung trugen, zugleich aber das Entstehen von der KPdSU und der offiziellen Ideologie entgegengesetzt stehenden Gruppen und Diskursinhalten in der Zeit zwischen 1986 und 1989 nach sich zogen. Es handelte sich dabei um die Entkriminalisierung des Rechts auf freie Organisation in Gruppen und Vereinigungen außerhalb der staatlichen Strukturen mit der Herausbildung einer informellen Öffentlichkeit (Kapitel 1), um Zugeständnisse im Bereich der Meinungs- und Pressefreiheit und die Verbreitung des „zweiten Samizdats“ (Kapitel 2), um die Erleichterung der Emigration aus der UdSSR vor dem Hintergrund der wachsenden Ausreisebewegung (Kapitel 3) und um die Problematisierung des Rechts auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker

und der Unverletzlichkeit der Grenzen durch die Nationalbewegungen am Beispiel des Baltikums (Kapitel 4). Die Darstellung dieser an Eigendynamik gewinnenden, teilweise parallel ablaufenden und sich überschneidenden Prozesse soll illustrieren, wie die Parteiführung in dem Maße ihre Interpretationshoheit über die skizzierten Politikfelder bzw. geltenden Normen und damit die politische Macht verlor, wie diese Felder von der Gesellschaft und von den KSZE-Teilnehmerstaaten problematisiert wurden und sich im innersowjetischen Wertediskurs auf Kosten des bisher gültigen sozialistischen Wertekanons durchsetzen konnten. Die mit diesen Prozessen einhergehende Mobilisierung der gesellschaftlichen und innerstaatlichen Opposition, der Demokratisierungsdruck und der öffentlich werdende Menschenrechtsdiskurs sowie seine Entideologisierung stehen im Fokus des 5. Kapitels. Kapitel 6 hat politische Reformen zum Inhalt. Hier geht es vor allem um die Frage, inwiefern westlich-liberale Werte und Normen den Normenhaushalt der Sowjetunion veränderten und konstitutiv auf die Reformen wirkten. Eine kurze Bestandsaufnahme der sowjetischen Wirklichkeit zur Jahreswende 1988/1989 in Form einer Zwischenbilanz (Kapitel 7) leitet zum Teil IV über, der den Zeitraum zwischen 1989 und der Auflösung der UdSSR 1991 abdeckt und den vierten Fragenkomplex in die Analyse einbezieht. Im ersten Kapitel wird zunächst zu untersuchen sein, inwiefern die im Teil III dargestellten innersowjetischen Wandlungsprozesse die sowjetische KSZE-Politik (Ziele und Strategien) veränderten und für die Preisgabe von Moskaus früheren Positionen im Verlauf der Verhandlungen auf dem KSZE-Treffen in Wien Anfang 1989 von Bedeutung waren. Wie sich das in Wien unterzeichnete Dokument mit den sehr detaillierten neuen Menschenrechtsnormen auf den weiteren politischen Reformkurs, auf die Gesellschaft und die politische Struktur der Sowjetunion auswirkten, wird im zweiten Kapitel analysiert. Moskaus Bekenntnis zum westlich-liberalen Gesellschaftsmodell in Paris (1989), Bonn (1990) und Kopenhagen (1990) vor dem Hintergrund von Gorbachevs „Wende nach rechts“ und der Zerfall der Sowjetunion 1991 werden am Ende der Untersuchung als zwei Seiten derselben Medaille diskutiert. Mit einer Zusammenfassung und einem Ausblick in das postkommunistische Russland endet die Untersuchung (Teil V), wobei hier auch der Frage nachgegangen werden soll, ob eine Institutionalisierung bzw. Habitualisierung von KSZE-Menschenrechtsnormen in der UdSSR erfolgt ist oder nicht.

#### **4. Akteurs-Ebenen: Parteistaat und informelle Öffentlichkeit**

Da das Hauptaugenmerk der Arbeit vor allem auf die gesellschaftspolitischen Prozesse und die Folgen der KSZE in der Sowjetunion gerichtet ist, konzentriert sie sich vorwiegend auf zwei Akteurs-Ebenen: die des Parteistaates und die der Gesellschaft. Weil daher der gesellschaftspolitische Strukturwandel im Mittelpunkt stehen wird, bedarf es einer Spezifizierung dieser Ebenen bzw. der Machtverhältnisse und des Staatsaufbaus in der UdSSR im Untersuchungszeitraum.

In der UdSSR gab es keine Trennung zwischen Staat und Partei. In der Zeit von 1985 bis 1991 veränderte sich jedoch die Beziehung zwischen Partei und Staat und somit wandelten sich auch die Machtverhältnisse. Nachdem die politische Richtliniengewalt jahrzehntelang dem Politbüro und damit der Partei bzw. dem Generalsekretär zugestanden hatte, ging sie mit der Reform des politischen Systems und mit der Gründung des Volkskongresses 1988/1989 auf die Legislative und mit der Einführung des Präsidentenamtes 1990 auf die Exekutive und damit auf den Staat über.<sup>64</sup> Die Rechtswirklichkeit sah jedoch etwas anders aus. Zum einen wurde die postulierte Trennung von Partei und Staat nicht eingehalten – nach seiner Wahl zum Präsidenten 1990 behielt z.B. Gorbačev den Posten des Generalsekretärs der KPdSU. Zum anderen verloren sowohl Staat als auch Partei unionsweit an realen Einflussmöglichkeiten in dem Maße, wie die politische Opposition in der Sowjetunion wuchs. Bereits 1989 wurde die Machtlosigkeit der Staats- und Parteiorgane offensichtlich.<sup>65</sup> Dieser Wandel erfordert auch eine stetige Betrachtung der handelnden Akteure.

Generell zeichnete sich die UdSSR bis Anfang 1991 durch ein dreifach hierarchisch strukturiertes bürokratisches System aus (die Partei, die Regierung und die Räte), deren Mitgliedschaften sich jedoch überschnitten und von der Partei dominiert wurden. Auf den verschiedenen Ebenen der administrativen Hierarchie wiederholte sich diese, im Folgenden zu skizzierende Organisation. Nach Artikel 6 der Verfassung war die Partei „die führende und lenkende Kraft der sowjetischen Gesellschaft, der Kern ihres politischen Systems, der staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen“.<sup>66</sup> Sie legte die Linie der Innen- und Außenpolitik der UdSSR fest; ihr waren nach dem Organisationsprinzip des „demokratischen Zentralismus“ alle Parteiorganisationen unterstellt, während die Beschlüsse der höheren Organe für die unteren verbindlich und Fraktionen verboten waren. Den Parteikomitees kam dabei auf allen Verwaltungsebenen die Funktion von Führungsorganen zu. Eigene Zentralkomitees mit einem Politbüro, einem Sekretariat und einem eigenen Apparat gab es in allen Republiken, mit Ausnahme der RSFSR. Darunter folgten die Gebiets- [oblastnoj komitet, Obkom], Stadt- [gorodskoj komitet, Gorkom] und Distriktkomitees [rajennyj komitet, Rajkom], die sich weiter in kleinere Zellen bis hinunter in die Betriebe gliederten. Die Aufsicht über die Tätigkeit der KP hatte in der Zeit zwischen den formell höchsten Organen, den Parteitag, auf denen seit 1971 das Zentralkomitee (ZK) der KPdSU gewählt und das Programm sowie das Statut der Partei verabschiedet wurden, das ZK der KPdSU, deren Mitglieder sich in Vollmitglieder und Kandidaten teilten. Das ZK trat jedoch nur zweimal jährlich zusammen, während seinen Vollzugsorganen,

<sup>64</sup> Zum sich wandelnden Verhältnis zwischen Staat und Partei siehe Hain, Sabine: Partei und Staat in der Sowjetunion 1985–1991, Hamburg 2006.

<sup>65</sup> Vgl. Altrichter, Russland.

<sup>66</sup> Zur Verfassung siehe: [http://mdzx.bib-bvb.de/cocoon/1000dok/dok\\_0042\\_ver.html?object=abstract&lang=de](http://mdzx.bib-bvb.de/cocoon/1000dok/dok_0042_ver.html?object=abstract&lang=de); zu Herrschaftsstrukturen nach der Annahme der neuen Verfassung 1977 vgl. Hildermeier, Manfred: Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Aufstieg und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 847–877.

dem Politbüro, dem ZK-Sekretariat, mit seinem mächtigen, unter Brežnev aufgeblähten Apparat, und dem Komitee für Parteikontrolle, eine größere Bedeutung zukam.

Die zentrale, Staat und Partei verbindende Figur war der Generalsekretär, der Vorsitzende der Partei – zwischen 1985 und 1991 – Michail Gorbachev. Die Partei stattete ihn mit einer Allmacht aus, die ihn zu der eigentlichen Entscheidungsperson in allen Fragen machte, sei es in der Innen- oder der Außenpolitik. Seine Macht musste der Parteichef allerdings mit dem Politbüro teilen, das vom ZK gewählt wurde und normalerweise aus zwölf stimmberechtigten Mitgliedern und sieben nichtstimmberechtigten Kandidaten bestand. In den wöchentlichen Sitzungen wurde hier die innen- und außenpolitische Linie der Partei und des Staates bestimmt; es stellte die eigentliche Regierung der Sowjetunion dar. Der Generalsekretär führte den Vorsitz. Auf Empfehlung des Politbüros hätte er jedoch vom ZK der Partei jederzeit aus dem Amt entfernt werden können, wie es im Oktober 1964 Nikita Chruschtschow widerfuhr. Der Generalsekretär war somit bei der Durchsetzung seiner Politik auf die Loyalitäten der ZK-Mitglieder angewiesen. Dass dies keine leichte Aufgabe war, deutet die Zusammensetzung der Parteibürokratie an. Denn trotz einer schnellen Beförderung der Liberalen<sup>67</sup> durch Gorbachev gleich nach seinem Machtantritt blieben die Konservativen im Parteiestablishment dennoch in der Überzahl.<sup>68</sup> Wollte Gorbachev das Projekt Perestroika voranbringen, so war er angehalten, den konservativen Kräften Zugeständnisse zu machen bzw. auf sie Acht zu geben.

Die Partei (im Einzelnen der Generalsekretär und das Politbüro) ist also als maßgeblicher Entscheidungsakteur für die erste Hälfte der Perestroika zu benennen, während die zentralen Staatsorgane (der Oberste Sowjet und der Ministerrat) für die Untersuchung in diesem Zeitraum nicht wirklich von Bedeutung sind.<sup>69</sup> Diese Machtverhältnisse sollten sich infolge von Gorbachevs Reformen 1988/1989 ändern. Seit 1989 rücken deshalb auf der Ebene des Staates der neu eingeführte Volkskongress und der veränderte Oberste Sowjet als parlamentarische Gremien mit den umfangreichen Gesetzgebungskompetenzen mit ins Zentrum der Analyse.

<sup>67</sup> Zu nennen sind hier vor allem die Beförderungen von Eduard Ševardnadze (Juni 1985) zum Vollmitglied des Politbüros; von Aleksandr Jakovlev zum Mitglied und Sekretär des ZK, im Juni 1987 auch zum Vollmitglied des Politbüros; von Boris El'cin (Dezember 1985) zum ersten Sekretär des Stadtkomitees (Parteichef) von Moskau sowie die Ernennungen von Anatolij Černjaev, Andrej Gračev, Georgij Šachnazarov, Ivan Frolov und Fedor Burlackij zu engen Mitarbeitern des Generalsekretärs. Mehr hierzu siehe bei Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 169–191.

<sup>68</sup> Ebd., S. 188.

<sup>69</sup> Dem Ministerrat kam die Ausführung der Beschlüsse im administrativen Sinne zu. Der Oberste Sowjet der UdSSR mit den zwei Kammern des Unions- und Nationalitätensowjets tagte nur zweimal im Jahr für jeweils zwei bis drei Tage, um den Gesetzen zuzustimmen, und konnte schon allein deswegen nicht die Partei und die Regierung real kontrollieren. Vgl. Hilfermeier, *Geschichte*, S. 857–866.

Etwas komplizierter gestaltet sich die Verortung der Akteure, welche in die Beschlussfassung im Rahmen der sowjetischen KSZE-Politik involviert waren. Zwar war das sowjetische Ministerium für Außenpolitische Angelegenheiten (künftig: MID, von *Ministerstvo inostrannyh del*), das zwischen Juli 1985 und Januar 1991 von Ėduard Ševardnadze geleitet wurde, für die konzeptionelle Ausarbeitung der KSZE-Politik zuständig; ihm kam ebenfalls die Koordinierung bei der Implementierung der Außenpolitik zu. In beide Prozesse wurden jedoch auch andere staatliche Stellen einbezogen, wobei bis 1990 das letzte Wort das Politbüro hatte.<sup>70</sup> So erarbeitete das MID die Entwürfe der Instruktionen für die Delegationen. Diese bedurften jedoch nach dem Konsensprinzip die Zustimmung vieler anderer Regierungsstellen, mit dem Endergebnis, dass solche Institutionen, wie zum Beispiel der KGB oder das Innenministerium, mit dem ihnen zustehenden Vetorecht in die Formulierung sowjetischer KSZE-Politik massiv eingreifen oder die Umsetzung außenpolitischer Verpflichtungen verzögern konnten, wie dies auch öfters der Fall war.<sup>71</sup> Zusätzlich zu den Schwierigkeiten der *interministeriellen* Koordination gab es Probleme auch auf der *intraministeriellen* Ebene, denn innerhalb des MID befassten sich mehrere Abteilungen mit der KSZE-Politik. Die strukturellen Reformen des MID in der Zeit zwischen Juli 1985 und Juni 1986 brachten hier zunächst keinerlei Abhilfe. Es entstanden erstmals selbstständige Einheiten, die sich mit der Problematik des KSZE-Prozesses befassten. So wurde 1986 eine „Abteilung für humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit“ gebildet, die vom Botschafter sowie Delegationsleiter auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien (1986–1989), Jurij Kašlev, geleitet wurde. Ein selbstständiges Referat für „Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (RFSZE) entstand nach dem Beginn des Wiener Treffens Anfang 1987 unter Botschafter Jurij Derjabin. Je nach Sachgebiet verteilte sich aber die breite Thematik der KSZE auf unterschiedliche Abteilungen: Die „Abteilung für Rüstungsbegrenzung und Abrüstung“ betreute Fragen militärischer Sicherheit; die „Informationsabteilung und die der wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ die Fragen des Informationsaustausches und der Arbeitsbedingungen von Journalisten; die „Unterabteilung Menschenrechte“ (später als „Abteilung für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte“

<sup>70</sup> Zu den außenpolitischen Entscheidungsprozessen und zur Arbeit des MID während der Perestroika gibt es kaum Literatur. Dieser Darstellung liegen deshalb hauptsächlich die Erläuterungen von Andrej Zagorskij und die Erinnerungen von Anatolij Adamišin zugrunde. Vgl. Zagorski, *Die menschliche Dimension*, S. 44–51; Adamishin, Anatoly/Schifter, Richard: *Human Rights, Perestroika, and the End of the Cold War*, Washington 2009; siehe auch: Torkunov, A.B. (Hrsg.): *Očerki istorii ministerstva inostrannyh del Rossii*, Bd. 2, 1917–2002 gg., Moskau 2002, S. 437–506; Nichol, James P.: *Perestroika of the Soviet Ministry of Foreign Affairs during the Gorbachev Period*, Amherst 1988; Pochlebkina, V.V.: *Vnešnjaja politika Rusi, Rossii i SSSR za 1000 let v imenach, datach, faktach*. Vypusk 1. *Vedomstva vnešnej politiki i ich rukovoditeli*. Spravočnik, Moskau 1992; Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 350–362.

<sup>71</sup> Gerade die Implementierung der außenpolitischen Verpflichtungen verzögerte sich wegen der notwendigen Einbindung diverser Institutionen und den Widerständen traditionell konservativer Stellen. Darüber berichtet auch Adamišin. Vgl. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 88, hier am Beispiel der sowjetischen Ausreisepolitik.

unter Jurij Rešetov selbstständig) in der oben erwähnten „Abteilung für humanitäre und kulturelle Zusammenarbeit“ die humanitären Probleme. Im Jahr 1987 bestand die MID-Struktur aus insgesamt 45 Unterabteilungen.<sup>72</sup> Angesichts solcher Verästelungen ist es leicht nachvollziehbar, welchen Koordinationsproblemen das Ministerium in Fragen der KSZE-Politik ausgesetzt war. Erschwerend kam die Tatsache hinzu, dass einzelne Referate des Ministeriums untereinander zuweilen große ideologische Differenzen aufweisen konnten. Erst nach dem Treffen in Wien wurde eine „KSZE-Kommission“ unter Vorsitz von Jurij Kašlev eingerichtet, die eine koordinierende Funktion bekam und neben dem RFSZE zu einem wichtigen Organ in Fragen der KSZE-Politik innerhalb des MID wurde. Die Koordinationsprobleme blieben dennoch bis zum Ende der Sowjetunion bestehen, sodass auch die Implementierung der KSZE-Bestimmungen aufgrund von Widerständen konservativer staatlicher Stellen nur schleppend vorankam.

Nichtsdestoweniger erfolgte unter Leitung des Georgiers Ėduard Ševardnadze, der im Sommer 1985 völlig überraschend Nachfolger Andrej Gromykos wurde, eine Aufwertung und Profilierung des Ministeriums als Ganzes.<sup>73</sup> Ševardnadze selbst verfügte über großen Einfluss auf die Formulierung und Ausführung der KSZE-Politik und galt als ein liberaler Verbündeter Gorbačëvs. Andrej Zagorskij zufolge befasste er sich „persönlich mit den wichtigsten Aspekten der KSZE-Entwicklung“.<sup>74</sup> Zwar war bis 1989/90 die Selbstständigkeit des MID durch die Dominanz des Politbüros und des Generalsekretärs stark eingeschränkt; die Leitung beider Stellen durch geistesverwandte Personen minimierte jedoch denkbare Meinungsdivergenzen. Laut Anatolij Dobrynin, der als sowjetischer Botschafter in den USA (1962 bis 1986) eine Schlüsselstellung in den Beziehungen zwischen Moskau und Washington einnahm und später als Berater von Gorbačëv tätig war, bildete der Generalsekretär zusammen mit Ševardnadze schon bald ein Tandem, das den außenpolitischen Kurs des Landes faktisch vollständig bestimmte.<sup>75</sup> Wichtige Fragen wurden zwar im Politbüro diskutiert und die bedeutenden Entscheidungen dort gebilligt, doch gehörte ihm auch Ševardnadze seit Sommer 1985 als Vollmitglied an. Unter Ševardnadzes Einfluss veränderten die Interventionen des Politbüros nicht selten die Richtlinien der gesamten sowjetischen KSZE-Politik. Dies war z. B. bei einer in „stürmischen Debatten“<sup>76</sup> gefallenen Entscheidung des Politbüros der Fall, auf dem KSZE-Treffen in Wien eine Menschen-

<sup>72</sup> Vgl. Torkunov, Očerki, S. 440.

<sup>73</sup> Die Radikalität der Neuerungen im MID, welche auch den Austausch von Kadern beinhalten, bringt Oleg Grinevskij in seinen Memoiren zum Ausdruck, indem er vom „Gemetzelt“, das Ševardnadze in der Behörde anrichtete“, spricht. Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996, S. 48.

<sup>74</sup> Zagorski, Die menschliche Dimension der KSZE, S. 48. Diesen Eindruck hinterlassen auch die Memoiren von Ševardnadze, in denen er zur sowjetischen KSZE-Politik mehrfach Stellung bezieht; vgl. Ševardnadze, Die Zukunft.

<sup>75</sup> Dobrynin, Sugubo doveritel'no, S. 612, 655f.

<sup>76</sup> So der Bericht von Ševardnadze; vgl. Ševardnadze, Die Zukunft, S. 162; dazu mehr siehe Teil II, Kapitel 2.



rechtskonferenz in Moskau vorzuschlagen, was einen völligen Kurswechsel sowjetischer Außenpolitik nach sich zog.

Mit dem allgemein zu beobachtenden Machtverlust des Politbüros im Zuge der politischen Reformen seit 1988 ging auch der Einfluss der Partei und ihrer Strukturen auf die Außenpolitik zurück. Gorbačevs Dominanz blieb jedoch erhalten. Anders als in der Innenpolitik steigerte sich seine außenpolitische Machtfülle zum Ende der Perestroika sogar.<sup>77</sup> Das MID legte ihm als Präsidenten der UdSSR (seit März 1990) Rechenschaft ab. Das Ministerium und die Diplomaten besaßen aber 1990/1991 weitaus größere Spielräume bei der Formulierung der KSZE-Politik als noch zu Beginn der Perestroika. Es ist deshalb zu vermuten, dass die Beweggründe und Interessen jener, an diesem Prozess beteiligten Akteure die Ergebnisse sowjetischer Außenpolitik, insbesondere in der Endphase der Perestroika, nun viel mehr als früher beeinflussten.

Wenn also im Folgenden nach Motiven hinter der sowjetischen KSZE-Politik gefragt wird, dann darf nicht vergessen werden, dass verschiedene Faktoren, Stellen und Personen abhängig von den jeweiligen Machtverhältnissen und Zeiträumen diese Politik bzw. die Kommunikation auf der multilateralen Ebene bedingten. Die zentralen Figuren blieben jedoch zu jeder Zeit Michail Gorbačev und bis Dezember 1990 Ėduard Ševardnadze.<sup>78</sup>

Während in der außenpolitischen Willensbildung Michail Gorbačev und Ėduard Ševardnadze ihre Dominanz behielten, wurden innenpolitische Entscheidungen immer mehr unter Einwirkung der Öffentlichkeit bzw. der „informellen Öffentlichkeit“ gefällt. Damit ist ein für die Sowjetunion spezifischer Sammelbegriff für die Handelnden auf der gesellschaftlichen Ebene genannt. Der diesem Begriff inhärente Widerspruch reflektiert die gesellschaftspolitische Wirklichkeit der Perestroika und bedarf einer näheren Erläuterung. Er hat zunächst wenig mit der westlichen Konzeption der „bürgerlichen Öffentlichkeit“ von Jürgen Habermas<sup>79</sup> zu tun und wird bewusst aus diesem normativen Kontext gelöst angewendet. Begriffsgeschichtlich<sup>80</sup> hat sich der Begriff „Öffentlichkeit“ in den westlichen

<sup>77</sup> Auch wenn Gorbačev und Ševardnadze die außenpolitische Willensbildung in gewisser Weise monopolisierten, auch einzelne Personen, die im Zuge von Gorbačevs personalpolitischen Schlüsselentscheidungen in die Formulierung des „Neuen Denkens“ einbezogen wurden, hatten von Anfang an einen großen Einfluss bei der Konzeptionierung sowjetischer Außenpolitik. Dazu gehörten auch wissenschaftliche Institute (hier vor allem IMEMO). Einen entscheidenden Beitrag leisteten dabei Anatolij Černjaev, der im Februar 1986 zum Hauptberater von Gorbačev in Sachen Außenpolitik geworden war, Georgij Šachnazarov und Vadim Zagladin, ebenfalls Berater, Ivan Frolov, der im Januar 1987 zum Berater für Ideologiefragen wurde sowie der bereits erwähnte Aleksandr Jakovlev. Zur Bedeutung verschiedener Personen im Umfeld Gorbačevs siehe Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 169–197, 350–362.

<sup>78</sup> Im Dezember 1990 trat Ševardnadze unerwartet als Außenminister zurück. Siehe Teil IV, Kapitel 2.3.

<sup>79</sup> Habermas, Jürgen: *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft* [1962], Neuauflage mit einem Vorwort von 1990, Frankfurt am Main 1999, hier S. 86ff.

<sup>80</sup> Zur historischen Entwicklung des Begriffs bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts siehe: Hölscher, Lucian: *Öffentlichkeit*, in: Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): *Ge-*



Kulturkreisen in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts herausgebildet. Als ein Produkt der bürgerlichen Gesellschaft impliziert er vor allem die „vierte Gewalt“, die Vorstellung eines separat neben dem Staat existierenden kritischen, kollektiven Akteurs in einem demokratisch verfassten Staat. Das Konzept der „Öffentlichkeit“ beinhaltet neben dem Vorhandensein diskursbestimmender Gruppen und einer „öffentlichen Meinung“<sup>81</sup> eine Garantie der Meinungs-, Rede-, Versammlungs- und Pressefreiheit mit der Möglichkeit zu kollektiven Diskursen. Es geht dabei um eine freie, politikrelevante Kommunikation und Wissenserzeugung – Elemente, die es so in einem autoritären System nicht oder nur eingeschränkt gibt, da die öffentliche Kommunikationssphäre in der Regel der Regierungskontrolle unterliegt, sodass die Medien und die darin geführten Diskurse dem Ideal einer, im Fall der UdSSR sozialistischen, Utopie zu entsprechen haben.<sup>82</sup> Für die „Gesellschaften sowjetischen Typs“<sup>83</sup> ist es deswegen angebracht, mehrere *Sphären* von Öffentlichkeit zu unterscheiden. Diese Vielschichtigkeit thematisiert das Model von Ingrid Oswald und Viktor Voronkov.<sup>84</sup> Es unterscheidet drei verschiedene Sphären der Öffentlichkeit, jede mit ihren festen Regeln und Praktiken, getrennt durch durchlässige Demarkationslinien. Die dem Staatsapparat unterstellte „offiziell-öffentliche“ Sphäre beschreibt darin den Bereich des gesellschaftlichen Lebens, der vom Machtapparat in der UdSSR komplett dominiert wurde und in dem das „gesetzte“ Recht der sozialistischen Utopie galt. Hier handelte die Gesellschaft nach den von ihr erwarteten Standards, während die Alltagswelt des realen Lebens von Alltagsnormen beherrscht wurde, die wiederum keine Geltung in der offiziellen Sphäre hatten. Die „Privatsphäre“ war nur gering entwickelt. Die „privat-öffentliche“ Sphäre des realen Lebens bot hingegen einen Rückzugsraum ins halb Private an. Sie stellte jene „zweite Öffentlichkeit“ dar, wo man einigermaßen frei von Staatskontrolle das kommunizieren konnte, was in der „offiziell-öffentlichen“ Sphäre ein Tabu blieb. Diese Vielschichtigkeit der sowjetischen Öffentlichkeit brachte die „soziale Schizophrenie“ des *homo sovieticus* hervor. Die Sowjetbürger entfernten sich bewusst vom Offiziellen und „lebten ihren Alltag, indem

schichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978, S. 413–467.

<sup>81</sup> „Öffentliche Meinung“ wird wiederum als „kollektive Vorstellungen mehr oder weniger großer Bevölkerungsgruppen über das, was wichtig, richtig und dann auch dringend zu tun ist“, definiert. Neidhardt, Friedhelm: Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit, in: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Medien, Forschung und Wissenschaft, Bd. 8, Münster 2005, S. 19–30.

<sup>82</sup> Vgl. Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan C. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt am Main 2003.

<sup>83</sup> Als solche werden die am sowjetischen Modell orientierten Regime verstanden. Zur Begrifflichkeit siehe ausführlich: Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Ein erster Blick aus komparativer Perspektive (Einleitung), in: Rittersporn/ Malte/Behrends, Sphären von Öffentlichkeit, S. 7–21.

<sup>84</sup> Oswald, Ingrid/Voronkov, Viktor: Licht an, Licht aus! „Öffentlichkeit“ in der (post)sowjetischen Gesellschaft, in: Rittersporn/Malte/Behrends, Sphären von Öffentlichkeit, S. 37–61; vgl. auch Voronkov, Viktor: Analitičeskoe obozrenie, in: Alekseeva, Pokolenie, S. 371–383.

sie [...] ihn in routinierten Abläufen, standardisierten Handlungssets, erledigten“<sup>85</sup>, während ihr Handeln und das Gesagte nicht dem Gedachten entsprachen. Dieses Phänomen der „verdoppelten Kommunikationsstandards“<sup>86</sup> einerseits sowie die Unfähigkeit des autoritären Systems andererseits, sich an den gesellschaftlichen Wandel anzupassen und den „sozialen ‚Metabolismus‘“<sup>87</sup> zwischen Gesellschaft und Staat aufrechtzuerhalten, führten zur Entstehung alternativer, von der offiziellen Ideologie abweichender Denkformen und zur Herausbildung *informeller Beziehungsfelder*<sup>88</sup> in der UdSSR noch vor Gorbačëvs Perestrojka. Als soziologische Erscheinung steht somit die *Informalität* für ein psychologisches Phänomen in der autoritär beherrschten sowjetischen Gesellschaft, welches das Bestreben beschreibt, sich durch den Ausschluss aus den offiziellen Strukturen maximal zu verwirklichen, was in der offiziellen Sphäre nicht möglich war.

Obgleich es die nonkonformistischen Verhaltensmuster und sogar die Herausbildung informeller Gruppen auch vor 1985 gab, kam es zu einer Ausweitung dieses Phänomens erst unter Gorbačëv. Die zunächst spontan entstehenden Subkulturen und informellen Gruppen und Klubs im Bereich der Freizeitgestaltung zogen vor allem die engagierten Jugendlichen an, die in den offiziellen Strukturen keine für sich akzeptable Rolle gefunden hatten. Diese Entwicklungen führten zur Etablierung des Begriffs „Informeller“ [Neformal], mit dem man das Phänomen spontaner Selbstorganisation von unten umschrieb.<sup>89</sup> Da der Begriff „informell“ im Russischen ein Antonym des Wortes „offiziell“ [official’nyj] und des Wortes „formal“ [formal’nyj] im Sinne von „bürokratisch“ darstellt, kam dadurch vor allem die Gegenstellung der informellen Gruppen zu den offiziellen Organisationen (der Jugendorganisation Komsomol und damit der Partei) zum Ausdruck. Denn die informellen Vereinigungen bildeten sich außerhalb der Parteiorgane, ließen sich nicht registrieren (oder konnten dies nicht) und wollten nicht die Bevormundung durch die Partei akzeptieren. Ein Merkmal der Informellen war ihre – rechtlich gesehen – illegale Stellung. Die einzige noch aus der Stalin-Zeit vom 10. Juli 1932 stammende und nur in den einzelnen Republiken geltende Rechtsordnung „über die freiwilligen Gesellschaften und Verbände“ ließ nur solche Zusammenschlüsse von Bürgern zu, die sich allein dem Aufbau des Sozialismus verpflichteten, was bei der Vielzahl der Informellen immer weniger der Fall war. Daran änderte auch die im Mai 1986 verabschiedete neue „Ordnung über die

<sup>85</sup> Oswald/Voronkov, Licht an, Licht aus!, S. 47.

<sup>86</sup> Ebd., S. 46.

<sup>87</sup> Čurbanov, V./Neljubin, A.: Neformal’nye ob’edinenija i Perestrojka: nadeždy i trevogi, in: Pečenev, A./V’junickij, V.: Neformaly: kto oni? Kuda zovut?, Moskau 1990, S. 9–47, hier S. 17.

<sup>88</sup> Hierunter werden nicht nur die klassischen Dissidenten, sondern auch die ökologischen Bewegungen, Kommunariden, Barden usw. gezählt. Šubin datiert die Entstehung der informellen Gruppen in die 1950er Jahre. Šubin, Aleksandr: Dissidenty, neformaly i svoboda v SSSR, Moskau 2008.

<sup>89</sup> Zu den Anfängen siehe u. a.: Ebd.; Nenaschew, Sergej: Zur eigenen Identität finden (Leningrader Informelle: Wer sind sie?), Moskau 1990; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis.

Liebhaberinteressenvereinigungen und Interessenklubs“<sup>90</sup> nichts. Sie weitete zwar die Möglichkeiten zum Zusammenschluss gesellschaftlicher Initiativen aus, stattdessen die Einzelperson aber nach wie vor nicht mit dem Recht zur Gründungsinitiative aus – dieses blieb einer Organisation (d. h. der Partei) vorbehalten.

Wenn also im Folgenden von den informellen Gruppen gesprochen wird, dann sind damit alle spontan entstandenen Gesellschaftsvereinigungen einschließlich der Bürgerrechts-, National- und Ausreisebewegungen gemeint, welche sich bewusst von den offiziellen Institutionen distanzierten und ohne eine juristische, die Tätigkeit dieser Gruppen legalisierende Grundlage agierten. Im Unterschied zu der Dissidentenbewegung früherer Jahre waren die Informellen jedoch keineswegs immer außerhalb der offiziellen Strukturen aktiv, sondern entstanden zum Teil auch aus staatlichen Institutionen, von denen sie sich dann aber emanzipierten. Zuweilen positionierten sie sich zwar mit ihrer Parallelarbeit auf einer anderen Ebene als die Bürokraten, kooperierten aber auch durchaus mit diesen, wenn es für sie von Nutzen war. Und selbst wenn es sich dabei um Gruppen sozialistischer Orientierung oder gar um die auf den ersten Blick unpolitischen Rockband-Gruppen handelte, die Legitimation sowjetischer Herrschaft war durch ihren bewussten Rückzug aus den parteistaatlichen Strukturen angegriffen.<sup>91</sup> Mit ihren Aktivitäten nahmen sie – mit oder ohne Bezug auf die internationalen Menschenrechtsdokumente – das Recht auf Selbstbestimmung sowie die Organisations-, Meinungs-, Versammlungs- oder Religionsfreiheit wahr und stellten so die führende Rolle der Partei in Frage. Einen Schritt weiter gingen die Bürgerrechtsgruppen, die Ausreise- und die Nationalbewegungen, die mit einem direkten Bezug auf die Bestimmungen der KSZE-Schlussakte von der Staatsführung Verhaltensänderungen, d. h. bestimmte politische Maßnahmen und Reformen, einforderten.

Mit der zunehmenden Verbreitung der informellen Gruppen (1988 wurden 30 000, 1989 bereits 60 000 gemeldet)<sup>92</sup> und der Ausweitung ihrer Tätigkeit bildete sich eine „informell-öffentliche“ Sphäre<sup>93</sup> heraus, welche die Verwischung der zuvor geltenden Grenze zwischen der „offiziell-öffentlichen“ und der „privat-öffentlichen“ Sphäre nach sich zog. Glaubt man den Angaben des Untersuchungszentrums der Komsomol-Hochschule vom März 1987, rechneten sich durchschnittlich 70% der befragten Jugendlichen schon zu diesem Zeitpunkt den informellen

<sup>90</sup> Ausführlich zu der alten und zu der neuen Verordnung, einschließlich deutscher Übersetzungen, siehe: Schmidt, Carmen: Sowjetisches Vereinsrecht, in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht, Bd. 29, 1987, S. 109–123.

<sup>91</sup> Altrichter, Russland, S. 98f.

<sup>92</sup> *Pravda* vom 1.2. 1988, S. 4; *Pravda* vom 10.2. 1989, S. 1.

<sup>93</sup> Dieser Begriff geht auf Elena Zdravomyslova zurück und kann vergleichbar zu der oben dargestellten „privat-öffentlichen“ Sphäre verwendet werden, um die nicht-offiziellen Aktivitäten der späten sowjetischen Gesellschaft zu beschreiben. Zdravomyslova, Elena: The Café Saigon *Tusovka*: One Segment of the Informal-Public Sphere of Late-Soviet Society, in: Humphrey, Robin/Miller, Robert/Zdravomyslova, Elena: Biographical Research in Eastern Europe. Altered Lives and Broken Biographies, London 2003, S. 141–177.

Strukturen zu.<sup>94</sup> In den darauffolgenden Jahren stieg die Zahl der informellen Gruppen und damit auch ihr politischer Einfluss stark. Sie drangen zunehmend in die „offiziell-öffentliche“ Sphäre ein und wirkten meinungsbildend. Allein in Moskau gingen 1988 644 unerlaubte Demonstrationen mit 50 000 Teilnehmern auf die Initiative informeller Gruppen zurück.<sup>95</sup> Unionsweit zählte man 2600 „Meetings“ mit 16 Millionen Teilnehmern.<sup>96</sup> Darüber hinaus verbreiteten informelle Gruppen in der Zeit zwischen 1987 und 1990 über 1000 politisierte russischsprachige Presseausgaben („Zweiter Samizdat“), deren monatliche Gesamtauflage Mitte 1990 mit 700 000–800 000 Exemplaren beziffert wurde, was umgerechnet rund vier Millionen Leser bedeutete.<sup>97</sup> Die informellen Gruppen bestimmten die Wahlkämpfe vor den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989; sie brachten ihre Kandidaten ins neue Parlament; aus den informellen Milieus „rekrutierten“ sich die radikalen Reformer und Anhänger eines Systemwechsels; aus informellen Initiativen gingen die ersten Parteien hervor, die in Opposition zur KPdSU standen.<sup>98</sup> Die informellen Strukturen wurden so bereits zu Beginn des Jahres 1988 zu jenem kritischen, vom Parteistaat autonom existierenden und die Diskurse bestimmenden Akteur, der in den westlichen Demokratien oft als Öffentlichkeit bezeichnet wird. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung hält es die Verfasserin dieser Arbeit für angebracht, im Zeitraum der Perestroika von einer „informellen Öffentlichkeit“ als einem kollektiven Akteur zu sprechen, welcher die Partei unter anderem auch mit westlich-liberalen Diskursinhalten konfrontierte und die zuvor bestehenden Sphären sowjetischer Öffentlichkeit nachhaltig veränderte. Wie noch zu zeigen sein wird, drangen die informellen Gruppen massiv in die „offiziell-öffentliche“ Sphäre ein, bestimmten diese immer mehr (etwa mit Demonstrationen) und formten die öffentliche Meinung. Die gesellschaftliche Bewegung ist dann ein Begriff, der die Gesamtheit dieser politischen Prozesse, die Zerstörung der totalitären Strukturen, in ihrer Dynamik beschreibt.<sup>99</sup>

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen somit neben dem *offiziellen*, von der Partei dominierten Kommunikationsraum, der *informelle* Bereich, die darin produzierten und veränderten Diskurse sowie der Prozess der Verschmelzung beider Räume in der zweiten Hälfte der Perestroika (ab 1988/1989).

<sup>94</sup> *Komsomol'skaja Pravda* vom 11.12.1987, S.4. Laut diesem Artikel wurden insgesamt über 1500 Jugendliche befragt.

<sup>95</sup> „Nove javlenija v ideologiĭeskoj obstanovke v Moskve“, in: CAOPIM, F. 8723, op.1, d.1, l. 1–11.

<sup>96</sup> So der Stellvertretende Minister des Innenministeriums I. Šilov, in: SGiP, Nr. 5, 1990, S. 29.

<sup>97</sup> Suetnov, Aleksandr: Samizdat. Bibliografiĭeskij ukazatel'. Katalog netradicionnykh izdanij (1985–1991), Moskau <sup>2</sup>1992, S. 236.

<sup>98</sup> Altrichter, Russland; Glezin, Obščestvenno-politiĭeskie neformal'nye organizacii; Šubin, Paradoksy.

<sup>99</sup> Vgl. hierzu Vochmenceva, Galina: Die Neuformierung der politischen Kräfte in der Russischen Föderation. Ein Vergleich zwischen Peripherie und Zentrum am Beispiel von Sverdlovsk (I). Berichte des BIOst, Nr. 39, Köln 1991, S. 12.

Diese Arbeit erhebt nicht den Anspruch, die informellen Gruppen, deren Programmatik und Genese vollständig darzustellen, sondern konzentriert sich auf eine durch die politische Relevanz und Zugänglichkeit der Quellen begründete Auswahl. Geographisch legt sie den Schwerpunkt auf Moskau und das Baltikum mit gelegentlichen Ausblicken in andere Regionen. Ebenso wenig können und sollen folglich alle Aspekte der gesellschaftlichen Wandlungsprozesse und der politischen Reformen vollständig beschrieben und analysiert werden. Stattdessen wird hier entsprechend der Erkenntniswerte für die aufgeworfenen Fragen vorgegangen, sodass einige Gesichtspunkte auf die gebotene Kürze reduziert werden müssen. Es sei an dieser Stelle auch davor gewarnt, diese Studie als Prüfung theoretischer Ansätze aus der Nachbardisziplin Internationale Beziehungen misszuverstehen. Die oben angeführten theoretischen Erläuterungen sollen lediglich zur Orientierung dienen, das „Ordnen“ der Empirie erleichtern und somit die Komplexität der KSZE-Wirkungen in der UdSSR nachvollziehbarer machen.

## 5. Quellen

Eine nicht weniger große Herausforderung als der kombinierte Erklärungsansatz stellte für diese Dissertation die sehr heterogene, schwer überschaubare und zugleich wegen Sperrfristen und landesüblicher Restriktionen eingeschränkte Quellenbasis dar. Während sich die einzelnen Quellengruppen zu den gesellschaftlichen Entwicklungen noch einander ergänzend aus verschiedenen Sammlungsbeständen zusammentragen ließen, waren die Untersuchung der sowjetischen KSZE-Politik und das Nachvollziehen einzelner Entscheidungen auf der Regierungsebene auf der Grundlage von Regierungsakten wegen der international gültigen Sperrfrist von 30 Jahren nur beschränkt möglich.

Insgesamt wurden für die vorliegende Untersuchung folgende Quellengruppen herangezogen: offizielle (staatliche Archivdokumente, Zeitungen, Stenogramme), informelle (Dokumente und Materialien der informellen Gruppen, die informelle Presse) und gesprochene (Interviews). Hinzu kommen die „auswärtigen“ Dokumentationen (Materialien von *Radio Liberty*, der *International Helsinki Federation* – IHF<sup>100</sup> – und anderer Menschenrechtsgruppen) sowie gedruckte Erinnerungen von Einzelakteuren. Darüber hinaus wurde umfassend die zum Thema vorhandene Sekundärliteratur genutzt. Sowohl daraus wie auch aus dem „Archiv der Gegenwart“ und aus den Materialien des Senders *Radio Liberty/Radio Free Europe* (RL/RFE) wurden Informationen über den ereignisgeschichtlichen Verlauf bezogen.

Um die politische Kommunikation innerhalb des Machtapparates, die Motivation für bestimmte Entscheidungen, insbesondere für die einzelnen Liberalisie-

<sup>100</sup> Die Internationale Helsinki-Föderation für Menschenrechte wurde 1982 in Bellagio (Italien) nach einer gemeinsamen Konferenz nichtstaatlicher Helsinki-Gruppen als Dachorganisation mit Sitz in Wien gegründet.

rungsschritte, Gesetzesänderungen oder den Wandel sowjetischer KSZE-Politik nachvollziehen zu können, wurden Protokolle (vor allem der Gespräche im Politbüro), Reden und Gesetzesentwürfe, die überwiegend in staatlichen Zeitungen abgedruckt wurden, sowie staatliche Archivmaterialien herangezogen, sofern diese zugänglich waren. Von den gesichteten staatlichen Quellen haben sich die Bestände des „Staatsarchivs für Zeitgeschichte“ (Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv novejšej istorii, künftig: RGANI); des „Gorbačev Archivs“ (Fond Gorbačeva), des „Zentralen Archivs der gesellschafts-politischen Geschichte Moskaus“ (Central'nyj archiv obščestvenno-političeskoj istorii Moskvy, künftig: CAOPIM) und des „Staatsarchivs der Russischen Föderation“ (Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii, künftig: GARF) als ergiebig für diese Untersuchung erwiesen. Einzelne außen- und innenpolitische Entscheidungen auf der höchsten politischen Ebene ließen sich auf der Grundlage des Fond 89 im RGANI rekonstruieren. Die Sammlung beinhaltet über 3000 unveröffentlichte und geheime Dokumente des Politbüros, des ZK der KPdSU, des KGB und des MID, die infolge des KPdSU-Prozesses vor dem russischen Verfassungsgericht (1992) freigegeben wurden.<sup>101</sup> Es handelt sich dabei jedoch um eine sehr intransparente und lückenhafte Aktenüberlieferung, auf deren Grundlage sich nur einige wenige uns hier interessierende Verhaltensänderungen erschließen lassen. Für die Einschätzung der staatlichen Reaktionen auf die gesellschaftliche Mobilisierung waren die Bestände der Moskauer KP im CAOPIM sehr ergiebig. Die Partei reagierte auf die informellen Gruppen mit der Bildung von Spezialabteilungen auf Stadtebene, deren Aufgabe es war, Materialien von und über die informellen Gruppen zu sammeln, zu erfassen, zu analysieren und auf deren Grundlage praktische Schritte der Einflussnahme zu erarbeiten. Die Bestände dieses Archivs enthalten deswegen neben den Einschätzungen der Partei auch eine Menge Primärquellen der informellen Gruppen, welche eine Aussage über deren gesellschaftlichen Aktivitäten erlauben. Viele Partei-Bestände analytischer Art konnten allerdings nicht eingesehen werden, weil sie noch als „geheim“ eingestuft und unzugänglich sind. Im GARF stand der Verfasserin der Fond 10007 zur Verfügung. Der Bestand stellt eine Sammlung der Briefe und Telegramme der sowjetischen Bevölkerung an die Volksdeputierten des 1989 neu gewählten Kongresses dar und ist für die Ermittlung des politischen Bewusstseins der Bevölkerung, der „von unten“ an den Staat kommunizierten Inhalte in der Zeit zwischen 1989 und 1990 von Bedeutung. In diesem Archiv wurde auch der gesonderte Fond von Fedor Burlackij (Fond 10031) ausgewertet, der viele Zuschriften aus der Bevölkerung an Burlackij in seiner Rolle als Volksdeputierter und Vorsitzender der offiziellen sowjetischen Menschenrechtskommission enthält.

<sup>101</sup> Dieser wertvolle mikroverfilmte Fond ist in der Bayerischen Staatsbibliothek frei zugänglich. Vgl. Soroka, Lora (Hrsg.): *Archives of the Communist Party and Soviet State. Fond 89. Guide to the microfilm collection in the Hoover Institution Archives Communist Party of the Soviet Union on trial*, Stanford 2001; über den Fond 89 siehe auch: Kudrjavcev, I.: *Dokumenty Sekretariata i Politbjuro CK KPSS v CChSD*, in: *Otečestvennye arhivy*, Nr. 2, 1993, S. 82–90.

Viele Quellen konnten vor allem wegen Sperrfristen nicht eingesehen werden (z. B. im MID, im ZK der KPdSU, aber auch bei der heutigen OSZE). Das Nachvollziehen außenpolitischer Entscheidungen und Motive musste deshalb mit Rückgriff auf die Erinnerungstexte der Delegationsmitglieder und anderer staatlicher Akteure erfolgen, wobei die Verfasserin sich der Subjektivität dieser Darstellungen bewusst ist. Ihre Auswertung erfolgte, soweit es möglich war, vor dem Hintergrund der westlichen Memoiren und wissenschaftlicher Darstellungen. Für beide Perspektiven (Ost und West) sind vor allem die zumeist autobiographischen Texte folgender Personen zu nennen: Michail Gorbachev, Aleksandr Jakovlev, Eduard Ševardnadze, Anatolij Černjaev, Andrej Gračev, Jurij Kašlev, Oleg Grinevskij, Fedor Burlackij, Andrej Zagorskij, Anatolij Adamišin, Richard Schifter, Michael Novak, Hans-Dietrich Genscher, Wilfried von Bredow, Jurij Dubinin und William Korey.<sup>102</sup>

Von den staatlichen Printmedien wurden sowohl die Parteiorgane *Pravda*, *Sovetskaja Rossija* und *Izvestija* als auch die liberal eingestuft Medien wie *Literaturnaja Gazeta*, *Moskovskie Novosti*, *Argumenty i Fakty* und *Ogonek* analysiert. Gelegentlich wurden auch einige lokale Zeitungsausgaben herangezogen. Die genannte Auswahl verfolgt mehrere Zwecke. Aus den staatlichen Zeitungen lassen sich vor allem die Inhalte des offiziellen sowjetischen Wertediskurses, seine schrittweise Transformation und die Zusammenhänge zur Außenpolitik sowie die Reaktionen des Machtapparates auf die gesellschaftlichen Aktivitäten komplementär zu der lückenhaften Archivquellenbasis erschließen. Sie liefern darüber hinaus Quellen in Form von gedruckten Reden, Aussagen und Interviews der einzelnen Parteimitglieder sowie von Parteiprogrammen und -beschlüssen. Die gedruckten amtlichen Quellensammlungen, Dokumentationen (Stenogramme der Kongresse, Reden) und Fachzeitschriften (etwa *Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo* oder *Vestnik Ministerstva inostrannyx del*) ergänzen die Gruppe der offiziellen Quellen.

Eine zweite umfangreiche und sehr heterogene Quellengattung stellen die informellen Materialien dar: die Gründungsdokumente der informellen Gruppen, ihre Programme, Sitzungs- und Konferenzprotokolle, Appelle, Beschlüsse, Presseerzeugnisse und Flugblätter. Ein Teil dieser Quellen konnte als Bestand der Parteisammlung in dem erwähnten CAOPIM eingesehen werden. Der bedeutend größere Teil ist jedoch noch nicht systematisiert, dezentral aufbewahrt und für Forscher nur teilweise zugänglich. Diese Materialien wurden von der Verfasserin an verschiedenen Orten gesichtet. Die umfassendste Sammlung informeller Quellen ist in der „Öffentlichen Historischen Staatsbibliothek“ (Gosudarstvennaja Publičnaja Istoričeskaja Biblioteka) in Moskau, in der „Sammlung nichttraditioneller Presse“ zu finden. Zum größten Teil besteht sie aus gut katalogisierter informeller Presse aus Moskau, Leningrad und anderen Regionen der Union. Hier wurden einige bedeutende Presseerzeugnisse ausgewertet. Als einmalig ist die Sammlung von Flugblättern, Schriften und Broschüren aus der Zeit der Wahl-

<sup>102</sup> Siehe hierzu die vollständigen Angaben im Quellen- und Literaturverzeichnis.



kämpfe im Zusammenhang mit den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 und zu den lokalen Sowjets 1990 zu bezeichnen. Zum Zeitpunkt der Durchsicht war jedoch diese Sammlung noch nicht im Archiv erfasst und verbleibt daher ohne Signaturen.<sup>103</sup> Ein kleiner Ausschnitt ist heute als Teil des Projekts „Wahlen in Russland“ im Internet ausgestellt.<sup>104</sup>

Auch das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa in Bremen (künftig: FSO) besitzt eine wichtige Sammlung informeller Quellen und verfügt über umfangreiches Samizdat-Material aus der Zeit der Perestroika (Fond 53), über Broschüren, Programme und andere Quelldokumente informeller Gruppen sowie analytische Materialien hinsichtlich ihrer Tätigkeit (Fond 52, 54).<sup>105</sup> Eine wichtige Dokumentation der gesellschaftlichen Entwicklungen vor allem in der ersten Hälfte der Perestroika stellen die *Vesti iz SSSR* von Kronid Ljubarskij dar.<sup>106</sup> Zusätzlich zu den genannten Archivstellen ist das Online-Archiv von Vjačeslav Igrunov zu nennen, der bis heute neben Fotos und Dokumenten einen ganzen Korpus an Erinnerungen und Stellungnahmen von damals in der informellen Szene aktiven Persönlichkeiten pflegt.<sup>107</sup>

Die Bestände der IHF (Fond 318) sowie des RL/RFE (Fond 300) in den *Open Society Archives* (OSA) in Budapest<sup>108</sup> und in der Bayerischen Staatsbibliothek (BSB) bilden die dritte Quellengruppe (die „auswärtigen“ Dokumentationen). Die IHF nahm an KSZE-Folgetreffen teil und legte eine eigene Dokumentation zum KSZE-Prozess an. Diese Dokumentensammlung (Reden der Delegationsmitglieder, Vorschläge, Notizen) kann deshalb den Mangel an gedruckten Quellen und noch nicht erschienenen Editionen zum KSZE-Prozess für die Zeit zwischen 1985 und 1991 zum Teil ersetzen. Der Fond enthält darüber hinaus Korrespondenzen zwischen transnationalen Helsinki-Gruppen, Dokumentationen der Kontakte der IHF mit den unabhängigen Bürgerrechtsgruppen und den staatlichen Stellen in der Sowjetunion sowie Presserklärungen, Veröffentlichungen und Presseauschnittsammlungen (auch aus der Sowjetunion). Die umfangreichste Presseauschnitt- und Samizdat-Sammlung sowie Dokumentation innersowjetischer Ereignisse führte das RL/RFE. Seine Materialien finden sich heute zum Teil im OSA in Budapest (interne Dokumente), aber auch in der FSO in Bremen (Presse-

<sup>103</sup> Im Frühjahr 2008, als die Sammlung gesichtet wurde, umfasste sie mehrere, im Büroschrank der Fondsleitung (Elena Strukova) aufbewahrte und unsignierte Kisten. Der Verweis auf diese Dokumente im Text wird deswegen unter dem Schlagwort „unsignierter Bestand“ erfolgen.

<sup>104</sup> <http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=24>.

<sup>105</sup> Das aktuelle Findbuch dazu: Eichwede, Wolfgang (Hrsg.): Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa. Bestände im Überblick: UdSSR/Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und DDR, Stuttgart 2009.

<sup>106</sup> Kronid Ljubarskij war Bürgerrechtsaktivist und politischer Häftling in der Sowjetunion (1972–1977). Nach seiner Emigration in die Bundesrepublik Deutschland führte er von München aus eine ausführliche Chronik über die Menschenrechtssituation in der Sowjetunion. Ljubarskij, Kronid (Hrsg.): *Vesti iz SSSR: Prava čeloveka* = USSR News Brief: Human Rights, München 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991 (künftig: *Vesti iz SSSR*).

<sup>107</sup> [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/).

<sup>108</sup> <http://www.osaarchivum.org/>.



ausschnitte) und in großen öffentlichen Beständen der BSB in München (Samizdat, Forschungsbulletins und Reports).

Wichtige Erkenntnisse zur gesellschaftlichen Bewegung während der Perestrojka und über die Zusammenhänge zwischen dem Verlauf der Reformen und der KSZE lieferten Gespräche, welche die Verfasserin mit Ljudmila Alekseeva, Aleksej Smirnov, Aleksandr Podrabinek, Elena Žemkova in deren damaligen Eigenschaft als Bürgerrechtler sowie mit Historikern/Zeitzeugen wie Galina Michaleva (früher Luchterhandt) und Aleksandr Šubin geführt hat. Die Oral History ergänzt die veröffentlichten Erinnerungstexte einzelner Aktivisten sowie die unveröffentlichten autobiographischen Schriften von Aleksej Smirnov, die sich in Privatbesitz befinden.<sup>109</sup>

Meldungen, Berichte der europäischen Presse und Fachzeitschriften vervollständigen die genannten Quellen.

Zum Schluss noch einige technische Anmerkungen: In der vorliegenden Arbeit wird zur Wiedergabe russischer Namen, Ortsbezeichnungen und Literaturangaben die wissenschaftliche Transliteration verwendet. Die auf Deutsch vorliegenden zitierten Titel erscheinen unverändert, was zuweilen eine zweifache Schreibweise eines Namens ergibt (so Černjaev neben Tschernajew). Eine Ausnahme bilden die im Deutschen üblichen Bezeichnungen (Moskau statt Moskva, Wilna statt Vil'nius, ZK statt CK, KPdSU statt KPSS oder Perestrojka statt Perestrojka). Aus Gründen der Exaktheit werden die Originalbezeichnungen der Printmedien verwendet (so *Ogonek* und nicht „das Flämmchen“). Die Gruppennamen erscheinen dagegen im Interesse der besseren Lesbarkeit in deutscher Übersetzung. Die Angabe des Originals erfolgt in einer Auflistung der Gruppen im Anhang. Übersetzte Titel und Bezeichnungen werden durch Anführungsstriche gekennzeichnet; die Originaltitel – so z. B. der Printmedien – werden dagegen kursiv wiedergegeben. Die deutschen Übersetzungen der Zitate aus russischen Quellen sind – wenn nicht anders angegeben – von der Verfasserin. Auf die Übersetzung englischer Zitate wird verzichtet.

<sup>109</sup> Diese wurden der Verfasserin freundlicherweise von Aleksej Smirnov zur Verfügung bereitgestellt.



## II. Internationales Umfeld und Beginn der Perestroika

### 1. Transnationale Sozialisation: Der KSZE-Prozess vor 1985

#### 1.1 Der Pyrrhussieg der UdSSR: Die Schlussakte von 1975

Die ersten Vorschläge für eine europäische Sicherheitskonferenz zur Neuordnung Nachkriegseuropas wurden vom Außenminister der UdSSR, Wjačeslaw Molotov, bereits 1954 eingebracht.<sup>1</sup> Diese sahen die Teilnahme der USA jedoch nicht vor und verfolgten das primäre Ziel, die beginnende europäische Integration und die Anbindung der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnis zu verhindern. Als die Initiative vom polnischen Außenminister Adam Rapacki im Oktober 1957 vor der UN-Vollversammlung erneut vorgetragen wurde, stieß sie abermals auf erhebliche Zurückhaltung im Westen, u. a. weil sie weiterhin die Eindämmung des amerikanischen Einflusses im westlichen Europa zum Ziel hatte und eine offene Anerkennung der DDR implizierte. Einen erneuten Vorstoß zu einer europäischen Sicherheitskonferenz unternahm der Ostblock mit der Bukarester „Deklaration über die Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa“ vom 6. Juli 1966 und der Karlsbader Erklärung „Für den Frieden und die Sicherheit in Europa“ vom 26. April 1967 mit dem Angebot zur Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Handel, Wissenschaft, Technik und Kultur. Dabei blieb es nach wie vor offensichtlich, dass die Bestätigung des territorialen *Status quo* in Europa und vor allem Deutschlands die unmittelbaren Ziele der osteuropäischen

<sup>1</sup> Zur Genese der KSZE sowie für den historischen Abriss des KSZE-Prozesses siehe folgende Werke: Nuti, *The Crisis*; Wenger/Mastny/Nuenlist, *Origins*, hier vor allem Rey, *The USSR*; Wenger, Andreas/Mystny, Vojtech: *New Perspectives on the Origins of the CSCE Process*, S. 3–22 und zu den Interessen der Einzelstaaten der WVO Selva, Douglas: *The Warsaw Pact and the European Security Conference 1964–69. Sovereignty, Hegemony, and the German Question*, S. 85–106; Davy, Richard: *Helsinki Myths: Setting the Record Straight on the Final Act of the CSCE, 1975*, in: CWH, Vol. 9, Nr. 1, Febr. 2009, S. 1–22; Romano, Angela: *Détente, Entente, or Linkage? The Helsinki Conference on Security and Cooperation in Europe in U.S. Relations with the Soviet Union*, in: *Diplomatic History*, Vol. 33, Nr. 4, 2009, S. 703–722; Békés, Csaba: *Der Warschauer Pakt und der KSZE-Prozess 1965 bis 1970*, in: Diedrich, Tors-ten/Heinemann, Winfried/Ostermann, Christian (Hrsg.): *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991*, Berlin 2009, S. 225–244; Savranskaya, *Unintended Consequences*; Dies.: *USSR and CSCE: From Inviolable Borders to Inalienable Rights*, in: Bilandzic/Kosanovic, *From Helsinki*, S. 231–255; Zagorskij, Chel'sinskij process; Kashlev, Yuri: *The CSCE in the Soviet Union's Politics*, in: *International Affairs*, Nr. 7, 1992, S. 66–72; Bredow von, *Der KSZE-Prozeß*; Dubinin, Jurij: *Vospominanija. Chel'sinki – 1975. Detali istorii*, in: *Voprosy istorii*, Nr. 11–12, 1995, S. 101–119; Adamishin, *The Final Act*; Mastny, *The Helsinki Process*; Maresca, John J.: *To Helsinki. The Conference on Security and Cooperation in Europe 1973–1975*, Durham 1985; Schwarz, Hans-Peter: *Zwischenbilanz der KSZE*, Stuttgart 1977.

Staaten waren. Erst unter Einwirkung der beginnenden Entspannungspolitik zwischen West und Ost und nach dem „Budapester Appell“ des Politischen Beratern Ausschusses des Warschauer Paktes vom 17. März 1969 nahm das Projekt konkrete Formen an. Als Voraussetzung für den Beginn der multilateralen Vorbereitungsgespräche forderte das westliche Bündnis neben der Teilnahme der USA und Kanadas die Verbesserung der Situation in Berlin, Fortschritte bei den Verhandlungen der Bundesrepublik mit der UdSSR und Polen sowie später auch mit der DDR und die Einbeziehung solcher Themen wie Freizügigkeit der Menschen, Ideen und Informationen in die Gespräche. Nach der Annahme dieser Bedingungen durch die Warschauer-Pakt-Staaten und nach dem erfolgreichen Abschluss der Ost-Verträge (Moskauer Vertrag am 12. August 1970, Warschauer Vertrag am 7. Dezember 1970, Viermächteabkommen am 3. September 1971) konnte schließlich die Vorbereitungskonferenz am 22. November 1972 in Dipoli nahe der finnischen Hauptstadt Helsinki beginnen. Mit der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch die Staats- und Regierungschefs der 35 Teilnehmerstaaten (sieben Staaten des Warschauer Paktes, 13 neutrale Länder und 15 NATO-Staaten)<sup>2</sup> am 1. August 1975 in Helsinki, nach mehr als zwei Jahren intensiver Verhandlungen, wurde eine europäische Sicherheitsstruktur ins Leben gerufen und vom Kreml als großer Erfolg gefeiert.

Die Schlussakte bestand aus den vier sogenannten Körben, die ein ausbalanciertes Ergebnis divergierender Interessen sowohl der westlichen Staaten als auch des Ostblocks darstellten und durch viele Redundanzen gekennzeichnet waren.<sup>3</sup>

<sup>2</sup> An der Ausarbeitung und Unterzeichnung der Schlussakte waren folgende 35 Staaten beteiligt: Belgien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, DDR, Finnland, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, der Heilige Stuhl, Island, Irland, Italien, Jugoslawien, Kanada, Lichtenstein, Luxemburg, Malta, Monaco, die Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, San Marino, Schweden, Schweiz, Spanien, Tschechoslowakei, Türkei, UdSSR, Ungarn, USA und Zypern. Im Verlauf der Genfer KSZE-Verhandlungen zwischen 1973 und 1975 hatten ca. 400 Diplomaten um die Grundsätze der Schlussakte gerungen und nicht weniger als 4700 Vorschläge bzw. Entwürfe ausgearbeitet, 2500 formelle Sitzungen und 1000 informelle Treffen abgehalten. Zahlenangaben nach Dubinin, Vospominanija, S. 103; Snyder, Human Rights, S. 30, hier Anmerkung 63.

<sup>3</sup> Wie die neueste Forschung zeigt, war die KSZE-Politik der Teilnehmerstaaten selbst innerhalb eines Blocks seit dem Beginn der Vorbereitungsgespräche in Dipoli (1972) von verschiedenen Interessen geprägt. Auch wenn die UdSSR für sich beanspruchte, den gesamten Ostblock zu vertreten, stellten die Warschauer-Pakt-Staaten an sich keinen homogenen Akteur dar, sondern verfolgten ihre eigenen Ziele. Während der Kreml eine multilaterale Sanktionierung der sowjetischen Hegemonie über Osteuropa anstrebte, wollte z. B. Rumänien umgekehrt mit der Teilnahme an der KSZE und mit der Festschreibung des Prinzips von der Enthaltung der Androhung oder Anwendung von Gewalt seine Unabhängigkeit von der Sowjetunion erreichen. Die DDR sah in der KSZE vor allem die Chance, sich als vollwertiges Mitglied der internationalen Gemeinschaft zu betätigen bzw. anerkannt zu werden und die Sicherheitsprobleme zu lösen. Auch Interessen der westlichen Staaten divergierten am Anfang stark voneinander. So strebte Frankreich vor allem die Betonung einer eigenständigen Rolle im westlichen Bündnisystem an, während die Bundesrepublik die Lösung der humanitären Fragen im Blick hatte, welche für die USA wiederum am Anfang des KSZE-Prozesses noch von geringer Bedeutung war. Mehr zu den Interessen der KSZE-Teilnehmerstaaten bei: Bange/Niedhart, Helsinki 1975, hier insbesondere Ionescu, Mihail E.: Romania, Ostpolitik

Im Korb I bekannten sich die Teilnehmerstaaten zu den 10 Prinzipien, auf deren Grundlage sie ihre zukünftigen Beziehungen zueinander gestalten wollten: 1. die Achtung der Gleichheit und Souveränität, 2. die Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt, 3. die Beachtung der Unverletzbarkeit der Grenzen, 4. die territoriale Integrität der Staaten, 5. die friedliche Regelung von Streitfällen, 6. die Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, 7. die Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit, 8. die Gleichberechtigung und das Selbstbestimmungsrecht der Völker, 9. die Zusammenarbeit zwischen den Staaten und 10. die Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen nach Treu und Glauben.<sup>4</sup> Das „Dokument über Vertrauensbildende Maßnahmen und bestimmte Aspekte der Sicherheit und Abrüstung“ betraf militärischen Frage bzw. Vertrauensbildende Maßnahmen, die eine größere Transparenz der militärischen Aktivitäten und der Absichten der Staaten herbeiführen sollten. Der Korb II der Schlussakte hatte die „Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt“ zum Inhalt und war für die Sowjetunion von besonderem Interesse. Als die „spektakulärste Innovation“ des Helsinki-Prozesses bezeichnete der Historiker Vojtech Mastny die Aufnahme des Korbes III (Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen) in das KSZE-Schlussdokument.<sup>5</sup> Dessen Teil eins (Menschliche Kontakte) und Teil zwei (Information) waren für ein Land mit restriktiven Reisebestimmungen und ohne Informationsfreiheit besonders brisant. In der Tat war der Inhalt dieses Korbes der Gegenstand langer und komplizierter Verhandlungen in Dipoli bei Helsinki gewesen,<sup>6</sup> da es eine Art „Implementierungsprogramm“ der Rechte aus dem Korb I darstellte.<sup>7</sup> Im Einzelnen enthielt es Empfehlungen und Verpflichtungen zur Erleichterung und Förderung der individuellen Reisefreiheit, zu Familienzusammenführungen, zur „freien und umfassenden“ Verbreitung von Informationen „aller Art“ oder zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Journalisten. Um die „freihere Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme bei-

and the CSCE, 1967–1975, S. 129–143; Hanisch, Die DDR im KSZE-Prozess; Peter, Matthias: Konferenzdiplomatie als Mittel der Entspannung. Die KSZE-Politik der Regierung Schmidt/Genscher 1975–1978, in: Altrichter/Wentker, Der KSZE-Prozess, S. 15–28; Heyde, Veronika: Multilaterale Konferenzdiplomatie unter nationaler Flagge. Die KSZE-Politik von Präsident Giscard d'Estaing 1974–1978, in: Ebd., S. 29–40. Zu den Interessen der anderen Staaten siehe außerdem: Gilde, Benjamin: „Kein Vorreiter“. Österreich und die humanitäre Dimension der KSZE 1969–1973, in: Ebd., S. 41–50; Wenger/Mastny/Nuenlist, Origins, hier vor allem Wenger/Mastny, New Perspectives, S. 3–22; Snyder, Human Rights, hier vor allem Kapitel 1 und 2.

<sup>4</sup> Text: <http://www.osce.org/node/39503>.

<sup>5</sup> Mastny, The Helsinki Process, S. 2.

<sup>6</sup> Zum Verlauf und zur Rolle einzelner Teilnehmerstaaten bei den Verhandlungen zum Korb III während der multilateralen Vorgespräche siehe: Gilde, Keine neutralen Vermittler; Ders., „Kein Vorreiter“; Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 81–85; Davy, Helsinki Myths.

<sup>7</sup> Vgl. Davy, Helsinki Myths, S. 12.



*Leonid Brežnev, Generalsekretär des ZK der KPdSU, während der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (M.: Andrej Gromyko, Außenminister der UdSSR; Konstantin Černenko, Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU), 30. Juli 1975*

(Quelle: Bundesregierung/Reineke, B 145 Bild-00006971)

zutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben“, erklärten die Staats- und Regierungschefs ihre Bereitschaft, „zu diesem Zweck Maßnahmen zu ergreifen, die sie für geeignet halten“.<sup>8</sup> Der Korb IV legte den Prozesscharakter der Konferenz fest, indem er die „Entschlossenheit“ der Teilnehmerstaaten, „den durch die Konferenz eingeleiteten multilateralen Prozess fortzusetzen“, betonte und damit Möglichkeiten für einen weiteren Dialog öffnete.<sup>9</sup> Vereinbart wurden die KSZE-Nachfolgetreffen in Belgrad (1977) und Madrid (1980).

Laut einem Beschluss des ZK der KPdSU vom 7. August 1975 wurde mit der unterschriebenen Akte ein „notwendiger politischer Schlussstrich unter die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges“<sup>10</sup> gezogen. In der Überzeugung, die mit dem völkerrechtlich unverbindlichen Dokument verbundenen Risiken beherrschen zu können, zelebrierte sich der Kreml als Sieger eines langen Verhandlungsmarathons und als europäische Friedensmacht.<sup>11</sup> Durch selektive und restriktive Umsetzung des Vereinbarten versprach sich Moskau die Möglichkeit zur Selbstinszenierung ohne innenpolitische Implikationen. So ging die sowjetische Führung zwar auf die westliche Bedingung ein, den Prinzipienkatalog gleichrangig auszulegen, missachtete jedoch diese Verpflichtung alsbald, indem sie auf das Prinzip VI (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) sowie die in den Prinzipien III und IV enthaltene Selbstverpflichtung der Staaten zur Achtung des territorialen *Status quo* pochte und diese damit über alle anderen Prinzipien stellte.

Allerdings überschätzte der Kreml seine Möglichkeiten, die Schlussakte im eigenen Interesse zu gestalten, gravierend, und unterschätzte zugleich die Sprengkraft der im Dekalog des Korbes I und im Korb III enthaltenen Kompromisse und deren evolutionär-dynamischer Elemente, auf die er einging. Er übersah auch die der gesamteuropäischen Zusammenarbeit innewohnende Dynamik, die

<sup>8</sup> <http://www.osce.org/node/39503>, Zitat auf S. 51.

<sup>9</sup> <http://www.osce.org/node/39503>, Zitat auf S. 80.

<sup>10</sup> Zitat nach *Pravda* vom 3. 8. 1975, S. 1, siehe auch S. 4; vgl. auch eine ähnliche Bewertung der Akte in *Pravda* vom 2. 8. 1975, S. 1, 7.

<sup>11</sup> So in der Berichterstattung der Parteizeitung *Pravda* vom 2. 8. 1975, S. 1–6. Vgl. auch den in der Einleitung erwähnten sowjetischen Propagandafilm „Der große Tag Europas“ (1975).

er in der ersten Phase der KSZE noch selbst angestrebt hatte.<sup>12</sup> Entgegen einer anekdotenhaften Version, wonach Brežnev die KSZE-Schlussakte nicht gelesen und gar nicht gewusst habe, was er an dem Tag in Helsinki unterzeichnete,<sup>13</sup> bestätigt die neueste Forschung, dass man sich der Risiken der KSZE im Machtapparat durchaus bewusst war, diese jedoch mittels repressiver Politik für beherrschbar hielt und angesichts des zeitlichen Drucks, unter dem die sowjetischen Diplomaten verhandelten, in Kauf nahm.<sup>14</sup> Schließlich war selbst der unumgängliche und als „Mr. Nyet“ bekannte Außenminister der Sowjetunion, Andrej Gromyko, der Überzeugung, dass Moskau „der Herr im eigenen Haus“ bleibe und deshalb keine Folgen zu befürchten habe.<sup>15</sup> Inwiefern jedoch die „Westler“ innerhalb der Partielite das Eingehen der Verpflichtungen im humanitären Bereich in der Absicht herbeiführten, die Menschenrechte nicht als „price but an advantage“<sup>16</sup> zu empfinden und damit die Liberalisierung des sowjetischen Systems in der langfristigen Perspektive zu forcieren gedachten, muss heute wegen des Mangels an Quellen eine noch nicht verifizierbare Hypothese bleiben. Vom heutigen Standpunkt aus lässt es sich jedoch kaum bestreiten, dass die damalige Führung in Moskau sich ihren zeitweiligen Erfolg zu teuer erkauft hatte. Es war ein „Pyrrhus-

<sup>12</sup> Diesen Zielen standen ursprünglich die westlichen Staaten mit Besorgnis gegenüber; sie befürchteten, die Sowjetunion könne durch Schaffung eines ständigen Organs zu viel Einfluss auf Westeuropa gewinnen. Im Laufe der Zeit haben sich dann aber die Positionen umgekehrt: Die Sowjetunion war nicht mehr bereit, den periodischen Nachfolgekongressen zuzustimmen, während der Westen umgekehrt eine Periodizität der Folgekongressen anstrebte. Vgl. Rey, *The USSR*; Schwarz, *Zwischenbilanz*, S. 17.

<sup>13</sup> Vgl. Kašlev, *Mnogolikaja*, S. 189f.

<sup>14</sup> Rey, *The USSR*; Savranskaja erklärt diese Fehleinschätzung mit dem Glauben, eine begrenzte Liberalisierung verkraften zu können, sowie mit dem Selbstversprechen, die USA, die ja am Beginn der Verhandlungen noch schwaches Interesse für die Menschenrechtsthematik zeigten, würden niemals in diesen Fragen Druck auf Moskau ausüben. Savranskaja, *USSR and CSCE*, S. 232f.

<sup>15</sup> Vgl. Dobrynin, *Sugubo doveritel'no*, S. 333. Auch der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, schreibt in seinen Erinnerungen, dass der sowjetische Außenminister Gromyko sich seiner Sache angesichts der vermeintlichen Einigung mit den Westmächten USA, Großbritannien und Frankreich sicher war und fest damit rechnete, „sich durchsetzen zu können“. Genscher, Hans-Dietrich: *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 303; vgl. auch die Interpretation von Snyder, *Human Rights*, S. 31f. und die Erinnerungen von Dubinin, *Vospominanija*.

<sup>16</sup> So die Behauptung von Anatolij Adamišin, der von Beginn an in verschiedenen Positionen in die Gestaltung des KSZE-Prozesses involviert war. In dem Untersuchungszeitraum war er der Erste Stellvertretende Sowjetische Außenminister (1986 und 1990). Nach seiner Darstellung standen hinter der sowjetischen Beteiligung an der KSZE und der Akzeptanz der humanitären Aspekte der Akte informelle Interessen der einflussreichen reformorientierten Partielite, insbesondere in der Umgebung von Leonid Brežnev. Als „Westler“ [Zapadniki] bekannt, handelte es sich dabei vor allem um die Mitglieder wissenschaftlicher Einrichtungen, wie das IMEMO, geführt von Nikolaj Inozemcev (1965–1982), das MID sowie junge Diplomaten aus dem Institut für Internationale Beziehungen in Moskau (MGIMO). Dabei ist es fast unnötig zu sagen, dass der Widerstand gegen die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte hauptsächlich aus dem KGB und von den Ideologen der internationalen Abteilung des ZK der KPdSU, namentlich von Boris Ponomarev und Michail Suslov, kam. Vgl. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 153f.; Rey, *The USSR*, S. 71ff.; Savranskaja, *USSR and CSCE*, S. 236–240.



sieg“, der zudem von kurzer Dauer war. Das gesamte KSZE-Schlussdokument entsprach strenggenommen kaum dem ursprünglichen Konferenzprojekt der Sowjetunion: Weder gelang es der sowjetischen Delegation, eine europäische Sicherheitskonferenz ohne die USA ins Leben zu rufen, noch in den Verhandlungen die Unveränderlichkeit der Nachkriegsgrenzen, die Hierarchisierung der Prinzipien der Schlussakte oder irgendwelche Ausnahmen beim Prinzip VII des Korbes I durchzusetzen.<sup>17</sup> Darüber hinaus relativierten die Zugeständnisse an den Westen im Prinzipienkatalog die auf der sowjetischen Seite verbuchten Erfolge. So setzte Moskau zwar die Selbstverpflichtung der Staaten zur Achtung des territorialen *Status quo* durch, welche vor allem dem politischen Interesse der Bundesrepublik Deutschland entgegenstand, die Option einer Wiedervereinigung des geteilten Deutschlands nicht zu beseitigen. Die Sowjetunion musste aber im gleichen Schritt auf Drängen Westdeutschlands dem Passus zustimmen, dass „Grenzen, in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, durch friedliche Mittel und durch Vereinbarung verändert werden können“ (Prinzip I).<sup>18</sup> Ein weiteres Zugeständnis der UdSSR an die westlichen Verhandlungspartner, das die Prinzipien III und IV relativierte und die territoriale Integrität der Sowjetunion in Anbetracht etwa der Annexion der Baltischen Staaten durch die UdSSR 1939/1940 gefährdete, war im Prinzip VIII mit dem folgenden Wortlaut enthalten:

„Kraft des Prinzips der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker haben alle Völker jederzeit das Recht, in voller Freiheit, wann und wie sie es wünschen, ihren inneren und äußeren politischen Status ohne äußere Einmischung zu bestimmen und ihre politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung nach eigenen Wünschen zu verfolgen.“<sup>19</sup>

Das Prinzip VII, das für Moskau lange indiskutabel war und um welches am längsten verhandelt wurde – für eine Konsensfindung wurden insgesamt 56 Sitzungen benötigt –, schwächte hingegen das für die Sowjetunion gewichtige Prinzip VI (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) ab.<sup>20</sup> Denn dem Prinzip VII lag die westlich-liberale Auffassung der Menschenrechte zugrunde, welche diese als naturrechtlich, sich aus der Würde des Menschen ergebende Ansprüche der Bürger an den Staat definierte und den Staat zu deren Wahrung verpflichtete. Der im Prinzip VII vereinbarte Menschenrechtsbegriff umfasste die „zivilen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen sowie die anderen Rechte und Freiheiten“. Entgegen der sozialistischen Vorstellung vom allmächtigen Kollektivstaat, in dem nicht das Individuum, sondern das Kollektiv als der alleinige Referenzpunkt des Gemeinwohls zu gelten hatte, verpflichtete sich die UdSSR im Prinzip

<sup>17</sup> Eine fundierte Darstellung der diplomatischen Verhandlungsarbeit, welche dokumentieren würde, wie die östlichen Konferenzziele unterlaufen wurden, liegt nicht vor. Folgende Studien mögen dieses Forschungsdesiderat ausgleichen: Fischer, *Neutral Power*, insbesondere S. 193–197, 240–242, 263–266, 278–293; Davy, *Helsinki Myths*; Niedhart, *Peaceful Change*, S. 39–52; Maresca, *To Helsinki*, hier vor allem S. 119–152; Hanisch, *Die DDR im KSZE-Prozess*, S. 53–72, 79–96.

<sup>18</sup> <http://www.osce.org/node/39503>, Zitat S. 5; Niedhart, *Peaceful Change*.

<sup>19</sup> <http://www.osce.org/node/39503>, S. 9.

<sup>20</sup> Maresca, *To Helsinki*, S. 129.



VII dazu, die „Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- oder Überzeugungsfreiheit“ zu achten. Mit folgendem Wortlaut statteten das Prinzip VII und IX sogar ein Individuum bzw. Gruppen mit dem Recht aus, den Staat bei der Implementierung der KSZE-Schlussakte zu kontrollieren: „Sie [die Unterzeichnerstaaten] bestätigen das Recht des Individuums, seine Rechte und Pflichten auf diesem Gebiet zu kennen und auszuüben“, und sie bestätigen, dass „Regierungen, Institutionen, Organisationen und Personen eine relevante und positive Rolle zukommt, zur Erreichung dieser Ziele ihrer Zusammenarbeit [zwischen den Staaten] beizutragen“. Entscheidend war die im Prinzip VII vereinbarte Verbindung von Menschenrechten und internationalem Frieden. Es setzte Menschenrechte auf die Agenda der Internationalen Beziehungen, indem es ihre Respektierung als einen „wesentliche[n] Faktor für den Frieden, die Gerechtigkeit und das Wohlergehen“, als Voraussetzung für „die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen ihnen [den Teilnehmerstaaten] sowie zwischen allen Staaten“ deklarierte.<sup>21</sup> Damit war der Schutz der Menschenrechte keine innerstaatliche Angelegenheit mehr, sondern Sache der internationalen Diplomatie. Für die KSZE-Teilnehmerstaaten war es „völkerrechtliches Neuland“<sup>22</sup>; Sie waren einer gegenseitigen Kontrolle bei der gleichzeitigen Rechenschaftspflicht über die Einhaltung der unterschriebenen, völkerrechtlich jedoch unverbindlichen Normen ausgesetzt. Eben die Nichteinhaltung dieser Normen und die daraus resultierende wachsende Konfrontation mit den westlichen KSZE-Staaten auf den KSZE-Folgekonferenzen hatten destruktive Folgen für das sowjetische Regime.<sup>23</sup>

## 1.2 Der KSZE-Prozess im „Gewand“ der Menschenrechte

Schon bald nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte sah sich die sowjetische Führung mit einer Reihe nichtvorhergesehener nichtstaatlicher Akteure und zahlreichen Problemen konfrontiert.<sup>24</sup> Die Verpflichtung der KSZE-Signatarstaaten, den Inhalt der Schlussakte bekannt zu geben, hatte eine schnelle Verbreitung des Dokuments unter der Bevölkerung zur Folge.<sup>25</sup> Nationale, ethnische und religiöse Gruppen begannen, die Schlussakte als ein Instrument zur Mobilisierung internationaler Unterstützung, die zentralen Prinzipien der KSZE als legitimierende Grundlage ihrer Tätigkeit und Forderungen und die KSZE-Folgekonferenzen als Appellinstanzen zu nutzen.<sup>26</sup>

<sup>21</sup> <http://www.osce.org/node/39503>, Zitat auf S. 8f.

<sup>22</sup> Eichwede, *Entspannung*, S. 63.

<sup>23</sup> Vgl. Adamishin, *The Final Act*.

<sup>24</sup> Eichwede, Helsinki; Ders., *Entspannung*; Wawra, Ernst: „Die Beendigung der feindlichen Aktivität?“ Staatliche Reaktionen auf die Tätigkeit der Moskauer Helsinki-Gruppe, in: Peter/Wentker, *Die KSZE im Ost-West-Konflikt*, S. 267–284.

<sup>25</sup> So veröffentlichte die Parteizeitung *Pravda* den gesamten Text am 2. 8. 1975, S. 2–6.

<sup>26</sup> Alekseeva, Istorijs; Eichwede, Helsinki; Ders., *Entspannung*; Wawra, „Die Beendigung der feindlichen Aktivität?“

Die gesellschaftlichen Erwartungen an die Schlussakte wurden jedoch bald gedämpft. Denn Moskau beabsichtigte nicht, die Bestimmungen, vor allem die humanitären Aspekte der Schlussakte, zu implementieren und betonte stattdessen deren sicherheitspolitische Thematik. Das Interesse des Kremls lag hauptsächlich im Bereich der „militärischen Entspannung“. Es ist wenig überraschend, dass das Regime die unterzeichneten Bestimmungen in seinem Sinne auslegte und die zunächst minimalistisch umgesetzten Inhalte des Korbes III schnell rückgängig machte.<sup>27</sup> Zwar stieg unmittelbar nach der Unterzeichnung der Schlussakte die Zahl der Ausreisen von Russlanddeutschen und Juden, Anfang der 1980er Jahre verringerte sie sich jedoch beinahe auf ein Zehntel, und die Ausreisepolitik blieb durch behördliche Willkür gekennzeichnet.<sup>28</sup> Unmittelbar nach der Unterzeichnung der Schlussakte wurden die Einreisen für ausländische Journalisten und die Einfuhr von Büchern und Filmen aus dem Westen erleichtert. Gleichzeitig legte das Regime nahe, dass die Implementierung von Bestimmungen des Korbes III nicht Tür und Tor für antisowjetische „subversive“ Propaganda, für „nationale“ und „rassistische“ Aufruhr oder „Pornografie“ öffne und dass die Détente nicht das Ende des ideologischen Kampfes bedeute.<sup>29</sup> Moskaus antiwestliche Medienpropaganda setzte alles daran, den Einfluss der westlichen Medien zu beschränken und das Vordringen von westlicher Musik, Lebensstiles und Mode einzudämmen. Zugleich bemühte sich das Regime, seine Sicht der Schlussakte und der Menschenrechte, die mit dem Antritt des neuen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter im Jahr 1977 zum Schlüsselement der amerikanischen Politik wurden, dem Westen und der eigenen Bevölkerung nahezubringen. Die sozialistische Menschenrechtskonzeption und die Verfassung von 1977 wurden dabei als die einzig gerechten dargestellt. Es wurde behauptet, dass es in der UdSSR keinerlei Menschenrechtsverletzungen gebe und dass die sowjetischen Bürger viel mehr Freiheiten und Rechte besäßen, als im Völkerrecht vorgesehen seien.<sup>30</sup>

Zwar enthielt die am 7. Oktober 1977 verabschiedete Unionsverfassung<sup>31</sup> im Wortlaut die grundlegenden Bestimmungen über Menschenrechte und Grundfreiheiten, in Wirklichkeit wurden sie aber systematisch durch die sozialistische Ideologie, das sozialistische Menschenrechtsverständnis und durch die repressiven Umgangsformen des Staates mit andersdenkenden Bürgern inhaltslos ge-

<sup>27</sup> Zur Interpretation und Umsetzung der Schlussakte durch die Sowjetregierung siehe: Savranskaya, *USSR and CSCE*, S. 245.

<sup>28</sup> Vgl. Teil III, Kapitel 3, hier Tabelle 1.

<sup>29</sup> Savranskaya, *USSR and CSCE*, S. 244f.

<sup>30</sup> So behauptete der Stellvertretende Justizminister der UdSSR, Ivan Samoščenko, vor dem UN-Menschenrechtsausschuss in Genf am 8. November 1984 Folgendes: „Es gibt keine Zensur, keine Diskriminierung aus politischen Gründen, keine politischen Gefangenen und keinen einzigen Fall, in dem irgendjemand wegen seines religiösen Glaubens verfolgt oder festgenommen wurde“, in: *AdG* 1984: 28219.

<sup>31</sup> Zur Verfassung von 1977 siehe: Luchterhandt, Otto: Die Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 7. Oktober 1977, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991), [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0042\\_ver&object=abstract&st=VERFASSUNG&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0042_ver&object=abstract&st=VERFASSUNG&l=de).

macht. Die marxistisch-leninistische Konzeption verstand die Menschenrechte als „sozialen und klassenmäßigen Begriff“ und behauptete, dass es „keine Menschenrechte ohne die Gesellschaft bzw. unabhängig von ihr“<sup>32</sup> gebe. Auf diese Weise wurden Interessen des Individuums mit den Interessen der ganzen Gesellschaft gleichgesetzt und der universelle Charakter der Menschenrechte als etwas Abstraktes, dem Sozialismus Fremdes, abgelehnt. In Abgrenzung zur bürgerlichen Gesellschaftsordnung behaupteten sowjetische Rechtswissenschaftler, dass eine Festschreibung der Rechte und Freiheiten in einer Verfassung ohne Berücksichtigung der jeweiligen sozialökonomischen Ordnung eine „Erfindung“ sei.<sup>33</sup> Das reale Vorhandensein von Rechten und Freiheiten setze dagegen die Sicherung eines „Systems von ökonomischen, politischen, juristischen, ideologischen und organisatorischen Garantien“<sup>34</sup> voraus, wie es sie nur im Sozialismus geben könne. Gegenüber der bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in der die Grundrechte nur formal existierten, seien hingegen im sozialistischen Staat alle Rechte kraft der Gesellschaftsordnung verwirklicht. Weil laut der sozialistischen Konzeption die Persönlichkeit echte Rechte und Freiheiten nur in „unlösbarer Verbindung mit der sozialistischen Gesellschaft und dem sozialistischen Staat und nicht durch Absonderung von ihnen“<sup>35</sup> erlange, wurde eine organische Einheit von Menschenrechten und Verpflichtungen der Bürger dem Staat gegenüber und nicht umgekehrt abgeleitet, welche eine Einschränkung der Menschenrechte rechtfertigen sollte. Die sowjetische Verfassung hatte nicht die Funktion, die Macht des Staates durch bürgerliche Freiheitsrechte einzuschränken oder zu mäßigen. Statt der Betonung der Schutzrechte des Einzelnen gegenüber dem Staat hob sie daher die Verantwortung des Bürgers für das Gemeinwesen hervor, unterstrich seine Pflichten und das Prinzip der Einheit von Rechten und Pflichten sowie die Bindung der Grundrechtsausübung an die ideologischen Ziele der Gesellschaft (Präambel; Art. 39 Abs. 2; Art. 59, 60, 62, 65).<sup>36</sup> Die Menschenrechte zu problematisieren, blieb deshalb auch nach der Unterzeichnung der Schlussakte in der UdSSR ein Tabu.

Wenngleich die Zahl der politischen Verhaftungen in der UdSSR 1975 merklich zurückging, und die 1976 gegründete MHG eine Zeit lang aktiv sein konnte, wurde die von der Schlussakte und von der aufflammenden Menschenrechtsbewegung ausgehende Gefahr für das Regime in der Parteizentrale schnell erkannt.

<sup>32</sup> So auch noch zu Beginn der Perestroika. Vgl. Kudrjawzew, Wladimir: Konzeptionen der Menschenrechte, in: Gesellschaftswissenschaften, Jg. 49, H. 1, 1987, S. 98–110. Zur sozialistischen Konzeption im Allgemeinen sowie für das Folgende siehe: Mangoldt, Hans von: Die kommunistische Konzeption der Bürgerrechte und die Menschenrechte des Völkerrechts, in: Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes. Bericht der unabhängigen Wissenschaftskommission, Köln 1988, S. 34–58; Luchterhandt, Die Verfassung; Maľcev, G. V.: Social'naja spravedlivost' i prava čeloveka v socialističeskom obščestve, in: SGiP, Nr. 11, 1974, S. 10–18.

<sup>33</sup> Kudrjawzew, Konzeptionen.

<sup>34</sup> Ebd., S. 104.

<sup>35</sup> Ebd., S. 105.

<sup>36</sup> Ebd.; Luchterhandt, Die Verfassung.

Nicht nur die Mitglieder der bis 1982 agierenden MHG wurden Repressionen ausgesetzt, auch andere kritische Sowjetbürger bekamen ein härteres Durchgreifen der sowjetischen Sicherheitsorgane zu spüren. Die Zahl der politischen Gefangenen stieg nach 1977 erneut, die Haftbedingungen verschlechterten sich und die repressiven Methoden wurden subtiler als vor der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte.<sup>37</sup> Gegen die Andersdenkenden wurden „maßgeschneiderte“<sup>38</sup> Gesetze verwendet, sodass zwischen 1958 und 1986 insgesamt etwa 6000 Regimekritiker auf der Grundlage der Artikel 58/10 (Konterrevolutionäre Tätigkeit), 70 (Antisowjetische Agitation und Propaganda) und 190/1 (Verbreitung bewusst falscher Erfindungen) verhaftet wurden. Diese Zahl beinhaltet nicht jene Personen, die wegen ähnlicher Vergehen (Art. 64, Vaterlandsverrat; Art. 65, Spionage; Art. 83, illegaler Grenzübertritt; Art. 190/2, Schmähung der Fahne und des Wappens der UdSSR oder der Unionsrepubliken; Art. 190/3, Verletzung der Gesellschaftsordnung durch die Handlungen in Gruppen), aufgrund religiöser Überzeugungen (Art. 142, Ausführung religiöser Rituale; Art. 227, Trennung von Kirche und Staat) oder wegen Alltagsverbrechen verurteilt wurden.<sup>39</sup> Aus der angegebenen Zahl der Verhaftungen fallen auch jene Personen heraus, die für ihre gesellschaftliche Aktivitäten und Ansichten per Verwaltungsakt in psychiatrische Anstalten zwangseingewiesen wurden. Um die Zahl der politischen Verhaftungen möglichst gering zu halten, wurden außerdem gegen „auffällige“ Bürger eine Reihe sogenannter „prophylaktischer Maßnahmen“ (Zurückstufungen oder Entlassungen am Arbeitsplatz, Drohungen, offene Beschattungen durch den KGB etc.) angewandt. Ein Bericht des KGB an die Parteiführung für das Jahr 1985 gibt die Zahl von Personen, die man auf diese Weise allein in diesem Jahr unter Druck setzte, mit 15 274 an.<sup>40</sup> Laut Bericht wurden außerdem 1985 insgesamt 25 „nationalistische Gruppen“ in den Unionsrepubliken „liquidiert“, die Formierung von 93 Jugendgruppen „präventiv unterbunden“, die „illegale Tätigkeit“ von 170 religiösen Schulen für Kinder eingestellt, 474 Personen wegen Staatsverbrechen strafrechtlich verurteilt und 1275 Autoren und Verbreiter „anonymer antisowjetischer“ Materialien unionsweit festgestellt, wobei 97 von ihnen dafür strafrechtlich verurteilt wurden.<sup>41</sup> Aus einem anderen Bericht ist zu erfahren, dass 1985 insgesamt 73 Personen auf Grundlage der Artikel 70 und 190/1 des StGB der RSFSR verurteilt worden waren.<sup>42</sup>

<sup>37</sup> Vgl. Savranskaya, USSR and CSCE, S. 247–251; AdG 1986: 29835, 30441f.; Basket I – Implementation of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe: Findings Eleven Years after Helsinki. Report submitted to the Congress of the United States by the Commission on Security and Cooperation in Europe. Vol. 2, November 1986, S. 119–231; Reddaway, Repression und Liberalisierung, S. 108.

<sup>38</sup> Reddaway, Repression und Liberalisierung, S. 113.

<sup>39</sup> Ebd., S. 106.

<sup>40</sup> Otčet o rabote Komiteta gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR za 1985 god, in: RGANI, f. 89, op. 51, d. 7.

<sup>41</sup> Ebd.

<sup>42</sup> Po voprosu o stat'jach 70 i 190/1 UK RSFSR, in: RGANI, f. 89, op. 18, d. 116, l. 2–3.

Das repressive Vorgehen des Sowjetstaates gegen die Andersdenkenden stellte die größte Verletzung der 1975 in Helsinki unterschriebenen Verpflichtungen dar. Jede Machtdemonstration des Regimes gegenüber der eigenen Bevölkerung führte jedoch dank der Monitoring-Arbeit der Bürgerrechtsgruppen in der UdSSR der Öffentlichkeit in West und Ost seinen menschenverachtenden Charakter vor Augen und bewirkte eine „Themenverschiebung“ innerhalb des KSZE-Prozesses. Während es der UdSSR nach der Verabschiedung der Schlussakte besonders darauf ankam, die KSZE-Folgetreffen als unverbindliche, konsultative Zusammenkünfte fortzusetzen, die Implementierungskritik mit dem Argument der Nichteinmischung zurückzuweisen und entspannungspolitische Ziele zu verfolgen, beharrten vor allem die USA nach der Wahl Jimmy Carters zum US-Präsidenten im Jahr 1977 auf dem verbindlichen Überprüfungscharakter der Folgetreffen und auf der Thematik der Menschenrechte, sodass die humanitären Aspekte der Schlussakte und deren Verletzung in der Sowjetunion bereits auf der KSZE-Nachfolgekonzferenz in Belgrad (1977–1978) und später noch stärker in Madrid (1980–1983) in den Mittelpunkt rückten. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielten dabei die transnationalen Menschenrechtsnetzwerke bzw. die amerikanischen Helsinki-Gruppen, welche die Informationen über Menschenrechtsverletzungen im Ostblock in der westlichen Öffentlichkeit publik machten und so eine moralische Bewusstseinsbildung und die Unterstützung für die unterdrückte Opposition mobilisierten.<sup>43</sup>

Dadurch, dass die westlichen KSZE-Unterzeichnerstaaten den Osten dazu drängten, ihre Menschenrechtspraxis auf den KSZE-Folgetreffen zu rechtfertigen, wurden die Systemgegensätze immer mehr „im Gewand der Menschenrechte“<sup>44</sup> ausgetragen, wobei schon in Belgrad der Menschenrechtsbegriff mit westlich-demokratischen Vorstellungen aufgefüllt und entgegen sozialistischer Auffassung ein noch engerer Zusammenhang zwischen der Verpflichtung der Staaten zur Achtung von Menschenrechten und der Erhaltung des Weltfriedens hergestellt wurde.<sup>45</sup> Zum Missfallen der Sowjetunion setzte sich die Praxis der Überprüfung, inwieweit die Vereinbarungen von den KSZE-Unterzeichnerstaaten umgesetzt wurden, die sogenannten Implementierungsdebatten, seit dem ersten Folgetreffen

<sup>43</sup> Zur Entstehung und Bedeutung der amerikanischen Helsinki-Gruppen und des transnationalen Helsinki-Netzwerkes siehe: Snyder, Sarah B.: Follow-up at Belgrade: How Human Rights Activists Shaped the Helsinki Process, in: Bilandžić/Kosanović, From Helsinki to Belgrade, S. 189–206; Dies.: The Rise of the Helsinki Network: „A Sort of Lifeline“ for Eastern Europe, in: Villaume/Westad, Perforating, S. 179–193; Dies.: Human Rights Activism.

<sup>44</sup> Luchterhandt, Otto: Menschenrechtspolitik und KSZE. Teil II: Belgrad, Madrid und die Perspektiven. Berichte des BIOst, Nr. 4, Köln 1985, S. 3 ff.

<sup>45</sup> Zum Verlauf und den Folgen des Belgrader Treffens siehe: Ebd.; Wettig, Gerhard: Die Menschenrechtsproblematik auf der KSZE-Folgekonferenz. Der Standpunkt der westlichen und neutralen Staaten, in: APuZ, Nr. 27, 1978, S. 25–45; Ders.: Die Folgen der KSZE aus östlicher Sicht. Berichte des BIOst, Nr. 7, Köln 1977; Korey, William: The Promises We Keep. Human Rights, the Helsinki Process, and American Foreign Policy, New York 1993, S. 61–100; von Bredow, Der KSZE-Prozeß, S. 79–88; Selva, Douglas: The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1977–1983. Human Rights, Nuclear Weapons, and Western Europe, in: Peter/Wentker, Die KSZE im Ost-West-Konflikt, S. 15–58.

kontinuierlich durch, während zugleich die humanitären Aspekte des Dokuments *nolens volens* den größten Widerhall in der sowjetischen Bevölkerung fanden und zu den Angelpunkten des weiteren KSZE-Prozesses wurden.

Unter dem Druck des westlichen Bündnisses<sup>46</sup> stimmte der Kreml auf der zweiten Folgekonferenz in Madrid (1980–1983) der Verabschiedung eines Schlussdokumentes zu, welches nicht nur einige über die Schlussakte von Helsinki hinausgehenden Bestimmungen zum Korb III in den Bereichen Ausreise, Familienzusammenführung und Eheschließungen enthielt, sondern auch noch die Expertentreffen über Menschenrechte und Grundfreiheiten in Ottawa (1985) bzw. über menschliche Kontakte in Bern (1986) ankündigte.<sup>47</sup> Diese Kompromisse kamen einer indirekten Anerkennung des „positiven Charakters“ der Menschenrechte und einer Abwertung der „Nichteinmischungsdoktrin“ gleich. In Madrid wurde auch eine Einigung darüber erreicht, dass weitere Treffen „regelmäßig“ abzuhalten seien, was dem KSZE-Prozess erstmals eine gewisse Verbindlichkeit verlieh. Als nächstes Treffen wurde die KSZE-Konferenz in Wien für das Jahr 1986 geplant.

Festzuhalten bleibt, dass, obwohl die KSZE ursprünglich ein Projekt der UdSSR war, sie Moskau keine Stärkung und keinen „Sieg“ brachte. Stattdessen festigten die unterzeichnete Schlussakte und die Aktivitäten der transnationalen KSZE-Netzwerke den ohnehin schon vorhandenen gesellschaftspolitischen Dissens in der Sowjetunion, während die Unterdrückung des gesellschaftlichen Aufbegehrens und die willkürliche Auslegung der Schlussakte in der sowjetischen Öffentlichkeit die Verwundbarkeit und die Illegitimität des Regimes offenlegten und eine Themenverschiebung im KSZE-Prozess bewirkten. Innerhalb von nur 10 Jahren nach Unterzeichnung der Schlussakte etablierte sich eine Art „europäische Rechenschaftspflicht“<sup>48</sup> der Staaten, und die Menschenrechte wurden zu „einer Sache der internationalen Diplomatie“<sup>49</sup>. Moskau geriet unversehens in die Defensive und ging aus dieser Position heraus neue Kompromisse ein – mit gravierenden Folgen für die eigene Herrschaftsstruktur, wie im Folgenden gezeigt wird.

<sup>46</sup> Während die westeuropäischen Regierungen der Sowjetunion für die Konzessionsbereitschaft vor allem das Fortsetzen wirtschaftlicher Kooperation und den Willen zur weiteren politischen Détente in Aussicht stellten, bauten die USA den Druck gegen die sowjetische Regierung mit Aufrüstung, ökonomischen Sanktionen und Drohungen, den KSZE-Prozess platzen zu lassen, erfolgreich auf. Douglas, *The Superpowers*; vgl. auch Luchterhandt, *Menschenrechtspolitik*, S. 19.

<sup>47</sup> Text: Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, [http://www.osce.org/documents/mcs/1980/11/4223\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/mcs/1980/11/4223_de.pdf). Zum Treffen in Madrid und seiner Bedeutung siehe: Korey, *The Promises*, S. 101–161; Luchterhandt, *Menschenrechtspolitik*; von Bredow, *Der KSZE-Prozess*, S. 88–96; Douglas, *The Superpowers*.

<sup>48</sup> So Eichwede, *Entspannung*, S. 63.

<sup>49</sup> Ebd.

## 2. Gorbačëvs erste Korrekturen in der Innen- und Außenpolitik, 1985–1987

Als Michail Gorbačëv nach dem Tod von Konstantin Černenko am 10. März 1985 die Partei und Staatsführung übernahm, entsprach die sozialistische Realität nicht annähernd dem Soll-Zustand eines den anderen Gesellschaftsordnungen als überlegen propagierten Systems. Die Vorwürfe sowjetischer Medienpropaganda an die USA, das Recht auf Arbeit und Entlohnung, Wohnung, Bildung, Gesundheitsvorsorge und soziale Sicherheit nicht garantieren zu können,<sup>50</sup> waren jederzeit auch auf die Sowjetunion selbst anwendbar.<sup>51</sup> Bereits zu Beginn von Gorbačëvs Regierungszeit wurde bei der Qualität der staatlichen Leistungen und hinsichtlich der Gleichheit bzw. Gerechtigkeit ihrer Verteilung ein Tiefstand erreicht. Die latente Wirtschaftskrise rüttelte an den ideologischen Grundlagen des gesamten Systems. Die desolote Wirtschaftssituation stellte die traditionell mit „sozialistischem Fortschritt“ und hohem Lebensstandard begründete staatliche Autorität in Frage,<sup>52</sup> was der neuen Führung zunehmend bewusst wurde. „So kann man nicht weiterleben!“ [*Tak dal'se žit' nel'zja!*], war die in einem Satz bekannt gewordene Schlussfolgerung, die Michail Gorbačëv noch vor dem Amtsantritt gegenüber seiner Frau Raisa Gorbačëva geäußert haben soll.<sup>53</sup>

An der Notwendigkeit von Reformen bestand für Gorbačëv zur Zeit seines Machtantritts im März 1985 kein Zweifel. Das System wurde von ihm aber keinesfalls hinterfragt. Die als Perestroika oder als „Revolution von oben“ bekannt gewordenen Umgestaltungen hatten ursprünglich nicht die Systemtransformation, sondern seine Revitalisierung bzw. die „Vervollkommnung“ zum unmittelbaren Ziel. Darauf waren die ersten Korrekturen in der Innen- und Außenpolitik in den Jahren 1985–1987 gerichtet: die Politik der „Beschleunigung“ und Glasnost, die Ansätze des „Neuen Denkens“ und der daraus resultierende Strategiewechsel in der sowjetischen KSZE-Politik. Deren Anfänge werden im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen, verbunden mit der Frage, wie sich der Wandel gestaltete und was die Motive für diesen Wandel sowie seine unmittelbaren Folgen waren.

<sup>50</sup> Die Propaganda in den sowjetischen Medien wurde vor allem während der KSZE-Treffen intensiviert und folgte stets dem gleichen Muster: In den „enthüllenden Reportagen“ wurde die Lage der Menschenrechte im Westen besprochen und das kapitalistische System als ungerecht und unmenschlich dargestellt, wobei das beliebteste Feindbild nach wie vor die USA und die häufigsten Ausdrucksformen die Karikaturen und die „Fotoreportagen“ waren. Positiv wurde hingegen über die westlichen politischen und ethnischen Minderheiten, antiimperialistische und Friedensbewegungen berichtet. Vgl. z. B. die alltäglichen Darstellungen auf der S. 3 in *Komsomol'skaja Pravda* vom 10. 4., 25. 4., 30. 4., 2. 5., 7. 5., 7. 6. 1985; in *LG* vom 14. 8., 21. 8., 11. 9., 16. 10. 1985. Ähnliche Propaganda findet sich in zahlreichen anderen staatlichen Zeitungen.

<sup>51</sup> Vgl. Luchterhandt, Otto: UN-Menschenrechtskonventionen. Sowjetrecht – Sowjetwirklichkeit. Ein kritischer Vergleich, Baden-Baden 1980, S. 33–105; Ders.: Zum Stand der Freiheitsrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten, in: *APuZ*, Nr. 49, 1988; Basket I – Implementation of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe, S. 145–158.

<sup>52</sup> Vgl. Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, S. 497–501.

<sup>53</sup> Tschernajew, Anatoli: Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993, S. 34; Gorbačëv, Michail: *Žizn' i reformy*, Moskau 1995, Bd. 1, S. 265.



## 2.1 Die Perestroika als Versuch der Systemrevitalisierung: „Beschleunigung“, „Faktor Mensch“ und „Glasnost“

Die wachsende Frustration über die Lage im Bereich des Sozialen und der Wirtschaft in der UdSSR erkannte Gorbachev gleich nach dem Machtantritt. Bereits in der Politbürositzung vom 2. April 1985 legte er eine ernüchternde Bilanz vor. Er beklagte die Armut und den alten Zustand der technischen Ausrüstung der Betriebe und Fabriken, die niedrige Produktivität der Nahrungsmittelindustrie, den mangelnden Wohnraum, die desaströse Infrastruktur mit den überlasteten Kanalisationen und Wasserleitungen sowie andere Missstände in der UdSSR.<sup>54</sup> Tatsächlich war ein Tiefstand im Jahr 1985 beinahe in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen erreicht (im Wirtschaftswachstum, in der Arbeitsproduktivität, in puncto technologischer Innovation, im Agrarsektor) und schlug sich in sozialen Problemen, materieller Unterversorgung der Bevölkerung und schlechter Produktqualität, vor allem an der Peripherie der Union, nieder.<sup>55</sup> Zwar gab es in der UdSSR offiziell keine Obdachlosen – ein Hauptpropagandaslogan gegenüber den USA – Millionen Sowjetbürger mussten sich aber auf engstem Wohnraum in Wohnheimen und Baracken im jahrelangen Warten auf eine eigene Wohnung und Privatsphäre gedulden.<sup>56</sup> Eine Voraussetzung für die Inanspruchnahme dieses Rechts war dabei die Verfügung über einen Arbeitsplatz an dem jeweiligen Ort, während ein Obdachlosendasein vom Gesetz (Art. 209 des StGB der RSFSR) als „parasitäre Lebensart“ aufgefasst, verboten und mit Freiheitsentzug sowie Zwangsarbeit bestraft wurde. Zwar verfügte die Sowjetunion über ein kostenloses Gesundheitssystem, die Anzahl von Krankenhäusern und Ärzten wurde lange als die Errungenschaft des Sozialismus gepredigt, sie sagte aber nichts über die Qualität und die Intensität der Pflege aus. Wie schlecht es um das sowjetische Gesundheitssystem bestellt war, offenbarte zum ersten Mal der Gesundheitsminister Evgenij Čazov auf der XIX. Parteikonferenz 1988. Seinem Bericht zufolge lag die Sowjetunion bei der Kindersterblichkeit auf dem 50. Platz weltweit, nach Barbados und Mauritius, und auf dem 32. Platz weltweit bei der Lebensdauer.<sup>57</sup> Der weit verbreitete Alkoholismus dürfte nicht nur für die kurze Lebenserwartung, sondern auch für den Milliarden Rubel schweren Schaden in der Volkswirtschaft, die hohe Kriminalitätsrate und den Werteverfall in der sowjetischen Gesellschaft verantwortlich gewesen sein.<sup>58</sup>

<sup>54</sup> Vgl. Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 40f.

<sup>55</sup> Siehe hierzu ausführlich Thom, Françoise: The Gorbachev Phenomenon. A History of Perestroika, London/New York 1989, S. 7–25; Höhmann, Hans-Hermann: Die Wirtschaft der UdSSR im 12. Planjahr fünf: auf der Suche nach Wegen aus der Krise, in: Adomeit, Hannes/Höhmann, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestroika, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 140–161.

<sup>56</sup> Zur Wohnsituation siehe Knabe, Bernd: „Perestrojka“ und die materiellen Grundbedürfnisse der Menschen in der UdSSR. Berichte des BIOst, Nr. 39, Köln 1987, S. 19–35.

<sup>57</sup> Text der Rede in: XIX vsesojuznaja konferenzija Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. 28 ijunja – 1 ijulja 1988 goda. Stenografičeskij otčet. 2 Bde., Bd. 1, Moskau 1988, S. 120.

<sup>58</sup> Altrichter, Russland, S. 19ff., 30–37.



Von der Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs, die im Mai 1985 mit der Kampagne gegen „Trunkenheit und Alkoholismus“ gestartet wurde,<sup>59</sup> versprach sich die Parteiführung deshalb, wenn nicht die Lösung der aktuellen Probleme, so doch zumindest die Schaffung günstiger Voraussetzungen für die Wirtschaftsreformen, die technische und wirtschaftliche Beschleunigung des Landes. Denn für die „Beschleunigung des sozioökonomischen Fortschrittes“ sei der „Faktor Mensch“ zwingend notwendig, führte Gorbačëv im Aprilplenum 1985 aus.

„Ein relativ schneller Effekt lässt sich erzielen, wenn wir die wirtschaftlich-organisatorischen und sozialen Reserven in Bewegung setzen, wenn wir vor allem den Faktor Mensch aktivieren und erreichen, dass jeder an seinem Platz gewissenhaft und unter Einsatz aller Kräfte arbeitet“,

versicherte der Generalsekretär.<sup>60</sup> Gleichzeitig erklärte er den „Kampf gegen Verschwendung und Verluste“, gegen „Formalismus“, „Gleichmacherei“ und „Phrasendrescherei“, gegen „alle negativen Erscheinungen“ und proklamierte einen „Kurs auf die Festigung der sozialen Gerechtigkeit“ und auf „die Vertiefung der sozialistischen Demokratie“. Mit „Ordnung“, „Disziplin“, „Verantwortung“, „Kritik und Selbstkritik“ sollte der Sowjetunion der Anstieg zum materiellen Wohlstand möglich werden.<sup>61</sup> Die „Vervollkommnung des Sozialismus“ durch Beseitigung sozioökonomischer Rückständigkeit, die Rückkehr zu leninistischen Idealen der Sowjetunion waren die erklärten Ziele der neuen Parteiführung und wurden spätestens bei der Vorstellung des Parteiprogramms auf dem 27. Parteitag 1986 offiziell formuliert.<sup>62</sup>

Somit stand der Beginn der Perestroika zunächst ganz im Zeichen einer „ökonomischen Sanierung“<sup>63</sup> mit administrativen Methoden und appellativen Maßnahmen, die, ideologisch gesehen, im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik von Lenin<sup>64</sup> blieben und in Kontinuität mit Gorbačëvs Vorgängern standen. Das im Februar 1986 auf dem 27. Parteitag verkündete Konzept der Beschleunigung<sup>65</sup>

<sup>59</sup> Diese Aktion sollte sich als eine „Dummheit historischen Ausmaßes“ – so der Ausdruck von Anatolij Černjaev – mit einer negativen Bilanz für den Staatshaushalt erweisen. Sie rüttelte damals aber kaum an dem wachsenden Ansehen des „Mineralsekretärs“, wie Gorbačëv im Volksmund genannt wurde, dessen Reformvorhaben laut den Erinnerungen seines damaligen Pressesekretärs, Andrej Gračëv, 1986 von nicht weniger als 80% der Bevölkerung trotz dieses Fiaskos unterstützt wurden. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 29; Gračëv, Andrej: Gorbačëv, Moskau 2001, S. 113.

<sup>60</sup> Text: Über die Einberufung des turnusmäßigen XXVII. Parteitages der KPdSU und die mit seiner Vorbereitung und Durchführung verbundenen Aufgaben. Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU. 23. April 1985, in: Gorbatschow, Michail: *Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika*, Moskau 1988, S. 3–24.

<sup>61</sup> Ebd.

<sup>62</sup> Ebd.

<sup>63</sup> So Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1022.

<sup>64</sup> Als NĖP (Akronym der russischen Bezeichnung) bekannt, stand die Neue Ökonomische Politik, welche die Partei seit März 1921 als Antwort auf die durch den Kriegskommunismus verursachten sozialen Unruhen steuerte, für Zugeständnisse an den Markt und die Privatwirtschaft; sie wurde dann jedoch durch die Kollektivierung und den ersten Fünfjahresplan abgelöst.

<sup>65</sup> Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 25. Februar 1986, in: Gorbatschow, *Reden*, S. 192–293.



Michail Gorbatschow mit dem „Vordenker“ der Perestrojka, Aleksandr Jakovlev, auf dem Flug nach England, 1984.

(Quelle: Archiv von Alexander Jakovlev/Internationales Fond „Demokratija“)

beschränkte sich auf die Effizienzsteigerung des hierarchisch aufgebauten administrativen Systems und brachte erwartungsgemäß trotz der Einführung einzelner marktwirtschaftlicher Elemente<sup>66</sup> und der verbesserten Wirtschaftsbilanz von 1986 im Vergleich zu den Vorjahren<sup>67</sup> nicht den erwünschten Erfolg. Die materielle Situation der Bevölkerung verschlechterte sich weiterhin, Schwarzmarkt und Versorgungsprobleme mit den Grundnahrungsmitteln wurden Ende 1986 zur Regel,<sup>68</sup> während die um ihre Machtstellung und Privilegien fürchtende Bürokratie sich von Anfang an jeglicher Reformen widersetzte.

<sup>66</sup> Zu nennen sind hier u. a. die Legalisierung privater Wirtschaftsaktivitäten durch das Gesetz vom 19. 11. 1986, die Schaffung von Regelungen für die Bildung und die Tätigkeit von Kooperativen (Genossenschaften), die Überführung von Staatsbetrieben auf die wirtschaftliche Rechnungsführung (*chozrasčet*) und Eigenfinanzierung (*samofinansirovanije*), die Reorganisation des sowjetischen Außenhandels mit der Zulassung von *Joint ventures* durch eine Verordnung vom Januar 1987 sowie einzelne Maßnahmen zur Optimierung zentraler Wirtschaftssteuerung, welche mit der Einrichtung einzelner Koordinationsgremien bei gleichzeitiger Abschaffung der Zwischenministerien eingeführt wurden. Ausführlich zu den Wirtschaftsmaßnahmen und zu deren Folgen siehe: Segbers, Klaus: Der sowjetische Systemwandel, Frankfurt am Main 1989, Kapitel V; Åslund, Gorbachev's Struggle; Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 524–533.

<sup>67</sup> Das produzierte Nationaleinkommen (+4,1%) überstieg 1986 das geplante (+3,9%), auch Industrieproduktion (4,9% statt geplanten 4,3%) und Landwirtschaft (+5,3% im Vergleich zu 1,4% 1985) wiesen Zuwächse auf. Segbers, Der sowjetische Systemwandel, S. 247f.

<sup>68</sup> Vgl. Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 114, 134f.; V Politbjuro CK KPSS... Po zapisjam Anatolija Černjaeva, Vadima Medvedeva, Georgija Šachnazarova (1985–1991), Moskau 2008, S. 91, 98f.

Gorbačev selbst hatte zu diesem Zeitpunkt noch nicht erkannt, dass die Fehler systemimmanenter Natur waren und deswegen nur durch eine Systemveränderung beseitigt werden konnten. Im Vergleich zu seinen Vorgängern verstand er aber die Relevanz der Motivation und der Gesellschaftspartizipation für die weiteren Reformen und zog daraus praktische Schlussfolgerungen: Neben der systemkonformen Aktivierung des „Faktors Mensch“ wurde auf dem 27. Parteitag der KPdSU eine neue Politik der Glasnost (Offenheit)<sup>69</sup> angekündigt, welche die Gleichgültigkeit und die Misswirtschaft durch die offene Benennung von Problemen, durch die Aufdeckung von Korruptionsfällen in der Verwaltung, den Betrieben und der Partei bekämpfen sollte. Dem scheinbaren Meinungspluralismus wurden aber mit dem Schlagwort des „sozialistischen Pluralismus“ klare Grenzen gesetzt. Zum Gegenstand der „von oben“ verordneten und gesteuerten Kritik wurden nur einzelne Parteikader erhoben; das System, die Partei und die politische Führung blieben Tabuthemen. Glasnost bedeutete nicht die Redefreiheit, sondern wurde als Instrument der Wirtschaftsperestroika, als ein „Werkzeug der Partei, um erzieherisch und propagandistisch Einfluss auszuüben“<sup>70</sup> konzipiert und dem Kanon des Sozialismus untergeordnet. Erst nachdem die erste Phase des Umbaus nicht die erwünschten Effekte brachte, und Glasnost die Probe aufs Exempel im Zusammenhang mit den Ereignissen in Černobyl' (April 1986) nicht bestanden hatte,<sup>71</sup> begann sich Mitte 1987 die Einsicht über die Notwendigkeit

<sup>69</sup> Im Sowjetstaat wurde der Begriff *Glasnost* zum ersten Mal von Lenin gebraucht und implizierte die Kontrolle von Parteikadern mit dem Ziel der Steigerung von Arbeitseffizienz und Produktivität. Mit der Pressefreiheit hatte Glasnost freilich nichts gemeinsam und wurde von den sowjetischen Führern als Propagandamittel eingesetzt. Zur Geschichte und Entwicklung des Glasnost-Konzepts siehe folgende Darstellungen: Gibbs, Joseph: *Gorbachev's Glasnost. The Soviet Media in the First Phase of Perestroika*, Texas A&M University Press 1999; McNair, Brian: *Glasnost and Restructuring in the Soviet Media*, in: *Media, Culture, Society*, Vol. 11, Nr. 3, 1989, S. 327–349; Mommsen, Margareta: Von „Kritik und Selbstkritik“ zu „Glasnost“, in: Mommsen, Margareta/Schröder, Hans-Henning: *Gorbatschows Revolution von oben: Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR*, Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 11–30; Roth, Paul: *Glasnost und Medienpolitik unter Gorbatschow*, Bonn 1990 (Demokratische Verantwortung, Bd. 13/14).

<sup>70</sup> Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 91; Der Historiker Paul Roth nannte fünf Zielsetzungen, denen Gorbačevs Glasnost dienen sollte: 1) Schaffung eines Vertrauensverhältnisses zwischen der Bevölkerung und der Partei, 2) Einbeziehung der Ersteren in die Reformen, 3) Bessere Information der Führung, 4) Vertrauensgewinnung im Ausland und 5) Anschluss an die Kommunikationsrevolution. Roth, *Glasnost*, S. 17f.

<sup>71</sup> Der sich in der Nacht vom 25. auf den 26. April 1986 ereignete Reaktor-Unfall an der Grenze der heutigen Ukraine mit Belarus und die unmittelbar darauf folgende Desinformations- und Beschwichtigungspolitik seitens der Partei machten Gorbačevs Glasnost-Konzept unglaublich. Wie der damalige Außenminister Eduard Ševardnadze in seinen Erinnerungen schreibt, wurde Černobyl „zur ersten Prüfung für Glasnost, und Glasnost bestand sie nicht“. Die Katastrophe war das einschneidende Ereignis, das ein Umdenken auslöste. „Der ‚Tschernobyl-Tag‘ stellte das menschliche Leben als universalen Wert mit einem Schlag über das ‚Klassenbewußtsein‘. Und plötzlich wurde [...] das Hauptziel von Politik wieder deutlich erkennbar – der Schutz der Natur, aber vorrangig der Schutz des Menschen“, so Ševardnadze. Schewardnadze, *Die Zukunft*, S. 306; vgl. Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 1, S. 299–304; Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 82–85.

weiterer Reformen durchzusetzen. Seit dem Januar-Plenum 1987 wurde das Glasnost-Konzept auf gesellschaftliche und zunehmend politische Sphären erweitert. In einem Treffen mit den Leitern der Massenmedien im Februar 1987 hatte Michail Gorbatschow zu einer neuen Informationspolitik aufgerufen, in der es keine „vergessene[n] Namen und weiße[n] Flecken“ geben dürfte.<sup>72</sup> Die Presse und die Intelligenz forderte er auf, sich an der Umgestaltung der Gesellschaft und der Mobilisierung des „Faktors Mensch“ zu beteiligen. Aber auch diese Appelle blieben dem Gebot der Parteilichkeit unterworfen.

Es war jedoch Gorbatschows Fehler zu glauben, dass man sich daran halten werde. Das im Prozess weiterer politischer Lockerungen wachsende Bewusstsein, die Politisierung der sowjetischen Gesellschaft und ihre Emanzipation von der staatlichen Obhut trugen wesentlich dazu bei, Glasnost aus dem ursprünglichen Konzept der Kontrolle in ein Prinzip der kritischen Öffentlichkeit zu verwandeln. So systemkonform und in Leninistischer Tradition diese ersten Reformschritte auch konzipiert wurden, sie bereiteten in Verbindung mit den Anfängen des „Neuen Denkens“ in der Außenpolitik den Weg für den Systemwandel.

## 2.2 Instrumentelle und ideelle Motive des Umdenkens in der sowjetischen KSZE-Politik

Nicht nur innenpolitisch, sondern auch in der Außenpolitik zeichnete sich mit dem Machtantritt von Gorbatschow ein Umdenken ab. Motive, die Gorbatschow und sein Team zum Wandel in der KSZE-Politik bewogen, waren indes vielschichtig; sie waren eng miteinander verzahnt und veränderten sich infolge politischer Reformen und des sich wandelnden Werte- und Präferenzsystems der politischen Elite. Im Wesentlichen lassen sie sich zu Beginn der Perestroika auf folgende zwei Aspekte reduzieren: Auf die objektive Notwendigkeit angesichts der oben geschilderten sozioökonomischen Krise in der Sowjetunion und des Demokratisierungsdrucks des Westens und auf Gorbatschows moralische Überlegungen, die sich im „Neuen Denken“ und in der Vision vom „gemeinsamen europäischen Haus“ wiederfanden.

Gorbatschows Kontakte mit den westeuropäischen Regierungschefs und seine Reisen in den Westen bewogen ihn zum Nachdenken.<sup>73</sup> Dabei erkannte er, dass der kapitalistische Block viel komplexer war, als es das offizielle Feindbild sowjetischer Propaganda darstellte, und keinerlei Absichten verfolgte, die Sowjetunion anzugreifen; dass die kapitalistischen Staaten entgegen aller Postulate des Marxismus-Leninismus wirtschaftlich und technisch viel weiter entwickelt waren als die Sowjetunion; und dass sein Land den historischen Wettbewerb der Systeme bei den gegenwärtigen Bedingungen verlieren werde. Wollte die Sowjetunion ihre

<sup>72</sup> AdG 1987: 30878.

<sup>73</sup> Die Bedeutung der Kontakte Gorbatschows mit dem westlichen Ausland hebt English in seinen Arbeiten hervor. Vgl. English, Russia; Ders., *The Sociology of New Thinking*; auch Grachev, Andrei: *Gorbachev's Gamble. Soviet Foreign Policy & the End of the Cold War*, Cambridge 2008, S. 46f.

Machtstellung im internationalen System behaupten und als Sieger aus dem Wettbewerb der Systeme hervorgehen, so musste sie – so die nüchterne Schlussfolgerung des Generalsekretärs – nicht auf militärische Stärke, sondern auf innenpolitischen Fortschritt und Wohlstand setzen.<sup>74</sup> Um die Ressourcen von der Rüstungswirtschaft auf den zivilen Bereich zu transferieren und damit ein wenig Entlastung für eine marode Wirtschaft, die darüber hinaus durch Wirtschaftssanktionen<sup>75</sup> der USA belastet war, zu erreichen, waren aber eine Annäherung an den Westen und die Abrüstungsgespräche unabdingbar – beides ließ sich am besten im Rahmen der KSZE erreichen. Der gesamteuropäische Prozess, die KSZE, gewann also für die UdSSR unter Gorbačëv in mehrerlei Hinsicht an Bedeutung. Von der praktischen Umsetzung der Inhalte des Korbes II versprach sich Moskau die für Reformen benötigte wirtschaftliche und technische Unterstützung aus dem Westen. Nicht weniger bedeutend war die Tatsache, dass die multilaterale Diplomatie das einzige Kommunikationsforum darstellte, in dem es zu einem regulären Dialog mit den westlichen Staaten und vor allem den USA kam, und daher die beste Möglichkeit für eine Annäherung sowie für Abrüstungsgespräche mit diesen bot.<sup>76</sup> Die multilaterale Diplomatie wurde umso interessanter für Moskau, als die ersten Abrüstungsinitiativen<sup>77</sup> von Gorbačëv ohne Resonanz im Westen blieben und der Dialog mit den USA kaum vorankam. Die Gipfeltreffen zwischen Michail Gorbačëv und Ronald Reagan im November 1985 in Genf und im Oktober 1986 in Reykjavik scheiterten an Reagans Weigerung, auf die SDI-Pläne zu verzichten.<sup>78</sup> Außerdem machten die Amerikaner Fortschritte in den Abrüstungsgesprächen von der Implementierung humanitärer Aspekte der KSZE-

<sup>74</sup> So die Darstellung von Grachev, *Gorbachev's Gamble*, S. 46f.; vgl. auch Dobrynin, *Sugubo doveritel'no*, S. 607.

<sup>75</sup> Als Reaktion auf die zurückgehenden Ausreisezahlen der jüdischen Emigration verabschiedete der amerikanische Kongress 1974 das sogenannte Jackson-Vanik-Amendment, das die Sowjetunion hinderte, von der Meistbegünstigungsklausel und von der Gewährung günstiger Kredite zu profitieren. Unter anderem stand auch die Ergänzung zum Handelsgesetz der USA dem Handel mit Hightechgütern im Wege. Beides wirkte sich negativ auf Gorbačëvs Strategie des wissenschafts-technischen Fortschritts aus. Zum Jackson-Vanik-Amendment und seiner Wirkung siehe Korey, William: *The Jackson-Vanik Amendment in Perspective*, in: SJA, Vol. 18, Nr. 1, 1988, S. 29–47. Obwohl die USA mehrfach versprochen haben, diese Klausel aufzuheben und beim Washingtoner Gericht sogar eine Klage eines ehemaligen UdSSR-Disidenten gegen sie eingereicht worden ist, war sie lange in Kraft. Mit dem im Jahr 2012 vollzogenen Beitritt Russlands zur WTO wurde diese Klausel jedoch obsolet.

<sup>76</sup> Vgl. Schewardnadse, *Die Zukunft*, S. 153; Gorbačëv, *Žizn' i reformy*, Bd. 2, S. 74; vgl. auch die Direktiven von Anatolij Černjaev an Gorbačëv für die Delegation zur Stockholmer Konferenz, in: Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 73f.

<sup>77</sup> Gemeint sind hier vor allem die Ankündigung des Einfrierens der SS-20 vom April und des Atom-Teststopps vom Juli 1985 sowie die Bekanntgabe des Programms zur weltweiten Liquidierung von Atomwaffen bis zur Jahrtausendwende am 15. 1. 1986, welche mit Skepsis im Westen aufgenommen wurden. AdG 1985: 29084A/7, 29171A; 1986: 29483A, 29512A.

<sup>78</sup> AdG 1985: 29318–29331, 29375–29382; 1986: 30353–30362; Altrichter, *Der Zusammenbruch*, S. 583–588; Weiß, Gebhardt: „Neues Denken“ und Handeln in der sowjetischen Abrüstungs- und Rüstungspolitik: Ziele, Motive, mögliche Konsequenzen, in: Adomeit/Höhm/Wagenlehner, *Die Sowjetunion*, S. 297–328.

Schlussakte in der UdSSR abhängig.<sup>79</sup> Spätestens nach dem Gipfeltreffen in Reykjavik wurde Gorbačev deutlich, dass eine Verbesserung der internationalen Lage genauso wenig wie die wirtschaftliche oder technische Unterstützung aus dem Westen zu erreichen waren, solange die Sowjetunion gegen die Menschenrechte verstieß und bei ihrer „alten“ KSZE-Politik blieb, d. h., solange sie Fragen der Menschenrechte nicht auf dieselbe Stufe wie den Abrüstungsprozess stellte.<sup>80</sup> Um den Westen als Verhandlungs- und Geschäftspartner zu gewinnen, musste sich die UdSSR nicht nur innenpolitisch liberalisieren, sondern auch ihre bisherige Außenpolitik bzw. die KSZE-Politik überdenken.

Gorbačev ließ sich jedoch nicht von realpolitischen Überlegungen allein leiten. Als Vertreter der Generation der *Šestidesjatniki*<sup>81</sup> („Sechziger“) zeichnete er sich durch ein flexibles politisches Bewusstsein aus, das ihn für neue Ideen offen machte und zum Nachdenken über das Verhältnis zwischen den sozialistischen und kapitalistischen Staaten abseits dogmatischer Weltsicht seiner Vorgänger bewog. Er war der erste Parteivorsitzender, der Politik und Moral in dem außenpolitischen Konzept des „Neuen Denkens“ zu vereinbaren suchte und im Hinblick auf den KSZE-Prozess die, zwar nicht von ihm erfundene, aber von ihm aufgegriffene Metapher vom „gemeinsamen gesamteuropäischen Haus“ prägte. Beide theoretische Konzepte mussten innerhalb kürzester Zeit erst ausgeformt werden; sie beinhalteten aber von Anfang an eine ideelle Komponente, die im Prozess der Perestroika und im Zuge der sich wandelnden Prioritäten sowjetischer Politik die propagandistischen Elemente und materiellen Zielsetzungen dominierte.

Die Metapher vom „gemeinsamen europäischen Haus“ sprach Gorbačev zum ersten Mal während des Besuchs einer sowjetischen Parlamentarier-Delegation in London 1984 aus und wiederholte sie beiläufig in einem Interview während seines ersten Auslandsbesuchs als Generalsekretär in Frankreich 1985. Wie Gorbačev in seinem Buch 1987 ausführte, handelte es sich dabei um eine bildhafte Vorstellung von Europa, in dem es zwar verschiedene Eingänge und viele unterschiedliche Familien gebe, die aber alle ein gemeinsames Ziel – dessen Bewahrung – und gemeinsame europäische Wurzeln vereine.<sup>82</sup> Die Metapher betonte die Ganz-

<sup>79</sup> So machte Ronald Reagan sein Einverständnis zu dem Treffen in Reykjavik von der Lösung konkreter Menschenrechtsfälle und von der Freilassung des der Spionagetätigkeit beschuldigten amerikanischen Journalisten Nikolas Daniloff abhängig. Er forderte die Ausreiseerlaubnis für die 25 Langzeitabgelehnten und die Freilassung des Begründers der MHG, Jurij Orlov. In Reykjavik wurden sowjetische Diplomaten während der Presstreffen vor allem mit den Vertretern der jüdischen Organisationen im Westen konfrontiert. Vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 101.

<sup>80</sup> Nach Darstellung von Anatolij Černjaev löste das Gipfeltreffen von Reykjavik ein Umdenken bei Gorbačev aus. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 103, 117. Das Problem der Menschenrechte in der UdSSR wurde allerdings schon während des ersten Gipfeltreffens im November 1985 in Genf von den Amerikanern angesprochen. Vgl. Dobrynin, *Sugubo doveritel'no*, S. 626.

<sup>81</sup> Der Begriff „Sechziger“ bezeichnet Anhänger liberaler Strömungen in Kultur und Politik, die sich in den 1960er Jahren aktiv zu artikulieren begannen und generationell durch Kindheits- und Jugenderfahrungen von Krieg, Spätstalinismus und Tauwetter geprägt waren.

<sup>82</sup> Vgl. Gorbatschow, Michail: *Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt*, München 1987, S. 252–259.



heitlichkeit der Welt trotz unterschiedlicher gesellschaftlicher Systeme und die „Künstlichkeit und Zeitweiligkeit der gegenwärtigen Konfrontation der Blöcke“;<sup>83</sup> sie knüpfte gedanklich an das KSZE-Projekt mit seinen Prinzipien an und signalisierte die Bereitschaft der Sowjetunion, diese weiter im Geiste von Helsinki zu entwickeln. Im Jahr 1985 handelte es sich jedoch bei dieser Metapher noch um einen weitgehend propagandistischen Trick, der vordergründig die Funktion hatte, westeuropäische Regierungen in der Rolle neuer Gesprächspartner, vor allem in den Abrüstungsfragen, zu hofieren.<sup>84</sup> Doch im Weiteren „verselbständigten sich diese Worte“, wie Gorbačëv selbst darüber schreibt.<sup>85</sup> Was 1985 als ein „propaganda tool“ begann, entwickelte sich ab 1986 zu einem um die humanitäre Komponente erweiterten, über die Sicherheit eines Staates hinausgehenden politischen Konzept, zu einem vierstöckigen „europäischen Haus“ bzw. zu einer Vision des Pan-Europa vom Atlantik bis zum Ural. Das imaginäre Gebilde bestand Mitte 1989 bereits aus vier „Etagen“ und hatte die KSZE-Schlussakte zum Fundament. Es „beherbergte“ kollektive Sicherheit und möglichst weitgehende Abrüstung auf der ersten und das Prinzip der friedlichen Streitbeilegung auf der zweiten Ebene; eine paneuropäische wirtschaftliche Kooperation und Zusammenarbeit im dritten „Stock“ und schließlich eine gemeinsame kulturelle Gemeinschaft ganz oben.<sup>86</sup> Die Sowjetunion beanspruchte damit ein gleichberechtigtes Mitglied desjenigen Europas zu sein, welches für Gorbačëv zugleich immer mehr zu einer Art Projektionsfolie für die „Humanisierung“ und „Demokratisierung“ des Sozialismus in der Sowjetunion wurde.

Ebenso bruchstückhaft und propagandistisch hörte sich zunächst das „Neue Denken“ an, das erst zu einem außenpolitischen Konzept ausgeformt werden musste. Die ersten außenpolitischen Grundprinzipien wurden von Gorbačëv offiziell auf dem 27. Parteitag im Februar 1986 präsentiert.<sup>87</sup> Die in seine Rede ein-

<sup>83</sup> Ebd., S. 253.

<sup>84</sup> Vgl. Rey, Marie-Pierre: Gorbachev's New Thinking and Europe, 1985–1989, in: Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Ludlow, Piers P./Nutti, Leopoldo (Hrsg.): *Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal*, London/New York 2008, S. 23–35; etwas ausführlicher: Dies.: „Europe Is Our Common Home“: A Study of Gorbachev's Diplomatic Concept, in: CWH, Vol. 4, Nr. 2, 2004, S. 33–65; Gorbatschow, Michail: *Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika. Mit Beiträgen sowjetischer Wissenschaftler und Politiker*, Düsseldorf/Wien/New York 1990.

<sup>85</sup> Gorbatschow, Perestroika, S. 253.

<sup>86</sup> Vgl. Rey, „Europe Is Our Common Home“, S. 39.

<sup>87</sup> Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom 25. 02. 1986, in: Gorbatschow, Reden, S. 192–293; zum Konzept des „Neuen Denkens“ siehe: Lévesque, Jacques: *The Messianic Character of Gorbachev's 'New Thinking': Why and What For?*, in: Njølstad, Olav (Hrsg.): *The Last Decade of the Cold War. From Conflict Escalation to Conflict Transformation*, London/New York 2004, S. 159–176; Bomsdorf, Falk/Adomeit, Hannes: *Das „neue Denken“: Grundzüge und Verwirklichung*, in: Adomeit/Höhmman/Wagenlehner, *Die Sowjetunion unter Gorbatschow*, S. 261–296; Jung, Lothar: *Die Konzeption des „neuen Denkens“ in der sowjetischen Außenpolitik*, in: Hamann, Rudolf/Matthies, Volker (Hrsg.): *Sowjetische Außenpolitik im Wandel. Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985–1990, Baden-Baden 1991*, S. 39–60.

geflochtenen Gedanken über die Ganzheitlichkeit der Welt, die Unteilbarkeit der Sicherheit, die Nichtführbarkeit eines Atomkrieges, das Menschenleben als den höchsten Wert, die Priorität politischer Mittel und friedlicher Zusammenarbeit gegenüber der Politik der Stärke waren zwar nicht mehr ganz neu,<sup>88</sup> ihre Aufnahme in die offizielle Rede und ihre Akzentuierung, das Weiterführen dieser Überlegungen in den Interviews, Leitartikeln und im Fernsehen, einhergehend mit den sowjetischen Abrüstungsinitiativen, deuteten aber auf eine tatsächliche Akzentverschiebung in der sowjetischen Außenpolitik und im sowjetischen Sicherheitsverständnis hin.<sup>89</sup> Eine ganz neue Qualität gewann der offizielle Diskurs durch die Aufnahme humanistischer Gedanken, welche wenige Jahre zuvor noch als antikommunistisch verurteilt bzw. als „abstrakter Humanismus“ abgelehnt worden waren, jetzt aber als die gemeinsame Basis für die Überwindung intersystemarer Konflikte von Gorbachev selbst aufgegriffen und in den Mittelpunkt seiner Überlegungen gestellt wurden. Im Oktober 1986 sprach Gorbachev auf dem Treffen mit Vertretern der Weltkultur auf dem Issyk-Kul-Forum von der Priorität der allgemeinmenschlichen Werte gegenüber den Interessen einer Klasse.<sup>90</sup> Bald wurde diese These von der offiziellen Presse aufgegriffen und weiterentwickelt. Jurij Ždanov,<sup>91</sup> Mitglied der Akademie der Wissenschaften, formulierte im März 1987 in der Parteizeitung *Pravda* die Gedanken vom absoluten Wert des menschlichen Lebens, vom universellen Charakter der Freiheit des Individuums, welches ebenfalls zum Höchsten erklärt und *über* das Kollektiv gestellt wurde.<sup>92</sup> Ideen, welche vor kurzem noch als westlich, als unvereinbar mit der marxistisch-leninistischen Menschenrechtsauffassung und mit der sowjetischen Verfassung galten, fanden sich immer mehr in den offiziellen Darstellungen und wurden von den prominenten Personen als Teil des „Neuen Denkens“ weiterentwickelt. So bezeichnete der Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen, Jevgenij Primakov, in einem *Pravda*-Artikel vom 10. Juli 1987<sup>93</sup> die „friedliche Koexistenz“ als objektive Notwendigkeit und nicht als Atempause und wies auf die organische Verbindung der Innen- und Außenpolitik als das qualitativ Neue an der sowjetischen Außenpolitik hin. Er wandte sich gegen die bisherige Wahrnehmung der internationalen Beziehungen als Bühne ideologischer Auseinandersetzungen und gegen eine weitere Konfrontation. Stattdessen wurde eingefordert,

<sup>88</sup> Diese Gedanken entwickelte bereits Ende der 1960er Jahre der berühmte Physiker und Bürgerrechtsaktivist Andrej Sacharov, sie waren jedoch nur im „Samizdat“ erhältlich. Vgl. Sacharov, Andrej: *Trevoga i nadežda*, Moskau 1991, S. 11–47.

<sup>89</sup> Vgl. Altrichter, *Der Zusammenbruch*, S. 579–586.

<sup>90</sup> Es muss aber erwähnt werden, dass auch diese Aussage mit dem Verweis auf Lenin autorisiert war. Vgl. hierzu: „Vremja trebuet novogo myšlenija. Beseda s učastnikami „Issyk-Kul'skogo foruma“ 20. 10. 1986“, in: Gorbachev, Michail: *Izbrannye reči i stat'i*, 7 Bde., Moskau 1987–1990, Bd. 4, S. 152–167, hier S. 164.

<sup>91</sup> Jurij Ždanov ist der Sohn des berühmten Stalin-Ideologen Andrej Ždanov.

<sup>92</sup> *Pravda* vom 6. 3. 1987, S. 3f.; zu der These von der Priorität der allgemeinmenschlichen Werte bzw. zur Vereinbarkeit dieser mit dem Klassenverständnis siehe auch AiF vom 25. 6. 1987, S. 1; AiF vom 21. 11. 1987, S. 7.

<sup>93</sup> *Pravda* vom 10. 7. 1987, S. 4.



die Sicherheit der Staaten an erste Stelle zu setzen und die dafür notwendigen politischen Maßnahmen, konkret die Entwicklung eines Systems der internationalen Sicherheit oder Abrüstung, zu ergreifen. Noch weiter ging der aus Anlass der 42. Vollversammlung der Vereinten Nationen am 17. September 1987 in der *Pravda* erschienene Artikel, in dem Gorbačëv selbst der Bedeutung der internationalen Vereinbarungen, der UNO, ihrer Charta, des Völkerrechts und des internationalen Gerichtshofs das Wort redete und die Schaffung eines internationalen Kontrollmechanismus für die friedliche Beilegung zwischenstaatlicher Konflikte einforderte. Darin wandte er sich gegen die Strategie nuklearer Abschreckung und rief zu dem Abbau der Waffenarsenale und zur Liquidierung der Atomwaffen auf. Das Bezeichnende an diesem Aufsatz war, dass er das traditionell westliche Argument von der Unteilbarkeit des Weltfriedens und der Menschenrechte aufgriff und die KSZE-Signatarstaaten zu einem Dialog im humanitären Bereich aufforderte. Gleichzeitig erklärte er aber auch die Achtung der „Rechte der Völker, souverän die Wege und Formen ihrer Entwicklung zu bestimmen“, sowie die Unzulässigkeit einer indirekten oder direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Staates zur Bedingung kollektiver Sicherheit.<sup>94</sup>

Dem hier skizzierten Diskurs waren ein neues Sicherheitsverständnis und bereits eine einsetzende Entideologisierung zu entnehmen. Nicht mehr der Staat und seine Ideologie, sondern immer mehr der Mensch bzw. das menschliche Leben, seine soziale und biologische Umwelt, wurden zum Sicherheitsobjekt, was die bisherigen, auf den Staat konzentrierten Vorstellungen von Sicherheit relativierte.<sup>95</sup> Der Kerngedanke des „Neuen Denkens“ war, dass die universelle Sicherheit und somit die Sicherheit der Sowjetbevölkerung mit militärischen Mitteln allein nicht zu erreichen seien und um humanitäre Aspekte ergänzt werden müssen. Ein solch erweitertes Sicherheitsverständnis lag dem KSZE-Prozess zugrunde. Die Helsinki-Schlussakte und die multilaterale Diplomatie lieferten den benötigten Rahmen für die Weiterentwicklung und für die konzeptionelle Umsetzung all dieser innovativen Ideen. Auch deswegen richtete sich Gorbačëvs Aufmerksamkeit verstärkt auf den KSZE-Prozess und ließ ihn die Ziele und Strategien der bisherigen sowjetischen KSZE-Politik überdenken.

### 2.3 Ziel- und Strategiewechsel in der sowjetischen KSZE-Politik

Das erste Jahr der Außenpolitik von Michail Gorbačëv stand noch im Schatten der Tätigkeit des langjährigen Außenministers der UdSSR (1957–1985), Andrej

<sup>94</sup> *Pravda* vom 17. 9. 1987, S. 1f.

<sup>95</sup> Klaus Gestwa spricht von den „neuen Formen des vergesellschafteten Sicherheitsdenkens“ und zeigt in einem Aufsatz, wie die „Versicherheitlichung“, d. h. die im öffentlichen Diskurs als Sicherheitsfragen bezeichneten Probleme im Zuge von Glasnost den Sturz des Sowjetsystems in die Legitimitätskrise beschleunigten. Gestwa, Sicherheit in der Sowjetunion 1988/1989.

Gromyko, und war weitgehend von den alten Stereotypen geprägt.<sup>96</sup> Die Versetzung des Außenministers und der Amtsantritt des weitgehend unbekannten Ėduard Ševardnadze kündigten allerdings bereits im Juli 1985 einen Wandel in der Außenpolitik an. Noch während des KSZE-Expertentreffens in Ottawa im Mai/Juni 1985 gab Gorbačev im Politbüro die Anweisung, sich mit dem Thema der Menschenrechte auseinanderzusetzen und ein „eigenes Banner der Menschenrechte“ hochzuhalten. Anlass dafür war die Beschwerde eines sowjetischen Diplomaten in Ottawa über seine Kollegen aus dem MID, sie würden sich allein schon vor dem Begriff „Menschenrechte“ fürchten und nur hinter verschlossenen Türen darüber diskutieren wollen.<sup>97</sup>

Einen tatsächlichen Wendepunkt der sowjetischen Außenpolitik markierte jedoch ein geheimes Zusammentreffen aller sowjetischen Diplomaten in Moskau am 23. Mai 1986, bei dem Michail Gorbačev eine Grundsatzrede zu Fragen der Außenpolitik hielt.<sup>98</sup> In dieser brisanten Ansprache kritisierte er die bisherige Außenpolitik der UdSSR, die Gewohnheit sowjetischer Diplomaten, allein bei der Erwähnung des Begriffs „Menschenrechte“ „automatisch Stacheln“ auszufahren, und kündigte eine „Wende“ in humanitären Fragen an. Die Außenvertreter und die Diplomaten wurden von ihm zu einem neuen konstruktiven Arbeitsstil ohne Klischees und Vorurteile aufgerufen:

„Wir müssen eine gewisse Ängstlichkeit ablegen und dieses ganze Problem [humanitäre Fragen] in einem größeren Zusammenhang sehen, wobei natürlich unsere staatlichen Interessen zu berücksichtigen sind. Es ist an der Zeit, daß wir von der Verteidigung wieder zum Angriff übergehen.“<sup>99</sup>

Auf diese Aufforderung folgten ein ungewöhnlicher Kaderaustausch, in dessen Ergebnis allein 60 sowjetische Botschafter versetzt bzw. ein Teil davon ausgewechselt wurden,<sup>100</sup> sowie ein neuer, dialogbereiter Verhandlungsstil der sowjetischen Delegation auf dem KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern (15.4–27.5.1986) und auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien (23.9.1986–19.1.1989). Ein Blick in die Direktiven der sowjetischen Diplomaten und in die Erinnerungen beteiligter Akteure und deren Reden zeigt, dass sich mit den korri-

<sup>96</sup> Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 59, 61, 111; von dem großen ideologischen Ballast und dem propagandistischen Charakter von Gorbačevs Außenpolitik im ersten Jahr seiner Regierung spricht der Diplomat und Leiter der sowjetischen Delegation auf der Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm, Oleg Grinevskij, mehrfach in seinen Memoiren. Vgl. Grinevskij, Oleg: *Perelom. Ot Brežneva k Gorbačevu*, Moskau 2004, S. 299f.; vgl. auch Grachev, *Gorbachev's Gamble*, S. 38, 54.

<sup>97</sup> Darüber berichtet Černjaev in seinem Tagebuch: *Sovmestnyj ischod. Dnevnik dvuch epoch 1972–1991 gody*, Moskau 2008, S. 630f.

<sup>98</sup> Die Rede wurde erst ein Jahr später zusammenfassend in dem Presseorgan des MID veröffentlicht. *Vestnik Ministerstva inostrannykh del* (künftig: *Vestnik*), Nr. 1, 1987, S. 4–6; auf Deutsch: „Am Wendepunkt. Beratung im Außenministerium der UdSSR am 28. Mai 1986“, in: Gorbatschow, *Gipfelgespräche*, S. 182–200.

<sup>99</sup> Zitat nach Gorbatschow, *Gipfelgespräche*, S. 196.

<sup>100</sup> Von insgesamt 117 Botschaftern waren schließlich Mitte 1987 68 neu. Nichol, *Perestroika*, S. 54ff.

gierten Strategien auch die Interessen bzw. die Zielsetzungen der sowjetischen KSZE-Politik veränderten.

### „Von der Verteidigung zum Angriff“: die KSZE-Expertentreffen in Ottawa (1985) und Bern (1986)

Die Expertentreffen in Ottawa (7. 5.–17. 6. 1985) und Bern (15. 4.–27. 5. 1986) waren die ersten, ausschließlich den Menschenrechten gewidmeten KSZE-Treffen. Beide verliefen in einer konfrontativen Atmosphäre und erbrachten keine Abschlussdokumente. Dennoch waren sie nicht ohne Bedeutung für den weiteren KSZE-Prozess,<sup>101</sup> nicht zuletzt deshalb, weil Moskau sich bereits während dieser Treffen in einer neuen Verhandlungsstrategie versuchte und seine Zielsetzungen umzudefinieren begann.

Während Ševardnadzes MID den sowjetischen Diplomaten in Bern bereits mehr Eigenständigkeit und Flexibilität gewährte, war die sowjetische Delegation nach Kanada noch mit den restriktiven Direktiven aus den Zeiten von Konstantin Černenko gereist.<sup>102</sup> Die Beschlussfassung des ZK der KPdSU vom März 1985 verpflichtete die sowjetische Delegation unter Leitung von Vsevolod Sofinskij auf nicht weniger als acht Seiten, die Propaganda des „sozialistischen Lebensstils“ und der sozialistischen Konzeption der Menschenrechte auf dem Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa zu betreiben. In Kontinuität zur früheren Haltung der UdSSR auf den KSZE-Folgekonferenzen wurden die sowjetischen Diplomaten angehalten, die Vorschläge des Westens zur Schaffung von „Kontrollmechanismen“ oder weiterer Treffen mit Themen zum humanitären Bereich im Rahmen der KSZE, die Kritik und die Implementierungsdebatten als einen Akt der Einmischung in die inneren Angelegenheiten sowie die Verknüpfung der Menschenrechtsfragen mit den Sicherheitsbereichen zurückzuweisen,<sup>103</sup> hingegen aber Vorschläge im Bereich der sozioökonomischen Rechte zu unterbreiten und auf dem geschlossenen Charakter der Sitzungen ohne Beteiligung der sowjetischen Exildissidenz zu bestehen.<sup>104</sup> Das Dokument betonte zugleich die Notwendigkeit einer insgesamt „offensiven“ Politik, was nicht ohne Widersprüche war. Zwar benutzte die sowjetische Delegation schon auf den früheren KSZE-Treffen die Taktik der Gegenvorwürfe, allerdings trugen sie damals einen eher defensiven

<sup>101</sup> Snyder, Sarah: The Foundation for Vienna: A Reassessment of the CSCE in the mid-1980s, in: CWH, Vol. 10, Nr. 4, 2010, S. 493–512.

<sup>102</sup> Nach dem Machtantritt von Gorbačev wurden jedoch die „alten“ Direktiven zur Änderung an das MID zurückgeschickt, was an sich schon ungewöhnlich war. Nach Darstellung von Andrej Zagorskij handelte es sich jedoch um Änderungen „kosmetischen Charakters“. Zagorskij, Čel'sinskij process, S. 190.

<sup>103</sup> Unter „Implementierungsdebatten“ wollte man in dem Papier lediglich den Bericht eines jeden Staatsvertreters über die Umsetzung der Schlussakte in dem eigenen Land verstehen. Vgl. Postanovlenie ZK KPSS. O direktivach delegacii SSSR na soveščanii ekspertov gosudarstv-učastnikov SBSE po pravam čeloveka i drugih voprosach, svjazannyh s ego provedeniem (Ottava, 23. aprilja – 18. ijunja 1985g.), in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 27, l. 3.

<sup>104</sup> Ebd.; vgl. ebd. auch d. 28; Zagorskij, Čel'sinskij process, S. 190.

und sporadischen Charakter. In Ottawa dementierte indes die Sowjetunion zum ersten Mal das Prinzip der „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“, indem sie gezielt den Westen anklagte, sozioökonomische Rechte verletzt zu haben. Dadurch machte sie aber ihre eigene argumentative Position unglaublich. Durch den Versuch, den Spieß umzudrehen und von der Rolle des Angeklagten zum Ankläger zu wechseln, verwickelte sich die sowjetische Delegation in die zuvor so unerwünschten Implementierungsdebatten über die Erfüllung von Bestimmungen der Helsinki-Akte. In Kanada kam so zum ersten Mal ein Dialog zwischen den Delegationen mit grundsätzlich sehr unterschiedlichen Auffassungen zustande, in dem der Behandlung von Menschenrechten eine neue Qualität beigemessen wurde. Inhaltlich nahm in den Diskussionen die Religions- und Gewissensfreiheit sowie die Freizügigkeit einen sehr großen Raum ein, deren Verletzung in den Ländern Osteuropas die westlichen Staaten zur Sprache bringen und mit faktischem Material belegen konnten. Zum ersten Mal ließ sich die Sowjetunion auf die Implementierungsdebatte ein, wobei sie damit ihren ursprünglichen Zielsetzungen widersprach und zugestand, dass menschenrechtliche Bestimmungen der Schlussakte eine legitime Berufungsgrundlage in den internationalen Verhandlungen seien.<sup>105</sup> Der UdSSR gelang somit im Endeffekt weder, die Weltöffentlichkeit von der menschenrechtsverletzenden Praxis des Ostblocks abzu lenken, noch die sozioökonomischen Rechte, das von ihr postulierte „Recht auf Leben in Frieden“, in den Mittelpunkt des Treffens in Ottawa zu rücken oder die Ausarbeitung eines ihren Vorstellungen entsprechenden Schlussdokuments zu erreichen und sich damit in eine offensiv-aktive Stellung zu bringen.

Von einer Ambivalenz – in einer in Kontinuität zu Ottawa geführten Offensive im „zugeknöpften Gromyko-Stil“<sup>106</sup> bei gleichzeitigen und beinahe rätselhaften Versuchen, am Ende die Verabschiedung des Schlussdokuments mit Inkaufnahme weitgehender Konzessionen doch noch zu retten – geprägt, verliefen die Verhandlungen über den für die Sowjetunion wohl kontroversesten Bereich des Korbes III der KSZE-Schlussakte in Bern, die „menschlichen Kontakte“.<sup>107</sup> Zwar dürften sich die Zielvorgaben für die sowjetische Delegation im Kern kaum geändert haben,<sup>108</sup>

<sup>105</sup> Zum Verlauf und zur Bewertung des Treffens siehe: AdG 1985: 28741f., 28863f.; Eickhoff, Ekkehard: Das KSZE-Expertentreffen über Menschenrechte in Ottawa – eine Bewertung, in: Europa-Archiv, Folge 19, 1985, S. 573–580; Snyder, The Foundation, S. 497–499; RM vom 23. 5. 1985, S. 3; vom 14. 6. 1985, S. 4.

<sup>106</sup> So der Auslandsredakteur der *Neuen Züricher Zeitung*, Doepfner, Andreas: Das KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern. Einordnung, Beschreibung, Bewertung, in: Europa-Archiv, Folge 17, 1986, S. 513–522, hier S. 515.

<sup>107</sup> AdG 1986: 29796f., 29918; zum Verlauf des Treffens und seiner Bewertung aus europäischer bzw. amerikanischer und sowjetischer Perspektive siehe: Doepfner, Das KSZE-Expertentreffen; Novak, Michael: Taking Glasnost Seriously. Toward an Open Soviet Union, Washington 1988; RM vom 11. 4. 1986; Korey, The Promises, S. 195–212; Snyder, The Foundation, S. 500f.; Kashlev, Yuri: The Lessons of Bern – Who Is against Contacts, in: International Affairs, Nr. 10, 1986, S. 39–45.

<sup>108</sup> Unter den heute offen zugänglichen Dokumenten waren die Direktiven für das Treffen in Bern nicht auffindbar. Die obige Schlussfolgerung stützt sich deshalb auf die oben zitierten Darstellungen des Treffens, auf die Reden bzw. die nachträglichen Aussagen der sowjetischen

die Strahlkraft des Gorbačëv-Faktors für den Verlauf dieses Treffens ließ sich jedoch kaum noch übersehen und macht Moskaus plötzliches Einlenken am Ende des Treffens nachvollziehbar. Am letzten Tag der Verhandlungen, am 26. Mai, nur drei Tage nach der besagten Rede von Michail Gorbačëv im MID, in der er auch von den Erfordernissen „konkreter Schritte“ in Fragen der „Familienzusammenführung, der Ein- und Ausreise“<sup>109</sup> sprach, händigte das MID seinen amerikanischen Kollegen völlig unerwartet eine Liste mit den in 36 Fällen genehmigten Ausreiseanträgen aus und stellte die Lösung der Familienzusammenführung einer gleichen Zahl von Fällen in Aussicht.<sup>110</sup> Die Verabschiedung des Schlussdokuments konnte sie damit jedoch nicht herbeiführen. Zum ersten Mal in der KSZE-Geschichte votierten die USA in einem Dissens mit allen anderen NATO-Mitgliedstaaten gegen das Dokument mit der Begründung, es enthalte zu viele „Schlupflöcher“ und falle in seiner Gewichtung hinter die Vereinbarungen von Helsinki und Madrid zurück.<sup>111</sup> Doch der „Geist“ der Perestroika erschien nicht erst am letzten Tag des Treffens notgedrungen in Bern. Zum ersten Mal vertrat der Botschafter Jurij Kašlev, der mit seiner Umgänglichkeit und Intelligenz ein „gutes Beispiel für die neue Diplomaten generation“<sup>112</sup> abgab, die Sowjetunion bei der Konferenz. Er selbst berichtet in seinen Erinnerungen über unerwartet weite Spielräume seiner Delegation bei den Verhandlungen, welche auf die flexiblen Direktiven aus dem Politbüro zurückzuführen waren und es erlaubten, die Verhandlungen in einem gemäßigten, kooperativeren Stil zu führen.<sup>113</sup> Dies beinhaltete eine grundsätzlich neue Offenheit gegenüber den einzelnen westlichen Vorschlägen und die Bereitschaft zur Erörterung der humanitären Probleme, welche mit diesem Treffen endgültig zu einem *acquis commun* geworden ist. Obwohl das Treffen formal ohne ein Abschlussdokument endete, machte Moskau den Text des Berner Projekts zum Missfallen der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten öffentlich und erklärte, seine Bestimmungen einseitig realisieren zu wollen.<sup>114</sup>

Spätestens nach dem Expertentreffen in Bern war das Interesse der neuen Kreml-Führung an der Aufrechterhaltung des KSZE-Prozesses nicht mehr zu übersehen. Ein Zeichen hierfür war auch der erfolgreiche Abschluss der seit Januar 1984 tagenden Konferenz über Vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) am 23. September 1986 in Stockholm, welche noch ein Jahr zuvor knapp vor dem Scheitern stand. Erst nach einer Erklärung zu Abrüstungsfragen von Gorbačëv vom 15. Januar 1986, mit welcher sich der Kreml den

Vertreter in Bern. Vgl. SSSR v bor'be za bezopasnost' i sotrudničestvo v Evrope 1964–1987. Sbornik Dokumentov, Moskau 1988, S. 369–385; Kašlev, Mnogolikaja, S. 193f.

<sup>109</sup> Gorbatschow, Gipfelgespräche, S. 196.

<sup>110</sup> Novak, Taking Glasnost, S. 154.

<sup>111</sup> Zu weiterführenden Begründungen siehe Novak, Taking Glasnost.

<sup>112</sup> So auch die Bewertung durch den deutschen Diplomaten, Hans-Heinrich Wrede. Vgl. Wrede, KSZE in Wien, S. 55.

<sup>113</sup> Kašlev, Mnogolikaja, S. 193f. So wies die Delegation aus Moskau nicht mehr alle (insgesamt 23) westlichen Vorschläge pauschal ab, obgleich der Inhalt der östlichen Initiativen unverändert „sozialistisch“ blieb. Doepfner, Das KSZE-Expertentreffen.

<sup>114</sup> Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 212f.

Positionen des Westens angenähert hatte,<sup>115</sup> wurde eine Einigung möglich. Moskau setzte nun die Menschenrechte auf die gleiche Stufe wie die Sicherheits- und Abrüstungspolitik, indem es sich im Schlussdokument zum Gewaltverzicht mit einer Fülle von „Vertrauensbildenden Maßnahmen“ verpflichtete, den Inspektionen vor Ort zustimmte und bekräftigte, die Menschenrechte und Grundfreiheiten als Voraussetzung für den Weltfrieden und die Sicherheit zu achten.<sup>116</sup>

In dieser günstigen politischen Ausgangslage begann im Herbst 1986 das KSZE-Treffen in Wien, das aber erst im Januar 1989 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Das Vorgehen der sowjetischen Delegation und das Treffen selbst wurden zum Spiegelbild der Perestroika, wirkten aber zugleich in einer komplexen Weise auf den Demokratisierungsprozess in der UdSSR ein. War das Handeln der Sowjetdiplomaten zu Beginn der Konferenz noch von den traditionellen Interessen bestimmt – die „Attraktivität der sozialistischen Werte“ zu demonstrieren, die Abrüstungsgespräche und Entspannung der Ost-West-Beziehungen zu forcieren sowie den zweiten Korb der Schlussakte zu „füllen“<sup>117</sup> –, so wurden sie unter Einfluss der innersowjetischen Entwicklungen 1988/1989 durch die Hauptzielsetzung relativiert, die Perestroika mittels der KSZE unumkehrbar zu machen. Von Anfang der Verhandlungen an nahm aber Moskau von seiner früheren defensiven Haltung weiterhin Abstand und beanspruchte mit einer neuen Rhetorik die Rolle des aktiven Mitgestaltenden eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ auf dem Fundament der Schlussakte.

### Die „rhetorische Wende“ auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien

Bereits das Vorbereitungstreffen in Wien (23.9.–6.10.1986), das die Tagesordnung und die Fristen des eigentlichen Treffens festlegte, fand in einer neuen, viel-

<sup>115</sup> In dieser Erklärung stellte er das Programm zur weltweiten und vollständigen Liquidierung der Kernwaffen und der Beendigung aller Nuklear-Waffen-Tests dar, schlug die Beseitigung von Mittelstreckenwaffen (INF) in der „europäischen Zone“ und die konventionelle Abrüstung vor und deutete die grundsätzliche Akzeptanz zu den zuvor abgelehnten Kontrollen und Inspektionen vor Ort an. AdG 1986: 29512A.

<sup>116</sup> AdG 1986: 30278–30281; Dokument der Stockholmer Konferenz über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa, einberufen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abschließenden Dokuments des Madrider Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, [http://www.osce.org/documents/fsc/1986/09/4261\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/fsc/1986/09/4261_de.pdf). Einen interessanten Einblick in die KVAE-Verhandlungen und Gorbachevs Rolle aus sowjetischer Sicht bieten die Memoiren des sowjetischen Delegationsleiters auf der KVAE, Oleg Grinevskij. Vgl. Grinevskij, Perelom.

<sup>117</sup> Bedauerlicherweise sind auch die Direktiven zu dem KSZE-Treffen in Wien nicht zugänglich. Dass die oben genannten Interessen Moskaus KSZE-Politik in der ersten Phase des Treffens in Wien bedingten, bestätigen jedoch Zeitzeugen, der Verlauf des Treffens bzw. das Verhalten der sowjetischen Delegation sowie andere Quellen, wie z. B. die Vorgaben für die sowjetischen Diplomaten (hier zum ersten Ziel) zur 43. Session der UN-Menschenrechtskommission in Genf im Februar-März 1987. Vgl. Kašlev, Jurij: Obščeevropeskij process: včera, segodnja, zavtra, Moskau 1990; Zagorsky, Andrei/Kashlev, Yuri: The Human Dimension of Politics, in: International Affairs, Nr. 3, 1990, S. 62–73, hier S. 64; vgl. auch Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 238; Direktivy delegacii SSSR na 43-j sessii komissii OON po pravam čeloveka, in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 35.



versprechenden Atmosphäre statt. Der erfolgreiche Abschluss der KVAE in Stockholm stimmte die KSZE-Teilnehmer optimistisch – als Termin für den Abschluss der Konferenz in Wien wurde der 31. Juli 1987 festgelegt. Trotz der Tatsache, dass etliche westliche Außenminister weiterhin die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in den Ostblockstaaten anklagten, prägte eine Atmosphäre der Entspannung die Eröffnung des Treffens durch die Außenminister der 35 Teilnehmerstaaten.<sup>118</sup>

Obwohl die Eröffnungsrede des sowjetischen Außenministers Édouard Ševardnadze am 5. November 1986 die Priorität der Sicherheitsfragen bzw. weiterer Vereinbarungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (vor allem die Reduzierung der Streitkräfte und konventionellen Rüstungen in Europa) für die UdSSR erahnen ließ und die übliche Kritik an den USA nicht ausgespart blieb, handelte es sich dabei um eine durchaus vom „Neuen Denken“ durchdrungene Ansprache. Sie nahm Moskaus neue Konferenztaktik – die Offensive und die Diskussionsbereitschaft – vorweg, ließ jedoch ein Abrücken von sowjetischen traditionellen Interessen und Zielsetzungen der KSZE-Politik noch nicht erkennen. Ševardnadze erläuterte die Notwendigkeit der „Schaffung von politischen, materiellen, organisatorischen und sonstigen Strukturen für die Sicherung des Friedens“,<sup>119</sup> welche selbst die Möglichkeit der Entstehung eines Krieges ausschließen würden. Er präsentierte Moskaus erweitertes Sicherheitsverständnis, indem er erklärte, dass die drei Körbe der KSZE-Schlussakte die Bestandteile einer umfassenden Sicherheit darstellten, dass sie mit weiteren Inhalten „gefüllt“ werden müssten, und dass auf deren Grundlage das „gemeinsame europäische Haus“ aufzubauen sei. Ševardnadze betonte zugleich, dass die Sowjetunion dem in der Schlussakte fixierten Prinzip VII, der „Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, einschließlich der Gedanken-, Gewissens-, Religions- und Überzeugungsarbeit, höchste Bedeutung“ beimesse. Als dessen Beweis gab er die Einladung einer „repräsentative[n] Konferenz der KSZE-Staaten [auf dem Gebiet der humanitären Zusammenarbeit], einschließlich der Fragen der menschlichen Kontakte, der Information, der Kultur und der Bildung“ nach Moskau bekannt.<sup>120</sup>

<sup>118</sup> Die folgende Schilderung des Wiener Treffens basiert vor allem auf folgenden Darstellungen: Lehne, Stefan: *The Vienna Meeting of the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1986–1989. A Turning Point in East-West Relations*, Boulder/San Francisco/Oxford 1991; Mastny, *The Helsinki Process*; Esterik, Chris van/Minnema, Hester: *The Conference that Came in from the Cold*, in: Bloed, Arie/Dijk van, P. (Hrsg.): *The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up Meeting and Its Aftermath* (International Studies in Human Rights, 20), Dordrecht 1991, S. 1–29; Korey, *The Promises*, S. 213–275; Zagorskij, *Chel'sinskij process*; Wrede, Hans-Heinrich: *KSZE in Wien. Kursbestimmung für Europas Zukunft*, Köln 1990; *The Vienna CSCE Follow-up Meeting. Report Prepared by the Staff of the U.S. Commission on Security and Cooperation in Europe*. January, Washington 1990; von Bredow, *Der KSZE-Prozeß*, S. 111–132.

<sup>119</sup> Vollständige Rede von Ševardnadze: *Vstupitel'noe zjavlenie člena polibjuro ZK KPSS, Ministra inostrannyh del SSSR È.A. Ševardnadze na Venskoj vstreče predstavitelej gosudarstv – učastnikov Soveščanija po Bezopasnosti i Sotrudničestvu v Evrope*, in: *SSSR v bo'be za bezopasnost'*, S. 441–448. Zitat: AdG 1986: 30443.

<sup>120</sup> AdG 1986: 30444.



Diesen Schritt ergänzte die Sowjetunion mit einem lockeren, auffallend höflichen Stil ihrer Delegation im Umgang mit Kritik während des Vorbereitungstreffens (23.9.–6.10.1986) und bei den zahlreichen Pressekonferenzen, mit denen die Diplomaten aus Moskau ihren amerikanischen Kollegen regelrecht die Show stahlen. In den ersten Tagen des Treffens arrangierte der sowjetische Botschafter Vladimir Lomejko täglich mehrere Pressekonferenzen mit sowjetischen Diplomaten direkt am Arbeitsplatz der internationalen Presse in der Wiener Hofburg, während die Amerikaner sich in ihre Botschaft zurückzogen und nur wenig mediale Aufmerksamkeit bekamen. Anstatt wie früher Diskussionen und Kontakte mit den Helsinki-Netzwerken oder sowjetischen Exilanten zu verweigern, übten sich die sowjetischen Diplomaten in „diplomatic glasnost“.<sup>121</sup>

Am 10. Dezember 1986, dem Tag der Menschenrechte, brachte der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Anatolij Kovalev, offiziell den Vorschlag ein, ein KSZE-Treffen nach Moskau einzuberufen:

„Die Sowjetunion schlägt vor, in Moskau alle humanitären Fragen der Schlußakte von Helsinki zu erörtern, damit eine effektive Realisierung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und anderen Rechte und Freiheiten des Menschen ermutigt und gewährleistet wird. Wir haben nicht die Absicht, Unterschiede zwischen sozialen Rechten einerseits und politischen und bürgerlichen andererseits zu unterstreichen. Alle Rechte müssen auf wirksamste Weise eine würdige Existenz der Völker sichern.“<sup>122</sup>

Er versprach, die „bestmögliche[n] Arbeitsbedingungen“<sup>123</sup> dafür zu schaffen. Die „tiefe Symbolik“<sup>124</sup> des Vorschlags wurde jedoch vom Tod des bekannten Bürgerrechtsaktivisten Anatolij Marčenko im Arbeitslager Čistopol' überschattet, der jede sowjetische Initiative auf dem Feld der Menschenrechte unglaublich machte.<sup>125</sup> Vor dem Hintergrund seines Todes und angesichts des Boykotts der Schweigeminute durch die sowjetische Delegation am 12. Dezember in Wien wirkte die geschilderte Demonstration des „Neuen Denkens“ als eine propagandistische Volte. Die Tatsache, dass sich ausgerechnet das Land mit den zahllosen Menschenrechtsverletzungen um eine Menschenrechtskonferenz bewarb und sich damit auf eine moralische Stufe mit den westlichen Demokratien stellen wollte, hatte unter den westlichen Delegierten den Effekt einer „einschlagenden Bombe“.<sup>126</sup> Diese sensationelle Initiative wurde vom gesamten westlichen Block als Propa-

<sup>121</sup> Zitat: Korey, *The Promises*, S. 227; vgl. auch RM vom 7. 11. 1986, S. 1; RM vom 14. 11. 1986, S. 3.

<sup>122</sup> Zitiert nach AdG 1986: 30555; vollständiger Text: Vystuplenie Pervogo Zamestitelja Ministra inostrannyh del SSSR A.G. Kovaleva na plenarnom zasedanii Venskoj vstreči predstavitelej gosudarst-uchastnikov Soveščanija po Bezopasnosti i Sotrudničestvu v Evrope, in: SSSR v bor'be za bezopasnost', S. 451–455.

<sup>123</sup> Ebd.

<sup>124</sup> Der stellvertretende Außenminister Michail Kapiza über den Vorschlag auf der Pressekonferenz. Vgl. AdG 1986: 30555.

<sup>125</sup> 1981 wegen „antisowjetischer Propaganda und Agitation“ zu zehn Jahren Lager und fünf Jahren Verbannung verurteilt, erlag der ehemalige Aktivist der MHG den Folgen eines langen Hungerstreiks; in einem Brief hatte er an die Teilnehmerstaaten der Wiener Konferenz appelliert. Vgl. RM vom 10. 10. 1986, S. 7.

<sup>126</sup> Vgl. Kašlev, *Mnogolikaja*, S. 198.

ganda, als ein „Gipfelpunkt des Zynismus“ bewertet und vorerst abgelehnt. In den Augen des Westens demonstrierte sie, mit dem bildhaften Vergleich des US-Außenministers George Shultz gesprochen, den Versuch, den Tiger (Menschenrechte), den Moskau zu töten nicht vermochte, nun selbst zu besteigen.<sup>127</sup> Lediglich der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Hans-Dietrich Genscher, begrüßte den Vorschlag als eine Möglichkeit, „unsere Forderungen nach Verwirklichung der Grundfreiheiten und Menschenrechte in der sowjetischen Hauptstadt selbst zu erheben.“<sup>128</sup>

Diese Initiative blieb bis zum Ende der Konferenz höchst umstritten und sorgte sogar unter den NATO-Staaten für Unstimmigkeiten.<sup>129</sup> Umso schwerer fiel sie später bei der Ausarbeitung des Schlussdokuments des Wiener Treffens ins Gewicht. Von Anfang an hatten aber dieser Vorstoß der UdSSR und die damit erfolgte Aufwertung der menschenrechtlichen Bestimmungen der Schlussakte zu einem Gegenstand der internationalen Verhandlungen durch Moskau tiefgehende Folgen sowohl für den KSZE-Prozess als auch für die Sowjetunion. Die humanitäre Dimension entwickelte sich zu einem Kernstück des weiteren KSZE-Prozesses, das zumindest der Kreml im Laufe der Verhandlungen in Wien kaum noch hinterfragte.<sup>130</sup> Ein solches offensives verbales Eingehen von Menschenrechtsverpflichtungen setzte noch engere Grenzen als die bisherigen Vereinbarungen auf dem Papier. Wollte Moskau seine Glaubwürdigkeit beweisen und die mittelfristigen Zielsetzungen seiner KSZE-Politik erreichen – und dies hieß vor allem, Vertrauen im Westen zu schaffen –, so musste es seinem eigenen Anspruch gerecht werden und der neuen Rhetorik Taten folgen lassen. Somit steuerte Moskau von Beginn der Wiener Verhandlungen an auf eine selbstverschuldete „rhetorische Falle“ zu, die ihre Handlungsoptionen sowohl innen- als auch außenpolitisch zunehmend verringerte und die Partei-Führung zur Lösung konkreter Fälle von Menschenrechtsverletzungen und zu Reformen subsidiär verpflichtete.<sup>131</sup>

Die Entwicklung der sowjetischen Haltung hin zu den traditionell westlichen Positionen auf der KSZE und die Erfüllung der KSZE-Verpflichtungen im Inneren vollzogen sich allerdings schrittweise. So kam die sowjetische Delegation bis zum Ende der dritten Session des KSZE-Treffens in Wien (31. Juli 1987) auf ihren Vorschlag, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten, gar nicht zurück.<sup>132</sup>

<sup>127</sup> Die Welt vom 7. 11. 1986, S. 6; vgl. auch die damalige Einschätzung von Schifter, in: Adamshin/Schifter, Human Rights, S. 135f.

<sup>128</sup> Zitiert nach AdG 1986: 30446; vgl. auch Genscher, Erinnerungen, S. 320.

<sup>129</sup> Während die Bundesrepublik diese unterstützte, lehnten die englischsprachigen KSZE-Unterzeichnerstaaten sie fast bis zum Ende des Treffens ab. Dazu siehe weiter im Text.

<sup>130</sup> Damit bröckelte aber auch die Einheit des Ostblocks, denn nicht alle, Rumänien etwa, teilten die Sicht des Kreml. Auf die Konsequenzen dieser Disparitäten wird noch an einer anderen Stelle im Text kurz einzugehen sein. Zu den Differenzen im Ostblock siehe: Zagorskij, Chel'sinkskij process, S. 237–295.

<sup>131</sup> Im Einzelnen siehe dazu Teil III und IV vorliegender Studie.

<sup>132</sup> Eggleston, Roland: Soviets Saying Little about Moscow Conference, in: Radio Free Europe/Radio Liberty, Radio Liberty Research Bulletin (künftig: RFE/RL Research), Nr. 23, 1987, RL 214; Ders.: USSR to give Details of Proposed Moscow Conference, in: RFE/RL, Nr. 26, 1987, RL 241; Zagorskij, Chel'sinkskij process, S. 267–277.

Das Schweigen des Kremls, die Halbherzigkeit der ersten Liberalisierungsmaßnahmen in der UdSSR sowie das immer wieder konfrontative Auftreten der sowjetischen Delegation während der Implementierungsdebatten (4. 11.–19. 12. 1986) und in der Vorschlagsphase (27. 1.–10. 4. 1987) des Treffens sprechen dafür, dass es sich bei dieser Initiative um einen wenig durchdachten Akt der Propaganda handelte, dessen Reichweite im Kreml noch definiert werden musste.<sup>133</sup> Vordergründig bediente sie das Ziel, die im inneren angestoßenen Veränderungsprozesse nach außen zu propagieren und damit die „Attraktivität“ des sozialistischen Lebensmodells bzw. dessen Werte.<sup>134</sup> Erst im Verlauf der nächsten Jahre, im Prozess der Sozialisation der westlich-liberalen Werte und Normen in der UdSSR, mit dem Hinzukommen neuer politischer Ziele und Akteure sowie mit dem Widerstand konservativer Kräfte innerhalb der KPdSU entwickelte sich diese Konferenzinitiative von einer ursprünglich propagandistischen Volte zu einem politischen Argument der reformatorischen Regierung. Damit einhergehend änderten sich auch Interessen und Ziele der sowjetischen KSZE-Politik. Zunächst aber wurde Moskaus neue Konferenzinitiative vor allem von den unabhängigen sowjetischen und von den transnationalen Bürgerrechtsbewegungen instrumentalisiert, die an die westlichen Regierungschefs appellierten, auf die neue Rhetorik des Kremls nicht einzugehen, solange er seine früheren Verpflichtungen aus der KSZE-Schlussakte nicht erfüllt und den Menschenrechtsverletzungen nicht ein Ende gesetzt habe. Je länger die Sowjetunion an ihrer neuen Konferenztaktik und an dieser Initiative jedoch festhielt, umso mehr wurde sie angehalten, Zugeständnisse an den Westen zu machen und ihre Menschenrechtspolitik von Grund auf zu ändern.

### Der Forderungskatalog der westlichen Staaten an Moskau

Die Verflechtung verschiedener Politikbereiche in den drei Körben der KSZE bot seit dem Beginn der multilateralen Verhandlungen Voraussetzungen für eine zwischenstaatliche Konsensfindung trotz unterschiedlicher Interessen. Während

<sup>133</sup> Inwiefern Gorbachev bereits im Jahr 1986 mit diesem Vorschlag eine bewusste rhetorische Selbstverpflichtung einging, um seinen Reformen eine zusätzliche Legitimationskraft zu verleihen, wie es in Édouard Ševardnadzes Memoiren nachzulesen ist (vgl. Ševardnadse, *Die Zukunft*, S. 162), ist ohne entsprechendes Quellenmaterial schwer zu bewerten. Da Gorbachev zu diesem Zeitpunkt noch über kein klar formuliertes Reformkonzept für die Sowjetunion verfügte und die Reformgegner entsprechend wenig Grund zum Widerstand hatten, ist die Annahme am plausibelsten, dass es sich bei dieser Menschenrechtsoffensive ursprünglich in erster Linie um Propaganda handelte.

<sup>134</sup> Dass der Propaganda der Attraktivität des sozialistischen Modells immer noch die höchste Priorität im KSZE-Prozess beigemessen wurde, belegen auch die bereits oben erwähnten Direktiven des MID an die sowjetische Delegation zur 43. Session der UN-Menschenrechtskommission in Genf im Februar-März 1987. Diese nennen als Hauptziel der sowjetischen Delegation die „breite Aufklärung“ über die „positiven“ Veränderungsprozesse in der Sowjetunion, gefolgt von der Aufgabe, die Kommission als Forum zur Aufklärung der sozialistischen Menschenrechtskonzeption zu nutzen und eine „aktive Arbeit“ zur Unterstützung des in Wien unterbreiteten Vorschlags zu führen, die Menschenrechtskonferenz nach Moskau zu holen. Vgl.: *Direktivy delegacii SSSR na 43-j sessii komissii OON po pravam človeka*, in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 35, Zitate auf S. 4 und 5.

der Westen an der Verbesserung der Menschenrechtssituation in den östlichen Staaten bei dem Treffen in Wien interessiert war, lag dem Kreml zunächst an der Fortsetzung der Thematik der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen („Stockholm II“) auf der Grundlage des Madrider Mandats sowie an den Verhandlungen über Abrüstung im konventionellen Bereich im Rahmen des KSZE-Prozesses. Zusammen mit einer potenziellen Menschenrechtskonferenz in Moskau waren sie für die sowjetische Delegation von größter Priorität. Diese Interessenlage wussten die westlichen KSZE-Signatarstaaten zu nutzen. Die von den Amerikanern initiierte Linkage-Politik bestand in dem Tauschgeschäft, den Wünschen der Sowjetunion entgegenzukommen, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau sowie weitere Abrüstungsverhandlungen im Rahmen der KSZE zu akzeptieren, verbunden mit dem Ziel, die Sowjetunion zur Erfüllung konkreter Bedingungen und später zur Annahme einer Reihe anspruchsvoller neuer Verpflichtungen im Bereich der Menschenrechte mit dem abschließenden Dokument des Wiener Folgetreffens zu bewegen.<sup>135</sup> Die Verhandlungen erwiesen sich jedoch als kompliziert und nahmen wesentlich mehr Zeit in Anspruch als zunächst gedacht.

Nachdem Anatolij Kovalev im Dezember 1986 den offiziellen Vorschlag einer Menschenrechtskonferenz in Moskau eingebracht hatte und dieser erwartungsgemäß auf wenig Begeisterung im Westen stieß, wurde die Initiative auf den offiziellen Sitzungen vorerst nicht erörtert. Als informeller Gesprächsgegenstand kursierte Kovalevs' Vorschlag aber zwischen den Delegationen und in den Kreisen der Bürgerrechtsgruppen. Während für die Mehrheit der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten eine Konferenz in Moskau absolut inakzeptabel war, erkannten viele Bürgerrechtsaktivisten den Wert dieses Vorschlags für ihre Verhandlungsziele. Nach Darstellung der Bürgerrechtsaktivistin Ljudmila Alekseeva hatte sie und der im Oktober 1986 in die USA emigrierte Begründer der MHG, Jurij Orlov, die amerikanische KSZE-Delegation dezidiert auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht, diesen als Hebel für die Verbesserung der Menschenrechtssituation in der UdSSR zu nutzen und die Zusage zur Konferenz an die Erfüllung einer Liste konkreter Forderungen zu knüpfen.<sup>136</sup> Hinsichtlich der Demokratisierungschancen in der UdSSR zeigten sich Alekseeva und Orlov optimistisch.<sup>137</sup> Auch Anatolij Ščaranskij versuchte zusammen mit Alekseeva in einem Appell an die Konferenzteilnehmer am 27. Januar 1987, die westliche Öffentlichkeit für die Instrumentalisierung der sowjetischen Initiative zu sensibilisieren.<sup>138</sup> Die IHF wandte sich ihrerseits mit einem detaillierten Memorandum an die westlichen Delegationen, die sowjetische Initiative zu unterstützen, vorausgesetzt, Moskau komme allen bis-

<sup>135</sup> Zur Linkage-Politik der westlichen KSZE-Signatarstaaten siehe: Mastny, *The Helsinki*, S. 13–17; Korey, William: *The Helsinki Accord: A Growth Industry*, in: *Ethics and International Affairs* 4, 1990, S. 63–67, abgedruckt in: Mastny, *The Helsinki*, Dok. 22, S. 108–112; Korey, *The Promises*, Kapitel 12.

<sup>136</sup> Interview mit Ljudmila Alekseeva.

<sup>137</sup> Chancen für Demokratisierung der UdSSR, in: SZ vom 26. 1. 1987.

<sup>138</sup> Interview mit Alekseeva; Lehne, *The Conference*, S. 11.

herigen Menschenrechtsverpflichtungen nach und garantiere die gleichen Konferenzbedingungen wie im Westen.<sup>139</sup> Die vom exilierten Bürgerrechtsaktivisten Vladimir Bukovskij<sup>140</sup> gegründete „Bukovsky Foundation“ argumentierte indes gegen eine Einlassung des Westens auf den sowjetischen Vorschlag. Selbst wenn die Sowjetunion die strengsten und detailliertesten Bedingungen erfülle, was sehr unwahrscheinlich sei, würde sie damit die Demontage des eigenen politischen Systems herbeiführen, hieß es in einer Erklärung.<sup>141</sup> Genau dieses unvorstellbare Szenario trat innerhalb der nächsten Jahre ein.

Die „rhetorische Wende“ der UdSSR, die Bemühungen der transnationalen Helsinki-Netzwerke und die Appelle der sowjetischen Bürgerrechtsaktivisten, auf die später noch einzugehen sein wird, trugen wesentlich dazu bei, dass der Westen seine bisherige diplomatische Zurückhaltung aufgab und die UdSSR in „inquisitorischer Manier“<sup>142</sup> mit viel Kritik und einer Vielzahl von ehrgeizigen Vorschlägen zur menschlichen Dimension konfrontierte. Anders als früher begann die Sowjetunion die Diskussionen über Menschenrechte nicht mehr als einen Verstoß gegen das Gebot der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten zu betrachten, sondern die vorgetragene Kritik anzunehmen. Ausreisefreiheit und die Behandlung von Andersdenkenden bzw. von Bürgerrechtsaktivisten in der Sowjetunion waren dabei die zentralen Themen.<sup>143</sup> Besonders die USA legten der UdSSR Listen mit Hunderten von Fällen konkreter Menschenrechtsverletzungen vor, von deren Lösung sie nun ihre Gesprächsbereitschaft über die vorgeschlagene Konferenz sowie das Vorankommen in den Abrüstungsfragen abhängig machten.<sup>144</sup> Menschenrechte und Moskaus Anspruch auf eine Menschenrechtskonferenz standen ebenfalls auf der Agenda zahlreicher bilateraler Treffen und Verhandlungen. Der sowjetische Außenminister Eduard Ševardnadze und sein Stellvertreter Anatolij Adamišin wurden angehalten, sich um die Lösung jener Härtefälle zu bemühen, die ihnen von den westlichen Gesprächspartnern (vor allem von USA,

<sup>139</sup> Response to the Soviet Proposal to hold a CSCE Meeting on Humanitarian Cooperation in Moscow, in: OSA, F. 318, S. 5, B. 11, Proposal for Human Rights Conference Moscow, 1986–1987.

<sup>140</sup> Bukovskij stand am Beginn der sowjetischen Bürgerrechtsbewegung. Er organisierte die informellen poetischen Lesungen auf dem Majakovskij-Platz, „Meeting der Glasnost“ und andere Demonstrationen auf dem Puškin-Platz. Anfang der 1970er Jahre gab er Dokumente über den Missbrauch der Psychiatrie in der UdSSR in den Westen weiter und wurde einige Jahre selbst der Zwangsbehandlung unterzogen. Am 18. 12. 1976 wurde er gegen den in Chile gefangen gehaltenen chilenischen Kommunisten Luis Corvalán ausgetauscht und lebt bis heute in Großbritannien. Seine ablehnende Einstellung gegenüber Gorbachev und seiner Perestroika legte er nie ab. Er kritisierte aufs schärfste die Konzessionen des Westens in der Abrüstungsfrage und dessen Politik der Unterstützung der Reformen von Gorbachev als einen „Verrat“. Vgl. z. B.: Bukowski, Wladimir: UdSSR: Von der Utopie zum Desaster. Mit einem Vorwort von Cornelia Gerstenmaier, Herford/Hamburg/Stuttgart 1991, S. 232–287.

<sup>141</sup> Is a Human Rights conference in Moscow acceptable?, in: OSA, F. 318, S. 5, B. 11.

<sup>142</sup> Wrede, KSZE in Wien, S. 63.

<sup>143</sup> von Bredow, Der KSZE-Prozess, S. 119.

<sup>144</sup> Zur KSZE-Strategie der USA vgl. Korey, The Promises, Kapitel 12; Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 161–181; Snyder, Human Rights, S. 179ff.

GB und Westdeutschland) überbracht wurden.<sup>145</sup> Die sowjetischen Delegierten empfangen viele Menschenrechtsgruppen und übermittelten die vorgetragenen Fälle zu deren Lösung an die eigene Regierung.<sup>146</sup> Eine solche kooperative Haltung der Sowjetunion deutete bereits eine Kehrtwende an. Sie zeigte die Bereitschaft, die Achtung der Menschenrechte als einen Pfeiler des internationalen Sicherheitssystems anzuerkennen.

Trotz der neuen Rhetorik der sowjetischen Delegation in Wien und der ersten Anzeichen von Liberalisierung im Jahr 1987, von denen später noch berichtet wird, verlief jedoch die Vorschlagsphase<sup>147</sup> des KSZE-Folgetreffens in einer konfrontativen Atmosphäre, wobei sich zwei Haupttendenzen abzeichneten. Während der Ostblock nach wie vor das „Recht auf Leben in Frieden“ als das ranghöchste wertete, die daraus folgende Notwendigkeit der Rüstungsreduzierung zur vordringlichsten Aufgabe der Konferenz erklärte und weiterhin seine traditionellen Vorschläge im Bereich der sozialökonomischen Rechte unterbreitete, bemühte sich der Westen darum, mit den anspruchsvollen, die detaillierten Forderungen umfassenden Vorschlägen die menschliche Dimension und die Problematik der Menschenrechte auf die Tagesordnung zu bringen. Insgesamt wurden in Wien 156 Vorschläge eingebracht, doppelt so viele wie auf der KSZE-Konferenz in Madrid (87).<sup>148</sup> Das Besondere auf dem Treffen in Wien war, dass viele dieser Initiativen von den einzelnen Staaten im Alleingang oder blockübergreifend (insgesamt 28) eingebracht wurden, was bereits unverkennbar die Auflösung der Blöcke bzw. des Ostblocks widerspiegelte.<sup>149</sup> Die Vorschläge der westlichen Staaten waren davon bestimmt, Gorbačëvs Perestroika auf Ernsthaftigkeit zu testen und gingen in modifizierten, ehrgeizigen Inhalten über die früheren Vereinbarungen und

<sup>145</sup> So schreibt Édouard Ševardnadze, dass nach seinem ersten Treffen mit dem amerikanischen Außenminister George P. Shultz jede weitere Begegnung mit Diskussionen zum Thema Menschenrechte begann. Ševardnadze, Édouard: *Kogda ruchnul železnyj zanaves*, Moskau 2009, S. 84.

<sup>146</sup> Einen interessanten Einblick über die Menschenrechte in den bilateralen Verhandlungen beider Supermächte, der USA und der UdSSR, bieten die bereits mehrfach zitierten Erinnerungen des ersten Vertreters des sowjetischen Außenministers, Anatolij Adamišin, und des Assistenten des US-Staatssekretärs für Menschenrechte und humanitäre Fragen, Richard Schifter. Adamishin/Schifter, *Human Rights*. Vgl. auch: Wrede, *KSZE in Wien*, S. 65f.; AdG 1987: 30978.

<sup>147</sup> Nach offizieller Tagesordnung begann die Vorschlagsphase am 27. 1. 1987. Traditionsgemäß zogen die Ostblockstaaten diese vor, um die Implementierungsdebatten zu verkürzen. In Wien wurde jedoch die Ordnung im Allgemeinen weniger eingehalten und die Implementierungskritik auch noch während der Redaktionsarbeit geübt. Vgl. *The Vienna CSCE Follow-up Meeting. Report*, S. 11–15.

<sup>148</sup> Doch nur 60% davon wurden zum Gegenstand der Verhandlungen. Hierfür wie für das Folgende siehe: Lehne, *The Vienna Meeting*, S. 100–105, 199–214; Eggleston, Roland: *Gorbachev's „New Thinking“ and the Vienna Conference*, in: *RFE/RL Research*, Nr. 12, 1987, RL 109.

<sup>149</sup> Stefan Lehne schreibt, dass die westlichen Staaten ihr Vorgehen deutlich besser als der Ostblock koordinierten. So wurden 42 Vorschläge von den Warschauer-Pakt-Staaten im Alleingang eingebracht (die Hälfte davon von Rumänien) und nur jeweils zwei Initiativen von zwei Vertretern des Westens. Lehne, *The Vienna Meeting*, S. 101.



Initiativen von Ottawa und Bern weit hinaus. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der aus mehreren Initiativen entwickelte Vorschlag eines Kontrollmechanismus zur menschlichen Dimension (CSCE/WT.19), der am 21. Februar 1987 offiziell eingebracht, von der Sowjetunion jedoch zunächst strikt abgelehnt wurde. Mit seinen vierstufigen Mechanismen, die jeden KSZE-Staat mit dem Recht auf „Einmischung“ im Bereich der menschlichen Dimension gegenüber allen anderen Teilnehmerstaaten ausstattete, war er für die Sowjetunion höchst problematisch.<sup>150</sup> Laut Andrej Zagorskij wurde jedoch bereits wenige Monate nach der Unterbreitung dieser Initiative im Kreml der Beschluss über die „Zweckmäßigkeit der Kompromissfindung zwischen der Zustimmung des Westens zu einer Konferenz in Moskau und der Zustimmung der UdSSR zum Kontrollmechanismus zur menschlichen Dimension“ gefasst.<sup>151</sup>

Trotz einer Vielzahl an Initiativen stagnierten die Verhandlungen bis Juli 1987. Das lag nicht nur an der Unterschiedlichkeit der Mandate der Teilnehmerstaaten und Interessendivergenzen selbst innerhalb der beiden Bündnisse,<sup>152</sup> sondern auch an der allgemein herrschenden Ungewissheit über die Richtung und die Grenzen der Reformen in der UdSSR. Während die Sowjetunion nach den ersten innenpolitischen Konzessionen (Freilassung politischer Gefangener, Lockerung der Ausreisepolitik, partielles Einstellen der Radio-Störungen)<sup>153</sup> auf die Gegensignale aus dem Westen, vor allem in den Sicherheitsaspekten, wartete, suchte die skeptische Gegenseite die Reichweite von Moskaus Liberalisierungsschritten zu bemessen und den „Preis“ zu bestimmen, den die UdSSR im humanitären Bereich für die Sicherheitsfragen zu „zahlen“ bereit wäre.<sup>154</sup> Die amerikanische Delegation verfolgte weiterhin ihre langjährige KSZE-Strategie, die Implementierung der früheren KSZE-Vereinbarungen bzw. die Lösung möglichst vieler individueller Fälle durchzusetzen und reagierte mit Skepsis auf die neue Rhetorik des Kremls. Da das Auftreten der sowjetischen Delegation im Frühjahr 1987 wieder aggressiver wurde, und Moskau auf die Menschenrechtsinitiative vom Herbst des letzten Jahres nicht zurückkam,<sup>155</sup> wurde sie vom Westen zeitweilig nicht mehr ernst genommen. Mit der Bereitschaft der Sowjetunion, auf die damit verbunde-

<sup>150</sup> Zum Inhalt des Vorschlags vgl. Mastny, *The Helsinki*, S. 101, Dok. 18.

<sup>151</sup> Zagorskij, *Cheľsinskij process*, S. 270.

<sup>152</sup> Auf dieser Konferenz kamen die blockinternen Differenzen deutlich zu Tage. So herrschte unter westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten die Uneinigkeit über die militärische Sicherheit. Während die USA sich für eine von der KSZE autonome Behandlung der Abrüstung im konventionellen Bereich aussprach, neigten Frankreich und ein Teil der Neutralen zur sowjetischen Position, welche die KVAE fortsetzen und die Abrüstungsgespräche im Rahmen der KSZE führen wollten. Die Vielzahl der von den Warschauer-Pakt-Staaten im Alleingang eingebrachten Vorschläge zeigte indes, dass auch der Ostblock immer weniger als eine Einheit auftrat. Mehr dazu bei: Lehne, *The Vienna Meeting*, S. 107–111; Korey, *The Promises*, S. 236–241.

<sup>153</sup> Dazu mehr siehe Teil III der vorliegenden Studie.

<sup>154</sup> Zagorskij, *Cheľsinskij process*, S. 255ff.

<sup>155</sup> Eggleston, Roland: *USSR Reverting to Hard Line at Vienna Talks*, in: *RFE/RL Research*, Nr. 14, 1987, RL 128.



nen Forderungen einzugehen, wurde sogar kaum noch gerechnet.<sup>156</sup> Vielmehr breitete sich bei den westlichen Delegierten die Frustration über zu langsame und kosmetisch anmutende Veränderungen in der UdSSR aus.<sup>157</sup>

Im Sommer 1987 zeichneten sich jedoch substantielle Veränderungen ab, die eine Verknüpfung der Interessen der westlichen und der Ostblockstaaten und das Vorankommen bei der Ausarbeitung des neuen Schlussdokuments möglich machten. Zagorskij nennt drei, für den weiteren Verhandlungsverlauf impulsgebende Ereignisse. Erstens kamen die 16 NATO-Partner dem Ostblock entgegen, indem sie nach einer Einigung am 10. Juli zwei parallele Verhandlungen über militärische Sicherheit vorschlugen: Die Thematik der Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen (VVSBM) sollte demnach unter dem KSZE-Schirm im Kreis der 35 KSZE-Mitgliedsstaaten fortgeführt werden, während Verhandlungen über die konventionellen Streitkräfte in Europa (VKSE) allein den beiden Militärallianzen, also den NATO- und den Warschauer-Pakt-Staaten, vorbehalten blieben.<sup>158</sup> Zweitens wurde von Österreich und der Schweiz am 30. Juli ein inhaltlich anspruchsvolles Non-Paper zum Korb III eingebracht, das fast alle Vorschläge der westlichen Delegationen und einige des Ostens in einem knappen und sachlichen Text auf 11 Seiten reflektierte und hohe Standards für die weiteren Verhandlungen setzte.<sup>159</sup> Obwohl von den meisten Warschauer-Pakt-Staaten zuerst als zu „westlich“ abgelehnt, wurde das Dokument dann doch als eine Verhandlungsbasis akzeptiert – in der Hoffnung, die hohen Erwartungen mit Kompromisslosigkeit noch senken zu können. Damit wurden aber die Ansprüche der westlichen Staaten an die UdSSR noch höher geschraubt und der Demokratisierungsdruck auf Gorbačëv noch mehr aufgebaut. Unmittelbar damit verknüpft war drittens das Zurückkommen der sowjetischen Delegation am 24. Juli auf den Vorschlag der Menschenrechtskonferenz in Moskau mit einem konkreteren Zusatzdokument und dem Versprechen, die bisherigen Standards der KSZE-Treffen einzuhal-

<sup>156</sup> Zagorskij, *Chel'sinkskij process*, S. 255ff.

<sup>157</sup> Esterik/Minnema, „The Conference that Came in from the Cold“, S. 18; Snyder, *Human Rights*, S. 186f.

<sup>158</sup> Die UdSSR hatte ihre Forderung nach einer engen Verbindung der KSZE mit den Gesprächen der 23 Staaten (von NATO und WVO) relativ bald aufgegeben, während die Neutralen und vor allem Frankreich sich lange gegen Verhandlungen zwischen NATO und WVO ohne Beteiligung der übrigen KSZE-Teilnehmer sperrten. Die Verhandlungen in den militärischen Fragen verloren somit relativ früh ihren Block-zu-Block-Charakter. Die Meinungsunterschiede im westlichen Lager konnten schließlich dadurch überwunden werden, dass beide Verhandlungen, die VVSBM der 35 und die VKSE der 23, zeitlich und räumlich zusammengebracht und dass die an den Verhandlungen der 23 nicht teilnehmenden KSZE-Staaten über die VKSE in den regelmäßigen Treffen informiert wurden. Da die Verhandlungen zur militärischen Sicherheit für die Forschungsfrage dieser Arbeit von relativ geringerer Relevanz sind und nur am Rande angesprochen werden, sei an dieser Stelle auf folgende weiterführende Darstellungen zu dem Thema verwiesen: Lehne, *The Vienna Meeting*, S. 97f., 107–111, 116–118, 122; Wrede, *KSZE in Wien*, S. 90–95; Zagorskij, *Chel'sinkskij process*, S. 261–267.

<sup>159</sup> Ebd.; Lehne, *The Vienna Meeting*, S. 114.

ten (WT. 2. Add. 1).<sup>160</sup> Eine Antwort auf die schon vorher aufgeworfene Frage, ob die Konferenz öffentlich abgehalten werde, blieb der Delegationsleiter Jurij Kašlev allerdings nach wie vor schuldig. Am 28. Juli stellte der Leiter der US-Delegation, Warren Zimmermann, eine in 10 Fragen formulierte Liste von Bedingungen für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau auf.<sup>161</sup> Sie korrespondierten inhaltlich mit denen der IHF und zielten auf die Umsetzung *aller* im KSZE-Prozess bisher eingegangenen Verpflichtungen ab. Im Großen und Ganzen handelte es sich um zwei Kategorien von Forderungen: Die Sowjetunion hatte ihre Menschenrechtspolitik substanziell zu ändern, d.h. die Menschenrechte und die bürgerlichen Freiheiten gesetzlich zu garantieren,<sup>162</sup> und sie hatte für die Öffentlichkeit der Konferenz zu sorgen, d.h. auch die Einreise und den Zugang der Exildissidenten und Helsinki-Gruppen zur Konferenz, die unabhängigen parallelen Veranstaltungen und Demonstrationen usw. zu ermöglichen.

Es war zu erwarten, dass Moskau diese Forderungen als „unmöglich“ bezeichnen und als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ ablehnen werde.<sup>163</sup> Eine kategorische Absage an die westlichen Standards erfolgte jedoch nicht. Auf die Frage des amerikanischen Journalisten, ob die Sowjetunion die Aktivitäten der von ihr als „antisowjetisch“ eingestuften Gruppen während der Konferenz in Moskau akzeptieren werde, gab der sowjetische Delegationsleiter in Wien ganz diplomatisch die „eigene“ Meinung zur Antwort: „Wenn zur Moskauer Konferenz solche Persönlichkeiten kommen und eine [einer Gegenkonferenz] ähnliche Veranstaltung abhalten wollen, dann sollen sie es tun.“<sup>164</sup> In einem Interview der Zeitung *Argumenty i Fakty* wiederholte er das Versprechen, sich an den Standards der früheren KSZE-Treffen zu orientieren, zugleich aber den eigenen Regeln treu zu bleiben – den „Terroristen, ansteckenden Kranken, Menschen, die sich vor dem sowjetischen Gesetz befleckt haben“, den Zugang zur Konferenz zu verweigern.<sup>165</sup> Gleichwohl schloss man mit vagen Stellungnahmen den Zutritt für die sowjetische Exildissidenten *per se* nicht aus.<sup>166</sup>

Trotz dieser vielversprechenden Verlautbarungen und den Anfang 1987 bereits eingeleiteten Liberalisierungsmaßnahmen in der UdSSR verschwand der Gegen-

<sup>160</sup> Statement by the Head of the USSR Delegation, Ambassador Yuri B. Kashlev, at the Plenary Session of the Vienna Meeting 24 July 1987, in: OSA, F. 318, S. 5, B. 11; vgl. auch Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 257f.

<sup>161</sup> Statement by Ambassador Warren Zimmermann, in: OSA, F. 318, S. 5, B. 11. Nach Darstellung von Ljudmila Alekseeva handelte es sich dabei um die von ihr und Jurij Orlov ausgearbeiteten Punkte. Interview mit Alekseeva.

<sup>162</sup> Ebd. Konkret wurden vor allem die Freilassung aller politischen Gefangenen, die Änderung menschenrechtswidriger Strafgesetze, die Garantie der Religions- und Reisefreiheit, das Einstellen jeglicher Störungen ausländischer Radiosender, das Ende des Psychiatriemissbrauchs und die Legalisierung sowie die Anerkennung von Bürgerrechtsgruppen als Bedingung verlangt.

<sup>163</sup> AdG 1987: 31304f.

<sup>164</sup> *Vestnik*, Nr. 3, 1987, S. 28.

<sup>165</sup> AiF vom 10. 10. 1987, S. 5.

<sup>166</sup> So Anatolij Adamišin im Interview, in: *Vestnik*, Nr. 7, 1987, S. 20.

stand einer Menschenrechtskonferenz in Moskau für beinahe ein ganzes Jahr wieder aus den öffentlichen Debatten der KSZE in Wien. Die Vertreter der UdSSR gaben sich in den Interviews und öffentlichen Stellungnahmen zu den Bedingungen der Konferenz nach wie vor zurückhaltend bis abweisend.<sup>167</sup> Die meisten Konferenzteilnehmer hatten sogar geglaubt, Moskau habe angesichts zu hoher Anforderungen das Interesse daran verloren.<sup>168</sup> Denn vor allem die englischsprachigen Staaten (USA, Großbritannien und Kanada) setzten den Demokratisierungsdruck auf die Sowjetunion fort, während Frankreich als Konkurrent auftrat und sich ebenfalls als Austragungsland für die Menschenrechtskonferenz ins Spiel brachte. Erst im Herbst 1988 kündigte sich ein grundlegender Wandel sowohl in dieser Frage als auch in den Verhandlungen über das abschließende Dokument des Treffens an. Fast zwei Jahre nach der Unterbreitung des Vorschlags startete der Kreml eine starke internationale Werbekampagne für eine KSZE-Konferenz in Moskau, welche sogar zu einem „must‘ in contacts with foreign representatives“ wurde.<sup>169</sup>

Inzwischen hatten sich die Machtverhältnisse in der Sowjetunion und die Zielsetzungen der Perestroika dermaßen verändert, wie im Folgenden noch auszuführen sein wird, dass es der sowjetischen Parteiführung bei einer Menschenrechtskonferenz in Moskau mittlerweile um mehr als nur ein propagandistisches Zeichen ging. Zu den ursprünglichen Motiven kam das Selbstversprechen, durch die Bindung an die „Durchführung einer anspruchsvollen Initiative“ die eigenen innenpolitischen Probleme besser lösen zu können und „den Reformkräften in der Sowjetunion zu mehr politischer und bürokratischer Durchsetzungskraft“ zu verhelfen.<sup>170</sup> Das Werben für die Konferenz wurde deshalb auch mit einem neuen überzeugenden Motiv ergänzt. Die Vertreter des MID brachten den westlichen Partnern nahe, dass ihre Zusage für eine KSZE-Konferenz in Moskau für Gorbačëvs Demokratisierungskurs angesichts wachsender innerparteilicher Widerstände wichtig sei.<sup>171</sup> Mit diesem Argument versuchte Édouard Ševardnadze während seiner Visite in Paris im Herbst 1988 den französischen Außenminister Roland Dumas und den Präsidenten Mitterrand zur Unterstützung von Moskaus

<sup>167</sup> So gab der Vertreter des MID, Jurij Kolosov, auf einem vom IHF organisierten Panel im September 1987 zu verstehen, dass Personen *non grata* die Einreise in die UdSSR verweigert und dass den Reportern des RFE/RL womöglich kein Zugang zur Konferenz gewährt werde. Korey, *The Promises*, S. 243.

<sup>168</sup> Eggleston, Roland: Question Mark over Moscow Humanitarian Conference, in: RFE/RL Research, Nr. 23, 1988, RL 239; Ders.: Problems in Moscow Said to be Delaying Conference Proposal, in: Ebd., Nr. 30, 1987, RL 291.

<sup>169</sup> So Anatolij Adamišin, in: Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 125, Anmerkung 19.

<sup>170</sup> So Zagorski, *Die menschliche Dimension*, S. 52.

<sup>171</sup> Eggleston, Roland: NATO Allies Drawing up Conditions for Moscow Conference, in: RFE/RL Research, Nr. 48, 1988, RL 517; Korey, *The Promises*, S. 245.

Initiative zu bewegen.<sup>172</sup> „Do not make a historic mistake“, appellierte der sowjetische Delegationsleiter Kašlev an den Westen.<sup>173</sup>

Während Frankreich bald darauf zum Befürworter der KSZE-Konferenz in Moskau wurde, beharrten Großbritannien und die USA weiterhin auf ihren früheren Forderungen und knüpften darüber hinaus den Ausgang des Treffens in Wien an die Menschenrechtsperformanz der UdSSR.<sup>174</sup> In einem Brief, von George Shultz an Édouard Ševardnadze vom 9. November 1988, wiederholten sie ihre Erwartungen: Erstens verlangten sie noch vor dem Ende des Treffens in Wien eine verbesserte Menschenrechtssituation in der UdSSR, und zweitens hatte Moskau jene Reformmaßnahmen noch vor Ende 1989 einzuleiten, welche den bisherigen Fortschritt im Bereich der Menschenrechte irreversibel machen würden. Außerdem legten die USA in Wien eine detaillierte Liste mit Forderungen an die UdSSR vor, die einen maximalen Zugang der internationalen Öffentlichkeit zu allen zukünftigen KSZE-Konferenzen sicherstellen sollten.<sup>175</sup> Der US-Außenminister George Shultz stellte in einem Brief an Édouard Ševardnadze vom 25. November 1988 die Zustimmung seiner Regierung zu einer Menschenrechtskonferenz in Moskau in Aussicht, falls die Sowjetunion öffentlich die legislativen Veränderungen zusichere: „My Government will be able to say ‚yes‘ to your proposal if the steps I described in that letter are taken prior to the end of the Vienna Meeting and we receive public assurances of the further measures you intend to take in 1989.“<sup>176</sup>

Bereits wenige Wochen nach diesem Brief waren substanzielle Fortschritte in der Menschenrechtspolitik der Sowjetunion zu verzeichnen,<sup>177</sup> und die öffentliche Zusicherung bekamen die USA am 7. Dezember 1988 in New York, wo Gorbatschov vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen der Weltöffentlichkeit die Fortsetzung des Reformprozesses auf der Grundlage der KSZE-Verpflichtungen versprach.<sup>178</sup> Zur gleichen Zeit gab die sowjetische Delegation in Wien endgültig ihre früheren „sowjetischen Positionen“ auf.<sup>179</sup>

<sup>172</sup> Diese Visite war von großer Bedeutung, denn Frankreich wurde danach zu dem aktiven Befürworter einer Menschenrechtskonferenz in Moskau. Als Gegenleistung wurde die Gründung des französischen Kulturzentrums, des ersten der westlichen Welt, in Moskau vereinbart. Korey, *The Promises*, S. 245.

<sup>173</sup> Vgl. Dok. 28: Eggleston, Roland: „Soviet Delegation Will Press for Moscow Conference“, in: Mastny, *The Helsinki Process*, S. 128f.

<sup>174</sup> Korey, *The Promises*, S. 246f.

<sup>175</sup> Vgl. Eggleston, *NATO Allies Drawing up Conditions*; Korey, *The Promises*, S. 251; Zagorskij, *Chefsinkskij process*, S. 274.

<sup>176</sup> Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 173.

<sup>177</sup> Ausführlich dazu siehe Teil III der vorliegenden Studie.

<sup>178</sup> Gorbatschovs Erklärung erfolgte unilateral und ließ keine kausalen Zusammenhänge mit den KSZE-Verhandlungen in Wien und dem Druck der Amerikaner erahnen. Die USA kamen dem mittlerweile innenpolitisch in der Kritik stehenden Gorbatschov sehr entgegen, indem sie ein solches neutrales Versprechen von vornherein akzeptierten. Vgl. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 173ff. Text der Rede: *Vystuplenie v organizacii ob'edenennykh nacij*, 7. 12. 1988, in: Gorbatschov, *Izbrannye reči*, Bd. 7, S. 184–202.

<sup>179</sup> Vgl. Teil IV, Kapitel 1 der vorliegenden Studie.

Der hier geschilderte Umbruch erfolgte nicht über Nacht. Ihm gingen komplizierte Wandlungsprozesse innerhalb der Sowjetunion und der mühsame Abbau von Feindbildern auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ voraus. Die UdSSR wagte zum ersten Mal in ihrer Geschichte unmittelbar nach dem Beginn des KSZE-Treffens in Wien innenpolitische Liberalisierungsschritte, mit denen sie auch der westlichen Kritik während der Implementierungsdebatten zu begegnen suchte: die Freilassung des bekannten Bürgerrechtlers Andrej Sacharov aus seinem Verbannungsort Gor'kij (heute wieder Nižnij Novgorod) am 23. Dezember 1986; die Ankündigungen in Wien vom Januar 1987, 140 wegen antisowjetischer Propaganda verurteilte politische Gefangene freilassen zu wollen, und die Versprechungen, das sowjetische Strafrecht zu humanisieren; das Einstellen der Störsendertätigkeit gegen die russischsprachigen Programme von BBC und VOA im Mai 1987; die steigende Zahl von Ausreisegenehmigungen für Juden, Sowjetdeutsche und Armenier wiesen einen direkten Zusammenhang mit der KSZE auf. Sie signalisierten die Bereitschaft des Kremls, dem Druck auf Demokratisierung nachzugeben. Sie ergänzten aber auch Gorbačëvs Ankündigungen, einen „sozialistischen Rechtsstaat“ schaffen zu wollen sowie seine praktischen Bemühungen, die Gesellschaft für den Umbau des Systems zu mobilisieren. Erklärte die Sowjetführung Ordnung und Verantwortung, Kritik und Selbstkritik, Öffentlichkeit und Wahrheit zu den Hauptprinzipien auf ihrem Weg zur „sozialistischen Demokratie“, appellierte sie an den „Faktor Mensch“ und Glasnost, an die allgemeinemenschlichen Werte und Prinzipien der KSZE-Schlussakte, so musste sie der Verfolgung der Andersdenkenden in der UdSSR ein Ende setzen, die gesellschaftlichen Initiativen und einen freien Wertediskurs in der Öffentlichkeit zulassen und den Umgang mit dem Thema „Menschenrechte“ enttabuisieren. Die als Konsequenz darauf folgenden eigendynamischen Prozesse – das Entstehen neuer Akteure außerhalb der Staatsinstitutionen, die Herausbildung einer informellen Öffentlichkeit, die Etablierung der Presse- und Versammlungsfreiheit, die wachsenden Emigrationsströme aus der UdSSR und schließlich das Erstarken der Nationalbewegungen am Rande des Imperiums mit ihren Forderungen nach Sezession, die damit einhergehende Aufweichung der Staatsideologie, der Machtverlust der Partei und der Widerstand der Konservativen innerhalb des Parteiapparates – bauten aufeinander auf, beeinflussten und verstärkten sich gegenseitig, stützten sich (in)direkt auf die zentralen Ideen des Helsinki-Prozesses und profitierten von den laufenden Verhandlungen in Wien.<sup>180</sup> Sie gingen auf die Entwicklungen zurück, die die Helsinki-Akte 1975 in Gang gesetzt hatte (die Transformation der internationalen Agenda und die Geburt einer internationalen Helsinki-Bewegung) und entwickelten in rasanter Geschwindigkeit ihre eigene, systemsprengende Dynamik. Nicht die „Vervollkommnung des Sozialismus“, son-

<sup>180</sup> Da die im Folgenden zu schildernden Entwicklungsprozesse nicht nacheinander abliefen, wie es die Gliederung suggeriert, sondern eng miteinander verbunden, zum Teil parallel erfolgten und aufeinander aufbauten, lassen sich gewisse Überschneidungen von Ereignissen sowie Wiederholungen nicht vermeiden.

dern sein Untergang, nicht der Sieg sozialistischer Werte, sondern ihre Ablösung durch die westlich-liberalen Wertvorstellungen und der allgemeine Wertewandel bei einem Teil der Bevölkerung in der UdSSR waren die Folgen. Dass diese Konsequenzen von der Parteiführung weitgehend friedlich hingenommen, ja sogar teilweise forciert wurden, zählt auch zu den Wirkungen von Helsinki.<sup>181</sup> Wie diese Entwicklungen vor sich gingen und mit welchen Folgen sie für das Systemgefüge verbunden waren, welche Rolle dabei die Ideen der Schlussakte und das KSZE-Treffen in Wien mit der Initiative des Kremls für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau spielten und wie die innenpolitischen Vorgänge wiederum auf den KSZE-Prozess zurückwirkten und die Interessen der sowjetischen KSZE-Politik veränderten, ist der Gegenstand der zwei folgenden analytischen Teile der vorliegenden Untersuchung.

<sup>181</sup> Eichwede, *Entspannung*, S. 83.

### III. Die innenpolitischen Folgen des KSZE-Prozesses: Von der kontrollierten zur eigendynamischen Liberalisierung und die „Macht“ der Menschenrechtsnormen (1986–1989/1990)

#### 1. Die Befreiung der Gesellschaft und der Machtverlust der KPdSU

Im April-Plenum von 1985 ermunterte Gorbachev die sowjetische Gesellschaft, sich mit Initiative, Kritik und Kontrolle an seinen Reformen und an der Verbesserung des Systems zu beteiligen. Die noch anzutreffende Angst, diesen Appellen zu folgen, versuchte er durch verstärkte Aufrufe, durch Gewährung neuer Freiheiten für die Künstlerintelligenz, durch eine revidierte Informationspolitik, durch eine neue Ordnung über Liebhaberinteressenvereinigungen und Interessenklubs vom Mai 1986 und die Amnestierung der politischen Gefangenen zu begegnen. Schließlich galt es, mit Hilfe der gesellschaftlichen Organisationen „Ressortgeist und Lokalegoismus, Verantwortungslosigkeit, Bürokratismus und gleichgültige Haltung zu den Menschen“<sup>1</sup> unter Führung der Partei zu bekämpfen, den verschlissenen Ideologien die nötige Dynamik zu verleihen und den Veränderungsprozessen moralisch den Rücken zu stärken. Was man dabei nicht einkalkulierte, war das Aufbegehren einer aufbruchsbereiten sowjetischen Gesellschaft, die Reformrichtung *außerhalb* der bestehenden staatlichen Strukturen mitzubestimmen und damit den Alleinvertretungsanspruch der Partei in Frage zu stellen. Unterschiedlichste Gruppen, die Vereinigungen der Heavy-Metal-Fans ebenso wie Lesezirkel, Umweltschutzgruppen oder historische Debattierklubs, die Informellen, d. h. abseits von den traditionellen Strukturen (Gewerkschaften, Komsomol) organisierten oder sich aus deren Obhut gelösten Initiativen, breiteten sich in der ganzen Union aus und stellten ein Politikum dar: In ihrer programmatischen Vielfalt problematisierten sie im Alleingang bestimmte, bisher tabuisierte Themenbereiche, allen voran aber das lange Zeit in der UdSSR kriminalisierte, jedoch in der Schlussakte von Helsinki anerkannte Recht des Individuums, sich zur wirksamen Ausübung der zivilen, politischen, sozialen und anderen Freiheiten in Gruppen zu organisieren (so das Prinzip VII). Dieser Tabubruch und die Frage, inwiefern der KSZE-Prozess ihn begünstigte – ob und wie er die Herausbildung und die Aktivitäten der informellen Initiativen bzw. die Verhältnisse zwischen diesen und dem Machtapparat beeinflusste – werden im Zentrum dieses Kapitels stehen.

<sup>1</sup> Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 25. Februar 1986, in: Gorbatschow, Reden, S. 192–293, hier. S. 250.



### 1.1 Die begrenzte Mobilisierung des „Faktors Mensch“

Dass die Bekämpfung der wirtschaftlichen Misere, der Schattenwirtschaft, des Bürokratismus, der verknöcherten Verhaltensweisen und Leitungsformen, der Trägheit und der Stagnationserscheinungen in der sowjetischen Gesellschaft mit den administrativen Methoden nicht zu erreichen war, erkannte Gorbatschow relativ früh. Er verstand, dass alle staatlichen Bemühungen ohne die Motivation der Bevölkerung und ohne gesellschaftliche Partizipation zum Scheitern verurteilt sein werden, und erklärte bereits im April-Plenum 1985 die zwingende Notwendigkeit des „Faktors Mensch“. Auf dem 27. Parteitag, der statutengemäß im Frühjahr 1986 zusammentrat und die Linie der Partei in der Innen- und Außenpolitik festlegte, wies er noch deutlicher auf die Verbindung von aktiver Gesellschaft und ökonomischen Reformen hin. Zum ersten Mal kritisierte der Generalsekretär hier offen und verallgemeinernd die sozioökonomischen Verhältnisse in der Sowjetunion sowie den mittleren Parteiapparat und monierte, dass „die Kontrolle über die Arbeit des Apparats durch die Werktätigen, durch die Sowjets selbst und durch die gesellschaftlichen Organisationen nachgelassen hat“ und dass der „volksverbundene, schöpferische, eigenständige Charakter der gesellschaftlichen Organisationen [...] bei weitem nicht vollständig zur Geltung“ komme.<sup>2</sup> In der Beteiligung der Massen liege aber der Erfolg eines jeden Unternehmens, und nur mit dem „Faktor Mensch“ lasse sich der Paternalismus der lokalen Parteiorgane bekämpfen – so die Hauptbotschaft des Generalsekretärs. „Die breiten Schichten der Werktätigen von der Richtigkeit des gewählten Weges zu überzeugen, sie moralisch und materiell zu stimulieren, die Psychologie der Kader umzuformen – das sind die wichtigsten Voraussetzungen für die Beschleunigung unseres Wachstums“<sup>3</sup>, erklärte Gorbatschow in seinem mehr als 100 Seiten umfassendem politischen Bericht. Die Mängelanalyse nannte die Mittel, die sich für die Bekämpfung der negativen Erscheinungen und für das Erreichen der gesetzten Ziele anboten: Die unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an politischen Entscheidungsprozessen sollte über eine Reaktivierung der lokalen und regionalen Sowjets gewährleistet werden, während eine neue Öffentlichkeit die Demokratisierung des Landes zu sichern versprach, denn „ohne Publizität gibt es keine Demokratie, kein politisches Schöpferium der Massen und keine Beteiligung der Massen an der Leitungstätigkeit, und es kann sie auch gar nicht geben“<sup>4</sup>, erklärte Gorbatschow. Die Aufrufe an die Bevölkerung, aktiv zu werden, sollten sich noch verstärken und erreichten auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU 1987, auf dem die Demokratisierung des Landes als das höhere Ziel proklamiert wurde, ihren Höhepunkt.<sup>5</sup>

<sup>2</sup> Ebd., S. 251.

<sup>3</sup> Ebd., S. 214.

<sup>4</sup> Ebd., S. 254.

<sup>5</sup> Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei. Referat auf dem Plenum des ZK der KPdSU. 27. Januar 1987, in: Gorbatschow, Reden, S. 351–407.

Eine besondere Rolle bei der Mobilisierung des „menschlichen Faktors“ wies Gorbačev der Intelligenz zu. Ein *Pravda*-Artikel vom 21. Juni 1986, der nach dem Empfang einer Gruppe von Schriftstellern im Kreml erschien, forderte diese auf, „an der psychologischen und moralischen Umgestaltung“ der Gesellschaft teilzunehmen.<sup>6</sup> Die Gewährung der künstlerischen Freiheiten und die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung waren die Gegenleistungen, zu denen sich Gorbačev durch die stillschweigende Akzeptanz des neuen künstlerischen Pluralismus in den tabuisierten Bereichen erklärte.

Doch wenn Gorbačev von gesellschaftlichen Initiativen, von „Volkskontrolle“ und „Kritik“ sprach, dann meinte er damit nicht die unkontrollierten und die unabhängigen Zusammenschlüsse von Bürgern, sondern eine Aktivierung von Gewerkschaften, Komsomol (einer Jugendorganisation der KPdSU), Arbeitskollektiven und anderen staatlich kontrollierten Verbänden. Er gewährte ihnen auch nicht das Recht, die Partei oder das Regierungssystem zu kritisieren. Die rhetorische Hinwendung zum Menschen und die Appelle an das „Schöpfungstum der Volksmassen“ wurden mit der getreuen Lenin-Rezeption autorisiert, während der Partei die führende Rolle bei der Mobilisierung des „Faktors Mensch“ vorenthalten blieb. Sie sollte die „Vertiefung der sozialistischen Selbstverwaltung des Volkes und die verstärkte Beteiligung der Massen, eines jeden Menschen an den Belangen unseres Landes in die richtigen Bahnen“ lenken und die „planmäßige organisatorische Arbeit leisten“.<sup>7</sup> So waren auch die einzelnen auf die Mobilisierung der Gesellschaft gerichteten Maßnahmen von Widersprüchen gekennzeichnet – darunter die Verabschiedung der neuen „Ordnung über Liebhaberinteressenvereinigungen und Interessenklubs“<sup>8</sup> und die Amnestierungspolitik.

Die neue Ordnung wurde am 13. Mai 1986 beschlossen. Sie weitete zum ersten Mal seit 1932<sup>9</sup> die Möglichkeiten zum Zusammenschluss gesellschaftlicher Initiativen aus. Zwar versah die neue Regelung die Einzelpersonen nach wie vor nicht mit dem Recht zur Gründungsinitiative – diese blieb weiterhin einer staatlichen Organisation vorbehalten –, unmittelbar schränkte sie die staatliche Mitwirkung aber ein. Sie duldete auch solche Initiativen, die sich nicht den „sozialistischen Aufbau der UdSSR“ oder die „Mitwirkung an der Festigung der Landesverteidigung“<sup>10</sup> zur Hauptaufgabe machten. Nicht zu übersehen war jedoch der Wunsch des Staates, das Vereinsleben möglichst apolitisch zu gestalten. Dieser Bereich

<sup>6</sup> *Pravda* vom 21. 6. 1986, S. 1.

<sup>7</sup> Vgl. Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 25. Februar 1986, in: Gorbatschow, Reden, S. 192–293, hier S. 248; V Politbjuro, S. 26f.

<sup>8</sup> Vgl. Schmidt, Sowjetisches Vereinsrecht.

<sup>9</sup> Ebd., S. 117–123: „Verordnung des Allrussischen Zentralen Exekutivkomitees [VCIK] und des Rates der Volkskommissare [SNK] der RSFSR über die Bestätigung der Ordnung über die freiwilligen Gesellschaften und Verbände“ vom 10. Juli 1932.

<sup>10</sup> So die Normierung der alten Ordnung, Allgemeine Bestimmungen, Absatz 1, sowie der Art. 51 der Unionsverfassung, der „in Übereinstimmung mit den Zielen des Kommunistischen Aufbaus“ das Recht der Bürger auf die Vereinigung in gesellschaftlichen Organisationen verankerte.

stand nach Artikel 6 der Unionsverfassung allein der Partei und ihrem hierarchisch gegliederten Apparat zu. Als Vereinigung bezeichnete die neue Ordnung deshalb jene Organisationsform „der gesellschaftlichen Eigeninitiative“, die „zu dem Zweck geschaffen wurde, die vielfältigen geistigen Bedürfnisse und Interessen sowjetischer Menschen im Bereich der Freizeit zu befriedigen“. Die Wahrnehmung politischer Interessen wurde lediglich als eine mögliche Zielrichtung der Vereinigungen genannt (Ziff. 1.6).

Von einer ähnlichen Begrenztheit war die Amnestierungspolitik von 1987 geprägt, die keine Rehabilitierung beinhaltete und noch weitgehend propagandistische Züge trug. Zwar war sie ein Signal an die sowjetische Gesellschaft, welche Gorbačev für seine Reformen so sehr zu gewinnen suchte. Zugleich kam der Kreml damit aber auch einer der wichtigsten Forderungen der westlichen Staaten auf der KSZE in Wien nach. Von dieser Motivlage war die Freilassung des prominentesten politischen Gefangenen der Sowjetunion, des einst führenden Physikers, Mitglieds der Akademie der Wissenschaften und Friedensnobelpreisträgers Andrej Sacharov, am 16. Dezember 1986 gekennzeichnet.<sup>11</sup> Für seine bürgerrechtlichen Aktivitäten war er Anfang 1980 (später auch seine Frau Elena Bonner) nach Gor'kij verbannt worden. Sacharov war nicht nur der Inbegriff der sowjetischen Intelligenz, welche Gorbačev als das „Instrument“ und die „Quelle der geistigen und moralischen Erneuerung der Gesellschaft“ sah,<sup>12</sup> sondern auch die Symbolfigur der politischen Gefangenen in der UdSSR. Die westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten konfrontierten die sowjetische Delegation auf der KSZE besonders oft mit dessen Verbannung.<sup>13</sup> Sicherlich war Gorbačev sich der „Peinlichkeit“<sup>14</sup> von Sacharovs rechtswidriger Verbannung nach Gor'kij, wie überhaupt der strafrechtlichen Verfolgung von Andersdenkenden und der skandalösen Verhältnisse in den sowjetischen Straflagern, bewusst<sup>15</sup> und an einer Lösung aus eigener Überzeugung interessiert. Doch resultierte dieses Problembewusstsein auch

<sup>11</sup> Die Aufhebung von Sacharovs Verbannung war keine einfache Angelegenheit und musste erst unter Aleksandr Jakovlevs Regie von Nikolaj Šišlin und Andrej Gračev sorgfältig vorbereitet und vor den konservativen Mitgliedern des Politbüros als „zweckdienlich“ gerechtfertigt werden. In einem Telefonat, für den extra ein Telefonanschluss in Sacharovs Wohnung in Gor'kij gelegt worden war, teilte Gorbačev diesem höchstpersönlich seine Freilassung mit. Vgl. Gračev, Andrej: *Kremlevskaja Chronika*, Moskau 1994, S. 94–99; Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 117f.

<sup>12</sup> Ebd., S. 90.

<sup>13</sup> Vgl. Korey, *The Promises*, S. 229; Zagorskij, *Chel'sinskij process*, S. 243; zum westlichen Druck vgl. auch: *Rabočaja zapis' zasedanija Politbjuro CK KPSS*, 29 avgusta 1985, in: RGANI, f. 89, op. 36, d. 17, l. 2f.

<sup>14</sup> So Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 117; auch Andrej Gračev bestätigt in seinen früheren Erinnerungen, dass Gorbačev von der Willkürlichkeit des seit 1980 andauernden Zwangsexils von Sacharov überzeugt war, vgl. Gračev, *Kremlevskaja chronika*, S. 94–99.

<sup>15</sup> So starben der ukrainische Dichter Vasil' Stus im Arbeitslager *Perm'-36* im September 1985 und der Bürgerrechtsaktivist Anatolij Marčenko am 9. Dezember 1986 in Čistopol'. Der sowjetische Historiker Roj Medvedev glaubt, dass es vor allem Marčenkos Tod war, der Gorbačev letztendlich veranlasste, die Situation bereits fünf Tage später durch die Freilassung von Sacharov grundlegend zu ändern. Vgl. Korey, *The Promises*, S. 232.

*Andrej Sacharov auf dem Bahnhof Jaroslavl bei seiner Rückkehr aus dem Verbannungsort Gorkij am 23. Dezember 1986.*

(Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau)



daraus, dass die westlichen Staaten die Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR im Rahmen des KSZE-Prozesses bzw. als Teil der internationalen Diplomatie anprangerten. So begründete der Leiter der sowjetischen Delegation auf dem KSZE-Treffen in Wien, Jurij Kašlev, die Amnestierung politischer Gefangener in der Sowjetunion mit dem internationalen Druck.<sup>16</sup> In diesem Zusammenhang sagte Andrej Gračev in der Fernsehsendung „Das Neunte Studio“ im August 1987 Folgendes:

„Wir mussten uns von der Autosuggestion lösen, dass der Westen einfach so unser Partner in der militär-politischen Entspannung wird; [...] dass es möglich sein wird, sich in den Fragen der Abrüstung näher zu kommen und dabei die Probleme im Bereich der humanitären Zusammenarbeit zu ignorieren.“<sup>17</sup>

Dass der außenpolitische Faktor die Entscheidung, politische Gefangene freizulassen, zumindest bekräftigte, bestätigt auch ein Schreiben von Viktor Čebrikov an das ZK der KPdSU vom Dezember 1986, in dem eine potenzielle Amnestierung als ein „politischer Gewinn“ gewertet wurde. Sie würde, so das Schreiben weiter, den „Humanismus sowjetischer Regierung unterstreichen“.<sup>18</sup>

Sacharovs Rückkehr nach Moskau war nur der Auftakt zu einer Befreiungswelle, die vor Ablauf des Jahres 1987 mehr als die Hälfte der im Westen namentlich bekannten politischen Gefangenen erfasst hatte. In den nächsten Monaten kamen Hunderte politische Gefangene frei, unter ihnen Mitglieder der Helsinki-Gruppen.<sup>19</sup> Mit der im Juni anlässlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution verkündeten Amnestie wurden auch Personen freigelassen, die nach Artikel 142 (Ausführung religiöser Rituale), 227 (Trennung von Kirche und Staat), 190/1 (Verbreitung bewusst falscher Behauptungen), 190/2 (Schmähung der Fahne und

<sup>16</sup> *Vesti iz SSSR*, 1987: 1/2.

<sup>17</sup> Zitiert nach RFE/RL, RS bjulleten' Nr. 51, 1987, PC 128.

<sup>18</sup> Ob osvoboždenij ot otbyvanija nakazanija i ugovnoj otvetstvennosti ot del'nych kategorij lic, in: RGANI, f. 89, op. 18, d. 111, l. 4; vgl. auch: O našich dal'nejšich šagach v gumanitarnoj oblasti, in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 42, l. 1 f.

<sup>19</sup> Eine namentliche Chronik der Freilassungen führte Kronid Ljubarskij. Vgl. *Vesti iz SSSR* 1987: 3-1, 4-1, 5/6-1, 7-1, 8-1, 9-1, 10-1.

des Wappens der UdSSR oder der Unionsrepubliken) und 190/3 (Verletzung der Gesellschaftsordnung durch die Handlungen in Gruppen) des StGB der RSFSR verurteilt worden waren. Ein Teil der nach Artikel 70 (Antisowjetische Agitation und Propaganda) Verurteilten profitierte von einer Verkürzung der Strafe.<sup>20</sup> Doch schon im Dezember 1987 wurden auch die beiden letzten nach Artikel 70 verurteilten Frauen (Tat'jana Velikanova und Elena Sannikova) begnadigt.<sup>21</sup> Die Entlassung von politischen Gefangenen setzte sich bis Ende 1991 fort.

Die Amnestierung stellte einen gravierenden und von Gorbačev, wie dargelegt, aus mehreren Gründen bewusst vollzogenen Einschnitt der Perestroika dar. Sie hatte unterschiedliche Adressaten und gestaltete sich entsprechend widersprüchlich. So wurde offiziell nach wie vor an der Behauptung festgehalten, dass es in der Sowjetunion keine politischen Häftlinge gebe.<sup>22</sup> Die sowjetische Öffentlichkeit erfuhr wenig über die Freilassungen.<sup>23</sup> Um eine große Resonanz aus dem Westen war der Kreml hingegen sichtlich bemüht. So übernahm die Bekanntgabe der ersten Amnestierungen der Sprecher des sowjetischen Außenministeriums, Gennadij Gerassimov. Am 10. Februar 1987 verkündete er, dass 140 wegen antisowjetischer Propaganda (Art. 70) verurteilte Personen begnadigt würden und eine Prüfung weiterer 140 Fälle in Aussicht gestellt werde.<sup>24</sup> Der westlichen Öffentlichkeit wurde im gleichen Zusammenhang versprochen, die sowjetische Strafrechts- und Gerichtspraxis einer Überprüfung mit eventuellen Änderungen des berichtigten Artikels 70 des StGB der RSFSR, welcher antisowjetische Tätigkeit und Propaganda ahndet, zu unterziehen. Der Justizminister der Russischen Föderation, Aleksandr Sucharov, erklärte am 9. Februar in Wien, zwei Drittel des sowjetischen Strafrechts würden reformiert, verwies aber auf die vorhandene innenpolitische Opposition gegen solche Humanisierungsmaßnahmen.<sup>25</sup>

Für die Begrenztheit der Amnestierungspolitik stand auch die Tatsache, dass die Entlassungen politischer Gefangener als ein Akt der Begnadigung ohne deren Rehabilitierung erfolgten, während politisch motivierte Festnahmen sowie Repressalien vor allem gegenüber religiösen Gemeinschaften<sup>26</sup> fortgesetzt wurden.

<sup>20</sup> Die Amnestie kam somit vor allem den religiösen und nationalen Gruppen zugute, weniger den Bürgerrechtsaktivisten und Refuseniks. Ausführlich dazu siehe: RFE/RL, 'RL Bulletin' Nr. 29, 1987, PC 73; vgl. auch AdG 1987: 31249; *Vesti iz SSSR*, 1987: 11/12-2.

<sup>21</sup> *Vesti iz SSSR*, 1987: 23-1.

<sup>22</sup> Generell dementierte Moskau das Vorhandensein politischer Gefangener in der Sowjetunion, auch noch im August 1987. Vgl. *Vestnik*, Nr. 17, 1987, S. 18. Die etwa nach politischen Paragraphen verurteilten Personen galten als allgemeine Kriminelle. Vgl. AiF vom 21. 11. 1987, S. 4.

<sup>23</sup> In einigen staatlichen Medien beschränkte man sich bei den Amnestieankündigungen auf kleingedruckte Erwähnungen. Vgl. etwa AiF vom 28. 2. 1987, S. 5 und vom 27. 6. 1987, S. 3.

<sup>24</sup> Diesbezügliche Auskünfte der einzelnen Staatsvertreter der UdSSR waren jedoch stets widersprüchlich. So erklärte Jurij Kašlev kurz vor dieser Ankündigung, dass es in der UdSSR etwas weniger als 200 nach Art. 70 und 190 (1) des StGBs verurteilte Personen gebe, was den Aussagen und Versprechungen von Gennadij Gerassimov, 280 Entlassungen in die Wege leiten zu wollen, eindeutig widersprach. Vgl. hier AdG 1987: 30869f.; *Vesti iz SSSR*, 1987: 1/2-34.

<sup>25</sup> AdG 1987: 30869f.; vgl. auch Schewardnadse, *Die Zukunft*, S. 161.

<sup>26</sup> Zwar besserte sich die Lage der Gläubigen (z. B. durfte der aus der Haft entlassene Gleb Jakunin sogar die Priester-Tätigkeit wiederaufnehmen), einzelne Gruppen wie die Krishnaiten,

Darüber hinaus wurden als Entlassungsvoraussetzung ein einzureichendes Gnadengesuch und das schriftliche Versprechen eingefordert, die „antigesellschaftliche Tätigkeit“, was nichts anderes als die Bürgerrechtsaktivitäten meinte, in Zukunft nicht mehr fortzuführen.<sup>27</sup> Damit ging man weiterhin von der Rechtmäßigkeit der Unterdrückung von Menschenrechten und Grundfreiheiten aus.

Die geschilderte Disparität war nur ein Beispiel von vielen für das Dilemma, in welchem sich Gorbačev seit Beginn seiner Reformen befand. Es bestand darin, dass die außen- und innenpolitischen Adressaten seiner Politik und ihre Erwartungen an seine Führung zuweilen diametral entgegengesetzt waren. Solche Antagonismen konnte Gorbačev daher nur in politischen Kompromisslösungen vereinbaren: Jegliche seitens des Westens und der sowjetischen Intelligenz von ihm erwarteten Liberalisierungen waren lediglich in kleinen Schritten bzw. mit Rücksicht auf deren Gegner im Parteiapparat zu bewerkstelligen. Die skizzierten Liberalisierungsmaßnahmen reichten jedoch aus, um Teile der Sowjetgesellschaft wachzurütteln und zu politisieren. Die unteren Ränge der Partei mussten den Verlust der Kontrolle über die gesellschaftlichen Initiativen im Frühjahr 1988 konstatieren. Bereits im Mai 1987 habe die Partei ihren „Schock“ nach dem stürmischen Wachstum der parteiunabhängigen Organisationen zwar überwinden können, für eine Zusammenarbeit mit diesen sei man aber nicht vorbereitet gewesen, vermerkte eine Denkschrift des Moskauer Stadtpartei Komitees der KPdSU vom April 1988.<sup>28</sup> Ein anderes internes Papier von 1988 hielt fest, dass unmittelbar auf die erste Amnestierungswelle von Februar bis März 1987 die Entstehung zahlreicher neuer informeller Gruppen folgte. Der Parteiapparat stellte fest, dass deren „negativer“ Anteil, worunter er vor allem die allgemeindemokratischen bzw. die Bürgerrechtsgruppen sowie alle in Kontakt mit dem Westen stehenden Vereinigungen verstand, besonders ab Mai 1987 zuzunehmen begann.<sup>29</sup> Den „Faktor Mensch“ in die von der Partei bestimmten Bahnen zu lenken, gelang indes umso weniger, je mehr die informelle Szene wuchs und sich unter Berufung auf Perestroika, Glasnost, Demokratie und internationale Verpflichtungen sukzessive die neuen Freiheiten aneignete und vom Staat deren gesetzliche Verankerung einforderte.

Baptisten und Pfingstler wurden jedoch weiterhin nicht anerkannt, ihre Versammlungen aufgelöst und ihre Mitglieder den Schikanen seitens der Behörden ausgesetzt, wie es aus den Einzelberichten von Ljubarskij vor allem aus der ersten Hälfte des Jahres 1987 hervorgeht. Stellvertretend sei auf folgende Meldungen hingewiesen: *Vesti iz SSSR*, 1987: 1/2-3, 1/2-4, 6-2, 7-2, 8-3, 11/12-5, 11/12-6.

<sup>27</sup> Vgl. Ob osvoboždenii ot otbyvanija nakazanija i ugovnoj otvetstvennosti ot del'nych kategorij lic, in: RGANI, f. 89, op. 18, d. 111; stellvertretende Beispiele siehe in: *Vesti iz SSSR*, 1987: 3-1, 4-1, 7-1. Von dieser Forderung wurde jedoch bald Abstand genommen, wohl auch deswegen, weil sich viele politische Gefangene weigerten, irgendwelche, einem Schuldeingeständnis gleichkommende Versprechungen zu unterschreiben.

<sup>28</sup> Materialy k vystupleniju po problemam razvitija samodejatel'nogo dviženija (Aprel' 1988), in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 4.

<sup>29</sup> Ebd., l. 15.



## 1.2 Die Herausbildung der informellen Gruppen

Die Entstehung der informellen Akteure kann insofern auch als eine der Folgen der KSZE interpretiert werden, als die Amnestierung doch zu einem erheblichen Teil unter Druck der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten erfolgte und die Parteiführung die Aufmerksamkeit der Konferenzteilnehmer in Wien dezidiert auf deren Schritte lenkte. Doch lassen sich auch andere, direkte Einflüsse des KSZE-Prozesses auf die Gesellschaft – auf die Programmatik oder Handlungsspielräume der Informellen im Verhältnis zum Staat – feststellen? Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es zunächst einer Vorstellung von der Genese der Gruppen, der Analyse der Inhalte, die diese Gruppen in die Öffentlichkeit transportierten sowie der Wahrnehmungen des KSZE-Prozesses durch diese. Diese Aspekte werden im Mittelpunkt der folgenden zwei Kapitel stehen.

Der Anfang der Bewegung der Informellen wird meistens mit dem Jahr 1986<sup>30</sup> und selten mit 1987<sup>31</sup> datiert. Damit wird mitunter die irreführende Vorstellung suggeriert, dass die informellen Initiativen eine Erscheinung der Perestroika darstellten und dass es bisher nur *eine* homogene, von der Partei beherrschte „sowjetische Öffentlichkeit“ gegeben hatte. Tatsächlich existierten die nicht-dissidentischen und nicht immer unbedingt mit den Werten des sozialistischen Staates inkompatiblen gesellschaftlichen Initiativen als Vorbilder der Informellen bereits Ende der 1950er/Anfang der 1960er Jahre: in der sogenannten „zweiten Kultur“, in der Musik, Kunst, Literatur und sogar in der Cafe-Szene (einmalig war Cafe-Sajgon in Leningrad).<sup>32</sup> Historiker und Soziologen sprechen daher von drei Wellen der Entstehung der Informellen in der Sowjetunion.<sup>33</sup> Die ersten Gruppen stellten Ende der 1950er Jahre die Kommunarden, die Rock-Musiker und die in bewusster Abgrenzung zum Komsomol auftretenden jungen „feinen Pinkel“ [*Stiljagi*] dar, zu denen Ende der 1960er Jahre auch Dissidenten bzw. Menschenrechts- und Nationalbewegungen einschließlich russischer national-patriotischer („Die Allrussische Gesellschaft zur Erhaltung der Geschichts- und Kulturdenkmäler“) und antisemitischer (die Anfänge von Bewegung „Gedenken“) Gruppen hinzukamen. Die zweite Welle, die Zeit der „aufblühenden Stagnation“ zwischen 1978 und 1982, hatte Hippies, Punks, Rocker, die „jungen Sozialisten“ sowie die Hel-

<sup>30</sup> Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen; Berezovskij, V. N./Krotov, N.: *Neformaly – kto oni?*, in: Berezovskij, V. N./Krotov, N.I.: *Neformal'naja Rossija. O neformal'nych politizirovannyh dviženijach i gruppach v RSFSR, (opyt spravočnika)*, Moskau 1990; Šubin, *Predannaja*; Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*; Maljutin, *Die Informellen*.

<sup>31</sup> Eichwede, Bürgerrechtsbewegung; Alexandrova, Informelle; Suslova, Elena: *Osnovnye napravlenija neformal'nych dviženij (1987–1988)*, in: Dies. (Hrsg.): *Obščestvennye samodejatel'nye dviženija: problemy i perspektivy*, Moskau 1990, S. 208–235.

<sup>32</sup> Exemplarisch hierzu siehe: Yurchak, Alexei: *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006; „Vtoraja kul'tura“, in: *Chronika tekuščich sobytij*, Bd. 49, 14. 5. 1978, S. 79f.; Šubin, *Dissidenty*; Cushman, Thomas: *Notes from the Underground: Rock Music Counter-culture in Russia*, New York 1995; Zdravomyslova, *The Café Saigon*.

<sup>33</sup> Vgl. Sundiev, I.: *Molodežnye dviženija v kontekste social'noj samodejatel'nosti*, in: Suslova, *Obščestvennye*, S. 20–31; Maljutin, *Die Informellen*; Šubin, *Dissidenty*.



sinki- und Friedensbewegung hervorgebracht.<sup>34</sup> Während die meisten politisierten Gruppen einschließlich der sozialistischen Bewegung vom Machtapparat unter Druck gesetzt wurden, reagierte der Staat auf die den sozialistischen Anforderungen nicht entsprechende informelle Kunst- und Musikszene, die außerdem auch eine Konkurrenz zum offiziellen Jugendverband, dem Komsomol, darstellte, mit öffentlichen Stigmatisierungen und Auftrittsverboten.<sup>35</sup> Erst unter Gorbachev wurde diese Praxis beendet. Die sogenannte zweite Kultur sowie das angesammelte Protestpotenzial, das zum Teil auch aus der Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre hervorging, bildeten eine Grundlage für die dritte Welle der Informellen, welche die ganze Sowjetunion erfasste und zu einem einmaligen Massenphänomen Ende der 1980er Jahre wurde.

Die Genese der Informellen der Perestroika erfolgte wiederum in drei Phasen. Die erste, oft als „Klub-Phase“ genannt, begann 1986 mit der Entstehung der oft historischen Diskussions- und Debattierklubs sowie Seminaren und ging als Folge der bereits im Herbst 1987 begonnenen Politisierung und Ausdifferenzierung der Informellen im Frühjahr 1988 in die zweite Phase der Massenaktionen über. Auf diese folgte im Zeichen der politischen Reformen 1989 die Phase der Wahlkämpfe und der politischen Massenbewegungen, die ihrerseits in eine „Revolution von unten“ mündete.<sup>36</sup> Die geschilderte Phasenbetrachtung kann allerdings nicht für die ganze Sowjetunion gelten. In der Peripherie „verspäteten sich“ die Entwicklungen oft um ein bis drei Jahre.<sup>37</sup>

Als Erstes bewirkten die Veränderungen des offiziellen Kurses den Wandel in der schon weit ausdifferenzierten Sphäre der Jugendkultur und führten zur Verbreitung von zahlreichen Gruppen des nonkonformen Lebensstils ohne politische Ansprüche in den Großstädten, wie Hippies, Punks, Breakdance- [*brějkery*], Pop- und Rockmusikfans oder „Mit'ki“<sup>38</sup>. Die Zusammenschlüsse zu solchen zumeist bewusst unpolitischen Interessengruppen wurden jedoch oft und vor dem Hin-

<sup>34</sup> Mehr dazu siehe: Alekseeva, *Istorija inakomyslija*; Dies.: *Pokolenie ottepeli*; Lewytkyj, *Politische Opposition*; Cushman, *Notes*; Yurchak, *Everything Was Forever*.

<sup>35</sup> Eine verstärkte Bekämpfung der „westlichen Massenkultur“ war unter Konstantin Černenko zu beobachten. Im Jahr 1984 wurde die populäre Musik der Diskotheken indiziert. Sokolov, S.: *Chudožestvennaja kul'tura i vlast' v poststalinskoi Rossii: Sojuz i bor'ba (1953–1985gg.)*, Sankt-Petersburg 2007, S. 449f.; vgl. *Rekomendacija VNMC zapretit' proigryvanie v Moskve plastinok i t.p. 68 zarubežnych rok- i drugich grupp i ispolnitelej i magnitofonnych zapisej 38 sovetskich samodejatel'nych VIA i rok-grupp (Moskva)*, 1. 10. 84, in: RFE/RL, *Materialy Samizdata*, Nr. 34, 1985, AC 5519.

<sup>36</sup> Zur Periodisierung siehe: Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*; Šubin, *Predannaja*.

<sup>37</sup> Vochmenceva, *Die Neuformierung (I)*, S. 8. Die Ungleichartigkeit der politischen Entwicklung im Zentrum und in der Peripherie bedingte sich laut Vochmenceva durch mehrere Faktoren. Sie hingen von den politischen „Hintergründen“ der jeweiligen Städte, den menschlichen Ressourcen, dem Grad der Urbanisierung, der Erfahrungen mit den Dissidenten in der Vergangenheit und der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung ab.

<sup>38</sup> „Mit'ki“ (vom Namen Mitja) war eine Gruppe von Malern, die sich außerhalb des offiziellen Malerverbandes organisierten und einen anspruchslosen, durch alkoholische Exzesse geprägten Lebensstil mit dem typisch russischen Aussehen (Tragen von Wattejacken, Filzstiefeln) und dem Malen fröhlicher, witziger Bilder pflegten. Vgl. Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*, S. 122–126.

tergrund Gorbačevs neuer Rhetorik zunehmend mit dem Infragestellen der Werte und des Lebensstils der Elterngeneration verknüpft, was viele dieser Gruppen, und das anders als ihre zahlreichen Vorläufer in der Zeit vor der Perestroika, durchaus politisch machte.<sup>39</sup> Beispielhaft hierfür steht die in dem informellen Blatt *Den' za dnjem* abgedruckte Erklärung der „Initiativgruppe der Moskauer Hippies“.<sup>40</sup> Diese Gruppe äußerte darin die Ablehnung der „sowjetischen Wirklichkeit“, der Moral der Erwachsenen und der Staatsideologie. Neben der Kritik enthält das Dokument Forderungen nach Reisefreiheit über die Staatsgrenzen hinweg und nach Legalisierung der informellen Vereinigungen, denen es ermöglicht werden solle, nicht nur zu „kritisieren“, sondern auch politisch zu „wirken“, etwa mittels Vertretern im Stadtsowjet.<sup>41</sup>

Nicht weniger politisch waren die kulturellen, ökologischen und die Gruppen zum Schutz historischer Denkmäler und nationaler Kultur sowie die Diskussionsklubs, wie sie 1986 vor allem in den Großstädten entstanden.<sup>42</sup> Besonders der im Herbst 1986 in Moskau gegründete „Klub Sozialer Initiativen“ (KSI) und der am Zentralen ökonomisch-mathematischen Institut der Akademie der Wissenschaften der UdSSR mitunter von angesehenen Wissenschaftlern im Jahr 1987 initiierte Diskussionsklub „Perestroika“ waren von Anfang an sehr politisch und für die Genesis informeller Vereinigungen von Bedeutung. Wie viele andere Initiativen auch, definierte sich der KSI selbst zuerst ganz konform gegenüber dem Perestroika-Kurs als eine „Vereinigung der Bürger mit der antitechnokratischen sozialen Initiative“ und verstand sich nicht als eine politische Kraft, sondern „als die Möglichkeit dieser, als eine Art soziale Reserve“.<sup>43</sup> Er bekam sogar indirekt Unterstützung von der Partei, welche z. B. die Räumlichkeiten für die Diskussionsveranstaltungen des Klubs bereitstellte.<sup>44</sup> Als am 4. Mai 1987 die Mitarbeiter des sowjetischen Innenministeriums eine friedliche Hippieversammlung in Moskau brutal auflösten und der KSI daraufhin seine Untersuchung von Misshandlungen öf-

<sup>39</sup> Einen kleinen Überblick über die ersten informellen Jugendgruppen in Leningrad bietet der russische Journalist Nenaschew, *Zur eigenen Identität*; vgl. auch Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*; Alexandrova, *Informelle*; Gromov/Kuzin, *Neformaly*; Pečenev/V'junickij, *Neformaly*; Yurchak, *Everything Was Forever*.

<sup>40</sup> *Den' za dnjem* war das monatliche Informationsbulletin des Seminars „Demokratie und Humanismus“. Zur Erklärung siehe Nr. 7, 1987, S. 22–29.

<sup>41</sup> Ebd., Zitate auf S. 26f.

<sup>42</sup> Siehe mehr bei Alexandrova, *Informelle*.

<sup>43</sup> Suslova, *Obščestvennye*, S. 208; hierfür sowie zur Geschichte beider Gruppen siehe ausführlich: Šubin, *Predannaja*, hier vor allem S. 36–55, 79f.; Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 77–82; zahlreiche Erinnerungen der Aktivisten im Internet-Archiv von Igrunov, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/).

<sup>44</sup> Viele andere informelle Gruppen wurden zu Beginn der Perestroika indirekt von der Partei unterstützt. Vochmenceva und Kozodoj berichten von regelrechten symbiotischen Beziehungen zwischen lokalen Parteiorganen und Informellen in Sverdlovsk, Omsk, Tomsk oder auch Irkutsk. In vielen Fällen förderte die Partei somit selbst das Wachstum der oppositionellen Formen und des Pluralismus. Vgl. Vochmenceva, *Die Neuformierung* (I, II); Kozodoj, *Stanovlenie*; Ders.: *Dviženie*.

fentlich machte,<sup>45</sup> verlor der Klub jedoch seine Räumlichkeiten. Die Episode stand zugleich für die beginnende Politisierung und Emanzipierung der Gruppe von den Staatsorganen, aber auch für Spaltungen: es gab nun die Anhänger einer ideologisch pluralistischen Vereinigung (Grigorij Pel'man) und ihre Gegner (Boris Kagarlickij). Ende 1987 gehörten dem KSI bereits Gruppen unterschiedlichster politischer Schattierungen (neben den Literatur- und Rock-Klubs solche mit sozialistischer Ausrichtung) an, und der Klub selbst war in der Auflösung begriffen. Auch „Perestroika“ war als ein Diskussionsklub gegründet und bekam sogar eine Werbung im Zentralfernsehen. Analoge Klubs wurden mit der gleichen Bezeichnung in Leningrad, Kiev, Tallin, Taškent, Machačkala und in anderen Städten der Union ins Leben gerufen. Ende 1987 spaltete sich der Klub in zwei unabhängige Gruppen: in die gemäßigte „Demokratische Perestroika“ und in die radikale, ohne Führungsgremien pluralistische „Perestroika-88“, welche sich schon damals von der sozialistischen Ideologie distanzierte und die Zulassung des politischen Meinungspluralismus einforderte. Die letztgenannte Gruppe löste sich allerdings bald auf und ihre Mitglieder verteilten sich auf die anderen Klubs und Gruppen. Die „Demokratische Perestroika“ bestimmte hingegen Moskaus informelle Szene viel länger, nicht zuletzt, weil ihre Mitglieder einen merklich höheren sozialen Status aufweisen konnten und der Klub eine direkte Konfrontation mit dem Apparat zu vermeiden suchte. Mit den Ereignissen des Sommers 1988, von denen noch die Rede sein wird, sollte sich jedoch auch dieser Klub radikalisieren.<sup>46</sup>

Die hier vorgestellten Moskauer Klubs „KSI“ und „Perestroika“ gehörten zu den prominentesten informellen Vereinigungen der Sowjetunion zu Beginn der Reformen und waren typisch für die informellen Aktivitäten der ersten „Klub-Phase“, denen noch eine weitgehende Verschwommenheit der Ziele und eine generell den Perestroika-Kurs und Gorbačev unterstützende Position gemeinsam waren. Ihrem Beispiel folgend formierten sich ähnliche Diskussionsvereinigungen in Moskau und Leningrad sowie etwas verspätet in den anderen Teilen der Union. Ihre wichtigste Tätigkeitsform war die geschlossene oder halböffentliche Diskussion über die Geschichte und die gegenwärtige politische Entwicklung, wobei ihre Mitglieder vor allem die Intelligenz stellte.<sup>47</sup> Eine weitere wichtige Gemeinsamkeit der Informellen war ihre bereits beschriebene Illegalität und Öffentlichkeit. Das, was früher nur in der „Küche“ diskutiert wurde, machten die unabhängigen Diskussionsklubs immer mehr zum Gegenstand öffentlicher Diskussionen. Verstärkt wurden dieser Prozess und die damit einhergehende Politisierung, Neubildung und Spaltung der bereits bestehenden Gruppen durch einzelne politische

<sup>45</sup> Es darf angenommen werden, dass ein selbstkritischer Artikel in *Komsomol'skaja Pravda* vom 3. 7. 1987, welcher das Vorgehen der Polizei als gesetzeswidrig verurteilte, als Folge der journalistischen Tätigkeit des Klubs und der von ihm ausgelösten Öffentlichkeitskampagne erschien.

<sup>46</sup> Zur Geschichte der KSI und der „Perestroika“ siehe ausführlich bei Šubin, Predannaja, vor allem S. 36–42, 79f. sowie zahlreiche Interviews im Igrunov-Archiv, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/).

<sup>47</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 23ff.; Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*.

Ereignisse. So löste die Reaktor-Katastrophe von Černobyl vom April 1986 die Bildung von Umweltschutzgruppen und Anti-AKW-Bewegungen (vor allem im Baltikum) aus.<sup>48</sup> Aus der August-Konferenz der Informellen, welche im Haus der Kultur „Novator“ vom 20.-22. August 1987 in Moskau mit Unterstützung des Stadtparteikomitees [sic!] organisiert wurde und auf die noch später einzugehen sein wird, gingen solche Zusammenschlüsse, wie „Memorial“, „Bürgerliche Würde“, „Ring gesellschaftlicher Initiativen“ oder „Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs“ (existierte bis Sommer 1988) hervor.<sup>49</sup> Ein anderes politisches Ereignis, das eine Ausweitung und Politisierung der informellen Szene begünstigte, war die sogenannte El'cin-Affäre vom Herbst 1987. Ein kurzer Blick auf diese Episode mag besonders verdeutlichen, wie die Widersprüchlichkeit bzw. Halbherzigkeit der ersten Reformschritte von Gorbatschow die Entfremdung der sowjetischen Gesellschaft vom Parteistaat und von seiner Nomenklatura sowie eine Belebung der informellen Szene beförderten.

Boris El'cin, von keinem anderen als dem konservativen Egor Ligačev bereits 1985 auf den hochrangigen Posten des Ersten Sekretärs des Parteikomitees der Stadt Moskau geholt, profilierte sich schnell als Radikalreformer, als Feind der Bürokraten und als Freund des Volkes.<sup>50</sup> Nachdem sein in einem persönlichen Brief an Gorbatschow geäußelter Unmut über den zu langsamen Gang der Perestrojka und den Arbeitsstil einzelner Parteikollegen (namentlich Ligačev) unbeantwortet blieb,<sup>51</sup> kam es am 21. Oktober 1987 zu einer unvorhergesehenen Rede El'cins vor dem Plenum des ZK. In diesem ungeplanten und scheinbar improvisierten Auftritt kritisierte El'cin das Tempo der Perestrojka und damit den Generalsekretär selbst, was ihn letztlich seinen Posten des Ersten Sekretärs in Moskau kostete.<sup>52</sup> Doch nicht an dieser Art der Abstrafung des bald zum „Märtyrer der Perestrojka“ gewordenen El'cins nahm die Bevölkerung in der ganzen Union, vor allem aber in Moskau, Leningrad und in seiner Heimatstadt Sverdlovsk (heute Jekaterinburg), mit organisierten Meetings Anstoß, sondern an der Undurchsich-

<sup>48</sup> Siehe Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*, S. 60 ff.

<sup>49</sup> Vgl. hierfür die Darstellung von Šubin, *Predannaja*, S. 108 ff.; von Pavel Kudjuhin, [http://igru-nov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/1266610824.html](http://igru-nov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/1266610824.html); Abschlussdokument der Konferenz und Wortlaut der Projekte der neuen Initiativen in: Berezovskij, V./Krotov, N./Červjakov, V./Solovej, V.: *Rossija: Partii, associacii, sojuzy, kluby. Sbornik materialov v 10-ti knigach*, Moskau 1993, Bd. 1, S. 7-17, dazu ausführlich im nächsten Kapitel.

<sup>50</sup> El'cin forderte eine Verschlinkung des Parteiapparates, die Abschaffung aller Privilegien der Bürokratie und erklärte der Korruption den Kampf. Er wandte sich verstärkt den kommunalen Angelegenheiten der Stadt Moskau zu und sorgte dabei für viel Aufsehen durch die stete Präsenz in der Bevölkerung, etwa durch die Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln oder durch unangemeldete Kontrollen in den leeren Lebensmittelgeschäften der Stadt. Lesenswert sind seine ersten Erinnerungen: El'cin, Boris: *Ispoved' na zadannuju temu*, Moskau 1990.

<sup>51</sup> Der Brief ist abgedruckt in: Ebd., S. 7-9.

<sup>52</sup> El'cin wurde jedoch nicht entmachtet. Gorbatschow ernannte ihn zum Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Baukomitees und zum Mitglied des Ministerrates der UdSSR. Vgl. dazu Meissner, Boris: Gorbatschow am „Rubikon“. I. Die Perestrojka vom Revolutionsjubiläum bis zum „kleinen Parteitag“, in: *Osteuropa*, 1988, S. 981-1001; Gorbatschow, *Žizn' i reformy*, Bd. 1, S. 369-376.

tigkeit der geschilderten Episode. Die ganze Angelegenheit wurde auf Anordnung „von oben“ in der Presse verschleiert, während die Rede des in Ungnade gefallenen Stadtparteiarchs ein Jahr lang Gegenstand von Spekulationen und Mythenbildungen blieb. Der „Fall El'cin“ wurde somit zu einer weiteren, nach dem Reaktor-Unglück von Černobyl nicht bestandenen Probe für Glasnost. Sie markierte das Aufkommen parteiinterner Differenzen und hatte die Politisierung eines Teils der Sowjetbevölkerung sowie Spaltungen in der informellen Szene zur Folge. Während dabei die Einen für die offensive Unterstützung der Person El'cins eintraten, erachteten die Anderen die Verteidigung von Glasnost für viel wichtiger, welche zwar „von oben“ propagiert, mit der El'cin-Affäre aber offensichtlich über Bord geworfen wurde. Zum ersten Mal war nun der Machtapparat mit massenhaften Reaktionen konfrontiert. Am 9. November 1987 wurden Streikposten mit Unterschriftensammlungen zur Unterstützung von Glasnost und von El'cin an der Metro „Straße des Jahres 1905“ in Moskau abgehalten; Studentenunruhen fanden in der Moskauer Stadtuniversität statt; Tausende, noch nicht einer informellen Vereinigung angehörende Menschen gingen auf die Straßen, um ihre Sorge um das Schicksal der Perestroika zum Ausdruck zu bringen. In den Petitionen sowjetischer Bürger an das ZK der KPdSU wurde die Veröffentlichung von El'cins Rede im Plenum des ZK eingefordert. In Sverdlovsk entwickelte sich aus den regelmäßigen Kundgebungen eine informelle Gruppe „Meeting-87“, die ihr Recht auf den Erhalt und die Verbreitung beliebiger Informationen mit dem Verweis auf die KSZE („in Übereinstimmung mit den Helsinki- und anderen internationalen Vereinbarungen über die Menschenrechte“) einforderte, während die Stadtführung mit kurzfristigen Verhaftungen, Geldstrafen und Versammlungsverboten eine noch größere Politisierung der Bevölkerung und Sakralisierung El'cins bewirkte.<sup>53</sup> Der Fall El'cin stand somit nicht nur für den Beginn der Spaltungen innerhalb der Partei und unter den Informellen, sondern deutete auch schon die Vertrauenskrise in den Parteistaat und seine Politik an.

Obwohl die überwiegende Mehrheit der informellen Gruppen der ersten Phase „gemäßigt-sozialistisch“ orientiert war und die Anhängerschaft der offiziellen Ideologie bzw. den Perestroika-Kurs bekundete,<sup>54</sup> führte sie schon ein erhebliches Protestpotenzial mit sich. Einen Teil der Informellen stellten bereits 1987 Initiativen, die sich nicht auf Diskussionen oder örtliche Selbstverwaltungsprojekte beschränken wollten, sondern um die Vertiefung der angefangenen Liberalisierung bemüht waren und politische Forderungen an die Parteiführung formulierten. Dazu gehörten vor allem die Bürgerrechts-, Friedens-, National- und Ausreisegruppen. Einige dieser Initiativen waren bereits in früheren Jahren aktiv und wurden im Zuge der Perestroika reorganisiert. So wurde 1986 die Tätigkeit der

<sup>53</sup> Erklärung und Programm von „Meeting-87“, in: Redlich, Roman: *Svoimi silami. Antologija nezavisimoj žurnalistiki 1987-1988gg.*, Frankfurt am Main 1989, S. 42f.; vgl. auch Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*, S. 100-103; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 18, 1987, S. 3f.; *Vesti iz SSSR* 1987: 21-37, 24-25, 24-31; Šubin, *Predannaja*, S. 129-147; Šubin, *Paradoksy*, S. 163-170; Vochmenceva, *Die Neuformierung*, S. 23-31.

<sup>54</sup> Vgl. Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 92.

seit 1982 existierenden Gruppe „Für die Herstellung des Vertrauens zwischen der UdSSR und den USA“, kurz „Vertrauen“ genannt, wiederbelebt.<sup>55</sup> Auf der Grundlage dieser Gruppe gründete Valerija Novodvorskaja<sup>56</sup> im Jahr 1987 das historische Seminar „Demokratie und Humanismus“;<sup>57</sup> auf dessen Basis ein Jahr später die erste Oppositionspartei der KPdSU, die „Demokratische Union“, entstand.<sup>58</sup> Die 1978 von Vladimir Klebanov initiierte erste unabhängige Gewerkschaft, die „Freie Interprofessionelle Vereinigung von Werktätigen“ (auf Russisch kurz als SMOT bekannt), nahm 1988 teilweise mit den gleichen Mitgliedern ihre Tätigkeit wieder auf. Vordergründig verstand sie sich zwar als Vertreterin der Arbeiterschaft, führte aber eine Reihe politischer Forderungen in ihrem Programm, unter anderem nach Freilassung aller politischen Gefangenen, nach Meinungs-, Presse-, Gewissens- und Reisefreiheit oder nach dem Mehrparteiensystem.<sup>59</sup> Die amnesiierten Aktivisten der ukrainischen, litauischen, estnischen, armenischen und georgischen Nationalbewegungen sowie der Bewegung der Krim-Tataren für eine Rückkehr in ihre historische Heimat Krim<sup>60</sup> reorganisierten auch deren Gruppenaktivitäten, teilweise unter neuer Bezeichnung und mit einer radikaleren

<sup>55</sup> RM vom 24. 7. 1987, S. 7. Ihre Materialien publizierte sie vor allem in dem seit Anfang 1987 erscheinenden Bulletin *Den' za dnem*. Zum Gründungsakt der Gruppe im Jahr 1982 gehörte der „Aufruf an die Regierungen und an die Öffentlichkeit der UdSSR und den USA“ vom 4. 6. 1982, der von 70 Personen in der Wohnung von Sergej Batovrin unterzeichnet wurde. Der sowjetische Machtapparat bescheinigte damals dem Dokument „den antisowjetischen, antisozialistischen Charakter, die objektive Ausrichtung auf die Unterwanderung der Politik der KPdSU, unserer Regierung“, und inkriminierte die Mitglieder der Gruppe der „Verbreitung bewusst falscher Behauptungen, die die sowjetische staatliche oder gesellschaftliche Ordnung verleumdern“, nach Artikel 190 (1) des StGB der RSFSR. Ungeachtet der gegen die Gruppenmitglieder bis in das Jahr 1986 reichenden Repressalien löste sich die Vereinigung offiziell nicht auf. Hierfür wie für das Folgende siehe das Dokument, abgedruckt unter „Bor'ba za mir v svete kriminalistiki“, in: *Vek XX i mir*, Nr. 7, 1990. Die Dokumentation der Repressalien in der Zeit zwischen 1985 und 1986 ist der Samizdat-Sammlung des RFE/RL sowie der Forschungsabteilung des RFE/RL zu entnehmen. Stellvertretend siehe: RFE/RL Materialy, Nr. 43, 1985; RFE/RL bjulleten', Nr. 8, 1985, PC 146; vgl. auch RM vom 16. 8. 1985, S. 6; RM vom 6. 9. 1985, S. 6.

<sup>56</sup> Für die Verteilung der Flugblätter mit der Kritik des Einmarsches der sowjetischen Armee in die Tschechoslowakei 1968 wurde sie bereits 1969 in die Psychiatrie eingewiesen und unternahm noch vor der Perestroika die Versuche, eine Oppositionspartei zur KPdSU zu gründen. Novodvorskaja, Valerija: *Po tu storonu otčajanija*, Moskau 1993.

<sup>57</sup> Das Programm sowie der Appell an die sowjetische Regierung in RM vom 5. 6. 1987, S. 7; eine interessante Innenansicht zum Seminar und zu den Aktivitäten seiner Einzelmitglieder bietet Novodvorskaja, *Po tu storonu*, vor allem S. 123 ff.

<sup>58</sup> Ebd., zur „Demokratischen Union“ siehe Kapitel 5.1.

<sup>59</sup> Von der ersten Gründung musste die SMOT ihre Tätigkeit wegen staatlicher Repressionen schon Anfang 1980 einstellen. Die „zweite“ SMOT entwickelte sich hingegen zu einer öffentlichkeitswirksamen Gruppe, deren Petersburger Sektion sogar in den Jahren zwischen 1991 und 1992 fünf Prozesse berufsgesetzeswidriger Entlassungen von Arbeitern gewann. Die Moskauer Gruppe leitete eine Informationsagentur *Informacionnoe Agentstvo SMOT*. Knappe Geschichte der neuen SMOT mit den Gründungsdokumenten siehe in: Berezovskij/Krotov/Červjakov/Solovej, *Rossija*, Bd. 8, S. 135–138.

<sup>60</sup> Die Krimtataren wurden von Stalin 1944 wegen angeblicher Kollaboration mit dem Feind von ihrer Heimat Krim nach Mittelasien deportiert. Die Aktivitäten der „Bewegung der Krimtataren für die Rückkehr auf die Krim“ wurden stets mit Repressionen geahndet. Ihr



Programmatik. So restituierte sich in der Ukraine die „Ukrainische Helsinki-Gruppe“ unter Vjačeslav Černovil im Sommer 1987, in Armenien kam es zur Bildung der Vereinigung „Nationale Selbstbestimmung“ unter Parujr Ajrikjan und zum „Komitee zum Schutz der politischen Gefangenen Navasardjana Ašota und Aršakjana Azata“ 1987, während in Georgien die Mitglieder der früheren georgischen Helsinki-Gruppe, Zviad Gamsachurdija und Merab Kostava, im Dezember 1987 eine „Il'ja-Čavčavadze<sup>61</sup>-Gesellschaft“ gründeten. Anders als in Russland wurden die genannten Gruppen zu Kristallisationspunkten des nationalen Selbstbewusstseins in den jeweiligen Gebieten und setzten sich vor allem für die Förderung der eigenen Sprache und Kultur ein, für die Änderung der Unionsverfassung und Erlangung der nationalen Souveränität, aber auch für den Schutz der Kulturdenkmäler, der Umwelt, für die Rehabilitierung aller politischen Gefangenen und für die Revision jener Artikel der Strafgesetzzordnung, auf deren Grundlage die Repressionen von Andersdenkenden in der Vergangenheit vorgenommen worden waren.<sup>62</sup>

Epigonen der russischen MHG stellten der im Sommer 1987 erfolgte Zusammenschluss einer Gruppe prominenter Bürgerrechtler (Lev Timofeev, Sergej Grigor'janc, Larisa Bogoraz, Sergej Kovalev) zum Presseklub „Glasnost“ und die im Herbst 1987 organisierte „Internationale Gesellschaft für Menschenrechte“ (IGFM) dar. In diesem Zusammenhang sind auch die Rechtsschutzbuletins *Ėkspress-Chronika* von Aleksandr Podrabinek und *Glasnost'* von Sergej Grigor'janc zu nennen. Beide Printmedien erschienen seit dem Sommer 1987 und brachten es zu großer Bekanntheit unter der informellen Presse der Perestroika.<sup>63</sup> Der Klub „Glasnost“ verstand sich als ein Organ unabhängiger Öffentlichkeit, das jedem Bürger die Möglichkeit bot, seine von der offiziellen Linie abweichende Meinung zu den aktuellen Problemen zu äußern. Das Arbeitsformat war die Veranstaltung von Konferenzen und Seminaren zum Thema Menschenrechte.<sup>64</sup>

Es existierte auch eine Vielzahl kleinerer Menschenrechtsgruppen wie das „Komitee für sozialen Schutz“ oder „Lanze“, die sich vorwiegend für soziale Rechte der Bürger einsetzten.<sup>65</sup> Nicht zu übersehen in dieser Vielfalt sind religiöse Grup-

bekanntester Aktivist und Mitglied der „Initiativgruppe für Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR“ war Mustafa Džemilev. Vgl. Alekseeva, *Istorija*, S. 100–118.

<sup>61</sup> Fürst Il'ja Čavčavadze, Leitfigur der georgischen Bewegung, war Dichter, Dramaturg, Übersetzer und Journalist sowie Gründer vieler Kultur- und Bildungseinrichtungen.

<sup>62</sup> Mehr zu den aufgezählten Gruppen siehe: Goryn', Michajlo: *Specifika ukraïnskogo pravozaščitnogo dvizenija nakanune razvala Sovetskoi imperii*, in: *Prava čeloveka v Rossii: prošloe i nastojasčee. Sbornik dokladov i materialov naučno-praktičeskoj konferencii*, Perm 1999, S. 118–124; U.S. Helsinki Watch Committee (Hrsg.): *Neformaly. Civil Society in the USSR*. A Helsinki Watch Report, 1990, S. 80–123.

<sup>63</sup> Mehr zur informellen Presse siehe im nächsten Kapitel.

<sup>64</sup> Zu „Glasnost“ und IGFM siehe: *Glasnost'*, Nr. 2–4, 1987, S. III; RM vom 25. 9. 1987, S. 5; Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 16f.

<sup>65</sup> Das „Komitee für sozialen Schutz“ gab seit Januar 1989 das eigene Informationsblatt *Žernova* heraus, in dem die Beschwerdebriefe der in ihren Rechten verletzten Bürger aus der ganzen Sowjetunion veröffentlicht wurden. Mehr zu dieser Gruppe siehe: Berezovskij/Krotov, *Neformal'naja*, S. 324; *Svobodnoe slovo*, Nr. 6, 1988, S. 4; auch „Lanze“ gab das gleichnamig



pen, die für eine gesetzliche Garantie der Gewissensfreiheit eintraten. In Moskau waren Gleb Jakunin, der die Gruppe „Kirche und Perestroika“ gründete, Aleksandr Ogorodnikov mit dem *Bulleten' christiankoj obščestvennosti* sowie Viktor Aksjučic und Gleb Aniščenko mit dem literarisch-philosophischen christlichen Journal *Vybor* bekannt.<sup>66</sup>

Nicht alle früheren Bürgerrechtsaktivisten fanden sich jedoch nach ihrer Freilassung in der Bürgerrechtsszene wieder. Einige von ihnen emigrierten.<sup>67</sup> Andrej Sacharov und Sergej Kovalev haben sich neben dem Engagement in den unabhängigen Organisationen („Memorial“) für die Förderung des demokratischen Umbruchs durch eine Zusammenarbeit mit dem Machtapparat entschieden,<sup>68</sup> was von einigen ihrer ehemaligen Mitstreiter als Verrat an den Prinzipien der Dissidentenbewegung aufgefasst wurde.<sup>69</sup> Viele der jeweiligen Vertreter aus der Bürgerrechtsbewegung der 1960er und 1970er Jahre wechselten jedoch von der ursprünglich unversöhnlichen Haltung den Machtorganen gegenüber zur Bereitschaft zur Zusammenarbeit, und zwar nicht mehr, um das moralische Klima zu verändern – und das ist wohl der schärfste Bruch zur Helsinki-Bewegung früherer Jahre –, sondern um ein bestimmtes *gemeinsames politisches Ziel* zu erreichen. Die Differenz zwischen damals und heute beschrieb Larisa Bogoraz, Mitglied der MHG, eine der acht Personen, die 1968 auf dem Roten Platz gegen den Einmarsch in der ČSSR protestierten, folgendermaßen:

„Es gibt heute nicht mehr nur die Möglichkeit, aus einer unversöhnlichen moralischen Haltung heraus gegen ‚die Macht‘ zu stehen. Ich stimme zwar nicht in allem Gorbatschow zu, aber ich habe doch – und das war früher nie so – den Eindruck, dass wir eine bestimmte Wegstrecke gemeinsam zu gehen haben.“<sup>70</sup>

Tatsächlich erlangte auch die Bürgerrechtsbewegung unter den neuen politischen Bedingungen in der UdSSR einen deutlich größeren Handlungsspielraum und

Bulletin heraus, vgl. Berezovskij/Krotov, *Neformal'naja*, S. 335; *Pozicija*, Nr. 3, 1989, S. 5; Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 1, S. 16f.

<sup>66</sup> U.S. Helsinki Watch Committee, *Neformaly*, S. 27–29.

<sup>67</sup> Während einige ehemalige Bürgerrechtsaktivisten nach ihrer Freilassung dieser Tätigkeit aus verschiedenen Gründen fernblieben (Feliks Serebrov, Natalja Sadomskaja, Tat'jana Velikanova), emigrierten viele im Zuge der gelockerten Ausreisebedingungen (Vladimir Slepak, Naum Mejman, Viktor Nekipelov, Tat'jana Osipova). Die pauschale Meinung, die früheren Dissidenten seien ausgewandert oder haben an der Perestroika nicht partizipiert, ist dennoch nachweislich falsch, umso mehr, wenn man von den „prominenten“ politischen Gefangenen den Blick auf die wenig bekannten Sowjetbürger lenkt, die wegen ihres Andersdenkens oder Tuns ebenfalls in der Vergangenheit bestraft und unter Gorbachev wieder aktiv wurden. Die bisherige Darstellung konnte diese Kontinuitäten feststellen; auf sie wird noch später zu verweisen sein.

<sup>68</sup> Sacharov trat z. B. auf den offiziellen Foren und in den staatlichen Einrichtungen auf, äußerte seine Unterstützung von Gorbachevs Reformkurs, wurde als parteiloser Abgeordneter 1989 in den Volksdeputiertenkongress gewählt; Kovalev war von 1990 bis 1993 Vorsitzender des parlamentarischen Komitees für Menschenrechte.

<sup>69</sup> Einer Zusammenarbeit mit dem Machtapparat standen z. B. die IGFM, Aleksandr Podrabinek, Aleksej Smirnov oder auch Valerija Novodvorskaja ablehnend gegenüber. Siehe z. B. den Briefwechsel zwischen Boris Vajl und Aleksandr Podrabinek in: RM vom 21. 10., 28. 10. 1988, S. 5; Interview mit Smirnov; Interview mit Podrabinek; Novodvorskaja, *Po tu storonu*, S. 130.

<sup>70</sup> Zitiert nach Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*, S. 37.

musste sich nicht mehr primär gegen den Staat und die staatliche Verfolgung wehren, obwohl diese teilweise noch gegeben war. Von der vorangegangenen, sich vorwiegend noch durch lose Strukturen auszeichnenden Helsinki-Bewegung unterschied sie sich durch die Möglichkeit, sich formal zu organisieren, ihre Zielsetzungen in Programmen und Satzungen zu formulieren und mit neuen Methoden zu agieren. War die Einforderung gesetzlich verbriefter Rechte durch Protestformen und die Schaffung einer Gegenöffentlichkeit durch den Samizdat der früheren Dissidentenbewegung eigen, so verfolgten die Bürgerrechtsgruppen der späten 1980er Jahre das Ziel, ihre Aktionsräume auszudehnen und die angefangene Liberalisierung zu vertiefen.<sup>71</sup> Sie stellten an die Regierung direkte *politische Forderungen*, die inhaltlich mit den von den Westblockstaaten problematisierten Fragen auf dem KSZE-Treffen in Wien korrespondierten. Dabei legitimierten sie ihr Vorgehen nicht nur mit den internationalen Verpflichtungen der Sowjetunion, sondern auch mit Losungen der Perestroika und mit Gorbatschow.<sup>72</sup>

Die Bürgerrechtsbewegung galt bereits 1987 als „wiedergeboren“ und weitete sich in den Folgejahren unter Einfluss des KSZE-Folgetreffens in Wien zu einer „Wiener Bewegung“ aus.<sup>73</sup> Im Herbst 1987 verkündete der Leiter der sowjetischen KSZE-Delegation in Wien, Jurij Kaslev, es gebe in der UdSSR rund 50 Gruppen, die sich allein der Überwachung der Helsinki-Vereinbarungen verschrieben hätten.<sup>74</sup> Es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, dass die Bürgerrechtsbewegung der Perestroika eine in sich geschlossene Einheit darstellte, die sich in Zahlen erfassen oder von den übrigen informellen Gruppen trennen lässt. Im Vergleich zur Helsinki-Bewegung der früheren Jahre war sie weitgehend heterogen und nur bedingt von den anderen Informellen zu trennen. Ebenso wenig lassen sich alle Gruppen, die für die Wahrung der Menschenrechte mit Verweisen auf die KSZE appellierten, widerspruchsfrei unter dem Begriff „Bürgerrechtsgruppe“ erfassen. Solche Initiativen, die eine freie Emigration aus der Sowjetunion unter Bezug auf den Korb III der Helsinki-Akte einforderten, taten dies meistens nicht um des eigentlichen Werts der Emigrationsfreiheit wegen. In diesen Fällen

<sup>71</sup> Bei den Dissidenten früherer Jahre standen die ethische Erneuerung und nicht politische Reformen an erster Stelle, obgleich es auch „Politiker“ innerhalb dieser Bewegung gab. Zu Ideenvelt, Zielsetzungen, Methoden und Organisationsformen der Bürgerrechtsgruppen der 1960er und 1970er Jahre siehe: Luks, Leonid: Idee und Identität. Traditionslinien im sowjetischen Dissens, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 127–151; Stephan, Von der Küche auf den Roten Platz; Alekseeva, Istorija; Dies., Pokolenie. Die totale Demontage des berstenden politischen Systems konnten sich damals nur die wenigsten (Novodvorskaja, „Demokratische Union“) vorstellen. Und selbst jene, die dies als Ziel ihrer Tätigkeit sahen, glaubten noch 1987/1988 kaum daran (so etwa Aleksandr Podrabinek, Interview).

<sup>72</sup> So begründeten etwa Podrabinek und Grigor'janc die Herausgabe ihrer Bulletins mit der offiziell verkündeten Glasnost (vgl. Kapitel III. 2.2). Mit der von Gorbatschow insbesondere nach dem Januar-Plenum 1987 verkündeten „Demokratisierung der Gesellschaft“ argumentierten auch andere Gruppen. So gab das Seminar „Demokratie und Humanismus“ als Ziel seiner Tätigkeit das Bestreben bekannt „an der Herausbildung der Demokratie in der UdSSR mitzuwirken“. Vgl. das Programm in: *Glasnost*, Nr. 1, 1987, S. IV.

<sup>73</sup> Siehe Teil IV, Kapitel 2.1 der vorliegenden Studie.

<sup>74</sup> AdG 1987: 31450.

diente das jeweilige Recht vielmehr zur Durchsetzung rein privater Anliegen, der Möglichkeit zur Emigration, oder als Instrument für den Schutz der Ausreisebewegung.<sup>75</sup> Und umgekehrt: Für viele informelle Gruppen der Perestroika war der Schutz der Menschenrechte nicht die primäre Aufgabe ihrer Aktivitäten. Nicht wenige von ihnen standen jedoch den Ideen der früheren Helsinki-Bewegung und den in der KSZE-Akte festgeschriebenen Grundgedanken sehr nahe und knüpften an sie an. Insbesondere die pazifistischen Gruppen, die bereits erwähnte Vereinigung „Vertrauen“ sowie Zusammenschlüsse wie „Bürgerdiplomatie“, „Friedenswache“, „Freie Initiative“ oder „Freundschaft und Dialog“ gingen von der Einhaltung der Menschenrechte als Voraussetzung des Weltfriedens aus und traten für die Freizügigkeit von Personen und Informationen im Sinne des Korbes III der KSZE-Schlussakte ein.<sup>76</sup> Für die meisten informellen Vereinigungen politischen Profils wurde eine rechtliche Absicherung einzelner Menschenrechte zu einer zwingenden Vorbedingung der von Gorbatschow erklärten Demokratisierung, so dass das Eintreten für den Schutz der Menschenrechte sich ebenfalls zu einem Teil ihrer Tätigkeit entwickelte. Der am Anfang betont sozialistische Klub „Perestroika“ distanzierte sich zwar 1987 von den Inhalten des oppositionellen Seminars „Demokratie und Humanismus“ und von den freigekommenen Dissidenten, teilte aber deren zentrale Forderung, das sowjetische Strafgesetzbuch zu reformieren und alle politischen Gefangenen freizulassen.<sup>77</sup> Die als Diskussions- und Aufklärungsklub organisierte größte Vereinigung „Memorial“ hatte sich zwar ursprünglich der historischen Vergangenheitsaufarbeitung verschrieben, führte aber zugleich bekannte Bürgerrechtler als Mitglieder (Andrej Sacharov als Vorsitzende) und verstand sich als eine Rechtsschutzbewegung.<sup>78</sup> Eine juristische Gruppe innerhalb von „Memorial“ bot den Opfern der politischen Repressionen moralischen Beistand und Hilfe an.

Nicht alle der neu gegründeten informellen Gruppen der Perestroika verfolgten jedoch das Ziel einer gesetzlichen Verankerung der westlich-liberalen Wertvorstellungen, auch wenn sie von diesen in einer exzessiven Weise, nämlich durch Aufmärsche in der Öffentlichkeit oder durch die Verbreitung ihrer Schriften, Gebrauch machten. Das galt vor allem für die nationalpatriotische Bewegung, in deren Mittelpunkt die Gruppe „Gedenken“ mit ihren zahlreichen Ablegern stand.<sup>79</sup> Ursprünglich organisierte diese Vereinigung Kampagnen zur Erhaltung

<sup>75</sup> Zu diesen Gruppen siehe Kapitel 3 der vorliegenden Studie.

<sup>76</sup> Zu den Gruppen im Einzelnen siehe folgende Informationen: zu „Bürgerdiplomatie“, in: Berezovskij/Krotov, *Neformal'naja*, S. 254; zu „Friedenswache“, in: *Rubikon*, Nr. 3–4, 1988, Interv'ju s Vladimirom Žicharencem, in: *Rubikon*, Nr. 2, 1988, S. 42; zu „Freie Initiative“, in: *Den' za dnem*, Nr. 8, 1987, S. 13; Berezovskij/Krotov, *Neformal'naja*, S. 324; zu „Freundschaft und Dialog“, in: *Glasnost*, Nr. 1, S. IV.

<sup>77</sup> Siehe Dokument Nr. 9, „Zajavlenie kluba „Perestroika“, in: Berezovskij V./Krotov N./Červjakov V.: *Rossija: partii, associacii, sojuzy, kluby*. Sbornik dokumentov i materialov v 10-ti knigach. Spravočnik, Bd. I, Teile I, II, Moskau 1991, S. 13.

<sup>78</sup> So auch Elena Žemkova im Interview.

<sup>79</sup> Zu einem Überblick über national-patriotische Bewegungen und ihre Ideologie siehe: Lebedev, A.V. (Hrsg.): *Russkoe delo segodnja*, Bd. I. „Pamjat“, Moskau 1991; *Ogonjek*, Nr. 21,

Andrej Sacharov bei einer Kundgebung zur Unterstützung der Gründung der „Memorial“-Organisation am 25. Juni 1988.

(Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau; Foto: A. Turusov)



und Restaurierung der Denkmäler russischer Kultur oder Petitionen gegen die Umleitung sibirischer Flüsse. Die Programmatik der Organisation radikalisierte sich jedoch unter ihrem neuen charismatischen Führer Dmitrij Vasil'ev, welcher mit seinen bizarren Auftritten und den öffentlichen Lesungen der eigentlich längst als Fälschung entlarvten „Protokolle der Weisen von Zion“ für Aufsehen sorgte. Mit einer aggressiv geführten Antialkoholikampagne – einer Maßnahme gegen den „zionistischen Alkogenozid des russischen Volkes“<sup>80</sup>, wie es hieß, – und der ersten, nicht sanktionierten Demonstration in Moskau am 6. Mai 1987,<sup>81</sup> auf

1990, S. 22–24; Koenen, Gerd: „Pamjat“ und die russische „Neue Rechte“, in: Osteuropa, Nr. 3, 1990, S. 203–209; Pfahl-Traugber, Armin: Die neue/alte Legende vom Komplott der Juden und Freimaurer. Zur Renaissance des antisemitisch-antifreimaurerischen Verschwörungsmythos in der Sowjetunion, in: Osteuropa, Nr. 2, 1991, S. 122–133; hierzu auch die Dokumentation des Parteiapparates in: CAODM, f. 8702, op. 1, 1988–1998. Nacional'no-patrioticeskij front „Pamjat“.

<sup>80</sup> Schriften, in denen diese These vertreten wurde, fanden ihre Verbreitung im Rahmen der im Mai 1985 forcierten Antialkoholikampagne der neuen Parteiführung unter Michail Gorbachev. Lebedev, Russkoe delo, S. 20f.

<sup>81</sup> An dem Tag demonstrierten die Anhänger der „Gedenken“-Vereinigung vordergründig für die Bewahrung historischer Denkmäler und versicherten dem Perestroika-Kurs von Gorbachev ihre Unterstützung. *Vesti iz SSSR* 1987: 9–31.

die anschließend eine „Audienz“ bei dem damaligen Moskauer Parteichef Boris El'cin folgte, drang diese Vereinigung schnell ins öffentliche Bewusstsein der Bevölkerung. Sie gewann rasch an Mitgliedern und brachte es unionsweit zu einem hohen Bekanntheitsgrad. Bald fungierte die Gruppe „Gedenken“ als ein Sammelbecken für zahlreiche in Moskau, Leningrad, Novosibirsk, Sverdlovsk und kleineren Städten gegründete Gruppen der „Neuen Rechten“. Trotz der Ähnlichkeit ihrer Namen und einer gemeinsamen ideologischen Quintessenz – dem Ultra-Patriotismus und Antisemitismus – bildeten sie keinen monolithischen Block, sondern durchliefen unter ständigen Abspaltungen einen Wandel ihrer Programmatik und wiesen grundlegende Differenzen untereinander auf. Bis 1988 zeigten sich beinahe alle „Gedenken“-Gruppen weitgehend loyal gegenüber der herrschenden Ideologie und der Partei. Im Zuge der fortschreitenden Demokratisierung optierten jedoch ihre Anhänger zunehmend für eine ultramonarchistische Ideologie in der Art der „Schwarzen Hundertschaften“ [*černaja sotnja*]<sup>82</sup> sowie für ein militantes, selbsterklärtes „Neuheidentum“;<sup>83</sup> das selbst den orthodoxen Glauben als eine Erfindung der „jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung“ verunglimpfte. Doch unabhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung stritten alle diese Gruppen mit ihren Auftritten und mit den damit einhergehenden Versprechungen, das russische Volk vor dem moralischen Verfall zu retten, der KPdSU ihre Legitimation ab und trugen zur Etablierung des politischen Meinungspluralismus bei, obwohl sie in der Errichtung einer neuen Diktatur die Lösung aktueller Probleme sahen.

Seit 1987 entwickelte sich die informelle Szene vor allem in den großen Städten unaufhaltsam. Anfang 1988 berichtete die Parteizeitung *Pravda*, dass in der UdSSR ca. 30 000 informelle Gruppen unterschiedlichster Interessensprofile aktiv seien.<sup>84</sup> Im Jahr darauf waren es bereits 60 000.<sup>85</sup> Das Spektrum informeller Zusammenschlüsse war zu diesem Zeitpunkt bereits so groß, dass man bei einem

<sup>82</sup> Ein Sammelbegriff für antiliberalen, protofaschistische und vor allem antisemitische Gruppierungen im zaristischen Russland.

<sup>83</sup> Als solche trat die 1987 von Vasil'evs-„Gedenken“ abgezweigte „Weltweite antizionistische und antifreimaurerische Front“ von Valerij Emel'janov (VASAMF) auf. Vgl. Lebedev, Russkoe delo, S. 28ff, dort auch die Satzung der VASAMF, S. 113–126.

<sup>84</sup> *Pravda* vom 1. 02. 1988, S. 4. In einem Bericht des U.S. Helsinki Watch Committee von 1990 wurde diese Zahl als viel zu niedrig kritisiert und allein die Anzahl der Klubs mit dem klaren politischen Profil auf der Grundlage der durchgeführten offiziellen statistischen Umfragen auf rund 300 000 oder auf mindestens 120 000 korrigiert. Nach Rechnung der Berichtsverfasser habe es 1987 insgesamt rund 3,15 Millionen (!) informelle Vereinigungen gegeben. Vgl. U.S. Helsinki Watch Committee, *Neformaly*, Appendix A, S. 136–142. Zu bedenken ist, dass eine genaue Zahl der Gruppen zu keinem Zeitpunkt auf Grund der Tatsache, dass diese nicht registriert waren, ermittelbar ist. Erschwert wurde dies vor allem durch das Fehlen einer zuverlässigen Berechnungsmethode bzw. einer klaren Definition der Informellen bei den durchgeführten Rechnungen. So wurden bei der Berechnung von *Pravda* die Musikklubs ausgeschlossen, während die im Jahr 1987 hinzugekommenen Bürgerrechtsgruppen in den offiziellen Stellungnahmen meistens als „antigesellschaftliche Elemente“ ebenfalls außerhalb dieser Definition fungierten. Eine genaue statistische Erhebung wurde außerdem durch die Tatsache erschwert, dass permanent neue Gruppen entstanden und die alten zerfielen.

<sup>85</sup> *Pravda* vom 10. 2. 1989, S. 1.

Versuch der Systematisierung in Schwierigkeiten kommt. 1990 unterschieden sowjetische Soziologen bis zu 70 Tätigkeitsrichtungen.<sup>86</sup> Von der „Interbrigade des Che Guevara“ bis hin zur „Samarer Gesellschaft der Dummköpfe“, die zu ihrem offiziellen Ziel mokant die „Machtergreifung“ und die „Veräppelung der übrigen Bevölkerung mit den gewaltfreien, humanen Methoden“<sup>87</sup> im Rahmen der geltenden sowjetischen Verfassung [sic!] deklarierte, lässt sich in der informellen Szene der UdSSR alles finden. Auch solche Gruppen, die sich bewusst als politisch gaben, divergierten zuweilen sehr stark untereinander. So unterscheidet eines der umfassendsten russischsprachigen Nachschlagewerke der informellen Bewegung der Perestroika von Berezovskij knapp 18 Richtungen nur innerhalb der betont politischen Gruppierungen.<sup>88</sup>

Alle diese Initiativen widersprachen unabhängig von ihrer Programmatik dem in Artikel 51 der Unionsverfassung formulierten ideologischen Verfassungsvorbehalt, „Zielen des kommunistischen Aufbaus“ zu dienen. In vielen Fällen und trotz ihrer bis 1988/1989 mehrheitlich propagierten Anhängerschaft der offiziellen Ideologie stellten sie eine Konkurrenz und Herausforderung für die Partei dar. Denn der aktive Teil der Gesellschaft entzog sich *bewusst* der Obhut der offiziellen Organe und ging in den Untergrund der inoffiziellen Kultur, des alternativen Lebensstils und der westlichen Musik, in die ökologischen- und die Denkmalschutzbewegungen, in die Debattier- und Diskussionsklubs mit einem neuen, den Moskauer „Dissidenten-Küchen“ vergleichbaren Stil des freien Denkens, mit politischen, in Statuten formulierten Forderungen. Das, was früher nur in der „privat-öffentlichen“ Sphäre diskutiert wurde, machten informelle Gruppen zunehmend öffentlich. Dabei rückten sie allein schon mit ihrer bloßen Existenz die Problematik der Organisations- und Versammlungsfreiheit und damit des politischen Meinungspluralismus auf die politische Agenda der Sowjetunion und stellten die traditionellen Staatsstrukturen (z. B. Gewerkschaften, Komsomol), deren Bevormundung sie ja ablehnten, in Frage.

Die bisweilen anzutreffende geringe Mitgliederstärke (3 bis 5 Gruppenmitglieder), die kurze Lebensdauer mancher gesellschaftlicher Initiativen und die proklamierte Anhängerschaft der offiziellen Ideologie konnten kaum die politische Brisanz des Phänomens der Informellen abmildern. Der Trend zu einer emanzipierenden Gesellschaft und zum Autoritätsverfall des Staates bzw. der Partei machte sich schon Ende 1987 bemerkbar. Dabei ist vorwegzunehmen, dass nur

<sup>86</sup> So Čurbanov/Neljubin, *Neformal'nye ob'edinenija*, S. 18.

<sup>87</sup> Eine eigene Satzung mit ausführlicher Festlegung der allgemeinen Bestimmungen, der Struktur und der Mitgliedschaft besaß diese spöttische Gruppe ebenfalls. Vgl. Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 8, S. 118f.

<sup>88</sup> Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 1, S. 10–27. Folgende Aufsätze und Nachschlagewerke vermitteln ein ungefähres Bild der informellen Szene der Perestroika: Ebd., Teil 1, 2; Berezovskij/Krotov, *Neformal'naja*; Dies., *Neformaly*; Čurbanov/Neljubin, *Neformal'nye ob'edinenija*; Alexandrova, *Informelle*; Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*; Kozodoj, *Dviženie sibirskich „neformalov“*; Ders.: *Stanovlenie*. Vgl. auch folgendes Verzeichnis von Elena Strukova auf der Internetseite der „Öffentlichen Historischen Staatsbibliothek“ Moskau: [http://www.shpl.ru/shpage.php?menu=1148&b\\_base=menus](http://www.shpl.ru/shpage.php?menu=1148&b_base=menus).





*Eine Presse-Konferenz der Informellen am 1. Februar 1988.*

(Quelle: Aus dem privaten Archiv von Aleksej Pjatkovskij)

ein Teil dieser Öffentlichkeit zu Beginn der Perestroika im Zusammenhang mit der KSZE stand und die Schlussakte bewusst rezipierte. Doch wie im nächsten Schritt zu zeigen sein wird, bekannte sich eine viel größere Zahl von Informellen zur liberalen Weltsicht, als es zunächst erscheinen mag; sie rezipierte unbewusst die Hauptprinzipien der Schlussakte und brachte sie damit in den öffentlichen Diskurs ein. Die Bürgerrechtsgruppen, die Friedens-, die Ausreise- und die Nationalbewegungen griffen hingegen in der Tradition der Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre gezielt auf die KSZE-Bestimmungen zurück und wandten sich sogar appellativ an die Teilnehmer des KSZE-Treffens in Wien.

### 1.3 Die Informellen und die KSZE

Generell überwiegt in der Historiografie der Trend, die Informellen und die Bürgerrechtsgruppen der Perestroika voneinander zu trennen.<sup>89</sup> Entsprechend unan-

<sup>89</sup> So z. B. der russische Historiker Aleksandr Šubin, der für die Perestroikazeit zwischen dissidentischen, informellen und demokratischen Bewegungen unterscheidet und von einem diskontinuierlichen Übergang von der „Hegemonie der Dissidenten zur Hegemonie der Informellen“ spricht. Vgl. Šubin, Aleksandr: Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme, in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, herausgegeben im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst Möller und Aleksandr Čubar'jan, München 2008, S. 206–224, hier S. 220f., Zitat auf S. 221. Auch Vjačeslav Irgunov trennt die Informellen von



gebracht aus dieser Sicht mag der Versuch erscheinen, die Informellen mit dem KSZE-Prozess in Verbindung zu bringen oder irgendwelche Kausalitäten zwischen dem KSZE-Prozess und deren Herausbildung zu suchen. Doch bei genauerem Hinsehen wird man überrascht feststellen, wie viele dieser Gruppen, selbst jene mit sozialistischer Färbung, bereits 1986/1987 die zentralen Ideen der KSZE-Schlussakte (und damit der Dissidenten) unbewusst aufgriffen, die Parteiführung mit der unterlassenen Implementierung der KSZE-Bestimmungen konfrontierten und zugleich von den laufenden Verhandlungen in Wien profitierten.

Bereits auf der erwähnten August-Konferenz der Informellen im Jahr 1987 in Moskau wurden von solchen, nur auf den ersten Blick systemkonformen Gruppen liberale Ideen und Forderungen nach mehr Demokratisierung erstmalig und öffentlich ventiliert. An diesem Treffen nahmen 300 Menschen aus 12 Städten teil und diskutierten vier Tage lang über ihre weiteren Perspektiven unter den neuen politischen Bedingungen vor den anwesenden Vertretern des Moskauer Stadtparteikomitees. Die in mehreren Arbeitsgruppen (zu den Themen Politik, Recht, Ökologie, Kultur usw.) ablaufenden Diskussionen konnte man schwerlich noch als apolitisch oder als systemkonform bezeichnen. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Arbeitsgruppe, die sich mit Rechtsgewährleistung und sozialen Garantien unter Leitung von Grigorij Pel'man (Mitglied des damals noch weitgehend sozialistischen KSI) auseinandersetzte. Die Glaubwürdigkeit von Gorbačevs Perestroika und Glasnost sei von der „Lösung eines ganzen Spektrums juristischer Fragen“ abhängig – erklärten die Teilnehmer dieser Sektion –, darunter auch davon, ob ein neues Gesetz die informellen Gruppen legalisiere und ihre Einflussnahme auf die Politik gesetzlich ermögliche.<sup>90</sup> In dem angenommenen Dokument wurden u.a. „die Vervollkommnung der Gesetzgebung mit dem Ziel ihrer Humanisierung, die Festigung einer rechtlichen Basis, die Verwirklichung bürgerlicher Rechte sowie Gewissens-, Meinungs- und Versammlungs-

den Dissidenten und sagt, dass es keine Kontinuitäten zwischen beiden Phänomenen gab. Vgl. Irgunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 77; vgl. auch Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 36f. Diese Meinung resultiert zu einem erheblichen Teil aus der polemischen Diskussion, die zwischen der Hauptredakteurin des informellen Leningrader Journals *Merkurij*, Elena Zelinskaja, und dem Redakteur der Zeitschrift *Mitin Žurnal*, Dmitrij Volček, im Jahr 1987 geführt wurde. Volček wandte sich an das Mitglied der Umweltgruppe „Rettung“, Vadim Lur'e, und kritisierte die „Unentschlossenheit“ und „Kompromissbereitschaft“ der neuen informellen Gruppen mit dem Machtapparat, worauf Zelinskaja mit einer scharfen Kritik der Bürgerrechtler reagierte, deren Ziele und Methoden sie damals ablehnte, und dafür plädierte, beide Phänomene (Bürgerrechtsgruppen und die übrigen Informellen) scharf voneinander zu trennen. Beide Briefe sind unter der Überschrift „das Gespräch eines Dissidenten mit einem Informellen“ in folgender Quellensammlung des „Zweiten Samizdats“ zu finden: Mjalo, K.G./Sokolov, S.V./Sverdlov V.I. (Hrsg.): *Po stranicam samizdata*, Moskau 1990, S. 50–62. Die heutige Trennung zwischen Bürgerrechtsgruppen und den Informellen ist aber aus Sicht der Verfasserin anachronistisch, da der Begriff „Informelle“ per definitionem bereits die Bürgerrechtsgruppen erfasst, deren Ziele und Methoden spätestens 1989 auch die anderen Gruppen und Personen (auch Zelinskaja!) übernahmen. Dazu siehe weiter die vorliegende Untersuchung.

<sup>90</sup> Vgl. Dokument Nr. 3 der Sektion, in: Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 1, S. 9.

freiheiten“ als aktuellste Probleme bezeichnet.<sup>91</sup> Im Rahmen der August-Konferenz fielen auch Forderungen nach einer Reform des Strafgesetzbuches, nach der Freilassung aller politischen Gefangenen und sogar nach der Liquidierung des kommunistischen Regimes und der Bildung einer Oppositionspartei. Und auch wenn die Teilnehmergruppen der Konferenz sich in dem Schlussdokument zu den „sozialistischen Prinzipien“ bekannten, relativierten sie diese Bekenntnisse, indem sie zugleich erklärten, dass „keine Gruppe das Wahrheitsmonopol besitze“.<sup>92</sup> Selbst die neu gegründete „Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs“, welche das Monopol der regierenden Partei ihren Erklärungen zufolge nicht in Frage stellte, zielte mit ihren, von zahlreichen ihr angehörenden informellen Gruppen<sup>93</sup> unterschriebenen Forderungen – freie Mehrkandidatenwahlen mit Zulassung der Kandidaten informeller Gruppen, Abschaffung der Zensur, Entwicklung marktwirtschaftlicher Beziehungen bei der Beibehaltung sozialer Garantien usw. – auf ein anderes politisches System als das Bestehende und stellte einen Affront dar.<sup>94</sup> Dass es auf dem August-Treffen zu den Tabubrüchen kam, bezeugt auch folgende Aussage des Historikers (später ein prominenter Abgeordneter des Volksdeputiertenkongresses) Sergej Stankevič: „Dort gab es vieles von dem, was irgendwie absurd, anomal, unseriös und extravagant vorkam.“<sup>95</sup> Dazu gehörte wohl auch die von dem 35-jährigen Geologen Jurij Samodurov vorgestellte Initiative der Gruppe „Denkmal“, die den Opfern der stalinistischen Repression ein Denkmal setzen wollte – damals noch ein sehr gewagtes Unterfangen. Denn das Projekt brachte unweigerlich das Bekanntwerden der Verbrechen der sowjetischen Vergangenheit mit der Delegitimierung der Sowjetmacht mit sich, während deren Initiatoren darüber hinaus die Interpretationshoheit des Parteistaates über die Sowjetgeschichte hinterfragten.<sup>96</sup> Mit dieser Initiative nahm eine der stärksten unabhängigen Massenbewegungen der UdSSR, „Memorial“, ihren Anfang.<sup>97</sup>

Ein anderes auf der Konferenz vorgestelltes Projekt der Gruppe „Bürgerliche Würde“ mit dem Vorsitzenden Viktor Zolotarev zeichnete sich nicht weniger als „Memorial“ durch ein mit der Staatsideologie stark konfligierendes Profil aus. Zur Hauptaufgabe hatte diese Initiative unter anderem die Kontrolle der Justiz und die Rechtsschutztätigkeit (teilweise über Monitoring von Rechtsverletzun-

<sup>91</sup> Ebd.

<sup>92</sup> Dokument Nr. 1, in: Ebd., S. 7.

<sup>93</sup> Šubin spricht von dutzenden Gruppen, in: Ders., *Paradoksy*, S. 149.

<sup>94</sup> Šubin, *Predannaja*, S. 108–118; Berezovskij/Krotov, *Neformal'naja*, S. 342–344.

<sup>95</sup> Zitiert nach Šubin, *Predannaja*, S. 109.

<sup>96</sup> Vgl. das Dokument Nr. 10, Projekt „Pamjatnik“, in: Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 1, S. 14f.

<sup>97</sup> Zur Geschichte der „Memorial“-Bewegung siehe: Fein, Elke: *Geschichtspolitik in Russland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratischen Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial*, Hamburg 2000, S. 118–161; Adler, Nanci: *Victims of Soviet Terror. The Story of the Memorial Movement*, Westport/London 1993; Altrichter, *Russland*, S. 90–103; siehe auch *Erinnerungen und Dokumente im Irgunov-Archiv*: <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/stories/>.

gen), die Initiierung von Gesetzen zum besseren Schutz der Menschenrechte und Freiheiten, die Verteidigung von Opfern bürokratischer Repressionen und deren Rehabilitierung sowie die Humanisierung der Haftbedingungen erklärt.<sup>98</sup> Später trat sie immer mehr für die Liberalisierung und Reformierung aller Sphären des gesellschaftlichen Lebens ein: für die Zulassung des Privateigentums, für ein Mehrparteiensystem, für die Befreiung aller politischen Gefangenen und für die strengste Achtung der Menschenrechte. In dem Programm vom Herbst 1987 stand unter anderem:

„Ausgehend vom Primat allgemeinmenschlicher Werte gründet GD [Bürgerliche Würde] seine gesellschaftlich-politische Tätigkeit auf der Idee der humanistischen Demokratie, auf den Garantien der Rechte und Freiheiten auch für Minderheiten, auf der Verfasstheit und Vielfalt des gesellschaftlich-politischen Lebens. Die Realisierung dieser Prinzipien stellt für jede moderne demokratische Gesellschaft ein Minimum dar, unabhängig von seiner herrschenden Ideologie – sofern eine solche überhaupt existiert.“<sup>99</sup>

Obwohl auch diese Gruppe die Kooperation mit der Macht einer Konfrontation vorzog und einen strikt evolutionären Weg zu gehen versuchte, stellte sie eine „negative“ Entwicklung für die Partei dar. Denn mit ihren Auftritten in der Öffentlichkeit (Organisation von Versammlungen, Verfassen von Flugblättern und Gesetzesinitiativen) erinnerte sie die Sowjetregierung ebenfalls stets an die mangelnde Rechtsstaatlichkeit und an die Widersprüchlichkeit der Reformen und konfrontierte die Parteiführung mit Legitimitätsdefiziten.

Somit bleibt festzuhalten, dass die auf der August-Konferenz 1987 formulierten Ziele und Forderungen der informellen Initiativen ungeachtet der Bekenntnisse zum Sozialismus einem liberalen Weltbild bereits sehr nahe waren. In der post-sowjetischen Historiografie steht deshalb dieses Treffen zu Recht für die beginnende Pluralisierung der politischen Verhältnisse in der UdSSR und für die Politisierung der informellen Szene.<sup>100</sup> Wie noch in den folgenden Kapiteln zu zeigen sein wird, nahm sie inhaltlich die gesellschaftlichen Forderungen der späteren Jahre und der Bürgerrechtsgruppen, die sich seit 1987 unionsweit bildeten, vorweg.

Konnten die Aktivitäten der an der Konferenz teilnehmenden Gruppen noch als relativ gemäßigt bezeichnet werden, so war dies schwerlich von den Friedensaktivisten, Bürgerrechts-, nationalen und Ausreisegruppen oder von dem historischen Seminar „Demokratie und Humanismus“ von Valerija Novodvorskaja zu behaupten. In ihren Programmen und Erklärungen ließen sich diese von den Prinzipien der Schlussakte inspirieren, verzichteten dabei oft bewusst auf das Adjektiv „sozialistisch“, stellten direkte politische Forderungen an die Regierung und setzten nicht selten die Einzelprinzipien der KSZE argumentativ ein.<sup>101</sup> So erklärte die oben erwähnte Gruppe „Vertrauen“ im Geiste der Schlussakte von Helsinki den Abbau von Feindbildern und „Barrikadendenken“, die Herstellung einer At-

<sup>98</sup> Dokument Nr. 11, in: Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 1, S. 16f.

<sup>99</sup> Zitiert nach Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*, S. 49.

<sup>100</sup> Vgl. z. B. Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, *Rossija*, Bd. 1, S. 7.

<sup>101</sup> Zu den National- und Ausreisegruppen siehe die folgenden Kapitel.

mosphäre des Vertrauens zwischen den Völkern der UdSSR und den USA auf dem Wege eines „vierseitigen Dialogs zwischen der UdSSR und den USA“ zu ihren Hauptzielen.<sup>102</sup> Die in der Deklaration von 1987 formulierten Grundlagen und Maßnahmen nahmen die KSZE-Prinzipien noch stärker in den Blick.<sup>103</sup> Darin wurde von der Unteilbarkeit der Menschenrechte und der untrennbaren Verbindung zwischen deren Einhaltung und dem Frieden, wie es in der Schlussakte von Helsinki fixiert ist, ausgegangen und Forderungen nach Gewährleistung der bürgerlichen und politischen Grundfreiheiten aufgestellt, die zeitgleich die Kritik an der sowjetischen Rechtswirklichkeit beinhalteten. So setzte das von der Gruppe vorgeschlagene Touristenprogramm, welches gegenseitige Besuche von Bürgern in Ost und West ermöglichen sollte, die Verwirklichung des Rechts auf Reisefreiheit voraus, der Austausch von Masseninformationsmitteln implizierte den unzensierten Ideen- und Informationsfluss und die Förderung religiöser Kontakte bedeutete die Gewährleistung der Religions- und Gewissensfreiheit mit der daraus folgenden Amnestie für alle politischen Gefangenen, die aus Gewissensgründen einsaßen, sowie die Änderung der geltenden Gesetze und der Gerichtspraxis.<sup>104</sup> Das auf der Basis der Gruppe „Vertrauen“ und auf der Grundlage ihrer Prinzipien im Juni 1987 gegründete historische Seminar „Demokratie und Humanismus“ wies nicht nur inhaltliche, sondern auch personelle Verbindungen zur KSZE bzw. zu den früheren Helsinki-Gruppen auf. Den Kern des Seminars bildeten Personen, welche entweder schon früher in der Helsinki-Bewegung aktiv waren oder dem Kreis der Bürgerrechtler nahestanden (Asja Laščiver, Mal'va Landa, Vladimir Skvirskij, Jurij Kisilev, Igor' Car'kov, Kolja Chramov, Petr Starčik, Ženja Debrjanskaja). Zum offiziellen Ziel erklärte die Gruppe die „Wiederherstellung des historischen Gedächtnisses in der UdSSR“ zur Förderung der Demokratie. In ihrem Gründungsprogramm kündigte sie an, gegen den Psychiatriemissbrauch und gegen die Todesstrafe zu „kämpfen“ und versprach, sich für die allgemeine politische Amnestie, für die Abschaffung der Strafgesetzbuchartikel, für eine Anpassung des Verfassungstextes der UdSSR an die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte und an die Helsinki-Akte von 1975, für das Recht auf Reise- und Migrationsfreiheit, für Entideologisierung des gesellschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens sowie für die Legalisierung der Werke des Samizdat einzusetzen.<sup>105</sup> Diese damals noch sehr radikalen Inhalte waren nicht ohne Konfliktpotenzial, richteten sie sich doch primär gegen den Machtapparat und machten deutlich, dass sich die Tätigkeit der Gruppe nicht allein auf die wöchentlich statt-

<sup>102</sup> Zur inhaltlichen Analyse der Deklaration der Gruppe siehe: Teubner, Sabine: *Ausgewählte Demokratisierungsdiskurse im Sowjetischen Russland. Kritische Diskursanalyse dreier Gruppen, betrachtet von 1976 bis 1991* (Schriftenreihe Politikwissenschaft, Bd. 10), Berlin 2006, S. 64–67, hier die Zitate; hierfür wie für das Folgende siehe auch RM vom 16. 8. 1985, S. 6; RM vom 6. 9. 1985, S. 6; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 14, 1987, S. 8.

<sup>103</sup> Teubner, *Ausgewählte Demokratisierungsdiskurse*, S. 64–67; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 14, 1987, S. 8.

<sup>104</sup> Ebd.

<sup>105</sup> Vgl. die Ziele und das Programm der Gruppe in RM vom 5. 6. 1987, S. 7; vgl. auch. Teubner, *Ausgewählte Demokratisierungsdiskurse*, S. 67f.

findenden Vorlesungen zur Geschichte der UdSSR mit den anschließenden Diskussionen beschränken würde. Tatsächlich gehörte das Seminar bald zu den prominentesten „Friedensstörern“ der Perestroika, die in regelmäßigen Abständen ihre Forderungen unionsweit öffentlich kundtaten und zusammen mit den anderen, oben erwähnten informellen Gruppen (etwa mit der „Gemeinde“, der „Bürgerliche Würde“ oder „Perestroika-88“) die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit in Widerspruch zur geltenden Unionsverfassung und zum Missfallen des Machtapparats etablierten. Davon wird später noch die Rede sein.

Einen deutlich engeren Zusammenhang zur KSZE und zu den laufenden Verhandlungen in Wien wiesen hingegen jene gesellschaftlichen Initiativen auf, die sich explizit für Bürger- und Menschenrechte einsetzten und dabei pragmatisch die KSZE-Schlussakte rezipierten: der Presseklub „Glasnost“, die IGFM oder die Rechtsschutzbuletins *Glasnost*’ und *Ėkspress-Chronika*. „Glasnost“ nahm von Anfang an für sich in Anspruch, ein Vorbereitungskomitee der von Ėduard Ševardnadze in Wien vorgeschlagenen KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau für das Jahr 1991 und zugleich ein ständig arbeitendes Organ der Kontrolle über die Einhaltung der Verpflichtungen der Schlussakte in der UdSSR zu sein. Der Klub wurde zum offiziellen Mitglied der in Wien ansässigen IHF aufgenommen.<sup>106</sup> Dabei entwickelte sich „Glasnost“ zu einem lockeren Verbund einer Vielzahl spezieller Bürgerrechtsgruppen und Bürgerrechtsaktivisten, nationaler Autonomie-Bewegungen (Krim-Tataren, Georgische Helsinki-Gruppe) und Friedensgruppen („Vertrauen“, „Freundschaft und Dialog“), welche in Sektionen gegliedert zusammenarbeiteten (u. a. in den Sektionen Religion, Information, Situation der Invaliden, Individuelle Menschenrechte, Sozialrechte, Jugendbewegung). Die Kontrolle über die Einhaltung der Helsinki-Vereinbarungen war ebenfalls eines der erklärten Ziele der im September gegründeten Moskauer und Leningrader Sektionen der IGFM, welche auf Ersuchen der früheren Bürgerrechtsaktivisten Valerij Senderov<sup>107</sup> und Aleksandr Ogorodnikov<sup>108</sup> bei der IGFM in Frankfurt am Main registriert wurden.<sup>109</sup> Sowohl „Glasnost“ als auch IGFM

<sup>106</sup> Wie noch weiter im Text gezeigt wird, sicherte diese Mitgliedschaft der Gruppe und ihren Mitgliedern neben Prestige einen gewissen Schutz vor staatlichen Angriffen und erweiterte ihre innenpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Offenbar wurde die Aufnahme in die westlichen transnationalen Organisationen bewusst angestrebt, um sich dadurch vor staatlichen Angriffen besser schützen und die eigenen innenpolitischen Ziele erreichen zu können. So begründete z. B. Juris Vidins, Leiter der Lettischen Gruppe „Helsinki-86“, das Aufnahmege such seiner Gruppe in die IHF, vgl. Rohde-Liebenau, Menschenrechte, S. 124, Anmerkung 372.

<sup>107</sup> Senderov war für seinen Einsatz gegen die Diskriminierung der Juden in den sowjetischen Bildungseinrichtungen nach Art. 70 des StGB der RSFSR zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden. Einen Einblick in seine Tätigkeit vor der Zeit der Perestroika bietet folgender Artikel: Solomonova, Ekaterina: Bodalis’ teljata s dubom, <http://www.jewishagency.org/NR/rdonlyres/F151D3F2-F6D4-479C-A407-0C0836808665/54393/solomonova.pdf> [21. 2. 2010].

<sup>108</sup> Ogorodnikov wurde mehrfach für seine religiöse Tätigkeit sowie für den Einsatz für die Rechte der Gefangenen verurteilt.

<sup>109</sup> RM vom 25. 9. 1987, S. 5; zur Programmatik vgl. Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, Rossija, Bd. 4, S. 16f.

übernahmen von ihren Vorgängern die Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen (vor allem in den Rechtsschutzbuletins *Ėkspress-Chronika* und *Glasnost'*), der „offenen Briefe“ und „Appelle“ an die internationale Gemeinschaft und an die KSZE-Signatarstaaten.

Während für die Mehrheit der Informellen der KSZE-Prozess und die aktuellen Verhandlungen in Wien von geringerem Interesse zu sein schienen und sie nur indirekt die KSZE-Akte rezipierten, richteten die Friedens-, die Bürgerrechts- und die Ausreisegruppen sowie national-patriotische Vereinigungen ihre Aufmerksamkeit auf das aktuelle KSZE-Treffen in Wien. Einige von ihnen wandten sich mit Appellen an die Teilnehmer des Treffens, informierten dabei die westliche und die eigene Öffentlichkeit über die Fortschritte bzw. Rückschläge der Demokratisierung in der UdSSR<sup>110</sup> und bezogen Stellung zur Initiative des Kremls, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzuhalten. Dabei wurden grundlegende Differenzen in der Wahrnehmung der KSZE unter diesen Gruppen und damit auch über den weiteren Reformprozess der UdSSR offensichtlich.

Während ein Teil der Aktivisten, vor allem jene um den Presseklub „Glasnost“, positive Erwartungen mit der sowjetischen Offensive im Bereich der Menschenrechte verband, lehnten andere Gruppen diese als „propagandistische Rhetorik“ ab und drückten ihre Enttäuschung über die bisherigen Ergebnisse des KSZE-Prozesses in einer skeptischen Haltung den Verhandlungen in Wien gegenüber aus. In einem Appell an alle Konferenz-Teilnehmer plädierten der Presseklub „Glasnost“ und die Mitglieder der Friedensbewegung „Freundschaft und Dialog“ für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau als eine Möglichkeit, aus dem aktuellen „Krieg der Symbole“ auszubrechen, allerdings unter der Voraussetzung, dass alle politischen Gefangenen befreit, Gesetze der UdSSR in Übereinstimmung mit den internationalen Verpflichtungen gebracht würden und die unabhängigen Organisationen eine Garantie für die Fortsetzung ihrer Tätigkeiten erhielten. Andererseits werde die Konferenz zur „Propaganda der Lügen“. Die Gruppe erklärte ihre Bereitschaft, eine Vermittlerrolle bei der Annäherung zwischen West und Ost zu spielen: Den westlichen KSZE-Staaten bot sie ihre Hilfe bei der Bereitstellung von Information über die Demokratisierungsfortschritte in der UdSSR an, und der eigenen Regierung sicherte Sergej Grigor'janc die Hilfestellung bei weiteren Liberalisierungsmaßnahmen zu.<sup>111</sup> Auch der in der „Memorial“-Bewegung aktive Andrej Sacharov äußerte sich hoffnungsvoll hinsichtlich des KSZE-Prozesses und einer Menschenrechtskonferenz in Moskau. Als notwendige Bedingungen forderte er jedoch die Befreiung aller Andersdenkenden aus der Haft, Änderungen in der sowjetischen Gesetzgebung sowie den vollständigen Abzug der sowjetischen

<sup>110</sup> Dies erfolgte zum einen durch Weitergabe der Dokumentation über Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR an die KSZE-Teilnehmerstaaten und zum anderen durch das öffentliche Monitoring in der informellen Presse, vor allem in den informellen Zeitschriften *Glasnost'* und *Ėkspress-Chronika*, aber auch in der Pariser Exilzeitung *Russkaja Mysl'*. Zu den Beispielen siehe weiter unten.

<sup>111</sup> Appelle, in: *Glasnost'*, Nr. 5, 1987, S. II; RM vom 18. 9. 1987, S. 5.



Armee aus Afghanistan.<sup>112</sup> Die Skeptiker, u.a. der Herausgeber der *Ėkspress-Chronika*, Aleksandr Podrabinek, Mal'va Landa aus dem Seminar „Demokratie und Humanismus“, der Vertreter der Bewegung der Krim-Tataren für die Rückkehr in ihre Heimat Krim, Mustafa Džemilev, und die Moskauer IGFM teilten dagegen die Befürchtung, dass die KSZE-Konferenz in Moskau auf einen Freispruch für die sowjetische Regierung hinauslaufen werde. In einem offenen Brief an die KSZE-Signatarstaaten appellierten insgesamt 11 prominente Bürgerrechtsaktivisten, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau abzulehnen, solange es in der UdSSR „politische Häftlinge in den Lagern, Gefängnissen und psychiatrischen Kliniken gibt, solange die Rechte der nationalen Minderheiten verletzt werden, solange die Gewissensfreiheit eingeschränkt wird und das Recht auf freie Informationsverbreitung fehlt“.<sup>113</sup> Zu der allgemein verbreiteten Skepsis über Gorbachevs Reformkurs mischte sich laut Aleksandr Podrabinek auch die Verbitterung über den ausgebliebenen Effekt des bisherigen KSZE-Prozesses bei: Die großen Hoffnungen der 1970er Jahre an die KSZE seien enttäuscht worden, der Westen habe bisher nicht konsequent genug gehandelt und sich nur halbherzig mit den Dissidenten in der Sowjetunion solidarisiert. Auch von dem aktuellen Treffen in Wien sei deshalb wenig zu erwarten.<sup>114</sup>

Ungeachtet des wachsenden Pessimismus blieb die KSZE sowohl für Podrabinek als auch für einen Teil der Bürgerrechtsgruppen als Appellinstanz und Zitiergrundlage dennoch weiter bestehen. Vor allem die Moskauer Gruppe der IGFM machte die Konferenzteilnehmer in Wien laufend auf die fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion aufmerksam.<sup>115</sup> Dabei argumentierte sie auch gegen die Verabschiedung eines neuen Dokuments auf dem Wiener Treffen. „Es soll erst dann unterzeichnet werden, wenn die Staaten des totalitären Blocks endlich die vor 12 Jahren auf sich genommenen Verpflichtungen implementieren“, hieß es in einem ihrer zahlreichen Appelle an die KSZE-Unterzeichnerstaaten.<sup>116</sup> Die Skeptiker forderten die KSZE-Signatarstaaten auf, „die absolute Kompromisslosigkeit“, „die harte Hand der freien Welt“ gegenüber der Sowjetunion zu demonstrieren, denn das „Neue Denken“ der sowjetischen Regierung

<sup>112</sup> Siehe IHF: On speaking terms. An unprecedented Human Rights Mission to the Soviet Union, Wien 1988, S. 47; sowie auch Sacharovs Rede auf der Pressekonferenz im Außenministerium am 3. 6. 1988, abgedruckt in: RM vom 10. 6. 1988, S. 1, 4. Der von ihm früher genannten Bedingung, die Ausreise von *Refuseniks* zu ermöglichen, wurde zu dem Zeitpunkt zum Teil stattgegeben. Die gesetzliche Sicherung der Ein- und Ausreisefreiheit war jedoch noch nicht fortgeschritten. Siehe dazu Kapitel 3.

<sup>113</sup> Offener Brief an die Regierungen der 27 Signatarstaaten des Helsinki-Abkommens von 1975, abgedruckt in: *Ėkspress-Chronika*, Nr. 10, 1987, S. 1, auch in RM vom 9. 10. 1987, S. 16.

<sup>114</sup> Interview mit Podrabinek.

<sup>115</sup> Exemplarisch sei auf folgende offene Briefe an die Teilnehmer der KSZE-Konferenz in Wien sowie an die westliche Öffentlichkeit verwiesen, die in den russischsprachigen zensurfreien Medien abgedruckt wurden: RM vom 13. 10. 1987, S. 5; vom 20. 10. 1987, S. 1; vom 30. 10. 1987; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 17, 1987, S. 11; Nr. 18, 1987, S. 8; Nr. 1, 1988, S. 9. Das Gros solcher Appelle und ihre genaue Rezeption im Westen lassen sich jedoch wegen eingeschränkter Quellenbasis aktuell noch nicht ermitteln.

<sup>116</sup> Vgl. Appell an die KSZE, abgedruckt in: RM vom 18. 12. 1987, S. 6.



schaffe dafür die Voraussetzungen.<sup>117</sup> Dass diese Appelle im Westen Gehör fanden, lässt die Position der drei angloamerikanischen KSZE-Teilnehmerstaaten vermuten: Sie verfolgten die geforderte „harte Linie“ bis zum Ende des Treffens in Wien.<sup>118</sup>

Trotz der Differenzen innerhalb der Gruppen gelang es ihnen, ihre Forderungen über das Treffen in Wien sowie die KSZE-Netzwerke an die eigene Regierung zu kommunizieren, so dass ein doppelter Demokratisierungsdruck auf Gorbachev aufgebaut wurde: „von unten“ durch die informelle Öffentlichkeit und „von außen“ durch die KSZE.<sup>119</sup> Dass die unabhängigen Gruppen in der Sowjetunion dabei im Vergleich zu ihren Vorgängern in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre über erheblich erweiterte Handlungsmöglichkeiten verfügten, zeigt das Beispiel einer vom Presseklub „Glasnost“ initiierten internationalen Menschenrechtskonferenz in Moskau. Zusammen mit den anderen prominenten Bürgerrechtlern (Larisa Bogoraz, Sergej Kovalev, Gleb Jakunin) gab „Glasnost“ im September 1987 ein geplantes Vorbereitungsseminar unabhängiger Rechtsschutzgruppen mit Teilnahme der internationalen Helsinki-Netzwerke unter dem Motto „von einer Nulllösung bei den Waffensystemen zu einer Nulllösung auf dem Felde der Propaganda“ bekannt. Zu den unmittelbaren Zielen der Veranstaltung wurden die Herstellung einer Vertrauensatmosphäre und die Schaffung von Voraussetzungen für das Zustandekommen sowie die erfolgreiche Arbeit der vom Kreml in Wien initiierten KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau erklärt. Nach den Vorstellungen der Seminarveranstalter sollte damit gemäß dem Vorbild der „alten“ MHG langfristig ein effektiver *transnationaler* Mechanismus der Kontrolle über die Einhaltung internationaler Vereinbarungen durch die Sowjetunion im humanitären Bereich geschaffen werden.<sup>120</sup> Das erste,

<sup>117</sup> Abgedruckt in: *Ėkspress-Chronika*, Nr. 1, 1988, S. 9.

<sup>118</sup> Vgl. Teil II und Teil IV, Kapitel 1.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>119</sup> In der Politikwissenschaft spricht man im dem Zusammenhang von einem „Bumerang-Effekt“. Er entsteht, wenn die Oppositionsgruppen die internationalen Netzwerke und Menschenrechtsregime zu einem außenpolitischen Druck auf die eigene Regierung veranlassen, während sie selbst auf unterschiedliche Weise von den Menschenrechtsnetzwerken unterstützt und in gewisser Hinsicht vor den staatlichen Angriffen geschützt werden. Zur theoretischen Konzeption siehe Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter: *Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens*, Baden-Baden 2002. Obwohl die Einflussmöglichkeiten einzelner Gruppen auf die westlichen Signatarstaaten und die KSZE-Verhandlungen strittig (weil kaum messbar) sind, ist zugleich eine Interdependenz nicht von der Hand zu weisen. So sensibilisierten sowjetische Gruppen mit ihren Appellen die westliche Öffentlichkeit für bestimmte Sachbereiche, die von den Konferenzteilnehmern dann in die Verhandlungen aufgenommen wurden. Sehr detaillierte Implementierungsdebatten über die Ausreisefreiheit und die Behandlung von Andersdenkenden prägten z. B. die erste Phase der Konferenz – also Themen, die besonders intensiv von der sowjetischen Bevölkerung und Exildissidenz an die Signatarstaaten herangetragen wurden.

<sup>120</sup> Der erste Appell der Gruppe vom 2. 9. 1987 ist abgedruckt in: RM vom 25. 9. 1987, S. 5; im Oktober folgte die Bekanntmachung mit dem geplanten Programm des Seminars, abgedruckt in: *Glasnost*, Nr. 10, 1987, S. VIII, vgl. auch RM vom 2. 10. 1987, S. 7 und vom 16. 10. 1987, S. 7. Volltext: K meždunarodnym i nacional'nym organizacijam i častnym li-

für Ende 1987 geplante Treffen war als eine internationale Konferenz mit 10 thematischen Sektionen (u. a. zu den Schwerpunkten „Sozialökonomische Rechte“, „Nationale Probleme“, „Informationsfreiheit“, „Gewissensfreiheit“, „Zwischenmenschliche Kontakte“) geplant.

Die Menschenrechtskonferenz fand mit rund 400 Teilnehmern zwischen dem 10. und 15. Dezember 1987 in acht Moskauer Wohnungen statt. Sie war die erste unabhängige Veranstaltung, die nicht verboten wurde und an der Vertreter westlicher Menschenrechtsorganisationen teilnahmen.<sup>121</sup> Damit steht sie beispielhaft für den Schutz vor direkten Angriffen des Staates, den die vielen Gruppen der Perestroika genossen, denen eine Anbindung an die westlichen Helsinki-Gruppen und die Argumentation mit der KSZE gelang. Diese Zusammenhänge bestätigt auch ein internes Schreiben des ZK der KPdSU vom 4. Dezember 1987, welches gegen ein Verbot des Seminars angesichts der Gefahren einer „antisowjetischen Stimmungsmache“ und des im Dezember 1987 bevorstehenden Gipfeltreffens zwischen Reagan und Gorbatschow in Washington argumentierte.<sup>122</sup> Der Machtapparat entschied sich für „administrative“ Methoden seiner Unterbindung und für „verdeckte“ Störmaßnahmen, welche das Image der Sowjetunion nicht allzu sehr beschädigen würden und welche auch gegenüber den anderen informellen Initiativen stets praktiziert wurden. So verhinderte man die Einreise ausländischer Teilnehmer mit der Verweigerung ihrer Visa. Berichtet wurde von kurzfristigen Festnahmen der Anreisenden an den Bahnhöfen und Flughäfen, von Bedrohungen, Vorwarnungen und Durchsuchungen der Seminarteilnehmer durch die Sicherheitskräfte.<sup>123</sup> Auf die Anfrage der Seminarveranstalter nach den Räumlichkeiten beim Moskauer Stadtsowjet reagierte man abschlägig und empfahl stattdessen, die Konferenz im Rahmen der offiziellen, neuerdings geschaffenen „Gesellschaftlichen Kommission für internationale Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Fragen und der Menschenrechte“ (künftig: Burlackij-Kommission) abzuhalten. Die Burlackij-Kommission war durch den Beschluss des seit Juli 1971 bestehenden, die Friedenspropaganda betreibenden „Sowjetischen Komitees für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit“ als dessen Unterabteilung am 27. November 1987, also kurz nach der Bekanntgabe des geplanten unabhängigen Menschenrechtsseminars, unter dem Vorsitz des prominenten politischen Journalisten der *Literaturnaja Gazeta*, Fedor Burlackij, ins Leben gerufen worden. Bezeichnenderweise warb sie nun ebenfalls für ein

cam, zainterisovannym v razvitii chel'sinskogo processa v oblasti gumanitarnykh problem. O programme moskovskogo seminaru po gumanitarnym problemam, in: Privatbesitz der Zeitzeugen.

<sup>121</sup> Siehe den Bericht über das Seminar in: RM vom 15. 1. 1988, S. 6.

<sup>122</sup> O namerenii antiobščestvennykh elementov provesti v Moskve tak nazyvaemyj „seminar po pravam čeloveka“, in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 37, l. 2f. Vgl. auch Rohde-Liebenau, Menschenrechte, S. 124f.

<sup>123</sup> Ebd.; *Vesti iz SSSR*, 1987: 23-3; siehe auch den Bericht an ZK der KPdSU über die Maßnahmen gegen das Seminar: O merach po lokalizacii provokacionnykh dejstvii učastnikov tak nazyvaemogo „seminara po pravam čeloveka“, in: RGANI, f. 89, op. 18, d. 121.

internationales, offizielles Menschenrechtsseminar.<sup>124</sup> Dies war wenig verwunderlich, wurde doch der Kommission durch einen Beschluss des ZK der KPdSU die „Neutralisierungsarbeit antigesellschaftlicher Gruppen des Typus Presseklub ‚Glasnost‘“ aufgetragen.<sup>125</sup>

Auf die Methode der Schaffung von parteiloyalen Gruppen zur Neutralisierung der informellen Initiativen musste der Parteistaat indes öfters dort zurückgreifen, wo die anderen, wenig aufwendigen Mittel versagten. Denn das Bewusstsein über den Verlust der Autorität und die Monopolstellung trotz bestehender gesetzlicher Garantien (Art. 6 der Verfassung) erlangte der Parteistaat relativ spät, als die informellen Initiativen zu einem Massenphänomen wurden und nicht mehr mit Verboten einzugrenzen waren. Dass man die gesellschaftlichen Aktivitäten, die man noch kurz zuvor zu aktivieren versucht und teilweise selbst initiiert hatte, nicht verbieten oder mit Repressionen unterdrücken konnte, dürfte der Machtparat auch angesichts der laufenden Verhandlungen in Wien und seinen Bemühungen, die Humanität des sozialistischen Systems zu demonstrieren, erkannt haben.

„Alle Versuche, die Aktivität der Informellen mit den administrativen Mitteln zu neutralisieren, werden lediglich einen noch engeren Zusammenschluss von ‚Informellen‘ mit den ‚Dissidenten‘ bewirken und ihr auf die internationale Resonanz gerichtetes, organisiertes Handeln noch verstärken“,

warnte ein innerparteiliches Schreiben aus dem Jahr 1988.<sup>126</sup> Doch über eine klare einheitliche Strategie im Umgang mit den Informellen verfügte der Parteistaat genauso wenig wie über das Programm der politischen Reformen im Land. Den Handlungsoptionen der Parteiführung in Bezug auf die Gesellschaft waren somit schon 1987 Grenzen gesetzt. Wie sehr die KP ihr Verhalten an den eigens erhobenen Demokratisierungsanspruch anpassen und auf das außenpolitische Image achten musste und wie wenig sie dabei bereit war, die Unabhängigkeit gesellschaftlicher Initiativen zu akzeptieren, zeigen die widersprüchlichen Reaktionen auf die Informellen und im Einzelnen eben auch die Bildung und die Tätigkeit der Burlackij-Kommission.<sup>127</sup>

<sup>124</sup> Zur Burlackij-Kommission siehe: RFE/RL, RS bjulleten', Nr. 51, 1987, PC 128; Ebd., Nr. 9, 1988, PC 23; *Izvestija* vom 30. 11. 1987, S. 3; vom 12. 2. 1988, S. 5; SR vom 27. 12. 1987, S. 5. Lesenswert sind auch die Memoiren von Burlackij: Burlackij, Fedor: *Glotok svobody*, Bd. 2, Moskau 1997; zur Tätigkeit der Kommission siehe Kapitel 5.

<sup>125</sup> Vgl. O namerenii antiobščestvennyh elementov provesti v Moskve tak nazyvaemyj „seminar po pravam čeloveka“, in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 37, l. 5. Diese Kommission war nicht die einzige offizielle Menschenrechtsgruppe. So schaffte der Staat auf lokaler Ebene parteiloyale „Memorial“-Initiativen, um die unabhängige „Memorial“-Bewegung zu neutralisieren. Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 55.

<sup>126</sup> Materialy k vystupleniju po problemam razvitija samodejatel'nogo dviženija (Aprel' 1988), in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 14, l. 5.

<sup>127</sup> Zur Burlackij-Kommission siehe mehr im Kapitel 5.

### 1.4 Die Reaktionen des Machtapparates: Widersprüchlichkeit der Umgangsformen

Wegen des Fehlens von Primärquellen ist es schwierig, die Einstellung der amtlichen Stellen den Informellen gegenüber jeweils differenziert zu beschreiben. Auf der Grundlage der offiziellen Presse sowie einiger offen zugänglicher Informationsmaterialien aus dem Politbüro und dem Moskauer Stadtpartei Komitee lässt sich dennoch eine allgemeine Tendenz feststellen, und zwar die anfangs offensichtliche Weigerung des Parteiapparates, die unabhängigen Aktivitäten der Gesellschaft zu akzeptieren bzw. die Versagung des Dialogs mit dieser. Dafür charakteristisch war eine große Spannbreite an teilweise inkonsequenten Umgangsformen zwischen den einzelnen amtlichen Stellen und den informellen Vereinigungen in der Zeit zwischen 1986 und 1989.

Weil es sich ursprünglich um die Aktivitäten der Jugend handelte, fielen die informellen Vereinigungen grundsätzlich in das Ressort des Komsomol und der Partei Komitees. Richtungsweisende Entscheidungen wurden dennoch auf der höchsten politischen Ebene, im Politbüro, getroffen. In der ersten Hälfte der Perestroika war aber das Problembewusstsein in den obersten Rängen des Machtapparates gleich null. Es ist bemerkenswert, dass die Informellen bis ins Jahr 1988 in keiner offiziellen Rede von Gorbatschow erwähnt wurden. Lediglich hochpolitische und systemkonträre Initiativen mit erkennbar wachsenden Mitgliederzahlen wie „Memorial“ sowie einzelne im Westen bekannte Bürgerrechtsgruppen (Presseklub „Glasnost“) wurden mit Besorgnis „ganz oben“ registriert.<sup>128</sup> In den meisten Fällen oblag die konkrete Ausformulierung der Politik den informellen Gruppen gegenüber den unteren Gliedern der Partei. Weil die jeweiligen lokalen Kader darauf einen erheblichen Einfluss hatten, gestalteten sich die Verhältnisse zwischen Apparat und Informellen auf der praktisch-administrativen Ebene unionsweit und abhängig von den Phasen der Perestroika unterschiedlich. In den Großstädten – Moskau, Sverdlovsk, Leningrad, Omsk oder Tomsk –, wo infolge von Gorbatschows Politik der Kadererneuerung viele junge qualifizierte Personen die alten Funktionäre ablösten, waren die Verhältnisse weniger konfliktgeladen, stellenweise sogar kollegialer als in den peripheren Orten oder in den zentralasiatischen Gebieten.<sup>129</sup> Trotz einer Bandbreite an Umgangsformen und Maßnahmen lässt sich ein gemeinsames primäres Ziel unter den Vertretern des Parteiapparates ermitteln: das Bestreben, die informellen Gruppen zu entpolitisieren, ihren Einfluss

<sup>128</sup> So wurde am 24. 11. 1988 im Politbüro darüber beraten, wie die Legalisierung und die Ausbreitung der „Memorial“-Bewegung verhindert werden könnte. Dass diese Initiative nicht mehr zu stoppen war, war allen Beteiligten der Politbürositzung, selbst dem konservativen Egor Ligačev, mehr als klar. Die beschlossenen Maßnahmen richteten sich deshalb darauf, sie bestenfalls einzufangen oder lokal einzugrenzen. Vgl. Zasedanie Politbjuro ZK KPSS, 24. 11. 1988, in: RGANI, f. 89, op. 42, d. 23, l. 2–5.

<sup>129</sup> An einer anderen Stelle wurde bereits erwähnt, dass es in einigen Regionen der Union sogar eine Art Symbiose zwischen lokalen Parteiorganen und Informellen gegeben hat. Dazu mehr Vochmenceva, Die Neuformierung; Kozodoj, Stanovlenie; Ders.: Dviženie.

auf die Gesellschaft und die Politik auf ein Minimum zu reduzieren und nach Möglichkeit die verlorenen Positionen zurückzugewinnen.<sup>130</sup>

In der Überzeugung, die integrierende Kraft der Gesellschaft auch weiterhin bleiben zu können, sah die Parteiführung Anfang 1987 offenbar in den zahlenmäßig kleinen und untereinander teilweise in Konflikt stehenden informellen Gruppen mit oft unklaren Zielsetzungen noch keinen ernstzunehmenden Gegner. Viktor Mironenko, Erster Sekretär des ZK des Kommunistischen Jugendverbandes, in dessen Ressort die Lenkung der Aktivitäten der Jugend in die von der Partei bestimmten Bahnen fiel, behauptete auf dem XX. Plenum des Komsomol im April 1987, dass es keine informellen Vereinigungen gebe, die eine Alternative oder eine Konkurrenz zum bestehenden Jugendverband darstellen würden.<sup>131</sup> Ähnliches stellte der Erste Sekretär des Leningrader Gebietskomitees der KPdSU, Jurij Solov'ev, auf dem Juni-Plenum des ZK der KPdSU 1987 fest, als er über die Existenz informeller Gruppen und des von ihnen ausgehenden Drucks berichtete und sogar die zeitweilige Betroffenheit der Machtorgane zugab. Zugleich versicherte er, dass diese Erscheinung von kurzer Dauer sein würde und die aktuelle Situation unter „voller Kontrolle“ der Partei-, der Gewerkschafts- und der Komsomolorganisationen sowie örtlicher Sowjets der Volksdeputierten sei.<sup>132</sup> Keine zwei Jahre später dürfte Solov'ev seine Meinung geändert haben: Bei den ersten Mehrkandidatenwahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989 hatte er infolge der Wahlkampagne der informellen Gruppen gegen die offiziellen Kandidaten des Parteiapparates verloren.<sup>133</sup>

Im Jahr 1987 waren es sogar noch die Parteikomitees selbst, die das Anwachsen der informellen Szene unwissend unterstützten. Sie taten, wozu Gorbačev sie aufforderte: Durch die Bereitstellung von Räumlichkeiten oder der Druckmaschinen der Komsomol-Gebietskomitees für die Herstellung der Druckerzeugnisse informeller Vereinigungen, durch die Hilfe bei der Organisation und Veranstaltung der Treffen und Konferenzen von Informellen (wie die oben erwähnte August-Konferenz in Moskau) ermöglichten sie die Entfaltung der gesellschaftlichen Initiativen. Bei dem Versuch, diese in den Wirkungskreis des Jugendverbandes einzubeziehen oder sie an jene Vereinigungen anzuschließen, die unter der Leitung des Komsomol standen, stießen sie aber relativ schnell auf Widerstand. Selbst die unter direkter Kontrolle stehenden Informellen (z. B. „Moskauer klubübergreifende Parteigruppe“) rebellierten gegen die Anstrengungen der Funktionäre, durch die Zusammenarbeit die Situation zu beherrschen.<sup>134</sup> Umso hilfloser wurde der Apparat, als das Wachsen der informellen Szene zum Ende 1988 unkontrollierbare Ausmaße annahm. Die Ratlosigkeit kam insbesondere in den uneinheitlichen, oft widersprüchlichen Reaktionen zum Ausdruck, während die anhaltende Weige-

<sup>130</sup> Vgl. auch Alexandrova, *Informelle*, S. 39–66.

<sup>131</sup> *Komsomol'skaja Pravda* vom 16. 4. 1987, S. 6.

<sup>132</sup> RGANI, f. 89, op. 5, d. 62, l. 28; vgl. auch Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 1, S. 356.

<sup>133</sup> Vgl. Kapitel 6.2.

<sup>134</sup> Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 33f; Vochmenceva, Galina: *Associacija obščestvennych ob'edinenij – popytka dialoga*, in: Suslova, *Obščestvennye*, S. 146–151.

rung, die Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Initiativen anzuerkennen, oder die Versuche, sie mit den verschleierte Formen des Verbots – Behinderung ihrer Tätigkeit, Verunglimpfung in der Presse und Schaffung von für sie unerträglichen Bedingungen – zu neutralisieren, einen noch größeren Protest und die Politisierung eines Teils der Gesellschaft nach sich zog.

Am 27. Dezember 1987 erschien auf der Titelseite der zentralen Parteizeitung *Pravda* ein richtungsweisender Artikel mit dem Titel „Demokratie und Initiative“, welcher die Initiativen „von unten“ guthieß, zu mehr Toleranz gegenüber den Informellen und zum Dialog mit ihnen ermunterte. „Perestroika ist undenkbar ohne Stütze auf das Schöpfungstum der Massen“, deklarierte die *Pravda* und wiederholte Gorbachevs Ziel des Umbaus, jeden Einzelnen in die Verwaltung der Gesellschaft einzubeziehen. Der Artikel nannte aber auch Kriterien zur Bewertung gesellschaftlicher Aktivitäten. Demnach waren alle Gruppen, die für den Sozialismus von Nutzen seien und den Staatsorganen zuarbeiteten, zu unterstützen, während alle anderen als negative Erscheinungen abgeurteilt und abgelehnt wurden. Schließlich seien die Ziele der Sowjetunion nicht die „Liberalisierung nach westlicher Art, sondern die Vertiefung und die Verbreitung sozialistischer Demokratie“, wie der *Pravda*-Beitrag betonte. Eine ähnliche Perzeption der gesellschaftlichen Initiativen vermittelten auch Ankündigungen von Viktor Mironenko auf dem oben zitierten Plenum des Komsomol im April 1987, als er sagte, dass der Dialog mit den nützlichen Gruppen geführt werden solle, während „hässliche“, der „sozialistischen Lebensart fremde Erscheinungen“, zu vernichten seien.<sup>135</sup> Als unmittelbare Bedrohung wurde vor allem die Tätigkeit solcher Gruppen wahrgenommen, die auf ihre Unabhängigkeit und Selbstständigkeit beharrten und eine klare politische Orientierung aufwiesen. Der Leitartikel der *Komsomol'skaja Pravda* vom 30. Januar 1988 sprach in diesem Zusammenhang von den „negativen Elementen“, welche „die Verhältnisse der Demokratisierung und der Glasnost für ihre eigennützigen Zwecke ausnutzen wollen, bis zu den Versuchen, selbsttätige Formierungen zu Auftreten zu treiben, die der sowjetischen Ordnung unverkennbar feindlich gegenüberstehen“.<sup>136</sup>

Wie differenziert der Parteiapparat die unterschiedlichen informellen Gruppen wahrnahm, zeigt die parteiinterne Dokumentation des Moskauer Stadtparteikomitees und des Moskauer Komsomol der KPdSU. So unterteilte ein internes Schreiben des Stadtparteikomitees vom April 1988 alle informellen Organisationen in die folgenden drei Kategorien: 1. Gruppen und Liebhaberinteressenvereinigungen (in Moskau ca. 1300), deren Tätigkeit überwiegend „konstruktiv“ und „bedeutend für die Gesellschaft“ sowie teilweise registriert sei. Hierzu wurden u. a. gesellschaftspolitische (16,6%), betriebstechnische (4,7%), künstlerisch-gestalterische (30,6%) und Vereinigungen im Bereich des Sports (10%) gezählt, die mehr oder weniger unter Kontrolle der Parteiorgane standen; 2. Vereinigungen mit der „unbeständigen Positionsbestimmung“, die stets zu „negativen Erschei-

<sup>135</sup> *Komsomol'skaja Pravda* vom 16. 4. 1987, S. 6.

<sup>136</sup> *Komsomol'skaja Pravda* vom 30. 1. 1988, S. 1.

nungen“ neigen, jedoch Konflikte mit den Staatsorganen zu vermeiden und deren Entscheidungen zu beeinflussen suchen (ca. 40 in Moskau). Hierzu wurden Rocker, Hippies, Break-Dancer, Heavy-Metal-Anhänger sowie die oben erwähnten Klubs „Perestroika“, „Demokratische Perestroika“, „Perestroika-88“, „Bürgerliche Würde“, „Memorial“, KSI und „Gemeinde“ gezählt; 3. negative Formierungen mit den „antisozialistischen, revisionistischen, nationalistischen und religiösen“ Positionsbestimmungen (ca. 19 in Moskau) wie die genannten Gruppen „Demokratie und Humanismus“, „Vertrauen“, „Gedenken“-Gruppen, die Ausreisebewegung sowie alle unabhängigen Bürgerrechtsgruppen und solche, die in Verbindung mit der westlichen Öffentlichkeit standen.<sup>137</sup> Während die Partei die Übernahme der Führung über die informellen Gruppen auf der Ebene der Gebietskomitees zum generellen Hauptziel erklärt hatte, differenzierte das Schreiben die Aufgabe der Parteiorgane in Bezug auf die einzelnen Gruppen wie folgt: Als Mindestforderung wurde das Verhindern des Abgleitens der Vereinigungen der zweiten Kategorie in die dritte und als Maximalforderung ihr Transfer in die erste Kategorie genannt. Die dritte Gruppe mit „negativen“ Vereinigungen sollte hingegen durch Polemik, Abwehr und vermehrte Hinzuziehung ihrer Mitglieder zur Verantwortung für die „antigesellschaftliche Tätigkeit“ ganz neutralisiert werden.<sup>138</sup> Gleichwohl kritisierte das Schreiben das Überhandnehmen der administrativen Maßnahmen und der Verbote in der ersten Hälfte des Jahres 1987, die Gleichgültigkeit und die Nichtbereitschaft des Parteiaktivs, mit den informellen Vereinigungen zusammenzuarbeiten sowie das unkoordinierte Vorgehen einzelner Staatsorgane wie z. B. die Berichterstattung in den Medien. Als zweckmäßig wurden hingegen *politische Methoden* der Bekämpfung „negativer Erscheinungen“ bewertet. Als Beispiele wurden dabei folgende Maßnahmen genannt: Die Errichtung einer Pressegruppe für die Vorbereitung des „richtungweisenden Materials“ für die Medien und die Koordination aller Auftritte im Fernsehen und von Veröffentlichungen in Printerzeugnissen; die speziellen Schulungen für die Parteimitglieder, welche durch ihre gezielte Teilnahme an Demonstrationen, Diskussionen und Konferenzen der Informellen über die gesellschaftlichen Aktivitäten genauestens informiert sein und diese zu steuern versuchen sollten; die individuelle Arbeit; die Einrichtung eines Koordinationsrates des Stadtparteikomitees und des Moskauer Zentrums für die Meinungsforschung. Entsprechend diesen Anweisungen wurden ganze Abteilungen auf der Stadtebene und im Komsomol in Moskau eingerichtet, welche teilweise sehr akribisch Materialien über die Aktivitäten der informellen Gruppen sammelten, sie analysierten, Berichte an die oberen Stellen des Apparates erstellten und die informelle Szene von innen zu beeinflussen versuchten.<sup>139</sup>

<sup>137</sup> Materialy k vystupleniju po problemam razvitija samodejatel'nogo dviženija (Aprel' 1988), in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 4.

<sup>138</sup> Ebd., I. 10, 12.

<sup>139</sup> Die Ergebnisse dieser Arbeit sind vor allem in den zahlreichen Archivbeständen der Fonds 4 und 8723, des CAOPIM zu finden.



Der Inhalt des parteiinternen Schreibens erschien in einer abgemilderten Form im gleichen Monat in einem Artikel der Zeitschrift *Partijnaja žizn'* des ZK der KPdSU. Darin wurden als die Hauptaufgaben der Partei und des Komsomol die Lenkung der informellen Gruppen in die entsprechenden ideologischen Bahnen bzw. die Hilfe zur Umorientierung derjenigen Gruppen, deren Tätigkeit nicht „kommunistisch“ genug sei, durch eine größere personelle Einbringung des Komsomol genannt.<sup>140</sup>

In der Praxis gestaltete sich das Verhältnis der Staatsorgane mit den Informellen jedoch viel komplexer und verlief in einem Zickzackkurs. Die große Spannweite an Umgangsformen ist vor allem auf das Fehlen einer einheitlichen Strategie im Umgang mit den unabhängigen Initiativen, auf die Persönlichkeit der Einzelfunktionäre vor Ort und ihren Einstellungen gegenüber den Ideen der informellen Szene sowie zum Liberalisierungsprozess im Allgemeinen zurückzuführen. Obwohl der lokale Apparat sowie der Komsomol schon Ende 1987 die außerparteilichen Gruppen ernst nahmen, überwog auf ihrer Seite das schablonenhafte Denken, die Ratlosigkeit und Inkompetenz. Das vermitteln die oben zitierten Dokumente des Moskauer Stadtparteikomitees sowie eine Umfrage, die unter den Mitarbeitern des Komsomol im Gebiet von Sverdlovsk im Jahr 1988 durchgeführt wurde. So führten 20% der Befragten das Aufkommen der informellen Vereinigungen in der Sowjetunion auf westliche Einflüsse zurück. Im Durchschnitt konnten lediglich 4 Gruppen namentlich genannt werden, obwohl die Zahl der zu dem Zeitpunkt bekannten informellen Initiativen bei über 30 000 lag.<sup>141</sup> Im Schwarz-Weiß-Denken verfangen, schienen paradoxerweise auch die Vertreter des Sicherheitsdienstes (KGB) und die obersten Ränge der Partei zu sein. Vieles deutet darauf hin, dass diese das Phänomen der informellen Initiativen als Folgewirkung des „bourgeois ideologischen Einflusses“ von außen interpretierten und hinter den einzelnen Führungspersönlichkeiten aus dem Umkreis vor allem systemkonträrer unabhängiger Gruppen geradezu CIA-Agenten bzw. die „subversive Tätigkeit des Westens“ vermuteten. So bemerkte der Chef des KGB Viktor Čebrikov (1982–1988) in einem Interview der *Pravda* im September 1988, dass es die „subversiven ideologischen Zentren“ des Westens seien, die die Organisation der illegalen Vereinigungen in der UdSSR forcierten, um sie dann als einen „verlängerten Arm“ für die eigenen Zwecke zu gebrauchen und die Entstehung der politischen Opposition der KP zu inspirieren.<sup>142</sup> „Westliche Agenten“ wurden vor allem hinter Bürgerrechtsgruppen und hinter jenen vermutet, die sich auf die internationalen Vereinbarungen, auf Prinzipien der KSZE-Schlussakte, bezogen und in Kontakt mit den anderen westlichen Gruppen oder Medien standen. Auch Gorbačev war hier keine Ausnahme. In einem Interview mit der

<sup>140</sup> Vospityvat' social'nuju aktivnost', razvivat' obščestvennoe samoupravlenie, in: *Partijnaja žizn'* vom 8. 4. 1988.

<sup>141</sup> Vochmenceva, *Associacija*, S. 148.

<sup>142</sup> *Pravda* vom 2. 9. 1988, S. 1, 3. Andererseits ist es möglich, dass solche Interpretationen ein Teil der gezielten Propaganda waren und es ist nicht ausgeschlossen, dass deren Autoren selbstreferentiell daran glaubten.

*Washington Post* und *Newsweek* im Mai 1988 äußerte er sich über die Tätigkeit des Bürgerrechtsaktivisten und Herausgebers einer der ersten informellen Zeitungen, Sergej Grigor'janc, wie folgt:

„Unser Volk weiß, daß der ‚Laden‘ des Herrn Grigorjanz nicht nur organisatorisch, sondern auch finanziell mit dem Westen kontaktiert, daß seine ständigen Besucher und Gäste westliche Korrespondenten sind. Deshalb wird er bei uns als etwas Fremdartiges betrachtet, das an den demokratischen Prozessen, an der Perestroika schmarotzt.“<sup>143</sup>

Nach wie vor handelten die jährlichen Berichte des KGB an die Parteiführung von „feindseligen Aktivitäten“, von überseeischen „antisowjetischen Organisationen“, „Emissären“ und „Funktionären“, welche die „nationalistischen“ und „antisozialistischen“ Elemente im „Kampf gegen die Partei“ in der UdSSR anstachelten und das Entstehen von zur KPdSU alternativen politischen Strukturen förderten.<sup>144</sup> In erstaunlicher Kontinuität zu Brežnevs bzw. Andropovs Zeiten wurden einige unabhängige Vereinigungen immer noch als „antigesellschaftliche Elemente“ und ihre Tätigkeit als „antisowjetisch“ bezeichnet. So auch das interne Schreiben des ZK der KPdSU vom Dezember 1987, welches vor allem die Bürgerrechts-, die religiösen und die nationalen Gruppen wie auch die genannten Gruppen „Vertrauen“ und „Demokratie und Humanismus“ als solche beschrieb und eine Reihe administrativer sowie politischer Maßnahmen zu ihrer „Neutralisierung“ vorsah. Es handelte sich dabei um die „Enthüllungen“ der „wahren Gesichter dieser ‚Bürgerrechtler‘“ in den Massenmedien, die Verweigerung von Räumen und öffentlichen Plätzen, das Schaffen von parteiloyaler Konkurrenz sowie die „individuelle“ Arbeit, welche vor allem die Methoden der „weichen“ Druckausübung, vergleichbar den „prophylaktischen“ Maßnahmen<sup>145</sup> von früher – Einzelgespräche, Arbeitsentlassungen, Ausschluss aus der Partei, administrativer Arrest – implizierte.<sup>146</sup> Diese Methoden wurden gegen eine Vielzahl der Partei lästiger informeller Vereinigungen bis zum Ende der Perestroika gehäuft angewandt. Auf Gewalt, strafrechtliche Verfolgung oder Einweisung von Systemkritikern in die Psychiatrieanstalten wurde hingegen immer weniger zurückgegriffen. Enthielten die KGB-Berichte bis 1987 noch die ausführlichen Zahlen über „liquidierte“ antisowjetische Vereinigungen, über strafrechtlich verurteilte und in die Psychiatrie eingewiesene andersdenkende Personen, so bleibt diese Statistik in den Folgejahren gänzlich aus.<sup>147</sup>

<sup>143</sup> Zitiert nach Europa-Archiv, Folge 13, 1988, S. D352.

<sup>144</sup> Vgl. etwa Otčet o rabote Komiteta gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR za 1988 god, in: RGANI, f. 89, op. 51, d. 15; Ob itogach raboty organov KGB po rozyzku avtorov antisovetskich anonimnyh materialov v 1986 godu, in: Ebd., d. 12; O rezul'tatach raboty po predupreždeniju terrorističeskich projavlenij na territorii SSSR, 11. 1. 1988, in: Ebd.

<sup>145</sup> Zur Bandbreite der Umgangsmethoden und „prophylaktischen“ Maßnahmen in den früheren Jahren siehe die kurze Überblicksdarstellung von Reddaway, Repression und Liberalisierung.

<sup>146</sup> ZK KPSS. O namerinijach antiobščestvennyh elementov provesti v Moskve tak nazyvaemyj „seminar po pravam čeloveka“, in: RGANI, f. 89, op. 19, d. 37; vgl. auch f. 89, op. 19, d. 121, op. 18, d. 124. Dort auch die Zitate.

<sup>147</sup> Vgl. die oben erwähnten sowie folgende weiteren Berichte des KGB an die Parteiführung, in: RGANI, f. 89, op. 51, d. 7, 12, 15, 16.

Besonders beliebt in der Perestroika war die Praxis der Verunglimpfung in der zentralen Presse.<sup>148</sup> Mit der Entstehung der informellen Bewegung häuften sich Artikel mit Attacken vor allem auf diejenigen Personen, die in den 1970er und Anfang der 1980er Jahre im Bürgerrechtsmilieu aktiv waren, dafür verurteilt und entweder inhaftiert oder aus der UdSSR verbannt worden waren. Darin wurden sie als Kriminelle und ihre Tätigkeit als vom Westen gelenkt dargestellt. Die Diskreditierungen von unbequemen gesellschaftlichen Initiativen und ihren Mitgliedern in der Presse erwiesen sich jedoch als wirkungslos. Oft hatten die Verleumdungen vor dem Hintergrund der neuen Informationsfreiheit sogar das Gegenteil zur Folge: Sie weckten noch mehr das Interesse und die Sympathien der Leser für die informellen Vereinigungen und steigerten die Popularität der liberalen Presse sowie des „Zweiten Samizdat“ – der Presseerzeugnisse der informellen Gruppen –, was wiederum einen Vertrauensverlust des Staates bedeutete.<sup>149</sup>

Die Palette der Gegenmaßnahmen erschöpfte sich nicht in öffentlichen Diffamierungen. Die Methoden der örtlichen Behörden nahmen zuweilen lächerliche Formen an und überboten sich an Absurdität. So wurden die männlichen Delegierten, die an der Gründung der ersten Oppositionspartei „Demokratische Union“ von Valerija Novodvorskaja im Mai 1988 teilgenommen hatten, unter Anschuldigungen der Prostitution aus Moskau verwiesen. Die Telefonleitung der privaten Wohnung, in welcher der Gründungskongress abgehalten wurde, wurde Tage zuvor abgehört und schließlich durchtrennt. Novodvorskaja erinnert sich an die Busse mit bewaffneten [sic!] Soldaten in der Nähe des Hauses und an die Massen von Sicherheitsleuten, die versuchten, in die Wohnung zu gelangen, in der der Kongress stattfand.<sup>150</sup>

Nicht nur in Moskau, auch in der Peripherie und in den anderen Unionsrepubliken bedienten sich die lokalen Machthaber der grotesksten Methoden, um die Publizität informeller Gruppen einzuschränken und die unangenehmen gesellschaftlichen Initiativen zu unterdrücken. So wurde auf der Halbinsel Krim im Oktober 1987 versucht, mit Verhängung einer Quarantäne über die gesamte Insel [sic!] den 250 Kilometer langen Friedensmarsch der Krimtataren von Taman' nach Simferopol' (Krim) zu stoppen. Nachdem eine Reihe vorhergehender Demonstrationen der Krimtataren für das Recht auf die Rückkehr in ihre Heimat auf dem Roten Platz vor dem Kreml erfolglos geblieben waren, sollte der geplante Friedensmarsch erneut ihr Anliegen kundtun und am 66. Jahrestag der Gründung der tatarischen ASSR am 18. Oktober zum Abschluss kommen. Doch schon nach sieben Kilometern wurden die Teilnehmer von der Polizei umringt und einige für mehrere Stunden festgenommen. Berichtet wurde von einem bewaffneten Polizeiaufgebot entlang der geplanten Route, von Straßensperrungen, von Hub-

<sup>148</sup> Stellvertretend sei hier auf folgende Artikel der offiziellen Presse verwiesen: *Pravda* vom 1. 2. 1988, S. 4; *SR* vom 24. 3. 1988, S. 5; *Komsomol'skaja Pravda* vom 31. 1. 1988, S. 2; *MN* vom 28. 2. 1988, S. 5; *Sovetskaja molodež* vom 15. 3. 1988, S. 1 f.

<sup>149</sup> Dazu siehe nächstes Kapitel.

<sup>150</sup> Vgl. Erinnerungen von Novodvorskaja, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remeni/1211714276.html](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1211714276.html); Novodvorskaja, *Po tu storonu*, S. 147 f.

schrauber-Patrouillen am Übergang zum Port Kaukasus, von Kontrollen entlang der Route und grundlosen kurzzeitigen Festnahmen von Krimtataren sowie von der unterbrochenen Telefonverbindung zwischen Krim und Taschkent.<sup>151</sup>

Folglich bereitete sich der Machtapparat in Lettland im Herbst 1987 auf die von den informellen Gruppen geplante Unabhängigkeitsfeier vor, welche der Ausrufung der ersten Republik Lettland am 18. November 1918 gewidmet werden sollte: Neben dem Monument der Freiheit in Riga starteten die Lokalbehörden frühzeitig die Bepflanzung der Gegend, die Demolierung sämtlicher anliegenden Straßen, die Entfernung der Sitzmöglichkeiten und die Schaffung diverser Hindernisse auf der Leninstraße, welche zu dem Denkmal führte.<sup>152</sup>

Präventive Gespräche mit Drohungen, teilweise geführt durch KGB-Leute, sowie die Vorwarnungen in der Presse waren darauf gerichtet, die zu erwartenden Demonstrationen zu stoppen. So legten die Beamten in Leningrad und Moskau den Vertretern der informellen Vereinigungen in persönlichen Gesprächen nahe, am Tag der politischen Gefangenen (30. Oktober 1987) von Straßendemonstrationen abzusehen. Zur Einschüchterung wurden Personen, deren Teilnahme man an der geplanten Veranstaltung vermutete, Tage zuvor beschattet und zur Polizei oder Staatsanwaltschaft bestellt, während die Moskauer Zeitung *Večernjaja Moskva* am 29. Oktober vor Provokationen warnte. Die bekannte Praxis, potenzielle Demonstrationsteilnehmer bereits auf dem Weg zur Veranstaltung festzuhalten und bis zum Ende der Manifestation auf der Polizeistation festzuhalten, wurde auch am 30. Oktober 1987 in Moskau angewendet, so dass es nur wenigen Personen gelang, den vorgesehenen Treffpunkt zu erreichen.<sup>153</sup>

Diese Beispiele veranschaulichen die Ratlosigkeit und die Angst der Machtorgane, die Kontrolle über die Gesellschaft zu verlieren, und gleichzeitig die Schwierigkeit, eine einheitliche Taktik auszuarbeiten und die unerwünschten Aktivitäten zurückzudrängen. Zwei Dinge machten den Apparat dabei ganz besonders verwundbar: Erstens, wenn die informellen Initiativen sich auf eine Massenbasis stützten und von prominenten Personen und Intellektuellen unterstützt wurden („Memorial“ als Beispiel);<sup>154</sup> und zweitens, wenn sie die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit hatten und sich Gorbačevs Rhetorik mit den Menschenrechtsideen zu eigen machten. Je weiter die Perestroika und die gesellschaftliche Mobilisierung voranschritten und je mehr die Sowjetunion auf der internationalen Bühne sowie innenpolitisch den Anspruch auf eine demokratische Friedensmacht erhob, umso weniger konnte der Apparat dabei auf die alten Methoden von Gewalt und Verboten zurückgreifen. Wie sehr gerade der außenpolitische Faktor die Handlungsmöglichkeiten der Machtorgane in ihrer Beziehung zu den informellen

<sup>151</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 19/20-4.

<sup>152</sup> Ebd. 22-1.

<sup>153</sup> Ebd. 19/20-1.

<sup>154</sup> Die staatlichen Reaktionen auf die „Memorial“-Bewegung sind paradigmatisch dafür. Aus Platzgründen, aber auch weil sie von der Forschung bereits ausgezeichnet aufgezeigt wurden, wird auf deren Darstellung hier verzichtet. Hierfür siehe: Altrichter, Russland, S. 90-103; Fein, Geschichtspolitik in Russland, S. 118-161.

Vereinigungen einschränkte, illustriert die oben skizzierte Zurückhaltung der Sicherheitsorgane, als der Presseklub „Glasnost“ im Dezember 1987 die unabhängige Menschenrechtskonferenz mit ausländischen Teilnehmern in Moskau organisierte. Gerade dort, wo die KSZE-Schlussakte rezipiert wurde und die Anbindung an die transnationalen KSZE-Netzwerke oder die westliche Öffentlichkeit gelang, reagierte der Machtapparat schon im Jahr 1987 mit Bedacht. Ein anderer Faktor, der der repressiven Praxis einen Riegel vorschob, war die neue Informationsfreiheit und damit die potenzielle Gefahr, nicht nur von der westlichen, sondern auch von der eigenen Öffentlichkeit an den Pranger gestellt zu werden.

## 2. Die Erweiterung von glasnost: Meinungs- und Pressefreiheit der informellen Medien

Eine andere Bestimmung der KSZE-Schlussakte, zu deren Implementierung zahlreiche informelle Gruppen den Staat ermahnten und deren Etablierung bis hin zur gesetzlichen Form von den KSZE-Verhandlungen in Wien positiv beeinflusst wurde, war die Meinungs- und Pressefreiheit, auch unter dem russischem Begriff Glasnost bekannt. Das Wort Glasnost steht für „Öffentlichkeit“, „Offenheit“, „Publizität“ und wurde in der Sowjetunion neben dem Begriff „Demokratie“ verwendet. Im Prozess der Perestroika ist es zu einem ungenauen Oberbegriff mit mehreren Akzentsetzungen geworden: Glasnost als Transparenz politischer Prozesse von Verwaltung und Wirtschaft, um sie kontrollierbar zu machen; Glasnost als Freiheit von Kunst und Wissenschaft; Glasnost als Wahrhaftigkeit im Sinne eines ethischen Prinzips; Glasnost als Informations-, Meinungs- und Glaubensfreiheit; Glasnost als Kontrolle und Kritik „von unten“; Glasnost als Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit.<sup>155</sup> Zu Beginn von Gorbachevs Regierungszeit war Glasnost neben dem „Faktor Mensch“ ein weiteres Mittel, mit dem die grundlegenden Schwächen der vergangenen Jahre ans Licht gebracht und die strukturbedingten Verhaltensmuster der Bürokratie sowie alle anderen negativen Erscheinungen in der Sowjetunion bekämpft werden sollten. Neue Offenheit und Transparenz waren auch darauf gerichtet, Gorbachevs Glaubwürdigkeit im In- sowie im Ausland zu festigen. Mit Glasnost und Demokratie argumentierte die sowjetische Delegation auf dem KSZE-Treffen in Wien, um das Vertrauen westlicher KSZE-Teilnehmerstaaten zu gewinnen.<sup>156</sup>

<sup>155</sup> Zu den Glasnost-Fächern siehe: Roth, Glasnost, S. 17–23.

<sup>156</sup> So auch der stellvertretende Außenminister der UdSSR, Anatolij Kovalev, in seiner Rede am 10. 12. 1986 auf dem KSZE-Treffen in Wien. Nachdem er den offiziellen Vorschlag zur Einberufung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau gemacht hatte, begründete er diesen Schritt als Teil der neuen Außenpolitik mit Glasnost, Perestroika und der wachsenden Bedeutung des „Faktors Mensch“ für die Sowjetunion. Siehe Text der Rede: Vystuplenie Perogo Zamestitelja Ministra inostrannyh del SSSR A.G. Kovaleva na plenarnom zasedanii Venskoj vstreči predstavitelej gosudarst-uchastnikov Soveščanija po Bezopasnosti i Sotrudničestvu v Evrope, in: SSSR v bor'be za bezopasnost', S. 451–455, hier S. 453.

Von der Notwendigkeit der Wahrheit sprach Gorbachev bereits in seinem Referat am 10. Dezember 1984 auf der wissenschaftlich-praktischen Unionskonferenz.<sup>157</sup> Dass es sich dabei zunächst um keine grundlegend neue Informationspolitik handelte, wurde an einer anderen Stelle dieser Arbeit bereits gesagt. Gorbachev war aber der erste sowjetische Funktionär, der das Glasnost-Konzept ausweitete und damit Voraussetzungen für die Entfaltung der oben aufgezählten Glasnost-Fächer schuf. Wie kein anderer brachte dieser, „von oben“ zur Wiederherstellung der „sozialistischen Demokratie“ angestoßene Prozess den Strukturwandel sowjetischer Politik mit sich und beschleunigte den Untergang des Sowjetimperiums.<sup>158</sup> Welche Bedeutung für die sukzessive Freigabe der Meinungs- und Pressefreiheit die KSZE und welchen Anteil an deren Etablierung die sowjetische Gesellschaft bzw. die informellen Gruppen hatten, die die Aufforderung, die Wahrheit auszusprechen, wörtlich nahmen und Glasnost Stück für Stück um die neuen Akzente erweiterten, ist der Gegenstand dieses Kapitels. Der Blick richtet sich vor allem auf den Prozess der Herausbildung des unabhängigen Journalismus und jener informellen Presseerzeugnisse, die unter der Bezeichnung „Zweiter Samizdat“ als Quelle der zensurfreien Information in der ersten Hälfte der Perestroika selbst der als liberal geltenden offiziellen Presse bei der Tilgung der „weißen Flecken“ der Geschichte weit voraus waren und dadurch der KPdSU das Informationsmonopol streitig machten. Auch hier gilt es, nach dem KSZE-Faktor und nach staatlichen Reaktionen auf die informellen Medien zu fragen.

## 2.1 „Mehr Licht!": Lockerung der Zensur

Als Meister von Glasnost im Sinne von Kritik und Selbstkritik trat Gorbachev auf dem bereits erwähnten 27. Parteitag im Februar 1986 hervor, als er in seinem politischen Bericht mit den zu Breznev-Zeiten noch eingespielten unterwürfigen, verantwortungslosen und bürokratischen Mentalitäten und mit den anderen negativen Erscheinungen scharf ins Gericht ging. Dabei wurde von ihm die Erweiterung der Publizität zu einer Grundsatzfrage erklärt und behauptet, dass „die Kommunisten [...] immer und unter allen Umständen die Wahrheit“<sup>159</sup> brauchen.

Auf dem ZK-Plenum im Januar 1987 wurde das Glasnost-Konzept erweitert. Erstmals proklamierte Gorbachev Demokratisierung zum höchsten Ziel des Landes, die so notwendig sei „wie die Luft zum Atmen“.<sup>160</sup> Den Massenmedien gegenüber betonte er verheißungsvoll, dass „in der sowjetischen Gesellschaft keine Zonen bestehen dürfen, die der Kritik verschlossen sind“, und wies ihnen eine

<sup>157</sup> *Pravda* vom 11. 12. 1984, S. 2f.

<sup>158</sup> Vgl. Altrichter, Russland.

<sup>159</sup> Text: Politischer Bericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion. 25. Februar 1986, in: Gorbatschow, Reden, S. 192–293, hier S. 254.

<sup>160</sup> Text: Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei, in: Gorbatschow, Reden, S. 351–407, hier S. 379.

organisatorische und propagandistische Funktion zu – sie hätten die „Entwicklung von Kritik und Selbstkritik in unserer Gesellschaft“ zu unterstützen.<sup>161</sup> Zum ersten Mal übte der Generalsekretär selbst offene Kritik an der sowjetischen Vergangenheit, ihrer Theorie und Praxis, an dem ZK der KPdSU, das es aus subjektiven Gründen nicht geschafft habe, auf die angewachsenen Probleme zu reagieren. Die Vergangenheitskritik wurde im Verlaufe des Jahres 1987 noch schärfer. Mit ihr gingen auch die Freigaben neuer Freiräume an die Intelligenz und die Medienvertreter einher, denen gegenüber Gorbačev im Februar 1987 erklärte, dass es weder in der Geschichte noch in der Literatur „vergessene Namen“ und „weiße Flecken“ geben dürfe.<sup>162</sup> In seinem 1987 erschienenen Buch „Perestroika. Die zweite russische Revolution“ schrieb Gorbačev: „Wir wollen Offenheit in allen öffentlichen Angelegenheiten und in allen Bereichen des Lebens. Das Volk muss wissen, was gut und was schlecht ist, um das Gute zu mehren und das Schlechte zu bekämpfen.“<sup>163</sup> Doch die Macht, darüber zu bestimmen, was „gut“ und was „schlecht“ sei, sollte die Partei behalten. So wurde auf dem VI. Kongress des sowjetischen Journalistenverbandes im März 1987 zu seinem Vorsitzenden der eher als konservativ geltende Chefredakteur der Parteizeitung *Pravda*, Viktor Afanas'ev,<sup>164</sup> gewählt. In seiner Rede ermahnte er die Journalisten, nicht zu vergessen, dass sie „Soldaten der Partei“ seien.<sup>165</sup> Dass die Demokratie und Glasnost keine Untergrabung sozialistischer Werte bedeuteten, wiederholte Gorbačev auf einem Treffen mit Leitern der Massenmedien und Künstlerverbände im ZK der KPdSU im Juli 1987:

„Glasnost, Demokratie – das ist, wie wir schon wiederholt gesagt haben [...], keine Narrenfreiheit. Glasnost ist berufen, den Sozialismus, den Geist unserer Menschen, die Moral und die moralische Atmosphäre in der Gesellschaft zu festigen. [...] [Glasnost] ist aber keine Untergrabung des Sozialismus, unserer sozialistischen Werte. [...] Nach allen Antworten auf neue Fragen muss man im Rahmen des Sozialismus, nicht aber außerhalb suchen.“<sup>166</sup>

„Mehr Demokratie heißt mehr Sozialismus“ – lautete die grundlegende Formel. Dass Glasnost und Redefreiheit keine identischen Begriffe und „nur im Rahmen und nur auf Grund der Werte des Sozialismus“ zu verstehen seien, legte Gorbačev in Interviews mit der *Washington Press* und *Newsweek* im Mai 1988 nahe.<sup>167</sup> Damit wurden die Grenzen des sozialistischen Meinungspluralismus abgesteckt, die zu überschreiten erst einmal nur die künstlerische Intelligenz und die informellen Gruppen wagten. In den offiziellen Medien blieb die Partei zunächst tonangebend.

<sup>161</sup> Ebd., S. 378f.

<sup>162</sup> „Ubeždennost' – opora Perestrojki. Vystuplenie na vstreče v ZK KPSS s rukovoditeljami sredstv massovoj informacii i propagandy 11 fevralja 1987 goda“, in: Gorbačev, *Izbrannnye reči*, Bd. 4, S. 373f.

<sup>163</sup> Gorbatschow, *Perestroika*.

<sup>164</sup> Viktor Afanas'ev ist nicht zu verwechseln mit dem prominenten Historiker Jurij Afanas'ev.

<sup>165</sup> Vgl. Afanas'evs Rede in: *Osteuropa-Archiv*, Nr. 8, 1987, S. 401 ff.

<sup>166</sup> *Pravda* vom 15. 7. 1987, S. 1–3.

<sup>167</sup> Interview in: *Europa-Archiv*, Folge 13, 1988, D. 347–353, hier D. 349, 351.



Die Begrenztheit der Glasnost-Politik verdeutlicht das lediglich selektive Einstellen der Störsendertätigkeit gegen die russischsprachigen Programme von BBC und VOA im Mai 1987. Dass diese Maßnahmen weniger der neuen Wertschätzung der Informationsfreiheit oder des Informationsgehalts der „feindlichen Stimmen“ geschuldet waren, wie man das westliche Radio in der eigenen Presse noch bezeichnete,<sup>168</sup> sondern in erster Linie auf die Einsparung der hohen, kaum noch tragbaren Störungskosten und auf die positive Resonanz im Westen abzielten, legen die internen Unterlagen des ZK der KPdSU und die offizielle Informationspolitik offen. Als „zweckmäßig“ wurde in dem geheimen Dokument von Egor Ligačev und Viktor Čebrikov vom September 1986 das Einstellen von Störungen der Radiosender VOA, BBC, *Radio Peking* und *Radio Korea* empfohlen, um die dabei frei werdenden technischen und materiellen Mittel für eine weit „sicherere“ Störung der „offen antisowjetischen“ Sender wie *Radio Liberty*, *Deutsche Welle* und *Stimme Israels* zu benutzen.<sup>169</sup> Genauso wie im Fall der Amnestierungspolitik gab Moskau das Einstellen der Störsendertätigkeit in Wien bekannt, unterließ es aber, die eigene Bevölkerung davon in Kenntnis zu setzen, während die Störung der Sendungen von *Radio Liberty*, *Deutsche Welle* und *Stimme Israels* noch ein weiteres Jahr fortgesetzt wurde.<sup>170</sup> Vergleichbar mit der Amnestierungspolitik dokumentierte diese Maßnahme einerseits die Empfänglichkeit der sowjetischen Führung für die westliche Kritik im Rahmen der KSZE, andererseits aber die geringen innenpolitischen Spielräume von Gorbachev, die er in diesem Fall gleichwohl mit Verweisen auf die Helsinki-Vereinbarungen zu erweitern suchte. Bereits im Politbürogespräch am 25. September 1986 soll er laut Erinnerungen von Vitalij Vorotnikov, damals Mitglied des Politbüros, mit den im Korb III der KSZE-Schlussakte enthaltenen Verpflichtungen der UdSSR argumentiert haben, um die Politbüromitglieder von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Störung ausländischer Sender einzustellen. Keiner der Anwesenden habe dem Generalsekretär widersprochen.<sup>171</sup>

Ein Wandel der offiziellen Informationspolitik zeichnete sich trotz der gekennzeichneten Grenzen im Laufe des Jahres 1987 ab. Er begann mit den Personalrevisions im Regierungsapparat und in den zentralen Medien, mit der Neubesetzung der Leitposten mit den Gefolgsleuten des Generalsekretärs bzw. mit den als liberal geltenden Persönlichkeiten sowie mit dem Rückzug der Zensur im Bereich

<sup>168</sup> Stellvertretend sei hier auf folgende Artikel verwiesen: AiF vom 9.3.1987, S. 3; vom 10.3.1987, S. 5.

<sup>169</sup> „Die Sicherstellung qualitativ hoher Störungen auf dem ganzen Gebiet der UdSSR stellt eine technisch kaum lösbare Aufgabe dar und verlangt erhebliche materielle Aufwendungen“, heißt es in dem Schreiben. Zapiska v CK KPSS o prekraščenii glušenija peredač radiostancij, 29.09.1986, in: RGANI, f. 89, op. 18, d. 105, l. 1f.

<sup>170</sup> Das endgültige Aufheben der Störungen erfolgte ein Jahr später als Folge des fortgesetzten Drucks auf Moskau seitens des Westens auf dem KSZE-Treffen in Wien. Vgl. Dok. 26, 27 in: Mastny, *The Helsinki Process*, S. 126f.

<sup>171</sup> Vorotnikov, Vitalij: *A bylo éto tak...* Iz dnevnika člana Politbjuro CK KPSS, Moskau 2003, S. 130.

der Kultur.<sup>172</sup> So wurden zum Vorsitzenden der Agentur *Novosti* der eher reformorientierte ehemalige Botschafter in Bonn und Mitgestalter der neuen sowjetischen Deutschlandpolitik Valentin Falin, zum Chefredakteur der Illustrierten *Ogonek* Vitalij Korotič, der Zeitung *Moskovskie Novosti* Egor Jakovlev, der Literarischen Zeitschrift *Novyj mir* Sergej Zalygin ernannt, während über den vielgliedrigen Medienkonzern, zu dem auch die Agenturen TASS und *Novosti* gehörten, der als Ideologe von Gorbachevs Perestroika bekannt gewordene Aleksandr Jakovlev verfügte. Die Neubesetzungen waren als Signale eines neuen liberalen Kurses zu bewerten. Die Doppeldeutigkeit der Glasnost-Politik kam jedoch auch hier dadurch zum Ausdruck, dass der oben erwähnte Viktor Afanas'jev bis 1989 Chefredakteur der *Pravda* blieb, und Aleksandr Jakovlev die Aufsicht über die Ideologiefragen und somit die Zuständigkeit für die Arbeit der Medienfunktionäre und Journalisten mit dem konservativen Politbüromitglied Egor Ligačov teilen musste.<sup>173</sup>

Die Massenmedien reagierten dennoch mit viel Eifer auf Gorbachevs Aufforderung nach einer offenen und kritischen Berichterstattung: Sie nahmen sich früher tabuisierten Themen an und berichteten über soziale Probleme, Prostitution, Kriminalität und Drogen, druckten kritische Leserbriefe ab und führten öffentliche Auseinandersetzungen über die im Land herrschende Bürokratie-, Justiz- und sogar über Parteiskandale. So publizierte die Zeitung *Komsomol'skaja Pravda* am 3. Juli 1987 einen Bericht über das gesetzeswidrige Verhalten der Polizei bei der im letzten Kapitel erwähnten Auflösung der Versammlung von Hippies im Mai des gleichen Jahres; die Soziologin Tatjana Zaslavskaja tadelte in einem *Pravda*-Artikel vom 6. Februar 1987 die Unvollständigkeit der Statistik in der UdSSR; *Komsomol'skaja Pravda* vom 11. November 1987 kritisierte die sowjetische Psychiatrie und gab ihren Missbrauch zu politischen Zwecken bekannt; *Sovetskaja Kul'tura* berichtete am 15. März 1988, dass es keinen zuverlässigen Stadtplan von Moskau gebe, und in der *Izvestija* vom 3. September 1988 war von den absichtlichen Verfälschungen von Landkarten in der UdSSR die Rede.<sup>174</sup> Zu den Publikumsbeliebten wurden aber jene Zeitungen, die sich den Ruf von progressiven und liberalen Medien durch die Publikation der für die damaligen Verhältnisse noch als sensationell zu bewertenden Materialien verdienten: die Illustrierte *Ogonek*, die Zeitungen *Argumenty i Fakty* und *Moskovskie Novosti*, die literarische Zeitschrift *Novyj mir*. Die Begeisterung der Sowjetbürger für die Glasnost war so groß, dass diverse Medien ihre Auflagen schon von 1987 bis 1988 und noch deutlicher 1989 vervielfachten, worauf die Regierung 1988 mit dem allerdings zum

<sup>172</sup> Allein im Parteiapparat wurden in den ersten zwei Jahren seit Gorbachevs Antritt 11 der 14 Mitglieder des Präsidiums des Ministerrates und 73 der 116 Regierungsmitglieder ausgetauscht. Vgl. Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 534.

<sup>173</sup> Roth, Glasnost, S. 35f.

<sup>174</sup> Vgl. jeweils: *Komsomol'skaja Pravda* vom 3. 7. 1987, S. 2; *Pravda* vom 6. 2. 1987, S. 2f.; *Komsomol'skaja Pravda* vom 11. 11. 1987, S. 4; SK vom 15. 3. 1988, S. 6; *Izvestija* vom 3. 9. 1988, S. 2.

Scheitern verurteilten Versuch reagierte, wegen eines offensichtlich vorgeschobenen Papiermangels ihre Auflagen zu begrenzen.<sup>175</sup>

Auch in Funk und Fernsehen traten Veränderungen ein. Neue Programme, kritische Sendungen über Wirtschafts- und Sozialprobleme wurden ins Leben gerufen. Von der alten Gewohnheit, nur das Positive zu berichten, wurde Abstand genommen. Die alltägliche Nachrichtensendung „Die Zeit“ hörte allmählich auf, das Sprachrohr der „guten Nachrichten“ zu sein. Bemerkenswert waren die Öffnung des Fernsehens dem Westen gegenüber und eine Übertragung von Live-Sendungen zu heiklen Fragen.<sup>176</sup> So wurden im Jahr 1987 insgesamt 41 sogenannte Telebrücken ausgestrahlt, unter anderem eine zum Thema Menschenrechte zwischen Vertretern des Obersten Sowjets und Angehörigen des amerikanischen Kongresses im Oktober 1987. Zwar beharrte die Sowjetunion in dieser Sendung auf dem unterschiedlichen Verständnis der Menschenrechte und führte ihre Angriffe gegen die kapitalistische Gesellschaft, welche vermeintlich permanent gegen die Menschenrechte verstoße, fort. Allerdings war die Bereitschaft zu erkennen, eigene Fehler im Bereich der Menschenrechte einzugestehen und über diese mit den amerikanischen Zuschauern und Kongressabgeordneten in aller Öffentlichkeit zu diskutieren.<sup>177</sup>

Am offensichtlichsten und am konsequentesten erfolgte der Rückzug der Zensur im Bereich der Kultur.<sup>178</sup> Sie wurde als erste zu einem Feld der erlaubten Auseinandersetzungen um die bisher verbotenen Themen und über die sowjetische Vergangenheit – über den moralischen Verfall des Menschen, die Umweltprobleme, die Stalin-Zeit – und damit auch um die geltenden Werte und Normen. So auch der neue Roman von Čingiz Ajtmatov „Der Richtplatz“ [Placha], der im Juni 1986 erstmals auf den Seiten von *Novyj mir* erschien, die aktuellen Gesellschaftsprobleme der Sowjetunion behandelte und mit der dogmatischen Tradition in der Literatur brach.<sup>179</sup> Bestehend aus drei Teilen, die untereinander durch das

<sup>175</sup> Da die geplanten Limits die zentralen Staatsorgane – *Pravda*, *Izvestija* und SR – nicht betrafen, ist anzunehmen, dass es sich dabei um Versuche handelte, den neuen Freiheiten einen Riegel vorzuschieben. Vgl. MN vom 28. 8. 1988, S. 4; vom 18. 9. 1988, S. 9.

<sup>176</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe Roth, Glasnost, S. 149ff.

<sup>177</sup> TV Space Bridge Soviet Union – United States. Meeting of US Congressmen and Members of the Supreme Soviet of the USSR/Telemost SSSR – SŠA. Vstreča deputatov v Verchovnom sovete SSSR s členami Kongressa SŠA (political program). TV Space Bridge „Capital to Capital“: US Congressmen and Members of the Supreme Soviet of the USSR. Discussion of the human Rights Issues. Russian language, 15-Oct-1987, VHS 120 min., in: OSA, F. 300, Subf. 81, S. 9/26; zum Wandel in der Presse siehe *Pravda* vom 3. 4. 1987, S. 3; zu den amerikanisch-sowjetischen Telebrücken und ihrer Bedeutung für den Abbau von Feindbildern zwischen der USA und der UdSSR siehe Risch, Julia: Russen und Amis im Gespräch. Die sowjetisch-amerikanische Telebrücke (1982-1989). Ein vergessener Beitrag zur Beendigung des Kalten Krieges, Berlin 2012.

<sup>178</sup> Zu den Entwicklungen im Kulturbereich siehe: Hielscher, Karla: Der neue Frühling in Literatur und Kunst, in: Mommsen/Schröder, Gorbatschows Revolution, S. 31-51; Medwedjew, Roy: Eine wichtige Wende im kulturellen Leben der Sowjetunion, in: Osteuropa 1987, S. 651-665.

<sup>179</sup> Deutsche Ausgabe: Ajtmatow, Tschingis: Der Richtplatz, Zürich 2007.

Schicksal der Wölfe verbunden sind, scheint der Roman auf den ersten Blick eine ökologische Tragödie, den Untergang der Mujunkum-Savanne im Nordwesten des Kirgisischen Gebirges aus menschlicher Geldgier und Rücksichtslosigkeit, zum Inhalt zu haben. Ajtmatov, kirgisischer Nationalschriftsteller und Träger verschiedener Preise, unter anderem des Leninpreises, als Held der sozialistischen Arbeit ausgezeichnet, versuchte aber mit seinem Werk, ein viel breiteres Themenfeld anzusprechen. Er offenbarte darin die aktuellen Gesellschaftsprobleme der Sowjetunion, welche den Weg zur „sozialistischen Erneuerung“ und zur wirtschaftlichen Beschleunigung versperrten: mangelnde Arbeitsdisziplin, Bürokratismus, Alkohol- und Drogenprobleme, Augenwischerei und grenzenloser, sozialistischer Formalismus, was er mit der Romanfigur des Vorsitzenden des Ortsparteikomitees Kočkorbaevs personifizierte. Weit eindrucksvoller als die Benennung der Fehlentwicklungen war Ajtmatovs Suche nach ihren Ursachen in der sozialistischen Gesellschaft und im System, das bis vor kurzem noch als vollkommen galt. Seine Grundfrage hinterfragte der Romanautor indirekt an mehreren Stellen der Geschichte: Indem er die soziale Katastrophe des Landes, verursacht durch die egoistische, nach Plan und Erfüllung der Zahlen lebende Sowjetgesellschaft problematisierte oder den Hauptprotagonisten, Avdij Kallistratov, im scharfen Gegensatz zum atheistischen Weltbild der Sowjetunion auf der Suche nach der neuen Religion seinen gottlosen Peinigern gegenüber positiv darstellte. Dass er dabei auch die bisher als westliche und deswegen als verwerflich geltenden Werte und Normen auf der positiven Seite denen des Sozialismus gegenüberstellte, war schwerlich zu übersehen. Der „sozialistische Realismus“ unterlag darin der Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit. Die Gewissens- und Bewegungsfreiheit, das Recht auf Leben, das in dem Roman sowohl dem Tier als auch dem Menschen aus bürokratischen rücksichtslosen Maßnahmen zur Erfüllung des Wirtschaftsplans verwehrt bleibt, wurde von Ajtmatov zu den höchsten Rechten erklärt.

Ajtmatovs Roman, der sich wie eine Anklageschrift gegen das sozialistische System liest, löste einen Sturm offener Kritik, aber auch Lob und Interesse aus. Der belarussische Schriftsteller Ales' Adamovič verglich seine Aussagekraft und die ausgelösten Debatten<sup>180</sup> mit der Explosion eines Vulkans und bewertete den Roman als Ausdruck des „Neuen Denkens“ in der Literatur, wo nicht mehr der sozialistische Realismus und Klassenkampf, sondern Humanismus und Menschenliebe dominieren.<sup>181</sup> Indes war dieser Roman nur ein Beispiel aus einer ganzen Reihe von Werken in Literatur und Kunst, welche sich kritisch an die sozialistische Gesellschaft und an die Vergangenheit wendeten und die Grundlagen des Systems berührten. Valentin Rasputins Erzählung „Der Brand“ thematisierte die moralische Verwahrlosung auf dem Dorf, die sozialistische Wirklichkeit stellte Viktor

<sup>180</sup> Stellvertretend hierfür siehe: LG vom 15. 10. 1986, S. 4; *Pravda* vom 22. 12. 1986, S. 3. Ajtmatov sowie andere Schriftsteller, deren Werke nicht dem sozialistischen Realismus entsprachen, wurden von den konservativen Mitgliedern des Politbüros (Ligačev, Gromyko, Čebrikov) angegriffen, während Gorbačev die künstlerische Freiheit in Schutz nahm. Vgl. z. B. die Politbürositzung vom 27. 10. 1986, in: V Politbjuro, S. 91–98.

<sup>181</sup> LG vom 1. 1. 1987, S. 4.

Astaŭev in seinem Roman „Der traurige Detektiv“ dar, und der Film „Reue“ von Tengiz Abuladze, der im Januar 1987 zum ersten Mal aufgeführt wurde, rechnete mit dem Stalinismus ab.<sup>182</sup> Freigegeben wurden auch Werke der bis dato verbotenen Autoren: Anna Achmatova, Nikolaj Gumilev, Michail Bulgakov, Vladimir Nabokov, Aleksandr Solženicyn und viele andere wurden wieder verlegt. Bezeichnend ist, dass die Rückkehr Boris Pasternaks „Doktor Živago“ zum ersten Mal von der Parteizeitung *Pravda* und nicht von der als liberal geltenden *Literaturnaja Gazeta* angekündigt worden war.<sup>183</sup> Auf der Grundlage der 1987 gebildeten Kommission, die sich zur Aufgabe machte, die Liste der aus der Öffentlichkeit ausgeschlossenen Bücher zu überprüfen, wurden zum 16. April 1988 insgesamt 4303 früher verbotene Werke der breiten Öffentlichkeit freigegeben. In Aussicht gestellt wurde auch der freie Verkauf westlicher Presseerzeugnisse – eine noch nicht umgesetzte Verpflichtung aus der KSZE-Schlussakte.<sup>184</sup>

Glasnost machte auch vor der sowjetischen Geschichte nicht Halt. Die entfalteten Diskussionen über die Neubewertung der 1920er Jahre und der Stalinzeit führten mitunter zur Rehabilitation der zur Unperson erklärten Parteiführer und anderer vergessener Namen, zum Anprangern historischer Mythenbildung.<sup>185</sup> Die Bildung einer Kommission des Politbüros, welche unter dem Vorsitz des Politbüromitglieds Aleksandr Jakovlev die Opfer des Stalin-Terrors rehabilitieren sollte,<sup>186</sup> die Beauftragung des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU Anfang 1988, eine neue Parteigeschichte abzufassen,<sup>187</sup> und schließlich

<sup>182</sup> „Požar“ von Valentin Rasputin erschien erstmals in der Zeitschrift *Naš Sovremennik*, Nr. 7, 1985. Deutsche Ausgabe: Der Brand. Erzählung, München 1987; Astaŭev, Viktor: Der traurige Detektiv. Roman, Berlin/Weimar 1988; Medwedjew, Roy: „Pokajanie“. Ein Film, den man nicht vergessen kann und nicht vergessen darf, in: Osteuropa 1988, S. 356–368; Altrichter, Russland, S. 30–37.

<sup>183</sup> Die Zeit vom 3. 4. 1987, S. 68. Boris Pasternak wurde durch seinen Roman „Doktor Živago“, der erstmals in Italien erschien, international bekannt. 1958 wurde Pasternak der Nobelpreis für Literatur verliehen, den er jedoch aus politischen Gründen nicht annehmen konnte. Als Folge seines internationalen Ruhms wurde er aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossen und einer organisierten Hetze gegen ihn und seine Werke ausgesetzt. Er starb 1960 an einem Herzinfarkt. In der Sowjetunion durfte „Doktor Živago“ nicht erscheinen.

<sup>184</sup> AiF vom 30. 4. 1988, S. 2; *Izvestija* vom 27. 11. 1988, S. 6. So verpflichteten sich die Unterzeichnerstaaten im Korb III, Teil 2 (Information) dazu, „auf ihrem Territorium die Verbesserung der Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten zu erleichtern“. Vgl.: <http://www.osce.org/node/39503>, S. 56.

<sup>185</sup> In den historischen Diskursen ist vor allem Professor Jurij Afanasjev, Rektor des Staatlichen Historisch-Archivarischen Instituts in Moskau, hervorgetreten. Zur Neubewertung der sowjetischen Geschichte siehe: Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 546–551; Bonwetsch, Bernd: Die Bewältigung der Vergangenheit. Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in der „Perestrojka“, in: Mommsen/Schröder, Gorbatschows Revolution, S. 74–88.

<sup>186</sup> Diese war jedoch noch nicht bereit, über die Verbrechen aus der Lenin-Zeit zu sprechen, während die internen Diskussionen in der Kommission, u. a. wegen der unkooperativen Haltung der KGB-Mitarbeiter, immer kontrovers verliefen. Vgl. Jakovlev, Aleksandr: Sumerki, Moskau 2005, S. 24; SZ vom 3. 11. 1987, S. 3f.

<sup>187</sup> Vgl. Medwedjew, Roy: Die sowjetische Kultur im Jubiläumsjahr 1987, in: Osteuropa 1988, S. 797–815, hier S. 803f.

die Erklärung der Intervention in Afghanistan für fehlerhaft sowie die Ankündigung des Rückzugs sowjetischer Truppen<sup>188</sup> kamen einer weiteren Lockerung der Meinungs- und Pressefreiheit gleich.

Die zugleich anhaltende Tabuisierung der Großen Sozialistischen Revolution, von Lenin, der Grenzziehung nach dem Zweiten Weltkrieg mit der gewaltsamen Sowjetisierung Ostmitteleuropas, die verzerrte Darstellung der nationalen Probleme in der UdSSR und der Lage in den Teilrepubliken, die Verunglimpfungen der informellen Gruppen in der offiziellen Presse und die Weigerung, die Menschenrechtsverletzungen der jüngsten Vergangenheit zu bedauern, die El'cin-Affäre und vieles mehr wiesen jedoch auf die Grenzen von Glasnost hin. Trotz vieler neuer journalistischer Freiheiten bildete sich in der zentralen Presse ein informatorisches Vakuum heraus. Eine echte Meinungs- und Pressefreiheit wurde jedoch relativ schnell „von unten“, durch die informellen Gruppen bzw. unabhängige Journalisten im „Zweiten Samizdat“ implementiert und damit die bestehende ideologische Lücke auch gefüllt. Die noch Ende September 1987 von Gorbachev aufgestellte Behauptung, Glasnost ganz „klar, nüchtern, ohne Panik“<sup>189</sup> lenken zu können, erscheint rückblickend umso naiver, wenn man zu dem Bild der offiziellen Debatten 1987/1988 das zum politischen Meinungspluralismus tendierende Samizdat der informellen Strukturen hinzuzieht, das sich wie ein Netz über die gesamte Union erstreckte. Bezeichnenderweise wiesen die populärsten unter den informellen Medien eine personelle Kontinuität zur Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre auf und bauten auf den Erfahrungen bzw. Traditionen der Rechtsschutzbulletins auf, wie sie die MHG oder auch andere Helsinki-Gruppen früherer Jahre im Untergrund gedruckt und vervielfältigt hatten.

## 2.2 Die Herausbildung des „Zweiten Samizdat“ seit 1987 und der Verlust des Informationsmonopols durch die KPdSU

Als Geburtsstunde des „Zweiten Samizdat“ gilt inoffiziell der 1. August 1987, das Datum der Herausgabe der *Èkspress-Chronika* von Aleksandr Podrabinek.<sup>190</sup> Podrabinek, Begründer der „Arbeitskommission zur Untersuchung des Einsatzes der Psychiatrie für politische Zwecke“ (1977), die als Sektion der MHG arbeitete, und Autor der *Chronika tekuščich sobytij*<sup>191</sup>, war „wegen Verleumdung des Sowjetsystems“ 1978 zu fünf Jahren Verbannung nach Nordsibirien und zu dreieinhalb Jahren Lagerhaft verurteilt worden. Er kam erst infolge Gorbachevs erster

<sup>188</sup> Diese wurde schließlich von Gorbachev am 8. 2. 1988 verkündet, sollte am 15. 5. 1988 beginnen und binnen eines Jahres abgeschlossen werden. AdG 1988: 31900A, 32211A / 1, 3. Zum Afghanistan-Krieg und den Hintergründen des „langen Abzugs“ sowjetischer Truppen siehe: Kalinovsky, Artemy M.: A Long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan, Cambridge/Massachusetts/London 2011.

<sup>189</sup> Gorbachev in der Politbürositzung vom 28. 9. 1987, vgl. V politbjuro, S. 230.

<sup>190</sup> Strukova, Aĭternativnaja, S. 23.

<sup>191</sup> *Chronika tekuščich sobytij* war das erste Menschenrechtsbulletin in der Zeit zwischen 1968 und 1983 in der Sowjetunion.



Amnestie-Welle 1987 frei. Seine für die Dissidenten der früheren Jahre typisch unversöhnliche Haltung den Machtorganen gegenüber schien er zunächst gegen die Bereitschaft zum Dialog aufzugeben – er wandte sich am 20. Mai 1987 in einem offenen Brief an die Regierenden der UdSSR mit der Bitte, sein geplantes Bulletin mit einer Auflage von 10 000 Exemplaren auf der Grundlage der individuellen privatwirtschaftlichen Tätigkeit (als ein Kooperativ) herausgeben zu dürfen. Eine solche unabhängige Zeitung würde die Informationslücken der offiziellen Presse füllen und zugleich ein Beweis für die Aufrichtigkeit von Gorbachevs Glasnost-Politik sein, so die Argumentation des Schreibens.<sup>192</sup> Eine abschlägige Antwort des Moskauer Stadtkomitees, unterschrieben von dem späteren Bürgermeister von Moskau, Jurij Lužkov (1992–2010), wies auf die Unvereinbarkeit der Idee von Pressefreiheit auf der Basis der wirtschaftlichen Tätigkeit mit der marxistisch-leninistischen Philosophie und somit auf ihre Gegenwartsferne hin.<sup>193</sup>

Einen ähnlichen Versuch, das geplante Informationsbulletin *Glasnost'* zu legalisieren, wagte zur gleichen Zeit Sergej Grigor'janc – ebenso ein bekannter Menschenrechtsaktivist, der fast 9 Jahre in den Lagern verbracht hatte und ebenfalls mit der ersten Amnestierungswelle 1987 vorzeitig freigelassen worden war.<sup>194</sup> Zusammen mit anderen namhaften ehemaligen politischen Gefangenen<sup>195</sup> versicherte er in einer öffentlichen Erklärung den Willen zum konstruktiven Dialog mit dem Staat, dass sie „prinzipiell kein Samizdat herausgeben, sondern legal arbeiten“ wollen, und sogar bereit wären, die Zeitung *Glavlit'*<sup>196</sup> vorzulegen.<sup>197</sup> Auch Grigor'janc argumentierte dabei mit der Glasnost-Politik und Perestroika, mit der Notwendigkeit, Garantien für die Unumkehrbarkeit dieser Prozesse zu schaffen, welche allein – so die Deklaration der *Glasnost'* – in der Kraft der öffentlichen Meinung und bei dem Volk selbst liegen würden. Die unabhängige Presse könne außerdem, so Grigor'janc weiter, das Vertrauen des Westens der Sowjetunion gegenüber erhöhen und viel besser die Ernsthaftigkeit begonnener Demokratisierung beweisen, als es die vielen Erklärungen von Gorbachev zu tun vermochten.<sup>198</sup> Die erste Nummer des Journals richtete Grigor'janc an Aleksandr Jakovlev, der damals zuständig für Propagandafragen und Kandidat für das Politbüro war.<sup>199</sup> Trotz der fehlenden Resonanz aus dem ZK der KPdSU wurde am 3. Juli 1987 auf

<sup>192</sup> Brief, abgedruckt in RM vom 5. 6. 1987, S. 6.

<sup>193</sup> Interview mit Podrabinek; der Antworttext von Lužkov findet sich in *Glasnost'*, Nr. 2–4, 1987, S. XIII.

<sup>194</sup> Vgl. RM vom 27. 2. 1987, S. 1.

<sup>195</sup> Es handelte sich dabei vor allem um Lev Timofeev, Iosif Begun, Larissa Bogoraz und Sergej Kovaljov, die zwar in die Planung des Journals involviert waren, jedoch nicht die Mitglieder der Redaktion darstellten, welche allein von Grigor'janc vertreten wurde. Sie waren jedoch Mitglieder des Presseklubs „Glasnost“.

<sup>196</sup> Hauptverwaltung der Angelegenheiten der Literatur und des Verlagswesens, die oberste Zensureinrichtung für Veröffentlichungen.

<sup>197</sup> RM vom 10. 7. 1987, S. 6.

<sup>198</sup> Ebd.; siehe auch Erklärung auf der Presse-Konferenz am 3. 7. 1987, in: RM vom 10. 7. 1987, S. 1, 6f.

<sup>199</sup> Text in RM vom 26. 6. 1987, S. 16.



der Pressekonferenz in der Wohnung von Grigor'janc die erste Ausgabe (60 S., 50 Exemplare) vorgestellt. Erst am 13. Juli legte man Grigor'janc in einem persönlichen Gespräch nahe, dass er keine offizielle Zulassung bekommen würde, da er die dafür benötigten Voraussetzungen einer offiziellen gesellschaftlichen Organisation nicht erfülle und zudem Papierknappheit im Land bestehe. Außerdem verwies man ihn auf die Möglichkeit, in der offiziellen Presse zu publizieren.<sup>200</sup> Ein Verbot oder eine Drohung, wie es in den früheren Jahren Praxis war, wurde dagegen weder ihm noch Podrabinek gegenüber ausgesprochen.

Beide Informationsbulletins, *Ėkspress-Chronika* und *Glasnost'*, kamen wie geplant heraus und erlangten schnell einen hohen Bekanntheitsgrad in der Sowjetunion. Trotz Bemühungen von Grigor'janc, nicht als eine oppositionelle Zeitung wahrgenommen zu werden, wurde *Glasnost'* nicht nur vom Apparat, sondern auch in der Bevölkerung als solche und in der Samizdat-Szene sogar als eine „auf den westlichen Markt orientierte“ Konkurrenz<sup>201</sup> wahrgenommen, was ihre Popularität jedoch keineswegs schmälerte. Ihrer Radikalität trugen nicht nur die darin abgedruckten und noch als Tabu für die offizielle Presse geltenden Materialien, sondern auch die dahinterstehenden Autoren bei. Auf ihren Seiten publizierten so bekannte Bürgerrechtsaktivisten und Journalisten wie Asja Laščiver<sup>202</sup>, Mal'va Landa<sup>203</sup>, Andrej Sacharov, Zviad Gamsachurdija<sup>204</sup>, Merab Kostava<sup>205</sup>, Parujr Ajrikjan<sup>206</sup> oder Gleb Jakunin<sup>207</sup>. *Glasnost'* kam zunächst dreimal im Monat (später monatlich) heraus, erschien u. a. auf Englisch, Deutsch, Spanisch, Polnisch, Bulgarisch, Armenisch sowie als Beilage zur russischsprachigen Zeitung *Russkaja mysl'* (20 000 Exemplare) in Paris. Das Journal hatte unterschiedliche thematische Schwerpunkte zum Inhalt. Viel Platz räumte es den nationalen Problemen, vor allem in den kaukasischen Republiken, ein; es berichtete über laufende gesellschaftspolitische Ereignisse, diskutierte aktuelle tagespolitische Fragen und Gesetzesprojekte, publizierte Interviews, offene Briefe und Dokumente der informellen Gruppen.

<sup>200</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 10-2; 13-3.

<sup>201</sup> Siehe das Streitgespräch zwischen den unabhängigen Redakteuren in: *Chronograf*, Nr. 1, 1988, S. 2f.

<sup>202</sup> Asja Laščiver war Journalistin, Mitglied der Friedensgruppe „Vertrauen“ und Mitbegründerin der Oppositionspartei „Demokratische Union“.

<sup>203</sup> Mal'va Landa war Mitglied der MHG, Mitarbeiter der *Chronika tekuščich sobytij*, zweimal in Lagerhaft.

<sup>204</sup> Zviad Gamsachurdija war Begründer der georgischen „Initiativgruppe für den Schutz der Menschenrechte“, Mitglied der georgischen Helsinki-Gruppe, georgischer Schriftsteller und später Präsident Georgiens (1991–1993).

<sup>205</sup> Merab Kostava war ebenfalls ein bekannter georgischer Dissident, Anführer der georgischen Unabhängigkeitsbewegung, Mitbegründer der georgischen „Initiativgruppe für den Schutz der Menschenrechte“ sowie der georgischen Helsinki-Gruppe, Schriftsteller und Musiker.

<sup>206</sup> Parujr Ajrikjan war Anführer der armenischen Unabhängigkeitsbewegung, ebenfalls ehemaliger politischer Gefangener und später Politiker.

<sup>207</sup> Gleb Jakunin war Mitglied der MHG und Mitbegründer des „Christlichen Komitees zum Schutz der Rechte der Gläubigen“ (1976), Pfarrer der griechisch-katholischen Kirche, zweimal in Lagerhaft, später Deputierter des Obersten Sowjets Russlands (1990–1993).

War Sergej Grigor'janc auch nach der Ablehnung seiner Zeitung hoffnungsvoll auf Annäherung und Kooperation mit der Macht bedacht, so lehnte der Redakteur der *Ėkspress-Chronika*, Aleksandr Podrabinek, nun jeglichen Dialog mit dem Staat ab und nahm mit Skepsis alle politischen Verheißungen der Perestroika-Mannschaft an.<sup>208</sup> Diese seine persönliche Einstellung prägte den radikalen Inhalt der Zeitung. Bis 1988 wurde das noch ein- oder zweiseitige Bulletin auf der Schreibmaschine geschrieben und mit einer Auflage von 100 bis 200 Exemplaren wöchentlich verbreitet. Ende 1989 handelte es sich schon um eine Zeitung von 10 000–20 000 Exemplaren, welche von der Redaktion in die 106 Städte der Sowjetunion versandt wurden.<sup>209</sup> *Ėkspress-Chronika* publizierte hauptsächlich zur Rechtsschutzthematik und wies strukturelle und inhaltliche Ähnlichkeiten mit *Chronika tekuščich sobytij* auf. Als ihr ehemaliger Mitherausgeber knüpfte Podrabinek ganz bewusst an die Tradition dieses Menschenrechtsbulletins an. So war ein Teil seiner *Ėkspress-Chronika* den bedeutenden Ereignissen der vergangenen Woche gewidmet. Auf den restlichen Seiten, die in der Regel in verschiedene Rubriken („Neuigkeiten des Samizdat“, „Lage der politischen Gefangenen“, „Klubs und Vereinigungen“, „Briefe und Appelle“ usw.) eingeteilt waren, wurden Dokumentationen über die informelle Szene, die Menschenrechtsverletzungen sowie die Diskussionen zu den tagespolitischen Themen geführt.

Das Erscheinen beider hier dargestellter Medien im Sommer 1987 leitete die „Geburt“ des „Zweiten Samizdat“ ein, der 1988 ähnlich wie die informellen Gruppen rasant zu wachsen begann. Laut einer Untersuchung gab es Ende 1987 in der ganzen UdSSR rund 50 unabhängige und teils wöchentlich erscheinende Ausgaben, hauptsächlich handgeschriebene oder auf der Schreibmaschine erstellte Broschüren in einer Auflage von 30 bis zu 200 Exemplaren. Die meisten von ihnen wurden in Moskau und Leningrad verbreitet, in kleineren Auflagen auch in der Provinz. Ende 1988 zählte man 250, 1989 bereits über 600 unabhängige Samizdat-Periodika.<sup>210</sup> 1989 explodierten die unabhängigen Medien buchstäblich: Jeden Tag kamen neue Presseerzeugnisse, auch an der Peripherie der Union, hinzu, so dass zum Jahresende die Gesamtauflage der unabhängigen Medien auf 200 000 stieg.<sup>211</sup> Mitte 1990 bezifferte der „Sammler“ der informellen Periodika Aleksandr Suetnov die monatliche Gesamtauflage des neuen Samizdat mit 700 000–800 000 Exemplaren, was umgerechnet rund 4 Mio. Leser bedeutete.<sup>212</sup> Während der klassische Samizdat der früheren Jahre überwiegend Kopien der Werke von verbotenen Autoren (Nadežda und Osip Mandel'stam, Michail Bulgakov, Varlam Šalamov, George Orwell), Petitionen, offene Briefe, Schriften oder Dokumentationen aus dem Umkreis der Menschenrechtsgruppen darstellte und

<sup>208</sup> Interview mit Podrabinek.

<sup>209</sup> *Panorama*, Nr. 7, 1990; Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 51f.

<sup>210</sup> Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 20f.

<sup>211</sup> Ebd.; Eine kurze Übersicht von Auflagen der einzelnen unabhängigen Ausgaben im September 1989, die in *Panorama*, Nr. 10, 1989, S. 4, zu finden ist, gibt eine ungefähre Vorstellung von den Ausmaßen des Phänomens und seinen geographischen Besonderheiten.

<sup>212</sup> Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 236.

diese im Untergrund verteilt wurden, handelte es sich bei dem „Samizdat“ der Perestroika hauptsächlich um Zeitschriften und zeitungssähnliche, teilweise einseitige Bulletins unterschiedlichster thematischer und ideologischer Ausrichtung. Als Synonym wurden sie ebenfalls „alternative“, „informelle“, „unabhängige“, „neue“, „demokratische“, „zensurfreie“ oder „nichtsowjetische“ Presse genannt.<sup>213</sup> Nicht alle Medien waren aber neu und stellten eine bewusste Gegenöffentlichkeit dar. So waren die literarische Ausgabe *Časy* und die Zeitung der jungen Sozialisten *Levyj povorot* bereits im Samizdat der 1970er Jahre erschienen, ihre Herausgabe wurde in der Perestroika lediglich in kleineren Auflagen fortgesetzt.

Eine Klassifizierung der informellen Presseerzeugnisse ist analog zu den informellen Gruppen kaum möglich. Fast jede größere informelle Vereinigung verfügte über ein eigenes, wenn auch nur einseitiges Presseorgan. Allein die „Demokratische Union“ von Novodvorskaja hatte insgesamt über 30 verschiedene Ausgaben unionsweit. In der Vielfalt informeller Erzeugnisse ist von einer Pop-Zeitschrift bis hin zum Bulletin eines Komitees „Gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel“ alles zu finden.<sup>214</sup> In Moskau und in vielen Teilrepubliken der Union waren informelle Printausgaben in ukrainischer, lettischer, georgischer, jiddischer Sprache usw. zu bekommen. Hoch im Kurs standen ab der zweiten Hälfte des Jahres 1988 in ganz Russland die russischsprachigen Ausgaben der Baltischen Volksfronten *Atmoda* (der Lettischen Volksfront) und die *Atgimimas* bzw. *Vozroždenie* (der Litauischen Bewegung für Perestroika), welche mit Unterstützung ihrer Regierungen professionell hergestellt und in der ganzen Union erhältlich waren. Auch Vertreter einzelner Bevölkerungsgruppen hatten sich mit eigenen Druckerzeugnissen versehen. Dabei ließen sich Redakteure viel einfallen, um ihre Meinung an die Leser zu bringen. In der Stadt Gor’kij gab es zum Beispiel eine laufende Litfasssäule, die der darin steckende Redakteur durch die ganze Stadt schleppte. In Rovno (Ukraine) wurde eine Zeitung in Plakatform hergestellt und an die Holzzäune geklebt.<sup>215</sup>

Generell entwickelte sich allerdings die informelle Presse in der Peripherie langsamer als in Moskau oder in Leningrad. Es ist bemerkenswert, dass die Mehrheit des gesamten „Zweiten Samizdat“ gesellschafts-politisch ausgerichtet war, einen Perestroika-freundlichen Kurs propagierte und trotz einer Fülle systemkritischer Materialien der offiziellen Politik grundsätzlich versöhnlich gegenüberstand.<sup>216</sup> Dessen ungeachtet stellte die informelle Presse analog zu den informellen Gruppen eine Herausforderung für die Partei dar – in erster Linie, weil sie durch ihre Existenz das staatliche Meinungsmonopol hinterfragte und nichtopportune Wahrheiten öffentlich machte. Zum Ende der Perestroika belief sich die Zahl von gesellschaftspolitischen Erzeugnissen allein unter den russisch-

<sup>213</sup> Ebd., S. 234; Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 11.

<sup>214</sup> Die thematische Vielfalt der informellen Presse lässt sich aus folgenden Nachschlagewerken von Suetnov erschließen. Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, und Ders.: *Samizdat. (Vspomogatel'nye ukazateli)*. Bd. 2, Moskau 1992.

<sup>215</sup> MN vom 17. 9. 1989, S. 9.

<sup>216</sup> Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 11 f.

sprachigen Medien bereits auf 987 Exemplare, damals 80% aller Ausgaben.<sup>217</sup> Viel problematischer für die KPdSU war aber die steigende Nachfrage der Bevölkerung nach liberaldemokratischen und jenen Publikationen, die man als „antikommunistisch“ bezeichnen konnte. Ungeachtet der im Vergleich zur offiziellen Presse hohen Preise (einige waren um das 10- bis 20-fache teurer<sup>218</sup>) erfreuten sich manche von ihnen hoher Popularität und stellten eine echte Konkurrenz zur staatlichen Presse dar.

Wie sehr der Staat trotz Glasnost unter seinen Bürgern an Vertrauen und die offizielle Ideologie an „Bindungskraft“ verlor, zeigte nicht nur die Bereitschaft der Bevölkerung, die informellen Blätter für ein Vielfaches zu kaufen, sondern auch die Rangliste der gefragtesten Printmedien Ende 1989.<sup>219</sup> Auf den ersten 8 Plätzen dieser Liste rangierten Ausgaben, welche generell die westlich-liberalen Werte propagierten und die man mit dem Etikett „antikommunistisch“ versehen könnte. Es seien hier die fünf Beliebtesten genannt: Auf Platz 1 stand die bereits vorgestellte *Ėkspress-Chronika* mit einer Auflage von über 20 000 Exemplaren monatlich. Auf Platz 2 befand sich eine wöchentliche Zeitung der „Demokratischen Union“ mit einer Auflage von rund 10 000 Exemplaren. Das Informationsbulletin *Glasnost* rangierte auf Platz 3, gefolgt auf Platz 4 von *Referendum*, herausgegeben von Lev Timofeev unter Beteiligung der prominenten Bürgerrechtler Larisa Bogoraz und Sergej Kovalev. Bezeichnend ist, dass alle vier hier genannten Presseerzeugnisse von den ehemaligen politischen Gefangenen, zum Teil aus dem Umkreis der Helsinki-Bewegung herausgegeben wurden und sehr regierungskritische Materialien veröffentlichten. An der 5. Stelle stand ein unabhängiges Informationsblatt *Panorama* von Aleksandr Verchovskij, das keine bestimmte politische Position vertrat und unter Beteiligung des „Moskauer Büros für Informationsaustausch“ über das gesellschaftspolitische Leben der informellen Gruppen in der Sowjetunion informierte (1000–5000 Exemplare).<sup>220</sup>

Diese Rangliste ist zwar nur ein flüchtiger Blick auf die Lesepräferenzen eines Teils der politisierten Bevölkerung im Jahr 1989, doch spiegelt sie, in den größeren Rahmen eingeordnet, zugleich und sehr eindringlich den Vertrauensverlust

<sup>217</sup> Ebd., S. 235. Laut Strukova überstieg die Zahl gesellschaftspolitischer Erzeugnisse die Marke 1.000. Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 30–32.

<sup>218</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94.

<sup>219</sup> Folgende Angaben sind Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 21, entnommen. Leider liegen keine Informationen über die Zahl der Befragten sowie den Ort der Umfrage vor. Der Popularitätsgrad der hierin angeführten Ausgaben lässt sich jedoch mit anderen schriftlichen sowie mündlichen Quellen bestätigen.

<sup>220</sup> Auf den weiteren Plätzen folgten das Bulletin der Rechtsschutzgruppe „Menschliche Würde“ mit bis zu 1000 Exemplaren; die Zeitung der zwischenfraktionellen Vereinigung „Demokratischer Block“ der „Demokratischen Union“ (Platz 7); das *Press-Bjulleten'* der „Sibirischen Informationsagentur“ (Platz 8); die Zeitung der Moskauer Wählervereinigung *Chronika* (Platz 9) und die Zeitschrift *Obščina* des gleichnamigen historisch-politischen Klubs. Vgl. Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 21; siehe auch: Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 50f., 94f.; Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 23–60; Elgašin, K.B.: *Samizdat – tribuna glasnosti*, in: Suslova, *Obščestvennye*, S. 248–257; Redlich, *Svoimi silami*.



„Letzte Nachrichten“. „Lesehungrige“ Sowjetbürger vor dem Redaktionsgebäude der Zeitung *Moskovskie Novosti*.

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

der Gesellschaft in den Staat und seine Medien bei einem gleichzeitig steigenden „Durst“ nach zensurfreier Information. Wie sehr der Partei ihr Meinungs- und Herrschaftsmonopol zu entgleiten drohte, illustrieren auch die vielfachen Ausgaben von *Argumenty i fakty*, *Ogonek*, *Moskovskie Novosti* und *Novyj mir* bei der gleichzeitig drastisch eingebrochenen Nachfrage nach konservativen Parteiorganen wie *Izvestija*, *Pravda*, *Sovetskaja Rossija* oder *Kommunist*<sup>221</sup> sowie die seit Ende 1989 teilweise zu beobachtende Tendenz einzelner staatlichen Medien, sich auf den Samizdat als Quelle zu beziehen und sogar aus ihm zu zitieren.<sup>222</sup> Nach Aussagen einzelner Beobachter war die Presseagentur *Novosti* bereits 1987 auf die Informationen der nichtstaatlichen Organe angewiesen und musste unweigerlich mit einigen von ihnen kooperieren.<sup>223</sup>

Den Verlust der Kontrolle über die Medien durch den Staat demonstrierte noch drastischer das alltägliche Bild an dem Zeitungsstand von *Moskovskie Novosti* auf dem Puškin-Platz in Moskau: Abgesehen von dieser progressiven Zeitung galt hier die hohe Aufmerksamkeit der Menschenmassen den ausgehängten Flugblättern und den aufgeklebten informellen Broschüren *Ėkspress-Chronika*,

<sup>221</sup> Die genauen Zahlenangaben siehe bei Roth, *Glasnost*, S. 115f.

<sup>222</sup> *Alternativnaja pečat': process i problemy*, in: *Paragraf*, Nr. 10, 1989, abgedruckt in *Atmoda* vom 14. 8. 1989.

<sup>223</sup> Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Spravočnik, Bd. 1, Teil 1, S. 13.

*Graždanskoe dostoinstvo* (der „Bürgerlichen Würde“) und *Svobodnoe slovo* (der „Demokratischen Union“).<sup>224</sup>

Das Erfolgsrezept dieser unprofessionellen, unter einfachsten Bedingungen hergestellten und flugblattähnlichen Medien war ihr kompromissloser Informationsgehalt. Trotz sensationeller Beispiele von Glasnost in den staatlichen Medien, deren Berichterstattung stellenweise noch eklektisch blieb, nahm sich die zensurfreie Presse mit großem Elan der noch tabuisierten Bereiche an, füllte das noch bestehende Informationsvakuum aus und sensibilisierte so die Bevölkerung für Problembereiche und Ideen, die mit der offiziellen Ideologie nicht mehr kompatibel waren. Dazu gehörte auch der Ruf nach einer echten, in Gesetzesform gegessenen Meinungs- und Pressefreiheit, wie sie die KSZE-Schlussakte fixierte.

### 2.3 Der Samizdat als Musterbeispiel für die Meinungs- und Pressefreiheit

Die informelle Presse bot jene gesellschaftlichen Diskussionsforen, in denen die offiziell noch nicht angesprochenen Probleme und tabuisierten Themen offen erörtert werden konnten. Die Entmythisierung der sowjetischen Geschichte, die Problematisierung der sowjetischen Nationalitätenpolitik mit den aktuellen Reportagen über die einzelnen „Brandherde“ der Konflikte, die Kritik an der Partei und am KGB, die Berichte über die Umweltkatastrophen in der Sowjetunion, die Wiederentdeckung verfemter Autoren und die Forderungen nach der Implementierung der KSZE-Verpflichtungen erfolgten zeitversetzt – zunächst auf den Seiten der informellen Presse und erst dann in den progressiven offiziellen Blättern wie *Moskovskie Novosti*, *Argumenty i Fakty* oder *Ogonek*.<sup>225</sup> Vor allem Ende 1987 und 1988 stellten die informellen Ausgaben für viele Sowjetbürger eine alternative Informationsquelle, mit einer „von Frömmelei, von innerer Fälschung befreiten“<sup>226</sup> Sprache der unabhängigen Journalisten dar. Ein Blick auf die einzelnen Themenbereiche, die den unabhängigen Journalismus 1987/1988 bewegten, mag eine Vorstellung davon geben.

In der Mai-Ausgabe des Bulletins *Glasnost* von 1988, das sich mit dem Konflikt um Berg-Karabach [Nagornyj Karabach] befasste, hatte der unabhängige Journalist I. Vartanov Folgendes geschrieben:

„In dem Wunsch, die Wahrheit über die Ereignisse in Sumgait und Berg-Karabach zu erfahren, habe ich die sowjetische Presse für die Zeit zwischen dem 20. Februar und dem 5. März durchgesehen und, indem ich den Haufen nutzloser Makulatur zur Seite schob, habe ich selbstsicher den Titel meiner Rückschau abgeleitet: V E R H A F T E T E INFORMATION.“<sup>227</sup>

<sup>224</sup> Ebd. In der Sowjetunion gehörten Stände, an denen man die frisch gedruckte Presse lesen konnte, zum üblichen Stadtbild.

<sup>225</sup> Ein Artikel des unabhängigen Leningrader Journals *Merkurij* zählte in der UdSSR insgesamt 40 Themen, die in der offiziellen Presse unterbelichtet gewesen seien. Vgl. *Merkurij*, Nr. 16, 1988, S. 37–41.

<sup>226</sup> So Zelinskaja auf dem zweiten Treffen der unabhängigen Redakteure im Mai 1988 über das „zweite Samizdat“, abgedruckt in: *Merkurij*, Nr. 16, 1988, S. 1 f.

<sup>227</sup> *Glasnost*, Nr. 17, 1988, S. 34–36.



Seit Anfang des Jahres eskalierte die Auseinandersetzung zwischen Armeniern und Aserbaidzschanern um das zu über 70% von Armeniern bewohnte, jedoch seit den 1920er Jahren zur Nachbarrepublik Aserbaidzschan gehörende Gebiet Berg-Karabach. In der Zeit zwischen dem 20. Februar und dem 5. März 1988 trugen sich folgende Ereignisse zu: In der armenischen Hauptstadt Erevan hatte es Massendemonstrationen, in der Hauptstadt Berg-Karabachs, Stepanakert, Schulboykotts und Massenproteste gegeben, deren Teilnehmer die Geringschätzung der armenischen Kultur und die Diskriminierungen durch Aserbaidzschaner beklagten und den Anschluss des genannten Gebiets an Armenien forderten.<sup>228</sup> Der darauf vom Sowjet des autonomen Gebiets an Moskau gestellte Antrag, die Ausgliederung Berg-Karabachs aus dem territorialen Bestand Aserbaidzschans zu vollziehen, wurde abgelehnt. Noch im Jahr zuvor hatten sich in Armenien die „Vereinigung nationaler Selbstbestimmung“ unter Parujr Ajrikjan und das „Komitees zum Schutz der Rechte der politischen Gefangenen Navasardjana Ašota und Aršakjana Azata“<sup>229</sup> gebildet, welche den Anschluss Berg-Karabachs an Armenien forderten. Für die Lösung des Problems wurden in Armenien bereits seit 1986 Unterschriften gesammelt und es wurde eine Petition, die von der Hälfte der armenischen Einwohnerschaft des autonomen Gebiets (75 000) unterzeichnet worden war, an die sowjetische Regierung überreicht. Die Karabach-Delegationen mit der Bitte um den Anschluss Berg-Karabachs an Armenien wurden Ende 1987/Anfang 1988 im ZK der KPdSU empfangen. Eine „Karabach-Bewegung“ bildete sich heraus.

Von all dem berichtete die offizielle Presse jedoch nichts. Stattdessen reagierte sie auf alle Zwischenfälle mit nationalem Charakter überwiegend nach Vogel-Strauß-Manier: Sie malte weiterhin die Fiktion der sowjetischen Völkerharmonie und der Gerechtigkeit und kommentierte alle nationalen Spannungen notdürftig als „geplante Provokationen“ „antisowjetischer Migration“, von „Nationalisten“ und von „westlichen Sicherheitsdiensten“.<sup>230</sup> Jene Sowjetbürger, die sich ausschließlich aus den staatlichen Quellen informierten, erfuhren so weder von den Auseinandersetzungen um den Berg-Karabach, noch über deren historische Hintergründe. Lediglich ein Aufruf von Gorbačev an die Völker Aserbaidzschans und Armeniens, vorgelesen von Vladimir Dolgich, dem Kandidaten für das Politbüro

<sup>228</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Altrichter, Russland, S. 73–76; Dalos, Gorbatschow, S. 160–166, sowie die Spezialausgabe von *Glasnost*, Nr. 17, 1988.

<sup>229</sup> Navasardjan Ašot und Aršakjan Azat setzten sich bereits in den 1970er Jahren im Umkreis der Helsinki-Gruppen für die Lösung der armenischen Frage ein und wurden dafür zu 11 Jahren Verbannung verurteilt. Das „Komitee zum Schutz der Rechte der politischen Gefangenen Navasardjana Ašota und Aršakjana Azata“ wurde später in das „Komitee zum Schutz politischer Gefangener“ umbenannt.

<sup>230</sup> Freilich wiesen auch die staatlichen Medien Differenzen in der Berichterstattung auf. So bemühten sich MN durchaus um eine Dokumentation der Sommer-Phase des Konflikts um Berg-Karabach, siehe z. B.: MN vom 26. 6., 17. 7., 24. 7. 1988. Jedoch handelte es sich hierbei um Ausnahmen und noch um sehr zurückhaltende und teilweise auch tendenziöse Meldungen, wie z. B. das am 21. 8. 1988 publizierte Interview mit dem Mitarbeiter des Außenministeriums P. Laptev, der darin die rechtlichen Grundlagen für die Ausbürgerung von P. Ajrikjan, dem Anführer der Karabach-Bewegung, ausführte, S. 4.



des ZK der KPdSU, wurde am 26. Februar 1988 im Fernsehen ausgestrahlt. Er appellierte an die verfeindeten Lager, an Armenier und Aserbaidzchaner, mit Besonnenheit bzw. im „Rahmen des demokratischen Prozesses und der Gesetzlichkeit“ nach Lösungen zu suchen, die der „Tradition der Freundschaft und der Brüderlichkeit sowjetischer Bevölkerung“, der „Leninistischen Nationalitätenpolitik“ und dem „Sozialistischen Internationalismus“ entsprechen würden. Das öffentliche Einräumen von Schwierigkeiten und Fehlern, das Versprechen von dringlichen Maßnahmen zur deren Beseitigung sowie zur Lösung wirtschaftlicher und anderer Probleme der Region bewirkten kurzfristig das Aussetzen der Kundgebungen, Streiks und Demonstrationen in Erevan. Die Gegenmaßnahmen der Aserbaidzchaner stoppten sie damit aber nicht: Am nächsten Tag, dem 28. Februar 1988, kam es zu den seither schwersten Ausschreitungen gegen die armenische Bevölkerung in der aserbaidzchanischen Stadt Sumgait, bei denen nach offiziellen Angaben 31 Menschen zu Tode kamen und 197 verletzt wurden. Das Lahmlegen der gesamten Infrastruktur und der Wirtschaft, Streiks und Fluchtbewegungen waren die unmittelbaren Folgen. Die darauf folgende tendenziöse Berichterstattung zentraler Medien goss noch mehr Öl ins Feuer und löste bald neue Proteste aus.

Erst am 21. März, fast einen Monat nach diesen dramatischen Ereignissen und unter dem Vorwand, man habe die Emotionen nicht noch mehr in die Höhe treiben wollen, meldete sich die Parteizeitung *Pravda* mit einem umfassenden Artikel zum Konflikt um Berg-Karabach.<sup>231</sup> Darin wurden die historischen Wurzeln des Konflikts u. a. in den Jahrhunderten vor der sowjetischen Nationalitätenpolitik sowie bei den lokalen Parteiorganisationen gesucht, welche es versäumt hätten, die Bevölkerung im „Geiste des sowjetischen Patriotismus und des sozialistischen Internationalismus“ zu erziehen und sich den Erfordernissen des laufenden Umgestaltungsprozesses im Land anzupassen. Zwar wurden Fehler und Diskriminierungen der armenischen Bevölkerung unter der aserbaidzchanischen Verwaltung eingeräumt, den Demonstrierenden warf *Pravda* dennoch „nationalen Egoismus“ vor, der die „Union der Bruderländer gefährde“. Darüber hinaus meinte der Artikel genau die Urheber des Konflikts zu kennen: Die überseeischen Sowjetologen und Mitglieder des Karabach-Komitees hätten demnach versucht, „künstlich die nationale Feindschaft zu entfachen.“ In einem Artikel vom 4. April präzisierte *Pravda* die Anstifter: Es handele sich nicht um einen Konflikt zwischen Armeniern und Aserbaidzchanern, wie es die „feindlichen Radiostimmen“ senden, war dort nachzulesen, sondern um die Versuche westlicher Sicherheitsorgane und einzelner Mitglieder der Karabach-Bewegung, namentlich des „Kriminellen“ Parujr Ajrikjan und des Herausgebers der informellen Zeitung *Glasnost*, Sergej Grigor'janc, sich zusammen mit den anderen „Nationalisten“ der „Vervollkommnung des Sozialismus, dem demokratischen Prozess ununterbrochener Entwicklung und Festigung des sowjetischen Patriotismus und Internationalismus“ in

<sup>231</sup> *Emocii i razum*, S. 3; zuvor waren lediglich einzelne kleine Meldungen zum Konflikt über „Hooligans“ und zu anderen „negativen Elementen“ zu finden. Siehe z. B. *Pravda* vom 5. 3. 1988, S. 2.

den Weg zu stellen. Die verbreiteten Gerüchte über die schweren Racheakte, die von Aserbaidzschanern an den Armeniern verübt wurden, seien übertrieben und hätten nichts mit Fakten zu tun; bei den einzelnen Festgenommenen und Demonstrationsteilnehmern handele es sich überwiegend um „Vorbestrafte“, „Alkoholiker“, „Drogenabhängige“, „Personen, die ein parasitäres Leben führen, und andere kriminelle Elemente“ – so war es der Zeitung zu entnehmen.<sup>232</sup> Realitätsfremd war auch die in den staatlichen Medien enthaltene Selbstbeschwörung, dass die vergangenen Ereignisse die Freundschaft zwischen den aserbaidzschanischen und armenischen Völkern keineswegs erschüttern würden, schließlich sei sie stärker und fester als jeder „nationale Egoismus.“ Ähnliches berichtete das abendliche Fernsehprogramm „Die Zeit“. Während an den Demonstrationen in Erevan über 500 000 Menschen teilnahmen und die Übergriffe auf Armenier immer zahlreicher wurden, sprach das sowjetische Fernsehen am 21./22. Februar von den „Ereignissen in Berg-Karabach“, ohne über Streiks und Demonstrationen zu berichten. Damit provozierte die offizielle Berichterstattung noch mehr Protestdemonstrationen gegen die genannten Zeitungsorgane und den Boykott aller staatlichen Medien durch die Armenier. Waren die Černobyl-Katastrophe und die El'cin-Affäre die ersten nicht bestandenen Prüfungen für Glasnost, so wurde der Konflikt um Berg-Karabach zu einer weiteren misslungenen Kraftprobe des Kremls, die das Vertrauen der Bevölkerung in die staatlichen Medien und in den Staat erschüttern musste.

Zahlreiche Erklärungen und Briefe, auch von Andrej Sacharov und der armenischen Dichterin Silva Kaputikjan, mit Appellen, den Wünschen der armenischen Bevölkerung nachzugeben und damit den Konflikt zu entschärfen, wurden an Gorbačëv, an die Intellektuellen des Landes und an die Journalisten gerichtet. Die Redakteure zentraler Presseorgane wurden von ihren Lesern aufgefordert, die Geschichte des Konflikts objektiv zu beleuchten und damit zu einer schnellen und gerechten Lösung beizutragen. Abgedruckt wurden sie jedoch nur im Samizdat, der zum ersten Mal die Rolle des vollwertigen und professionellen Journalismus übernahm und eine theoretische Polemik zur Lösung der nationalen Frage auslöste. Insbesondere die *Bulletins Glasnost*, *Ėkspress-Chronika*, das Leningrader Journal *Merkurij* und sogar das wenig politische Leningrader Bulletin des „Rates für Kulturökologie“, *Vestnik soveta po ėkologii kul'tury*, räumten dem Konflikt um Berg-Karabach viel Platz ein und stellten die bisherige Nationalitätenpolitik und die „Unerschütterlichkeit“ der UdSSR in Frage.<sup>233</sup> So veröffentlichte die ausschließlich dem Konflikt gewidmete Mai-Ausgabe von 1988 von *Glasnost*<sup>234</sup> auf 47 Seiten die historischen Hintergründe des Konflikts, die ausführliche Chronik

<sup>232</sup> *Pravda* vom 4. 4. 1988, S. 3; vgl. auch folgende Artikel in: AiF vom 12. 3. 1988, S. 5; vom 2. 4. 1988, S. 1.

<sup>233</sup> Exemplarisch sei hier auf folgende Ausgaben verwiesen: *Glasnost*, Nr. 8, 1987; Nr. 17, 18, 1988; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 9, 10, 12, 13, 1988; *Merkurij*, Nr. 11, 13, 14, 1988; *Referendum*, Nr. 6, 8, 1988; *Rossijskie Vedomosti*, Nr. 9, 1988; *Special'nyj vypusk „Vestnika“ Soveta po ėkologii kul'tury*, Oktober 1988.

<sup>234</sup> *Glasnost*, Nr. 17, 1988.

der Ereignisse, die offenen Briefe und Erklärungen der Demonstrationsteilnehmer und der armenischen Öffentlichkeit in Moskau sowie des „Komitees für die Wiedervereinigung Berg-Karabachs mit der Armenischen SSR“, ergänzt mit dem Fotomaterial und analytischen Kommentaren. In das Kreuzfeuer der Kritik des unabhängigen Journalismus gerieten die bisherige Nationalitäten- und Minderheitenpolitik der UdSSR, die Reaktionen der Staatsorgane auf die vielerorts aufflammenden Konflikte und die Unionsverfassung von 1977, die keine Austrittsmöglichkeiten für die autonomen Gebiete aus der Union vorsah. Was die offizielle Presse nicht oder verzerrt veröffentlichte, machte die informelle publik: die Reportagen über die nationalen Brandherde, Interviews mit den Zeitzeugen und Historikern, analytische Materialien, Foto- und Schriftdokumente usw., was die Popularität mancher Ausgaben enorm steigerte.<sup>235</sup> Aus den offiziellen Medien wagten es hingegen nur die Wenigsten, das verordnete Informationsvakuum zu füllen oder es gar zu kritisieren. Lediglich die Zeitung *Moskovskie Novosti* zog im April 1988 folgende sarkastische Bilanz der bisherigen Glasnost-Politik:

„Wenn man die abgehefteten Februar- und März-Zeitungen durchschaut, kann man den falschen Schluss ziehen, dass die letzten Februar-Tage eine ganz ruhige Periode waren. Die Zentralzeitungen, die Presse Armeniens und Aserbaidschans veröffentlichten Briefe über die Völkereundschaft, über die Leistungen von den Arbeitern und Kolchosbauern der beiden Republiken. Sie enthielten keine Mitteilungen über die Demonstrationen und Aufmärsche in Erevan, wo Hunderttausende auf die Straßen gingen. Mit keiner Zeile verrieten die Zeitungen von Sumgait etwas über die Pogrome und Ausschreitungen, die es in der Stadt gegeben habe.“<sup>236</sup>

Die krampfhaft öffentliche Behandlung der erneut entfachten Massendemonstrationen Hunderttausender Armenier Anfang Juli 1988, nachdem ihre Hoffnungen auf der XIX. Parteikonferenz enttäuscht wurden, setzte sich in den staatlichen Medien fort. Ähnlich wie im Februar/März wurden auch im Sommer die wahren Hintergründe des Konflikts verschwiegen und die verdrehten Tatsachen dargestellt. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen der Sicherheitskräfte mit den Demonstranten, welche Anfang Juli gegen die Verlegung von Truppen und Panzern ins Krisengebiet am Erevaner Flughafen protestierten, wurden in den zentralen Medien wiederholt als Taten armenischer „Hooligans“ und „Extremisten“ dargeboten,<sup>237</sup> während die progressivsten der offiziellen Blätter die abwartende Haltung annahmen. Und so veröffentlichte erneut nicht etwa die *Ogonek* jene offenen Briefe, Zeugenberichte und Interviews, welche der als liberal bekannte Chefredakteur dieser Illustrierten, Vitalij Korotič, von seinen Lesern bekam, sondern die informelle Presse.<sup>238</sup>

<sup>235</sup> So erreichte das Bulletin *Glasnost*, das generell sehr viel zu den nationalen Konflikten publizierte, im Jahr 1988 den Höhepunkt der Popularität. Strukova, *Alternativnaja*, S. 36.

<sup>236</sup> MN vom 3. 4. 1988, S. 4; vgl. auch MN vom 27. 11. 1988, S. 15.

<sup>237</sup> Vgl. etwa „Pravda o Zvartnoce“, in: SR vom 19. 7. 1988.

<sup>238</sup> Federführend waren in dieser Phase erneut *Glasnost*, die in beinahe jeder Ausgabe das Thema behandelte, *Ėkspres-Chronika*, Nr. 23, 30, 42, 1988, und *Merkurij*, Nr. 14, 15, 1988. *Merkurij* veröffentlichte dann auch Materialien, die ursprünglich für die Illustrierte *Ogonjek* bestimmt, dort jedoch nie erschienen waren.

Der Konflikt um Berg-Karabach war freilich nicht das einzige Beispiel einer schlecht funktionierenden Glasnost. Was als unorganisierter spontaner Protest gegen das Kommando-administrative Zentrum in Alma-Ata im Dezember 1986 begann und zur Formierung einer kasachischen Nationalbewegung führte, bezeichnete *Literaturnaja Gazeta* mit dem eingelernten Vokabular als Randalie von „Hooligans“, „Alkoholikern“, „Drogenabhängigen“, „politisch ungebildeter Jugend“ und „anderen antigesellschaftlichen Elemente“.<sup>239</sup> Auf die Demonstrationen von Krim-Tataren im Sommer 1988 auf dem Roten Platz reagierte die Presse mit der Behauptung, ein Teil der Krim-Tataren habe im Zweiten Weltkrieg mit dem Feind kollaboriert, und mit politischen Rehabilitierungen von 1967 seien die seitens des sowjetischen Staates begangenen Fehler bereits wiedergutmacht worden.<sup>240</sup> Wenn überhaupt, so wurden die Kundgebungen der Balten am 23. August 1987 in Tallin, Riga und Vilnius zum Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes<sup>241</sup> und die politischen Entwicklungen im Baltikum im Jahr darauf negativ dargestellt.<sup>242</sup> Die Besprechung der Programmatik der baltischen Fronten, die Diskussionen um die Neubewertung der Geschichte baltischer sowie anderer Teilrepubliken und Völker in der Sowjetunion, das Insistieren der Balten, die Echtheit der Dokumente des Hitler-Stalin-Paktes zu überprüfen und die Zusatzprotokolle zu veröffentlichen, fanden in der informellen Presse statt. Wie bereits erwähnt, waren in Russland die wöchentlichen russischsprachigen Zeitungen der baltischen Volksfronten besonders populär. Sie wurden mit der Rückendeckung der lokalen Parteiorgane in hohen Auflagen professionell hergestellt und leiteten auf ihren Seiten in einer kompromisslosen Schärfe von der Ungültigkeit der Zusatzprotokolle *ex tunc* die Nichtigkeit der Inkorporation baltischer Republiken in die Union ab.<sup>243</sup> Die russischsprachige Zeitung *Al'manach* der Litauischen Volksfront veröffentlichte zum ersten Mal den Text der geheimen Zusatzprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes, ehe das Nachdrucken des Dokuments in dem offiziellen Wochenblatt *Argumenty i Fakty* erfolgte, das in einer Auflage von über 20 Millionen am 12. August 1989 erschien.<sup>244</sup> Es ist bemerkenswert, dass gerade diese Nummer des ansonsten in der UdSSR wenig gelesenen *Al'manach* weit verbreitet war.<sup>245</sup>

<sup>239</sup> LG vom 1. 1. 1987, S. 10.

<sup>240</sup> Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 69; *Vesti iz SSSR* 1987: 14-4.

<sup>241</sup> In den geheimen Zusatzprotokollen des Hitler-Stalin-Paktes, dessen Existenz der sowjetische Staat jedoch leugnete, war die Besetzung der Baltischen Staaten sowie ostpolnischer Gebiete und Bessarabiens vereinbart worden. Mehr zum Hitler-Stalin-Pakt siehe: Osteuropa, Nr. 7-8, 2009.

<sup>242</sup> Vgl. z. B. *Pravda* vom 1. 9. 1987, S. 3, 6. In allen drei Republiken entstanden seit dem Frühling 1988 Volksfrontbewegungen, die ihre Forderungen nach nationaler Souveränität und nach Sezession aus der Union verstärkten. Hierzu siehe Kapitel 4 in diesem Teil III der vorliegenden Studie.

<sup>243</sup> Als Beispiele seien folgende Veröffentlichungen genannt: *Atmoda*, Nr. 29, 1989, S. 4; Nr. 30, 1989, S. 1.

<sup>244</sup> Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 39, 88; *AiF* vom 12. 8. 1989, S. 5.

<sup>245</sup> Strukova, *Al'ternativnaja*, S. 39.

Die nationale Frage war jedoch nicht das Einzige, was die Journalisten der informellen Presse und die Leser bewegte. Zu einem breit diskutierten Thema gehörte die Umwelt-Problematik. Es entstanden sogar selbstständige „grüne“ Journale wie das erwähnte Leningrader Bulletin des „Rates für Kulturökologie“, *Vestnik soveta po ekologii kul'tury*, das seit Juni 1987 monatlich erschien. Noch bevor sowjetische Umweltprobleme zum festen Bestandteil zentraler Medien im Jahr 1989 geworden waren,<sup>246</sup> berichteten Bürgerinitiativen und unabhängige Journalisten von den kleinen „Černobyls“ in ihren Regionen, von den informellen ökologischen Initiativen und von den Auseinandersetzungen mit der lokalen Bürokratie.<sup>247</sup> So publizierte *Glasnost'* bereits im Jahr 1987 Protestbriefe und Berichte über Massenkundgebungen gegen die im Gebiet um Erevan konzentrierte chemische Industrie, insbesondere gegen den Betrieb „Nairit“. Dieser produzierte jährlich 4852 Tonnen industrielle Abfälle, schied davon allein 3339 Tonnen toxischer Stoffe teilweise unfiltriert in die Luft und die Flüsse aus und war laut einem Bericht des Gesundheitsministeriums, den die Zeitung ebenfalls abdruckte, eine Ursache dafür, dass die Hälfte der Bewohner des Ararat-Tals, einschließlich Erevans, an diversen schweren Erkrankungen litt, dass sich die Zahl der geistig kranken Kinder in den letzten 15 Jahren verfünffachte und dass die Zahl von an Leukämie Erkrankten um das Vierfache gestiegen ist, dass die Frühgeburten sich versiebenfacht haben und drei von 10 Kindern entweder tot oder behindert, mit schweren Missbildungen und Krankheiten auf die Welt kamen.<sup>248</sup> Die Enthüllungen solcher, auf dem Bürokratismus der Behörden bzw. des Systems gewachsenen Missstände begannen „von unten“, ehe sie 1989 auch von der offiziellen Presse aufgegriffen wurden.

Nur zögerlich näherten sich die staatlichen Medien den religiösen Angelegenheiten, während bereits 1987 religiöse Bulletins informeller Gruppen in den Großstädten erhältlich waren, etwa *Vybor* von Viktor Aksjučic und Gleb Aniščenko und das *Bjulleten' christianskoj obščestvennosti* von Aleksandr Ogorodnikov, auf deren Grundlage sich später die „Russische christlich-demokratische Partei“ formierte.<sup>249</sup> Religiöse Themen waren aber auch in vielen anderen unabhängigen Medien präsent, so auf den Seiten von *Glasnost'*, wo der Begründer des „Christlichen Komitees zum Schutz der Gläubigen in der UdSSR“ (1976), Gleb Jakunin, regelmäßig publizierte.

Der Samizdat hatte auch bei den Veröffentlichungen zu Kultur und Literatur der staatlichen Presse eine deutliche Pilotfunktion. So brachten die Journale

<sup>246</sup> So Altrichter, Russland, S. 218ff. Im Jahr 1988 traten jedoch auch bei diesem Thema die Zeitung *Moskovskie Novosti* und die Illustrierte *Ogonjek* hervor, vgl. z. B. MN vom 14. 8. 1988; O sud'be Arala, in: *Ogonjek* Nr. 1, 1988.

<sup>247</sup> Als Organ einer ökologischen Bewegung führte z. B. der Leningrader *Merkurij* seit 1987 eine aussagekräftige Rubrik „Gesundheit der Stadt – in die Hände seiner Bürger“; eng verknüpft mit der Umwelt-Thematik war die Problematisierung der gefährdeten Kulturdenkmäler im „Zweiten Samizdat“.

<sup>248</sup> *Glasnost'*, Nr. 10, 1987.

<sup>249</sup> Roth, *Glasnost*, S. 125; MN vom 17. 9. 1989, S. 8f.

*Merkurij* und *Mitin Žurnal* 1987/1988 Materialien von und über Iosif Brodskij<sup>250</sup> heraus; *Merkurij* druckte das Stenogramm der Gerichtsverhandlungen aus dem Jahr 1964 ab, deren Teil fast ein Jahr später auch *Ogonek* publizierte.<sup>251</sup> In der unabhängigen Presse wurden erstmals Stimmen laut, Aleksandr Solženicyn die Rückkehr in die Heimat zu ermöglichen und seine Werke zu publizieren, noch bevor sie auch in der offiziellen Zeitung *Kněžnoe obozrenie* im Sommer 1988 erschienen.<sup>252</sup> Im Leningrader literarischen *Mitin Žurnal* waren zum ersten Mal Übersetzungen von Hermann Hesse, Franz Kafka, Vladimir Nabokov oder auch die Archivmaterialien des legendären Vertreters der russischen Avantgarde und des Dadaismus, des russischen Schriftstellers Daniel Charms (1905–1942) zu lesen, dessen Werke in der UdSSR immer noch verboten waren.<sup>253</sup>

Viele informelle Medien führten ausführlich Chronik über das gesellschaftspolitische Leben in der Sowjetunion, über die neuen Klubs und Initiativen, und publizierten zum Teil ihre Programme und Dokumente. Aus *Merkurij* und aus *Žurnal žurnalov* konnte man bereits 1987 über die Initiativegruppe „Memorial“ erfahren, während die staatlichen Blätter erst ein Jahr später über sie zu berichten begannen.<sup>254</sup> Der „Zweite Samizdat“, auf dessen Seiten man über die nächste geplante Demonstration oder über die Konferenz der informellen Gruppen erfuhr, diente zweifellos als Bindeglied in der informellen Szene. Als Informationsblatt des gesellschaftspolitischen Lebens hatte sich insbesondere die unabhängige Zeitung *Chronograf* hervorgetan, die seit April 1988 zwei- bis dreimal monatlich erschien und Dokumente, Petitionen, Reportagen sowie Stenogramme der Treffen der informellen Klubs abdruckte, aber auch über die Entwicklungen in der offiziellen Jugendorganisation Komsomol informierte.<sup>255</sup>

Ein Tabu für die offiziellen Medien blieb lange das Thema der politischen Gefangenen in der Sowjetunion, der politisch motivierte Missbrauch der Psychiatrie und die Verletzung der Menschen- und Bürgerrechte sowohl in der Gegenwart als auch in der Vergangenheit. Die informelle Presse erhob diese Problematik hingegen zum festen Bestandteil der öffentlichen Diskussion. Dabei wurde mit der

<sup>250</sup> Brodskij war Lyriker, Essayist und erhielt 1987 den Nobelpreis. 1963 war er verhaftet und 1964 wegen „Parasitentums“ – so bezeichnete die offizielle Hetze seine lyrische Tätigkeit – zu fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt worden. Nach 18 Monaten, die er in der Gegend von Archangelsk verbringen musste, wurde er auf Grund zahlreicher Proteste entlassen und 1972 aus der Sowjetunion ausgebürgert. Seine Werke gehörten somit zu den verfeimten und waren nur im Sam- und im Tamizdat erhältlich. Als Tamizdat wurden Werke bezeichnet, welche in der UdSSR verboten waren und deshalb im Ausland veröffentlicht und illegal in die UdSSR mitgebracht und dort verbreitet wurden.

<sup>251</sup> *Merkurij*, Nr. 8, 1987; Nr. 12, 13, 1988; *Mitin žurnal*, Nr. 17, 18, 1987; siehe auch *Glasnost*, Nr. 10, 1987, S. XIV; *Ogonjek*, Nr. 49, 1988, S. 26–31.

<sup>252</sup> Von Anfang an setzte sich dafür Aleksandr Podrabinek sehr stark ein, der sich mit diesem Anliegen in einem persönlichen Brief an Gorbačev 1987 wandte. RM vom 10. 4. 1987, S. 5; *Ėkspres-Chronika*, Nr. 7, 1988, S. 10.

<sup>253</sup> Elgašin, Samizdat, S. 253f.

<sup>254</sup> So auch die Illustrierte *Ogonjek*, Nr. 29, S. 31; 32, S. 7; 37, S. 29, 1988, vgl. Elgašin, Samizdat, S. 252.

<sup>255</sup> Siehe: <http://www.panorama.ru/gazeta/chronogr/>.



sowjetischen Ideologie und Lenin genauso schonungslos umgegangen wie mit der Person Michail Gorbachev und dessen Reformmaßnahmen, die von manchen sarkastischen Journalisten aufs Korn genommen wurden.<sup>256</sup> In Medien wie *Glasnost*, *Èkspress-Chronika*, *Referendum*, *Informacionnyj bjulleten* der „Informationsagentur der Freien Interprofessionellen Vereinigung von Werktätigen“ (L. Volochonskij) und *Graždanskoe dostoinstvo* der Gruppe „Bürgerliche Würde“ fand eine rege Diskussion über die Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion statt.<sup>257</sup> Diese beinhaltete nicht nur die Dokumentation von Menschenrechtsverletzungen, sie machte auch die schleppende Kodifizierung der elementaren Freiheiten in der UdSSR und die diesbezügliche Polemik öffentlich.<sup>258</sup> In *Glasnost* und in *Èkspress-Chronika* fand die oben skizzierte gruppenübergreifende Polemik über den Zweck der sowjetischen Menschenrechtsoffensive auf dem KSZE-Treffen in Wien und darüber statt, wie die informelle Szene und die westliche Öffentlichkeit darauf zu reagieren hätten. Das Eintreten für die Implementierung von KSZE-Vereinbarungen und für die Befolgung der eigenen Gesetze war zentral in den Medien wie *Golos*, *Žernova*, *Stranižka uznika*, *Prava*, *Prava čeloveka* und in den Bulletins der Helsinki-Gruppen, wie sie in den einzelnen Republiken erschienen. Sie sammelten Informationen über Menschenrechtsverstöße und machten diese sowie die Anliegen der benachteiligten Bevölkerungsgruppen publik.<sup>259</sup>

Die vielen hier erwähnten Presseorgane propagierten nicht nur die westlich-liberalen Werte, sondern sprachen sich regelmäßig für Meinungspluralismus und Pressefreiheit aus, indem sie über das Schicksal der politischen Gefangenen unabhängig von deren politischen Überzeugungen, über die Lage der Gläubigen unabhängig von der Glaubensrichtung berichteten und das Wort diversen Autoren

<sup>256</sup> Hier taten sich insbesondere die Partei DU mit den vielen Presseausgaben, die Gruppe „Gemeinde“ mit dem gleichnamigen Blatt *Obščina*, die *Antisovetskaja pravda* der „Republikanischen Partei“ (ab 1989), *Sovetskaja moral'ka*, aber auch *Glasnost* und *Èkspress-Chronika* hervor. Zu dem laufenden Reformprozess nahm jedoch fast jedes andere politische Medium Stellung.

<sup>257</sup> Vor allem *Glasnost* widmete einige ihrer Ausgaben einzelnen bürgerlichen Freiheiten. So betraf die Nr. 13 1988 die Problematik der Religionsfreiheit und die Nr. 17 des gleichen Jahres war dem Missbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion gewidmet. Menschen- und Bürgerrechte standen von Anfang an im Mittelpunkt des Journals.

<sup>258</sup> *Glasnost* veröffentlichte z. B. im November 1987 einen kommentierten Entwurf des Gesetzes über die Presse (offizielle Bezeichnung: das Gesetz über Presse und Information), das von einer Arbeitsgruppe des Obersten Sowjets unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitet wurde. Dass dieser Entwurf zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung mittlerweile als verworfen galt, störte die Herausgeber der Zeitschrift kaum. Denn der erste Schritt zur Verwirklichung von Informationsfreiheit habe nach dem Kommentar von Sergej Grigor'janc eine offene Besprechung der laufenden Gesetzesentwürfe zu sein, was in der Sowjetunion noch nicht der Fall war. *Glasnost*, Nr. 12, 1987, S. 14–17. Im Übrigen erfolgte die Ausarbeitung auch anderer Gesetze und Verordnungen, welche die elementaren Menschen- und Bürgerrechte kodifizieren sollten (etwa das Jugendgesetz, das Gesetz über selbsttätige gesellschaftliche Vereinigungen oder die Verordnung vom 28.7.1988 über „das Verfahren der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzügen und Demonstrationen in der UdSSR“), noch bis Ende 1991 hinter den Kulissen.

<sup>259</sup> Vgl. Suetnov, Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel', S. 13, 69, 112f., 137.



unterschiedlichster politischer Überzeugungen erteilt.<sup>260</sup> Der „Zweite Samizdat“ stellte jedoch trotz einer weiteren Verbreitung der radikal-demokratischen Blätter keinen monolithischen Block dar, sondern vielmehr eine „schwer zu überschaubare Vielfalt“,<sup>261</sup> in welcher das ultrafaschistische Gedankengut neben der pornografischen Belletristik und den Anekdotensammlungen zu finden war.

## 2.4 Irritation als Reaktion: staatliche Umgangsformen mit dem Phänomen der informellen Presse

Dass die Partei über den Pluralismus unabhängiger Presse nur wenig erfreut war, ist naheliegend. Allerdings bereiteten den konservativen Staatsvertretern nicht der wenig professionelle Samizdat, sondern die progressiven staatlichen Medien die größte Sorge. Auf der XIX. Parteikonferenz, die im Sommer 1988 eine Glasnost-Resolution annahm, in der sie die Ausweitung von Glasnost „als eine der wichtigsten politischen Aufgaben bezeichnete“ und deren juristische Fixierung einforderte, wurde zugleich zum ersten Mal offen die „Sittenlosigkeit“ der Presse beklagt, wobei die Illustrierte *Ogonek* und ihr Chefredakteur, Vitalij Korotič, ein Hauptangriffsziel der Kritiker darstellte.<sup>262</sup> Die Existenz der informellen Presse wurde auf der höheren Parteiebene hingegen analog zu den informellen Gruppen zunächst weitgehend übersehen.

In den heute zugänglichen offiziellen Schriftstücken ist der Umgang mit unabhängigen Presseerzeugnissen nur spärlich dokumentiert. Während etwa spezielle Abteilungen auf der Ebene des Stadtparteikomitees ab 1988 akribisch Materialien über die informellen Gruppen sammelten und die unterschiedlichsten Strategien der Einflussnahme entwickelten, finden sich in den heute zugänglichen Dokumenten nur sehr wenige vergleichbare Bemühungen im Hinblick auf die informelle Presse.<sup>263</sup> Selbst die jährlichen Berichte des KGB an die Parteiführung, die einen ausführlichen quantitativen Überblick über die „antisowjetischen“ Aktivitäten und Materialien sowie über die Methoden und „Erfolge“ ihrer „Bekämpfung“ geben, enthalten keine Informationen über den Samizdat, referieren aber über die wachsende Zahl von Briefen und Flugblättern „anonymen“, „antisowjetischen“ Inhalts im Jahr 1986 (insgesamt 11 480 Exemplare und 1237 identifizierte Autoren).<sup>264</sup> Diesen Berichten ist jedoch der Trend von der zurückgehenden Pra-

<sup>260</sup> Der radikalste Vertreter war auch in diesem Fall Grigor'janc mit *Glasnost*, der z. B. in einer Februar-Nummer 15 (1988, S. 2–22) eine Bühne für das Gedankengut der nationalpatriotischen Bewegung „Gedenken“ bot und damit die Kritik vieler seiner Kollegen auf sich zog. Siehe z. B. *Chronograf*, Nr. 1, 1988.

<sup>261</sup> Roth, *Glasnost*, S. 124.

<sup>262</sup> Vgl. Meissner, Boris: Gorbatschow am „Rubikon“. II. Verlauf, Ergebnisse und Folgen der Allunionistischen Parteikonferenz der KPdSU, in: Osteuropa 1988, S. 1059–1090.

<sup>263</sup> Dieses Bild geht aus den Beständen des Moskauer Stadtparteikomitees im CAOPIM (f. 4, f. 8723) hervor. Viele Archivmaterialien konnten aus diesem Fond jedoch aufgrund der nach wie vor bestehenden Geheimhaltung nicht eingesehen werden.

<sup>264</sup> Vgl. Ob itogach raboty organov KGB po rozysku avtorov antisovetskich anonimnych materialov v 1986 godu, in: RGANI, f. 89, op. 51, d. 12; O rezul'tatach raboty po preduprezhdeniju

xis anonymen Meinungsäußerungen zu entnehmen – vermutlich durch die wachsenden Möglichkeiten, die eigene Meinung offen und in der Regel weitgehend straffrei in den neuen alternativen Medien zu äußern.

Die Umgangsformen des Parteistaates mit dieser Herausforderung lassen sich dennoch aus den zensurfreien Presseerzeugnissen und aus den umfangreichen Aussagen der Staatsvertreter erschließen. Aus diesen geht hervor, dass die Obrigkeit erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1989 das Phänomen des wiederbelebten Samizdat ernst nahm. Der Erste Sekretär der KP Aserbaidschans, Abdul-Rachman Vesirov, musste gar auf dem April-Plenum des ZK der KPdSU 1989 mit Entsetzen feststellen, dass die Sowjetunion damit bereits „infiziert“ sei: „Im Lande ist jetzt ein Netz von unabhängigen Publikationen entstanden, deren Grundprinzip darin besteht, keine Materialien sowjetischen Inhalts zu veröffentlichen. [...] Man will das Immunsystem des Volkes [...] schwächen, das Volk mit ideologischem Aids infizieren.“<sup>265</sup> Vadim Medvedev, Politbüromitglied des ZK der KPdSU, nannte das Phänomen während der Diskussionen über das neue Mediengesetz im Obersten Sowjet im November 1989 einen „Missbrauch von Glasnost“ für „persönliche Ambitionen“.<sup>266</sup> Ähnlich urteilte die Zeitung *Pravda*, als sie die Periodika des Samizdat in einem Artikel in die „nützlichen“ einerseits und die „parteifeindlichen“, nationalistischen“, „monarchistischen“, „Lenin und Gorbatschow beleidigenden“ andererseits aufteilte.<sup>267</sup>

Somit waren die staatlichen Reaktionen auf den „Zweiten Samizdat“ den informellen Gruppen generell vergleichbar: Es überwogen die Irritation und die Ablehnung, während direkte Verbote nie ausgesprochen wurden, wofür als Paradebeispiele die geschilderte, weitgehend ungehinderte Herausbildung von *Glasnost* und *Ėkspress-Chronika* stehen. Dabei hingen die Reaktionen nicht selten von den politischen Einstellungen der Parteifunktionäre in den jeweiligen Gebieten ab. So wurde der Samizdat vielerorts einfach ignoriert, toleriert oder durch Bereitstellung von Druck- und Kopiergeräten sogar gefördert<sup>268</sup> (vor allem im Baltikum). Die Berichte aus der informellen Szene lassen jedoch den Schluss zu, dass die meisten Partei- und Komsomolorgane auch nach geeigneten Mitteln suchten, mit deren Hilfe der Einfluss der informellen Presse auf die Bevölkerung neutralisiert oder unter die Kontrolle einer offiziellen Organisation gestellt werden könnte. Die unklare Rechtslage und die materiellen Schwierigkeiten des „Zweiten Samizdat“, der in der Regel mit einfachsten Mitteln auf der heimischen Schreibmaschine erstellt wurde und in den Zeiten der wirtschaftlichen Not über keine Vervielfachung

terrorističeskich pojavlenij na territorii SSSR, 11. 1. 1988, in: Ebd.; Otčet o rabote Komiteta gosudarstvennoj bezopasnosti SSSR za 1988 god, in: Ebd., d. 15; Doklad KGB SSSR ob itogach operativno-služebnoj dejatelnosti v 1989 godu, in: Ebd., d. 16.

<sup>265</sup> *Pravda* vom 27. 4. 1989, S. 6.

<sup>266</sup> *Izvestija* vom 25. 11. 1989, S. 1f.

<sup>267</sup> Vgl. *Pravda* vom 10. 8. 1989, S. 1; vom 26. 8. 1989, S. 2.

<sup>268</sup> So Galina Vochmenceva (heute Michaleva) über die Verhältnisse in Sverdlovsk auf der vom DHI-Moskau veranstalteten internationalen Konferenz „Die sowjetische Öffentlichkeit zur Zeit der Perestroika“ (13.–15. November 2008). Vgl. auch Kozodoj, Dviženie; Ders.: Stanovlenie.

fältigungstechnik verfügte, waren seine „Achillesfersen“, die die staatlichen Organe für sich zu nutzen versuchten. So appellierte ein Vertreter des Leningrader Komsomol auf einem Treffen der unabhängigen Samizdat-Redakteure in Lenin-grad an die Redakteure, mit den staatlichen Organisationen zu kooperieren. Kopiergeräte, hohe Auflagen und Pressefreiheit waren dabei die typischen Versprechungen, mit denen man die informelle Presse unter die „Fittiche“ staatlicher Organisationen lockte.<sup>269</sup>

Die Behörden bedienten sich zugleich einer großen Bandbreite von kriminellen Methoden, um die informellen Kommunikationsräume wenigstens einzudämmen. Dazu gehörten die „prophylaktischen“ Maßnahmen (Vorwarnungen, Drohungen, Kündigungen der Redakteure von den regulären Arbeitsplätzen), die Verunglimpfungen in der Presse und gelegentliche Gewaltanwendungen. Es kam vor, dass die unabhängigen Bibliotheken von den Staatsorganen zerschlagen, die Telefonleitungen bei Redakteuren und Herausgebern gekappt und sie selbst bedroht, ihre Wohnungen angezündet, mit Waffen beschossen und ausgeraubt wurden, die Samizdat-Verkäufer, die einzelnen Journalisten oder Personen, die mehrere Ausgaben des Samizdat mit sich führten, festgenommen und die Materialien konfisziert wurden.<sup>270</sup> So entwendeten die Sicherheitsorgane am 1. Oktober 1987 die ersten Ausgaben des Journals *Glasnost* und nahmen zwei Mitarbeiter vorübergehend in Haft.<sup>271</sup> Es folgten Verunglimpfungen des Mediums und seines Herausgebers in der offiziellen Presse<sup>272</sup> sowie die Kündigung des Arbeitsvertrages der Zeitschrift *Novyj mir* mit Grigor'janc – Methoden, die an das repressive Vorgehen des Staates gegen die Andersdenkenden aus der Zeit vor 1985 erinnerten. Sie erfolgten aber – und das ist der wesentliche Unterschied zu früher – öffentlich, spontan und mit „reduzierter Härte“.<sup>273</sup> Zu einer weit verbreiteten Maßnahme, der sich der Parteistaat bediente und die zugleich seine beschränkten Handlungsmöglichkeiten illustrierte, gehörten die gelegentlichen Übergriffe auf die unabhängigen Redakteure und auf die Vertreiber der informellen Presse. Nach Berich-

<sup>269</sup> RM vom 13. 11. 1987, S. 4; Trubicyn, V: Oficial'naja pečat' o neformalach i nezavisimoj presse, in: *Vestnik kluba nezavisimoj pečati*, Nr. 1, 1988 (RFE/RL Materialy Samizdata 1988, Nr. 45, AC 6286).

<sup>270</sup> Die Beispiele sind zahlreich. Stellvertretend sei hier auf folgende Angaben verwiesen: *Vesti iz SSSR* 1988: 7/8-16, 7/8-20, 7/8-22, 22-10; 1989: 17/18-11; 19/20-12. Eine Aufzählung an Umgangsformen enthält die Resolution der unabhängigen Gewerkschaft der Journalisten, in: Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 99. Besonders hart betroffen wurden die Redaktionen von *Ėkspress-Chronika* und *Glasnost*; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 55.

<sup>271</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: RM vom 9. 10. 1987, S. 7.

<sup>272</sup> Die Zeitung *Večernjaja Moskva* veröffentlichte bereits am 8. 8. 1987 einen Artikel, in dem Grigor'janc seine „verbrecherische Vergangenheit“ vorgeworfen und eine „zweite“ *Glasnost* als überflüssig bezeichnet wurde. Siehe die Antwort von Grigor'janc auf diesen Artikel in: *Glasnost*, Nr. 5, 6; Ausschnitte in RM vom 25. 9. 1987, S. 6f. Auch andere informelle Medien wurden in der offiziellen Presse verunglimpfend als „feindlich“ und als „verlängerter Arm“ des westlichen Auslands dargestellt, so *Pravda* vom 26. 8. 1989, S. 2.

<sup>273</sup> Vgl. Eichwede, Bürgerrechtsbewegung, S. 23; hierzu auch Interview von Grigor'janc, in: RM vom 9. 10. 1987, S. 7.

ten der *Ėkspress-Chronika* kam es z. B. zwischen Juni und August 1989 in Moskau zu 10 Festnahmen mit Konfiskationen des Samizdat, zwischen September und November zu 14. Dabei wurden die Verkäufer mit den Geldstrafen „wegen Handels an einem dafür nicht vorgesehenen Ort“ belegt.<sup>274</sup> In seltenen Fällen wurde jedoch mit Gewalt vorgegangen. Dabei handelte es sich bei den gemeldeten körperlichen Verletzungen und Übergriffen um jene Redakteure und Zeitungen, die nur wenig für die offizielle Ideologie übrig hatten. So wurde physische Gewalt gegen Podrabinek, Grigor'janc, Novodvorskaja, aber auch gegen die einzelnen unbekannten Aktivisten und Verteiler des Samizdat angewandt.<sup>275</sup> Ein Journalist, Sergej Kuznecov, der regelmäßig Informationen an die Zeitschriften *Glasnost'* und *Ėkspress-Chronika* weitergab, wurde im Dezember 1988 wegen der Teilnahme an einer nicht genehmigten Kundgebung und des Vorlesens der UN-Menschenrechtsdeklaration verhaftet und musste ein Jahr Untersuchungshaft, psychiatrische Expertisen und Gerichtsverhandlungen über sich ergehen lassen. Nach den zahlreichen Protesten des Westens und im Inland sowie nach der Verkündung eines neuen Urteils auf der Gebietsebene wurde er im Januar 1990 dann doch aus der Haft entlassen.<sup>276</sup> Nach Artikel 70 wurde der Prozess gegen die Redakteure des Journals *Demokratičeskaja opozicija* eröffnet. Wegen der „Beleidigung des Präsidenten“ wurden zahlreiche andere Redakteure strafrechtlich verurteilt; sie blieben jedoch auf freiem Fuß. Von den Fällen des Totschlags der Journalisten wurde ebenfalls berichtet.<sup>277</sup>

Im Jahr 1989 ging jedoch der Druck des Machtapparates auf die zensurfreie Presse temporär zurück, obgleich es immer wieder zu einzelnen Fällen der Gewaltanwendung kam.<sup>278</sup> Die Aufnahme der Arbeit an einem Mediengesetz, dessen Ausarbeitung in Übereinstimmung mit den KSZE-Verpflichtungen der Sowjetunion von den unabhängigen Journalisten, aber auch von den Staatsvertretern und der liberalen Presse immer mehr eingefordert wurde,<sup>279</sup> durch den 1989 neu gewählten Obersten Sowjet war sicher ein wichtiger Grund hierfür.<sup>280</sup> Die Unter-

<sup>274</sup> Zahlen nach Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94f.; die *Ėkspress-Chronika* führte in ihren Ausgaben sogar eine ausführliche Chronik über Festnahmen der Samizdatverkäufer.

<sup>275</sup> So Podrabinek im Interview; Novodvorskaja, *Po tu storonu*.

<sup>276</sup> Eine große Sammlung von Protestschreiben aus dem Westen enthält der Fond 10031 (Burlackij) im GARF, op. 1, d. 13–15. Zu Kuznecov siehe kurz: Vochmenceva, *Die Neuformierung* (II), S. 10f.

<sup>277</sup> Der Vierte Kongress der unabhängigen Journalisten 1990 bezeichnete das Verhältnis der Staatsmacht ihnen gegenüber als „politischen Terror“ und führte in seiner Resolution Beispiele der angewandten „Terrorakte“ gegen seine Kollegen auf. Vgl. Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 99; vgl. auch *Panorama*, Nr. 9, 1989, S. 3; Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'*, S. 234ff.; *Express-Chronik*, Nr. 48, 1988, S. 11.

<sup>278</sup> Ende 1990 verhärtete sich jedoch das Vorgehen des Parteiapparates gegen die Samizdat-Vertreiber und die unabhängigen Redakteure. Dazu und zu den Hintergründen siehe Teil IV, Kapitel 2.3 der vorliegenden Studie.

<sup>279</sup> Vgl. z. B. das Interview mit Ėduard Ševardnadze in MN vom 5. 11. 1989, S. 11. Mehr zur Argumentation der Staatsvertreter mit den KSZE-Verpflichtungen siehe im Teil IV, Kapitel 2 der vorliegenden Studie.

<sup>280</sup> Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 95.

zeichnung des Abschließenden Dokuments auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien durch die Sowjetunion (Januar 1989), welches sie u. a. verpflichtete, „Einzelpersonen, Institutionen und Organisationen unter Wahrung der Rechte auf geistiges Eigentum, einschließlich des Urheberrechts, [zu] gestatten, alle Arten von Informationsmaterial zu erwerben, zu besitzen, zu reproduzieren und weiterzugeben“,<sup>281</sup> hat den Ruf innerhalb der UdSSR, einer begrenzten Glasnost endlich die grundrechtliche Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit folgen zu lassen, noch verschärft.<sup>282</sup> Die Unterdrückung journalistischer Tätigkeiten von Einzelpersonen oder Gruppen war für einen Staat, der den Demokratisierungsprozess intensiverte und sowohl ökonomisch als auch politisch in eine immer größere Abhängigkeit vom Westen geriet, nicht mehr tragbar.

Ein anderer, unmittelbar mit dem ersten korrelierender Faktor war die offensichtliche Kontraproduktivität der Unterdrückung, die nur noch mehr nationale und internationale Proteste hervorrief.<sup>283</sup> Dabei schien die sowjetische Bevölkerung ihre Ehrfurcht vor der Obrigkeit komplett verloren zu haben. Immer mehr Menschen versammelten sich ab dem Frühjahr 1988 in der Öffentlichkeit, verteilten und tauschten die informellen Erzeugnisse und lasen an den bekannten Tauschpunkten aus ihnen laut vor. Einzelne Plätze wurden so zu Treffpunkten und, mit der Kommerzialisierung ab 1988, zu Verkaufsstellen der informellen Erzeugnisse. Der Samizdat entwickelte sich sogar zu einem besonders rentablen Geschäft in der Sowjetunion.<sup>284</sup> Einzelne Ausgaben wurden unkontrolliert vervielfältigt, um ein Vielfaches teurer als empfohlene „Spendensummen“<sup>285</sup> und sogar um das 10- bis 20-fache teurer<sup>286</sup> als die staatlichen Zeitungen verkauft. In Moskau waren es der Puškin-Platz und der Gogol-Boulevard, wo man sich zum Erwerb informeller Erzeugnisse traf. Neben dem wachsenden Vertriebsnetz der Presse kam es 1988 auch zur Herausbildung von Informations- und Forschungszentren, wie das bereits erwähnte „Moskauer Büro für Informationsaustausch“.

<sup>281</sup> Siehe im Dokument: Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen, Menschliche Kontakte, aus dem Punkt 34 der Information.

<sup>282</sup> Erst am 1. 8. 1990 wurde jedoch das Gesetz „über die Presse und die Masseninformativmittel“ verabschiedet, das die Arbeit informeller Journalisten und ihre Presse legalisierte. VVS SSSR 90, Nr. 26, Art. 492.

<sup>283</sup> Die betroffenen Journalisten berichteten ausführlich über das Vorgehen des Staates gegen sie, was bei den Lesern das Gefühl von ungerechter Behandlung wecken und das Protestpotenzial sowie die Politisierung noch mehr steigern musste. Ein aufschlussreiches Beispiel liefert der erwähnte Arrest des Journalisten Sergej Kuznecov, der eine große Protestwelle im In- und Ausland hervorrief und schließlich rückgängig gemacht werden musste. Die Dokumentation der Proteste findet sich in: GARF, f. 10031, op. 1, d. 13–15.

<sup>284</sup> Hierfür wie für das Folgende vgl. *Panorama*, Nr. 9, 1989, S. 3; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94f.

<sup>285</sup> Mit der wachsenden Nachfrage nach den einzelnen Presseorganen erschien ungefähr ab 1989 auf den Seiten informeller Medien die Meldung, dass ihre Verbreitung gegen freiwillige Spenden erfolge, deren Summe dann auch konkret angegeben wurde. In der Regel war der Samizdat jedoch für einen deutlich höheren Preis zu bekommen, insbesondere wenn es sich um Medien aus den anderen Städten bzw. Republiken handelte. Vgl. Strukova, *Alternativen*, S. 24.

<sup>286</sup> Die Angaben nach Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 94f.

Manchmal waren sie selbst Herausgeber von unabhängigen Publikationen. So gab das „Moskauer Büro für Informationsaustausch“ die Zeitung *Panorama* heraus. Es entstanden unabhängige Bibliotheken mit Lesesaal wie die „Moskauer Bibliothek unabhängiger Presse“ sowie Zusammenschlüsse diverser Journalisten und Redaktionen zu den unabhängigen Klubs bzw. Gewerkschaften. Im Mai 1988 wurde zum Beispiel der „Klub unabhängiger Presse“ in Leningrad gegründet.<sup>287</sup> Aus dem inoffiziellen Menschenrechtsseminar, welches der Presseklub „Glasnost“ gemeinsam mit den anderen informellen Vereinigungen im Dezember 1987 als Reaktion auf die Initiative des Kremls, die KSZE-Menschenrechtskonferenz nach Moskau zu holen, veranstaltete, ist 1988 die „Gewerkschaft unabhängiger Journalisten“ unter Leitung von Sergej Grigor’janc hervorgegangen.<sup>288</sup>

Eine andere Erklärung für den Wandel der staatlichen Reaktionen auf die informellen Medien war die Tatsache, dass eine uneingeschränkte Glasnost mittlerweile auch in die offiziellen Kommunikationsräume Einzug hielt und die im Samizdat produzierten Wissensgehalte an Sensationscharakter und Radikalität verloren. Es schien der historische Moment vom Ende des Samizdat gekommen zu sein. Doch handelte es sich dabei nicht um eine „verlorene Schlacht“ des unabhängigen Journalismus. Denn sein primäres Ziel, die Etablierung einer zensurfreien Meinungsäußerung in der Sowjetunion, wurde mit dem Pluralismus informeller Medien, mit dem Hineintragen abweichender Denkformen in die offiziell-öffentliche Sphäre und mit dem Einfließen der neuen Freiheiten in eine Gesetzesform beinahe erreicht. „Der König ist gestorben, es lebe der König!“<sup>289</sup> war das Motto unabhängiger Journalisten, die ihre Tätigkeit 1989/1990 entweder beendeten oder, nach der Unterzeichnung des Mediengesetzes am 12. Mai 1990 durch Gorbachev, zu legalisieren bzw. zu kommerzialisieren begannen. Die Herausgabe der Journale *Glasnost*, *Merkurij*, *Vestnik Soveta po ekologii kul’tury*, *Bjulleten’ christianskoj obščestvennosti* wurde 1989/1990 ganz eingestellt. Andere wiederum setzten ihre Arbeit, ohne sich zu registrieren, einfach fort. Zwischen August und Dezember 1990 wurden allein auf der Unionsebene bereits 800 neue Medien registriert, davon aber nur 30 aus dem „Zweiten Samizdat“.<sup>290</sup> Ein beträchtlich größerer Teil erwarb den Status einer juristischen Person auf der republikanischen, autonomen Stadt- oder Gebietsebene. Unmittelbar im Zusammenhang mit den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 entstanden zahlreiche neue unabhängige Medien, die Zeitungen der Wählerklubs und der Wahlbündnisse (*Golos izbiratelja*, *Chronika*, *Pozicija*, *Doverie*, *Politika*, *Demokratičeskaja Rossija*), die es zum Teil zu einer großen Popularität und politi-

<sup>287</sup> Erklärung und Satzung der Gruppe siehe in: *Ėkspress-Chronika*, Nr. 20, 1988, S. 4–6.

<sup>288</sup> Diese Organisation veranstaltete bis 1991 fünf große Konferenzen, an denen bis zu 300 unabhängige Journalisten aus der ganzen Union teilgenommen hatten. Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Bd. 4, S. 97–99.

<sup>289</sup> So lautete die Überschrift eines Essays des Journalisten M. Talalaj, in *Merkurij*, Nr. 16, 1988.

<sup>290</sup> Suetnov, *Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel’*, S. 243.



schen Einflussnahme (so *Politika* und *Demokratičeskaja Rossija*) in der Endphase der UdSSR brachten.<sup>291</sup>

Zusammenfassend sind an dieser Stelle zwei für die zentrale Fragestellung der Studie bedeutende Zwischenbefunde festzuhalten. Zum einen fällt die offenbar vom KSZE-Prozess autarke Herausbildung des Samizdat auf. Die informellen Medien stellten vielmehr eine Folge der oben beschriebenen Glasnost-Politik von Gorbachev und der vielerorts entstehenden informellen Gruppen als der multilateralen Diplomatie dar. Frappant wenig scheinen die außenpolitischen Themen die unabhängigen Redakteure interessiert zu haben. Doch wenn man das oben beschriebene Phänomen in einem größeren Rahmen betrachtet, wird man auch hier die Helsinki-Effekte verorten können. Denn erstens erfolgten die ersten Liberalisierungen im Informationsbereich auch unter dem Einfluss der KSZE, während Gorbachev selbst die KSZE-Schlussakte argumentativ in diesen Prozess einbezog. Zweitens profitierte das Phänomen der zensurfreien Presse genauso wie das der informellen Vereinigungen von dem KSZE-Prozess. Die Vielzahl der Redakteure, und zwar nicht nur in Moskau, „rekrutierte sich“ aus dem Umfeld der Helsinki-Gruppen, baute auf die Erfahrungen der Helsinki-Bewegung und ihrer Samizdat-Tätigkeit auf<sup>292</sup> und beanspruchte die Geltung der Helsinki-Prinzipien für sich – insbesondere, wenn es um die Forderungen nach einer gesetzlichen Verankerung der Presse- und Meinungsfreiheit ging.<sup>293</sup> Die argumentative Hinzuziehung der KSZE-Vereinbarungen wurde nach der Verabschiedung eines neuen Dokuments infolge der KSZE-Konferenz in Wien 1989/1990 intensiviert, was die Verabschiedung des neuen Gesetzes über die Presse und die Massenmedien bedeutend voranbrachte.<sup>294</sup> Ein anderer positiver Effekt bestand darin, dass der KSZE-Faktor auch in diesem Fall die Formen des Umgangs der Partei mit den Teilnehmern der informellen Kommunikationsstrukturen beträchtlich einschränkte und jede repressive Handlung potenziell eine Reaktion aus dem westlichen Ausland bzw. die Kritik der KSZE-Signatarstaaten provozierte, was der Fall von Sergej Kuznecov ja zeigte.

Der weitere Befund dieses Kapitels ist die Erweiterung des staatlichen Konzepts der Glasnost-Politik um zuvor vom Parteistaat nicht vorgesehene Dimensionen und Diskursstränge durch die zensurfreie Presse und die Auflösung des Informationsmonopols der KPdSU. Obgleich die Rolle informeller Kommunikationsstrukturen im Prozess des Verfalls der staatlichen Autorität, womit die Partei ja

<sup>291</sup> Strukova, *Alternativnaja*, S. 45–75.

<sup>292</sup> Die ersten und die radikalsten informellen Gruppen sowie informellen Erzeugnisse entstanden nicht nur, wie gezeigt, in Moskau unter Einfluss der ehemaligen Dissidenten. Der Historiker Kozodoj beobachtete das gleiche Phänomen in Sibirien, wo in der Zeit zwischen 1988 und 1989 praktisch in allen großen Städten eine Struktur informeller Gruppen entstand, die sich ursprünglich um den Kreis der ehemaligen politischen Gefangenen formierte und die Menschenrechts- bzw. Bürgerrechtinformationen vervielfältigte. Kozodoj, *Dviženie*, S. 30.

<sup>293</sup> So von den Initiatoren der Menschenrechtskonferenz in Moskau in ihren Appellen, vgl. *Glasnost*, Nr. 5, 1987, S. II, Nr. 13, 1987, S. 15.

<sup>294</sup> Dazu siehe Teil IV, Kapitel 2.1 und 2.2 der vorliegenden Studie.



bereits Anfang 1989 konfrontiert war,<sup>295</sup> methodisch schwer zu bemessen ist, ist es wenig strittig, dass die alternativen Printmedien durch die Veröffentlichung von regimekritischen Materialien zumindest den bereits anderenorts ausgelösten Verlust des Legitimationsglaubens an den sozialistischen Staat potenziert und zugleich das politische Rechtsbewusstsein geschärft haben müssen. Ein Beleg dafür ist die Tatsache, dass dort, wo der Samizdat am dichtesten vorzufinden und am professionellsten war – im Baltikum, in den Ballungszentren Moskau und Leningrad oder in Sibirien – der höchste Politisierungsgrad der Bevölkerung zu beobachten und die Staatsmacht mit dem größten zivilen Ungehorsam konfrontiert war.<sup>296</sup> In dem Prozess des „Strukturwandels“<sup>297</sup> sowjetischer Politik war insofern die informelle Öffentlichkeit und im Einzelnen die informelle Presse nicht weniger wichtig als die offizielle Glasnost. Die Letztgenannte übernahm schrittweise die Diskurse und das Prinzip einer zensurfreien Aufklärung des „Zweiten Samizdat“ und entzog sich allmählich auch der Parteikontrolle. Für die Verabschiedung eines neuen liberalen Mediengesetzes, das die Meinungs- und Pressefreiheit garantierte, für die postsowjetische Medienlandschaft, deren einzelne Presseerzeugnisse und Verlagshäuser aus dem „Zweiten Samizdat“ hervorgingen (so das Verlagshaus *Kommersant* mit der gleichnamigen Zeitung), und für die Entstehung des politischen Pluralismus der 1990er Jahre war das geschilderte Phänomen der zensurfreien Presse und damit auch der KSZE-Prozess höchst wichtig.

### 3. Reisefreiheit – Ausreisebewegungen und die Entkriminalisierung der Emigration

Anders als die bisher dargestellten innersowjetischen Entwicklungen waren die Veränderungen in der offiziellen Emigrationspolitik unmittelbare und in Zahlen fassbare Folgen des KSZE-Prozesses. Mit Perestroika wurde der Wunsch nach Emigration entkriminalisiert und die Reisefreiheit als unveräußerliches Menschenrecht gesetzlich und in Übereinstimmung mit den KSZE-Normen garantiert. Die Entwicklung dieses Rechts zur Norm, einhergehend mit der Frage nach der Relevanz der KSZE bei diesem Prozess, ist Gegenstand dieses Kapitels.

#### 3.1 Die Liberalisierung der sowjetischen Ausreisepolitik unter Einfluss der multilateralen Diplomatie

Die Emigration aus der UdSSR war kein Phänomen der Perestroika. Nach dem Zweiten Weltkrieg kehrten Millionen Sowjetbürger der Sowjetunion den Rü-

<sup>295</sup> Altrichter, Russland.

<sup>296</sup> Zur Radikalisierung der Bevölkerung siehe folgende Kapitel der Arbeit.

<sup>297</sup> Altrichter, Russland.

cken.<sup>298</sup> Der Staat lehnte jedoch die Emigration aus ideologischen Gründen ab und diffamierte die Ausreisewilligen als „Staatsverräter“ bzw. „Volksfeinde“. Bürger, deren Ausreiseanträge man abschlägig beschied, wurden als Refuseniks [otkazniki]<sup>299</sup> bezeichnet. Sie waren diversen Schikanen und sogar Repressalien ausgesetzt, obgleich die Sowjetunion Mitunterzeichner von Vereinbarungen wie der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte (1946), dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966, von der UdSSR 1973 ratifiziert) und der KSZE-Schlussakte war, die das Recht auf Freizügigkeit garantieren.<sup>300</sup> Im Korb III der KSZE-Schlussakte (Menschliche Kontakte) erklärte Moskau, „freie Bewegung und Kontakte auf individueller und kollektiver, sei es auf privater oder offizieller Grundlage zwischen Personen, Institutionen und Organisationen der Teilnehmerstaaten zu erleichtern und zur Lösung der humanitären Probleme beizutragen, die sich in diesem Zusammenhang ergeben.“ Darüber hinaus versicherte die Sowjetunion, „Gesuche auf Reisen wohlwollend [zu] prüfen mit dem Ziel, Personen zu erlauben, in ihr Territorium zeitweilig und, wenn gewünscht, regelmäßig einzureisen oder aus ihm auszureisen, um Mitglieder ihrer Familien zu besuchen“.<sup>301</sup>

Die sowjetische Verfassung von 1977 erwähnte trotz dieser Selbstverpflichtungen das Recht auf freie Ein- oder Ausreise nicht. Die Emigration war weitgehend der Willkür der Behörden überlassen. Es gab zwar eine Ordnung, die 1959 erlas-

<sup>298</sup> Armbrorst, Kerstin: Ablösung von der Sowjetunion: Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987, Münster/Hamburg/London 2001, S. 98; Heitman, Sidney: Soviet Emigration under Gorbachev, in: SJA, Vol. 19, Nr. 2, 1989, S. 15–23; Heitman, Sidney: The Third Soviet Emigration, in: SJA, Vol. 18, Nr. 2, 1988, S. 21–41, hier die Tabelle auf S. 19.

<sup>299</sup> Sowjetbürger, deren Ausreiseanträge jahrelang abgelehnt wurden, werden im Folgenden mangels eines deutschen äquivalenten Begriffs Refuseniks bezeichnet.

<sup>300</sup> Folgendes fixiert Artikel 13 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte: „Jeder hat das Recht, sich innerhalb eines Staates frei zu bewegen und seinen Aufenthaltsort frei zu wählen“; „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen und in sein Land zurückzukehren“. Im Artikel 12 des Paktes über bürgerliche und politische Rechte steht: „Jedermann, der sich rechtmäßig im Hoheitsgebiet eines Staates aufhält, hat das Recht, sich dort frei zu bewegen und seinen Wohnsitz zu wählen“; „Jedermann steht es frei, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen“ und „Niemandem darf willkürlich das Recht entzogen werden, in sein eigenes Land einzureisen“. Vgl. Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, Bonn 2004, S. 56 und 73. Diese Grundsätze implizieren auch die Freizügigkeit innerhalb eines Landes, welche in der Sowjetunion wegen des Passregimes [pasportnyj režim] stark eingeschränkt war. Vor dem Hintergrund der Landflucht und Zwangskollektivierung 1932 eingeführt, band es die Sowjetbürger durch die Eintragung eines Meldestempels in den Pass, die sogenannte Einschreibung [propiska], an einen Ort, wobei eine Aufenthaltsberechtigung in den Großstädten seit 1953 nur den Neuansiedlern verliehen wurde, die den Nachweis einer bestimmten, ihnen zur Verfügung stehenden Wohnfläche erbringen konnten. Die Verletzung des Passregimes wurde bestraft. Weil die Kritik an dieser Regelung im Rahmen des KSZE-Prozesses vergleichsweise marginal war, wird es im Folgenden nicht weiter behandelt. In der inner-sowjetischen öffentlichen Diskussion wurden die KSZE-Normen gleichwohl immer wieder argumentativ herangezogen, um die Abschaffung dieser Regelung durchzusetzen. Vgl. z. B. Naumov, A. V.: Ugolovnyj zakon i prava čeloveka, in: SGiP, Nr. 1, 1990, S. 52–60; AiF vom 25. 11. 1989, S. 1; MN vom 22. 1. 1989, S. 15.

<sup>301</sup> Text: <http://www.osce.org/node/39503>, Zitat auf S. 51f.

sen und zweimal (1970 und 1986) überarbeitet wurde, die die Emigration rechtlich gesehen ermöglichte; sie ließ jedoch nicht erkennen, welche Unterlagen einem Ausreiseantrag beizufügen waren.<sup>302</sup> Darüber hinaus existierten in der Sowjetunion Tausende geheim gehaltener interner Instruktionen – allein zum Ende der Brežnev-Ära seien es etwa 600 000 normative Akten gewesen –, die an verschiedenen Orten die mangelnde Rechtsordnung ersetzten und den lokalen Behörden Tür und Tor für die Willkürherrschaft öffneten.<sup>303</sup> Der Spießrutenlauf durch die Behörden endete meistens mit der Ablehnung des Antrags ohne Begründung sowie mit einem Verstoß des Antragstellers aus der Gesellschaft.<sup>304</sup> Die generell nur mündlich ausgesprochenen Ablehnungen gaben dem Antragsteller praktisch keine Möglichkeit, einen abschlägigen Bescheid anzufechten. Am häufigsten verweigerte man die Ausreise mit der Begründung, der Antragsteller sei aufgrund seines beruflichen Wissens ein „Geheimnisträger“. Mit dem Verweis auf den Artikel 13 (1) des StGB, der „ökonomische, wissenschaftliche, technische und andere Information“ zum Tatbestand erklärte, konnte indes beinahe jeder Sowjetbürger zum potenziellen „Geheimnisträger“ gerechnet werden.<sup>305</sup>

Verfolgt man die Ausreisezahlen seit 1970, so fällt dennoch deren vorübergehende Steigerung ab Mitte der 1970er Jahre auf der Grundlage der Familienzusammenführung ins Auge und somit ein offensichtlicher Zusammenhang zwischen der Qualität der Blockbeziehungen, der KSZE-Schlussakte und der Anzahl genehmigter Ausreisen (Tabelle 1).

Insgesamt erhielten in der Zeit zwischen dem Beginn der KSZE-Verhandlungen in Dipoli 1972 und Ende 1980 rund 331 939 Juden, Deutsche und Armenier Ausreisegenehmigungen. Doch in der Zeit zwischen 1981 und 1986 waren es nur noch 42 579,<sup>306</sup> wobei der Tiefpunkt im zweiten Regierungsjahr von Gorbačev

<sup>302</sup> Hierfür wie für das Folgende vgl. Luchterhandt, UN-Menschenrechtskonventionen, S. 272; Armbrorst, Ablösung, S. 112f. Überblickende Darstellungen zu den Hintergründen und den Rahmenbedingungen der Emigration aus der Sowjetunion (am Beispiel vor allem der Juden und der Deutschen) vor 1987 siehe: Ebd.; Mertens, Lothar: Alija: die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS, Bochum 21993; Foth, Rolf-Barnim: Die Sowjetdeutschen im Spannungsfeld von Innen- und Außenpolitik der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland. Etappen einer gescheiterten Nationalitätenpolitik, Berlin 1996 (Manuskript); Pinkus, Benjamin: Die Auswanderungsbewegung der Deutschen und Juden seit 1970. Ein Vergleich, in: Kappeler, Andreas/Meissner, Boris/Simon, Gerhard (Hrsg.): Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa, Bd. 1), Köln 1987, S. 151–166.

<sup>303</sup> Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 86, Anmerkung 13.

<sup>304</sup> Über Antragsverfahren und seine Folgen für den Antragsteller siehe mehr: Armbrorst, Ablösung, S. 112–131.

<sup>305</sup> Vgl. Knight, Amy: State and Official Secrets in the Soviet Union, in: RFE/RL Research, 1988, Nr. 12, RL 113.

<sup>306</sup> Die hohe Emigrationsrate der 1970er Jahre bringt Rolf-Barnim Foth in seiner Studie über die Emigration der Russlanddeutschen in einen Zusammenhang mit der KSZE-Schlussakte von Helsinki und der damit verbundenen Phase der Entspannung. Mit der Abkühlung des internationalen Klimas fiel die Ausreisezahl rapide ab. Vgl. Foth, Die Sowjetdeutschen, Kapitel II, 5, S. 67. Der Zusammenhang zwischen dem internationalen Klima, der KSZE und den Emigrationszahlen ist zwar offenkundig, schließt aber andere Faktoren – wirtschaftliche

erreicht wurde – das, obwohl sich die UdSSR in dem Abschließenden Dokument des KSZE-Folgetreffens in Madrid (Sommer 1983) u. a. dazu verpflichtet hatte, über Familienzusammenführungen im Normalfall innerhalb von sechs Monaten zu entscheiden und das Ausreiseverfahren zu erleichtern,<sup>307</sup> und obgleich die internationale Kritik an der Ausreisepolitik der Sowjetunion immer größer wurde.<sup>308</sup>

*Tabelle 1: Emigration der Juden, Deutschen und Armenier aus der Sowjetunion in den Jahren zwischen 1970 und 1986*

Jahr	Juden	Deutsche	Armenier	Gesamt
1970	1046	342	–	1388
1971	14 300	1145	–	15 445
1972	31 478	3420	170	35 068
1973	34 922	4635	421	39 978
1974	20 181	6683	662	27 526
1975	13 138	6127	1036	20 301
1976	14 138	9846	4050	28 034
1977	17 159	9416	3165	29 740
1978	30 594	8597	2557	41 748
1979	51 547	7368	8153	67 068
1980	21 471	7096	13 909	42 476
1981	9860	8153	4337	22 350
1982	2700	4461	769	7930
1983	1320	3127	439	4886
1984	903	1960	200	3063
1985	1140	870	248	2258
1986	914	931	247	2092

Quelle: Heitman, *The Third Soviet*, S. 23. In der angegebenen Quelle sind rechnerische Fehler bei der Summe der Emigranten in den Jahren 1973, 1975, 1983, 1984 enthalten, die hier korrigiert wurden.

Die Willkür der sowjetischen Emigrationspolitik und die Repressalien gegen die Ausreisewilligen riefen bereits Ende 1970er vielerorts, insbesondere unter den Sowjetdeutschen und Juden, Proteste hervor. Diese fanden beispielsweise in der Rückbesinnung auf die eigene Kultur ihren Ausdruck, welche die Wiedergeburt

Interessen, internationale Kritik, innenpolitische Lage oder Druck der Ausreisewilligen in der UdSSR – nicht aus und muss deswegen in einem größeren Rahmen betrachtet werden. Vgl. Armbrorst, *Ablösung*, S. 100–112.

<sup>307</sup> Im Kapitel „Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen“ wird der Komplex „Kontakte zwischen den Menschen und die Lösung humanitärer Fragen“ ausführlich behandelt. Siehe: Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde. Madrid 1983, [http://www.osce.org/documents/mcs/1980/11/4223\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/mcs/1980/11/4223_de.pdf).

<sup>308</sup> Armbrorst, *Ablösung*, Kapitel 8.1.

des nationalen Bewusstseins wiederum förderte.<sup>309</sup> Dabei stand die jüdische Emigrations- der Bürgerrechtsbewegung sehr nah. Nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte durch die Sowjetunion forderte sie nun als Teil der Helsinki-Bewegung mit Verweisen auf den dritten Korb der Akte vom Staat die Gewährung der Ausreisefreiheit ein und wurde dabei auf unterschiedliche Weise aus dem Ausland unterstützt.<sup>310</sup> Ihr prominentester Protagonist, Natan Ščaranskij, war zugleich Mitglied der MHG. Trotz der neuen Rechtslage und der Sanktionen der USA (Jackson-Vanik-Klausel) wurde die Zahl der Ausreisegenehmigungen in den 1980er Jahren gedrosselt, während gegen die Aktivisten der sowjetischen Ausreisebewegung massiv mit Prozessen und Verhaftungen vorgegangen wurde.<sup>311</sup>

Nicht nur, weil Gorbačev in der völkerrechtlichen und moralischen Rechenschaftspflicht und angesichts dieser negativen Entwicklungen international zunehmend unter Kritik stand, sondern auch weil eine Wendung propagandistische und wegen der Jackson-Vanik-Klausel materielle Vorteile versprach, war er an einer Änderung der sowjetischen Ausreisepolitik interessiert. Aber auch deswegen, weil die Folgen des Rechts auf freie Ausreise quantitativ messbar waren und weniger Schaden für das System als etwa die Meinungs- und Pressefreiheit zu verursachen schienen, und weil der Druck der Ausreisewilligen in der UdSSR nicht nachließ, begann Gorbačev zusammen mit dem MID, die sowjetische Emigrationspolitik bereits 1986 zu überdenken.<sup>312</sup> Indes gestaltete sie sich wie kaum ein

<sup>309</sup> In Bezug auf die jüdische Bewegung unterscheidet Ljudmila Alekseeva zwischen Emigranten [ëmigracionščiki] und solchen, die sich der inneren Emigration durch die Rückbesinnung auf die eigene Kultur [kul'turniki] zuwandten. Alekseeva, Istorija, S. 134f.

<sup>310</sup> Die Zusammenarbeit der Ausreisewilligen mit den Bürgerrechtlern hatte allerdings nicht immer Bestand. Bis Anfang der 1970er Jahre wollten die Refuseniks mit den Dissidenten nichts gemeinsam haben, um sich vor dem Staat, der ja die Ausreiseerlaubnis erteilt, nicht zu kompromittieren. Die Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte war laut Alekseeva für die Annäherung beider Bewegungen ausschlaggebend. Alekseeva, Istorija, S. 132f. Die Bedeutung des KSZE-Prozesses für die Ausreisebewegung vor der Perestroika ist noch nicht hinreichend untersucht worden. Als Ausnahme ist hier die oben erwähnte Arbeit von Rolf Barnim Foth zu nennen, in der er die Auswanderung von Sowjetdeutschen in einen Zusammenhang mit der KSZE bringt. Auch Kerstin Armbrorst weist an vielen Stellen ihrer Arbeit auf die Bedeutung des Helsinki-Prozesses für die Ausreisebewegung in der UdSSR hin. Vgl. z. B.: Armbrorst, Ablösung, S. 190, 284, 387.

<sup>311</sup> So wurde Natan Ščaranskij 1977 verhaftet und 1978 zu 13 Jahren Haft wegen „Spionage“ verurteilt. Erst am 11.02.1986 wurde er auf der Glienicker Brücke in West-Berlin gegen einen vermeintlichen sowjetischen Spion in den USA ausgetauscht und aus der Sowjetunion ausgebürgert. Zu dieser Episode siehe: AdG 1986: 29608-19609. Unmittelbar danach hielt sich Ščaranskij in den USA auf, wo er eine wichtige Lobbyarbeit für die sowjetischen Ausreisewilligen leistete und die Amerikaner von der Notwendigkeit einer konditionierten KSZE-Politik gegenüber dem Kreml zu überzeugen suchte. Im Wesentlichen war es auch auf sein Bemühen zurückzuführen, dass die Änderung der sowjetischen Emigrationspolitik und die Freilassung aller politischen Gefangenen zu minimalen Bedingungen bei den Verhandlungen um das Zustandekommen einer Menschenrechtskonferenz in Moskau und um das Schlussdokument des Treffens in Wien wurden. Vgl. Korey, The Promises, S. 215-219.

<sup>312</sup> Laut Richard Schifter habe ihm Jurij Kašlev bereits im Sommer 1986 die Vorbereitung eines neuen Gesetzes betreffend die Ausreisefreiheit angekündigt. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 105, hier auch S. 86ff.

anderer Bereich der sowjetischen Innenpolitik unter dem unmittelbaren Einfluss der USA und unter der Wirkung der KSZE-Verhandlungen in Wien.

Gleich während der ersten Begegnung zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbachev in Genf im November 1985 äußerte der amerikanische Präsident seine Sorgen über die sehr niedrige Zahl jüdischer Emigranten.<sup>313</sup> Die Kritik an der sowjetischen Ausreisepolitik setzte sich bei den weiteren bilateralen Treffen beider Supermächte, in Kontakten mit der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien sowie im Rahmen der KSZE-Verhandlungen fort.<sup>314</sup> Eine bewusste Verknüpfung der Sicherheitsfragen mit sowjetischer Ausreisepolitik durch den Westen verfestigte bei Gorbachev die Einsicht, dass die Lösung konkreter Härtefälle und die Einhaltung der im Korb III der Helsinki-Akte festgelegten Prinzipien bei der Zusammenarbeit in humanitären Bereichen nicht weniger wichtige Elemente der Vertrauensbildung in Beziehung mit dem Westen darstellten als die Freilassung der politischen Gefangenen oder die Glasnost-Politik. „All das ist Teil des Entspannungsprozesses“, äußerte er sich dazu im MID im Mai 1986.<sup>315</sup> Die grundsätzliche Verhandlungsbereitschaft in diesen Fragen signalisierte die sowjetische Delegation dem Westen bereits auf dem KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte im Mai 1986 in Bern. Wie erwähnt, wurden infolge dieses Treffens 36 konkrete Fälle von Familienzusammenführung gelöst und 117 Sowjetbürger bekamen die Ausreisezusage.<sup>316</sup> Nur wenige Monate später, in der Eröffnungsphase des KSZE-Folgetreffens in Wien im November 1986, kündigte Ševardnadze die Ausarbeitung der neuen Ein- und Ausreisebestimmungen in der UdSSR an.<sup>317</sup>

Die neuen „Ergänzungen zur Ein- und Ausreiseverordnung“ vom 22.9.1970, beschlossen durch den Ministerrat der UdSSR am 28. August 1986,<sup>318</sup> traten ab Januar 1987 in Kraft. Die internationale Werbekampagne für die Verordnung und ihr Inhalt ließen jedoch viele befürchten, dass es sich hierbei um nicht mehr als einen weiteren politischen Propagandaschritt handele. So präsentierte der Erste Stellvertretende Justizminister der UdSSR, Ivan Samoščenko, die Sowjetunion in einem Interview als ein humanitäres und fortschrittliches Land, das eine Erleichterung der menschlichen Kontakte anstrebe und in der neuen Bestimmung den Inhalt des in Bern wegen des Vetos der USA nicht beschlossenen Dokuments

<sup>313</sup> Snyder, *The Helsinki Process*, S. 242.

<sup>314</sup> Zu deutsch-sowjetischen Verhältnissen siehe Foth, *Die Sowjetdeutschen*, Kapitel III; Die Emigrationspolitik war auch in den humanitären Gesprächen zwischen Richard Schifter und seinem sowjetischen Kollegen, Anatolij Adamišin, unter Gorbachev zentral. Vgl. Adamišin/Schifter, *Human Rights*, S. 99f., 102, 137f.

<sup>315</sup> Gorbatschow, *Gipfel-Gespräche*, S. 196.

<sup>316</sup> Novak, *Taking Glasnost Seriously*, S. 162.

<sup>317</sup> AdG 1986: 30444; Adamišin/Schifter, *Human Rights*, S. 86f.

<sup>318</sup> „O vnesenii dopolnenij v Položenie o v'ezde i o vyezde iz Sojuza Sovetskich Socialističeskich Respublik“. *Sobranie postanovlenij pravitel'stva SSSR*, 1986, Nr. 31, S. 63. Der juristische Kommentar dazu von Otto Luchterhandt sowie der Text der Verordnung auf Deutsch siehe in: G2W, Nr. 3, 1987, S. 19–23.

berücksichtigt habe.<sup>319</sup> In diesem Zusammenhang sagte Jurij Kašlev auf einer Pressekonferenz am 16. Januar 1987 in Wien einen „drastischen Anstieg“ von Personen voraus, die bald mit ihren im Ausland lebenden Familienangehörigen zusammenkommen würden.<sup>320</sup> Ende Januar kündigte auch der Vorsitzende des Sowjetischen Antizionistischen Komitees, Samuil Zivs, an, dass die sowjetische Regierung derzeit am Überprüfen der Fälle von 10 000 Refuseniks sei, während bereits im Januar Ausreiseerlaubnisse den 500 jüdischen Ausreisewilligen erteilt worden seien.<sup>321</sup>

In Wirklichkeit änderte sich die sowjetische Praxis im ersten Jahresquartal nur langsam.<sup>322</sup> Die in der neuen Bestimmung enthaltene Beschränkung der Ein- und Ausreisefreiheit auf familiäre Beziehungen, die unklare Definition des Verwandtschaftskreises, die Vielzahl von Kann-Bestimmungen und weitere Ablehnungsmöglichkeiten auf der Grundlage des angeblichen Wissensbesitzes von Staatsgeheimnissen riefen viel Kritik hervor.<sup>323</sup> Die neue Generalklausel, „andere stichhaltige Gründe“, auf deren Grundlage ein Gesuch gerechtfertigt sein könnte, wurde nicht weiter definiert und der Handhabung der Behörden überlassen. Nach wie vor war es unklar, welche Unterlagen einem Ausreiseantrag beizufügen waren. Die konkrete Verfahrensgestaltung blieb weiterhin intransparent, da die neue Ordnung auch auf die „andere Gesetzgebungsakte der UdSSR“ sowie auf Durchführungsinstruktionen des Innen-, Außen- und Justizministeriums verwies (Punkt 21, Abs. 2). Die allerwichtigste Voraussetzung für den Antrag blieb eine ins Russisch übersetzte Anforderung [vyzov] der Verwandten im Ausland, die sich für die Aufnahme und den Unterhalt der Antragsteller verpflichten mussten, während die in der UdSSR verbliebenen Familienmitglieder einschließlich ehemaliger Ehegatten beim Vorhandensein minderjähriger Kinder notariell zu beglaubigen hatten, dass „der Ausreisende keine nichterfüllten Verpflichtungen ihnen gegenüber hat“ (Punkt 24). Gerade diese letztgenannte Bestimmung erwies sich für viele Ausreisewillige als ungerecht und massiv hinderlich, machte sie doch die betroffenen Personen zu „Geiseln“ ihrer Verwandten.<sup>324</sup> Das größte Manko dieser Ordnung blieb nach wie vor die Beschränkung der Ein- und Ausreise auf familiäre Angelegenheiten, so dass der Grundsatz der allgemeinen Freizügigkeit, wie ihn

<sup>319</sup> Vgl. Interview mit Samoščenko auf Deutsch, ebd.; AiF vom 28. 2. 1987, S. 5.

<sup>320</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 1/2–34.

<sup>321</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 3–22.

<sup>322</sup> Luchterhandt, Otto: Die Ergänzungen zur Ein- und Ausreiseverordnung durch den Ministerrat der UdSSR vom 28. 8. 1986, in: G2W, Nr. 3, 1987, S. 19ff.; Inhumane Praxis schwarz auf weiß, in: SZ vom 26. 11. 1986; Greenberg, David: Soviet Authorities Seek to Put a Good Face on Matters of Emigration, in: RFE/RL Research, Nr. 7, 1987, RL 60.

<sup>323</sup> Hierfür wie für das Folgende vgl. Luchterhandt, Die Ergänzungen; Arzt, Donna E.: The New Soviet Emigration Law Revisited: Implementation and Compliance with Other Laws, in: SJA, Vol. 18, Nr. 1, 1988, S. 17–27.

<sup>324</sup> Diese Voraussetzung erwies sich als Hürde für jene Ausreisewilligen, deren Beziehung zu den anderen Familienmitgliedern bzw. ehemaligen Ehegatten zerrüttet war. Dokumentiert ist ein Fall, in dem eine solche Bescheinigung des seit der Geburt unbekannten Vaters einer Ausreisewilligen gefordert wurde. Vgl. *Glasnost*, Nr. 2–4, 1987, S. VIII.



auch der Artikel 12 des Bürgerrechtspaktes impliziert, weiterhin nicht garantiert war.<sup>325</sup> Die Sowjetbürger verfügten damit nach wie vor über keine Rechtsmittel, um die getroffenen Entscheidungen anzufechten. Eine Gruppe jüdischer Ausreisewilliger erhob sogar bei der sowjetischen Regierung und der Staatsanwaltschaft Einspruch gegen die neue Verordnung.<sup>326</sup> Dennoch enthielt diese Regelung auch einige positive Aspekte. Erstens machte sie die sowjetische Entscheidungspraxis etwas nachvollziehbarer. Denn sie zählte die Ablehnungsgründe auf und verpflichtete die Behörden im Fall der Ablehnung zu einer Begründung (jedoch zu keiner schriftlichen). Zweitens übernahm sie die auf dem KSZE-Folgetreffen von Madrid vereinbarten Verfahrensfristen und ging sogar weit darüber hinaus: Für die Bescheinigung des Antrags in „Dringlichkeitsfällen“ wie ernste Erkrankung oder Tod eines Verwandten nannte sie die Dreitagefrist und im Regelfall sah sie äußerstenfalls die Frist von einem Monat vor.<sup>327</sup> Darüber hinaus demonstrierte die Verordnung den guten Willen und die Bereitschaft des Kremls, unter dem politischen Druck der westlichen Staaten den KSZE-Verpflichtungen des Madrider Folgetreffens im Korb III nachzukommen.<sup>328</sup>

Durch Versprechungen und die Steigerung der Ausreisezahlen versuchte die sowjetische Seite die internationalen Bedenken zu zerstreuen. Anfang Januar wurde sogar die Aufsichtskommission eingerichtet, die für eine schnellere Erteilung von Ausreisevisa sorgen sollte. Im März 1987 wurde für das Restjahr eine Massenemigration von 11 000 Juden in Aussicht gestellt. Der Erste Stellvertretende Leiter der Auslandsabteilung des ZK der KPdSU, Vadim Zagladin, verkündete während seiner Visite in der Schweiz, dass entsprechende Militäreinrichtungen bereits die Geheimnisnormen, auf deren Grundlage bisher die Ausreise verweigert wurde, erarbeiten würden.<sup>329</sup> Am 30. März teilte er mit, es seien zu den neuen Bestimmungen die „Neuregelungen“ in Vorbereitung und hinsichtlich des Familienbegriffs sei die UdSSR „sehr flexibel“.<sup>330</sup> In der Tat arbeitete man bereits auf Initiative des MID und unter Rückendeckung durch Gorbachev an einem neuen Gesetz, das eine unbeschränkte Inanspruchnahme des Rechts auf die freie Ein- und Ausreise aus dem Land gesetzlich und in Übereinstimmung mit den Bestimmungen der KSZE-Schlussakte garantieren sollte.<sup>331</sup> Obwohl der erste vom Politbüro genehmigte Gesetzesentwurf dem Obersten Sowjet bereits im April 1987 vorgelegt worden war, verzögerten sich die weitere Ausarbeitung und die Verabschiedung des Gesetzes wegen Widerständen mancher Staatsstellen, allen voran des KGB, des

<sup>325</sup> Die weiterhin fehlende rechtliche Garantie der Freizügigkeit bemängelte insbesondere die informelle Presse. Vgl. die Bewertung der Ordnung in: *Glasnost*, Nr. 2-4, S. VII-IX.

<sup>326</sup> Inhumane Praxis schwarz auf weiß, in: SZ vom 26. 11. 1986.

<sup>327</sup> Das Madrider Dokument enthielt im Normalfall die sechsmonatige Frist, während in „Dringlichkeitsfällen“ das Gebot „so zügig wie möglich“ galt. Siehe Abschnitt „Menschliche Kontakte“ unter Punkt 2.

<sup>328</sup> Vgl. Luchterhandt, Die Ergänzungen.

<sup>329</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 8-35, 8-36.

<sup>330</sup> Foth, Die Sowjetdeutschen, S. 161.

<sup>331</sup> Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 86-89.

Innenministeriums und von Einzelabteilungen innerhalb des ZK-Apparates bis Mai 1991. Das neue „Gesetz über die Ausreise aus der UdSSR und die Einreise in die UdSSR für Bürger der UdSSR“<sup>332</sup> wurde erst am 20. Mai 1991 verabschiedet.

Während innerhalb der sowjetischen Bürokratie ein regelrechter „Kampf“ um die Reichweite der neuen Emigrationsfreiheit ausgetragen wurde,<sup>333</sup> stellte sich schon im Frühling 1987 ein positiver Aufwärtstrend bei den Ausreisezahlen ein, wobei unter den drei von der Emigration betroffenen Volksgruppen (Juden, Deutsche und Armenier) die deutsche Minderheit von der Ausreise am stärksten betroffen war.<sup>334</sup> Von 563 Volksdeutschen und 470 Juden im März stieg die Zahl sprunghaft auf jeweils 902 und 717 im April und erreichte zum Oktober 1987 die Höchstmarke des Jahres von 2109 bzw. 912 – pünktlich zum Beginn der Verhandlungen über das Abschlussdokument der vierten Session auf dem KSZE-Treffen in Wien.

*Tabelle 2: Emigration der Juden, Deutschen und Armenier aus der Sowjetunion im Jahr 1987*

Monat (1987)	Juden	Deutsche	Armenier	Gesamt
Januar	98	93	6	197
Februar	146	154	10	310
März	470	563	37	1070
April	717	902	55	1674
Mai	871	1011	150	2032
Juni	790	1117	311	2218
Juli	819	1583	303	2705
August	787	1650	409	2846
September	724	1683	353	2760
Oktober	912	2109	408	3429
November	910	1592	682	3184
Dezember	899	2041	572	3512
Gesamt	8143	14 498	3296	25 937

Quelle: Heitman, *The Third Soviet*, S. 24. In der angegebenen Quelle ist ein rechnerischer Fehler bei der Summe der emigrierten Deutschen und entsprechend bei der Gesamtzahl aller drei im Jahr 1987 emigrierten Minderheiten enthalten, der hier korrigiert worden ist.

<sup>332</sup> Das „Gesetz über die Ausreise aus der UdSSR und die Einreise in die UdSSR für Bürger der UdSSR“ wurde als eines der letzten der „Schlüsselgesetze“ mit einer Übergangsregelung bis zum Jahr 1993 verabschiedet. VVS SSSR, Nr. 24, 1991, Art. 687; vgl. Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Studie.

<sup>333</sup> Darüber berichten Anatolij Adamišin: Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 86–89 und Fedor Burlackij: Burlackij, *Glotok svobody*, S. 152ff. Auch die öffentlichen Debatten geben darüber Aufschluss, vgl. Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Studie.

<sup>334</sup> Diese Entwicklung erklärt sich zum einen mit der Sonderstellung der Sowjetdeutschen, welche, anders als die jüdische Bevölkerung, eine nicht assimilierte Volksgruppe darstellten und ausreisen wollten; zum anderen mit den Bemühungen der BRD, den deutschen Minderheiten eine Rückkehr in die Heimat ihrer Vorfahren zu ermöglichen; mehr dazu Foth, *Die Sowjetdeutschen*; Maxwell, Joshua: *Emigration of Soviet Germans on the Rise*, in: *RFE/RL Research*, Nr. 33, 1987, RL 324.

Die Tabelle 2 gibt die Entwicklung der Emigration der drei Volksgruppen im Verlauf des Jahres 1987 wieder. Sie beinhaltet jedoch nicht die Angaben zu den Griechisch-Orthodoxen, Protestanten, Anhängern der Pfingstgemeinde und anderen Personen, die von den Lockerungen der Ausreisepolitik zunehmend auch Gebrauch machten. Nimmt man diese Gruppen hinzu, so ergibt sich nach Sidney Heitman eine Zahl von 26 600 Sowjetbürgern, die 1987 aus der Sowjetunion emigrierten.<sup>335</sup>

Die Tabelle sagt freilich nichts über die Zahl der gestellten und der abgelehnten Anträge aus. Glaubt man einem Bericht des außenpolitischen Beraters von Gorbačev, Anatolij Černjaev, so habe sich die Zahl allein der jüdischen Antragsteller im ersten Quartal 1987 infolge der neuen Ordnung vervierfacht und 3512 erreicht.<sup>336</sup> Der Tabelle 2 ist zu entnehmen, dass lediglich 714 von diesen Anträgen bis zum 1. April positiv entschieden wurden. Laut Černjaevs Bericht waren es 1534 Fälle, wobei 13% der Anträge aus sogenannten Sicherheitsgründen abgelehnt wurden.<sup>337</sup>

Gorbačev war sich indes über das Wachsen der Ausreisebewegung bewusst, bewertete es als das Ergebnis der unterlassenen Umsetzung von Bestimmungen der Helsinki-Akte sowie der jahrelangen Unterdrückung von Ausreisewilligen und forderte die schnelle Implementierung der internationalen Vereinbarungen.<sup>338</sup> Zugleich hoffte er, dass im Zuge der Perestroika und einer revidierten Minderheiten- und Nationalitätenpolitik die Emigration von sich aus zurückgehen werde.<sup>339</sup> Der besorgniserregende Trend zum Massenexodus der Bevölkerung und die Überlegungen von Gegenmaßnahmen wurden im Politbüro am 13. August 1987 diskutiert. Ein Mitarbeiter der Propagandaabteilung zog Bilanz über die Entwicklung der letzten 10 Jahre. Demnach seien aus der Sowjetunion insgesamt 230 000 Juden emigriert: davon waren 70 000 Rentner, 36 000 Akademiker, 6000 Mitglieder der KPdSU und 12 000 Mitglieder des Komsomol. 400 000 weitere Sowjetbürger besaßen bereits die benötigten Einladungen; genau so viele Sowjetdeutsche und ca. 8000 Armenier wollten ebenfalls ausreisen, weil sie mit ihrer politischen Lage als Minderheit in der Sowjetunion nicht zufrieden wären.<sup>340</sup> Unmittelbar nach dieser Politbürositzung wurde Gorbačev von dem Ersten Stellvertretenden Direktor der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees und seinem Berater in außenpolitischen Fragen, Vadim Zagladin, auf den politischen Charakter des Problems aufmerksam gemacht. In einem Schreiben argumentierte Zagladin, dass die Diskriminierung gegenüber den Ausreisewilligen eingestellt werden müsse und eine neue Minderheitenpolitik mit der Förderung der Min-

<sup>335</sup> Heitman, Sidney: The Third Soviet Emigration, 1948–91, in: *Refuge: Canada's Periodical on Refugees*, Vol. 13, Nr. 2, 1993, S. 5–13, hier Tabelle 4 auf S. 11.

<sup>336</sup> Spravka o roste obraščeniij na vyezd v Izrail' na postojannoe žitel'stvo ot lic evrejskoj nacional'nosti ot 12. 5. 1987, in: GE, f. 2, op. 1, d. 601.

<sup>337</sup> Ebd.

<sup>338</sup> V Politbjuro CK KPSS, S. 107, 218f.

<sup>339</sup> Ebd., S. 218f.

<sup>340</sup> Ebd.

derheitensprachen notwendig sei, um die wachsende Emigration aus der Union einzudämmen. Mit Verweis auf den außenpolitischen Druck unterstrich er die Dringlichkeit von politischen Maßnahmen: „Alle diese Fragen haben eine große internationale Resonanz und beeinflussen das Bild unseres Landes im Ausland. Bei alledem werden sie unvermeidbar auf der Konferenz über humanitäre Fragen problematisiert“.<sup>341</sup>

Bald ging der Staat in der Tat dazu über, den Minderheiten mit einzelnen Zugeständnissen eine Alternative zur Emigration anzubieten. Die jüdische Bevölkerung profitierte unionsweit von der Legalisierung religiöser und kultureller Aktivitäten, von der Aufhebung der Verbote des Unterrichts auf Hebräisch und Jiddisch, von der Eröffnung des jüdischen religiösen Zentrums in Moskau und der Möglichkeit, religiöse Literatur zu bekommen. Man tolerierte Kontakte mit den internationalen jüdischen Organisationen, die in der Öffentlichkeit stattfindenden Feste und Veranstaltungen sowie zahlreiche informelle Gruppen und Publikationsorgane, deren vorrangiges Ziel die Wiederbelebung der jüdischen Kultur war.<sup>342</sup> Konzessionen den Sowjetdeutschen gegenüber waren vor allem das Ende der anti-deutschen Propaganda, der Einzug der deutschen Sprache in die Schule und in Rundfunk, Publikationen, Fernsehprogramme sowie die Einrichtung deutschsprachiger Kindergärten oder die Ausbildung von Deutschlehrern. Die Partei zeigte sich sogar gesprächsbereit für die Wünsche der Sowjetdeutschen nach Wiederherstellung der autonomen Republik.<sup>343</sup> Den Armeniern kam Moskau entgegen, indem man die unpopulären Beamten in der Armenischen SSR absetzte, eine Atomkraftanlage und eine Chemiefabrik neben Erewan schloss, den 24. April zum offiziellen Erinnerungstag an das Massaker der Türken an den Armeniern 1915 erklärte und ihnen die Möglichkeit einräumte, ihre Verwandten im Ausland zu besuchen.<sup>344</sup> Gleichzeitig ging der Staat dazu über, den früher aus der UdSSR emigrierten Bürgern die Rückkehr und die Wiedererlangung der sowjetischen Staatsangehörigkeit zu ermöglichen bzw. eine Heimkehr attraktiv zu machen. Unmittelbar damit verbunden war die Eindämmung der Diffamierung von

<sup>341</sup> Dokladnaja zapiska V.V. Zagladina po nacional'noj problematike i „ëmigracionnyh nastroenijach“. Avgust 1987, in: GF, f. 3, op. 1, d. 7093. Obwohl die von Zagladin erwähnte „humanitäre Konferenz“ nirgends im Dokument konkretisiert wird, ist davon auszugehen, dass er damit die vom Kreml auf dem KSZE-Treffen in Wien initiierte Konferenz über Menschenrechte in Moskau meinte.

<sup>342</sup> Heitman, *The Third Soviet*, S. 20; Dohrn, Verena: Massenexodus oder Erneuerung der jüdischen Kultur? Die jüdische Bewegung in der Sowjetunion, in: *Osteuropa*, Nr. 2, 1991, S. 103–120; Greenberg, David: Soviet Authorities seek to induce Jews not to emigrate, in: *RFE/RL Research*, Nr. 20, 1987, RL 185; Wishnevsky, Julia: Liberalization in the USSR and the Situation of Russian Jews, in: *RFE/RL Research*, Nr. 23, 1987, RL 211.

<sup>343</sup> Heitman, *The Third Soviet*, S. 20f.; Foth, *Die Sowjetdeutschen*, Kapitel 3; Zu der deutschen Autonomiebewegung während der Perestroika, auf die im Rahmen dieser Arbeit aus Platzgründen nicht eingegangen werden kann, siehe: Eisfeld, Alfred: Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen, in: *Osteuropa*, Nr. 1, 1990, S. 11–32; Ders.: Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen, in: *Osteuropa*, Nr. 9, 1990, S. 849–863.

<sup>344</sup> Heitman, *The Third Soviet*, S. 21.

Auswanderungswilligen als illoyale Bürger und als Verräter in den offiziellen Medien. Stattdessen stellte sich sogar der Trend ein, die Bürger über die aktuelle Emigrationsbewegung, über ihre Rechte und Möglichkeiten, zu informieren.<sup>345</sup>

### 3.2 Der Massenexodus aus der Sowjetunion

Den Wunsch breiter Schichten der Sowjetbevölkerung nach Emigration konnten die erwähnten Maßnahmen jedoch nicht unterdrücken. Die vielerorts fortgesetzte Willkür der Behörden bei der Entscheidung über die Ausreisanträge, die Angst, es könnte sich bei Perestroika und Glasnost um eine vorübergehende Erscheinung handeln, der wachsende Antisemitismus der nationalistischen russischen Rechten, die sich verschlechternde Wirtschaftssituation sowie der allgemeine Verfall der Staatsautorität waren wohl die wichtigsten Faktoren, die viele Menschen zur Auswanderung bewogen. Der Massenexodus der Juden, der Sowjetdeutschen und Armenier demaskierte indes das Scheitern der bisherigen Minderheiten- und Nationalitätenpolitik der UdSSR.

1988 stieg die Zahl der Ausreisenden lawinenartig an. Hatten 1987 noch 25 927 Juden, Sowjetdeutsche und Armenier die Union verlassen, so waren es 1988 bereits 77 801 und nur während der ersten acht Monate des Folgejahres 108 300 Personen. Zusätzlich zu diesen drei Minderheitengruppen mehrten sich die Ausreisanträge von Anhängern der Pfingstbewegung, der griechisch-orthodoxen Kirche und der Baptisten sowie von Personen mit einem anderen ethnischen Hintergrund.<sup>346</sup>

Der KSZE-Prozess forcierte diese Entwicklung unmittelbar. Es war nicht nur der Druck der KSZE-Staaten auf Moskau während der Verhandlungen in Wien, die Verpflichtungen aus dem Jahr 1975 umzusetzen, die die Konzilianz der Sowjetunion bei der Erteilung der Ausreiseerlaubnisse erklären, sondern auch der bilaterale Menschenrechtsdialog mit den USA. In den zwischenstaatlichen Treffen setzten die Amerikaner oft durch, dass zahlreiche Härtefälle trotz Einwänden von Seiten der sowjetischen Sicherheitsorgane gelöst werden konnten. Dabei herrschten Verhältnisse wie auf dem Basar: Die amerikanische Seite legte den sowjetischen Kollegen unmittelbar vor den wichtigen amerikanisch-sowjetischen Treffen und vor allem in der Endphase der KSZE-Konferenz in Wien (Ende 1988) Namenslisten vor und machte den Erfolg der Abrüstungsgespräche bzw. im KSZE-Prozess von der Lösung der benannten Fälle abhängig.<sup>347</sup> Das geschah auch, als

<sup>345</sup> Vgl. z. B. AiF vom 21. 5. 1988, S. 6; vom 28. 5. 1988, S. 8; vom 24. 6. 1988, S. 8.

<sup>346</sup> Heitman, *The Third Soviet*, S. 23; Heitman, *The Third Soviet Emigration*, 1948–91.

<sup>347</sup> Selbst das dritte Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow in Washington im Januar 1987, bei dem ein Vertrag zur Beseitigung der Mittelstreckenraketen kürzerer (SRINF) und längerer (LRINF) Reichweite innerhalb von einem bzw. drei Jahren unterzeichnet werden sollte, begann mit der an Gorbatschow gerichteten Frage, ob er von der Kundgebung mit 250 000 Teilnehmern gehört habe, welche kurz vor seiner Ankunft in Washington zur Unterstützung der ausreisewilligen Juden der Sowjetunion abgehalten worden war. Vgl. Adamshin/Schifter, *Human Rights*, S. 137–145, 158f.; Esterik/Minnema, *The Conference*, S. 13.

Richard Schifter im November 1988 nach Moskau reiste, um über die Fristen für die Annahme des Abschließenden Dokuments der KSZE-Folgekonferenz in Wien zu konferieren. Amerikas Bereitschaft, die Verhandlungen in Wien mit der Unterzeichnung eines Abschlussdokuments zu einem erfolgreichen Ende zu bringen, wurde während dieses Aufenthalts an weitere Ausreisewilligungen geknüpft. In einem Gespräch mit dem Ersten Stellvertretenden Außenminister, Anatolij Kowalev, soll Schifter Folgendes gesagt haben: „It would be helpful if, as the United States proceeded to its decision on the Vienna meeting, a substantial number of refuseniks were allowed to emigrate within the weeks immediately ahead.“<sup>348</sup> Als „a substantial number“ nannte Schifter die Zahl von 120 Fällen. Innerhalb nur eines Tages (!) zeigte sich Moskau bereit, die Bedingungen der amerikanischen Administration zu erfüllen, was zugleich demonstrierte, von welcher großen Bedeutung für die Handelnden im Kreml mittlerweile der KSZE-Prozess war.

Innerhalb eines Monats nach Schifters Aufenthalt in Moskau verdoppelte sich die Zahl von Personen, einschließlich Armenier und Pfingstler, die mit israelischen Visa die Sowjetunion verließen. Waren es im November 1988 noch ca. 2874 Fälle, so stieg ihre Zahl im Dezember auf 4268 an. Insgesamt emigrierten 20 270 Bürger mit israelischen Visa und 45 000 Sowjetdeutsche im Jahr 1988. Die Bilanz des Jahres 1988 wies insgesamt ca. 79 390 Emigranten aus, wobei auch das Gros der langjährigen Ausreisewilligen, die wegen ihrer angeblichen Kenntnis von Staatsgeheimnissen nicht ausreisen durften, rasant zurückging.<sup>349</sup> Waren es im November 1988 noch 2000 Personen, so reduzierte sich diese Zahl bis zum Sommer 1989 auf 299.<sup>350</sup> Zwischen Januar und August 1989 verließen insgesamt 108 300 Bürger die Sowjetunion, davon 34 165 Juden, 58 863 Deutsche, ca. 7000 Armenier, 7770 Pfingstler und Baptisten sowie 500 Individuen mit einem anderen ethnischen Hintergrund.<sup>351</sup> Die Bilanz des Jahres 1989 wies schließlich nach Angaben von Sidney Heitman 202 270, laut *Argumenty i Fakty* sogar 235 000 Emigranten auf.<sup>352</sup> Im nächsten Jahr stieg die Zahl auf 377 200 an und ging im Jahr 1991 mit 371 200 ausgereisten Sowjetbürgern erstmals etwas zurück.<sup>353</sup>

Das Diagramm 1 fasst einmal die hier geschilderte gesamte Emigration in der Zeit zwischen 1970 und 1991 zusammen. Daraus ist der explosive Massenexodus, der mit den Jahren 1987/1988 einsetzte, klar ersichtlich. Insgesamt haben 1 448 011 Sowjetbürger in der Zeit zwischen 1970 und 1991 die Union verlassen, 73% (beinahe Dreiviertel!) davon in den Jahren zwischen 1987 und 1991 (insgesamt 1 056 660). Wie gezeigt, stieg die Zahl der genehmigten Ausreisen unter Ein-

<sup>348</sup> Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 158, 170.

<sup>349</sup> Diese Zahl ist berechnet aus den Angaben von: Heitman, The Third Soviet Emigration, 1948–91, Tabelle 4 auf S. 11. Vgl. auch *Vesti iz SSSR* 1988: 24–60, 24–61. Die Zahlenangaben bei Ljubarskij und Heitman weichen etwas voneinander ab, zeigen gleichwohl die gleiche Tendenz zum Massenexodus aus der Sowjetunion.

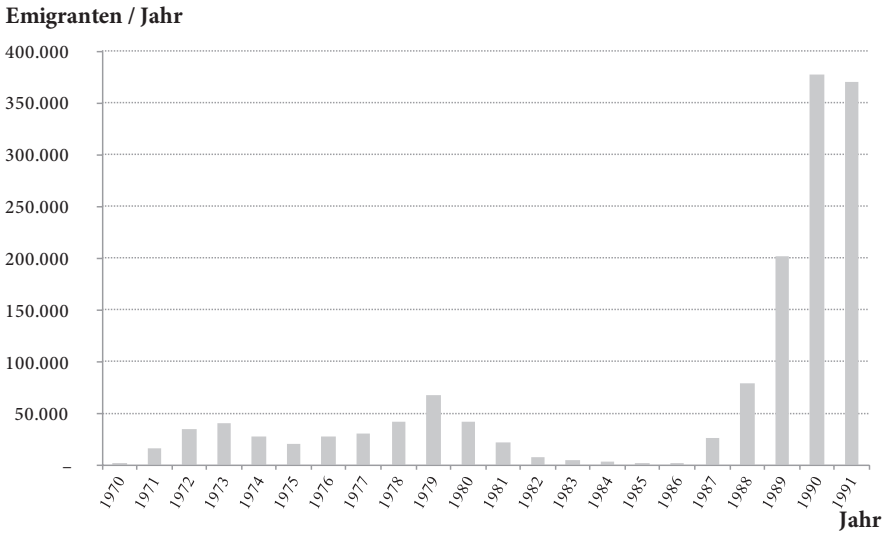
<sup>350</sup> Zahlen nach Schifter, vgl. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 159.

<sup>351</sup> Vgl. Heitman, Soviet, S. 23.

<sup>352</sup> Heitman, The Third Soviet Emigration, 1948–91, Tabelle 4 auf S. 11; AiF vom 14. 7. 1990, S. 4.

<sup>353</sup> Heitman, The Third Soviet Emigration, 1948–91, Tabelle 4 auf S. 11.

Diagramm 1: Die Emigration aus der Sowjetunion in den Jahren zwischen 1970 und 1991



wirkung der multilateralen Diplomatie an. Ein anderer, organischer Faktor dieser Entwicklung war der Druck „von unten“: Die Aktivitäten der transnationalen Helsinki-Netzwerke, die die Namenslisten von Refuseniks der sowjetischen Seite übermittelten (über die Burlackij-Kommission oder die sowjetische Delegation in Wien), und die wiederbelebte sowjetische Ausreisebewegung, die in einer engen Verbindung mit den Bürgerrechtsgruppen stand und vom Staat die Gewährung des Rechts auf freie Ausreise unter Anführung der Helsinki-Vereinbarungen einforderte.

### 3.3 Die KSZE als Referenz: Emigrationsbewegung und Forderungen nach gesetzlichen Garantien der Reisefreiheit

Trotz des Wandels in der offiziellen Ausreisepolitik und der steigenden Zahlen von genehmigten Ausreisanträgen blieb die Verwirklichung des Rechts auf Freizügigkeit in der UdSSR weiterhin der Willkür der Behörden überlassen. Bis 1991 blieb die Freizügigkeit nicht gesetzlich geregelt und durch zahlreiche örtliche Regelungen beeinträchtigt. In den Jahren 1987/1988 gehörte es noch zur Norm, dass Ausreisanträge mit der Begründung „zu entfernter Verwandtschaftsgrad“ verweigert oder mit abschlägigen Bescheiden aus Gründen der „Geheimhaltung“ beschieden wurden, ohne hierfür klare Gültigkeitsfristen zu nennen. Auch auf die Proteste der Ausreisewilligen reagierte der Staat noch repressiv, mit Verhaftungen und anderen rechtswidrigen Maßnahmen (Abschalten der Telefone, erniedrigende Untersuchungen in den Psychiatrieanstalten).<sup>354</sup> Weil jedoch die Härte der

<sup>354</sup> *Vesti iz SSSR* 1985: 7/8-36, 9-27, 11/12-2, 11-32, 13-2, 21-7; 1986: 4-6, 4-12, 9-27, 9-30, 9-36.



außergerichtlichen Repressalien gegen die betroffenen Personen insgesamt abnahm und die Zeichen der Liberalisierung von innerstaatlichen Verhältnissen immer sichtbarer wurden, kam es gehäuft zu organisierten Protesten gegen den Staat und vermehrt zu Vereinigungen von Emigrationswilligen, die mit dem Verweis auf die KSZE-Bestimmungen die gesetzliche Garantie der Freizügigkeit einforderten.

Bis ins Jahr 1988 hinein überwog auf Seiten der Gesellschaft noch der private Protest gegen die behördliche Willkür. Der Kampf um die Ausreisegenehmigung fand in den unterschiedlichsten Protestformen ihren Ausdruck: in den Petitionskampagnen und Appellen, Hungerstreiks und Kundgebungen, in offener Distanzierung vom sowjetischen Staat, im Samizdat und in den inoffiziellen Aktivitäten auf wissenschaftlichem und kulturellem Gebiet. Im Verlauf der Perestroika nahm die Durchsetzung des Rechts auf Emigration organisierte Formen an. Die neuen Initiativen wollten sich in ihrer Tätigkeit nicht mehr auf die Unterstützung von bestimmten emigrationswilligen Personen allein beschränken, sondern die lückenlose Implementierung der Bestimmungen der Abschlussdokumente bisheriger KSZE-Konferenzen und des Bürgerrechtspakts in die innersowjetische Rechtspraxis erreichen.

In der ersten Phase von Gorbachevs Regierungszeit waren jedoch Erwartungen an eine solche Gesetzesreform trotz Versprechungen seitens des Staates gering. Primäres Ziel der gesellschaftlichen Aktivitäten war noch der Protest bzw. die Einforderung der Ausreiseerlaubnisse. Eine häufige Protestform war dabei der Hungerstreik – ein radikales Mittel, zu dem man sich entschloss, nachdem alle anderen Bemühungen um eine Auswanderung erfolglos geblieben waren und in der Ausreise die einzige Alternative zur eigenen Lage, z. B. im Falle einer Krankheit, gesehen wurde. Nicht selten war diese Protestform erfolgreich, oft jedoch mit gesundheitlichen Schäden verbunden.<sup>355</sup> Die Tatsache, dass man damit nicht selten das eigentliche Ziel erreichte, zeigte indes, wie willkürlich die Entscheidungspraxis der zuständigen Organe war. So hatten Fedor und Lilija Finkel' den Hungerstreik zwischen dem 17. Februar und dem 31. März 1987 durchgehalten, bis man ihnen in einem Telefongespräch die positive Entscheidung des OVIRs mitteilte. Zwei Tage zuvor wurde bei ihnen noch das Telefon abgestellt und tags darauf teilte man ihnen mit, dass einer Ausreise der frühere Armeedienst des Bruders vom Antragsteller, F. Finkel', entgegenstehen würde.<sup>356</sup> Deutlich schneller erreichte Iosif Ioffe sein Ziel, der in der Zeit zwischen dem 8. und dem 27. Januar 1987 die Nahrungsaufnahme verweigerte.<sup>357</sup> Einem anderen Antragsteller wurde bald nach der Aufnahme des Streiks aus dem OVIR mitgeteilt, sein Antrag sei in

<sup>355</sup> Ein Paar aus Kiev musste z. B. mit dem Hungerstreik auf Empfehlung des Arztes aufhören, nachdem es damit fast über einen Monat lang die Ausreiseerlaubnis zu erzwingen versucht hatte. *Vesti iz SSSR* 1987: 5-17, 8-23.

<sup>356</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 6-4.

<sup>357</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 5-15.

Bearbeitung.<sup>358</sup> Die Verweigerung der Nahrungsaufnahme erfolgte zum Teil in organisierten Gruppen. Mit einem Drei-Tage-Hungerstreik im März 1987 versuchte z. B. eine Gruppe von 85 ausreisewilligen Frauen (bekannt als *Ženščiny-otkaznicy*), auf ihr Schicksal aufmerksam zu machen.<sup>359</sup> Eine Gruppe von Pfingstlern aus der Gemeinde Čuguevka führte einen Stapel-Hungerstreik durch, eingeplant für die Zeit zwischen 31.3.1987 und 24.1.1988, infolge dessen die erste Familie die Ausreisegenehmigung in die Bundesrepublik Deutschland bereits im April 1987 erhielt.<sup>360</sup>

Offensichtlich zeigte diese Protestform häufig Wirkung. Doch hinter dem Nachgeben der Behörden stand weniger die Sorge des Staates um das Leben seiner Bürger, sondern vielmehr um das internationale Image der UdSSR, das insbesondere nach dem Tode des Bürgerrechtlers Anatolij Marčenko im Arbeitslager infolge seines Hungerstreiks schwer beschädigt war. Angesichts der offiziell verkündeten Liberalisierung der Ausreisepolitik und einer neuen internationalen Publizität der innenpolitischen Vorgänge konnte sich der Staat – überspitzt formuliert – keine Todesfälle mehr leisten.

Häufig wurde die genannte Protestform mit dem Verfassen kollektiver und individueller Petitionen an die sowjetischen Politiker (Gorbačev, Burlackij), an die Staatsorgane (an das Präsidium des Obersten Sowjets, Innenministerium, ZK), an die internationalen Organisationen und allen voran an die KSZE-Teilnehmerstaaten verbunden. Dabei wurde oft mit der KSZE-Schlussakte argumentiert bzw. die Umsetzung der Bestimmungen des Korbes III eingefordert.<sup>361</sup> Anfang 1987 mehrten sich die Demonstrationen und Kundgebungen auf öffentlichen Plätzen, meistens vor den Gebäuden des MID, vor dem OVIR oder auf dem Roten Platz. 1985, 1986 und Anfang 1987 waren sie noch von kurzer Dauer und wurden schnell durch die Miliz aufgelöst, während die Demonstrierenden einige Stunden auf der Polizeistation festgehalten und nicht selten einer Untersuchung durch Psychiater unterzogen wurden.<sup>362</sup> Mit der fortschreitenden Liberalisierung nah-

<sup>358</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 9-25.

<sup>359</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 5-18.

<sup>360</sup> Weitere positive Bescheide folgten. Es dauerte allerdings noch fast ein Jahr, bis die gesamte, aus 192 Mitgliedern bestehende Gemeinde emigrieren konnte. *Vesti iz SSSR* 1987: 7-22, 10-24, 11/12-23; 1988: 4-20, 16-45.

<sup>361</sup> Ein Teil solcher Briefe und Petitionen wurde in der Samizdat-Sammlung des RL, in der russischen Ausgabe der Pariser Zeitung RM und teilweise in der sowjetischen informellen Presse abgedruckt. Burlackij und die Deputierten des Volkskongresses erhielten mit dem Abschluss des KSZE-Treffens in Wien viele Briefe mit Verweisen auf die neuen KSZE-Vereinbarungen. Die genaue Zahl dieser Briefe und der Anteil der an die KSZE-Staaten adressierten Appelle lassen sich jedoch wegen der Heterogenität der Quellen schwer ermitteln. Stellvertretend sei hier auf folgende individuell und kollektiv verfassten Appelle verwiesen: RFE/RL Materialy Samizdata 1985: Nr. 19, AC 5451, Nr. 32, AC 5462, 5463, Nr. 41, AC 5566, 5569; 1986, Nr. 11, AC 5627, Nr. 13, AC 5646, Nr. 18, AC 5691, Nr. 36, AC 5814; RM vom 25.4.1986, S. 7; *Glasnost*, Nr. 9, S. VI; Briefe an die Deputierten des Volkskongresses, in: GARE, f. 10007, op. 29; f. 10031, op. 11.

<sup>362</sup> So etwa die Familie von Evsjukov, vgl.: *Vesti iz SSSR* 1987: 5/6-21, 5/6-26, 7-24. Familie Evsjukov bekam letztendlich die Genehmigung zur Ausreise und verließ die Sowjetunion im August 1987, *Vesti iz SSSR* 1987: 15/16-31.

men jedoch immer mehr Menschen an den Kundgebungen teil. Obwohl es nach wie vor Fälle gab, in denen Demonstrationen aufgelöst und Strafen gegen die Teilnehmer verhängt wurden, waren die öffentlichen Proteste ab Frühjahr 1988 keine Seltenheit mehr und zunehmend toleriert.<sup>363</sup> Die Informationsagentur TASS bezeichnete eine Demonstration der Refuseniks in Leningrad vom März 1987 in ihrem Bericht gar als eine „rechtmäßige Methode der Meinungsäußerung“, verunglimpfte aber zugleich deren Teilnehmer als Personen, die sich durch solche Aktionen ein „politisches Kapital erwirtschaften wollen“.<sup>364</sup> Dennoch waren die Emigrationswilligen mit ihren öffentlichen Protesten dem Parteistaat, der sich gerade bei der Reisefreiheit international rechtfertigen musste und sich als liberal darstellte, ein Dorn im Auge. In der Presse überwog deshalb noch die Verunglimpfung von Demonstrierenden<sup>365</sup> und gegen die besonders Aktiven unter ihnen ging man zum Teil mit verdeckten und absurden Methoden vor, wie sie hier schon im Verhältnis zu den informellen Gruppen geschildert wurden. So setzte man gegen eine Demonstration von Slepak und seinen Freunden vor dem Gebäude des Präsidiums des Obersten Sowjets der RSFSR Schneeräumungsmaschinen ein.<sup>366</sup> Andere gängige Methoden waren die Organisation einer offiziellen Veranstaltung an dem von Demonstrierenden aufgesuchten Platz oder die kurzzeitige Festnahme von potenziellen Demonstranten.<sup>367</sup> Berichtet wurde von den Versuchen der KGB- oder OVIR-Mitarbeiter, die geplante Kundgebung durch Drohungen oder Versprechungen vorsorglich zu unterbinden. Einem Ausreisewilligen (V. Rozencvejg) stellten die Behörden sogar eine Ausreiseerlaubnis in Aussicht, falls es ihm gelingen würde, eine geplante Kundgebung zu verhindern.<sup>368</sup>

Da Demonstrationen von Ausreisewilligen, in denen die andauernden Menschenrechtsverletzungen in der Sowjetunion angeprangert wurden, als Protestform sehr öffentlichkeitswirksam waren, – sie zogen die ausländischen Korrespondenten ganz besonders an – setzten sie den Staat unter Druck. Die öffentlichen Proteste schadeten dem Ansehen der UdSSR im Ausland nicht weniger als der Hungerstreik mit tödlichem Ausgang und führten nicht selten zum gewünschten Resultat, wobei auch hier völlig willkürlich vorgegangen wurde. So demonstrierte ein Refusenik aus Riga seit dem 13. April 1987 jeden Montag vor dem Gebäude des Obersten Gerichts der Lettischen SSR mit dem Plakat „Lasst mich nach Israel“, bis er schließlich Anfang Juli die Ausreiseerlaubnis bekam. Zuvor hatte man jedoch versucht, ihn durch einen Überfall und die Festnahme bei der Polizei einzuschüchtern.<sup>369</sup> Einem Paar, das im April vor OVIR mit einem

<sup>363</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 5/6-24, 5/6-25, 7-25, 7-26, 8-29, 22-37; 1988: 1/2-30, 5/6-30, 5/6-31, 7/8-38, 7/8-39, 10-21.

<sup>364</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 5/6-24.

<sup>365</sup> Über einzelne Familien bzw. Personen erschienen entsprechende Artikel in den Zeitungen, vgl. *Vesti iz SSSR* 1987: 8-33, 8-34.

<sup>366</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 7-23.

<sup>367</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 23-2.

<sup>368</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 8-29.

<sup>369</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 8-27; 13-31.

ähnlichen Plakat demonstrierte, wurde kurz vor einer geplanten Demonstration telefonisch mitgeteilt, dass sie ausnahmsweise einen Ausreiseantrag ohne Einladung (!) aus Israel stellen dürften.<sup>370</sup> Und die Familie des Mitglieds der georgischen Helsinki-Gruppe, Tengiz Gudava, erhielt ihre Ausreisegenehmigung innerhalb eines Tages (!), nachdem diese vor dem OVIR-Gebäude in Moskau demonstriert hatte. Besonders wirksam erwiesen sich die Proteste während der Besuche der westlichen Vertreter in der UdSSR oder vor dem Hintergrund bestimmter politischer Ereignisse. So wurde berichtet, dass Dutzende während des dritten Gipfeltreffens zwischen Gorbatschow und Reagan in Washington vor den geplanten Demonstrationen unerwartet positive Bescheide bekommen hätten.<sup>371</sup>

Zum Ende des Jahres 1987 begann der Protest von Ausreisewilligen organisierte Formen anzunehmen. Der ehemalige politische Gefangene Anatolij Petrunovskij und mit ihm Vladimir Semenov verkündeten Ende September in Moskau die Gründung der Gruppe „Freiheit der Emigration für alle“,<sup>372</sup> deren erklärtes Ziel die Vereinigung *aller* sowjetischer Ausreisewilligen, unabhängig davon, ob sie einer Minderheit angehören oder nicht, im Kampf für die Emigrationsfreiheit war. Zu den primären Aufgaben der Gruppe wurden die Anpassung der sowjetischen Ordnung über die Ein- und Ausreise an die Bestimmungen des Paktes über bürgerliche und politische Rechte, die Beseitigung aller Einschränkungen der Emigration, das Ende der Verfolgungen der Ausreisewilligen und die Gewährung des Besuchsrechts von Verwandten für die bereits emigrierten Sowjetbürger. Die Gründer dieser Initiative appellierten an Michail Gorbatschow, Andrej Gromyko und baten zugleich die westliche Öffentlichkeit um Unterstützung.<sup>373</sup> Zur gleichen Zeit bildete sich ebenfalls in Moskau eine aus ca. 40 Personen bestehende Hilfsgruppe heraus, die den Bürgern bei der Aufnahme des juristischen Verfahrens für den Antrag auf Ausreise aus der UdSSR beratend zur Seite stehen wollte. Darüber hinaus führte diese Gruppe ein Reklamationsbuch, das Beschwerden der Antragsteller über die Arbeit der für Emigrationsangelegenheiten zuständigen Behörden, OVIR, UVIR und Innenministerium, systematisch sammelte, um sie dann an die sowjetischen Staatsorgane weiterzugeben.<sup>374</sup> Eine andere Gruppe, bekannt als „Arme Verwandte“, vereinte die ausreisewilligen „Geiseln“ jener Verwandten, die sich weigerten, das Schreiben mit der Bescheinigung, dass der Ausreisende ihnen gegenüber keine nicht erfüllten Verpflichtungen mehr habe, auszuhändigen, wie es die oben erwähnte Ordnung vom Januar 1987 vorsah. Da diese Vereinigung die aktuelle Ausreisepolitik des Staates direkt kritisierte und viele Kundgebungen organisierte, war sie oftmals Angriffen der offiziellen Presse ausgesetzt.<sup>375</sup> Es gab auch religiöse Emigrationsvereinigungen, wie die von den Pfingstlern in Estland 1988 gegründete „Charta 87“ oder die Gruppe „Christen für Emigration aus der

<sup>370</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 9-26.

<sup>371</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 23-2.

<sup>372</sup> Seit Ende 1988 wurde die Gruppe in „Freie Migration“ umbenannt.

<sup>373</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 17/18-45; 1988: 24-19; *Èkspress-Chronika*, Nr. 9, 1987, S. 1.

<sup>374</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 17/18-46.

<sup>375</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 24-32; 1988: 12-45, 15-21, 15-22, 15-30; SR vom 27. 11. 1987, S. 5.

UdSSR“, welche für die Emigrationsrechte aus Gründen religiöser Diskriminierung eintrat.<sup>376</sup>

Für Gruppen genauso wie für einzelne Ausreisewillige blieben die westliche Öffentlichkeit und die KSZE-Teilnehmerstaaten wichtige Adressaten. Mit Appellen und der Übermittlung von Informationen über konkrete Fälle wurde Stellung zum laufenden Demokratisierungsprozess und zur Praxis der neuen Ein- und Ausreiseordnung bezogen, verbunden mit den Forderungen nach Einmischung und Druckausübung auf die sowjetische Regierung.<sup>377</sup> Eine Gruppe von mehreren Personen forderte von den Teilnehmerstaaten der KSZE-Konferenz in Wien sogar die Einrichtung von internationalen Kontrollen im Bereich der sowjetischen Ausreisepolitik, die ein „Teil der gegenseitigen Kontrolle über Aufrüstung bzw. die Rüstungsreduzierung wäre“.<sup>378</sup> Die Verfasser des Briefes kritisierten außerdem die überhandnehmende Ablehnung von Ausreiseanträgen mit der Begründung, sie seien „Träger geheimer Kenntnisse“, und bemängelten das Fehlen konkreter Fristen sowie klarer Eingrenzungen auf bestimmte Berufsgruppen in der UdSSR, die die Ablehnungen aus Sicherheitsgründen nachvollziehbar machen würden.

Ende 1987 wandten sich sieben Personen an die KSZE-Signatarstaaten mit der Bitte, die Bildung einer unabhängigen sowjetischen „Assoziation zum Schutz der rechtmäßigen Emigration“ zu unterstützen. Den Staatsorganen bei der Lösung der Emigrationsprobleme zur Seite zu stehen und die Verwirklichung der Rechte aus der Helsinki-Akte in der UdSSR zu fördern, waren die primären Ziele dieser Vereinigung. Darüber hinaus erklärte sie die Bereitschaft, alle Fälle von Gesetzesverletzungen und unbegründeten Ablehnungen von Ausreiseanträgen an die internationale Öffentlichkeit zu bringen, und äußerte den Wunsch, in die IHF aufgenommen zu werden.<sup>379</sup> Eine vom Aufgabenprofil her ähnliche Gruppe, „Verteidigung der rechtmäßigen Emigration“, wurde im Dezember 1987 in Leningrad gegründet.<sup>380</sup>

Der Protest in der Öffentlichkeit und die Organisation in Gruppen wurden im Jahr 1988 zu den Hauptmethoden der an einer ungehinderten Emigration aus der UdSSR interessierten Bevölkerung. Sie wurden darüber hinaus durch inoffizielle Symposien, kleinere Seminare und Konferenzen ergänzt, um die Erfahrungen der Betroffenen zu sammeln, sie öffentlich zu machen und über die aktuellen Probleme der Emigration zu diskutieren. So fand in einer privaten Wohnung im November 1987 ein Symposium zum Thema „Absagen aus Sicherheitsgründen:

<sup>376</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 7/8-33; U.S. Helsinki Watch Committee, *Neformaly*, S. 28-30; zur „Charta 87“ siehe auch: [http://www.harta.ee/87/dokumentid\\_eng.php](http://www.harta.ee/87/dokumentid_eng.php).

<sup>377</sup> Für das Recht auf die Ausreisefreiheit setzten sich auch viele der in der Studie bereits vorgestellten Bürgerrechtsgruppen ein. Besonders die Moskauer Sektion der Gruppe MOPČ war aktiv und brachte den KSZE-Teilnehmerstaaten ihre Kritik an der Lage der Ausreisewilligen in der UdSSR vor. Vgl. RM vom 16. 12. 1987, S. 6; *Ėkspress-Chronika*, Nr. 17, 1987, S. 12.

<sup>378</sup> Otkrytoe piśmo Venskoj konferencii po bezopasnosti i sotrudničestvu v Evrope, in: *Glasnost*, Nr. 2-4, 1987, S. VI.

<sup>379</sup> *Glasnost*, Nr. 12, S. 34-35.

<sup>380</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 1/2-36.

juristische und humanitäre Aspekte“ statt, bei dem rund 100 betroffene Teilnehmer anwesend waren. Ein Jahr später tagte in der gleichen Wohnung die Sektion „Zwischenmenschliche Kontakte und Emigration“ des Internationalen Seminars über humanitäre Probleme. Den Rechtsaspekten der Emigration war ein Seminar in Moskau im Mai 1988 gewidmet.<sup>381</sup> Ein Informationsaustausch zum Thema Ausreisefreiheit erfolgte auch über die informelle Presse. Im Laufe des Jahres 1988, mit dem Aufkommen des „Zweiten Samizdat“, erschienen unabhängige Informationsbulletins, die über Probleme der Emigration aus der UdSSR berichteten. Über eine eigene Ausgabe verfügte die Gruppe „Arme Verwandte“. Ab August 1988 gab die Leningrader „Freiheit der Emigration für alle“ ihr eigenes monatliches Bulletin *Monitor* heraus. Im Sommer 1988 erschien eine Ausgabe *Problemy otkaza*.<sup>382</sup> Zur Ausreiseproblematik wurden aber auch Rubriken in den zahlreichen jüdischen Zeitschriften und Zeitungen, etwa im *Vestnik* der ODIKSI<sup>383</sup>, in dem Journal *Šalom*, aber auch in den populären Journalen wie *Glasnost* oder *Èkspres-Chronika* geführt.

Ab Mitte 1988 war die Ausreisebewegung im Sinne einer breit organisierten Protestbewegung ein Teil der neuen sowjetischen Wirklichkeit. Nachdem die UdSSR die neuen Verpflichtungen im Korb III des Abschließenden Dokuments des Wiener KSZE-Folgetreffens im Januar 1989 eingegangen war<sup>384</sup> und die Zahl der Emigrierenden unaufhaltsam in die Höhe stieg, wurde die Ausreisebewegung durch eine in der Gesellschaft breit verankerte Reformbewegung abgelöst. Öffentliche Proteste der Ausreisewilligen und die Aktivitäten der geschilderten Gruppen gingen merklich zurück,<sup>385</sup> während sich die Tätigkeit gesellschaftlicher Initiativen zunehmend auf die Prüfung der laufenden Gesetzesänderungen bzw. deren Vereinbarkeit mit den Verpflichtungen von Wien konzentrierte und sich in den offiziell-öffentlichen Raum verlagerte. So konfrontierten das „Moskauer juristische Seminar für Emigrationsprobleme“ und der „Gesellschaftliche Rat für Monitoring der Administration für Visa und Registrierung“ die eigene Regierung 1990 mehrfach mit der schleppenden Umsetzung der Wiener Beschlüsse über die Reisefreiheit und nahmen inhaltlich sehr detailliert Stellung zum laufenden Gesetzesprojekt.<sup>386</sup> Im Mai 1989 wurde von der „International Foundation for the Survival and Development of Humanity“ in Moskau ein internationales Symposium „Bewegungsfreiheit für alle“ organisiert, dessen Ergebnisse – der Prinzipienkatalog und eine sehr kritische Stellungnahme zu den rechtlichen Grundlagen sowjetischer Ausreisepolitik aus Sicht international gültiger Normen – der Partei-

<sup>381</sup> Ähnliche Seminare fanden ziemlich regelmäßig in den privaten Wohnungen statt. *Vesti iz SSSR* 1987: 22-51; 1988: 12-57, 17/18-31, 21-27; 1989: 1-28.

<sup>382</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 12-45, 12-58.

<sup>383</sup> Achronym für Obščestvo družby i kul'turnych svjazej s Izraelom (israelische Freundschaftsgesellschaft), gegründet im Juli 1988 mit rund 700 Mitgliedern. Zu dieser und anderen überregionalen jüdischen Organisationen siehe: Dohrn, Massenexodus, S. 113.

<sup>384</sup> Siehe das Schlussdokument unter: <http://www.osce.org/de/mc/40883>, hier S. 38ff.

<sup>385</sup> Dieser Trend ist den *Vesti iz SSSR* (1989, 1990) zu entnehmen.

<sup>386</sup> Siehe die Dokumentation in: GARF, f. 10031, op. 1, d. 28, l. 3-33.

regierung und den am neuen Gesetz arbeitenden Volksdeputierten vorgelegt wurden.<sup>387</sup> Den Problemen bei der Realisierung des Rechts auf Ausreise wurde auch eine Pressekonferenz im MID gewidmet.<sup>388</sup>

Zwar erfolgte die Ausarbeitung des entsprechenden Gesetzes unter Ausschluss der Öffentlichkeit, die Thematik gehörte jedoch bereits 1989 zum festen Bestandteil der Presse, deren liberale Vertreter zusammen mit den Reformern im Parteiapparat die Öffentlichkeit auf die lückenhafte Rechtslage und auf die Notwendigkeit der Implementierung der Wiener Vereinbarungen aufmerksam machten.<sup>389</sup> Außerordentlich breit war das Echo einfacher Bürger aus unterschiedlichsten Gesellschaftsschichten auf die Unterzeichnung neuer Verpflichtungen im Korb III durch die Sowjetunion. Die Vielzahl der an die Deputierten des Volkskongresses eingesandten Briefe, Postkarten und Bittschriften mit Beschwerden über die anhaltende Willkür der Behörden, mit Bemängelungen der langsamen Implementierung von KSZE-Verpflichtungen und kritischen Stellungnahmen zu dem geplanten Gesetz sprechen für ein ausgeprägtes Problembewusstsein und eine hohe Informiertheit der Bevölkerung über ihre international verbrieften Rechte auf Ein- und Ausreise in und aus der UdSSR. Viele der Absender nahmen auf das Schlussdokument von Wien Bezug und argumentierten mit dessen Bestimmungen.<sup>390</sup>

Die Angleichung der sowjetischen Rechtsprechung an die internationalen Standards erfolgte trotz beidseitigen, innergesellschaftlich und zwischenstaatlich vorhandenen Drucks nur mühsam, was auf den schon erwähnten Widerstand der konservativen Kräfte innerhalb des Machtapparates zurückzuführen war.<sup>391</sup> Das „Gesetz über die Ausreise aus der UdSSR und die Einreise in die UdSSR für Bürger der UdSSR“<sup>392</sup> wurde am 20. Mai 1991 als eines der letzten, die elementaren Menschenrechte garantierenden „Schlüsselgesetze“ verabschiedet. Doch es ist anzunehmen, dass ohne die KSZE eine Kodifizierung des Rechts auf Reisefreiheit nicht erfolgt und dem weit verbreiteten Wunsch nach Emigration erst gar nicht stattgegeben worden wäre, gestaltete sich doch die Liberalisierung dieses politischen Feldes nachweislich unter Einflüssen der multilateralen Diplomatie, während die KSZE-Prinzipien in der Ausarbeitung des neuen Gesetzes, in den intra- und interministeriellen Auseinandersetzungen, eine zentrale Rolle spielen sollten.<sup>393</sup> Wie gezeigt, knüpfte auch die Bevölkerung große Hoffnungen an die

<sup>387</sup> Itogovyj Dokument, ebd., I. 18–27.

<sup>388</sup> AiF vom 25. 3. 1989, S. 7.

<sup>389</sup> Besonders die Zeitung AiF publizierte sehr viel zu diesem Thema, AiF vom 8. 7. 1989, S. 6; vom 26. 8. 1989, S. 5; vom 4. 11. 1989, S. 6; vom 7. 11. 1989, S. 2; vom 25. 11. 1989, S. 1, 6.

<sup>390</sup> Verglichen mit den anderen Anliegen, die in schriftlicher Form an die Volksdeputierten vorgebracht wurden, scheint die Ausreiseproblematik eines der brennendsten gewesen zu sein. Diesen Eindruck bekommt man bei der Einsicht der überlieferten Briefe der Sowjetbürger an die Volksdeputierten. Zur Ausreiseproblematik siehe folgende Sammlungen in: GARF, f. 10031, op. 11; f. 10007, op. 29.

<sup>391</sup> Zagorski, Moskau, S. 54; dazu siehe Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Studie.

<sup>392</sup> VVS SSSR, Nr. 24, 1991, Art. 687.

<sup>393</sup> Vgl. Teil IV, Kapitel 2 der vorliegenden Studie.



humanitären Aspekte des KSZE-Prozesses und trug die Problematik der beschränkten Freizügigkeit in der UdSSR in die „offiziell-öffentliche“ Sphäre hinein. Schon zum Ende des Jahres 1989 wurde der Geltungsanspruch dieser internationalen Norm kaum noch in Frage gestellt. Eine Folge dieser Entwicklungen und des Demokratisierungsdrucks seitens des Westens (vor allem der USA) war der Verlust der staatlichen Kontrolle über diesen politischen Bereich, während der Massenexodus in den Westen einmal mehr das Versagen der sowjetischen Staatsmacht vor allem in der Nationalitäten- und Minderheitenpolitik offenbarte und die ohnehin dahinsiechende systemerhaltende sowjetische Identitätsstiftung erodierte.

#### 4. Selbstbestimmungsrecht der Völker: das Streben der Balten nach Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit

Die Nationalitätenprobleme und die zum Teil blutig ausgetragenen interethnischen Konflikte waren weitere Krisenerscheinungen des Systems, die mit großer Wucht ins öffentliche Bewusstsein der Sowjetbevölkerung eindringen und das Bild von der „unzerbrechlichen“, „auf ewig vereinten“ Union der „freien Republiken“<sup>394</sup> zu einer Utopie werden ließen. Die neue Parteiführung wurde relativ früh mit einer Vielzahl von Konflikten mit nationalem Hintergrund konfrontiert. Im Dezember 1986 entzündeten sich Studentenunruhen in dem als „Vorposten des Internationalismus“ gefeierten multinationalen Kasachstan in Alma-Ata nach der Wahl eines Russen, Gennadij Kolbin, zum Ersten Sekretär der KP Kasachstans, der an die Stelle des wegen Korruption entlassenen Kasachen Dinmuhammed Kunajev trat. Die Hauptlosung der Demonstrierenden war „Kasachstan den Kasachen!“ Obwohl die Ordnung mit erheblichem Aufwand an Sicherheitskräften „wiederhergestellt“ und die „Nationalisten“ sowie die „Drogenabhängigen“, wie man die Demonstranten in der offiziellen Presse bezeichnete, verurteilt wurden,<sup>395</sup> war die Problematik der Nationalitätenfrage damit noch lange nicht gelöst. Vielmehr drangen seitdem neue Akteure in Gestalt von zahlreichen Nationalbewegungen zunehmend an die Öffentlichkeit. Selbst wenn die offizielle Presse die Vielzahl der „nationalen Fragen“, die Entstehung informeller Gruppen mit nationalem Hintergrund in nichtrussischen Gebieten, Demonstrationen und intereth-

<sup>394</sup> So der Beginn der Staatshymne aus dem Jahr 1943, welche schon in den Grundschulen mancher Sowjetrepubliken in ihrem vollen Umfang auswendig gelernt und rezitiert werden musste. Text der Hymne und den Kommentar dazu siehe bei: Stadelmann, Matthias: Die Staatshymne der UdSSR, 14. Dezember 1943, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0027\\_hym&object=abstract&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0027_hym&object=abstract&st=&l=de).

<sup>395</sup> Siehe z. B. LG vom 1.01.1987, S. 10; zum Konflikt allgemein und zur Darstellung in den sowjetischen Medien siehe: Halbach, Uwe: Perestrojka und Nationalitätenproblematik. Der Schock von Alma-Ata und Moskaus gespanntes Verhältnis zu Mittelasien. Berichte des BIOst, Nr. 38, Köln 1987.

nische Zusammenstöße herunterspielte oder sie als eine Sache der „Extremisten“ stigmatisierte, vermochte sie das Konfliktpotenzial, das z. B. in den Demonstrationen der Krim-Tataren auf dem Roten Platz 1987 oder in den bereits geschilderten blutigen Ereignissen in Berg-Karabach 1988 zutage trat, nicht mehr zu verbergen und noch weniger zu unterdrücken. Auf dem ZK-Plenum im Februar 1988 stellte Gorbachev indirekt den lange beschworenen Mythos der „grundsätzlich gelösten nationalen Frage“ in der Sowjetunion in Frage, indem er die Notwendigkeit eines „gründlichen Befassens“ mit der Nationalitätenpolitik hervorhob und ein Sonderplenum zu dieser Frage für die nahe Zukunft ankündigte.<sup>396</sup>

Doch die Partei wurde von den Entwicklungen in den Einzelrepubliken und autonomen Gebieten überholt. Was 1986 vielerorts mit Protest gegen die Sprachenpolitik, gegen Immigration und Überfremdung, mit der Rückbesinnung auf die Landeskirche und Folklore, mit der Opposition gegen den Zentralismus im Bereich von Wirtschafts- und Entwicklungsplanung, mit Erinnerung an die staatliche Unabhängigkeit und deren Symbolik oder mit spontanen Kundgebungen begonnen hatte, mündete bereits Mitte 1988 in einen in „Solidaritätskomitees“ (Armenien) oder „Volksfronten“ (Baltikum) gut organisierten politischen Massenprotest gegen die Fremdbestimmung, in konkrete Forderungen nach mehr Autonomie und im Baltikum sogar in „Souveränitätserklärungen“. Fast immer wurde der nationale Dissens mit den Menschenrechten verknüpft. Dabei wurde er überall durch unterschiedliche Faktoren und Konfliktlinien gekennzeichnet. So handelte es sich bei dem Karabach-Konflikt um einen latenten „innersowjetischen Grenzdisput“<sup>397</sup> zwischen nichtrussischen ethnischen Gruppen, Armeniern und Aserbaidzchanern. In Alma-Ata kam es zur „Entladung“ einer gestauten interethnischen Aggression zwischen Kasachen und Russen um Bildungs- und Machtpositionen. Bei dem Protest der Tataren ging es dagegen um die Wiederherstellung der historischen Wahrheit unterhalb der Ebene der Unionsrepublik: um die ungehinderte Rückkehr einer kleineren Volksgruppe in ihre angestammte Heimat Krim.

„Historisches Unrecht“<sup>398</sup> war auch der Ausgangspunkt der baltischen Nationalbewegung; es wurde aber stets im Kontext und in Verbindung mit der aktuel-

<sup>396</sup> Text: Der revolutionären Umgestaltung – eine Ideologie der Erneuerung. Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 18. Februar 1988, in: Gorbatschow, Reden und Aufsätze, S. 615–649, hier S. 630. Das Plenum des ZK der KPdSU zum Thema Nationalitätenfrage wurde mehrfach verschoben und fand erst im September 1989 statt. Zu den Konflikten mit nationalem Hintergrund in der Perestrojka siehe: Altrichter, Russland, S. 66–78, 226–250, 253–264; Hosking/Aves/Duncan, *The Road to Post-Communism*; Simon, Verfall, S. 126–187; Halbach, Uwe: *Brisanz der Nationalitätenfrage*, in: Adomeit, Hannes/Höhm, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): *Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka*, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 111–139; Ders.: *Ethnische Beziehungen in der Sowjetunion und nationale Bewusstseinsprozesse bei Nichtrussen. Berichte des BIOst*, Nr. 8, Köln 1989. Für das bessere Verständnis der Problematik des Nationalen in der Sowjetunion ist ein historischer Exkurs in die Geschichte des vorsowjetischen Vielvölkerreiches sehr empfehlenswert. Die beste Darstellung bietet immer noch: Kappeler, Andreas: *Russland als Vielvölkerreich. Entstehung, Geschichte, Zerfall*, München 2001.

<sup>397</sup> Halbach, *Brisanz der Nationalitätenfrage*, S. 119.

<sup>398</sup> Engert/Gartenschläger, *Der Aufbruch*, S. 70.

len, gegenwärtigen Politik thematisiert und zeichnete sich durch eine starke Instrumentalisierung der KSZE-Vereinbarungen aus. Die Nationalbewegung verfügte dort über eine breite autochthone Bevölkerungsbasis (weniger in Lettland) und später auch über die Unterstützung seitens der republikanischen Parteien. Gewiss ist darauf ein Teil des Erfolgs ihrer Souveränitätsbestrebungen zurückzuführen. Eine andere Besonderheit der baltischen Republiken bestand darin, dass der offiziell propagierte „freiwillige Anschluss“ aller drei baltischen Länder an die Sowjetunion aus der Sicht des nationalen Dissenses sowie einer Mehrzahl westlicher Staaten eine Fiktion darstellte, und die drei Republiken auf Grund der Nichtigkeit des Hitler-Stalin-Paktes<sup>399</sup> als Teile der UdSSR von der westlichen Gemeinschaft nie anerkannt wurden.<sup>400</sup> Estland, Litauen und Lettland galten als von der Sowjetunion okkupierte Staaten und stellten daher völkerrechtlich ein internationales Problem dar, wofür die baltischen Interessengruppen im Exil vor allem die Öffentlichkeit der USA stark sensibilisieren und dies zum Gegenstand der Verhandlungen im Rahmen der KSZE-Nachfolgekonzferenzen machen konnten.<sup>401</sup> Darüber hinaus waren im Baltikum bereits in den 1970er Jahren Untergrundgruppen aktiv, welche, anknüpfend an die KSZE-Schlussakte auf die Tatsache der Annexion und das Selbstbestimmungsrecht der Völker rekurrten und durch Appelle an die KSZE-Folgekonferenzen die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft beanspruchten.<sup>402</sup>

<sup>399</sup> Hierzu siehe Osteuropa, Nr. 7–8, 2009: Der Hitler-Stalin-Pakt. Der Krieg und die europäische Erinnerung, hier besonders Feest, David: Ethnische Spaltung, nationale Konsolidierung. Die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes im Baltikum, S. 187–203.

<sup>400</sup> So hatten z. B. die USA nie die jeweiligen Regierungen der sowjetischen Republiken Estlands, Litauens und Lettlands anerkannt und offizielle Besuche in diesen Ländern vermieden. Dagegen existierten in den wichtigsten westlichen Hauptstädten die Vertretungen der alten baltischen Republiken, die mit den Exilbalten besetzt waren. Vgl. *Atmoda* vom 15. 5. 1989, S. 2; Meissner, Boris: Die staatliche Kontinuität, völkerrechtliche Stellung und außenpolitische Lage der baltischen Länder, in: Meissner, Boris (Hrsg.): Die Baltischen Nationen. Estland – Lettland – Litauen, Köln <sup>2</sup>1991, S. 275–286; Waitz von Eschen, Friedrich Frhr: Lage und Chancen der baltischen Unabhängigkeitsbewegungen, in: Osteuropa 1990, S. 1025–1030, hier S. 1028; Spohr Readman, Kristina: Between Political Rhetoric and Realpolitik Calculations: Western Diplomacy and the Baltic Independence Struggle in the Cold War Endgame, in: CWH, Vol. 6, Nr. 1, 2006, S. 1–42. Zum Aufbruch des Nationalen im Baltikum allgemein siehe: Misiunas, Romuald, J./Taagepera, Rein: The Baltic States. The Years of Dependence 1940–1980, California 1993; Meissner, Die Baltischen Nationen.

<sup>401</sup> Berndsen, Silke: Über die KSZE zurück zur internationalen Staatengemeinschaft? Die Bedeutung der KSZE für das Streben der baltischen Nationen nach Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit 1972–1991, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 305–322, hier S. 305ff.

<sup>402</sup> In den baltischen Republiken fiel die Bewertung der unterzeichneten KSZE-Schlussakte durch die Balten eher zurückhaltend bis negativ aus, da man die dadurch erfolgte Bestätigung des territorialen *Status quo* bzw. die Anerkennung des Anschlusses der baltischen Staaten an die UdSSR durch den Westen befürchtete. Gleichwohl ist es offensichtlich, dass die KSZE im Baltikum die Rolle des Katalysators für den nationalen Widerstand spielte. Die Bedeutung der KSZE für den Auftrieb der Unabhängigkeitsbewegungen vor der Perestroika im Baltikum sowie in anderen Teilgebieten der Sowjetunion, etwa in der Ukraine, Georgien oder auch Armenien, wurde in der historischen Forschung jedoch kaum problematisiert.

Diese Argumentationsmuster und Methoden setzten sich in einer verschärften Form in der Perestroika fort und wurden zum Teil auch von den Nationalbewegungen der anderen Sowjetrepubliken übernommen. Doch nur die baltischen Republiken bestanden weiter als Völkerrechtssubjekte und nur dort gelang es den einzelnen Gruppen, die Achtung des Rechts auf Selbstbestimmung zu einem politischen Hauptanliegen der nationalstaatlichen Gremien zu forcieren<sup>403</sup> und so den Zerfallsprozess des sowjetischen Imperiums in Gang zu setzen. Diese Konstellation sowie eine vergleichsweise gut zugängliche Quellenbasis machen die drei genannten baltischen Republiken für die Untersuchung der Zusammenhänge zwischen dem KSZE-Prozess und den Nationalbewegungen der Perestroika so interessant.

Als Erstes ist in diesem Kapitel zu prüfen, wie sich die nationale Bewegung in den drei baltischen Republiken in der Zeit der Perestroika formierte, welche Inhalte sie transportierte und wie hier der KSZE-Faktor wirkte. Im zweiten Schritt ist zu fragen, wie und mit welchen Konsequenzen für die territoriale Integrität der gesamten Sowjetunion die Bündelung und die Politisierung des Widerstands in den Volksfrontbewegungen erfolgten. Und schließlich gilt es herauszufinden, welche Rolle die multilaterale KSZE-Diplomatie im Kampf der baltischen Republiken um ihre Unabhängigkeit in der Endphase der Sowjetunion spielte. Dementsprechend stehen im Mittelpunkt dieses Arbeitsteils der Prozess und die Folgen der Instrumentalisierbarkeit der KSZE und ihrer Prinzipien in der Nationalbewegung in Estland, Lettland und Litauen.

#### 4.1 Emotionalisierung und Mobilisierung des nationalen Widerstands durch die lettische „Helsinki-86“-Gruppe

Laut Artikel 70 und 72 der sowjetischen Verfassung von 1977 waren die nichtrussischen Sowjetrepubliken „souveräne Republiken“, verfügten über „nationale Staatlichkeit“ und das Recht auf „freien Austritt aus der UdSSR“. In einem klaren Widerspruch dazu standen jedoch die zentralistische Struktur der Staats- und Wirtschaftsadministration der UdSSR sowie die „demographische Russifizierung“<sup>404</sup>, wie sie jahrzehntelang vor allem in Estland und Lettland praktiziert wurde. Infolge dieser Politik war der Anteil der Titularnation an der Gesamt-

Als Ausnahmen sind folgende Abhandlungen zu nennen: Alekseeva, *Istorija inakomyslija; Lange, Falk: The Baltic States and the CSCE*, in: *Journal of Baltic Studies*, Vol. XXV, Nr. 3, 1994, S. 233–248; Thomas, *The Helsinki Effect*; Berndsen, *Über die KSZE zurück zur internationalen Staatengemeinschaft?*

<sup>403</sup> Waitz von Eschen, *Lage und Chancen*, S. 1028. Die Breite und der Erfolg der baltischen Nationalbewegung liegen natürlich auch in der Geschichte dieser Gebiete begründet. Anders als in den Südgebieten des russischen Zarenreiches (etwa in Litauen, Weißrussland, der Ukraine oder in den Gebieten jenseits des Kaukasus) war die Nationalbewegung in den Ostseeprovinzen (vor allem in Lettland und Estland) im 19. Jahrhundert sehr ausgeprägt und erreichte bereits um die Jahrhundertwende den Charakter einer Massenbewegung. Vgl. Kappeler, *Rußland als Vielvölkerreich*, vor allem Kapitel 6.

<sup>404</sup> So Halbach, *Brisanz*, S. 133.

bevölkerung in Estland von 90% im Jahr 1945 auf 61% und in Lettland sogar auf 50% im Jahr 1989 gesunken.<sup>405</sup> Geringer betroffen von dieser Politik war Litauen, wo die Nationalbewegung der Perestroika später als in den Nachbarrepubliken organisierte Formen annahm. In allen drei baltischen Republiken gab es dennoch seit ihrer Angliederung an die UdSSR 1940 infolge des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 unterschiedliche spontane (Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen usw.) oder in Gruppen organisierte und im Samizdat verbreitete Formen des nationalen Widerstands, die sich gegen Fremdbestimmung, Russifizierung, Immigration und Überfremdung richteten.<sup>406</sup> Das repressive Vorgehen des Staates gegen den nationalen Dissens, die mit der Russifizierungspolitik einhergehende Marginalisierung der eigenen Nationalsprache und Kultur und deren Verdrängung aus dem öffentlichen Leben sowie die auf dem Zentralismus im Bereich von Wirtschafts- und Entwicklungsplanung gewachsenen ökologischen Missstände hatten das Entstehen eines gewaltigen Protestpotenzials gegen die Bevormundung aus Moskau in allen drei Republiken zur Folge, das aber erst Perestroika, Glasnost und die Amnestierung der politischen Gefangenen 1987 entfesselt haben. Die Initialzündung ging dabei vom ökologischen Protest aus, der 1987 in Lettland das bereits seit den 1950er Jahren geplante Wasserkraftwerk am Fluss Düna in der Nähe der ostlettischen Stadt Plavinas (let. Pļaviņas; dt. Stockmannshof) stoppte. Ein „Spill-Over“-Effekt von der ökologischen Bewegung auf die nationalen Bereiche war auch in Estland, gegen einen verstärkten Phosphatabbau im Nordosten der Republik, und in Litauen, gegen den Ausbau des Atomkraftwerks Ignalina, welches dem in Černobyl entsprach, zu beobachten.<sup>407</sup> Aufgrund des Protests der Bevölkerung mussten die zuständigen sowjetischen Ministerien, die alle in Moskau ansässig waren, die geplanten Projekte aufgeben. Die Erfolge der Umweltgruppen wirkten ermutigend auf die anderen Initiativen und trugen so zum Erstarken des nationalen Bewusstseins bei. Die nationale Emanzipationsbewegung ging in allen drei Republiken mit Forderungen nach Umweltschutz, aber auch nach dem Schutz von nationaler Kultur und Sprache, nach Religionsfreiheit sowie nach Neubewertung der Geschichte Hand in Hand. All diese Inhalte führte die bereits 1986 in Lettland gegründete Gruppe „Helsinki-86“, die jedoch, anders als die Umwelt- oder Denkmalschutzgruppen, die nationalen Forderungen von Anfang an sehr stark und offen akzentuierte und diese zudem mit völkerrechtlichen Rechtsnormen verband. Bei der Erstarkung des national-patriotischen Bewusstseins spielte „Helsinki-86“ eine mobilisierende Rolle in allen drei baltischen Republiken.

<sup>405</sup> Ebd., S. 122.

<sup>406</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Alekseeva, Istorija, S. 38–77; Lange, The Baltic States; Wackman, Waldemar/Schröter, Welf: Nationale Unterdrückung und Opposition im Baltikum, in: Osteuropa-Info, Nr. 61, 1985, S. 18–27; Jansons, Uldis: Die nationale Opposition in Lettland, in: Osteuropa-Info, Nr. 62/63, 1985, S. 12–44; Misiunas/Taagepera, The Baltic States, Kapitel 4, 5, 6.

<sup>407</sup> Ebd., S. 304–307; Butenschön, Marianne: Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit, München/Zürich 1992, S. 29–36, 117–125, 219f.

In Lettland war die nationale Bevölkerungsstruktur infolge der Immigration russischsprachiger Arbeiter dermaßen verändert worden, dass die Letten bereits zu Beginn der 1980er Jahre zur Minderheit im eigenen Land zu werden drohten. Im Jahr 1979 betrug ihr Bevölkerungsanteil in der Hauptstadt Riga nur noch 38,3%, während die Russen 46,1% der Einwohnerschaft stellten.<sup>408</sup> Besorgniserregend war auch die Situation der lettischen Sprache, die in den offiziellen Einrichtungen und teilweise sogar in den lettischen Schulen durch die russische verdrängt und von einem immer geringer werdenden Teil der Bevölkerung beherrscht wurde.<sup>409</sup> Hinzu kam das offizielle, auf die „einheitsstaatlich orientierte, patriotische Bewusstseinsbildung“<sup>410</sup> reduzierte Geschichtsbild, das jede Erinnerung an die kurze Unabhängigkeitsperiode der Lettischen Republik nach dem Ersten Weltkrieg des „bourgeois Nationalismus“ verdächtigte und weder die Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Stalinismus (wie etwa die Massendeportationen von Letten in den Jahren 1941 und 1949) noch die Diskussionen über die „Freiwilligkeit“ des Anschlusses Lettlands an die Sowjetunion zuließ. Diese drei Konfliktlinien – Überfremdung durch Immigration, Sprachenpolitik und unterdrückte Geschichtserinnerungen – waren zentral im nationalen Dissens Lettlands, aber auch Estlands und Litauens. Sie bildeten die inhaltlichen Schwerpunkte der neu gegründeten Gruppe „Helsinki-86“, die mit Hilfe der KSZE versuchte, die Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit auf die Notlage der lettischen Nation zu lenken.

Bereits im Juli 1986, noch vor dem Beginn des KSZE-Treffens in Wien, wurde in der lettischen Hafenstadt Liepāja (let. Liepāja, dt. Libau) von den drei bislang in der Menschenrechtsbewegung nicht hervorgetretenen Arbeitern Linards Grantiņš, Raimonds Bitenieks und Mārtiņš Bariss die „Helsinki-86“-Gruppe ins Leben gerufen. In einem an die westliche Öffentlichkeit gerichteten Dokument erklärten sie, „die Einhaltung der Rechte unseres Volkes: ökonomische, kulturelle und die des Individuums“<sup>411</sup> überwachen zu wollen. Mit diesem Ziel verpflichteten sie sich, „offen, zensurfrei und ohne Druck von außen“ die internationalen Organisationen über Menschenrechtsverletzungen und darüber, „was mit den materiellen und geistigen Werten unseres Volkes sowie mit dem Volk selbst geschieht“, zu informieren. Die zentralen Forderungen des Dokuments waren: „Allen Völkern das Recht auf die freie Bestimmung des eigenen Entwicklungsweges zu gewähren, die Prinzipien des Schlussdokuments des Helsinki-Treffens zu achten.“<sup>412</sup> Eine größere Publizität im Westen und in gewissem Maße den Schutz

<sup>408</sup> Būmanis, Mārtiņš: Die KP Lettlands und die nationale Frage im Zeichen der „Umgestaltung“. Berichte des BIOst, Nr. 10, Köln 1989, S. 3.

<sup>409</sup> Ebd., S. 13; Urdze, Andrejs: Nationalismus und Internationalismus. Ideologischer Hintergrund und konkrete Ausprägungsformen in der SSR Lettland, in: Baltisches Jahrbuch 1987, S. 10–25.

<sup>410</sup> Būmanis, Die KP Lettlands, S. 15.

<sup>411</sup> Deklarācija o sozdanij gruppy i o ee principach (ijul' 1986), in: RFE/RL Materialy Samizdata, Nr. 8, 1987, AC 5903.

<sup>412</sup> Ebd.

vor staatlichen Repressionen versprachen sich die Aktivisten vom Namen ihrer Gruppe: „Helsinki-86“, mit dem sie darüber hinaus ihre Positionierung als eine Menschenrechtsvereinigung deutlich machten.<sup>413</sup>

Bis zum März 1987 hatten insgesamt 7 Dokumente der Gruppe die westliche Öffentlichkeit erreicht, darunter das Schreiben an Michail Gorbachev, an das ZK der KPdSU und der Lettischen KP, ein Appell an die Landsleute im Ausland, an Papst Johannes Paul II. und an die Vereinten Nationen.<sup>414</sup> Das erste Dokument der Gruppe richtete sich an Gorbachev und bat ihn, den Letten die Möglichkeit zu geben, „das Schicksal [Lettlands] selbst in die Hand zu nehmen“, und per Referendum die Frage des Austritts der Lettischen SSR aus der UdSSR zu entscheiden.<sup>415</sup> Ein Protest gegen die Verdrängung der lettischen durch die russische Sprache und die Aufforderung, Lettisch als obligatorische Staatssprache einzuführen, waren in dem Brief an die Zentralkomitees der KPdSU sowie der Lettischen KP enthalten.<sup>416</sup> Im „Aufruf“ an ihre Landsleute appellierten die drei Gruppengründer an diese, die westliche Öffentlichkeit möglichst breit über die nationale Unterdrückung im Baltikum zu informieren und um Hilfe demokratischer Länder zu ersuchen, um so das „Fundament der Unabhängigkeit“ zu legen.<sup>417</sup> Die Schreiben an Papst Johannes Paul II. und an die Vereinten Nationen berichteten über die Diskriminierung der Letten und die Privilegierung der Russen in der Lettischen SSR, etwa bei der Zuteilung von Wohnungen (was „Helsinki-86“ als einen „passiven Genozid“ bezeichnete), sowie über die katastrophale Lage der lettischen Medizin, die niedrigen Geburtenraten, die Ausbeutung der lettischen Wirtschaft durch das Zentrum, über Versorgungs- und andere soziale Probleme. Die Lösung dieser Missstände lag nach Meinung der Gruppe in einer radikalen Demokratisierung.<sup>418</sup> Was genau damit gemeint war, verriet der Appell an die UNO, der folgende Forderungen enthielt: die Vertretung Lettlands in den Vereinten Nationen, die Anerkennung des Lettischen als Staatssprache, die Abschiebung jener Migranten, die mit „Verachtung“ die lettische Kultur und Sprache behandelten, die Erneuerung der nationalen Armee Lettlands, die Bildung einer UN-Kommission zur Untersuchung der Verbrechen der Sowjets gegen das lettische Volk unter Stalin mit der anschließenden Auslieferung der Verbrecher „an das Gericht des lettischen Volkes“, die Befreiung lettischer (sic!) politischer Gefangener, die Abschaltung der auf die lettischsprachigen (sic!) Radioprogramme gerichteten Störsender, die Beendigung der Diskriminierung von Gläubigen und die

<sup>413</sup> Vgl. Bungs, Dzintra: Workers Form „Helsinki 86“, in: RFE/RL, Radio Free Europe Research: Baltic Area, Situation Report (künftig: RFE/RL Baltic Area, SR), Nr. 2, 1987, S. 18. In der Tat bekamen sie nicht nur die Aufmerksamkeit der Exilbalten, sondern sogar die finanzielle Unterstützung von diesen. Vgl. Berndsen, Über die KSZE zurück zur internationalen Staatengemeinschaft?

<sup>414</sup> Abgedruckt in: RFE/RL Materialy, 1987, Nr. 8.

<sup>415</sup> Ebd., AC 5904.

<sup>416</sup> Ebd., AC 5902.

<sup>417</sup> Ebd., AC 5901.

<sup>418</sup> Ebd., AC 5905.



Wiederherstellung des Territoriums der Republik Lettland in den Grenzen von 1939.<sup>419</sup>

Wie diese Aussagen demonstrieren, war „Helsinki-86“ trotz ihres Anspruchs wenig an der Kontrolle über die Einhaltung der Menschenrechte bzw. der Bestimmungen der Helsinki-Akte interessiert.<sup>420</sup> Nach Meinung einiger Experten waren den Organisatoren dieser Gruppe weder die Prinzipien (u.a. die Einforderung *aller* gesetzlich verbrieften Menschenrechte) der Helsinki-Gruppen allgegenwärtig noch die Bestimmungen der KSZE-Schlussakte bekannt.<sup>421</sup> Der Schutz der nationalen Rechte und Interessen *der Letten* und nicht die Einforderung sämtlicher in der Schlussakte verbrieften individuellen Menschenrechte waren zentral für „Helsinki-86“, während sie Forderungen wie „Deportation of illegal immigrants“<sup>422</sup> als Menschenrechtsaktivisten delegitimierten.<sup>423</sup> Entsprechend wurden die Mitglieder von „Helsinki-86“ in Lettland und in lettischen Exilkreisen mehr als Patrioten und nationale Freiheitskämpfer und weniger als Menschenrechtsaktivisten wahrgenommen.<sup>424</sup>

Das Recht auf den Austritt Lettlands aus der UdSSR leiteten die Mitglieder von „Helsinki-86“ sowohl aus der sowjetischen Verfassung als auch aus dem international anerkannten Selbstbestimmungsrecht der Völker ab. Gleichwohl rekurrten sie schon in ihren ersten Dokumenten auf die Tatsache der gesetzeswidrigen Annexion Lettlands durch die Sowjetunion, indem sie z. B. in dem Schreiben an die UNO forderten, „Lettland das Land zurückzugeben, das sich, ohne jemals jemanden zu fragen, die Russische Föderation angeeignet hat“<sup>425</sup> – eine Argumentation, die später typisch für die Bestrebungen der Balten nach Unabhängigkeit werden sollte.

Dadurch, dass der Staat die Gruppe „Helsinki-86“ bald nach ihrer Gründung in der Presse diffamierte und ihre Mitglieder schikanierte, verhaftete oder ins Exil

<sup>419</sup> Ebd., AC 5906.

<sup>420</sup> Bungs, Workers Form „Helsinki 86“, S. 21.

<sup>421</sup> Die angeblich in den veröffentlichten Texten der Gruppe anzutreffenden Fehler ließen sogar die Vermutung zu, dass deren Mitglieder die einschlägigen Dokumente der Helsinki-Schlussakte nie gelesen haben. Vgl. Kommentar von Il'ja Kudrjavcev zu „Helsinki-86“, in: Kudrjavcev, Il'ja (Hrsg.): *Spravočnik političeskich i občestvennyh organizacij Latvii*. MBIO, Moskau 1990, in: FSO, F. 52.

<sup>422</sup> So in einem Statement aus dem Jahr 1987. Bungs, Dzintra: *One-and-half Years of Helsinki 86*, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 2, 1988, S. 11–15, hier S. 13.

<sup>423</sup> Deswegen ist es treffender, in diesem Fall von einer Gruppierung mit nationalen Zielsetzungen statt von einer Menschenrechtsorganisation zu sprechen. In den meisten im Westen publizierten Darstellungen herrscht dagegen Konsens, dass es sich bei „Helsinki-86“ um eine Menschenrechtsgruppe handelte, die sich für „die Einhaltung der Menschenrechte einsetzte“. Vgl. etwa: Urdze, Andrejs: *Lettland. Eine gemeinsame Front*, in: *Baltisches Jahrbuch*, 1988, S. 24–38, hier S. 29; Levits, Egil: *Lettland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit*, in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 139–222, hier S. 153; Misiunas/Taagepera, *The Baltic States*, S. 307.

<sup>424</sup> Berndsen, *Über die KSZE zurück zur internationalen Staatengemeinschaft?*, S. 314f.

<sup>425</sup> RFE/RL Materialy, Nr. 8, 1987, AC 5906, S. 5; vgl. auch das Schreiben an die USA-Delegation mit der Bitte, die Frage nach dem Austritt Lettlands aus der UdSSR auf der Konferenz in Jurmala in den Raum zu stellen, ebd., AC 5907.

drängte, wurde analog zu den informellen Vereinigungen in Russland das Gegenteil bewirkt: Die kleine und unbekannte Gruppe erfuhr rasch Zuwachs und Zuspruch der Bevölkerung. Gerade diese negative Publizität der offiziellen Presse sei für „Helsinki-86“ wertvoll gewesen, so einer der Gründer der Gruppe, Linards Grantiņš, in einem Interview mit *Radio Liberty* nach seiner Ankunft im Westen im Jahr 1988.<sup>426</sup>

Das offene Ansprechen der offiziell ignorierten Schmerzpunkte in Lettlands Zeitgeschichte durch „Helsinki-86“ und die öffentliche Diskussion um die Gruppe waren für das Wachsen des national-politischen Selbstbewusstseins der Bevölkerung aller drei baltischen Republiken enorm wichtig. Das zeigte sich insbesondere an den ersten politischen Demonstrationen im Jahr 1987, welche für die Mobilisierung des nationalen Widerstandes eine entscheidende Rolle spielten und die die Gruppe „Helsinki-86“ organisiert hatte. Am 14. Juni 1987, dem Jahrestag der ersten großen Massendeportationen im Jahre 1941, folgten rund 5000 Menschen dem über westliche Sender verbreiteten Aufruf der „Helsinki-86“;<sup>427</sup> der „Opfer der Sowjetisierung“ auf dem sogenannten Basteiberg in Riga durch Niederlegung von Blumen am Freiheitsdenkmal zu gedenken, und sangen lettische Lieder. Auf einer Kundgebung im Freien beklagten die Redner das Fehlen eines Denkmals für die Opfer der Deportationen und die Russifizierung Lettlands und verlangten die Freilassung politischer Gefangener sowie die Freiheit Lettlands. Es war die erste genehmigte Manifestation dieser Art, welche die nationalen Forderungen so offen ansprach und nicht durch die Miliz aufgelöst wurde.<sup>428</sup> Der Zeitzeuge Jānis Rožkalns bewertet diese Demonstration rückblickend als Auslöser für die nationale Bewegung im Baltikum und schätzt ihre Bedeutung höher als die Baltische Menschenkette oder die Unabhängigkeitserklärung ein.<sup>429</sup> In der Tat entfesselte die gelungene Aktion der „Helsinki-86“ in allen drei baltischen Republiken breite Diskussionen in der Gesellschaft über nationale Themen, die früher als Tabu galten. Und sie gab den Anstoß zu einer Vielzahl von ähnlichen als „Kalenderdemonstrationen“ bekannt gewordenen Manifestationen. Bereits am 23. August, dem Jahrestag der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes, folgten dem Aufruf von „Helsinki-86“ schon an die 7000 Letten, 2000 Esten und 1500–3000 Litauer. Sie demonstrierten, nunmehr ohne behördliche Genehmigung, mit der Losung „Freiheit für Litauen, Lettland und Estland!“ für eine offizielle Verurteilung und Veröffentlichung des vollen Textes des Paktes.<sup>430</sup> Obwohl es in Lettland Verhaftungen und grobe Versuche der Miliz gegeben haben soll, die friedliche Niederlegung von Blumen am Freiheitsdenkmal in Riga zu stören, kam es dort am 18. November 1987, dem Jahrestag der Unabhängigkeitserklärung Lettlands 1918, nach einem weiteren Aufruf der Gruppe „Helsinki-86“ zu Demons-

<sup>426</sup> Bungs, Dzintra: An Interview with Linards Grantins, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 3, 1988, S. 19–23, hier S. 22.

<sup>427</sup> Schriftlicher Aufruf der Gruppe, abgedruckt in: RFE/RL Materialy, Nr. 19, 1987, AC 5987.

<sup>428</sup> Būmanis, Die KP Lettlands, S. 17; *Vesti iz SSSR*, 1987: 11/12–3.

<sup>429</sup> Berndsen, Über die KSZE zurück zur internationalen Staatengemeinschaft?, S. 316.

<sup>430</sup> *Vesti iz SSSR*, 1987: 15/16–3.

trationen mit mehreren tausenden Teilnehmern, die nationale Lieder sangen und die rot-weiß-rote Fahne des unabhängigen Lettlands mitführten. Diesmal wurden aber Versuche unternommen, die Manifestation durch die Sicherheitskräfte unter Anwendung von Gewalt aufzulösen.<sup>431</sup>

Trotz massiver Kritik und Eingriffen seitens des Machtapparates setzten sich die „Kalenderdemonstrationen“ fort. Am 16. Februar 1988, 70 Jahre nach der Proklamation der Unabhängigkeit der Litauischen Republik, nahmen zwischen 10 000 und 15 000 Menschen an einer Kundgebung in Wilna teil. In Tallin, Pernau und Werro (est. Võru) demonstrierten anlässlich des 70. Jahrestages der Proklamation der Republik Estlands am 24. Februar 1988 über 8000 Menschen. In Lettland organisierte der Schriftstellerverband am 25. März 1988 in Riga eine öffentliche Gedenkmanifestation für die Opfer des Stalinismus anlässlich des Jahrestages der Massendeportationen von 1949.<sup>432</sup>

Die Kundgebungen gaben vielerorts Impulse für die Gründung von neuen unabhängigen Gruppen, für die Sensibilisierung der Kulturintelligenz und damit auch für das Bekanntwerden nationaler Forderungen. Auf der Basis von „Helsinki-86“ wurde 1987 in Lettland mit den gleichen Zielsetzungen die Jugendorganisation „Für Vaterland und Freiheit“ gegründet, die sich allerdings primär mit den Problemen der Jugend auseinandersetzte. Am 14. Juni 1987 erfolgte in Lettland die Bekanntgabe der Gründung der Gruppe „Wiedergeburt und Erneuerung“, die sich für den Schutz der Gläubigen einsetzte und dabei argumentativ auf die Bestimmungen der KSZE-Schlussakte zurückgriff.<sup>433</sup> Der im Herbst 1987 aus verschiedenen informellen Folklore-, Denkmal- und Naturschutzgruppen hervorgegangene „Umweltschutzklub“, bekannt unter dem lettischen Akronym VAK, war für seine erfolgreichen Proteste gegen den Bau der Metro in Riga bekannt, verband aber die ökologischen immer mehr mit den politischen Forderungen und mit dem Recht auf Selbstbestimmung. Im Sommer 1988 wurde die „Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Lettlands“ gegründet, die von Anfang an eine Unabhängigkeit außerhalb der Union propagierte und dabei ihre Forderungen mit der Verletzung völkerrechtlicher Normen durch die Sowjetunion im Zuge der Annexion Lettlands legitimierte.<sup>434</sup> In Estland wurde am 15. August 1987 die „Estnische Gruppe für die Veröffentlichung des Molotov-Ribbentrop-Paktes“ gegründet, die eine wichtige Rolle in der estnischen nationalen Bewegung spielte. Im Dezember organisierte sich die „Estnische Gesellschaft für Denkmalpflege“, der schon fünf Monate später rund 100 Arbeitsgruppen mit 4000 Mitgliedern angehörten. Anfang 1988 wurde von den 16 estnischen Menschenrechtsaktivisten

<sup>431</sup> *Vesti iz SSSR*, 1987: 22-1.

<sup>432</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 4-2, 4-3; Ilves, Toomas: Independence Day Against a Backdrop of Rising National Consciousness, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 3, 1988, S. 3-6; Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 394. Die Veranstaltung des Schriftstellerverbandes war jedoch von dem Ersten Sekretär der LeKP, Boris Pugo, gewollt und verfolgte nicht zuletzt die Absicht, die Demonstrationen von radikaleren Aufrufen – wie „Helsinki-86“ – abzulenken.

<sup>433</sup> RM vom 28. 8. 1987, S. 7.

<sup>434</sup> Mehr zu den Gruppen in Lettland siehe Kudrjavcev, Spravočnik.

die Gründung einer „Partei der nationalen Unabhängigkeit Estlands“ angekündigt, die als Ziel ihrer Tätigkeit den „Schutz der Interessen des estnischen Volkes“ erklärte, solange die „Unabhängigkeit der estnischen Staatlichkeit nicht wiederhergestellt worden sei“.<sup>435</sup> In Litauen verbanden im Sommer 1987 und Anfang 1988 die neu gegründeten Umweltgruppen „Atgaja“ und „Žemyna“<sup>436</sup> den Protest gegen den Ausbau des Atomkraftwerkes Ignalina und andere Umweltgefährdungen mit der nationalen Frage. Am 16. Februar 1988 wurde die „Litauische Helsinki-Gruppe“ wiederbelebt.<sup>437</sup>

Die Bildung der informellen Vereinigungen nationalen Profils und die Demonstrationen, in deren Mittelpunkt auch das Migrationsproblem, die „demographische Russifizierung“, der „ökologische Analphabetismus“ der zentralen Planungsbehörden oder die Sprachenpolitik standen,<sup>438</sup> wurden mit noch größerer Intensität in allen drei Republiken in den Jahren 1988/1989 fortgesetzt. Die Auftritte wurden nun aber nicht mehr von den oppositionellen Kräften im Untergrund, sondern zunehmend offen und teilweise sogar mit Genehmigung der staatlichen Behörden organisiert. Neben den ehemaligen politischen Gefangenen traten bei diesen Massenkundgebungen auch die Spitzenfunktionäre der jeweiligen Kommunistischen Parteien als Redner auf. Dieser Wandel erfolgte vor dem Hintergrund einer neuen öffentlichen Diskussion sowohl über die Geschichte als auch über die Fehler der Nationalitätenpolitik des Zentrums, an denen sich zunehmend die Intelligenz und auch die Vertreter der Kommunistischen Parteien beteiligten. Eine Vorreiterrolle spielte hierbei Estland. Bereits 1987 unternahm dort eine Gruppe um den Historiker Edgar Savisaar den ersten Schritt zur nationalen Souveränität, indem sie ein Rahmenprogramm entwarf, welches eine wirtschaftliche Selbstverwaltung Estlands unter dem Schlagwort der „estländischen Wirtschaftsautonomie“ (*isemajandav eesti*, abgekürzt IME) verlangte. IME heißt aus dem Estnischen übersetzt „Wunder“ und löste eine breite öffentliche Debatte über die nationalen Wünsche der Esten aus. In der gleichen Zeit meldeten sich Studenten an der Universität Tartu zu Wort, die in Verbindung mit den Forderungen der „Grünen“ und der IME die Absetzung des Ersten Sekretärs der Estnischen KP, Karl Vaino, verlangten. Anfang April 1988 diskutierten die Führungsspitzen der sechs kulturschaffenden Verbände Estlands die politische Situation in ihrem Land und verfassten eine Resolution an die Führung der UdSSR und der Estnischen SSR. In ihr thematisierten sie unter anderem die ungenügenden Rechte der Unionsrepubliken, die starke Immigration, die Repressionen des Sowjet-

<sup>435</sup> Zu den Gruppen in Estland siehe: *Vesti iz SSSR*, 1987: 22-45, 22-46, 23-36; 1988: 1/2-32; Ilves, Toomas: Estonians Announce Alternative Party as Platform, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 2, 1988, S. 7-9; Kionka, Riina/Laanemäe, Mart: Estland. Hintergründe zum Entstehen der Volksfront in Estland. Ein kurzer Überblick, in: Baltisches Jahrbuch 1988, S. 8-12; U.S. Helsinki Watch Committee, *Neformaly*, S. 27ff.

<sup>436</sup> *Žemyna* bedeutet Erde und ist die Göttin der Erdkraft, die vor allem in Lettland und Litauen verehrt wird.

<sup>437</sup> *Vesti iz SSSR*, 1988: 4-2.

<sup>438</sup> Halbach, Brisanz, S. 133.

regimes gegen die Esten 1941 und in den Nachkriegsjahren. Sie verlangten die sofortige Änderung der Verfassung der UdSSR und der ESSR mit der Erweiterung der Rechte der Republiken, die Einrichtung einer Abteilung des Geschichtsmuseums der ESSR zur Dokumentation der an den Esten begangenen Verbrechen und einen Stopp der Immigration. Vollversammlungen der Kulturverbände mit ähnlichen Inhalten fanden bald darauf in Lettland und Litauen statt.<sup>439</sup>

Diese Ereignisse gingen mit dem Anwachsen des nationalen Selbstwertgefühls der Balten und dem Wunsch der Republiken nach politischer und wirtschaftlicher Selbstbestimmung einher. Die Bündelung des politischen Aufbruchs der Bevölkerung in einer Volksfrontbewegung, mit deren Zielsetzungen sich die erneuerten Parteiführungen mehr oder weniger solidarisch zeigten, war bereits im Vorfeld der XIX. Unionsparteikonferenz seit dem Frühjahr 1988 in Estland zu beobachten. Begleitet wurden diese Prozesse von der Wiederentdeckung der alten nationalen Symbole, die lange Zeit verboten gewesen waren. In Estland wurden am 23. Juni 1988 sowohl die historische Nationalflagge als auch die Nationalhymne als „Symbole des estnischen Volkes“ wieder offiziell zugelassen. Diesem Beispiel folgten bald darauf auch Lettland (6. Oktober 1988) und Litauen (17.–18. November 1988).<sup>440</sup>

Die oben erwähnte Gruppe „Helsinki-86“ spielte zu diesem Zeitpunkt zwar keine führende Rolle mehr in der Nationalbewegung der baltischen Republiken. Als mobilisierende Kraft war sie angesichts des Ausmaßes des nationalen Erwachens überflüssig geworden. Zusammen mit den Umweltschutzgruppen löste sie jedoch eine „Kettenreaktion“ aus: Ihre damals noch sehr radikale Forderung nach der staatlichen Souveränität Lettlands hatte scharfe Angriffe der Kommunistischen Partei zur Folge und wurde in einer abgeschwächten Form von Intellektuellen übernommen, um sie dann „systemkonform“ in die Volksfrontbewegungen, an deren Konstituierung „Helsinki-86“ in Lettland sogar zum Teil mitwirkte, zu transformieren und „in den zögernden Reformflügel der Kommunistischen Partei hineinzutragen“.<sup>441</sup> Die Gruppe „Helsinki-86“ löste mit ihren Aktionen gesellschaftliche Diskussionen aus, auf deren Grundlage die Nationalbewegungen aller drei baltischen Republiken überhaupt erst entstehen konnten. Wenn auch die Forderungen der „Helsinki-86“ für die Mehrheit der an öffentlichen Reformdiskussionen beteiligten Intellektuellen bis ins Jahr 1989 noch zu radikal blieben, so

<sup>439</sup> Uibopuu, Henn-Jüri: Estland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 110–138, hier S. 119. Die ins Deutsche übersetzte und kommentierte Resolution der estnischen Kulturschaffenden ist in: Baltisches Jahrbuch 1988, S. 13–20, zu finden.

<sup>440</sup> Zu den Entwicklungen siehe folgende Darstellungen: Levits, Lettland; Urdze, Lettland; Búmanis, Die KP Lettlands; Uibopuu, Estland; Hosking, Geoffrey A.: Popular Movement in Estonia, in: Hosking/Aves/Duncan, The Road to Post-Communism, S. 180–201; Vardys, Stanley V.: Litauen unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 223–268; Hermann, Arthur: Litauen. Über den Wandel des „Gente Lituani Natione Sovieticus“. Streifzüge und Eindrücke, in: Baltisches Jahrbuch 1988, S. 105–114; Misiunas/Taagepera, The Baltic States, Kapitel 7.

<sup>441</sup> Levits, Lettland, S. 16.

übernahmen die Letztgenannten doch von dieser kleinen Gruppe ihre Anliegen in abgeschwächter Form sowie die Argumentationsmuster mit dem universell geltenden Prinzipien des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die zentralen Inhalte von „Helsinki-86“ und die Wahrnehmung der KSZE als eine Appellinstanz zur Unterstützung der baltischen Souveränitätsbestrebungen setzten sich in den Volksfrontbewegungen Lettlands, Estlands und Litauens fort.

## 4.2 Die Volksfrontbewegungen: Ziele, Strategien und Folgen

Über 3500 Vertreter kultureller und politischer Gruppen tagten am 1. und 2. Oktober 1988 in der Stadthalle von Tallin (Estland) und gaben die Gründung der ersten Volksfront der Sowjetunion, *Eestimaa Rahvarinne*, bekannt. Nur eine Woche später, am 8. und 10. Oktober, fand der Gründungskongress der Volksfront Lettlands, *Latvijas Tautas Fronte*, statt. Am 22./23. Oktober wurde auch die Volksfront Litauens, *Lietuvos Persitvarkymo Sąjūdis*, bekannt als *Sąjūdis* (im Folgenden: Sąjūdis) gegründet. Die Gründungskongresse waren die Höhepunkte einer Entwicklung, die wie oben geschildert, 1987 einsetzte und von den Diskussionen über den Hitler-Stalin-Pakt, die Migrations- und Sprachenproblematik, die Umweltzerstörungen und die Wirtschaftsentwicklung getragen wurde. Ab dem Sommer 1988 waren es die genannten Fronten, die den nationalen Diskurs formten, ihn bestimmten und das Verständnis von der „Souveränität“<sup>442</sup> der Republiken mit neuem Inhalt füllten. Was waren dabei ihre Ziele und welchen Argumentationsmustern folgten sie? Wie veränderten sie sich im Diskurs des Nationalen und mit welchen Folgen für die Partei und das Staatsgefüge der Sowjetunion als Ganzes?

In **Estland** konnte sich der nationale Widerstand von Anfang an auf zahlreiche Intellektuelle stützen und wurde von kritischen Auseinandersetzungen über den damaligen, der estnischen Sprache nicht mächtigen, Parteichef Karl Vaino begleitet. Bereits Anfang April 1988 regte Edgar Savisaar, der zusammen mit anderen Wissenschaftlern für das Prinzip der „Selbstfinanzierung der Republik“ (IME) eintrat, im estnischen Fernsehen die Gründung einer Volksfront an.<sup>443</sup> Die bald

<sup>442</sup> Der Begriff „Souveränität“ hatte mehrere Bedeutungen und wurde im fortschreitenden Diskurs des Nationalen umso mehr ausgeweitet, je stärker sich die nationale Bewegung radikalisierte. Zu den vielen politischen Aspekten des Begriffs siehe: Walker, Edward W.: *Dissolution. Sovereignty and the Breakup of the Soviet Union*, Lanham 2003, vor allem S. 7–10.

<sup>443</sup> Zur Geschichte der estnischen Volksfront siehe: Brettin, Michael: *Das Scheitern eines unfreiwilligen Experiments: Die sowjetische Nationalitätenpolitik in der „Perestrojka“ (1985/87–1991) dargestellt am Beispiel Estlands*. Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 1, herausgegeben von Norbert Angermann, Hamburg 1996, S. 147–166; Kionka/Laanemäe, Estland; Ilves, Toomas: *The People's Front: the Creation of a Quasi Political Party*, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 5, 1988, S. 7–10; Kusin, Vladimir: *A Comment on the Estonian Popular Front*, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 12, 1988, S. 3–5; Hosking, *Popular movement*. Lesenswert sind auch die Erinnerungen des ersten estnischen Präsidenten, Lennart Meri. Vgl. Oplatka, Andreas: *Lennart, Meri. Ein Leben für Estland*. Dialog mit dem Präsidenten, Zürich 1999, S. 279ff.

darauf von den „progressiven“ Parteiangehörigen entworfene Erklärung und das vorläufige Programm der Volksfront basierten auf den oben erwähnten Resolutionen der Tagung der Kulturschaffenden und kündigten an, den Staatsapparat unter die Kontrolle durch das Volk stellen zu wollen. Zu den Prinzipien der offiziell noch zu gründenden Volksfront zählten soziale Demokratie und Pluralismus, politische und ökonomische Souveränität, kulturelle Autonomie und der Schutz der Menschenrechte.<sup>444</sup> Gedacht war zunächst an eine Dachorganisation für die Vielzahl der informellen Vereinigungen, die sich jedoch nicht als Opposition zur herrschenden KP, sondern als Unterstützung von deren reformistischem Kurs verstehen wollte.

Die Idee von der Volksfrontbewegung verbreitete sich wie ein Lauffeuer im ganzen Baltikum. Allein in Tartu registrierte die estnische Volksfront innerhalb von wenigen Tagen bereits 2000–3000 Mitglieder.<sup>445</sup> Schon im Mai gab es 1500 Stützpunkte der Volksfront. Im Juni organisierte sie anlässlich der XIX. Unionsparteikonferenz und der Delegiertenwahl ihre erste große Kundgebung auf dem Sängerfeld in Tallinn, auf welcher die Souveränität der Republik eingefordert wurde und welche unter der Bezeichnung „die singende Revolution“ in die Geschichte Estlands einging. „Was das war, lässt sich beinahe nicht schildern“, erinnert sich der ehemalige estnische Präsident, Lennart Meri:

„Abertausende von Menschen sassen da, hörten zu und sangen mit, und das ganze Feld war übersät mit den blau-schwarz-weißen estnischen Nationalflaggen. Das Fest zog sich vom Sommerabend zum Sommerabend immer weiter, und Abend für Abend strömten mehr und mehr Menschen herbei, die Menge wuchs Tag für Tag lawinenartig an, und das dauerte wohl zwei Wochen.“<sup>446</sup>

Am 10. Juni sollen an die 70 000 Esten an einem Sängerfest teilgenommen haben. Am 14. Juni gedachten Zehntausende in Tartu und Tallinn der im Jahr 1941 deportierten Esten und forderten die Freilassung von politischen Gefangenen.<sup>447</sup>

Unter dem wachsenden Druck setzte das ZK der estnischen KP am 16. Juni 1988 den unbeliebten Karl Vaino ab, dessen Stelle der reformbewusste und gebürtige Este Vaino Väljas übernahm.<sup>448</sup> Er signalisierte umgehend seine Unterstützung für die Idee einer Volksfront, indem er einige Forderungen der noch zu gründenden Organisation – die Ideen einer regionalen Wirtschaftsautonomie und den Vorschlag eines neuen, die „Souveränität der Republiken“ sicherstellenden Abkommens der Unionsrepubliken – in die Plattform der estnischen Delegierten für die XIX. Unionsparteikonferenz übernahm.<sup>449</sup> Dass die Partei von Anfang an hinter dem Programm der estnischen Front stand, zeigten darüber hinaus die personellen Querverbindungen zwischen der KP und der Nationalbewegung

<sup>444</sup> Ilves, *The People's Front*, S. 7.

<sup>445</sup> Hosking, *Popular Movement*, S. 185.

<sup>446</sup> Meri, *Ein Leben*, S. 280.

<sup>447</sup> *Vesti iz SSSR*, 1988: 11–2; Brettin, *Das Scheitern*, S. 152.

<sup>448</sup> Ilves, *Toomas: Party First Secretary Replaced by Native Estonian*, in: *RFE/RL Baltic Area*, SR, Nr. 7, 1988, S. 3–6.

<sup>449</sup> Hosking, *Popular Movement*, S. 185.



sowie symbolische Auftritte Väljas, etwa auf dem Festival „Estlands Lied 1988“, das zu einer Großkundgebung der Volksfront wurde. Drei Wochen später fand schließlich in der Stadthalle zu Tallin die formelle Gründung der Volksfront statt, ein Ereignis, an dem auch Vaino Väljas mit einem offiziellen Auftritt teilnahm.<sup>450</sup>

Zum damaligen Zeitpunkt zählte die Volksfront nach eigenen Angaben 65 000 aktive Mitglieder und über 200 000 Sympathisanten, davon 22% Kommunisten.<sup>451</sup> Der Gründungskongress wählte einen siebenköpfigen Vorstand und verabschiedete eine Charta, in der sich die *Rahvarinne* zum „politischen Pluralismus als wesentliche Stütze der Demokratie“ bekannte sowie ein Programm, welches im Rahmen des Reformkommunismus gehalten wurde und ausdrücklich von einer „Souveränität innerhalb der sowjetischen Föderation“ sprach. Das Recht auf Selbstbestimmung implizierte zwar noch nicht den Austritt aus der Union, jedoch die Verankerung einer rechtlichen Garantie darauf in einem neuen Unionsvertrag, die Wirtschaftsautonomie sowie die Aufwertung des Estnischen zur offiziellen Staatssprache und die Einführung der estnischen Staatsbürgerschaft.<sup>452</sup> Die im Programm formulierten Ziele lauteten: „die Erlangung der wirklichen politischen Selbstständigkeit der Estnischen SSR“, „die Umwandlung der UdSSR von einem formalföderativen Staat in eine konföderative Union wirklich souveräner Staaten“, „die Dezentralisierung der Macht und die Übergabe der nötigen Machtbefugnisse an Städte, Bezirke, Behörden und Unternehmen“.<sup>453</sup> Sie waren von den Forderungen der lettischen „Helsinki-86“, die zu diesem Zeitpunkt noch nicht konsensfähig waren, weit entfernt, und stellten, wie Edgar Savisaar das Programm in seinem Schlusswort auf dem Kongress bezeichnete, den „Mittelweg“<sup>454</sup> dar. Doch galten sie zu dem Zeitpunkt bereits als sehr gewagt, denn sie hinterfragten die Union der Sowjetrepubliken in ihrer bestehenden Organisationsform.

Das Dokument der estnischen Volksfront bestand im Wesentlichen aus drei Komponenten und, wie der Historiker Uwe Halbach zutreffend bemerkte, stimmte weitgehend mit den Programmen der bald darauf gegründeten Volksfronten in Lettland und Litauen überein.<sup>455</sup> Es begann erstens mit einer Bestandsaufnahme, die dem „administrativen Sozialismus“ eine „Krise“ bescheinigte und schlussfolgerte, dass nur eine gesamtgesellschaftliche Bewegung von unten (wie die Volksfront) den begonnenen Umgestaltungsprozess „unumkehrbar machen“ und die Perestroika gegen konservative Reaktionen absichern könne. Zweitens beinhaltete

<sup>450</sup> Materialien des Kongresses mit den Reden, Resolutionen und dem Programm der Volksfront sind im folgenden Band zusammengetragen: *Narodnyj kongress. Sbornik materialov kongressa Narodnogo Fronta Ėstonii. 1-2 Oktjabrja 1988 g.*, Tallin 1989; zu dem Kongress mit der Zusammenfassung einiger Redebeiträge siehe auch die Zeitung der estnischen Volksfront *Vestnik narodnogo fronta*, Nr. 11, 1988.

<sup>451</sup> Angaben nach Butenschön, Estland, S. 44.

<sup>452</sup> Vgl. die Stellungnahme der Volksfront zur Frage der Selbstbestimmung in: *Vestnik narodnogo fronta*, Nr. 8, 1988, S. 2, sowie die Charta und das Programm der Volksfront in: *Narodnyj kongress*, S. 161–187.

<sup>453</sup> Vgl. *Narodnyj kongress*, Zitate auf S. 171 f.

<sup>454</sup> *Narodnyj kongress*, S. 157.

<sup>455</sup> Halbach, Brisanz, S. 134.

das Programm die genannten Souveränitätsansprüche Estlands gegenüber der Union sowie drittens konkrete nationalitätenpolitische Forderungen, welche darauf gerichtet waren, den Status der Titularnation in der eigenen Republik zum Besseren zu ändern: Migrationsstopp, die Aufwertung der Nationalsprache im öffentlichen Leben, die Wiedereinführung der nationalen Symbolik, die Verurteilung der bisherigen Assimilationspolitik und der „Aufdrängung gemischtnationaler Kollektive, gemischter Kindergärten, Schulen usw.“; die die „patriotischen Gefühle der Menschen“<sup>456</sup> entstellt hätten. Darüber hinaus forderte die estnische Volksfront eine „objektive Neubewertung der Geschichte“, die Verurteilung der Repressionen gegen das estnische Volk in der Stalinzeit als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ sowie eine „offizielle Anerkennung der Tatsache, dass die Inkorporation der Estnischen Republik in die UdSSR ohne Beachtung der Mehrheitsmeinung des estnischen Volkes erfolgte.“<sup>457</sup> Die Forderung nach der Aufarbeitung der Umstände des Eintritts aller drei Republiken in den sowjetischen Staatsverband bildete auch einen Schwerpunkt der noch zu bildenden Volksfronten in Lettland und Litauen. Eine weitere Gemeinsamkeit aller drei Volksfrontenbewegungen war ihre stete Bezugnahme auf das von Gorbachev postulierte Primat der allgemeinmenschlichen Werte, die Betonung der anzustrebenden Rechtsstaatlichkeit und der Schutz der Menschenrechte. So stand im Programm der *Rahvarinne*: „Das ideelle und ethische Fundament der Volksfront bilden die allgemeinmenschlichen Werte, Demokratie und Pluralismus, soziale Gerechtigkeit, Internationalismus, Anerkennung der Souveränität aller Völker und der Schutz der Menschenrechte.“<sup>458</sup> Dabei lässt sich sowohl aus der Programmatik der Volksfronten als auch aus den einzelnen Redebeiträgen des estnischen Kongresses erschließen, dass die Menschenrechte im Baltikum bereits 1988 zum integralen Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses geworden waren, wobei das international verbriefte Recht auf Selbstbestimmung dominierte. Forderungen nach dem Schutz des Individuums vor den Eingriffen des Staates, nach Abschaffung der berüchtigten Paragraphen des Strafgesetzbuches, nach Freilassung und Rehabilitierung aller politischen Gefangenen, nach rechtlichen Garantien bürgerlicher Rechte und persönlicher Freiheiten, des Rechts auf die Gewissens- und Religions-, Meinungs- und Presse-, Reise- und Versammlungsfreiheit und das Bekenntnis zu dem liberalen Menschenrechtsbild waren in allen drei Nationalbewegungen zu vernehmen und sogar in den jeweiligen kommunistischen Parteien konsensfähig.<sup>459</sup>

<sup>456</sup> Narodnyj kongress, S. 176.

<sup>457</sup> Vgl. Narodnyj kongress, insbesondere Teil IV und VII des Programms. Die Thematik der Neubewertung der Geschichte und insbesondere der Verurteilung der Stalin-Verbrecher war in zahlreichen Redebeiträgen auf dem Kongress zentral und der Gegenstand der verabschiedeten Resolutionen. Ebd., S. 199, 209–212.

<sup>458</sup> Narodnyj kongress, Zitat auf S. 172.

<sup>459</sup> Vgl. jeweils die Programme aller drei Volksfronten, die den Menschenrechten einen separaten Programmpunkt widmeten. Für Estland: Narodnyj kongress, Teil VII; für Litauen: Obščaja programma Litovskogo dviženija za perestrojku. Prinjata na Učreditel'nom s'ezde Litovskogo dvižeija za perestrojku 23 oktjabrja 1988 g., Vil'nius 1989, in: FSO, F. 54, hier Teil

Nach der Gründung der estnischen Volksfront war Estland auch die erste Republik, die ihre durch die Verfassung garantierte Eigenständigkeit in einem Verfassungskonflikt mit der Union in Anspruch nahm. Der Auslöser der Konfrontation waren Michail Gorbachev und seine infolge der XIX. Unionsparteikonferenz geplanten Verfassungsänderungen, die eine weitere Zentralisierung des Einheitsstaates der UdSSR beinhalteten.<sup>460</sup> Dem Entwurf zufolge sollte der neu zu wählende Volksdeputiertenkongress das Recht erhalten, über den Bestand der UdSSR zu entscheiden, während die Erweiterung der Kompetenzen des Obersten Sowjets zugleich die Eigenständigkeit der Unionsrepubliken einschränkte. Binnen kürzester Zeit wurden in Estland 960 428 Unterschriften gegen diese geplante Verfassungsänderung gesammelt.<sup>461</sup> Auch versuchte eine estnische Delegation ihre Bedenken in Moskau vorzutragen. Am 16. November 1988 reagierte schließlich der Oberste Sowjet Estlands. An diesem Tag proklamierte er unter Berufung auf die durch die Sowjetunion ratifizierten Normen des internationalen Rechts und des darin verankerten Selbstbestimmungsrechts der Völker die Souveränität der Estnischen SSR und sprach sich ein Vetorecht gegen alle Unionsgesetze zu. In einem Verfassungsänderungsgesetz wurde das Alleineigentum der Estnischen SSR an Boden, Bodenschätzen, Luftraum und Gewässern festgelegt sowie das Privateigentum zugelassen. Zugleich forderte es den Obersten Sowjet der UdSSR auf, einen neuen Unionsvertrag auszuarbeiten.<sup>462</sup> Die Reaktion von Moskau auf diesen Alleingang war das Dekret vom 22. November, in welchem ein großer Teil der von Estland beschlossenen Verfassungsänderungen für ungültig erklärt wurde. Der estnische Oberste Sowjet nahm dieses lediglich „zur Kenntnis“. Mit diesem Verfassungsstreit wurde eine Patt-Situation geschaffen, für deren Lösung die Union kein zuständiges Organ vorsah. Er löste eine Radikalisierung des nationalen Diskurses in allen drei baltischen Republiken aus. Eine Reihe neuer Gesetze, welche Estlands rechtliche Emanzipation vom Zentrum zum Inhalt hatten, wurde bald darauf verabschiedet. Der Oberste Sowjet in Tallin beschloss bereits Anfang Dezember 1988 die konstitutionelle Verankerung des Estnischen als Staatssprache, verbot die Ansiedlung weiterer Industriebetriebe in Nordost-Estland und forderte den Obersten Sowjet der UdSSR auf, Stalins Verbrechen zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu erklären. Am 24. Februar 1989 feierte Estland zum ersten Mal offiziell den 71. Jahrestag seiner Unabhängigkeit.<sup>463</sup> Zeitgleich kam es zu Aufrufen der radikalen Oppositionsgruppen, Staatsbürgerkomitees zu gründen und sich in Abgrenzung zu den Zugewanderten und in Estland stationierten Sowjettruppen

III; zu Lettland: *Narodnyj Front Latvii* (Hrsg.): *Programma Narodnogo Fronta Latvii*, Riga 1988, hier Teil III.

<sup>460</sup> Zur XIX. Parteikonferenz siehe nächstes Kapitel.

<sup>461</sup> Die Zahl nach Butenschön, Estland, S. 49.

<sup>462</sup> Text: Deklaration des Obersten Sowjets Estlands über die Souveränität der Estnischen SSR vom 16. November 1988, in: Meissner, *Die Baltischen Nationen*, S. 384. Ausführlich zu dem Konflikt siehe: Uibopuu, Estland, S. 122–126; Butenschön, Estland, S. 47–55.

<sup>463</sup> Hierfür wie für das Folgende: Uibopuu, Estland; Altrichter, *Russland*, S. 229–233; Butenschön, Estland, S. 47–64.

als Bürger der Republik Estland zu registrieren. Unter Einfluss dieser Stimmen radikalisierte sich auch die Politik der Volksfront. War Anfang 1989 noch von einer politischen und wirtschaftlichen Souveränität im Rahmen eines sowjetischen Bundesstaates die Rede, strebte man nur wenige Monate später eine Umwandlung der Sowjetunion in einen Staatenbund an, dem das Baltikum als eine eigenständige politische Einheit angehören würde.<sup>464</sup> Anfang Juli forderte die Volksfront vom Obersten Sowjet der ESSR die Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Estlands. Im neuen Programm vom Oktober 1989 erklärte sie Estland zu einem „besetzten Land“ und verlangte nach einem Referendum zur Frage der Unabhängigkeit des Landes. Die in dieser Zeit durch eine von der estnischen Akademie der Wissenschaften eingesetzte Kommission getroffene Qualifizierung der geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt als völkerrechtswidrig beschleunigte die weitere Entwicklung in Estland.<sup>465</sup> Am 12. November 1989 erklärte der Oberste Sowjet Estlands die „Wahlen“ von 1940 als unvereinbar mit der Verfassung von 1938 und daher diese sowie alle rechtlichen Akte aus dem Jahr 1940, einschließlich der Beitrittserklärung Estlands zur UdSSR vom 22. 7. 1940, für ungültig. Fünf Tage später wurde ein Wahlgesetz zum Obersten Sowjet verabschiedet, welches das Wahlrecht an die Aufenthaltsdauer in Estland band.

Die EKP verlor unterdessen immer mehr an Autorität und Bedeutung in der Bevölkerung. Diesen Vertrauensverlust offenbarten die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress der UdSSR im März 1989. In Estland siegten 18 von insgesamt 21 von der Volksfront unterstützten Kandidaten.<sup>466</sup> Im Januar 1990 waren schließlich nur noch 2% der Esten und 19% der Nicht-Esten bereit, die KP zu wählen.<sup>467</sup> Doch nach den Wahlen zum Obersten Sowjet der Republik am 18. März 1990 begann auch die estnische Volksfront an Bedeutung zu verlieren. Ihre gesellschaftliche Monopolstellung musste sie an eine Vielzahl neuer Gruppen abtreten.<sup>468</sup> Damit war aber eines ihrer Hauptziele, die „Erhöhung des Niveaus des Bewusst-

<sup>464</sup> Ebd., S. 60 ff.

<sup>465</sup> Zu einem ähnlichen Ergebnis kam eine Kommission des Obersten Sowjet Litauens und schließlich zur Verurteilung der geheimen Protokolle durch die speziell hierfür eingesetzte Kommission des Volksdeputiertenkongresses. Dazu mehr: Altrichter, Russland, S. 279–290; Butenschön, Estland, S. 289–300.

<sup>466</sup> Bungs, Dzintra: A Victory for the Reformers in Estonia and Latvia, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 4, 1989, S. 3–6.

<sup>467</sup> Butenschön, Estland, S. 69.

<sup>468</sup> Ende 1989 bestand die politische Landschaft Estlands hauptsächlich aus vier Strömungen. Die radikale war durch Verfechter der sofortigen Unabhängigkeit Estlands wie die „Estnische Gesellschaft für Denkmalpflege“, die „Partei der nationalen Unabhängigkeit Estlands“ oder die „Estnische Christliche Union“ vertreten, die Träger des Estnischen Kongresses bzw. der Bürgerkomitees waren. Die zweite Strömung stellte die Volksfront dar, in der ehemalige Mitglieder der KP eine führende Rolle spielten. Die dritte Richtung nannte sich „Freies Estland“, wurde ebenfalls von ehemaligen und eher als konservativ geltenden Mitgliedern der KP beherrscht und trat zurückhaltend für eine Unabhängigkeit innerhalb der Union ein. Die vierte Gruppierung stellte die Interbewegung dar, die sich als Reaktion auf die Volksfront hauptsächlich der russischsprachigen Migrantengruppen gebildet hatte und ein Sammelbecken orthodoxer Kommunisten war. Dazu mehr bei: Uibopuu, Estland; Butenschön, Estland, S. 65–82.

seins, der politischen Kultur des Volkes, der Förderung der gesellschaftlichen Initiative“<sup>469</sup> erreicht. Die Folge eines neuen nationalen Bewusstseins der Esten war der kompromisslose Drang nach Unabhängigkeit. Nicht mehr die Frage, ob die Unabhängigkeit Estlands wiederhergestellt werden solle, bestimmte zunehmend den Diskurs des Nationalen, sondern mit welchen Mitteln dies zu erreichen sei: Auf dem langen Weg des Aushandelns unter Einhaltung der sowjetischen Rechtsnormen oder auf dem konfliktträchtigen Weg des Völkerrechts, wonach Estland durch die Sowjetunion völkerrechtswidrig annektiert worden sei und daher nur der aus Sicht des Völkerrechts legitime Boykott aller sowjetischer Institutionen, zu dem die Bürgerkomitees aufriefen, Moskau zum Einlenken zwingen könne. Berief man sich 1987/1988 noch auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker, so rückte das Argument der Verletzung völkerrechtlicher Normen, in dem Fall der Enthaltung von der Androhung oder Anwendung von Gewalt (Prinzip II der Schlussakte), der Beachtung der Unverletzbarkeit der Grenzen (Prinzip III) und der Territorialen Integrität der Staaten (Prinzip IV) durch die nunmehr offen kritisierte Annexion des Baltikums durch die Sowjetunion 1940 in den Vordergrund.

Unter dem wachsenden Druck stellte sich auch die kommunistische Führung der Republik hinter die Forderungen nach Unabhängigkeit. Im März 1990 wurde von drei radikalen Gruppen – der „Estnischen Gesellschaft für Denkmalpflege“, der „Partei der nationalen Unabhängigkeit Estlands“ und der „Christlich-Demokratischen Union Estlands“ – der sogenannte Kongress von Estland [Eesti Kongress] ins Leben gerufen, der sich als einzige legale Vertretung der Bürger der Republik Estlands verstand und dem Obersten Sowjet als einem „Organ der Besatzungsmacht“ das Recht absprach, Estland zu vertreten. Die Wahl des Kongresses am 24. Februar 1990 brachte mit 98% der Wahlberechtigten eine Teilnahmequote, die alle Wahlen in der Zwischenkriegszeit und die Wahl in den Obersten Sowjet vom März übertraf.<sup>470</sup> Der Kongress verabschiedete mehrere Resolutionen und Appelle, unter anderem eine Aufforderung an die Teilnehmer des KSZE-Prozesses, die estnische Frage auf die Tagesordnung der Helsinki-II-Konferenz zu setzen.<sup>471</sup> Auch wenn es mit der Wahl des Estnischen Kongresses zu einer Doppelherrschaft und zu einem Streit zwischen ihm und dem Obersten Sowjet über deren Legitimität kam, verband doch die beiden Volksvertretungen wiederum ein Konsens darüber, dass die politische Unabhängigkeit wiederherzustellen sei. Und so bestätigte der Oberste Sowjet der Estnischen SSR am 30. März in dem Beschluss über den staatlichen Status Estlands, dass „die Okkupation der Republik Estland seitens der Union der SSR am 17. Juni 1940 die staatliche Existenz der Republik Estland de jure nicht unterbrochen hat“, dass das „Territorium der Republik Estland [...] bis heute okkupiert“ und die „Ausübung der Staatsgewalt der Union der SSR in Estland von Anfang an [...] unrechtmäßig“ seien und verkün-

<sup>469</sup> So in der ersten Satzung der Volksfront vom Oktober 1988. *Narodnyj kongress*, S. 161.

<sup>470</sup> Butenschön, Estland, S. 73–82.

<sup>471</sup> Ebd.

dete die Wiederherstellung der Republik Estland. Schließlich erklärte er eine „Übergangsperiode“, die mit der Bildung von verfassungsmäßigen Organen der Republik Estland beendet werden sollte.<sup>472</sup> Am 1. April 1990 wählte der Oberste Sowjet das führende Mitglied der Volksfront, Edgar Savisaar, zum Chef einer Übergangsregierung und am 8. Mai verabschiedete er ein Gesetz „Über die Symbolik Estlands“, das die Bezeichnung „Estnische Sozialistische Sowjetrepublik“ außer Kraft setzte und die offizielle Bezeichnung „Republik Estland“ einführte.<sup>473</sup> Damit war Estland nach Litauen, das sich bereits am 11. März 1990 für unabhängig erklärt hatte, die zweite Republik, die das Sowjetimperium ins Wanken brachte.

Mit einem ähnlichen Programm wie *Rahvarinne* konstituierte sich die **lettische** Volksfront mit über 1000 Delegierten und 2300 Unterstützungsgruppen mit rund 120 000 Mitgliedern in Riga am 8./9. Oktober 1988. An den organisatorischen Vorbereitungen waren u. a. der lettische Schriftstellerverband, die Gruppe „Helsinki-86“, die religiöse Bewegung „Wiedergeburt und Erneuerung“ und die ökologische Bewegung aktiv beteiligt. Die Volksfront genoss die Unterstützung der reformorientierten Kräfte in der KP Lettlands (ca. 30% der Delegierten waren Parteimitglieder).<sup>474</sup> Zum Vorsitzenden der Volksfront wurde Dainis Īvāns, Journalist und Mitglied der KP, der als Anführer der Protestbewegung gegen den Bau des Kraftwerkes an der Düna 1987 bekannt geworden ist, ernannt. In den Vorstand wurden außerdem Jānis Peters, Mitglied des ZK der KP Lettlands und Vorsitzender des Schriftstellerverbandes sowie der Vorsitzende der „Nationalen Unabhängigkeitsbewegung Lettlands“, Eduards Berkļavs, gewählt. Kurz zuvor war die Ablösung des Ersten Sekretärs der KP Lettlands, Boris Pugo, der zum Vorsitzenden des Parteikontrollkomitees der KPdSU berufen wurde, durch den gemäßigten Reformen Jānis Vagris erfolgt. Die Reformkommunisten Anatolijs Gorbunovs und Vilnis Edvīns Bresis übernahmen den Vorsitz des Präsidiums des Obersten Sowjets bzw. des Ministerrats in Lettland. Kurz darauf sprach sich das ZK der KP Lettlands für Lettisch als Amtssprache aus.<sup>475</sup> Die Organisatoren der Lettischen Volksfront unterstrichen den „sozialistischen Charakter“ der Bewegung, während sich in ihrem ersten Programm die allgemeindemokratischen Nahziele der gemäßigten Gruppen durchsetzten: Selbstbestimmung innerhalb der Union, Demo-

<sup>472</sup> Text: Beschluß des Obersten Rates der Estnischen SSR über den staatlichen Status Estlands vom 30. März 1990, in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 389.

<sup>473</sup> Text: Gesetz der Estnischen Sozialistischen Sowjetrepublik „über die Symbolik Estlands“ vom 8. Mai 1990, in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 389f.

<sup>474</sup> Zur lettischen Volksfront siehe: Bungs, Dzintra: Preparations for the Constituent Congress of the People's Front, in: RFE/RL Baltic Area, SR Nr. 10, 1988, S. 3f.; Ders.: The Draft Program of the People's Front of Latvia, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 11, 1988, S. 11–14; Levits, Lettland, S. 157–161; Butenschön, Estland, S. 137–146; Urdze, Lettland.

<sup>475</sup> Diesen Schritten gingen heftige Diskussionen voraus, und die angesprochenen Ereignisse stellten angesichts der starken Stellung der Konservativen innerhalb der KP Lettlands einen Kompromiss an beiden Flügeln der Partei dar. Hierzu mehr bei: Būmanis, Die KP Lettlands; Vgl. auch Bungs, Dzintra: *Perestroika* in the Latvian Communist Party, in: RFE/RL, Baltic Area, SR, Nr. 13, 1988, S. 23–26.



kratie und Rechtsstaatlichkeit, ökonomische und kulturelle Autonomie.<sup>476</sup> Die Souveränitätsvorstellungen unterschieden sich somit kaum von denen der estnischen Volksfront. Eine Vervollständigung des Bildes lieferten jedoch die Redebeiträge des Kongresses, die in lettischer und russischer Sprache in voller Länge direkt vom Rundfunk übertragen wurden und auch radikale Stimmen solcher Gruppen wie „Helsinki-86“ enthielten. Neben der Problematik der Missachtung der souveränen Rechte der Republik prägten die Forderungen nach der Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte und der Anerkennung der Annexion der Republik infolge des Hitler-Stalin-Paktes die Reden der Delegierten.<sup>477</sup>

Der Widerstand der konservativen Kräfte in der Partei auf der einen und die wachsende Popularität der radikalen Gruppen („Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Lettlands“) sowie ihrer Ideen in der Bevölkerung auf der anderen Seite haben schließlich auch Lettland veranlasst, den Kurs auf die politische Unabhängigkeit zu nehmen. Zwar meldete die KP Lettlands während des Verfassungskonflikts Estlands mit der Union noch keine Widerstände gegen die geplante Verfassungsänderung. Fast eine Million Letten reichten jedoch ihren Protest in einer Petition ein und 50 000 demonstrierten am 26. November in Riga für ein souveränes Lettland.<sup>478</sup> Erst am 28. Juli 1989 sah sich der Oberste Sowjet Lettlands unter dem Druck der Öffentlichkeit gezwungen, eine Deklaration über die Souveränität des lettischen Staates zu verabschieden. Darin wurde festgestellt, dass Lettland seine staatliche Souveränität infolge des geheimen Zusatzprotokolls des Nichtangriffspaktes vom 23. August 1939 zwischen Deutschland und der UdSSR verloren hatte. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die internationalen Normen wurde erklärt, die „reale staatliche Souveränität“<sup>479</sup> Lettlands wiederherstellen zu wollen. Zu diesem Zweck positionierte der Oberste Sowjet den Vorrang der Gesetze der Lettischen SSR vor denen der Union. Die „Souveränität“ wurde vom Obersten Sowjet jedoch genauso wenig wie in Estland oder in Litauen zu diesem Zeitpunkt mit einem Austritt aus der Union gleichgesetzt.<sup>480</sup> Das offiziell noch geltende Modell der „starken Republiken“ in der Union wurde jedoch für viele zunehmend unattraktiv, während die

<sup>476</sup> Programma Narodnogo Fronta Latvii; ergänzend siehe: Bungs, Dzintars: The Draft Program of the People's Front of Latvia, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 11, 1988, S. 11–14; Baltisches Jahrbuch 1988, S. 92–93.

<sup>477</sup> Būmanis, Die KP Lettlands, S. 56f.; Fragmente einiger Reden in Deutsch in: Baltisches Jahrbuch, 1988, S. 96–104.

<sup>478</sup> Bungs, Dzintars: Latvia in May 1989: Thinking of Independence, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 6, 1989, S. 13–16; Latvia Adopts a Compromise Position on Constitutional Changes, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 1, 1989, S. 3–7.

<sup>479</sup> Text: Deklaration des Obersten Rates der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Lettland vom 4. Mai 1990, in: Meissner, Die Baltischen, S. 385f.

<sup>480</sup> Die Volksfront war damals schon radikaler. Für einen Vergleich der Souveränitätserklärungen der drei baltischen Republiken siehe: Bungs, Dzintars: A Comparison of the Baltic Declarations of Sovereignty, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 8, 1989, S. 17–24.



Popularität der radikalen Vereinigungen die Anhängerschaft der Letten an den Souveränitätsvorstellungen *außerhalb* der Union demonstrierte.<sup>481</sup>

Diese Rechtsentwicklungen stellten wichtige Schritte auf dem Weg zur politischen Unabhängigkeit bis zur Sezession der Republik dar und waren vor allem auf die fortschrittlich orientierten Abgeordneten Lettlands zurückzuführen, die mehrheitlich (drei Viertel der gewählten Deputierten wurden der Volksfront zugerechnet) im März 1989 zum Volksdeputiertenkongress der UdSSR gewählt wurden.<sup>482</sup> Währenddessen spitzte sich die Krise innerhalb der lettischen KP zu; sie verlor zunehmend die reformorientierten Mitglieder, die nun in die neu entstandenen Gruppierungen<sup>483</sup> wechselten. Die Volksfront hingegen verdoppelte ein Jahr nach ihrer Gründung im Oktober 1988 die registrierte Mitgliedschaft und entwickelte sich zu einer ernst zu nehmenden außerparlamentarischen Opposition.<sup>484</sup> Trotz dieser Erfolge sah sie sich gezwungen, zu den radikalen Forderungen aufzuschließen. Noch im Mai 1989 erklärte sie ein „unabhängiges und demokratisches“<sup>485</sup> Lettland zu ihrem Ziel und verankerte es in dem erneuerten Programm, dessen Annahme auf dem zweiten Kongress am 7. Oktober 1989 erfolgte. Demzufolge wurde nun die „Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit Lettlands und die Schaffung einer demokratisch-parlamentarischen Republik in den Traditionen der Republik Lettland“<sup>486</sup> angestrebt. Dieser Forderung kam die lettische Parteiführung nach, als sie am 11. November ein Wahlgesetz

<sup>481</sup> Immer populärer wurde die „Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands“, die als Ziel ihrer Tätigkeit die „Wiederherstellung der unabhängigen und demokratischen Republik Lettland“ erklärte. Nach estnischem Vorbild wurde auch in Lettland die Staatsbürgerkomitee-Bewegung ins Leben gerufen. Sie forderte alle diejenigen zur Registrierung als Staatsbürger der Republik Lettlands auf, die am 17. 6. 1940, dem Tag der Besetzung der Republik Lettland durch die Sowjetarmee, Bürger der Republik Lettlands waren sowie deren Nachkommen. Genauso wie die Bürgerkomitees in Estland stritten sie dem Obersten Sowjet Lettlands seine Legitimität ab. Der 1990 schließlich gegründete Kongress von Lettland erlangte jedoch nie den Einfluss, den der Kongress von Estland vorübergehend hatte gewinnen können. Vgl. Butenschön, Estland, S. 141 ff.

<sup>482</sup> Bungs, Dzintra: A Victory for the Reformers in Estonia and Latvia, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 4, 1989, S. 3–6.

<sup>483</sup> Auch in Lettland war die politische Landschaft 1989 trotz der noch formal bestehenden Monopolstellung der KP sehr bunt. Die wichtigste oppositionelle Gruppe, die „Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands“, konnte mit breiter Öffentlichkeitswirkung im Februar ihren ersten und bereits im Mai 1989 den zweiten Kongress abhalten. Das erklärte Ziel war die „Wiederherstellung der unabhängigen und demokratischen Republik Lettland“. Aus einigen Mitgliedern der Gruppe „Helsinki-86“ hatte sich im April 1989 die „Partei der Wiedergeburt Lettlands“ gegründet. Im Juli 1989 kam es zur Neugründung der einst verbotenen „Lettischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei“. Im September 1989 wurde die „Republikanische Partei Lettlands“, im Januar 1990 die „Grüne Partei Lettlands“ und die „Liberale Partei“ gegründet. Vgl. Levits, Lettland, S. 169f.

<sup>484</sup> Butenschön, Estland, S. 138.

<sup>485</sup> Der Appell auf Englisch in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 6, 1989, S. 11f.; vgl. auch Bungs, Dzintra: Latvia in May 1989: Thinking of Independence, in: Ebd., S. 13–16.

<sup>486</sup> Zitiert nach Butenschön, Estland, S. 145; vgl. die Eröffnungsrede von Dainis Ivāns: Eröffnungsrede auf dem 2. Kongress der Volksfront Lettlands, am 7. 10. 1989, in: Baltisches Jahrbuch 1989, S. 61–64; Levits, Lettland, S. 173f.; *Atmoda* vom 16. 10. 1989, S. 2; das neue Programm in: *Atmoda* vom 20. 11. 1989, S. 3ff.

zum Obersten Sowjet der Lettischen SSR verabschiedete, das passive Wahlrecht an die Aufenthaltsdauer band, das Recht auf Wehrdienstverweigerung aus pazifistischen und religiösen Überzeugungen in der Verfassung verankerte und den 18. November zum offiziellen Unabhängigkeitstag (in Erinnerung an die Unabhängigkeitserklärung von 1918) bestimmte. An diesem Tag folgten auch der Vorsitzende des Präsidiums des Lettischen Obersten Sowjets, Anatolij Gorbunovs, sowie der Erste Parteisekretär, Jānis Vagris, zusammen mit fast der Hälfte des lettischen Volkes einem Aufruf der Volksfront zu einer Großkundgebung an der Düna.<sup>487</sup>

Auch wenn die Parteiführung in Lettland anders als in Estland und Litauen den Entwicklungen hinterherlief, strebte man seit Anfang 1990 auch hier ein unabhängiges Lettland an. Genauso wie in Estland wurde jedoch darüber gestritten, wie das zu erreichen sei: Über den evolutionären „parlamentarischen Weg“ oder den von Bürgerkomitees und anderen radikalen Gruppierungen propagierten revolutionären Weg des Völkerrechts, demzufolge Lettland niemals Bestandteil des sowjetischen Staates gewesen war und seine Unabhängigkeit *de jure* nie verloren habe.<sup>488</sup> Der „Deklaration über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Lettland“ vom 4. Mai 1990, in welcher der neu gewählte Oberste Sowjet der Lettischen SSR die Inkorporation Lettlands in die UdSSR als „völkerrechtliches Verbrechen“ bezeichnete und die Priorität des Völkerrechts vor den staatsrechtlichen Normen anerkannte, lag dann das völkerrechtliche Konzept zu Grunde.<sup>489</sup> Sie setzte Teile der demokratischen Verfassung von 1922 in Kraft, darunter Artikel 1, demzufolge Lettland eine „unabhängige demokratische Republik“ ist. Es wurde wie in Estland eine Übergangszeit ausgerufen, in der die Unabhängigkeit durch die Wahl des neuen Parlaments auf Grundlage der Verfassung von 1922 wiederhergestellt werden sollte. Am 7. Mai trat die Regierung der Lettischen Unionsrepublik unter dem reformkommunistischen Ministerpräsidenten Vilnis Edvīns Brešis zurück. Zum ersten Ministerpräsidenten der wiederhergestellten Republik Lettland wurde der stellvertretende Vorsitzende der Volksfront, Ivars Godmanis, gewählt. Die lettische Volksfront stellte auch einen Teil der Mitglieder in der neuen Regierung.

Die gleichen Konfliktlinien wie in Estland und in Lettland standen im Vordergrund der **litauischen** Öffentlichkeit, als am 22./23. Oktober in Wilna der Gründungskongress der litauischen „Volksfront“<sup>490</sup> Sajudis abgehalten wurde. Anders

<sup>487</sup> Butenschön, Estland, S. 145ff.; Altrichter, Russland, S. 277.

<sup>488</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Levits, Lettland, S. 177ff.; Die Diskussionen über die Richtigkeit des weiteren Weges zur Unabhängigkeit wurden sehr intensiv in der Zeitschrift der lettischen Volksfront, der *Atmoda*, geführt.

<sup>489</sup> Deklaration des Obersten Rates der Lettischen Sozialistischen Sowjetrepublik über die Wiederherstellung der Unabhängigkeit der Republik Lettland vom 4. Mai 1990, in: Meissner, Die Baltischen Staaten, S. 390ff.; vgl. hierzu: Levits, Lettland, S. 182ff.

<sup>490</sup> Im Fall Litauens hat man allerdings die Bezeichnung „Volksfront“ explizit vermieden. Vielmehr sprach man von der „litauischen Bewegung für die Perestroika“. De facto stellte sie jedoch auch eine Volksfront dar und wurde als solche in den Nachbarrepubliken bzw. vom Kreml wahrgenommen.

aber als in den Nachbarrepubliken fanden die Vorbereitungen zu dem Kongress *gegen* den Willen der heimischen Parteiführung statt.<sup>491</sup> Denn erst zwei Tage vor dem Gründungskongress der Sajudis wurde der erste Sekretär der KP Litauens, Ringaudas Songaila, nach seinem Einsatz der Sicherheitskräfte bei der Räumung einer Gruppe von Hungerstreikenden vom Gedeminas-Platz durch das reformorientierte Mitglied des ZK, Algirdas Brazauskas, ersetzt.<sup>492</sup> Der neue Erste Parteisekretär trat dann auch als einer der 1100 Delegierten auf dem Kongress auf, ging jedoch in seinen Ausführungen über das „Leninsche Prinzip des Föderalismus“ in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker nicht hinaus. Das verabschiedete Programm von Sajudis ähnelte somit auch dem der estnischen oder der lettischen Volksfront, während das darin erwähnte Recht auf Selbstbestimmung noch nicht die Ablösung von der Union, sondern Souveränität auf den Gebieten von Wirtschaft, Kultur, Technologie und Wissenschaft sowie eine „Erneuerung“ der litauischen Nation durch eine neue Nationalitätenpolitik meinte.<sup>493</sup>

Doch schon bald kam es zu einer neuen Kraftprobe zwischen der Partei und der Volksfront, nach der auch Sajudis ihre Zielsetzungen radikalisierte. Wie die lettische KP demonstrierte die litauische Parteiführung Moskau nach der Souveränitätserklärung Estlands die Treue, während Sajudis daran gelegen war, Estlands Alleingang zu unterstützen. Der „Sajudis-Seimas“<sup>494</sup> verabschiedete entgegen Brazauskas' Einwänden eine „moralische“ Unabhängigkeitserklärung, in welcher zum ersten Mal der Terminus „Unabhängigkeit“ auftauchte.<sup>495</sup> Die Volksfront sammelte eine Liste mit 1,8 Millionen Unterschriften gegen die von Gorbachev geplante Verfassungsänderung und erklärte Anfang 1989 ein „freies, demokratisches und neutrales Litauen in einem entmilitarisierten Baltikum“ zu ihrem Ziel.<sup>496</sup> Die vorübergehenden Versuche der Parteiführung, die Bewegung durch Zensur ihrer Publikationen oder Sperrung der Bankkonten unter Druck zu setzen, hatten wenig Erfolg. Sie trugen umso mehr zur Radikalisierung der Gesellschaft und dem Erfolg der Volksfront bei. Nach den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989, in deren Folge 36 von 42 Mandaten auf Sajudis-Kandidaten entfielen, und die KP Litauens eine vernichtende Niederlage erlitt, war Algirdas Brazauskas gezwungen, eine Kurskorrektur seiner Partei vorzunehmen.<sup>497</sup> Bald darauf wurde er zum Ersten Parteichef im Baltikum, der einen

<sup>491</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Butenschön, Estland, S. 230–241.

<sup>492</sup> Girnius, Saulius: A New Party First Secretary: Algirdas Brazauskas, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 12, 1988, S. 19–21.

<sup>493</sup> Obščaja programma Litovskogo dviženija za Perestrojku.

<sup>494</sup> So hieß das auf dem Gründungskongress der Sajudis gewählte Parlament, der sog. „Sajudis-Seimas“.

<sup>495</sup> Butenschön, Estland, S. 237; vgl. auch die Diskussion dazu in dem Bulletin von Sajudis, *Vozroždenie*, Nr. 9, 1988.

<sup>496</sup> Butenschön, Estland, S. 238.

<sup>497</sup> Girnius, Saulius: Sajudis Candidates Sweep Elections, in: RFE/RL Baltic Area, SR, Nr. 4, 1989, S. 19–21; Ders.: Preliminary Results of Run-Off Elections, in: Ebd., S. 23–24; Girnius, Kestutis: Lithuanian Communist Party in a Quandary, in: Ebd., S. 25–29; interessant ist in

Bruch mit der KPdSU vollzog. Und Litauen war das erste Land, welches das Mehrparteiensystem am 7. Dezember 1989 einführte.<sup>498</sup>

Der Erfolg der Sajudis bestand nicht nur darin, dass sie den Diskurs des Nationalen in Litauen stärker bestimmte, sondern, dass es ihr (anders als den Schwesterorganisationen in Estland oder Lettland) relativ schnell gelang, die KP Litauens zu „sajudisieren“.<sup>499</sup> Auf Druck der Sajudis nahm die neue Parteiführung unter Brazauskas zunehmend Abstand von den konservativ-stalinistischen Kräften innerhalb der eigenen Partei und ging auf einen Konfrontationskurs mit Moskau. Als erste unter den baltischen Republiken schlug Litauen den konfliktträchtigen Weg der Erklärung der Unabhängigkeit auf der Basis des Völkerrechts ein. Nachdem der Oberste Sowjet in Wilna bereits am 18. Mai 1989 bei zwei Gegenstimmen und drei Enthaltungen eine Deklaration „Über die Souveränität Litauens“<sup>500</sup> verabschiedet hatte, in der der Anschluss an die UdSSR erstmals offiziell als „gewaltsam und widerrechtlich“ bezeichnet und die Gültigkeit der Gesetze von der Zustimmung des Litauischen Obersten Sowjets abhängig gemacht worden war, strich er im Dezember 1989 das Führungsmonopol der KP aus der Verfassung. Auf dem ZK-Plenum am 19. und 20. Februar 1990 wurde die Partei konkreter: Sie erklärte die „Wiederherstellung eines unabhängigen litauischen Staates und die Garantie seiner internationalen Anerkennung“<sup>501</sup> zum Hauptziel. Trotz dieser Erklärung musste die Partei bei den Wahlen des neuen Obersten Sowjets am 24. Februar 1990 eine vernichtende Niederlage einstecken. Die von Sajudis unterstützten Kandidaten, deren Hauptwahlkampfthema die Unabhängigkeit Litauens von der Union war, gewannen dagegen in den ersten Mehrparteienwahlen der Sowjetunion 72 von 141 Mandaten.<sup>502</sup> Anders als in Tallin und Riga, wo Arnold Rüütel und Anatolijs Gorbunovs wieder als Parlamentspräsidenten gewählt wurden, unterlag Algirdas Brazauskas dem Sajudis-Vorsitzenden Vytautas Landsbergis und wurde zum Vizepremier in der neuen Koalitionsregierung der Ministerpräsidentin Kazimiera Prunskienė, die ebenfalls von der Sajudis kam. In Sorge um Gorbachevs politischen Kurs, der die weiteren Schritte zur Unabhängigkeit blockieren könnte – schließlich hatte Moskau noch vor der konstituierenden Sitzung des neuen Obersten Sowjets in Wilna vor einer Unabhängigkeitserklärung gewarnt – beschloss das litauische Parlament bereits am 11. März mit 124 Ja-Stimmen und 6 Enthaltungen die „Wiederherstellung der 1940 durch eine fremde

diesem Zusammenhang auch die persönliche Sicht von Algirdas Brazauskas: Ders.: *Razvod po-litovski*, Wilna 1993.

<sup>498</sup> Mehr dazu: Altrichter, *Russland*, S. 273 ff.; Butenschön, *Estland*, S. 253–264.

<sup>499</sup> Butenschön, *Estland*, S. 238.

<sup>500</sup> Text: Deklaration des Obersten Sowjets der Litauischen SSR „Über die Souveränität Litauens“ vom 18. Mai 1989, in: Meissner, *Die Baltischen Nationen*, S. 386 f.

<sup>501</sup> Zitiert nach Butenschön, *Estland*, S. 262.

<sup>502</sup> Hierfür wie für das Folgende: Girnius, Saulius: *Struggle for Independence and Recognition*, in: *Radio Liberty, Report on the USSR. A weekly publication of RFE/RL on current Soviet affairs* (künftig: RL, Report), Vol. 3, Nr. 1, 1991, S. 51–54; Butenschön, *Estland*, S. 262 ff.

Macht verletzten souveränen Rechte des litauischen Staates“.<sup>503</sup> Mit sofortiger Wirkung annullierte es die Verfassungen der Litauischen SSR (1978) und der Sowjetunion (1977) und setzte stattdessen, abgesehen von einigen Artikeln, die Verfassung des unabhängigen Litauens vom 12. Mai 1938 wieder ein.<sup>504</sup> Bemerkenswert ist, dass das Parlament in der Unabhängigkeitserklärung nicht mehr, wie in der Deklaration über die Souveränität vom 18. Mai 1989, vom Gedanken eines auf dem Selbstbestimmungsrecht der Völker beruhenden Sezessionsrechts Gebrauch machte. Um der eigenen neuen Argumentation von der Illegitimität des bisherigen Anschlusses an die UdSSR nicht zu widersprechen, begründete es diesen Schritt stattdessen mit der „Unverletzlichkeit der Grenzen, wie das in der Schlussakte der Konferenz von Helsinki über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von 1975 formuliert ist“.<sup>505</sup>

Bezog der Diskurs des Nationalen in den baltischen Republiken bis 1989 vorwiegend noch seine Legitimation aus dem Recht der Völker auf Selbstbestimmung, so setzte sich nach der offiziellen Verurteilung der Geheimprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes im Herbst 1989<sup>506</sup> eine inhaltlich neue völkerrechtliche Begründung der Sezessionsbestrebungen durch.<sup>507</sup> Den Unabhängigkeitsdeklarationen aller drei baltischen Republiken lag eine gemeinsame Logik zu Grunde, die besagte, dass es sich nicht um eine Neugründung durch Sezession vom sowjetischen Staatsverband, sondern um die Wiederherstellung der 1940 verlorenen Unabhängigkeit handele. Denn Litauen, Estland und Lettland seien niemals völkerrechtlich Bestandteile des sowjetischen Staates gewesen.<sup>508</sup> Mit dem Argument, „es handele sich völkerrechtlich gesehen nicht um innere Angelegenheiten der Sowjetunion“<sup>509</sup>, strebten zuerst die Volksfronten und dann die Regierungen der baltischen Republiken die Internationalisierung der „Baltischen Frage“ an. Der KSZE-Prozess bot ihnen dafür nicht nur die normative, sondern auch die institutionelle Grundlage oder, mit den Worten des ehemaligen estnischen Präsidenten bildhaft ausgedrückt, eine „Hintertür“, „durch die wir in das Haus der internationalen Beziehungen hineingelangen könnten“.<sup>510</sup> „Für uns Balten“, so Lennart Meri weiter, war die KSZE

<sup>503</sup> So der volle Wortlaut der Überschrift. Vgl. Vardys, Litauen, S. 243. Text der Erklärung in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 387f.

<sup>504</sup> Text: Gesetz der Litauischen Republik über die Wiederherstellung der Geltung der Verfassung Litauens vom 12. Mai 1938, in: Meissner, Die Baltischen Nationen, S. 388.

<sup>505</sup> Ebd.

<sup>506</sup> Es handelte sich dabei um die Ergebnisse der von den Obersten Sowjets Lettlands, Litauens und Estlands sowie von der Estnischen Akademie der Wissenschaften und vom Deputiertenkongress der UdSSR im Herbst 1989 eingesetzten Kommissionen, in deren Beschlüssen die lang geleugnete Existenz der Geheimprotokolle zugegeben und diese als nichtig erklärt wurden. Von diesen Beschlüssen wurde die Illegitimität der Einverleibung der baltischen Staaten in den Staatsverband der UdSSR abgeleitet. Vgl. Altrichter, Russland, S. 272–290.

<sup>507</sup> Gleichwohl war diese Argumentation in dem gesellschaftlichen Diskurs schon vorher vorzufinden.

<sup>508</sup> Vgl. Levits, Lettland.

<sup>509</sup> So etwa die Begründung des Lettischen Volkes in einem offenen Brief an Michail Gorbachev und George Bush vom 18. 11., abgedruckt in: *Atmoda* vom 27. 11. 1989, S. 1.

<sup>510</sup> Meri, Ein Leben, S. 314.

„ein hervorragend geeignetes Forum und Instrument. Denn hier konnten wir Anschluss finden, Gespräche führen, Kontakte mit den einzelnen Außenministern anknüpfen, ohne dass die Verantwortlichkeit eines einzelnen Landes so spürbar tangiert worden wäre wie bei einem Besuch in einer Hauptstadt.“<sup>511</sup>

### 4.3 Die KSZE als Forum und Instrument – Internationalisierung der „Baltischen Frage“ via KSZE 1989/1991

Die Prinzipien der KSZE-Schlussakte (das Selbstbestimmungsrecht der Völker, die territoriale Integrität der Staaten, die Unverletzlichkeit der Grenzen oder der Verzicht auf Androhung und Anwendung von Gewalt) blieben als Argumente im Diskurs des Nationalen in allen drei Republiken in der Zeit ab 1989 zentral. Neu kam der Versuch hinzu, die KSZE als ein multilaterales Kommunikationsforum zu nutzen, in dessen Rahmen in regelmäßigen Abständen die „Baltische Frage“ problematisiert und ein Anerkennungsprozess der baltischen Republiken *via* westliche Staaten eingeleitet werden könnte.

Im Bewusstsein, dass ihre Ziele nur durch ein gemeinsames und koordiniertes Vorgehen zu erreichen seien, gründeten die Vertreter der drei Volksfronten bereits am 14. Mai 1989 in Tallin die „Baltische Versammlung“. In einer Erklärung formulierten sie, ausgehend vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, die „staatliche Souveränität in einem neutralen und entmilitarisierten Balto-Scandia“<sup>512</sup> zum gemeinsamen Ziel. Sie wendeten sich mit einem Appell zugleich an die Teilnehmerstaaten des KSZE-Prozesses, an den Generalsekretär der UN und an den Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets, dass diese ihre „Aufmerksamkeit auf das Bestreben [baltischer] Nationen zu Selbstbestimmung und Unabhängigkeit in einem neutralen und entmilitarisierten [...] Europa und auf die Notwendigkeit der Lösung dieses Problems auf der internationalen Ebene unter Teilnahme der bevollmächtigten Vertreter Estlands, Lettlands und Litauens“<sup>513</sup> lenken sollten. Im Mai 1990 wurde in Tallin der „Baltische Rat“ aus der Zeit zwischen 1934 und 1940 neu belebt, dessen Auftrag unter anderem in der „vollen Wiederherstellung der staatlichen Souveränität“ bestand. Inzwischen leiteten die drei Republiken ihre Unabhängigkeit aus der anerkannten Nichtigkeit der Geheimprotokolle des Hitler-Stalin-Paktes ab und befanden sich nach den Unabhängigkeitserklärungen in einem Konflikt mit Moskau. Zwar wurde von den neuen Regierungen und dem „Baltischen Rat“ weiterhin immer wieder versucht, die „Baltische Frage“ auf die Agenda des Helsinki-Prozesses zu setzen,<sup>514</sup> dieses Ziel wurde aber noch

<sup>511</sup> Ebd., S. 318.

<sup>512</sup> Deklaracija prav Baltijskich nacij, in: Baltijskaja Assambleja, Tallin 13–14 maja 1989, Tallin 1989; abgedruckt auch in: *Vozroždenije* vom 23. 5. 1989, S. 1f.

<sup>513</sup> Obraščenie predstavitelej narodnych frontov Ėstonii, Latvii i Litvy, in: Ebd.

<sup>514</sup> Bis Herbst 1990 gab es sechs Treffen des Baltischen Rates, die fast alle einen Appell an die KSZE-Staaten verabschiedeten, die „Wiederherstellung der unabhängigen Staatlichkeit“ Estlands, Litauens und Lettlands zum integralen Bestandteil des Helsinki-Prozesses zu machen. Meissner, Die Staatliche Kontinuität, S. 298ff.



durch den ausdrücklichen Wunsch nach einer Mitgliedschaft in der KSZE ergänzt.<sup>515</sup> Dahinter verbarg sich das Kalkül, durch die Aufnahme in die Organisation, deren Vollmitglieder nur souveräne Staaten sein konnten, einen schnelleren Anerkennungsprozess herbeizuführen. Die Aufnahme der baltischen Staaten in den KSZE-Prozess war auch deswegen für sie erstrebenswert, weil es auf Grund des der KSZE zu Grunde liegenden Konsensprinzips eine faktische Anerkennung durch die Sowjetunion bedeutet hätte. Die Westmächte wurden damit daran erinnert, dass sie den gewaltsamen Anschluss der baltischen Republiken an die UdSSR nie anerkannt und diese Position darüber hinaus ebenso wie die Sowjetunion im Prinzip IV (Territoriale Integrität der Staaten) der Schlussakte von Helsinki bekräftigt hatten.<sup>516</sup>

Vordergründig ging es den baltischen Staaten jedoch nicht mehr um die Bestätigung ihrer völkerrechtlichen Unabhängigkeit durch die westlichen Staaten, sondern um die Anerkennung der neu gewählten *Regierungen* durch diese sowie durch die Sowjetunion.<sup>517</sup> Obwohl die meisten westlichen Staaten die Unabhängigkeitsbemühungen der Balten unterstützten und durch den Empfang von führenden baltischen Politikern die Regierungen dort faktisch anerkannten, zögerten sie jedoch mit konkreten Schritten, um Gorbachevs Reformprozess und die im Herbst 1989 möglich gewordene Wiedervereinigung Deutschlands nicht zu gefährden.<sup>518</sup> Die größte Unterstützung kam von den skandinavischen Staaten.<sup>519</sup> Spätestens nachdem Moskau jedoch zusätzliche Truppen im März nach Litauen verlegt und im April 1990 eine Wirtschaftsblockade gegen das Land verhängt hatte,<sup>520</sup> wurde die „Baltische Frage“ zum Thema auf der zweiten KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension in Kopenhagen (5.6.–29.6.1990). Die

<sup>515</sup> So in der Erklärung zur Aufnahme in die KSZE vom Baltischen Rat, in: SZ vom 14. 5. 1990, S. 6.

<sup>516</sup> So in einer Erklärung des Baltischen Rates an die sechs Staaten, die am 12. 9. 1990 an den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen in Moskau teilnehmen sollten, in: Butenschön, Estland, S. 302; Meissner, Die Staatliche Kontinuität, S. 298 ff.

<sup>517</sup> Meissner, Die Staatliche Kontinuität, S. 302 f.; Muiznieks, Nils: The Emerging Baltic Foreign-Policy Establishments, in: RL, Report, Vol. 2, Nr. 35, 1990, S. 17–19.

<sup>518</sup> So wurde von den USA und den westeuropäischen Mächten (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich) nach der Verhängung der Wirtschaftsblockade gegen Litauen durch Moskau noch versucht, Druck auf die litauische Regierung auszuüben bzw. sie zur vorübergehenden Aussetzung der Parlamentsbeschlüsse über die Unabhängigkeit zu bewegen. Die Zurückhaltung wurde auch etwa durch die „kühlen“ Empfänge von Litauens Staatsvertretern in den USA und Frankreich demonstriert. Vgl. Vardys, Litauen, S. 253 f.; Meissner, Die Staatliche Kontinuität, S. 302–307; eine sehr gute ausführliche Darstellung der Politik westlicher Staaten gegenüber dem Baltikum in dieser Phase bietet Spohr Readman, Kristina: International Reactions to Soviet Disintegration. The Case of the Baltic States, in: Bozo/Rey/Ludlow/Nuti, Europe, S. 220–232; Dies.: Between Political Rhetoric and *Realpolitik* Calculations: Western Diplomacy and the Baltic Independence Struggle in the Cold War Endgame, in: CWH, Vol. 6, Nr. 1, 2006, S. 1–42; Grachev, From the Common European Home, S. 213.

<sup>519</sup> Meissner, Die Staatliche Kontinuität, S. 308 ff.; Spohr Readman, Between Political Rhetoric and *Realpolitik* Calculations, S. 17.

<sup>520</sup> Girnius, Saulius: Lithuania's Struggle with the USSR, in: RL, Report, Vol. 3, Nr. 5, 1991, S. 1–3; Butenschön, Estland, S. 265–286, 313–324.



KSZE-Teilnehmerstaaten erreichte zu Beginn der Konferenz erneut eine gemeinsame Erklärung des „Baltischen Rates“, dem Helsinki-Prozess beitreten zu wollen, während die nach Kopenhagen eingereisten Minister der drei baltischen Länder persönlich das Bestreben Litauens, Lettlands und Estlands zum Ausdruck brachten, zunächst als Beobachter an den Expertentreffen teilnehmen zu wollen. Diese Anträge wurden jedoch auf Moskaus Widerstand hin als nicht konsensfähig zurückgewiesen.<sup>521</sup> Die sowjetische Seite lehnte die Beteiligung der baltischen Länder am KSZE-Prozess mit der Begründung ab, diese als Teile der UdSSR bereits zu vertreten. Dennoch kehrte die Problematik auf Initiative u. a. Islands, der Niederlande, Norwegens und Luxemburgs auf die Tagesordnung des Kopenhagener Treffens zurück.<sup>522</sup> Der „Baltische Rat“ und die baltischen Staaten setzten im Herbst 1990 ihrerseits die Appelle weiter fort, ihre Länder im Helsinki-Prozess vertreten zu dürfen.<sup>523</sup> Schließlich wurden die Außenminister Lennart Meri (Estland), Jānis Jurkāns (Lettland) und Algirdas Saudargas (Litauen) von der französischen Regierung als Ehrengäste zur Gipfelkonferenz der KSZE in Paris im November 1990 eingeladen. Unter sowjetischem Druck war Frankreich allerdings gezwungen, sie wieder herauszukomplimentieren. Die Episode wurde von den baltischen Regierungen und auch von der westlichen Öffentlichkeit mit Empörung aufgenommen, verschaffte jedoch den baltischen Staaten wohl mehr Medienaufmerksamkeit als die ursprünglich vorgesehene Anwesenheit auf der Konferenz in Paris. Eine Reihe von Staats- und Regierungschefs stellte sich auf die Seite der brüskierten Balten. Der tschechoslowakische Präsident Václav Havel und der schwedische Ministerpräsident Gösta Ingvar Carlsson traten in ihren Ansprachen für die „Verwirklichung der Selbstständigkeitsbestrebungen der baltischen Nationen im Sinne der Schlussakte von Helsinki“ ein.<sup>524</sup>

Nach der bitteren Erfahrung in Paris ergänzten die Balten ihre öffentlichen Appelle an die KSZE-Signatarstaaten durch die Praxis, als Gäste von Delegationen anderer, zumeist nordeuropäischer Staaten (Island, Norwegen, Dänemark), an den öffentlichen Sitzungen der KSZE-Tagungen teilzunehmen. Nach der militärischen Intervention und dem versuchten Putsch des Zentrums in Litauen und Lettland im Januar 1991, in deren Folge insgesamt 19 Menschen umkamen, sahen sich schließlich alle Staaten außer der UdSSR veranlasst, sich dem von Österreich eingebrachten Vorschlag einer Sondertagung zur Lage im Baltikum anzuschließen.<sup>525</sup> Diese Initiative wurde jedoch durch die Sowjetunion blockiert. Damit verstieß die UdSSR gegen die kurz zuvor im November 1990 in Paris unterzeichnete Charta von Paris, welche die Einberufung von Sondersitzungen in dringli-

<sup>521</sup> Vgl. Zagorski, *Chel'sinkskij process*, S. 339 ff.; AdG 1990: 34580; hierfür wie für das Folgende siehe auch: Kionka, Riina: *The CSCE and the Baltic States*, in: RL, Report, Vol. 2, Nr. 47, 1990, S. 17–19.

<sup>522</sup> Zagorski, *Chel'sinkskij process*, S. 340 f.

<sup>523</sup> Ebd.

<sup>524</sup> Meissner, *Die Staatliche Kontinuität*, S. 313; Lange, *The Baltic States*, S. 239; Trapans, Jan Arveds: *Baltic Foreign Policy in 1990*, in: RL, Report, Vol. 3, Nr. 2, 1991, S. 15–18.

<sup>525</sup> Zagorski, *Chel'sinkskij process*, S. 391.

chen Fragen vorsah.<sup>526</sup> Einige Staaten leiteten die erste Stufe des im Schlussdokument des KSZE-Treffens in Wien vom Januar 1989 verankerten Mechanismus zur menschlichen Dimension ein, indem sie Moskau um Informationen zu dem Vorfall ersuchten.<sup>527</sup> Währenddessen bemühten sich die Vertreter der baltischen Nationen weiterhin um eine Anerkennung ihrer Regierungen im Westen, allen voran in den USA. Am 22. Januar appellierten der stellvertretende Vorsitzende des Obersten Sowjets Lettlands, Dainis Ivāns, und der Vizepräsident für Internationale Beziehungen Litauens, Bronius Kuzmickas, vor der „Amerikanischen Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ an die USA, durch die Einstellung der Wirtschaftshilfe eine Absage des anstehenden Gipfeltreffens zwischen George Bush sen. und Michail Gorbachev sowie durch öffentliche Verurteilungen der sowjetischen Reaktionen Einfluss auf Moskau zu nehmen. Zentral blieben die Bitten, eine internationale Sonderkonferenz zur „Baltischen Frage“ einzuberufen und die baltischen Staaten durch eine offizielle Anerkennung der dortigen demokratisch gewählten Regierungen zu unterstützen:

„The United States, which to this day has not recognized Latvia's, Lithuania's, and Estonia's illegal annexation and Sovietization, has a decisive role in this process. It is for this reason that we would like to see a high-level United States delegation visit the Baltic states as soon as possible.“<sup>528</sup>

Durch die Besuche von Kongressabgeordneten und Senatoren im Februar und April 1991 im Baltikum kamen die USA diesen Appellen nach. Im Mai reisten das kommissarische Staatsoberhaupt Vytautas Landsbergis (Litauen), der Ministerpräsident Ivars Godmanis (Lettland) und der Premierminister Edgar Savisaar (Estland) nach Washington, wo sie nach einer Anhörung im Kongress und Gesprächen mit Senatoren offiziell vom US-Präsidenten empfangen wurden. Vorreiter bei der rechtlichen Anerkennung waren aber Island und Dänemark. Der isländische Außenminister Jón Baldvin Hannibalsson verurteilte zusammen mit dem estnischen Außenminister Lennart Meri am 21. Januar in Tallinn die militärische Intervention der Sowjetunion im Baltikum und ermahnte Édouard Ševardnadze, die Gespräche mit den demokratisch gewählten Repräsentanten Litauens bedingungslos aufzunehmen. Am 12. Februar stimmte das isländische Parlament für die Anerkennung Litauens als unabhängiger Staat sowie für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen. Dänemark unterzeichnete ungeachtet der Moskauer Proteste mit allen drei Staaten im Februar bzw. März Kooperationsabkommen und verpflichtete sich schriftlich, die baltischen Staaten bei den Bemühungen um die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen zu unterstützen. Auch andere Staaten signalisierten mit Kreditzusagen, der Eröffnung von Konsulaten und gemeinsamen Regierungserklärungen, welche die diplomatische Anerkennung der

<sup>526</sup> Charta von Paris für ein neues Europa, <http://www.osce.org/node/39518>.

<sup>527</sup> Zagorski, *Chel'sinskij process*, S. 391.

<sup>528</sup> So Kuzmickas, in: *Implementation of the Helsinki Accords. Hearing before the Commission on Security and Cooperation in Europe. One Hundred Second Congress. First Session. Soviet Crackdown in the Baltic States. January 22, 1991*, S. 15.

baltischen Staaten zum Ausdruck brachten, ihre pro-baltische Position.<sup>529</sup> Von besonderer Bedeutung war die Unterstützung Boris El'cins, des ersten Präsidenten Russlands, der eine wachsende Herausforderung für Gorbachevs Machtstellung als Präsident der Union darstellte. Am 14. Januar 1991 unterzeichnete El'cin zusammen mit Vertretern der baltischen Republiken eine Erklärung, in der man sich einen gegenseitigen Beistand im Falle einer Aggression gegen die Souveränität der vier Republiken zusicherte.<sup>530</sup> El'cins Politik der Solidarität mit den baltischen Republiken, der Domino-Effekt des nationalen „Spill-Over“ innerhalb der UdSSR und der wachsende politisch-ökonomische Druck des Westens veranlassten schließlich den Kreml zum Kurswechsel gegenüber dem Baltikum.

Die Hoffnungen der baltischen Republiken auf eine schnelle internationale Anerkennung durch die KSZE wurden dennoch insofern enttäuscht, als Moskau bis zum Ende der Sowjetunion allen Versuchen der baltischen Staaten erbittert Widerstand leistete, ein offizieller Teilnehmer des KSZE-Prozesses zu werden. Seit Frühjahr 1991 war das Zentrum zwar bereit, mit einer Neuregelung der Beziehungen in einem neuen Unionsvertrag der „Souveränen Sowjetrepubliken“ den baltischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit ein Stück entgegenzukommen. Dieses Einlenken und der am 23. April 1991 in Gang gesetzte, unter dem Schlagwort „Novo-Ogarevo“ bekannt gewordene Einigungsprozess kamen allerdings um mindestens ein Jahr zu spät. Die inzwischen abgehaltenen Referenden in allen drei baltischen Republiken ergaben, dass die Mehrheit der Bevölkerung einschließlich der dort lebenden Russen, die den größten Widerstand gegen die baltische Nationalbewegung leisteten und von der Union als Argument gegen eine Abspaltung vorgebracht wurden, die nationalstaatliche Unabhängigkeit einer Bindung an die Union vorzog.<sup>531</sup> International waren Litauen, Estland und Lettland *de facto* und zum Teil auch *de jure* als unabhängige Staaten anerkannt, während die stete Präsenz baltischer Vertreter als Gäste anderer Delegationen auf den öffentlichen Sitzungen der KSZE-Treffen die „Baltische Frage“ zwangsläufig zu einem Teil der multilateralen Diplomatie gemacht hatte. Außerdem lösten die baltischen Staaten einen Nachahmungseffekt in den anderen Teilrepubliken der Sowjetunion aus, indem einige, dem baltischen Beispiel folgend, gleichfalls ihre internationale Anerkennung über die KSZE zu erreichen versuchten. So bekundeten 1990 die ukrainische, die armenische und die georgische Regierung das Interesse an dem KSZE-Prozess; das Gleiche behauptete Belarus getan zu haben.<sup>532</sup>

Der Zerfall der Sowjetunion war zu Beginn des Jahres 1991 kaum noch aufzuhalten, wobei der Einfluss des Westens diesen Desintegrationsprozess enorm vorantrieb. Doch obgleich westliche Diplomatie bei der Erstarkung baltischer Unabhängigkeitsbestrebungen von Signifikanz war und den Desintegrationsprozess

<sup>529</sup> Vgl. Meissner, Die Staatliche Kontinuität, S. 303–312; Spohr Readman, Between Political Rhetoric and *Realpolitik* Calculations, S. 17–19, 23–26.

<sup>530</sup> Altrichter, Russland, S. 397.

<sup>531</sup> Butenschön, Estland, S. 321f.

<sup>532</sup> Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 381, 412; Kionka, Riina: The CSCE and the Baltic States, in: RL, Report, Vol. 2, Nr. 47, 1990, S. 17–19, S. 18.

der UdSSR beschleunigte, handelte es sich dabei keinesfalls um eine „Grand Strategy“ der westlichen Regierungen, welche an einer Implosion des Sowjetimperiums in Wirklichkeit wenig interessiert waren.<sup>533</sup> Vielmehr machten sich die Fernwirkungen von Helsinki bzw. von der dem KSZE-Prozess inhärent gewordenen Rhetorik der Menschenrechte bemerkbar. „It was reference to this language of universal norms and values used so much and for so long by the West which rapidly turned Baltic aspirations from autonomy to independence, from a domestic into an international issue“, so das Fazit der einschlägigen Untersuchung von Kristina Spohr Readman.<sup>534</sup> Auch wenn die Bestrebungen baltischer Republiken, ihre Unabhängigkeit wiederherzustellen, von den westlichen Supermächten als eine zusätzliche Gefährdung von Gorbatschows politischer Machtstellung und der Wiedervereinigung Deutschlands wahrgenommen und deshalb wenig begrüßt wurden, die „language of support“ gegenüber demokratisch gewählten neuen Regierungen in Estland, Lettland und Litauen, wie sie etwa die USA als traditioneller „Anwalt“ von Menschen- und Bürgerrechtsbewegungen aus Gründen ihrer Glaubwürdigkeit aufrechterhalten mussten, war ein schlagkräftiger Faktor im Kampf baltischer Republiken um ihre Unabhängigkeit. Dies umso mehr, als die Entwicklungen in Estland, Lettland und Litauen in der ganzen Sowjetunion Schule machten und selbst manche autonome Gebiete innerhalb der RSFSR begannen, für sich die Geltung dieser internationalen „language of support“ und der Helsinki-Prinzipien zu beanspruchen.<sup>535</sup>

#### 4.4 Der Domino-Effekt des Nationalen „Spill-Over“

Die Gründung der baltischen Volksfronten stellt den erfolgreichsten Versuch der informellen Gruppen dar, die vielfältigen gesellschaftlichen Aktivitäten mit nationalitätenpolitischem Hintergrund in eine wirkungsstarke politische Kraft zu bündeln, der sich weder die lokalen Führungen noch das Zentrum widersetzen konnten. Wie der Rechtswissenschaftler Egil Levits auf Lettland bezogen treffend

<sup>533</sup> Spohr Readman, *Between Political Rhetoric and Realpolitik Calculations*, S. 28–33; Dies., *International Reactions*; Grachev, *Common European Home*, vor allem S. 213.

<sup>534</sup> Spohr Readman, *Between Political Rhetoric and Realpolitik Calculations*, S. 28.

<sup>535</sup> Dabei wurden in einigen Unionsrepubliken stellenweise die wiedergeborenen Helsinki-Gruppen und ihre früheren Protagonisten zu den ursprünglichen Kristallisationspunkten des nationalen Selbstbewusstseins. Es sei an dieser Stelle wiederholt, dass in Armenien, Georgien und in der Ukraine von den Aktivisten der Helsinki-Bewegung der 1970er Jahre 1987 Komitees zum Schutze der politischen Gefangenen gebildet wurden, aus denen andere informelle Gruppen mit nationalem Profil hervorgingen. In Georgien wurde von den Mitbegründern der Georgischen Helsinki-Gruppe, Zviad Gamsachurdia und Merab Kostava, die Vereinigung „Il'ja Čavčavadze-Gesellschaft“ ins Leben gerufen, die sich später in verschiedene nationale Gruppen aufsplittete und den Diskurs des Nationalen bestimmte. In der Ukraine nahm die frühere Ukrainische Helsinki-Gruppe unter Vjačeslav Černovil im Sommer 1987 ihre Tätigkeit auf. Die Bewegung der Krimtataren für die Rückkehr in ihre Heimat Krim wurde wiederum von dem früheren Bürgerrechtsaktivisten Mustafa Džemilev angeführt. Siehe dazu einen zusammenfassenden Überblick von U.S. Helsinki Watch Committee, *Neformaly*, S. 85–123.



Die Baltische Menschenkette vom 23. August 1989 im Landesinneren auf der Strecke von Tallinn über Riga und bis Vilnius.

(Quelle: ITARTASS, ID 205143)

feststellte, bestand der größte Erfolg der baltischen Volksfronten in der „Umpolung“ eines „Teils der Mitglieder der Kommunistischen Partei“. <sup>536</sup> Die Ohnmacht des Zentrums im Verhältnis zu den Nationalbewegungen im Baltikum musste Georgij Šachnazarov bereits im Herbst 1988 in einem Informationsbrief an Michail Gorbatschow konstatieren: „Unser Unglück besteht darin, dass die lokale Staatsmacht durch die Volksfronten *de facto* verschluckt worden ist“. <sup>537</sup> Dass die drei Volksfronten und ihre Ideen die Vielzahl der Balten hinter sich hatten, zeigte am eindrucksvollsten eine Gemeinschaftsaktion am 23. August 1989, dem 50. Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes: In einer 620 Kilometer langen lückenlosen Menschenkette demonstrierten fast zwei Millionen Teilnehmer quer durch alle drei Republiken auf dem sogenannten baltischen Weg für Unabhängigkeit. <sup>538</sup>

Die Ausmaße der Bewegungen und die durch diese transportierte Rhetorik des Völkerrechts, welche sich darüber hinaus mit den von Gorbatschow propagierten allgemeinmenschlichen Werten und Prinzipien des „Neuen Denkens“ (das Selbstbestimmungsrecht der Völker, Nichtanwendung von Gewalt usw.) deckte, band der Parteiführung im Zentrum die Hände. Obwohl die Hardliner im Politbüro

<sup>536</sup> Levits, Lettland, S. 159.

<sup>537</sup> Dokladnaja zapiska M.S. Gorbatschewu, o vključenii v doklad na Sessii Verchovnogo Soveta SSSR koncepcii počtapanogo razvertyvanija političeskoj reform (Pribaltika), in: GF, f. 5, op. 1, d. 18178.

<sup>538</sup> Bungs, Dzintra: Balts Mark 50th Anniversary of Molotov-Ribbentrop Pact, in: RFE/RL Baltic Area, SR Nr. 8, 1989, S. 3–6.

Gorbačev schon im Jahr 1988 zur Machtdemonstration aufgefordert hatten, lehnte er dies nicht nur aus pragmatischen, sondern vor allem aus moralischen Motiven ab.<sup>539</sup> „Gewaltanwendung ist ausgeschlossen. In der Außenpolitik konnten wir sie ausschließen, dann dürfen wir sie nicht gegen unsere eigenen Völker anwenden“, erklärte er in der Politbürositzung am 11. Mai 1989.<sup>540</sup> Seine Mitstreiter sahen außerdem ein, dass die Sezessionsbestrebungen mit autoritären Methoden nicht zu unterbinden waren – ein solches Vorgehen würde nicht nur den eigenen Lösungen und den Prinzipien der KSZE-Schlussakte widersprechen, sondern noch mehr Protest der Bevölkerung und des westlichen Auslands provozieren.<sup>541</sup> Mit Gegenbewegungen im Baltikum, die reaktionäre Vertreter der sowjetischen Apparate mit den Teilen der russischsprachigen Bevölkerung in die sogenannten Interfronten vereinten, wollte man den Volksfronten und der Politik des Separatismus eine auf möglichst breiten Bevölkerungsmassen angelegte Opposition bilden. Diese Strategie fruchtete allerdings nicht. Erschwerend kam hinzu, dass die Ideen baltischer Volksfronten und ihre Methoden des nationalen Widerstands gegen Moskau Nachahmungseffekte in den Nachbarrepubliken auslösten.

Wie groß der Einfluss der baltischen Volksfronten auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in den anderen Unionsrepubliken war, zeigt der Aufsatz von Nils R. Muiznieks sehr gut.<sup>542</sup> Darin hat der Autor die Methoden beschrieben, mit denen die baltischen Volksfronten *bewusst* die universelle Idee vom Recht der Völker auf Selbstbestimmung vor allem in die nahliegenden Unionsrepubliken (Belarus, Ukraine) mit Erfolg exportiert haben. Lediglich in den islamischen Republiken mit einer starken kommunistischen Parteienomenklatura auf der einen und den religiösen Gruppierungen auf der anderen Seite blieben die volksfrontähnlichen Organisationen und ihre Ideen schwach. Ebenso wenig gelang es in Russland, eine einheitliche Volksfrontbewegung aufzubauen. Das Fehlen einer verbindenden nationalen Idee und die Vielzahl lokaler, miteinander rivalisierender Verbindungen wirkten dort einer Volksfront-Bewegung stark entgegen.<sup>543</sup>

<sup>539</sup> So ist bei Černjaev nachzulesen, dass Vorotnikov Gorbačev im Hinblick auf den Verfassungsstreit mit Estland 1988 mit der Frage konfrontierte: „Wohin treiben wir?“, während Ligačev hinzufügte: „Ich habe schon im Februar gesagt, daß es an der Zeit ist, unsere Macht zu demonstrieren, die Ordnung wiederherzustellen und denen [den Esten] eine Lektion zu verpassen – was wollen wir noch alles dulden?! [...] Der Zerfall unseres Staates beginnt“. Damals beteuerte Gorbačev sein Festhalten an der Perestroika und drohte, anderenfalls von seinem Posten als Generalsekretär zurückzutreten. Vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 219; vgl. auch Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 1, S. 492–525.

<sup>540</sup> Zitat nach Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 253.

<sup>541</sup> So Georgij Šachnazarov in den Aktennotizen an Michail Gorbačev: *Služebnaja zapiska G.Ch. Šachnazarova M.S. Gorbačevu s predloženijami po nazrevšim voprosam perestrojki*. 11. 11. 1989, in: GF, f. 5, op. 1, d. 15252; *Dokladnaja zapiska M.S. Gorbačevu o komitete „Karabach“*, in: GF, f. 5, op. 1, d. 18205; *Dokladnaja zapiska M.S. Gorbačevu k nacional'nomu voprosu*. 10. 10. 1988, in: GF, f. 5, d. 1, op. 18225.

<sup>542</sup> Muiznieks, Nils R.: *The Influence of the Baltic Popular Movements on the Process of Soviet Disintegration*, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 47, Nr. 1, 1995, S. 3–25.

<sup>543</sup> Der russische Nationalismus war grundsätzlich unterentwickelt: Ihm fehlte jegliche nationale Idee, er war antiliberal und sowjetisch-imperial geprägt, was ihn von allen anderen demo-



Dennoch förderten die baltischen Volksfronten auf unterschiedliche Weise die Entstehung von Schwesterorganisationen und die Verbreitung ihrer Ideen von „Souveränität“ und „Selbstbestimmung“ in der ganzen UdSSR. Von entscheidender Bedeutung waren dabei die Printerzeugnisse der baltischen Volksfronten, die unionsweit in russischer Sprache zu bekommen waren. Die auflagenstärksten Zeitungen waren die *Atmoda* der lettischen Volksfront (bis zu 80 000 Exemplare) sowie *Atgimimas* und *Soglasie* des Sajudis (bis 40 000 Exemplare Ende 1989).<sup>544</sup> Sie berichteten nicht nur zur nationalen Problematik, sondern dienten auch mancher nationalen Gruppe als Sprachrohr. So war die belarussische Initiativgruppe aufgrund großer Widerstände der KP in Belarus gezwungen, ihren Aufruf zur Bildung der belarussischen Volksfront im litauischen *Atgimimas* zu drucken.<sup>545</sup> Neben der Verbreitung der eigenen Presse bemühten sich die baltischen Fronten, zum Aufbau einer eigenen funktionsfähigen und unabhängigen Presselandschaft in den Teilrepubliken beizutragen. Für wenig Entgelt gestatteten sie vor allem vielen russischen informellen Zeitungen die Nutzung ihrer Vervielfältigungsapparaturen, damit diese dann in hohen Auflagen auch in den weit entlegenen Regionen der UdSSR erscheinen konnten. So wurde etwa die Moskauer informelle Zeitung *Panorama* im Baltikum gedruckt.<sup>546</sup>

Die Aufklärungsarbeit baltischer Volksfronten zeigte Wirkung und die Entwicklungen in Estland, Lettland und Litauen machten zweifelsohne Schule. Zum Teil unter direkter Assistenz baltischer Volksfronten und mit deren Hilfe bildeten sich Volksfronten in Moldawien (Mai 1989), Usbekistan (Mai 1989), Georgien (Juni 1989), Belarus (Juni 1989), Aserbaidshan (Juli 1989), der Ukraine (September 1989) sowie in den zahlreichen Großstädten Russlands.<sup>547</sup> Die belarussische Volksfront „Wiedergeburt“ hielt ihren Gründungskongress sogar in Wilna ab, weil es ihr in ihrer Heimatrepublik nicht möglich war.<sup>548</sup>

Die baltischen Volksfronten dienten nicht nur als attraktive Vorbilder für die politische Organisation der nationalen Interessen in den anderen Unionsrepubli-

kratischen und gegen das Unionszentrum kämpfenden Nationalbewegungen unterschied. Eine sehr eindringliche Einordnung und Analyse der inneren Widersprüche des russischen Nationalismus bietet Furman, Dmitrij: *Ot Rossijskoj imperii k russkomu demokratičeskomu gosudarstvu*, in: *Neprikosnovennyj zapas*, Nr. 5, 2010, S. 44–54.

<sup>544</sup> Ebd.; Strukova, *Alternativnaja*, S. 38; Muiznieks, *The Influence*, S. 7. Ab Mitte 1990 gab die russische Redaktion der *Atmoda* die Zeitung *Baltijskoe vremja* [Baltische Zeit] heraus, die jedoch weniger verbreitet war.

<sup>545</sup> Muiznieks, *The Influence*, S. 9.

<sup>546</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 66.

<sup>547</sup> Da die Entstehung der Volksfronten und die politischen Entwicklungen in den Einzelrepubliken und autonomen Gebieten der Sowjetunion hier nicht ausführlich behandelt werden können, sei an dieser Stelle exemplarisch auf folgende Darstellungen verwiesen: Simon, *Verfall*, S. 150–178; Walker, *Dissolution*, S. 55–100; Aves, Jonathan: *The Evolution of Independent Political Movements after 1988*, in: Hosking/Aves/Duncan, *The Road to Post-Communism*, S. 29–66.

<sup>548</sup> Siehe die Erklärung der Belarussischen Volksfront in ihrem Gründungsprogramm: FSO, F. 54; eine kleine Fotoreportage in: *Arche Pačatak*, Nr. 1–2 (76–77), 2009, S. 316–336.



ken.<sup>549</sup> Ihre zentralen Programminhalte wurden von vielen nationalen Gruppen oft als Grundlagen für die Zusammensetzungen der eigenen Organisationsprogrammatische herangezogen, häufig sogar „mit Schere und Leimpott“.<sup>550</sup> Oftmals unterschieden sich die Programme der neu gegründeten Volksfrontenorganisationen inhaltlich kaum von denen der baltischen. Der Grundgedanke vom Recht auf Selbstbestimmung war eine Art Klammer, die sie alle zusammenhielt. Von einem Austritt der jeweiligen Republiken aus der Sowjetunion war zunächst auch dort nicht die Rede. Mit Souveränität verband man vielmehr den Primat der republikanischen Verfassung vor den Unionsgesetzen sowie einen neuen Unionsvertrag, der die Unionsrepubliken in ihrem Verhältnis zur Union stärken würde.<sup>551</sup> Die Verurteilung der bisherigen sowjetischen Nationalitätenpolitik, die Forderungen nach einer Neubewertung der eigenen Geschichte und nach Definition der Nationalsprache als „Staatsprache“<sup>552</sup> in der Verfassung standen zunächst im Vordergrund und verbanden die moldauische, belarussische und ukrainische mit den baltischen Nationalbewegungen.<sup>553</sup> Zugleich beanspruchten diejenigen Volksfronten, die den Kurs der staatlichen Unabhängigkeit von der Union am radikalsten verfolgten, eine Teilnahme in den internationalen Organisationen (vor allem der UNO) als Ausdruck ihrer Souveränität.<sup>554</sup>

Anders als im Baltikum stießen jedoch die Volksfronten in der Ukraine, Belarus und den transkaukasischen Republiken auf starken Widerstand der lokalen Parteiführungen und erlangten nie eine den baltischen Bewegungen vergleichbare Stellung. Doch im Laufe des Jahres 1990, bzw. in den zentralasiatischen Republiken erst nach dem gescheiterten Putsch im August 1991, schwenkten mehr oder weniger auch dort die Parteiorganisationen auf den Kurs der Souveränität und bald darauf auch der Unabhängigkeit ein. Das Vorbild der baltischen Republiken veranlasste die anderen Unionsrepubliken, ihre Souveränitätserklärungen in folgender Reihenfolge zu verkünden: Aserbaidschan (23. September 1989), Georgien

<sup>549</sup> Als „Beispiele für Demokratie“ galten die drei Länder in Russland. Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 61.

<sup>550</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 65.

<sup>551</sup> Vgl. Walker, *Dissolution*, S. 7–10, 64f.

<sup>552</sup> Das Eintreten für die Muttersprache war zentral in allen Republiken und mündete in Sprachengesetzen, die in fast allen Republiken verabschiedet wurden und die jeweilige Titularsprache zur Staatssprache erklärten. Eine Ausnahme bildeten die transkaukasischen Republiken, in denen die Nationalsprache als Staatssprache bereits in den Verfassungen verankert war und die daher während der Perestroika keine Sprachengesetze erließen. Simon, *Verfall*, S. 135.

<sup>553</sup> Vgl. Halbach, *Brisanz*, S. 37f. Die Gründungsprogramme der Ukrainischen und der Moldauischen Volksfronten (1989) wurden in der Archivüberlieferung der Moskauer Stadtpartei eingesehen: Dokumenty narodnych frontov Ukrainy i Moldavii, 1989, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 73; zur Belarussischen Volksfront siehe: Ustav belorusskogo narodnogo fronta za perestrojku (Proekt), Minsk 1989; Pragrama belaruskaga narodnaga frontu za perabudovu „Adradženne“, in: FSO, F. 52, sowie *Belorusskaja Tribuna*, Nr. 8, 1989, S. 4ff., Nr. 10, 1989, S. 1f.

<sup>554</sup> So in den Programmen der Belarussischen, der Ukrainischen und der Rumänischen Volksfronten.

(18. November 1989), Russland (12. Juni 1990), Usbekistan (20. Juni 1990), Moldawien (23. Juni 1990), Ukraine (16. Juli 1990), Belarus (27. Juli 1990), Turkmenistan (22. August 1990), Armenien (23. August 1990), Tadschikistan (24. August 1990), Kirgisistan (24. Oktober 1990) und Kasachstan (25. Oktober 1990). Die Desintegration der Union setzte sich sogar innerhalb der Russischen Föderation fort. Bis Oktober 1990 hatten innerhalb der RSFSR zehn von 16 autonomen Republiken, zwei von fünf autonomen Gebieten und vier von zehn autonomen Kreisen ihre Souveränität erklärt.<sup>555</sup>

Mit Ausnahme der RSFSR unterschieden sich die Souveränitätsdeklarationen inhaltlich kaum voneinander.<sup>556</sup> Ähnlich den baltischen Erklärungen unterstrichen sie das Selbstbestimmungsrecht, den Vorrang der Verfassung und der Gesetze der Republik auf dem eigenen Territorium, die territoriale Oberhoheit, die ökonomische Selbstständigkeit, das Recht auf freie national-kulturelle Entwicklung, auf eigene Streitkräfte, auf Organisation des Umweltschutzes und Verfügung der Naturressourcen sowie auf völkerrechtliche Selbstständigkeit.<sup>557</sup> In den quasi-völkerrechtlichen Verträgen untereinander erkannten die Unionsrepubliken sich als souveräne Völkerrechtssubjekte an, womit sie die zentrale Macht in Moskau und die vertikalen politischen Strukturen ignorierten und schwächten.

Weder das verspätete Einlenken des Zentrums seit dem Frühjahr 1991 auf die Ausarbeitung eines neuen Unionsvertrages noch die gewaltsamen, auf den Erhalt der Einheit der Sowjetunion gerichteten Aktionen (Putschversuche in Lettland und Litauen im Januar 1991) konnten das Sowjetimperium erhalten. Der gescheiterte Putsch der Reaktion im August 1991,<sup>558</sup> der einem Ausdruck des armenischen Präsidenten Levon Hakobi Ter-Petrosjan zufolge den Selbstmord des Zentrums darstellte,<sup>559</sup> beschleunigte den Auflösungsprozess der Sowjetunion. Noch während des Putsches erklärten Estland (20. August) und Lettland (21. August) ihre de-facto-Unabhängigkeit und lösten sich somit endgültig von der Union. Von dem provisorischen Staatsrat der UdSSR, der aus dem Präsidenten der Union (Gorbačev) und den Führern der Unionsrepubliken bestand, wurde am 5. September 1991 die Unabhängigkeit der baltischen Länder anerkannt. Am 10. September 1991, eine Stunde vor der offiziellen Eröffnung des KSZE-Folgetreffens zur menschlichen Dimension in Moskau, traten unter Vorsitz des deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher Estland, Lettland und Litauen als volle

<sup>555</sup> Simon, Verfall, S. 138; vgl. auch Walker, Dissolution, S. 87–100.

<sup>556</sup> Die Rhetorik der RSFSR vermisste den antikolonialen und ethnischen Charakter und zeichnete sich vielmehr durch antikommunistische und Anti-Nomenklatura-Einstellungen aus. Vgl. Walker, Dissolution, S. 64, 87–100; Furman, *Ot Rossijskoj imperii k russkomu demokratičeskomu gosudarstvu*.

<sup>557</sup> Ebd. Als Vergleichsbeispiel zu den baltischen Souveränitätserklärungen siehe etwa die „Deklaration über die staatliche Souveränität der Ukraine, verabschiedet vom Obersten Sowjet der Ukrainischen SSR am 16. Juli 1990“, in: Simon, Verfall, S. 276ff.

<sup>558</sup> Hierzu sowie zu den Putschversuchen im Baltikum siehe Teil IV, Kapitel 3 der vorliegenden Studie.

<sup>559</sup> Zitat nach Simon, Verfall, S. 181.

Mitglieder der KSZE bei. Am 15. Oktober haben die Parlamentspräsidenten Arnold Rüütel, Anatolijs Gorbunovs und Vytautas Landsbergis in Helsinki die Schlussakte der KSZE-Konferenz unterzeichnet.<sup>560</sup>

Diesem Muster folgten auch die übrigen Republiken. Bis Ende Oktober erklärten außer der RSFSR und Kasachstan alle ihren Austritt aus der UdSSR. Russland und Kasachstan vollzogen diesen Schritt Mitte Dezember 1991.<sup>561</sup> Indes gab die KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau (Sept.-Nov. 1991) unverkennbar das Bild einer auseinanderfallenden Sowjetunion ab. Die Vertreter aller Republiken hatten in der sowjetischen Delegation einen unabhängigen Status, während der Arbeit der Delegation das Konsensprinzip zu Grunde lag. Einige Republiken gingen einen Schritt weiter und suchten, dem Beispiel der baltischen Regierungen folgend, ihre Unabhängigkeit vom Zentrum durch die unmittelbare Teilnahme am Helsinki-Prozess zu demonstrieren.<sup>562</sup> So weigerte sich der Vertreter von Belarus, der sowjetischen Delegation beizutreten und erlangte dadurch den Status eines Gastes. Nachdem dem Antrag der Ukraine, als ein souveräner Staat dem KSZE-Prozess beizutreten, aufgrund von Moskaus Weigerung nicht stattgegeben werden konnte, weigerte sich auch die ukrainische Regierung, als Mitglied der sowjetischen Delegation an dem KSZE-Treffen in Moskau teilzunehmen. Die Republik Moldau war als Gast der rumänischen Delegation anwesend. Auch Armenien lehnte eine Teilnahme an der KSZE als Mitglied der sowjetischen Delegation ab. Zusammen mit Georgien strebte das Land die Partizipation am KSZE-Prozess als souveräner Staat an.<sup>563</sup>

Ein Jahr später wurden schließlich die meisten Nachfolgestaaten der UdSSR als vollwertige Mitglieder der KSZE aufgenommen. Während der zweiten Sitzung des KSZE-Rates in Prag im Januar 1992 traten Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Kasachstan, Kirgisien, Moldau, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan der KSZE bei. Am 24. März folgte Georgien. Russland nahm als der Nachfolgestaat der UdSSR seinen Platz in der KSZE ein.<sup>564</sup>

Doch bevor die Sowjetrepubliken über die KSZE in das „Haus“ der internationalen Beziehungen oder, um den Ausdruck von Michail Gorbatschow zu gebrauchen, in das „gemeinsame europäische Haus“ hineingelangen konnten, musste die UdSSR tiefgreifende strukturelle Wandlungsprozesse durchleben, die eine solche weitgehend gewaltfreie Entlassung der Republiken in ihre Unabhängigkeit überhaupt möglich machten.

<sup>560</sup> Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 411; Girnius, Saulius: Independence of Baltic States Accepted by World Community, in: RL, Report, Vol. 3, Nr. 39, 1991, S. 26–28.

<sup>561</sup> Hierzu siehe: Walker, Dissolution, S. 140; Altrichter, Russland, S. 395–404.

<sup>562</sup> Die Einbeziehung der Einzelrepubliken in den KSZE-Prozess setzte bereits auf dem KSZE-Umwelttreffen in Sofia im Herbst 1989 ein. Dort waren innerhalb der sowjetischen Delegation einige Republiken vertreten. Zagorski, Die menschliche Dimension, S. 66.

<sup>563</sup> Ebd.; Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 412.

<sup>564</sup> Vgl. <http://www.osce.org/who/timeline/1990s/05>.

## 5. Mobilisierung der Opposition, Menschenrechtsdialog und Verlust der Kontrolle

Die meistens in Widerspruch zur sowjetischen Verfassung erfolgte Inanspruchnahme der Organisations- und Vereinigungs-, Meinungs- und Presse- oder Reisefreiheit und des Prinzips des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch breite Teile der sowjetischen Gesellschaft konfrontierte die Parteiführung mit einer Reihe neuer, unvorhergesehener und im Rahmen des Systems nicht lösbarer Probleme. Hinzu kam, dass jeder dieser Teilbereiche eine immer weiter ausgreifende Eigendynamik entwickelte, die die westlich-liberalen Weltbilder mit sich transportierte, die kommunikativen Prozesse im Land nachhaltig veränderte und sich dabei der staatlichen Kontrolle entzog. So wurde das Thema Menschenrechte bereits 1988 immer häufiger öffentlich diskutiert und führte zum Auftreten neuer Akteure, zu einem Wachsen der Proteststimmung und zur weiteren Artikulation von Interessen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. Der Prozess der Erstarkung der gesellschaftlichen Opposition einerseits und die Verdrängung des Parteistaates und seiner Deutungsmacht aus der „offiziell-öffentlichen“ Sphäre, die Demontage des in Jahrzehnten aufgebauten propagandistischen Selbstbildnisses des sowjetischen Sozialismus sowie der Widerstand der parteiinternen konservativen Kräfte andererseits werden im Mittelpunkt dieses Kapitels stehen. Es wird hier gezeigt, dass sowohl die restriktive Politik als auch die Versuche des Staates, durch Zugeständnisse bzw. durch das Einlassen auf den Menschenrechtsdiskurs, u. a. mittels der ins Leben gerufenen Burlackij-Kommission, die Kontrolle im Staat wiederzugewinnen, das Gegenteil des Beabsichtigten bewirkten, und vielmehr eine Erstarkung der Opposition, ein wachsender Demokratisierungsdruck und ein Wertewandel in der Gesellschaft stattfand. Für die Neubewertung des KSZE-Prozesses durch die Gorbačev-Führung waren diese Entwicklungen ausschlaggebend.

### 5.1 Erstarkung der Gegengesellschaft und Verdrängung der staatlichen Deutungsmacht im Sommer 1988

Das Jahr 1988 war in jeder Hinsicht ein Wendepunkt in der Perestroika: das Wachsen der informellen Szene; die oben geschilderten Tabubrüche im Samizdat und in der offiziellen Presse, welche die Entmythisierung der sowjetischen Geschichte und die Formierung eines neuen politischen Bewusstseins in der sowjetischen Bevölkerung förderten; die Emigration aus der UdSSR; die sich verschärfenden Nationalitätenkonflikte und Souveränitätsforderungen mancher Unionsrepubliken – nur um einige einschneidende Vorgänge zu nennen – markierten den Aufbruch der Sowjetunion in den politischen Meinungspluralismus. Nichts versinnbildlichte aber diesen Wandel und den Machtverlust des Parteistaates mehr als die Straßenbilder in den Großstädten der Sowjetunion ab Frühjahr 1988. Beschränkte sich bis dahin die Mehrzahl der informellen und der der KPdSU noch loyal gegenüberstehenden Gruppen auf Diskussionen in relativ ge-

schlossenen Räumen, so war ab Mitte 1988 eine Verlagerung ihrer Aktivitäten auf die Straßen und Hauptplätze – ein buchstäbliches Hinaustragen von Diskussionen und politischen Forderungen in die Öffentlichkeit – sowie das schrittweise Verdrängen der Partei und ihrer Deutungsmacht aus der „offiziell-öffentlichen“ Sphäre zu beobachten. Kundgebungen und Demonstrationen entwickelten sich in der Sowjetunion Mitte 1988 zu einer der häufigsten und nicht selten effektivsten „Ausdrucksform politischer Positionen“<sup>565</sup>, obwohl die sowjetische Rechtsordnung auch für die Ausübung der Versammlungsfreiheit kaum Verfahrensregeln vorsah.<sup>566</sup> Sie symbolisierten nicht nur den Wandel der Machtverhältnisse, sondern auch und vor allem das Infragestellen der bestehenden Ordnung und die sich abzeichnende Legitimationskrise der KPdSU.

Während in den nichtslawischen und vom nationalen Selbstbewusstsein stark geprägten Teilrepubliken (Armenien, Baltikum) Demonstrationen bereits 1987 eine ernsthafte Herausforderung für die lokalen Machtstrukturen darstellten, hielten sich Versammlungen in Russland zur gleichen Zeit noch in Grenzen. Lediglich die geschilderten Proteste der Ausreisewilligen fanden fast täglich öffentlich statt. Die bereits erwähnte erste große und nicht sanktionierte Massendemonstration in Moskau, die durch den anschließenden Empfang bei dem damaligen Moskauer Parteichef, Boris El'cin, hohe Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit gewann, organisierte die nationalpatriotische Gesellschaft „Gedenken“ am 6. Mai 1987.<sup>567</sup> Ab Sommer 1987 stieg dann die Zahl spontaner Demonstrationen vor allem in der Hauptstadt sprunghaft an. Die Krimtataren hielten den ganzen Sommer über Massenversammlungen für die Rückkehr in ihre Heimat Krim auf dem Roten Platz in Moskau und in ihren Wohnorten ab.<sup>568</sup> Die Vertreter der Friedensbewegung demonstrierten, alleine oder zusammen mit dem Seminar „Demokratie und Humanismus“ sowie mit der „Freien Interprofessionellen Vereinigung von Werktätigen“, für die Unumkehrbarkeit der Perestroika, für die Wahrung der Menschenrechte, für Unabhängigkeit der gesellschaftlichen Gruppen und Garantien der Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit.<sup>569</sup> Das Moskauer Stadtbild wurde zunehmend durch das Seminar „Demokratie und Humanismus“ von Valerija Novodvorskaja bestimmt, das in regelmäßigen Abständen seit Juni 1987 provokante, auf eine Konfrontation mit den Machtorganen hinauslaufende Kundgebungen organisierte und zahlreiche Flugblätter mit offen antisowjetischem Inhalt

<sup>565</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 35.

<sup>566</sup> Nach Art. 50 der Unionsverfassung wurde den Sowjetbürgern „die Versammlungsfreiheit, die Kundgebungsfreiheit, die Freiheit zur Durchführung von Straßenumzügen und die Demonstrationsfreiheit garantiert“, dies jedoch „in Übereinstimmung mit den Interessen des Volkes und zur Festigung und Entwicklung der sozialistischen Ordnung“. Darüber hinaus stand das Recht den anerkannten Organisationen und nicht den Einzelgruppen bzw. den Einzelbürgern zu. Vgl. Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0042\\_ver&object=translation&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0042_ver&object=translation&st=&l=de).

<sup>567</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 9-31.

<sup>568</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 13-22, 14-4, 15/16-4, 17/18-3.

<sup>569</sup> *Vesti iz SSSR* 1987: 9-32, 11/12-15, 13-21.

verteilte. Fast immer trugen dessen Mitglieder Transparente mit der Forderung nach Freilassung aller politischen Gefangenen, der Streichung der berüchtigten Artikel des Strafgesetzbuches und der Auflösung des KGB mit sich.<sup>570</sup> Auch die Auftritte der national-patriotischen „Gedenken“-Bewegung nahmen vor allem in Leningrad zu. Sie wurden teilweise mit Genehmigung der Behörden organisiert und zogen große Menschenmengen an.<sup>571</sup> Es häuften sich auch die Proteste der Umweltschutzbewegung und der einfachen Sowjetbürger gegen die Umweltverschmutzung sowie gegen den Raubbau an der Natur.<sup>572</sup>

Das Moskauer Stadtparteikomitee registrierte zum Ende des Jahres 1987 insgesamt 180 nicht sanktionierte Meetings mit 15 000 Teilnehmern. Im Jahr 1988 stieg die Zahl der unerlaubten Demonstrationen auf 644 mit bereits 50 000 Teilnehmern allein in Moskau.<sup>573</sup> Unionsweit wurden 2600 Kundgebungen mit 16 Millionen Teilnehmern gezählt,<sup>574</sup> wobei mit der steigenden Zahl der öffentlichen Versammlungen und mit den restriktiven staatlichen Reaktionen darauf noch deutlicher ihr Protestcharakter hervortrat, und die gesellschaftliche Organisation politischer Proteste bzw. Forderungen zunahm.

„Das Datum 28. Mai, bereits bekannt durch den Namen von Mathias Rust, wird als ein Fest des Bacchanals der Demokratie in die Geschichte eingehen“, schrieb das unabhängige Informationsblatt *Chronograf* über die erste große Kundgebung einer Vielzahl informeller Gruppen am 28. Mai 1988 in Moskau.<sup>575</sup>

<sup>570</sup> Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 125ff.; *Vesti iz SSSR*: 11/12-15, 19/20-42.

<sup>571</sup> In Leningrad sollen z. B. am 14. 7. 1988 an solch einem genehmigten Meeting ca. 700 Menschen teilgenommen haben. Nachdem anschließend einige informelle Vereinigungen der Stadt eine Gegendemonstration abzuhalten versuchten, wurden sie von der Polizei gestört. *Vesti iz SSSR* 1988: 13-22, 15-6; *Vesti iz SSSR* 1989: 7/8-42.

<sup>572</sup> Das Besondere am Widerstand der Umweltschutzbewegung war eine oft anzutreffende Allianz mit den örtlichen Organen von Partei und Staat in ihrer Frontstellung gegen die Ministerien im Zentrum. So wurde im Februar 1988 ein erster Massenprotest mit annähernd 20 000 Teilnehmern in Nižnij-Tagil, einer Industriestadt im Ural, wo die Luftverschmutzung durch die dortige Schwerindustrie katastrophale Ausmaße angenommen hatte, von der örtlichen Presse und vom Komsomol unterstützt. Dass sich Proteste gegen die Umweltzerstörung in erster Linie gegen die Verantwortlichen im Parteiapparat und das System richteten, versteht sich von selbst. Die Ironie mancher, von den örtlichen Parteibehörden organisierten Massenproteste bestand nun darin, dass sie nicht selten in die Untergrabung der eigenen Legitimität mündeten. So war es auch bei einer Protestversammlung in Nižnij-Tagil, als einer der Sprecher das sowjetische Wahlsystem als eine „Wahl ohne Wahl“ kritisierte, die im Endergebnis die Wahl von Deputierten zulasse, die für die heutige ökologische Situation die Verantwortung tragen würden. Vgl. Redlich, Svoimi, S. 38ff.; Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 56-64.

<sup>573</sup> Novye javlenija v ideologičeskoj obstanovke v Moskve, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 1, l. 1-11.

<sup>574</sup> So der Bericht des Stellvertretenden Ministers des sowjetischen Innenministeriums I. Šilov, in: SGiP, Nr. 5, 1990, S. 29.

<sup>575</sup> *Chronograf*, Nr. 7, 1988. Mathias Rust war ein deutscher Privatpilot, der als 18-Jähriger am 29. 5. 1987 mit einem Flugzeug auf einer Brücke unweit des Roten Platzes in Moskau landete. Er erklärte, diesen Flug für den Weltfrieden und für die Verständigung zwischen den Völkern unternommen zu haben. Obwohl er während seines Überflugs frühzeitig von der sowjetischen Luftabwehr erfasst worden war, blieb eine unmittelbare Abwehrreaktion aus. Gorbachev nahm diesen Vorfall zum Anlass, die Verantwortlichen zu entlassen bzw. das Ver-





Eine der zahlreichen Protestversammlungen auf dem Puškin-Platz, 1989, mit folgenden Forderungen auf den Transparenten: „Freiheit des Wortes, der Versammlung und der Presse!“, „Freiheit der Ausreise aus politischen Motiven!“, „Schluss mit den Repressalien gegen die Verbreiter des Samizdats!“ (Quelle: ITARTASS, ID 47120)

An dem Tag wurden Unterschriften zur Unterstützung reformorientierter und nicht zu Delegierten der XIX. Parteikonferenz gewählter Kandidaten (Jurij Afanas'ev, Jurij Karjakin, Vitalij Korotič) gesammelt. Es war die erste große Versammlung, an der verschiedene informelle Gruppen und zufällige Passanten teilnahmen und spontane Reden hielten. Sie wurde von vielen ausländischen Korrespondenten gefilmt und von der Miliz nicht behindert. Mit dieser Manifestation wurde die neue Welle von Massenversammlungen auf dem Puškin-Platz in Gang gesetzt.<sup>576</sup> Dort, wo seit den 1960er Jahren die Dissidenten gegen die Willkür sowjetischer Justiz protestiert hatten, fand sich zwischen Mai und Juni 1988 jeden Samstag die politisch interessierte Bevölkerung zusammen,<sup>577</sup> um soziale und politische Probleme, die 10 Thesen der XIX. Parteikonferenz, die Verbrechen des Stalinismus, die Problematik politischer Gefangener, der Versammlungsfreiheit, der Menschenrechte usw. zu diskutieren. Hier wurden Reden gehalten, Flugblätter mit politischen Forderungen verteilt, ein breites Spektrum an Ideen dargelegt, über die sowjetische Vergangenheit und über den weiteren Reformweg polemi-

teidigungsministerium umzustrukturieren. Der Verteidigungsminister Marschall Sokolov wurde durch den Marschall Dmitrij Jazov abgelöst; außerdem wurden 300 ranghohe Militärs entlassen. Vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 139–143; Dalos, Gorbatschow, S. 132–136.

<sup>576</sup> Eine sehr einprägsame autobiografische Beschreibung der Atmosphäre dieser Versammlungen findet sich bei Fadeev, *Očerki*, Teil 1, S. 34–41.

<sup>577</sup> Die Versammlungen und Diskussionen auf dem Puškin-Platz wurden noch zwei weitere Jahre fortgesetzt. Die informelle Presse wurde dort verbreitet, getauscht und verkauft.



*Ein Demonstrant auf dem Puškin-Platz, der die gerichtliche Verurteilung der „Henker aus dem KGB“ fordert.*  
(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)



siert. Valerij Fadeev, Mitglied der „Perestroika-88“ und einer der vielen Sprecher der Versammlungen auf dem Puškin-Platz, welcher in Anspielung an die Londoner öffentliche Grünanlage im Volksmund als der Moskauer „Hyde-Park“ bzw. das „Straßenparlament“ bezeichnet wurde, schrieb dazu: „Seitdem zog der Platz [...] auf eine mystische Art und Weise die allgemeine Aufmerksamkeit und wie ein Magnet [...] die Menschenmassen an. [...] Es war, als ob irgendein Teufel die sowjetische Bevölkerung vor der Parteikonferenz bezwungen hätte.“<sup>578</sup> In der Tat stieg nicht nur die Zahl der Demonstrationen unionsweit, sondern auch die Masse der Menschen, die daran teilnahmen und auf den zentralen Plätzen der Großstädte trotz aller Verbote der örtlichen Behörden Losungen wie „Freiheit allen politischen Gefangenen!“, „Ligačev – Stalinist“, „Wir fordern ein Mehrparteiensystem!“ oder „Weg mit KGB!“ skandierten.

Die ersten Reaktionen des Machtapparates auf die Demonstrationen waren, wie es schon in den anderen Zusammenhängen festgestellt wurde, stark unterschiedlich: Während etwa El'cin auf die Forderungen der „Gedenken“-Gruppe einging und die Demonstrierenden empfing, wurde gegen die Einzelpersonen, die kleineren Gruppen („Vertrauen“, „Freie Emigration für alle“) und vor allem gegen die Vereinigung um Novodvorskaja in der Regel repressiv vorgegangen. Diejenigen Versammlungen, welche die Unterstützung Gorbatschovs und seines Reform-

<sup>578</sup> Fadeev, Očerki, Teil 1, S. 40.

kurses bekundeten und das Bild des Generalsekretärs mit sich führten, das die Sicherheitsleute niederzureißen nicht wagten, konnten mit der Zurückhaltung der Polizei rechnen. Als Konsequenz wurde Gorbačëvs Porträt oft zynisch als ein „Verteidigungsinstrument“ der Demonstrierenden mitgeführt. Insgesamt war der Katalog der staatlichen Gegenmaßnahmen sehr begrenzt und nicht mit den Reaktionen von früher zu vergleichen. Paradigmatisch für das Neue stand das Verhältnis zwischen den Behörden und den Teilnehmern des Seminars „Demokratie und Humanismus“ (ab Mai 1988 „Demokratische Union“). Wie sich Novodvorskaja erinnert, wurden sie und die anderen Mitglieder der Gruppe stets durch die unverhältnismäßig große Zahl von Sicherheitsleuten beschattet, „präventiv“ festgenommen und für mehrere Stunden festgehalten. Für die Verteilung der Flugblätter mit dem Inhalt „40 Jahre Terror + 30 Jahre Stagnation = 70 Jahre sowjetische Herrschaft“ am 7. November 1987 in einer Metrostation wurde Novodvorskaja für drei Stunden auf der Polizeistation festgehalten und des „geringfügigen Rowdytums“ wegen der „Verbreitung des Mülls“ beschuldigt. Was ein paar Jahre zuvor mit hoher Wahrscheinlichkeit noch eine Verurteilung nach Artikel 70 des StGB mit mehreren Jahren Lagerhaft nach sich gezogen hätte, beschränkte sich 1987 auf das Abschalten der Telefonleitungen für ein halbes Jahr.<sup>579</sup> Ende Sommer 1988 ging der Machtapparat gegen solche Gruppen wie das Seminar zwar härter vor, dies erwies sich jedoch als kontraproduktiv. Dadurch, dass der Staat einen unverhältnismäßig großen Aufwand im Vergleich zu der geringen Zahl von Protestierenden betrieb, lenkte er erst recht die Aufmerksamkeit nicht nur der sowjetischen, sondern auch der internationalen Öffentlichkeit auf sich und mobilisierte neue Teile der Bevölkerung. Auch folgende administrative Methoden brachten nicht das erwünschte Resultat. Gemäß der Formel „Verboten ist alles, was nicht erlaubt ist“, fasste der Moskauer Stadtsowjet im August 1987 den umstrittenen „vorläufigen“ Beschluss über die Veranstaltung von „Kundgebungen, Umzügen, Demonstrationen und anderen Massenveranstaltungen“, der die Demonstrationen und Kundgebungen auf den zentralen Plätzen und Straßen der Stadt verbot und für solche Veranstaltungen ein Genehmigungsverfahren mit einer 10-tägigen Antragsfrist vorsah.<sup>580</sup> Da die örtlichen Sowjets keine gesetzliche Ermächtigung für solche Normsetzungen besaßen, handelte es sich hierbei um einen offenkundigen Eingriff in die Grundrechte<sup>581</sup> und löste erst recht gesellschaftliche Proteste aus. Informelle Gruppen richteten an die sowjetische Öffentlichkeit und an den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR, Andrej Gromyko, entsprechende Petitionen, in denen sie die Abschaffung der verfassungs-

<sup>579</sup> Novodvorskaja, *Po tu storonu*, S. 127ff.; hierfür wie für das Folgende vgl. auch *Vesti iz SSSR* 1987: 19/20-42, 19/20-43, 21-33, 21-34, 22-14, 22-20; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 37; sehr lesenswert sind journalistische Berichte in *Chronograf*, Nr. 7-10, 1988.

<sup>580</sup> Ähnliche Verfahrensregelungen wurden auf Initiative der Staatsführung auch in den anderen Großstädten (Sverdlovsk, Leningrad, Irkutsk, Riga) verabschiedet. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 36; *Vesti iz SSSR* 1987: 15/16-20.

<sup>581</sup> Luchterhandt, Otto: *Die Sowjetunion auf dem Wege zum Rechtsstaat*, Forschungsinstitut der KAS, Juli 1990, S. 13.

widrigen Regeln und die Garantie der Versammlungsfreiheit als Ausdruck ihrer Grund- und Freiheitsrechte einforderten.<sup>582</sup> Der gesellschaftliche Widerstand kam auch im Schulterschluss einer Vielzahl informeller Gruppen zum Ausdruck, die trotz ihrer ideologischen Differenzen und staatlicher Verbote bereits seit Ende 1987 gemeinsam eine Vielzahl unsanktionierter Meetings organisierten.

Bestimmten im Jahr 1987 noch die Demonstrationen von Bürgerrechts-, Friedensgruppen und Emigrationswilligen das Moskauer Stadtbild, so nahmen im folgenden Jahr die Kundgebungen anderer informeller Gruppen, auch sozialistischen Profils, zu, welche die politischen Entscheidungen des Machtapparates nicht selten mit ihren Aktionen beeinflussten. So protestierten „Bürgerliche Würde“, „Perestroika-88“ und „Demokratische Perestroika“ im Februar 1988 wirksam gegen das unter Ausschluss der Öffentlichkeit ausgearbeitete Gesetzesprojekt der Regierung, das das Statut und die Tätigkeit der informellen Initiativen regeln sollte und in seiner damaligen Form deren neu gewonnene Spielräume stark einschränkte. Kurz vor der geplanten Veröffentlichung des Dekrets wurde seine Rücknahme mit öffentlichen Protesten durchgesetzt.<sup>583</sup> Auch die Kundgebungen vom September 1988 gegen den Versuch zentraler Staatsorgane, die Auflagen der liberalen Presse aus Gründen des Papiermangels zu begrenzen, waren erfolgreich. Einige Einzelpersonen (Valerij Fadeev, Igor' Čubajs) und die Gruppe „Bürgerliche Würde“ um Viktor Zolotarev starteten im gleichen Jahr eine Unterschriftenkampagne zur Umbenennung der öffentlichen Plätze Moskaus, die sich vor dem Hintergrund der fortschreitenden Entmythisierung sowjetischer Geschichte und ihrer revolutionären „Helden“ auch als erfolgreich erwies.<sup>584</sup>

Glaubt man dem damals aktiven Mitglied der „Gemeinde“, Aleksandr Šubin, so verfolgten einige Aktivisten das Ziel, die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung in einen öffentlichen Protest zu transformieren, um so die Reformen „von unten“ beeinflussen zu können.<sup>585</sup> Eine günstige Gelegenheit für die Umsetzung dieser Vorhaben boten der Besuch von Ronald Reagan in Moskau im Mai 1988, währenddessen die Kundgebungen nicht gestört wurden, sowie die undemokratischen Wahlen der Delegierten zur XIX. Parteikonferenz (28. 6.–1. 7. 1988), die als eine außerordentliche Versammlung zwischen den regulären Parteitagungen zum ersten Mal seit mehr als 47 Jahren über den weiteren innenpolitischen Kurs des Landes zu beschließen hatte. Der Parteikonferenz gingen die Wahl von rund 5000

<sup>582</sup> Diese wurden in der informellen Presse abgedruckt. Eine solche Zusammenstellung findet sich bei: Redlich, Svoimi, S. 44–49.

<sup>583</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Šubin, Predannaja, S. 167–171; Fadeev, Očerk; Interview mit Zolotarev in Igrunov-Archiv, [http://www.igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remeni/1113117752.html](http://www.igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1113117752.html); Dokumentationsfilm „Den' otkrovenija“ vom Regisseur A. Kibkalo, 1989.

<sup>584</sup> Fadeev, Očerk, Teil 2, S. 55ff. Ende 1988, Anfang 1989 wurden zahlreiche Straßen, Plätze und öffentliche Einrichtungen umbenannt. Vgl. Altrichter, Russland, S. 135. Zwar lässt sich zwischen Umbenennungen und der Aktionskampagne Fadeevs kein unmittelbarer Zusammenhang nachweisen, doch ist zu vermuten, dass gesellschaftliche Forderungen nach Umbenennung öffentlicher Räume den Machtapparat in dieser Entscheidung zumindest bekräftigt haben.

<sup>585</sup> Šubin, Predannaja, S. 169f.

Delegierten und die Veröffentlichung von 10, den Reformweg weisenden Thesen des ZK voraus. Bei der Kandidatenaufstellung wurden jedoch die konservativen Kandidaten bevorzugt, während die Veröffentlichung der Thesen für eine geplante Diskussion zu spät erfolgte.<sup>586</sup> Beides löste vielerorts Proteste aus. Anfang Juni erfasste eine Welle von Demonstrationen mehrere Städte Russlands und des Baltikums. Sie richteten sich gegen die undemokratische Aufstellung und Benennung der Delegierten zur XIX. Parteikonferenz und entwickelten sich nach dem Vorbild der Hauptstadt zu eigenen „Hyde-Parks“. In Omsk sollen am 29. Mai ca. 8000 Menschen, in Jaroslavl' am 8. Juni an die 6000, in Krasnojarsk am 15. Juni ca. 2000, in Kujbyšev (heute Samara) am 22. Juni 10 000 und in L'vov in der Ukraine am 21. Juni sogar 50 000 Menschen gegen die Delegiertenwahl demonstriert haben. Große Proteste wurden ebenfalls in Odessa, Sverdlovsk, Čeljabinsk, Leningrad, Kazan' und Tallinn (Estland) organisiert. Einige dieser Kundgebungen bewirkten die Wahl bzw. die Absetzung einzelner Delegierter. So wurden nach einer erfolgreichen Unterschriftenaktion Jurij Afanas'ev<sup>587</sup> und Vitalij Korotič<sup>588</sup> zu Delegierten der XIX. Parteikonferenz bestellt. In Kujbyšev erzwang man sogar mit 5000 Unterschriften den Rücktritt des zum Delegierten der Parteikonferenz benannten Ersten Sekretär des Stadtkomitees, Murav'evs. Auch in der Stadt Južnyj-Sachalinsk war der Erste Sekretär des Gebietskomitees der KPdSU, Tret'jakov, zurückgetreten.<sup>589</sup>

Die Demonstrationen des Sommers 1988 markierten den Beginn einer friedlichen „Revolution“ „von unten“, die sich der Kontrolle „von oben“ allmählich entzog. Indes hatten die ersten großen Kundgebungen in Moskau eine konstitutive und konsolidierende Wirkung auf die mittlerweile politisch weit ausdifferenzierten und untereinander teilweise zerstrittenen informellen Gruppen. Die genannten Erfolge der ersten Massenaktionen zeigten, dass die Bündelung der gesellschaftlichen Aktivitäten in eine gemeinsame demokratische Massenbewegung notwendig war, um als politischer Akteur wahrgenommen zu werden. Im Bewusstsein dessen trafen sich die Vertreter der informellen Szene am 5. Juni 1988 zu einem „Forum der demokratischen Öffentlichkeit“ im Moskauer Palast der Jugend und arbeiteten ein erstes gemeinsames politisches Dokument, einen Forderungskatalog mit der Bezeichnung „Gesellschaftlicher Auftrag“ für die XIX. Parteikonferenz aus. An die Delegierten der Parteikonferenz von Jurij Afanas'ev überreicht, las er sich wie ein politisches Programm einer oppositionellen Partei. Der Text erfasste ein äußerst breites Problemspektrum und vereinte auf diese

<sup>586</sup> Vgl. Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“. I, S. 981–1001.

<sup>587</sup> Jurij Afanas'ev war prominenter Historiker, später Deputierter des Volksdeputiertenkongresses, der sich an der „Memorial“-Bewegung beteiligte und für radikale demokratische Reformen eintrat.

<sup>588</sup> Vitalij Korotič war als Chefredakteur der Illustrierten *Ogonek* für seine liberalen Ansichten bekannt, später ebenfalls Abgeordneter des Volksdeputiertenkongresses.

<sup>589</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 11-35, 11-36, 11-37, 11-40, 12-20, 12-31, 12-32, 12-36, 12-38, 12-39, 12-44; Šubin, *predannaja*, S. 197; Vochmence/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 38; nach Darstellung von Černjaev habe Gorbachev persönlich die Wahl von Afanas'ev durchgesetzt. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 187.

Weise Forderungen unterschiedlichster informeller Gruppen, die für die damalige Zeit noch sehr radikal waren.

Das Dokument beklagte den traditionellen Wahlmechanismus der Parteikonferenz, die „bürokratischen Tendenzen“ im Parteiapparat und warnte vor der „Gefahr von halbherzigen Lösungen, die sich negativ auf das Tempo der Perestroika auswirken sowie zur Verschärfung der Lage im Land und letzten Endes zu einer tiefen politischen Krise mit ungewissem Ausgang führen werden“.<sup>590</sup> Es schlug weiter vor, die Frist für die Debatten über die Thesen der Parteikonferenz, die als „innerlich widersprüchlich“ bezeichnet wurde, zu verlängern, die Delegierten des Parteitages nach politischen Plattformen zu wählen, an den Debatten der Konferenz politische Klubs teilnehmen zu lassen, die gesamte Konferenz durch Rundfunk und Fernsehen direkt zu übertragen und schließlich eine Strukturreform des Parteiapparates vorzunehmen. Weiterhin beinhaltete das Dokument die Kritik an der „Scheineinheit der politischen Kräfte“, die „schlimmer als ihre offene Spaltung“ sei, und forderte die Parteiführung auf, sich zu entscheiden, mit wem sie „in einem Boot sitzt“ – mit den Reformern oder den Bremsern der Perestroika. Der „Gesellschaftliche Auftrag“ enthielt eine Sammlung von 46 demokratischen und menschenrechtlichen Forderungen, die die Umrisse einer tiefgehenden politischen Reform darstellten. Darin wurden Maßnahmen zur Transformation der KPdSU in eine Parlamentspartei genannt, die als eine „entartete Kaste von ‚Partokraten‘“ bezeichnet wurde. Außerdem waren Forderungen nach Aufhebung des Artikels 6 der Verfassung, der die führende Stellung der Partei fixierte und die Schaffung eines Rechtsstaates, mit Gewährung der Menschen- und Bürgerrechte, mit rechtlichen Garantien für Diskussions-, Presse-, Vereinigungs-, Reise-, Gewissens- und Versammlungsfreiheiten verlangt. Es sei nötig, so im Dokument weiter, die Reform der Gesetzgebung zu beschleunigen, die Gültigkeit des Rechts für alle zu garantieren, „ein Verfassungsgericht als von der Legislative und Exekutive unabhängiges System der Verfassungsaufsicht sowie das Amt eines Beauftragten für die Bürgerrechte [...] einzurichten“, das Geschworenengericht einzuführen, das Wahlgesetz zu reformieren, endgültig das Passsystem abzuschaffen und den Weg für die Bildung parteiähnlicher Gruppen frei zu machen. Die informellen Gruppen verlangten, den KGB in mehrere Behörden aufzuteilen, alle politischen Gefangenen „unverzüglich freizulassen“, die Artikel 70 und 190 des StGB der RSFSR zu streichen und die Überprüfung aller politischen Urteile von den 1920er bis zu den 1980er Jahren zu veranlassen. Das Dokument enthielt ferner Forderungen nach einer öffentlichen Verurteilung des Einmarsches in die Tschechoslowakei 1968 und in Afghanistan 1979, nach einem Verbot des Einsatzes der Streitkräfte außerhalb der Grenzen der UdSSR, nach Abschaffung aller Privilegien der No-

<sup>590</sup> Vgl. das Dokument und Kommentar dazu von Šubin, Aleksandr: Gesellschaftlicher Auftrag an die XIX. Parteikonferenz der KPSS, 5. und 12. Juni 1988, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russisch-sowjetischen Geschichte 1917–1991, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0018\\_auf&object=abstract&st=AUFTRAG&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0018_auf&object=abstract&st=AUFTRAG&l=de); vgl. auch Erinnerungen von Fadeev, Očerik, Teil 2, S. 3 ff.

menklatur sowie nach Reformen im Bildungssystem. Ein Aufruf, „[d]ie gesamte Gesetzgebung der UdSSR [...] mit der Verfassung und den Normen des internationalen Rechts in Übereinstimmung zu bringen“, war darin ebenfalls zu finden, was zugleich als Kritik an der bisher unterlassenen Implementierung dieser Standards zu lesen war.<sup>591</sup>

Auch wenn das eigentliche Ziel der Informellen, die Plattform zu einer Diskussionsgrundlage der XIX. Parteikonferenz zu lancieren und einen politischen Druck auf die Partei auszuüben, zunächst verfehlt wurde, handelte es sich bei dem „Gesellschaftlichen Auftrag“ um ein wichtiges politisches Dokument der unabhängigen gesellschaftlichen Gruppen und um eine erste bewusste Oppositionierung zum offiziellen Parteikurs. Der Auftrag wurde im Samizdat vervielfältigt und war vielen Konferenzdelegierten bekannt. Für die Informellen war die Ausarbeitung des Dokuments indes „eine der ersten politischen Erfahrung[en] in Demokratie“,<sup>592</sup> von der die spätere demokratische Bewegung Russlands Gebrauch machte. Es kennzeichnete auch den ersten Versuch der Moskauer Klubs, sich nach dem Vorbild der Volksfronten in den baltischen Republiken zu einer gemeinsamen demokratischen Bewegung, einer „Moskauer Volksfront“, zusammenzuschließen.<sup>593</sup> Seine Inhalte demonstrierten darüber hinaus, dass die 1987 noch als radikal empfundenen Forderungen von Dissidenten wie Valerija Novodvorskaja mittlerweile konsensfähig und von der Mehrheit der informellen Gruppen geteilt wurden. Menschenrechtsnormen waren schon im Sommer 1988 zur konsensualen Basis der gesellschaftlichen Opposition gegen die Regierung geworden.

Die Etablierung menschenrechtlicher Forderungen als Teil des gesellschaftlichen Diskurses führte zur Bildung neuer gesellschaftlicher Akteure und beeinflusste die Interessenformulierung existierender Gruppen. Der Sommer 1988 war deshalb nicht nur durch viele kleine „Straßenparlamente“, sondern auch durch die Radikalisierung bestehender und die Herausbildung neuer Gruppen bestimmt, die sich programmatisch auf einer der KPdSU oppositionellen Seite positionierten. Eine Initiative unter diesen bezeichnete sich sogar als „Partei“. Als „eine Sensation, die man erwartete“, wurde die Gründung der ersten Oppositionspartei der KPdSU, der „Demokratischen Union“ (künftig: DU) unter Leitung von Novodvorskaja von der informellen Zeitung *Chronograf* kommen-

<sup>591</sup> Text: [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0018\\_auf&object=translation&st=LABOR&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0018_auf&object=translation&st=LABOR&l=de).

<sup>592</sup> So Šubin, Gesellschaftlicher Auftrag, S. 1.

<sup>593</sup> Die Bewegung verfehlte jedoch auf Grund ideologischer Differenzen und persönlicher Intrigen innerhalb des Organisationskomitees ihre politische, den baltischen Volksfronten vergleichbare Wirkungskraft. Später gab es einen erneuten Vereinigungsversuch der „Moskauer Volksfront“, der aber erneut scheiterte. Es wurden zahlreiche Volksfronten in den anderen Städten Russlands sowie eine Russische Volksfront gebildet; eine den baltischen Volksfronten vergleichbare Bedeutung konnte jedoch aus den oben bereits erwähnten Gründen keine der russischen Bewegungen erreichen. Vgl. Šubin, Predannaja, S. 209–231; Fadeev, Očerki, Teil 2, S. 3–54; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 46f.; Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 87ff.



tiert.<sup>594</sup> Auf dem Gründungskongress, der vom 7. bis 9. Mai 1988 von ca. 150 Delegierten und Gästen aus mehr als 27 Städten der Sowjetunion in einer Moskauer Wohnung abgehalten wurde, vereinte die neue Partei u. a. die Vertreter der Gruppen „Vertrauen“, „Demokratische Perestroika“, „Freie Interprofessionelle Vereinigung der Werktätigen“ und des Presseklubs „Glasnost“. Vom 27. bis 29. Januar 1989 fand in Riga der zweite Parteitag der DU mit ca. 160 Delegierten und Gästen aus 36 Städten statt.<sup>595</sup>

„Der Mensch ist frei geboren und keine Ideologie oder soziale Idee kann ihm den Verlust dieser Freiheit ersetzen“ – mit diesen Worten begann die Deklaration der Partei, die sich einen gewaltfreien Systemwechsel in der UdSSR zum Ziel setzte. Eine parlamentarische Demokratie nach dem Vorbild der westeuropäischen Staaten war das angestrebte Ideal.<sup>596</sup> Die Entideologisierung der Gesellschaft, die absolute Priorität des Individuums vor dem Kollektiv und vor dem Staat, das Primat des Rechts, die Gewaltenteilung, das Mehrparteiensystem und der Parlamentarismus, die Gewissensfreiheit und die Garantie aller anderen Bürgerrechte, die freie Marktwirtschaft, das Recht der Völker auf nationale Selbstbestimmung wurden von der DU zu den unabdingbaren Bedingungen einer „wahren modernen Demokratie“ deklariert.<sup>597</sup> Sie forderte deshalb u. a. eine sofortige Streichung der politischen Artikel des Strafgesetzbuches, die Freilassung und die Rehabilitierung aller politischen Gefangenen, die Aufhebung von Beschränkungen der Freiheit auf Demonstrationen, gesellschaftliche Vereinigungen und Presse, den Verzicht auf militärische, politische und ideologische Expansion, die Abschaffung des KGB und des Artikels 6 der Unionsverfassung.

Die neue Partei gewann sehr schnell an Bekanntheit und Popularität, nicht zuletzt wegen ihrer erwähnten Radikalität und den ungenehmigten Kundgebungen, die zum „Markenzeichen“<sup>598</sup> der DU wurden. In den anderen Großstädten bildeten sich Koordinationsräte der Partei aus, die nach dem gleichen Muster wie die Moskauer Gruppe agierten. Auch die Kundgebungen der Partei zogen in der Regel große Menschenmengen an, wurden jedoch oft gewaltsam von der Polizei aufgelöst. Dass die DU einen direkten Affront für die herrschende KPdSU darstellte, versteht sich von selbst. Deren Mitglieder wurden deshalb oft und in schnellen Gerichtsverhandlungen mit falschen Zeugnissen zu mehrtätigen Arresten und Geldstrafen verurteilt.<sup>599</sup> Eine am 21. August 1988 anlässlich des zwanzigsten Jahrestags des Einmarsches der sowjetischen Armee in die ČSSR von der Partei orga-

<sup>594</sup> *Chronograf*, Nr. 4; hierfür wie für das Folgende siehe auch: *Chronograf*, Nr. 5, 6; Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 147 ff.; Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 94 ff.; Ob'edinenie grupp negativnogo charaktera – t. n. „Demokratičeskij sojuz“, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 4, l. 28 f.

<sup>595</sup> Spravočnyj material o vtorom s'ezde Demokratičeskogo sojuza, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 14, l. 22–24.

<sup>596</sup> Der Text der Deklaration, die Hauptprinzipien und das Programm der DU siehe in: Suslova, Obščestvennye, S. 410–423.

<sup>597</sup> Ebd., S. 417.

<sup>598</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 43.

<sup>599</sup> Ebd.; Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 147 ff.





*Auflösung einer Demonstration der „Demokratischen Union“ im August 1988.*

(Quelle: Aus dem privaten Archiv von Aleksej Pjatkovskij)

nierte Gegendemonstration am Puškin-Platz wurde sogar zum ersten Mal durch die Milizverbände für besondere Aufgaben (in der Sowjetunion und dem heutigen Russland unter der Abkürzung OMON bekannt) aufgelöst. Sie gingen mit großer Brutalität gegen eine Versammlung von ca. 800 Menschen vor, wobei auch zufällige Passanten, Frauen, Kinder und alte Leute zusammengeschlagen wurden. Nach inoffiziellen Angaben gab es an diesem Tag 154 Festnahmen, viele Menschen wurden vor Gericht gestellt oder zu Geld- oder sogar Haftstrafen verurteilt.<sup>600</sup> Diese Brutalität wiederholte sich am 5. September am Tverskoj-Boulevard, als eine aus rund 50 Personen bestehende Gruppe um Novodvorskaja zum 70. Jahrestag des roten Terrors eine unerlaubte Demonstration mit ca. 1000 Teilnehmern organisierte.<sup>601</sup>

Die DU stellte zweifelsohne den radikalsten Flügel der gesellschaftlichen Bewegung dar. Wegen ihrer Kompromisslosigkeit und der auf Konfrontation mit dem Machtapparat ausgelegten Methoden wurde sie von der Mehrzahl der informellen Gruppen abgelehnt. Sicher lag einer solchen Distanz auch Pragmatismus zugrunde. Denn die DU war mit ihren regelmäßigen und nicht sanktionierten Kundgebungen ein ständiger Reizfaktor für die herrschende Partei, von dem nicht wenige Gruppen Abstand nahmen, um nicht selbst ins Kreuzfeuer der Kritik des

<sup>600</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 16-5; Novodvorskaja, Po tu storonu, S. 152 ff.

<sup>601</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 17/18-6.

Machtapparates zu gelangen. So war die Frage, ob man Seite an Seite mit der DU demonstrieren solle oder nicht, oft der Anlass zu Kontroversen sowohl zwischen als auch innerhalb (so in der „Perestroika-88“) der informellen Gruppen.<sup>602</sup> Kuriöserweise wiesen viele dieser Gruppen mit der neuen Partei zahlreiche inhaltliche Gemeinsamkeiten auf. Auch wenn sie dem bestehenden System mit ihrer gemäßigten Sprache ihre Loyalität demonstrierten, stritten sie der herrschenden Partei mit ihren Forderungen – nicht weniger als die DU – die Legitimität ab und rückten in der Sache an die Gruppe von Novodvorskaja heran. Selbst die Reformvorschläge des „Gesellschaftlichen Auftrags“, der eine Plattform der „Moskauer Volksfront“ – einer Bewegung mit sozialistischer Positionsbestimmung – werden sollte, stimmten teilweise mit den Programmpunkten der DU überein. Sie verfolgten das gleiche Ziel: Die gesetzliche Verankerung elementarer politischer Grundrechte in der UdSSR bzw. die Schaffung eines parlamentarisch aufgebauten Rechtsstaates mit mehreren Parteien und dem Primat der Menschenrechte.<sup>603</sup>

Unmittelbar nach der oben geschilderten gewaltsamen Auflösung der Demonstrationen wurde bekannt, dass bereits am 28. Juli 1988 vom Obersten Sowjet der UdSSR das Dekret über „das Verfahren der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzügen und Demonstrationen in der UdSSR“, das den „vorläufigen“ Regelungen vom 1987 glich, sowie das Dekret „Über die Pflichten und Rechte der inneren Truppen des Innenministeriums der UdSSR bei der Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung“ erlassen wurde.<sup>604</sup> Das Dekret über Versammlungen war die erste ausführliche rechtliche Verfahrensregelung überhaupt, welche die Versammlungsfreiheit als ein Grundrecht fixierte und seine Ausübung nicht nur gesellschaftlichen Organisationen, sondern auch einzelnen Bürgern zugestand. Sie schrieb jedoch wie schon die vorläufigen Ordnungen eine Genehmigung durch die Behörden vor und ermächtigte diese, die Genehmigungen dann zu verweigern, wenn sie die Ziele der öffentlichen Aktionen als „bedrohend“ für die gesellschaftliche Ordnung einschätzten. Gleichzeitig sah die neue Regelung keine Möglichkeit zur rechtlichen Anfechtung der Verordnungen vor. Die zweite Verordnung legalisierte indes den Einsatz der Truppen von OMON gegen Demonstranten und erlaubte in Ausnahmefällen sogar den Einsatz von Schusswaffen. Beide Dekrete wurden ohne Vorankündigung oder eine öffentliche Diskussion verabschiedet und stellten abermals den Versuch der Partei dar, die gesellschaftliche Bewegung mit administrativen Mitteln einzudämmen. Nicht ohne Zufall wurden zur gleichen Zeit Verhärtungen in der Position

<sup>602</sup> Das zeigt etwa der erwähnte Film „Den’ otkrovenija“ von Kibkalo.

<sup>603</sup> Vgl. auch Altrichter, Russland, S. 99.

<sup>604</sup> Beide Texte in: VVS SSSR 1988, Nr. 31, Art. 504 und Art. 505. Eine Bewertung der Dekrete findet sich bei Luchterhandt, Die Sowjetunion, S. 65–67. Bei den Truppen des Innenministeriums handelte es sich um die „Milizverbände für besondere Aufgaben“, um eine Art „Nationalgarde“ der Union, die für ihre Bewaffnung und weitreichende polizeiliche Vollmacht, die ihnen in Ausnahmefällen sogar den Einsatz der Schusswaffen erlaubte, berüchtigt war. In der Bevölkerung waren sie unter dem Namen *Omonovcy* (vom Akronym OMON) bekannt. Ihre oft gegen die Demonstranten eingesetzten Stöcke nannte man ironisch „Demokratisierer“ [Demokratisatory]. Fadeev, Očerck, Teil 2, S. 49f.

des Machtapparates in Beziehung zu den gesellschaftlichen Initiativen in vielen Großstädten und Teilrepubliken beobachtet.<sup>605</sup> Am 24. April 1989 wurden die Dekrete noch mit einer Verschärfung ergänzt, indem das Oberste Gericht der UdSSR auch Streikposten und Mahnwachen vor öffentlichen Gebäuden und Institutionen als genehmigungspflichtige Demonstrationen einstuft.<sup>606</sup>

Die Dekrete und die Praxis der Gebietskomitees, die Anträge der Gruppen auf Genehmigung einer Kundgebung kurz vor dem geplanten Termin als „antisowjetisch“ abzulehnen,<sup>607</sup> wurden von der Öffentlichkeit als Signal zur Gewaltanwendung gewertet und lösten vor dem Hintergrund der neuen Brutalität des Machtapparates Unmut und Proteste aus.<sup>608</sup> Die in der informellen Szene noch anzutreffende Loyalität dem Staat gegenüber wich einer kritischen *Dagegen*-Einstellung. Zahlreiche Protestdemonstrationen in den Großstädten der Union und die Treffen der politisch interessierten Bevölkerung auf dem Puškin-Platz sowie in den öffentlichen Einrichtungen in Moskau wurden trotz der Verbote und der Gewalt der Sicherheitsorgane fortgesetzt. Sie rückten Themen wie politische Repressionen, Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR in den Fokus der Öffentlichkeit; sie gedachten der Opfer der staatlichen Gewalt und forderten deren Rehabilitation sowie den Rücktritt der konservativen Politbüromitglieder (von Ligačev und vom Ersten Sekretär der Ukrainischen KP, dem Politbüromitglied Vladimir Ščerbickij). Somit konfrontierten sie das Regime mit seinen Legitimitätsdefiziten.<sup>609</sup>

Gleichzeitig war die Evolution von bis vor kurzem noch als gemäßigt geltenden Klubs, ihre Annäherung an die Positionen der DU zu beobachten – so auch die Umwandlung des moderaten Diskussionsklubs „Demokratische Perestroika“ in eine oppositionelle Vereinigung mehrerer informeller Gruppen während einer Sitzung am 13. September 1988 in Moskau. An dem Tag kamen die Diskutanten darin überein, dass der Rechtsstaat mit dem Einparteiensystem unvereinbar sei und dass den autoritären Tendenzen Widerstand geleistet werden müsse.<sup>610</sup> In Moskau und in anderen Großstädten wurden Volksfronten gegründet, die zwar mehrheitlich erklärten, die Perestroika und den Parteikurs zu unterstützen und für einen „demokratischen Sozialismus“ kämpfen zu wollen, die jedoch zugleich, wie es die „Moskauer Volksfront“ in ihrem Programm deklarierte, das Recht einer Organisation auf die „Monopolisierung des politischen Lebens des Landes“ hin-

<sup>605</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 17/18-6; *Chronograf* Nr. 12, 13, 16, 1988.

<sup>606</sup> VVS SSSR 1989, Nr. 3, S. 15; eine Bewertung der Dekrete findet sich bei Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 65-67.

<sup>607</sup> Hingegen wurden Kundgebungen der national-patriotischen Gruppen, diese insbesondere in Leningrad, sowie Veranstaltungen von Gruppen des sozialistischen Profils, soweit sie sich nicht gegen die Verordnungen des Staates richteten, genehmigt. Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 98; Fadeev, *Očerki*, Teil 2.

<sup>608</sup> Vgl. Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 97.

<sup>609</sup> *Vesti iz SSSR* 1988: 17/18-58, 17/18-59, 17/18-60, 19/20-15, 19/20-8, 21-13, 22-27, 22-31, 24-3.

<sup>610</sup> Informacija o zasedanij kluba „Demokratičeskaja perestroika“, 13. 9. 88, in: CAOPIM, f. 8723, op. 1, d. 14, l. 7-13.



*Besprechung über die Bildung des Diskussionsklubs „Moskauer Tribüne“, 9. August 1988. Auf dem Bild von links nach rechts: Gennadij Žavoronkov, Jurij Karjakin, Andrej Sacharov und Jurij Afanas'ev. (Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau; Foto: D. Čížkov)*

terfragten.<sup>611</sup> In der Rolle einer „legalen Opposition“ wollte sich der im Herbst 1988 gegründete elitäre Klub „Moskauer Tribüne“ sehen.<sup>612</sup> Nachdem so prominente Persönlichkeiten wie Andrej Sacharov, der Wirtschaftswissenschaftler Leonid Abalkin oder der Historiker Jurij Afanas'ev in einem „Offenen Brief“ ebenfalls gegen die undemokratische Bestellung der Delegierten der XIX. Parteikonferenz protestiert hatten, gründeten sie einen Klub, der sich als Lobby reformorientierter Politiker verstand und der zu einem seiner Hauptziele die „wissenschaftliche Erforschung sozioökonomischer und politischer Probleme“ machte. Obwohl sich der Klub zunächst ausschließlich auf eine intellektuelle Tätigkeit ausrichtete, verwandelte er sich bald auch in eine politische Tribüne von Anhängern des radikalen Reformprozesses.<sup>613</sup>

Selbst die Vereinigung „Memorial“, die zum damaligen Zeitpunkt ein relatives Wohlwollen der Behörden genoss – ihre erste öffentliche Versammlung zur Überreichung der gesammelten Unterschriften für die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer des politischen Terrors an die Delegierten der XIX. Parteikonferenz

<sup>611</sup> So das Programm der „Moskauer Volksfront“, in Suslova, Obščestvennye, S. 424–434; diese programmatische Tendenz geht auch aus der folgenden Dokumentensammlung des Moskauer Stadtkomitees zu Moskau und anderen russischen Volksfronten hervor: CAOPIM, f. 8659, op. 1, d. 1, 2, 4, 5, 10, 15, 16; f. 8661, op. 1, 2, 6, 7, 10.

<sup>612</sup> Sacharov, Andrej: Mein Leben, München/Zürich 21991, S. 792.

<sup>613</sup> Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 83, Vgl. auch Berezovskij/Krotov/Solovej/Červjakov, Rossijsa. Sbornik materialov, Bd. 4, S. 51; Engert/Gartenschläger, Der Aufbruch, S. 46f.

wurde Ende Juni im Dynamo-Stadion genehmigt – schlug einen konfliktträchtigen Kurs ein. Ende August 1988 gewann der radikale Flügel der Bewegung an Stärke. Deren Anhänger traten für eine generelle Aufarbeitung der repressiven sowjetischen Vergangenheit über die Stalin-Jahre hinaus ein. „Memorial“ erklärte es für unmöglich, sich von der repressiven Vergangenheit zu trennen, solange die Grundlagen des repressiven Staates, das „Subsystem der Angst“ in Gestalt des KGB, am Leben bleibe. Die Vertreter dieser Meinung brachten daher das „Memorial“-Projekt mit folgenden politischen Forderungen auf: Der KGB müsse aufgelöst, alle politischen Gefangenen freigelassen und rehabilitiert werden, die entsprechenden Artikel des Strafgesetzbuches seien abzuschaffen und der Missbrauch der Psychiatrie zu beenden. Die Idee von „Memorial“, so die weitere Argumentation, könne nicht als verwirklicht gelten, solange die Verbannung Aleksandr Solženicyns und anderer bedeutender Landsleute nicht aufgehoben worden sei.<sup>614</sup> Diese Linie überwog in allen diskutierten Fragen auf dem „Arbeitstreffen“ der Gruppe Ende Oktober 1988 im Theater der Filmschaffenden, das eigentlich eine Gründungskonferenz werden sollte, aber aufgrund der Intervention „von oben“ verhindert wurde. Auf dem Treffen wurde beschlossen, nicht nur die Arbeit von „Memorial“ auf die Zeit nach Stalin auszuweiten, sondern auch eigene Kandidaten für das sowjetische Parlament aufzustellen, das nach Beschlüssen der XIX. Parteikonferenz im März 1989 neu gewählt werden sollte. Mit diesem Ziel wurde einstimmig Andrej Sacharov zum Kandidaten nominiert.<sup>615</sup> Die im Januar 1989 schließlich angenommene Resolution illustrierte den Wandel von „Memorial“ aus einer Denkmalprojektgruppe in eine der größten und hochpolitischsten Vereinigungen der Sowjetunion, die am Wandel des politischen Bewusstseins eines Teils der Sowjetbevölkerung und an dem Zerfall des kommunistischen Monopols in den nächsten zwei Jahren – durch die Organisation der größten Massenmeetings und der Wahlkampagnen vor den Wahlen des Volksdeputiertenkongresses – unmittelbar beteiligt war. Die Resolution enthielt eine Liste politischer Forderungen und verlangte u. a., die politischen Urteile nach Stalins Tod zu über-

<sup>614</sup> Obraščenie 4-ch „radikal'nych“ členov iniciativnoj grupy „O Memoreale žertvam repressij“, in: Igrunov-Archiv, [http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-history-doc-obrasch\\_scubko\\_87.html](http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-history-doc-obrasch_scubko_87.html); Fein, *Geschichtspolitik*, S. 127 ff.; Altrichter, *Russland*, S. 90–97.

<sup>615</sup> Stenogramma podgotovitel'noj konferencii obščestva „Memorial“, in: Igrunov-Archiv, <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/>. In dem Ende Januar 1989 veröffentlichten Wahlprogramm von Sacharov standen u. a. folgende Forderungen: die Annäherung zwischen kapitalistischen und sozialistischen Systemen, Ersatz des kommando-administrativen Systems durch ein pluralistisches mit Elementen der freien Marktwirtschaft und des Wettbewerbs, Förderung ökologischer Bewegungen, Schutz der Menschenrechte und aller politischer Freiheiten, Öffnung der Archive von NKVD und KGB als erster Schritt zu einem Rechtsstaat, Abschaffung der Todesstrafe, Rehabilitierung aller politischen Gefangener und Freilassung der Mitglieder des armenischen „Karabach“-Komitees und der Vereinigung „Krunk“. Das Programm wurde in der ersten Ausgabe des „Memorial“-Bulletins veröffentlicht. Diese Ausgabe sowie der Gesamttext von Sacharovs Wahlprogramm ist heute abrufbar unter: <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-gazeta.html>.



prüfen, die Artikel 70 und 190 (1) aus dem Strafgesetzbuch der RSFSR zu streichen, die Dekrete zur Versammlungsfreiheit vom Sommer 1988 für ungültig zu erklären und unverzüglich die verhafteten Mitglieder des Armenischen Karabach-Komitees sowie andere Aktivisten der armenischen Nationalbewegung freizulassen. „Memorial“ sprach dem Wahlkampfprogramm vom Sacharow die volle Unterstützung aus und warb für Kandidaturen anderer Mitglieder der „Memorial“-Gruppe für die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress.<sup>616</sup> Zum Zeitpunkt der Gründungskonferenz am 28./29. Januar 1989 war „Memorial“ die größte informelle Vereinigung, deren Moskauer Organisation über 1000 Aktivisten zählte. Diese stützte sich wiederum auf 108 lokale „Memorial“-Gruppen unionsweit und symbolisierte wie keine andere informelle Gruppe der Sowjetunion das Erstarken der gesellschaftlichen Opposition.<sup>617</sup>

## 5.2 Die Menschenrechtskommission von Fedor Burlackij und die Enttabuisierung des Menschenrechtsdiskurses

Während die Konservativen im Parteiapparat einen Dialog mit der Gesellschaft ablehnten und für die Machtdemonstration plädierten, hofften Gorbachev und seine Mitstreiter die Kontrolle über den sich radikalisierenden gesellschaftlichen Diskurs mit politischen Mitteln wiederzugewinnen.<sup>618</sup> Die Bildung und die Tätigkeit der oben erwähnten Menschenrechtskommission unter Fedor Burlackij ist ein besonders plakatives Beispiel dafür, wie man mit einer parteiloyalen Gruppe den Einfluss der unerwünschten unabhängigen Initiativen eingrenzen, sie im besten Fall neutralisieren und sich dabei auch noch außenpolitisch zu profilieren versuchte. Interessant für die vorliegende Untersuchung ist diese Kommission auch deswegen, weil Gorbachev mit deren Gründung offensichtlich mehrere Ziele verfolgte. Die Tatsache, dass ihr der als liberal geltende Burlackij<sup>619</sup> vorstand, war ein Indiz dafür, dass Gorbachev nicht bereit war, dieses Feld den Konservativen im Parteiapparat zu überlassen, und mit der Kommission seine Ansichten im humanitären Bereich vertreten ließ. Ihre Bildung kann deshalb auch als ein Signal an die eigenen Parteigenossen interpretiert werden, während ihre Verweise auf Helsinki-Vereinbarungen Gorbachevs innenpolitischen Reformen eine zusätzliche Legitimation verschafften.

<sup>616</sup> Text der Resolution, in: Igrunov-Archiv, <http://igrunov.ru/cat/vchk-cat-org/memor/hist/docum/vchk-cat-org-memor-docr-resol.html>.

<sup>617</sup> Zahlen von: Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 90; Fein, Geschichtspolitik, S. 134; vgl. auch Sacharow, Mein Leben, S. 793–799.

<sup>618</sup> Gewalt als Mittel lehnte Gorbachev ab. Vgl. z. B. die Auseinandersetzung im Politbüro am 15. April 1988, in: V Politburo, S. 334, S. 339, 423.

<sup>619</sup> Fedor Burlackij galt als ein „Reformer im System“, war er doch als Publizist für seine allzu liberalen Ansichten bekannt und wurde sogar für einen Artikel in der *Pravda* 1967 entlassen. Nach der Wahl in den Volksdeputiertenkongress im März 1989 sollte sich Burlackij als ein Reformer profilieren, der sich zusammen mit den anderen reformorientierten Parteimitgliedern für eine rasche Implementierung der KSZE-Verpflichtungen einsetzte. Vgl. Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Studie.

Die Kommission war die erste staatliche Organisation, welche die „Erreichung voller Übereinstimmung der sowjetischen Gesetzgebung mit den Verpflichtungen aus der Helsinki-Akte und den UN-Dokumenten im Bereich der Menschenrechte“<sup>620</sup> zum Ziel ihrer Tätigkeit erklärte und damit überhaupt erstmals das in der Parteiführung vorhandene Problembewusstsein für humanitäre Bereiche und für die zuvor immer geleugnete Verletzung der vereinbarten Normen signalisierte. Das Sammeln von Beschwerden, welche die Verletzung der Rechte der Individuen zum Gegenstand haben, die Lösung dieser Fälle, öffentliche Diskussionen und die dadurch erhoffte Beeinflussung der Innenpolitik waren ihre erklärten Arbeitsmechanismen, die mit den Anliegen der unabhängigen Bürgerrechtsgruppen weitgehend übereinstimmten. Dass die Bildung der Gruppe um Burlackij in Wirklichkeit von ganz anderen Intentionen geleitet war als die der unabhängigen Helsinki-Gruppen, deuteten ihre exklamatorische Zusammensetzung und die ersten öffentlichen Erklärungen an. Die selbsternannte Helsinki-Gruppe von Burlackij<sup>621</sup> führte bekannte Kulturschaffende (Ales' Adamovič, Vladimir Dudincev, Grigorij Baklanov), jedoch keine der im Westen bekannten unabhängigen Rechtsschutzaktivisten als Mitglieder. In der Abendnachrichtensendung „Die Zeit“ am 30. November 1987 erklärte Burlackij das Bestreben seiner Kommission, die zwischenstaatliche Konfrontation in Fragen der Menschenrechte zu überwinden. Die internationale Zusammenarbeit in diesem Bereich, insbesondere die Aufnahme der Kontakte mit den westlichen Menschenrechtsorganisationen, bezeichnete er als eine seiner wichtigsten Aufgaben.<sup>622</sup> Mit keinem Wort wurde in den Medien die Tätigkeit der unabhängigen Helsinki-Gruppen erwähnt, während Ales' Adamovič sein Staunen darüber zum Ausdruck brachte, dass eine Helsinki-Organisation erst jetzt, 12 Jahre nach Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte, ins Leben gerufen worden sei. Die Kommission reagierte auch nicht auf die Einladung des Presseklubs „Glasnost“, an dem geplanten Menschenrechtsseminar im Dezember 1987 teilzunehmen – sie lehnte alle Kontakte mit den „Kriminellen“, wie sie die Mitglieder unabhängiger Menschenrechtsorganisationen bezeichnete, ab.<sup>623</sup> Dass die geschaffene Organisation den Staat und seine offizielle Menschenrechtspolitik propagandistisch zu repräsentieren hatte, verriet außerdem ihre offizielle Erklärung zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember 1987. Darin hieß es u. a.:

„Nicht in einen solchen Wettstreit treten, wo man einander in großen Worten von Menschenrechten übertrifft und die Gegenseite ihrer Verletzung bezichtigt, sondern durch praktische Schritte im gesellschaftlichen und internationalen Leben alles zu beseitigen und zu überwinden,

<sup>620</sup> *Izvestija* vom 30. 11. 1987, S. 3.

<sup>621</sup> Nach Darstellung von Ljudmila Alekseeva bezeichnete Burlackij seine Kommission von Anfang an als eine Helsinki-Gruppe und suchte unter diesem Namen gezielt Kontakt mit den Vertretern der transnationalen Helsinki-Netzwerke. Interview mit Alekseeva.

<sup>622</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe Materialien über Burlackij, in: OSA, F. 300, Subf. 80, S. 9, B. 85 (Burlackij F., 1973–1994); Interview von Burlackij in: SR vom 27. 12. 1987, S. 5.

<sup>623</sup> Vgl. Appell des Presseklubs „Glasnost“ an die Kommission, abgedruckt, in: RM vom 16. 9. 1988, S. 5.



was die Grundrechte der Menschen einengt – das ist die fruchtbarste Methode, die diese Probleme sowohl im Osten als auch im Westen lösen hilft.“<sup>624</sup>

Zwar wiesen diese Zeilen und die einzelnen Erklärungen von Burlackij in Interviews (etwa über die notwendige Stärkung der Rechtssicherheit des Individuums, über die Reform des Gerichtswesens oder über die Schaffung neuer Gesetze in den Bereichen Religion und Presse) auf die Existenz von Menschenrechtsproblemen in der UdSSR hin<sup>625</sup> – was immerhin ein Zeichen des Wandels war – das traditionelle Menschenrechtsverständnis der Sowjetunion wurde dabei aber noch nicht in Frage gestellt. Der gesamte Text vermittelte den Eindruck von einer Vergleichbarkeit der Menschenrechtsprobleme im Westen wie im Osten: Beide Gesellschaftssysteme haben gute und schlechte Seiten, beide sind verbesserungsbedürftig – war dem Inhalt zu entnehmen. In die gleiche Kerbe schlug auch eine Eingabe der Burlackij-Kommission vom Mai 1988 an das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR zum Schutze religiöser Gefangener im Zusammenhang mit der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung Russlands. Darin wurde die Bitte geäußert, das Schicksal jener Bürger zu prüfen, die ihre Haftstrafen wegen religiöser Betätigung verbüßten:

„Uns scheint, daß diese Menschen heute keinerlei Gefahr für unsere Gesellschaft mehr darstellen. Wir sind der Ansicht, daß es ein Akt von großer humaner Bedeutung wäre, ihnen zu vergeben. Eine solche Entscheidung würde mit Befriedigung [...] auch von vielen ausländischen Organisationen aufgenommen werden, die sich für die Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit in humanitären Fragen und auf dem Gebiet der Menschenrechte im Geist der Empfehlungen der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einsetzen.“<sup>626</sup>

Gemessen an der sowjetischen Vergangenheit erschien ein solcher „offizieller“ Appell fortschrittlich und bemerkenswert, weil ein Staatsvertreter indirekt die Verletzung der Gewissensfreiheit in der UdSSR ansprach und dabei auch noch mit der KSZE-Schlussakte argumentierte. Vom menschenrechtlichen Standpunkt aus war dieses Dokument jedoch „erschreckend“.<sup>627</sup> Die Kommission verurteilte darin nicht die menschenrechtswidrige Behandlung der Gläubigen. Sie ging sogar von der Gerechtigkeit der Verurteilungen aus.<sup>628</sup> Damit wurde weiterhin an der

<sup>624</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Bürgerrechtsbewegung*, S. 141 f. Der Verfasserin liegt lediglich die englische Version des Textes vor: Statement by the public Commission for International Cooperation for Humanitarian Issues and Human Rights of the Soviet Committee for European Security and Cooperation, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79 (Russia: Burlatsky Commission, 1986 – 1988).

<sup>625</sup> Vgl. z. B. das Interview in *Izvestija* vom 12. 2. 1988, S. 5.

<sup>626</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Bürgerrechtsbewegung*, S. 143. Nach Darstellung von Burlackij habe er bereits 1987 eine Liste mit über 400 Namen von Personen, die wegen religiöser Betätigung in Haft waren, von Rosalin Carter (der Frau des ehemaligen amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter) erhalten und an Gorbačev mit der Bitte weitergeleitet, sie alle in einem Akt freizulassen. Sein Appell sei ohne Folgen geblieben. Burlackij, *Glotok svobody*, S. 148 f.

<sup>627</sup> So die Bewertung von Luchterhandt, *Die Bürgerrechtsbewegung*, S. 143.

<sup>628</sup> Ebd.; vgl. auch den Appell des Presseklubs „Glasnost“ an die Kommission, abgedruckt in: RM vom 16. 9. 1988, S. 5.

Rechtmäßigkeit der Verfolgungen von Andersdenkenden und an der angeblich von ihnen ausgehenden Gefahr für den Rest der Sowjetbevölkerung festgehalten.

Die Schaffung einer Menschenrechtsgruppe „von oben“ und die ersten Auftritte der Kommission illustrieren das Bemühen der sowjetischen Regierung, von den unabhängigen Bürgerrechtsinitiativen abzulenken, um dadurch die gefährdete Interpretationshoheit im humanitären Bereich zu behalten. In den Medien wurde mit diesem Ziel eine regelrechte Werbekampagne für die neue Kommission gestartet, während die unabhängigen Initiativen, wenn überhaupt, dann aber im negativen Lichte einer Erwähnung Wert waren.<sup>629</sup> Bei alledem war die Parteiführung noch mehr als je zuvor darum bemüht, die gemäßigte Variante der traditionellen sowjetischen Menschenrechtsposition an die westliche Öffentlichkeit zu propagieren und auf der internationalen Bühne für Sympathien, Anerkennung und für eine KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau zu werben. Mit diesen Zielen, aber auch, um die Öffentlichkeit im Westen von den informellen Initiativen abzulenken, ging die Gruppe um Burlackij zum ersten Mal in der Geschichte der Sowjetunion und mit einem auffälligen Interesse an Eigenpräsenz in den westlichen Medien<sup>630</sup> auf die Vertreter der vor kurzem noch als „feindselig“ empfundenen transnationalen Helsinki-Netzwerke zu und zeigte sich bereit, die Existenz der Menschenrechtsprobleme in der Sowjetunion anzuerkennen, darüber mit den internationalen NGOs zu reden und sich sogar für die Lösung der bekannten Fälle einzusetzen. Statt, wie früher üblich, Nachfragen der westlichen Gruppen zu den einzelnen Fällen von Menschenrechtsverletzungen als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten abzulehnen, nahm die Kommission die Namenslisten bereitwillig entgegen und bemühte sich um eine Vermittlerrolle zwischen der eigenen Regierung und den westlichen Kritikern.

Nach der ersten Begegnung der Gruppe mit den Vertretern der westlichen nichtstaatlichen Menschenrechtsgruppen im Januar 1988 in Holland kam es im gleichen Monat zu einem bedeutenden Treffen zwischen einer Delegation der IHF und ihrem offiziellen sowjetischen Konterpart in Moskau. Als inoffizielle Erkundungskommission der KSZE-Konferenz in Wien, die Gespräche mit Staatsstellen, mit nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen

<sup>629</sup> So erschienen Ende 1987/Anfang 1988 in den zentralen Parteizeitungen ausführliche Interviews mit Fedor Burlackij; er bekam öfters die Gelegenheit, seine Gruppe im Fernsehen vorzustellen, wie eben in den Abendnachrichten „Die Zeit“ oder in der populären Fernsehsendung „Der Mensch und das Gesetz“ [Čelovek i zakon]. Vgl. SR vom 27. 12. 1987, S. 5f.; *Izvestija* vom 30. 11. 1987, S. 3; *Izvestija* vom 12. 2. 1988, S. 5; *Novoe vremja* vom 22. 7. 1988, S. 29; „Man and the Law“/„Čelovek i zakon“ (legal affairs) Human Rights Issues. Featuring Journalist F. Burlatski, 1-May-1988, in: OSA, F. 300, Sbf. 81, S. 9/60.

<sup>630</sup> Es ist offensichtlich, dass Burlackij um die Präsenz seiner Gruppe in den Medien sehr bemüht war. So ist z. B. einem Memorandum des U.S. Helsinki Watch Committees über das Treffen zwischen ihm und der Burlackij-Kommission in Paris im Mai 1988 zu entnehmen, dass die sowjetische Gruppe auf eine gute Presseresonanz sehr bedacht gewesen sei und ohne Einverständnis der anderen Seite die Pressevertreter zu dem Treffen eingeladen habe. Vgl. Helsinki Watch: Memorandum. Meeting with Soviet Commission for International Cooperation for International Cooperation on Humanitarian Affairs and Human Rights, in: OSA F. 318, S. 3, B. 79, S. 5.

(wie Andrej Sacharov, Larisa Bogoraz und Lev Timofeev) vorsah und die „Reife“ der Sowjetunion für eine Menschenrechtskonferenz in Moskau prüfen sollte, war vom 24. bis 29. Januar 1988 die Reise einer aus Vertretern von neun westlichen und neutralen Ländern zusammengesetzten IHF-Delegation nach Moskau geplant. Unter der Leitung des Präsidenten der IHF, Karl Johannes Schwarzenberg, sah sie die Erörterung eines breit gefächerten Problemkatalogs vor, u. a. die Besprechung der Situation in psychiatrischen Kliniken, die Anmahnung religiöser Verfolgung und Gespräche über Reiseerleichterungen. Das Reisekonzept und die Zusammensetzung der Gruppe wurden von Moskau akzeptiert. Nicht genehmigt wurden hingegen das Gespräch mit dem KGB-Chef, Viktor Čebrikov, und der Besuch in dem gefürchteten Arbeitslager Perm' 36-1 mit der Begründung, dass für Ausländer der Zutritt verboten sei. In diesem Lager sollten sich immer noch 12 politische Häftlinge, darunter Mitglieder der MHG, befinden.<sup>631</sup> Dennoch war dieser Besuch ohne Präzedenzfall, eine Sensation. Beispiellos war nicht nur die Tatsache, dass eine der Sowjetunion gegenüber grundsätzlich kritische Organisation mit einem Erkundungsmandat von den offiziellen Stellen Moskaus zuvor kommend empfangen wurde, sondern auch, dass zwischen beiden Parteien in einer Atmosphäre des Dialogs ein Informationsaustausch über jene Bereiche stattfand, die früher hinter dem Schleier der Geheimhaltung verborgen bleiben mussten. Mit diesem Schritt legte Moskau sein altes Argument der Nichteinmischung in die innenpolitischen Angelegenheiten endgültig *ad acta* und zeigte die Bereitschaft, einer der zentralen Forderungen der USA in Wien nachzukommen und zwar, die Helsinki-Netzwerke anzuerkennen und ihnen den ungehinderten Zugang zu einer eventuellen KSZE-Konferenz in Moskau zu ermöglichen. Die thematischen Schwerpunkte der Gesprächsrunden versprachen Fortschritte auch in den anderen Bereichen, insbesondere bei der Behandlung der Andersdenkenden und der Ausreisewilligen. Verheißungsvoll in diesem Zusammenhang verliefen die Begegnungen im Justizministerium und beim Institut für Staat und Recht. Im Innenministerium, im Gesundheitsministerium und im Serbskij-Institut für forensische und allgemeine Psychiatrie stieß die IHF hingegen auf eine Wand des Schweigens. Im Justizministerium war zu erfahren, dass 1986 allein im November 22 Personen auf Grundlage des Artikels 70 des StGB der RSFSR verurteilt wurden, im ersten Halbjahr 1987 hingegen nur noch zwei. Es wurden nicht nur Fürsprachen der IHF für Fälle von Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR angehört und die Fragen beantwortet, sondern auch Listen von 240 Namen jener

<sup>631</sup> Hierfür wie für die folgende Darstellung der Reise wurden folgende Materialien benutzt: IHF: On Speaking Terms. An Unprecedented Human Rights Mission to the Soviet Union, Wien 1988; Voss, Eugen: Moskauer Gespräche. Notizen zur IHF-Reise vom 24. bis 29. Januar 1988 nach Moskau, in: G2W, Nr. 3, 1988, S. 14–22; sowie Bestände des IHF Archivs: Agenda for Meeting with the Soviet Public Commission for International Cooperation on Humanitarian Issues, in: OSA, F. 318, Subf. 3, B. 79; Korrespondenz zwischen IHF und sowjetischen Staatsvertretern und Notes for Moscow Trip sowie Memorandum of IHF-Delegation to Moscow, in: OSA, F. 318, Sbf. 5, B. 3 (Delegation to Moscow); Pressekommentare, in: OSA, F. 318, Sbf. 7, B. 5 (IHF Press Releases and Press Conferences, 1986–1988); vgl. auch MN vom 7. 2. 1988, S. 7.

Personen entgegengenommen, die sich noch in Haft befanden. Auch eine Liste mit den Namen von 800 sowjetischen Wissenschaftern, die nicht mehr in ihrem Beruf arbeiten durften, nur weil sie einen Ausreiseantrag gestellt hatten, wurde angenommen. Auch wenn die sozialistische Prämisse von der Priorität der Sozialrechte während dieser Begegnung aufrechterhalten blieb, sprachen die Vertreter des Sowjetstaates vom Individuum in einer anderen Art und Weise als früher.<sup>632</sup> Im Sowjet für religiöse Angelegenheiten und im Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit wurden bei der Diskussion kontroverser Fragen unterschiedliche Meinungen vertreten und Auskünfte gegeben, die man in ihrem Inhalt kaum für möglich hielt. Das, was in der Burlackij-Kommission diskutiert wurde, verglich Lev Timofeev, Vorsitzender des Presseklubs „Glasnost“, mit den fünf Jahre früher vorgebrachten Inhalten der Dissidenten, mit dem „kleinen Unterschied“, dass Letztere dafür „eingesperrt“ worden waren.<sup>633</sup> „[T]he division between loyal Party officials and dissidentes is no longer as clear as it used to be“, urteilte der abschließende Bericht der IHF über die neuen Verhältnisse in der UdSSR.<sup>634</sup>

Als Erfolg wurden darüber hinaus ungehinderte Begegnungen der IHF-Delegation mit den informellen Gruppen und mit Andrej Sacharov, dem Priester Gleb Jakunin und anderen Bürgerrechtsaktivisten verbucht. Die Reise zeigte auch, dass die unabhängigen gesellschaftlichen Vereinigungen bewusst Kontakt mit den westlichen Vertretern suchten,<sup>635</sup> und zwar nicht nur mit dem Ziel, um sie mit Informationen über die Lage der Menschenrechte in der UdSSR zu versorgen, sondern auch um ihre innenpolitische Stellung zu festigen und ihre eigenen Vorhaben durchzusetzen. Wie sehr der außenpolitische Faktor inzwischen das Verhältnis zwischen Parteistaat und unabhängigen Gruppen in der UdSSR bestimmte und die gesellschaftspolitische Stellung der Letzteren stärkte, zeigte das offizielle Treffen der IHF mit der Burlackij-Kommission im „Haus der Freundschaft der Völker“. Die IHF bat bei dieser Gelegenheit darum, auch die Vertreter der informellen Menschenrechtsgruppen zu den Gesprächen zuzulassen, was zuerst abgelehnt wurde. Die Mitglieder des Presseklubs „Glasnost“, Larisa Bogoraz, Lev Timofeev und Sergej Kovalev, wurden zunächst und, wie es sich zeigte, vergeblich gehindert, in einen Bus mit den IHF-Gästen einzusteigen, als diese von ihrem Hotel zu dem geplanten Treffen abgeholt wurden.<sup>636</sup> Dem Druck der IHF und

<sup>632</sup> Voss, Moskauer, S. 16.

<sup>633</sup> Ebd., S. 18.

<sup>634</sup> Hierfür wie für das Folgende: IHF, *On Speaking Terms*, Zitat auf S. 6.

<sup>635</sup> So ist aus dem Bericht über die Reise von Eugen Voss (Mitglied der Schweizerischen Helsinki-Vereinigung) zu erfahren, dass auf die westlichen Vertreter im „Haus der Freundschaft der Völker“, wo das Treffen der Kommission und der IHF offiziell abgehalten wurde, die Hare-Krishna-Anhänger, orthodoxe Juden, Freunde des Presseklubs „Glasnost“ und Unbekannte, zum Teil mit Transparenten ausgestattet, warteten. Bemerkenswerterweise wurden sie von sowjetischer Seite toleriert. Vgl. International Helsinki Federation for Human Rights. Schweizerische Helsinki-Vereinigung/SHV. Moskauer Gespräche, 23.–29. Januar 1988, S. 19, in: OSA, F. 318, Sbf. 5, B. 7 (Moscow Trip, 1988).

<sup>636</sup> Hierfür wie für das Folgende ebd., S. 20ff.

dem Argument, es handle sich bei dem Presseklub „Glasnost“ um ein offizielles Mitglied der IHF, musste die Kommission auch dann nachgeben, als es zu dem öffentlichen Menschenrechtsdialog zwischen offiziellen Staatsvertretern und der IHF im „Haus der Freundschaft“ kam. Widerwillig hatte Burlackij das Wort an Lev Timofeev erteilen müssen. Damit wurde *de facto* diese unabhängige Menschenrechtsorganisation und mit ihr auch die anderen anerkannt.<sup>637</sup> Der Wunsch der sowjetischen Seite, einen möglichst positiven Eindruck bei der westlichen NGO zu hinterlassen, war größer als der Unwille, den ehemaligen Dissidenten zu begegnen. So war die offizielle Menschenrechtsgruppe nicht nur zu einer Duldung der unabhängigen „Konkurrenz“ gezwungen, sondern erklärte sich auch bereit, die von der IHF entgegengenommenen Namenslisten zu prüfen, wohl wissend, dass sie von Vereinigungen wie dem Presseklub „Glasnost“ stammten, also von jenen Gruppen, deren Tätigkeit man in der offiziellen Presse immer noch als kriminell und unglaublich darstellte und zu denen man jeglichen Kontakt ablehnte. Aus den gleichen Überlegungen zeigte man sich auch gegenüber den anderen gesellschaftlichen Aktivitäten als besonders liberal und unterließ es, die Demonstrationen informeller Gruppen während des Aufenthalts der IHF in Moskau aufzulösen. Die sowjetischen Staatsvertreter bemühten sich außerdem, die IHF-Delegationsteilnehmer davon zu überzeugen, den Vorschlag des Kremls zur Organisation einer Menschenrechtskonferenz in Moskau zu unterstützen.<sup>638</sup>

Diese erste Inspektion der IHF in Moskau, welche die bisherige Praxis, humanitäre Einzelfälle ausschließlich auf diplomatischer Ebene zu erörtern, ergänzte,<sup>639</sup> ließ die ersten Ansätze zur Errichtung eines Kontrollmechanismus im Bereich der Menschenrechte erkennen. Die Bilanz des Vertreters der schweizerischen Helsinki-Gruppe, Eugen Voss, dass alle Gespräche „ohne die geringste ideologische oder politische Konzession möglich waren“,<sup>640</sup> gab darüber hinaus ein deutliches Indiz für die begonnene Entideologisierung des Themas Menschenrechte in der Sowjetunion. Auf den Folgetreffen wurde diese Tendenz noch sichtbarer, aber auch der Umstand, dass es sich bei der Burlackij-Kommission um eine regierungsloyale Gruppe handelte, deren Mandat nicht darin bestand, die Umsetzung der Helsinki-Vereinbarungen durch den Staat zu überwachen, sondern der Welt den Wandel der sowjetischen Menschenrechtspolitik und damit die Mündigkeit der UdSSR zur Austragung einer KSZE-Menschenrechtskonferenz zu demonstrieren.

Ganz offensichtlich wurde dies Ende April 1988 im Palais Schwarzenberg, dem Tagungsort der laufenden KSZE-Verhandlungen in Wien, wo sich die Kommission während der zweiten Begegnung mit der IHF ganz besonders um Gespräche mit den Delegationen der NATO-Länder bemühte. Sie warb um Unterstützung für die laufenden Reformen in der UdSSR und lenkte dezidiert die Aufmerksamkeit auf die erreichten Liberalisierungsfortschritte. Nach dem persönlichen Ein-

<sup>637</sup> Vgl. auch die Darstellung von Burlackij, *Glotok svobody*, S. 149.

<sup>638</sup> IHF, *On speaking Terms*; Snyder, *Human Rights*, S. 200ff.

<sup>639</sup> Vgl. Voss, *Moskauer*, S. 22.

<sup>640</sup> Ebd.

druck des deutschen Vertreters in der IHF, Georg Brunner, versuchte die sowjetische Seite dabei, die Kooperation nach wie vor so zu steuern, dass sie ihr die „Anerkennung durch die IHF verschafft, die menschenrechtlichen Aktivitäten der IHF in Bezug auf die Sowjetunion neutralisiert und die Zusammenarbeit auf Sachgebiete konzentriert, die von den eigentlichen Menschenrechten recht entfernt sind“.<sup>641</sup> Die Kommission habe sich vordringlich für die künftige Kooperation zwischen ihr und der IHF interessiert und dabei nur wenig Bereitschaft gezeigt, über die ihr im Januar überreichte Liste von politischen Gefangenen, deren Glaubwürdigkeit sie nun anzweifelte, zu diskutieren.

Die von dem Treffen in Wien ausgehenden Impulse dürften dennoch für beide Seiten positiv gewesen sein. Der sowjetischen wurde wiederholt klar gemacht, dass die IHF nicht an einem Meinungsaustausch zum Thema Menschenrechte, sondern an der Lösung konkreter Fälle, also am Schicksal der verbliebenen politischen Gefangenen, von Refuseniks, von informellen Gruppen und von jenen, die wegen ihrer Überzeugung in psychiatrischen Anstalten immer noch festgehalten wurden, interessiert sei. Im Gegenzug beeindruckte die IHF-Vertreter trotz ihrer Kritik an der Kommission die „Sachlichkeit“ der Teilnehmer, der „Verzicht auf ideologische Floskeln und das Eingehen auf die westliche Denkweise“,<sup>642</sup> was zweifelsohne gute Voraussetzungen für eine weitere Zusammenarbeit schuf.

Mit einem vergleichbaren Ergebnis endete das erste bilaterale Treffen zwischen der Burlackij-Kommission und der amerikanischen Helsinki-Watch-Group im Mai desselben Jahres.<sup>643</sup> Während die Amerikaner auf die in Moskau überreichten Problemfälle vom Januar rekurrierten und die Legalisierung inoffizieller Menschenrechtsgruppen in den Vordergrund stellten, galt das Interesse der Burlackij-Kommission den Erklärungen und der positiven Darstellung des Treffens in den Medien. Die Begegnung bestätigte aufs Neue, dass die Hauptsorge der Kommission nicht die Menschenrechte, sondern die Unterstützung ihrer Regierung und einer Menschenrechtskonferenz in Moskau waren. Außerdem zeigte das Treffen, dass die Kommission sich mit dem Entstehen einer parteiinternen Fronde in der UdSSR im Verlauf des Jahres 1988 aus einer Opposition gegen die echten Menschenrechtsgruppen zu einer „legalen Opposition zur Bürokratie“, wie die Kommission sich selbst bezeichnete,<sup>644</sup> entwickelte, und ihre Aufgabe nun darin sah, dem Abbruch der Perestroika durch die konservativen Kräfte entgegenzuwirken.

Diese Feststellung störte jedoch kaum die Kooperation, die sich zwischen der Kommission und den westlichen NGOs fortsetzte und die Türen für die Inspektionen durch die Helsinki-Netzwerke in der Sowjetunion und für eine Entideologi-

<sup>641</sup> Notizen zur Begegnung (von Georg Brunner), in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79, S. 2. Die Darstellung dieses Treffens stützt sich auf diesen Bericht. Vgl. ergänzend den Bericht von Burlackij während des Briefings im sowjetischen Außenministerium am 5. 5. 1988, in: *Vestnik*, Nr. 10, 1988, S. 41–43.

<sup>642</sup> Notizen zur Begegnung (von Georg Brunner), in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79, hier S. 5.

<sup>643</sup> U.S. Helsinki Watch: Memorandum. Meeting with Soviet Public Commission for International Cooperation on Humanitarian Affairs and Human Rights. Paris, Mai 14–16, 1988, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 79.

<sup>644</sup> U.S. Helsinki Watch, Memorandum, S. 13.



sierung des offiziellen Menschenrechtsdiskurses immer weiter öffnete. Dabei veränderte sich die Wahrnehmung der westlichen NGOs in der sowjetischen Öffentlichkeit merklich. Die früher als „berüchtigt“ oder „imperialistisch“ bezeichnete KSZE-Menschenrechtsnetzwerke wurden vom Kreml nun anerkannt. Unterließ die offizielle Presse Anfang 1988 noch eine Berichterstattung über die geschilderten Begegnungen, so konnte man bereits ein Jahr später kritische Berichte der westlichen Delegationen über ihren Aufenthalt in Moskau lesen. So kritisierte die Amerikanische Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa nach ihrem Besuch der UdSSR im Februar/März 1989, währenddessen sie die Lage der Psychiatrieanstalten vor Ort prüfte, ganz offen die aktuelle Psychiatriepraxis in der UdSSR und argumentierte gegen die angestrebte Wiederaufnahme des 1977 ausgeschiedenen Sowjetischen Psychiaterverbandes in die internationale Assoziation der Psychiater.<sup>645</sup>

Es ist offensichtlich, dass Moskau mit der Bildung der Kommission einige ihrer Hauptziele verfehlt und nebenbei einen ungewollten positiven Effekt erzeugt hatte. Die Kommission konnte die transnationalen Helsinki-Netzwerke, die inzwischen über einen großen Einfluss auf die Delegationen der westlichen KSZE-Staaten verfügten,<sup>646</sup> für die Unterstützung einer Menschenrechtskonferenz in Moskau zwar gewinnen; wenn auch aus ganz anderen Gründen als bei Burlackij, wurde die IHF zum Befürworter einer solchen Konferenz, allerdings unter der Bedingung, der Kreml komme allen Forderungen des Westens nach und sichere alle Fortschritte institutionell ab.<sup>647</sup> Doch statt informelle Menschenrechtsgruppen wie den Presseklub „Glasnost“ zu neutralisieren, stärkte die Tätigkeit von Burlackij dessen Stellung, und anstelle einer kontrollierten Beherrschung des Menschenrechtsdiskurses weitete sie dessen Formen aus. Wie keine andere auf der Parteebene trug diese Gruppe sogar der Verankerung der Menschenrechtsnormen, deren Geltungsanspruch sie selbst nicht in Frage stellte, im gesellschaftlichen Diskurs bei. Nicht nur im Begegnungsprozess mit den transnationalen Helsinki-Netzwerken, sondern auch in ihren öffentlichen Auftritten innerhalb der Union machte die Kommission den Tatbestand der Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR, wenn auch noch in beschränktem Maße, publik.<sup>648</sup> Dabei wurden die sozialistische

<sup>645</sup> MN vom 15. 10. 1989, S. 7. Der Sowjetische Psychiaterverband war 1977 aus der internationalen Assoziation der Psychiater ausgetreten, nachdem diese auf dem Weltkongress der Psychiater in Honolulu 1977 in einer Resolution den Psychiatriemissbrauch in der Sowjetunion verurteilt hatte. Der Besuch der Amerikanischen Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in der Sowjetunion 1989 war ein Teil der sowjetischen Konzessionen an die westlichen Teilnehmerstaaten infolge der KSZE-Konferenz in Wien, vor allem um deren Zustimmung für die Organisation einer Menschenrechtskonferenz in Moskau zu bekommen. Vgl. Lehne, *The Vienna*, S. 129.

<sup>646</sup> Vgl. Snyder, *Human Rights*.

<sup>647</sup> Ebd., S. 202.

<sup>648</sup> Burlackij und seine Gruppe wurden so zu Kritikern der bisherigen Praxis der strafrechtlichen Verurteilung wegen religiöser Ansichten und der Todesstrafe. Sie bemängelten immer mehr die unterlassene Implementierung der KSZE-Bestimmungen in der UdSSR. So kritisierte Burlackij in einem Briefing im MID am 5. 5. 1988, dass die sogenannten, in der KSZE-Schlussakte fixierten Rechte auf Meinungs- und Gewissensfreiheit die sowjetische Verfassung gar nicht vorsehe. Hierfür siehe: *Vestnik*, Nr. 10, 1988, S. 41–43.



Menschenrechtskonzeption und mit dieser die herrschende Staatsideologie zunehmend in Frage gestellt. Zu behaupten, ein solches am Anfang noch taktisches Einlassen auf den Menschenrechtsdiskurs habe die Sowjetideologie und die bestehende Ordnung erodiert, hieße, die Bedeutung der Burlackij-Kommission zu überschätzen; ihre Tätigkeit und Interaktionen mit den transnationalen Menschenrechtsgruppen trugen jedoch zur weiteren Auflösung der fragilen Grundfesten des schon in die Defensive geratenen Parteistaates zweifelsohne bei.

Auch die Gruppe selbst veränderte dabei ihr Profil. Die Evolution der Kommission von einem propagandistischen „Aushängeschild“ der neuen sowjetischen Menschenrechtspolitik hin zu einer liberalen, selbstkritischen und pro-Perestrojka agierenden Vereinigung stand indes Modell für die gleichzeitige Entideologisierung des Politischen und den Wertewandel eines Teils der Partielite. Im Sommer 1988 berichtete Burlackij auf einer Pressekonferenz in Williamsburg (Virginia) über ein neues, im Entwurf befindliches Religionsgesetz und gab zu, dass es keine wahren Menschenrechte ohne Gewissensfreiheit geben könne. Im gleichen Zuge sagte er, dass die sowjetische Intelligenz die Bedeutung der liberalen westlichen Tradition und die Grenzen der im eigenen Land über lange Zeit herrschenden Ideologie anerkenne.<sup>649</sup> Für diese stellte sich in der Tat nicht mehr die Frage, ob die im KSZE-Prozess vereinbarten Menschenrechtsnormen in der UdSSR gültig seien, sondern vielmehr, wie man diese institutionell verankern könne. In einem Interview mit der amerikanischen Wochenzeitschrift *Newsweek* am 26. September 1988 nannte Burlackij das Haupthindernis auf dem Weg zur Implementierung der individuellen Menschenrechte ins nationale Recht: Es gebe die innenpolitische Opposition, „the majority of legal specialists and representatives of various agencies“, die sich der Etablierung der freien Gesellschaft widersetze. Tatsächlich kam der Widerstand der Hüter des alten Systems umso deutlicher zum Vorschein, je mehr die ideologische Sicht der Menschenrechte und der Außenpolitik im offiziellen Diskurs aufgegeben wurde.

### 5.3 Vom Kollektiv zum Individuum: der Werteumbruch und die Entsakralisierung des Systems

Die Aufnahme der Kontakte mit den transnationalen Helsinki-Netzwerken Anfang 1988, das Aufnehmen von Kritik bis hin zur Akzeptanz von Kontrollen und Inspektionen sowie eine stillschweigende Hinnahme der Tätigkeit unabhängiger Bürgerrechtsgruppen in der Sowjetunion symbolisierten und intensivierten die Entideologisierung der Menschenrechtspolitik in der UdSSR. Die bemerkenswerteste Veränderung dabei war die sukzessive Übernahme der „Sprache“ der früheren Helsinki-Bewegung und der wiedergeborenen unabhängigen Bürgerrechtsgruppen in die offizielle Rhetorik, ohne jedoch zunächst die dissidentischen Positionen zu rehabilitieren oder die neuen Initiativen anzuerkennen. 1987 wurde die

<sup>649</sup> Burlatsky urges Freedom of Conscience in Soviet Union, in: OSA, F. 300, Sbf. 80, S. 2, B. 21 (Politics: Human Rights: General, 1988).

eigene Menschenrechtskonzeption auch keinesfalls in Frage gestellt. Noch im Mai 1988 versicherte der Vorsitzende der Ideologieabteilung, Andrej Gračev, den Journalisten auf einer Pressekonferenz im MID, dass ein ideologischer Kampf zwischen „sozialistischen“ und „bourgeoisen“ Ideologien auf dem Gebiet der Menschenrechte mit friedlichen Mitteln fortgesetzt werde und eine „Harmonisierung der Plattformen“ in der nahen Zukunft nicht zu erwarten sei.<sup>650</sup> Die bisherige Auffassung war dennoch bereits ins Wanken geraten, einerseits durch den Versuch, den lange Zeit propagierten Vorrang der sozioökonomischen Rechte durch die nun verkündete Gleichrangigkeit mit den freiheitlichen Rechten zu ersetzen,<sup>651</sup> andererseits dadurch, dass mit dem Rückgriff auf die allgemeinemenschlichen Werte der Mensch und die Idee des Humanismus hervortraten. Die Universalität der Menschenrechte, die der marxistisch-leninistischen Theorie fremd ist, wurde damit implizit anerkannt. Einer offensichtlichen Inkompatibilität des Primats der „Klasseninteressen der Werktätigen“ mit der Schlussfolgerung des „Neuen Denkens“, dass die gesamt menschlichen Werte den Vorrang vor anderen Werten und Interessen haben, hielten die Ideologen des Kremls noch entgegen, dass beide in einem „dialektischen Zusammenhang“ miteinander stehen würden.<sup>652</sup> Die ideologische Revision der Menschenrechtstheorie und der Rückzug der Ideologie aus dem offiziellen Diskurs waren mit dieser Erklärung jedoch nicht mehr zu unterbinden. Sie erfolgten in teils aufeinander folgenden, teils sich überlappenden Schüben und kamen, angetrieben durch die dargestellte wachsende gesellschaftliche Opposition, ganz besonders in den öffentlichen Auseinandersetzungen über die innenpolitischen Probleme mit der Benennung der früher gelegneten Menschenrechtsverletzungen zum Ausdruck.

Im Verlaufe des Jahres 1987 wurde die Kritik an der eigenen Vergangenheit und Gegenwart schärfer. Die als „Deformationen“ bezeichneten Fehlentwicklungen waren zum Hauptthema der publizistischen Debatten geworden. Die Presse berichtete über Fälle des Psychiatriemissbrauchs,<sup>653</sup> über Erpressung von Geständ-

<sup>650</sup> *Vestnik*, Nr. 12, S. 59–63, hier S. 63; eine ähnliche Aussage macht der Artikel „K novomu etapu međunarodnogo sotrudničestva v gumanitarnoj oblasti“ von Kolosov, in: *SGiP*, Nr. 2, 1988, S. 95–102.

<sup>651</sup> Der Gedanke von der Gleichrangigkeit der sozioökonomischen mit den politischen Rechten war in Ševardnadzes Eröffnungsrede bei dem KSZE-Treffen in Wien am 5. 11. 1986 enthalten und wurde in den innenpolitischen Diskussionen weiterentwickelt. So sprach der führende Theoretiker und Angehörige der Akademie der Wissenschaften, Čchikvadze V.M., in einem Artikel vom Juli 1987 von der Notwendigkeit, die bisher gültige Hierarchie der Menschenrechte theoretisch dahingehend zu überdenken, dass eine Gleichwertigkeit aller Rechte und Freiheiten anstelle der früheren Priorisierung von sozioökonomischen Rechten hergestellt werde. Siehe Ševardnadzes Rede in: *SSSR v bor'be*, S. 441–448; Čchikvadze, V.M.: *O nekotorych međunarodnyh aspektach problemy prav čeloveka*, in: *SGiP*, Nr. 7, 1987, S. 85–92.

<sup>652</sup> So etwa die Betonung von Wadim Sagladin, Gorbachevs Berater zu außenpolitischen Fragen, in: *Pravda* vom 13. 6. 1988, S. 6; vgl. auch schon die zuvor erwähnte *AiF* vom 25. 6. 1987, S. 1; vom 21. 11. 1987, S. 7; *SGiP*, Nr. 7, 1987, S. 85–92.

<sup>653</sup> *SK* vom 31. 1. 1987; *SR* vom 5. 4. 1987; *Pravda* vom 2. 1. 1988; *Izvestija* vom 7. 3. 1988.

nissen,<sup>654</sup> Justizskandale und andere Rechtswidrigkeiten. Die Verletzung von Menschenrechten, die Problematisierung der unterlassenen Implementierung der Helsinki-Vereinbarungen und Repressalien gegen Andersdenkende wurden dabei noch nicht oder nur sehr indirekt als Teil der allgemeinen „ungelösten Probleme“ angesprochen. Die niedrig dosierte Selbstkritik erfolgte einseitig und wurde im gleichen Schritt relativiert, indem man auf Parallelen mit der Lage der Menschenrechte in den kapitalistischen Ländern verwies und weiterhin von der Gerechtigkeit, ja der Vollkommenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung *a priori* ausging.<sup>655</sup> Diese Einseitigkeit hatte zur Folge, dass bei der Aufdeckung von Fehlentwicklungen die Schuld den anderen zugeschoben wurde – Stalin, Chruščev, Brežnev, der Bürokratie, dem Ressortdenken oder den korrupten Beamten. Dass die Mängel systembedingt waren, wollte der Staat noch nicht einsehen.

Verschleierte Eingeständnisse von Verletzungen der Menschenrechte, von persönlichen und politischen Freiheiten, waren dennoch seit Ende 1987 in den öffentlichen Debatten nicht mehr zu übersehen, während etwa die Amnestierung politischer Gefangener oder die Diskussionen über die Revision der berüchtigten Artikel 70 und 190 (1) des StGB der RSFSR bestätigte, was früher geleugnet wurde. Die vom Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR per Dekret am 5. Januar 1988 erlassene „Ordnung über die Bedingungen und das Verfahren der Leistung psychiatrischer Hilfe“<sup>656</sup>, der begonnene Rückzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan im Mai 1988, die publizistischen Diskussionen über die Notwendigkeit eines neuen Gesetzes über die Gewissens- und Religionsfreiheit oder über die Überladung des Strafrechts mit repressiven Praktiken<sup>657</sup> waren ebenfalls Eingeständnisse.

Wie widersprüchlich jedoch die Aufdeckung der Menschenrechtsverletzungen erfolgte, illustriert die sowjetische Religionspolitik, die lange Zeit massiv vom Westen kritisiert wurde und bis Herbst 1988 eines der umstrittenen Themen der KSZE-Verhandlungen in Wien blieb. Eine Abkehr von der repressiven Politik und eine Hinwendung zu mehr Toleranz gegenüber den Gläubigen zeichneten sich in

<sup>654</sup> *Izvestija* vom 12. 9. 1987 und vom 26. 9. 1987.

<sup>655</sup> Stellvertretend sei hier auf folgende zwei Artikel verwiesen, deren Argumentation öfters in der Presse zu finden war: *Nedelja*, Nr. 42, 1987, S. 2; SGiP, Nr. 7, 1987, S. 85–92.

<sup>656</sup> Siehe Text in VVS SSSR, Nr. 2, 1988, Pos. 19; die Einordnung dieser Neuregelung in das sowjetische Recht und ihre Bewertung siehe bei Luchterhandt, Otto: Die psychiatrische Zwangsbehandlung in der UdSSR nach altem und neuem Recht, in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht 1988, S. 151–174.

<sup>657</sup> In einem wissenschaftlichen Diskussionsforum über die Probleme der Reformen der Strafgerichtsordnung im März 1987 wurde das Überhandnehmen repressiver Maßnahmen der sowjetischen Rechtssprechung seit dem Ende der 1960er sowie der Prestigeverlust der sowjetischen Justiz kritisiert. Der Direktor des Instituts für Staat und Recht, Sergej Kudrjavcev, verurteilte den hohen Anteil des Freiheitsentzugs, der in der Vergangenheit insgesamt 47% aller Strafen ausmachte, und problematisierte den mangelnden Schutz der Persönlichkeit des Täters, dem eine Rückkehr in die sowjetische Gesellschaft in der Regel erschwert bis verschlossen blieb. Siehe: SGiP, Nr. 8, 1987, S. 131–135. Selbst die Regierungszeitung *Pravda* deklarierte in einem Artikel vom 9. 10. 1987 die starke repressive Linie des Strafgesetzbuches mit dem Demokratisierungskurs des Landes als unvereinbar, hier S. 3.

der UdSSR bereits 1987/1988 ab.<sup>658</sup> Das Interview mit dem Leiter des Sowjets für religiöse Angelegenheiten, Konstantin Charčev, in der November-Ausgabe 1987 der atheistischen Zeitschrift *Nauka i Religija* schien neue Leitlinien der Religionspolitik zu versprechen.<sup>659</sup> Der mit der Überschrift „Garantien der Freiheit“ erschienene Artikel brachte zum ersten Mal eine Statistik – früher behauptete man, keine geführt zu haben – zur Zahl der religiösen Gemeinden und der religiösen Zeremonien in der UdSSR, was zunächst eine neue Offenheit demonstrierte. Charčev würdigte darin die positive Rolle der Kirche in der Perestroika und verurteilte den früheren „Krieg gegen die Religion“, die „Beschneidung und Verletzung der Rechte von Gläubigen“ als gesetzeswidrige „Anomalien“. Die gewaltsame Bekämpfung der Religion und die bürokratischen Maßnahmen gegen die Religionsgemeinschaften seien verfassungswidrig gewesen und mit den leninistischen Prinzipien unvereinbar, zu denen er nun zurückzukehren aufforderte. Zum 70. Jahrestag des leninistischen Religions- und Kirchendekretes erschien am 27. Januar 1988 von Charčev ein Artikel in der *Izvestija* unter der Überschrift „Die Gewissensfreiheit stärken“, in dem er den Kurs der sowjetischen Religionspolitik in den vorausgegangenen 70 Jahren zwar begrüßte, zugleich aber die Verletzung der Gewissensfreiheit in der UdSSR und der Rechte der Gläubigen gestand und die Notwendigkeit der Vervollkommnung der Religions- und Kultusgesetzgebung bekannt gab. Diese Linie wurde im Hinblick auf das Millennium der Russisch-Orthodoxen Kirche im Jahr 1988<sup>660</sup> auch in anderen Artikeln fortgesetzt, wobei die antikirchliche Politik sowie Verbote und Repressionen der Kirche durch die Partei harscher Kritik unterzogen wurden.<sup>661</sup>

Was diese neue, als Selbstkritik dargebotene Rhetorik auszeichnete und den Diskussionen über Fehlentwicklungen auch in anderen Bereichen dieser Zeit ähnelte, war die Idealisierung Lenins und des sozialistischen Systems, während die genannten „Defekte“ einen zufälligen Charakter erlangten. Es war daher von einer systemkonformen *Vervollkommnung* des schon Bestehenden, der sozialistischen Gesetzgebung und der Praxis die Rede – durch Liberalisierungen und Reformen, vor allem im Justizwesen. So demonstrierten die Rekonstruktion des Daniil-Klosters, seine Nutzung für die Millenniumsfeierlichkeiten, die Publikation religiöser Texte und Kunstbände, die Zusicherung, dass die Kultusgesetzgebung auch seitens des Staates eingehalten werde und schließlich der Empfang des Patriarchen Pimen im Kreml am 29. April 1988 durch Gorbačev den neuen Versöhnungskurs mit der Kirche und den Gläubigen. Mit diesen Schritten war aber nicht etwa die Bereitschaft des Parteistaates verbunden, die Steuerung und Kontrolle über die Religionsgemeinschaften aufzugeben. Davon zeugten nicht nur die ausgebliebe-

<sup>658</sup> Zur Entwicklung der Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbačev siehe: Roth, Paul: Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbatschow. Berichte des BIOst, Nr. 46, Köln 1989. Ausführlich verfolgte die Entwicklungen in diesem Bereich die in der Schweiz erscheinende Zeitschrift G2W.

<sup>659</sup> *Nauka i religija*, Nr. 11, 1989, S. 21–23.

<sup>660</sup> Im Juni 1988 fand die Tausendjahrfeier der Taufe der Rus' statt.

<sup>661</sup> Roth, Religions- und Kirchenpolitik.

nen Rehabilitierungen von politischen Gefangenen, die wegen religiöser Aktivitäten in den früheren Jahren inhaftiert worden waren, die Weigerung der sowjetischen Delegation in Wien bis in den Herbst 1988, bei der Religionsfreiheit auch nur das geringste Entgegenkommen zu zeigen oder die schleppende, unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindende Vorbereitung des Gesetzesentwurfs „Über Gewissensfreiheit“,<sup>662</sup> sondern auch die Materialien der Moskauer Stadtpartei, welche in die Millenniumsfeierlichkeiten eingebunden war. In den Parteidirektiven aus dem Jahr 1988 stand z. B., dass die „Neue Herangehensweise [...] keineswegs eine ‚atheistische Entwaffnung‘ bedeutet“, sondern dass unter den neuen Bedingungen ganz im Gegenteil eine verstärkte atheistische Arbeit die Pflicht eines jeden Kommunisten sei.<sup>663</sup> Ein weiteres Schreiben gab zu bedenken, dass die alten, auf Konfrontation bedachten Methoden der Druck- und Gewaltausübung den neuen Bedingungen nicht mehr angemessen und stattdessen ein „kluger, delikater Dialog, Diskussion“, mit der Kirche gefragt seien.<sup>664</sup> Erst seit 1989 begann die atheistische Propaganda aus den sowjetischen Medien zu verschwinden. Die gesetzlichen Grundlagen für die freie Religionsausübung wurden allerdings erst im Oktober 1990 unter Druck der auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien unterschriebenen Neuverpflichtungen geschaffen.<sup>665</sup>

Auch wenn die öffentlichen Debatten über die Verletzung der Rechte von Gläubigen sowie die Vernachlässigung anderer politischer und persönlicher Rechte die Einsicht in die Notwendigkeit einer gesetzlichen Verankerung der Menschenrechte und Freiheiten zur Folge hatten, an dem Wesen des Sozialismus und an der sozialistischen Konzeption der Menschenrechte wurde weiterhin verbal festgehalten, während die Ursachen für die Fehler in der Vergangenheit außerhalb des Systems gesucht wurden. Über seine früheren Verbrechen zeigte der Staat noch keinerlei Reue. Die Rehabilitierung von Opfern der politischen Unterdrückung, wie sie seit dem Politbürobeschluss des ZK der KPdSU vom 11. Juni 1988 erfolgten,<sup>666</sup> gingen nicht über die Zeit der 1950er Jahre hinaus. Die Aufhebung einzelner Urteile und Entscheidungen über die Andersdenkenden der späteren

<sup>662</sup> Vgl. Roth, Religions- und Kirchenpolitik, S. 47 ff.; Roth, Glasnost, S. 213–218. Am 19. 7. 1989 nannte die TASS 18 Gesetzesentwürfe, die an die zuständigen Organe des Parlaments geleitet werden sollten. An der letzten Stelle dieser Liste befand sich der Entwurf über die Gewissensfreiheit. Roth, Glasnost, S. 222.

<sup>663</sup> Vzaimootnošenija gosudarstva i cerkvi, in: CAOPIM, f. 4, op. 220, d. 2375, l. 11.

<sup>664</sup> Čto my dolžny protivopostavit' neoslavavajuščemu interesu ljudej k cerkvi, k potrebnosti k potustoronnej pomošči, in: CAOPIM, f. 4, op. 220, d. 2375, l. 51.

<sup>665</sup> Siehe Teil IV.

<sup>666</sup> In Übereinstimmung damit verabschiedete das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR am 16. 01. 1989 einen Erlass „Über zusätzliche Maßnahmen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit in Beziehung zu den Opfern der Repressionen, die in der Periode der dreißiger/ vierziger und zu Beginn der fünfziger Jahre stattfanden“. Zur Geschichte der Rehabilitierungen siehe: Kononov, Anatolij: Zur Geschichte der Annahme des Gesetzes „Über die Rehabilitierung der Opfer von politischen Repressionen im russischen Parlament“, in: Roginskij, Arsenij (Hrsg.): Russland heute: von innen gesehen. Politik, Recht, Kultur, Moskau/Bremen 1993, S. 77–92.

Jahre sollte erst 1991 erfolgen.<sup>667</sup> Die Frage nach dem sicheren Schutz der Persönlichkeit vor den Übergriffen der Bürokratie und damit des Staates wurde im Verlauf des Jahres 1988 dennoch zu einem breit diskutierten Thema, nicht zuletzt, weil die vielen informellen Gruppen und die Kommission von Burlackij dafür sensibilisierten. Dabei distanzierten sich die öffentlichen Diskussionen umso mehr von den ideologischen Vorbehalten, je weiter die Entsakralisierung der sowjetischen Geschichte und die Diskussion über die Verbrechen der Vergangenheit voranschritten.<sup>668</sup> In der Publizistik setzte sich langsam die Erkenntnis durch, dass ein Individuum kein Untertan des Staates, sondern ein Selbstzweck sei und dass Staat und Bürger in einem wechselseitigen Rechtsverhältnis miteinander stünden. Dabei sei der Staat verpflichtet, die Grund- und Menschenrechte des Einzelnen zu garantieren. Damit wurde jeder Einzelne zu einem souveränen Subjekt aufgewertet.<sup>669</sup> Dass nun der Staat Verantwortung gegenüber den Bürgern zu tragen und dafür zu sorgen hatte, dass die Garantien für die Rechte und Freiheiten verstärkt werden, war neu. Diesem Zweck sollte die Rechtsreform dienen, wie sie in der achten These zu der XIX. Parteikonferenz 1988 angekündigt wurde.<sup>670</sup> Dort hieß es wörtlich:

„[N]icht nur die Bürger gegenüber dem Staat [tragen] Verantwortung, sondern auch der Staat [trägt] Verantwortung vor den Bürgern. Er ist verpflichtet, eine beständige Sorge um die Festigung der Garantien der Rechte und Freiheiten der Sowjetmenschen an den Tag zu legen. [...] Dies betrifft die Schaffung der materiellen und rechtlichen Bedingungen für die Realisierung der verfassungsmäßigen Freiheiten (Freiheit der Meinung, der Presse, der Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzüge und Demonstrationen, die Freiheit des Gewissens usw.). Dies betrifft auch die Festigung der Garantien der persönlichen Rechte des Bürgers (Unverletzlichkeit der Person, Wohnung, Geheimnis von Korrespondenz, Telefongespräche usw.).“<sup>671</sup>

Die Parteikonferenz fasste zwar noch keinen Beschluss zu den Menschenrechten, Gorbachevs Bericht an die XIX. Parteikonferenz stellte allerdings nach der damaligen Einschätzung des Rechtswissenschaftlers Otto Luchterhandt eine Zäsur in der sowjetischen Menschenrechtspolitik dar.<sup>672</sup> Seine Rede enthielt zum ersten Mal

<sup>667</sup> Was die offiziellen Stellen verpassten, holten symbolisch die informelle und zeitversetzt die liberale Presse nach. Blätter wie *Moskovskie Novosti* oder *Ogonjek* trugen zur Wiederherstellung der Gerechtigkeit bei, indem sie die Widerwärtigkeit und die Unrechtmäßigkeit einzelner Verurteilungen öffentlich machten und die Opfer zu Wort kommen ließen. So erfolgte die Rehabilitierung des Schriftstellers Julij Daniël, der für die Publikation seiner Werke unter dem Pseudonym Nikolaj Aržak zusammen mit Andrej Sinjavskij 1965 verhaftet und im Februar 1966 wegen „antisowjetischer Propaganda“ zu fünf Jahren Haft in Arbeitsbesserungskolonien mit verschärftem Regime verurteilt wurde, in einem Interview der Zeitung MN vom 11. 9. 1988, S. 16. Auch Sacharov und seine Familie wurden durch diese Zeitung bereits am 15. 5. 1988 „rehabilitiert“.

<sup>668</sup> Altrichter, *Der Zusammenbruch*, S. 546ff.

<sup>669</sup> *Pravda* vom 9. 10. 1987, S. 3, vom 3. 5. 1988, S. 3; *Perestroika i prava človeka*, in: *Nedelja*, Nr. 42, 1987; *Bolšinstvo vseгда pravo?*, in: *Novoe vremja*, Nr. 42, 1987.

<sup>670</sup> Zur XIX. Parteikonferenz, ihren Thesen und Beschlüssen siehe Kapitel 6.1.

<sup>671</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 3f.; den Thesenkatalog siehe in: *Pravda* vom 27. 5. 1988. Zu den Thesen allgemein siehe: Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 981–1001.

<sup>672</sup> Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 55.



einen gesonderten Unterabschnitt „Perestroika und Menschenrechte“. Sie erklärte die Sicherung der sozialen in einer neuen Einheit mit den bürgerlichen und persönlichen Rechten als Garantie für die Unumkehrbarkeit der Perestroika zum Ziel der Reform des politischen Systems.<sup>673</sup> Bemerkenswert war dabei Gorbachevs Verzicht auf eine Polemik nach außen, was im Übrigen auch in den staatlichen Medien im Verlauf des Jahres 1988 zu beobachten war<sup>674</sup> sowie die Bezeichnung aller Gläubigen vor den 4991 Delegierten als „vollwertige Bürger der UdSSR“.<sup>675</sup>

Die Aufnahme solch „dissidentischer“ Gedanken in die offizielle Rhetorik revidierte die bisher geltenden Grundsätze der sozialistischen Ideologie und der Menschenrechtskonzeption, die das Individuum als Objekt des Staates, des Kollektivs und der Klasse behandelten. „Individuum“, „Persönlichkeit“, „Menschliche Würde“, „Demokratie“, „Gesetzlichkeit“ usw. waren Begriffe, welche, mit einem neuen Sinngehalt gefüllt, die propagandistischen Floskeln, die auf Konfrontation bedachte alte Rhetorik ablösten. Mit der verlautbarten Kritik an der sowjetischen Rechtssprechung und Gesetzgebung tauchten in der Presse 1987 zum ersten Mal der Begriff „Rechtsstaat“ und bald darauf die Formel „Präsumtion der Unschuld“<sup>676</sup> auf, die bisher als Konzepte der bürgerlichen Staatslehre galten und von der sowjetischen Rechtswissenschaft abgelehnt wurden.<sup>677</sup> Die verbale Übernahme dieser Begriffe durch Staatsvertreter bildete den Rubikon im Entideologisierungsprozess der sowjetischen Politik. Sie signalisierte zugleich die Bereitschaft, von den Erfahrungen der bürgerlichen Staaten zu lernen.

Zeitgleich erkannte die Sowjetunion die Menschenrechte als ein legitimes Thema der internationalen Diplomatie und die Rechtmäßigkeit der westlichen Kritik an der Menschenrechtslage in der UdSSR an. Nicht nur in den Kontakten zwischen Burlackij und den westlichen Menschenrechtsnetzwerken, auch in bilateralen Gesprächen mit den USA und bei den Verhandlungen zum Abrüstungsprozess akzeptierte der Kreml, dass ungelöste Fälle von Menschenrechtsverletzungen (insbesondere die Fälle der Familienzusammenführung bzw. der Ausreisefreiheit) regelmäßig auf der Tagesordnung standen.<sup>678</sup> Es wurde sogar eine amerikanisch-sowjetische Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die sich mit Menschenrechtsfragen

<sup>673</sup> Text: O chode realizacii rešenij XXVII s'ezda KPSS i zadačach po uglubleniju perestrojki. Doklad General'nogo sekretarja CK KPSS tovarišča Gorbačeva M.S., in: *Pravda* vom 29. 6. 1988.

<sup>674</sup> Enthielten die Parteizeitungen noch 1987 beinahe in jeder Ausgabe „enthüllende Materialien“ über die Lage der Menschenrechte in den westlichen Gesellschaften, so nahmen solche polemischen Angriffe vor allem nach dem vierten Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbachev im Mai 1988 ab.

<sup>675</sup> SZ vom 29. 6. 1988, S. 3.

<sup>676</sup> Diese Formel, auch als „Unschuldsvermutung“ bekannt, besagt, dass bis zum rechtlichen Nachweis einer Schuld von der Unschuld des Angeklagten auszugehen ist.

<sup>677</sup> Vgl. etwa folgende Artikel: *Kommunist*, Nr. 5, 1987, S. 3–12; *Pravda* vom 14. 3. 1988, S. 4, vom 3. 5. 1988, S. 3, vom 23. 6. 1988, S. 2, vom 2. 8. 1988, S. 2; LG vom 8. 6. 1988, S. 11; vgl. auch Luchterhandt, Die Sowjetunion, S. 4ff.

<sup>678</sup> Zunächst erfolgte dies widerwillig, denn, wie Richard Schifter berichtet, die US-Regierung konfrontierte Moskau bei jeder Gelegenheit mit der Menschenrechtsproblematik und stieß 1987 noch auf wenig Bereitschaft zum Dialog. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 143.



befasste. Deren Vertreter trafen sich regelmäßig alle sechs Wochen in der ersten Jahreshälfte 1988, um konkrete Fälle zu lösen.<sup>679</sup> Im Herbst 1988 war Moskau schließlich der Auffassung, dass Dissidenten, die in Haft seien, als politische Gefangene zu gelten hätten.<sup>680</sup> Eine Wegmarke in diesem Prozess war das vierte Gipfeltreffen zwischen den USA und der UdSSR in Moskau Ende Mai/Anfang Juni 1988, bei dem das Thema Menschenrechte viel Platz einnahm.<sup>681</sup> Während dieser Zeit wurde die sowjetische Initiative bekannt, eine gemeinsame Menschenrechts-Parlamentarier-Kommission aus Mitgliedern des Kongresses und des Obersten Sowjets zur Untersuchung gemeinsamer Probleme zu bilden, welche im Gegensatz zum Moskauer Vorstoß auf der KSZE-Konferenz in Wien Anklang im Weißen Haus fand und bereits im November des gleichen Jahres mit dem ersten sowjetisch-amerikanischen Seminar über Menschenrechte verwirklicht wurde. Die sowjetische Seite diskutierte bei dieser Gelegenheit gemeinsam mit den Mitgliedern der amerikanischen Helsinki-Kommission die Implementierungsprobleme des Korbes III der KSZE-Schlussakte in der Sowjetunion.<sup>682</sup> Ein ähnlicher Dialog wurde auch mit den anderen westlichen Regierungen geführt, allen voran mit Großbritannien.<sup>683</sup>

Diese Interaktionen, die geschilderte publizistische Debatte über die „Fehlentwicklungen“ der bisher als perfekt geltenden sozialistischen Gesellschaftsordnung und die Aufwertung der Grund- und Menschenrechte zu subjektiven Rechten gegenüber dem Staat erschütterten die ideologischen Grundfesten des Systems und lösten die ohnehin schon fragilen Bestandssicherheiten des Parteistaates auf. Es war dabei unübersehbar, dass Menschenrechte in der UdSSR einen höheren Stellenwert zu erlangen begannen, während zuvor geltende Prinzipien und Normen an Gültigkeit und Bindungskraft verloren. Vladimir Nazarov, Mitglied der „Kommission für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte“, bezeichnete in einem Interview der *Komsomol'skaja Pravda* am 16. April 1988 die noch vor kurzem in der Sowjetunion als Axiome geltende Behauptung, es seien im Sozialismus alle Menschenrechte kraft Gesellschaftsordnung automatisch verwirklicht, als ein Stereotyp. Die Jahrzehnte alte Lüge von dem „historischen Verdienst“ des Sozialismus, allen anderen Gesellschaftssystemen bei der Gewährleistung der Menschenrechte überlegen zu sein, wurde damit öffentlich beseitigt. Mit den Fragen der Historiker, warum man so gebaut habe, dass man jetzt umbauen müsse, ob es Alternativen zum Sozialismus gegeben habe und vor allem, ob ein „demokratischer Sozialismus“ mit der Garantie von persönlichen Freiheitsrechten, Wür-

<sup>679</sup> Die sowjetische Seite wurde durch Anatolij Adamišin vertreten. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 94, 133, 144, 149.

<sup>680</sup> AdG 1988: 32788.

<sup>681</sup> So konnte der amerikanische Präsident zum ersten Mal vor sowjetischen Studenten der Lomonosov-Universität eine Rede über die amerikanischen Ideale der Demokratie halten und in der amerikanischen Botschaft offiziell etwa 40 Vertreter aus der unabhängigen Menschenrechtsbewegung empfangen. Mehr zu Reagans Moskau-Aufenthalt siehe: Snyder, *The Helsinki Process*, S. 283–287; Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 149.

<sup>682</sup> *Izvestija* vom 26. 11. 1988, S. 6.

<sup>683</sup> Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 125.

de und Demokratie überhaupt möglich sei, wurde der Marxismus-Leninismus als tragende Staatsideologie immer mehr in Zweifel gezogen.<sup>684</sup> Selbst die Partei schien sich an ihren bisher unanfechtbaren Losungen zu stören. So sprach sich die Abteilung für Propaganda und Agitation der Moskauer Stadtpartei im Frühjahr 1988 für die Demolierung der „unangebrachten Rhetorik“ in den öffentlichen Räumen aus. Es waren die Parteifunktionäre, die empfahlen, solche über Jahrzehnte geltende Beschwörungen und Losungen, wie „Der Kommunismus wird siegen!“, oder „Es lebe die Kommunistische Partei der Sowjetunion!“, von den Dächern der großen Häuser und zentralen Plätze der Hauptstadt zu demontieren.<sup>685</sup>

Es wäre jedoch ein Irrtum zu glauben, dass der hier skizzierte offizielle Menschenrechtsdiskurs den Wertewandel der gesamten Parteielite dokumentiere. Die voranschreitende Entideologisierung spaltete vielmehr den Parteiapparat, sodass bereits zum Sommer 1988 die Trennlinie nicht mehr ausschließlich zwischen dem Parteiapparat und der Gesellschaft verlief, sondern zunehmend zwischen den Anhängern und Gegnern des weiteren Liberalisierungsprozesses, zwischen Befürwortern der allgemeinmenschlichen Werte und Anhängern des Grundsatzes vom Klassenkampf. Damit entbrannte der Streit darüber, was an die Stelle des entstandenen ideologischen Vakuums treten sollte. Schließlich boten die wachsende Popularität der „westlichen Werte“, aber auch die nationalpatriotischen Ideen, wie sie die „Gedenken“-Bewegung propagierte, eine ernst zu nehmende Konkurrenz gegenüber der staatstragenden Ideologie des Marxismus-Leninismus.<sup>686</sup>

#### 5.4 Parteiinterne Widerstände und die Aufwertung völkerrechtlicher Normen

Während der gesellschaftliche Protest meistens eine kritische Opposition „von links“ darstellte, die für eine radikale Demokratisierung bzw. für die Transformation des bestehenden Systems in einen pluralistischen Staat nach westlichem Vor-

<sup>684</sup> Hier zog vor allem der Aufsatz des Philosophen Aleksandr Cipko über die Quellen des Stalinismus in der Zeitschrift *Nauka i žizn'* breite Kreise sowie der Historiker Jurij Afanas'ev mit seinem Artikel „Die Perestroika und das Geschichtswissen“ in der Zeitung *Literaturnaja gazeta*. Vgl. *Nauka i žizn'*, Nr. 11, 12, 1988; Nr. 1, 2, 1989; LG vom 17. 6. 1988; vgl. hierzu auch *Pravda* vom 25. 6. 1988, S. 3, vom 26. 7. 1988, S. 3.

<sup>685</sup> Spravka o dal'nejšem soveršenstvovanii chudožestvenno-političeskogo oformlenija g. Moskvy, in: CAOPIM, f. 8723, op. 218, d. 141, l. 60f. Die auf den Dächern von großen Häusern prangenden Sprüche gehörten zum gewöhnlichen Bild einer sowjetischen Stadt.

<sup>686</sup> Der Wertestreit wurde am offensichtlichsten im Bereich der Kultur bzw. in den „dicken Zeitschriften“ ausgetragen, wobei die national-konservativen Autoren und Redakteure in einer Allianz mit den altstalinistischen Dogmatikern aus dem Parteiapparat zusammenwirkten und zum Teil die „Gedenken“-Bewegung in Schutz nahmen. Zu den national-patriotischen Zeitschriften wurden folgende gezählt: *Molodaja gvardija*, *Naš sovremennik*, *Literaturnaja Rossija*, *Leningradskaja pravda*, *Moskovskij literator*, *Moskva*. Dazu mehr bei: Hielscher, Karla: Das Gespenst der „Russophobie“. Schriftsteller als treibende Kraft des ideologischen Antisemitismus, in: Koenen, Gerd/Hielscher, Karla: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Hamburg 1991, S. 51–81; Menzel, Birgit: Streitkultur oder „literarischer Bürgerkrieg“? Der sowjetische Literaturbetrieb und die Perestrojka, in: Ost-europa, Nr. 7, 1990, S. 606–620; Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 543–551.

bild eintrat und innerhalb der Partei mit Boris El'cin und dem ZK-Sekretär, Aleksandr Jakovlev, präsentiert wurde, bildete sich als Reaktion darauf ein Widerstand der Konservativen „von rechts“ heraus. Dieser wurde vom zweiten ZK-Sekretär und Mitglied des Politbüros Egor Ligačev personifiziert und nahm vor allem an den Ausmaßen und Auswirkungen von Glasnost den Anstoß.<sup>687</sup> Er widersetzte sich einer Auseinandersetzung mit der verbrecherischen sowjetischen Vergangenheit, lehnte die Orientierung an westliche Werte, die er der Preisgabe des Sozialismus gleichsetzte, ab und versuchte, mit einem härteren Durchgreifen gegen die gesellschaftlichen Aktivitäten bereits im Sommer 1988 die voranschreitende Demokratisierung rückgängig zu machen. Je mehr jedoch die parteiinterne Opposition zum Vorschein kam, umso stärker musste sich die Gorbatschow-Führung dem Westen zuwenden und die Relevanz des KSZE-Prozesses für seine Reformen überdenken.

Ein parteiinterner Richtungsstreit trat bereits mit dem erwähnten kritischen Auftritt von Boris El'cin auf der Plenartagung des Zentralkomitees im Oktober 1987 hervor. Er kostete El'cin seine Stellung als Parteichef, brachte ihn aber zugleich an die Spitze der Reformbewegung. Nach dem Fall von El'cin verschärfte sich die innerparteiliche Auseinandersetzung über den richtigen Kurs der Perestroika, und die Einheit der „Kollektiven Führung“ bekam erste Risse. Waren bisher Gegner der Perestroika um die eigenen Privilegien besorgte Bürokraten, so traten sie im Verlauf des Jahres 1988 aus der Position des passiven Widerstands heraus und bekamen ein „Gesicht“.

Mit dem Mythos von der Einheit der kommunistischen Partei räumte in aller Öffentlichkeit der am 13. März 1988 in der Rubrik „Polemik“ der Tageszeitung *Sovetskaja Rossija* erschienene lange Brief von der bis dahin unbekannten Leningrader Chemie-Dozentin Nina Andreeva mit der Überschrift „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“ auf. Es war ein Plädoyer für die Prinzipien des Sozialismus. Der in neo-stalinistischen Tönen verfasste Brief einer Hochschullehrerin aus Leningrad, die sich um den Werteverfall und die ideologische Desorientierung der Jugend infolge von Glasnost besorgt zeigte, stellte auf den ersten Blick eine eher gewöhnliche Polemik der konservativen Zeitung *Sovetskaja Rossija* dar, die ein Organ des Zentralkomitees der KPdSU war.<sup>688</sup> Als Hochschullehrerin sorgte sie sich, so die Argumentation der Verfasserin, um die Erziehung der „orientierungslosen sowjetischen Jugend“, die unter dem Vorwand der „Verbesserung des Sozialismus“ in den medialen Einfluss der „fremden westlichen Ideologie“ gerate, ihren Glauben an die Grundfesten des Marxismus-Leninismus, an das Klassenbewusstsein verliere und zunehmend zu nihilistischen Stimmungen neigend in den Schoß der „linken Kosmopoliten“ falle. Die Hauptkritik des offenen Briefes

<sup>687</sup> Vgl. Altrichter, Russland, S. 124.

<sup>688</sup> Deutsche Übersetzung des Textes in: Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite Etappe hat begonnen. Eine Debatte über die Zukunft der Reformpolitik, Köln 1988, S. 155–177; zur Interpretation des Nina-Andreeva-Briefes siehe auch: Altrichter, Russland, S. 82–90; Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 990–995.

richtete sich gegen die Perestroika und gegen die geschilderten gesellschaftlichen Prozesse und Diskurse. An den Schriftsteller und Vertreter des konservativen Lagers Aleksandr Prochanov anknüpfend, teilte die Verfasserin die Perestroika-Bekenner in zwei ideologische Strömungen auf, welche auf „sozialistische Werte einschlagen“. Jene Neoliberalen, die sich im „nationslosen Internationalismus“ und Meinungspluralismus üben, mit den humanistischen Ideen sympathisieren, dem „proletarischen Kollektivismus“ den „Selbstwert der Persönlichkeit“ entgegenstellen und behaupten, „wir hätten nicht den richtigen Sozialismus aufgebaut“, bezeichnete Andreeva schlechthin als „Nachkommen der gestürzten Klasse“, warf ihnen die „Geschichtsfälschung“, „Trotzkismus“, „mangelnden Patriotismus“ und „Verrat an der Klasse und an der Nation“ vor. Der zweiten Richtung der „traditionalistischen Neoslawophilen“ wurde indes unterstellt, eine Rückkehr „zu den gesellschaftlichen Formen des vorsozialistischen Russlands“ anzustreben, um „den Sozialismus durch Rückwärtsbewegung zu überwinden“. Die zahlreichen informellen Vereinigungen, die sich im Fahrwasser dieser zwei Richtungen ausgebildet und auf der Grundlage des „nichtsozialistischen Pluralismus“ politisiert hätten, und die Debatten über die „Gewaltenteilung“ auf der Basis eines „parlamentarischen Regimes“, über „freie Gewerkschaften“ und „autonome Verlage“ beschrieb Andreeva als eine Gefahr für die sowjetische Jugend und für die führende Stellung der Partei. Sie selbst entpuppte sich dabei nicht nur als eine militante Stalinistin, sondern auch als Antisemitin.

Doch Furore machte weniger der Inhalt des Briefes, sondern vielmehr die Autorenschaft dieser offensichtlichen Frontstellung gegen Gorbačëvs Liberalisierungskurs im Vorfeld der Parteikonferenz und die Aufwertung des Artikels zum Anti-Perestroika-Manifest in der Zeit, in der Gorbačëv sich zu einem mehrtägigen Besuch in Jugoslawien aufhielt. Die zahlreichen Verweise einer Chemielehrerin auf die Memoiren Winston Churchills, Charles de Gaulles, die Kenntnis von Exilliteratur verrieten einen Ghostwriter. Später wurde behauptet, Nina Andreeva habe lediglich einen viel kürzeren Leserbrief an die Zeitung geschickt, welcher auf Empfehlung Egor Ligačëvs professionell bearbeitet und in der bekannten Form in der Sonntagsausgabe veröffentlicht wurde. Am nächsten Tag hatte er vor Journalisten das Pamphlet als „ein Beispiel, dem gefolgt werden könnte“, gelobt, es zum Nachdrucken und zur Diskussion empfohlen.

Erst nach Gorbačëvs Rückkehr aus Jugoslawien und im Zuge der Feststellung, dass der Andreeva-Brief nicht nur breite Unterstützung in der Partei erfuhr, sondern auch, wie für ein wichtiges Parteidokument üblich, in den regionalen Zeitungen nachgedruckt worden war, wurde das Politbüro am 24. und 25. März zusammengerufen. Zwar beschworen noch alle Politbüromitglieder ihre Einheit und Treue gegenüber den Richtlinien des April-Plenums von 1985 und dem Perestroika-Kurs. An ihren Einzelaussagen über den Artikel wurde aber die Polarisierung der Partei in orthodoxe Konservative, für die die aktuellen Diskussionen um die Zukunft des Landes eine „Verleumdung“ der Vergangenheit und des Marxismus-Leninismus darstellten, und Liberale, die für die „ganze Wahrheit“ waren, personifiziert durch Egor Ligačëv, Vitalij Vorotnikov, Andrej Gromyko, Viktor

Čebrikov auf der einen und Aleksandr Jakovlev, Édouard Ševardnadze und Vadim Medvedev auf der anderen Seite, offensichtlich und unvermeidlich.<sup>689</sup> Die innerparteilichen Differenzen konnten auch vor der eigenen Bevölkerung und der Weltöffentlichkeit nicht mehr verborgen werden. Und sie traten noch deutlicher hervor, als am 5. April, ebenfalls in der Parteizeitung *Pravda*, unter der Überschrift „Grundsätze der Perestroika: Revolutionäres Denken und revolutionäre Handlungsweise“<sup>690</sup> eine von Jakovlev und Medvedev vorbereitete Antwort auf den Andreeva-Brief erschien. Die darin anonym verkündete Botschaft an die Reformwidersacher war unmissverständlich: Die konservative dogmatische Haltung entbehre jeglichen konstruktiven Inhalts und stehe im Widerspruch zum Wesen der Perestroika; das „alte Denken“ loszuwerden sei zwar schwierig, ein „zurück“ gebe es aber nicht, sondern wäre „katastrophal“, denn ohne radikale Maßnahmen sei die Rückkehr zu den „wahren Leninistischen Prinzipien“ nicht möglich. Der *Pravda*-Artikel verurteilte den Andreeva-Brief als „ideologische Plattform, als Manifest der sich gegen die Umgestaltung wendenden Kräfte“, als „eine ihrem Wesen nach konservative und dogmatische Position“, als einen Versuch, „die Parteibeschlüsse allmählich zu revidieren“. Er verteidigte die neue Meinungs- und Pressefreiheit, warf den Redakteuren der *Sovetskaja Rossija* aber gleichzeitig verantwortungsloses Handeln vor. Zehn Tage später übte die *Sovetskaja Rossija* Selbstkritik, indem sie den *Pravda*-Artikel abdruckte und am 15. April die Veröffentlichung des Briefes von Andreeva als Fehler bezeichnete. Erst nach diesem Signal von „ganz oben“ richtete sich auch die übrige Presse gegen den Andreeva-Artikel und gegen die dahinterstehenden konservativen Kräfte des Parteiapparates. Es folgte eine Flut von Redaktionsbriefen und Diskussionen, die dem eingeschlagenen Perestroika-Kurs ihre Unterstützung bekundeten.

Dass die offizielle Presse auf Andreeva erst mit einem „solidarischen Schweigen“ reagierte,<sup>691</sup> zeigte, wie unselbstständig und unfrei sie 1988 noch war. Entgegen ihren ursprünglichen Intentionen hatten jedoch die Apologeten der alten Ordnung mit der „Andreeva-Affäre“ Gorbačev mehr genutzt als geschadet, während die vermeintliche Autorin zum Inbegriff des alten Systems und ihr Vorname „Nina“ zur allegorischen Versinnbildlichung seiner Überreste wurde. „Hätte es keine Nina Andreeva gegeben“, notierte schon damals Anatolij Černjaev in seinem Tagebuch, „dann hätte man sie erfinden müssen.“<sup>692</sup> Durch das taktische Manövrieren und nicht ohne Hilfe seitens der liberalen Medien konnte Michail Gorbačev die Konservativen damals in die Defensive drängen. In diesem Zusammenhang ist die Vorverlegung und die Durchführung der ursprünglich für 1989 eingeplanten

<sup>689</sup> Text der Auseinandersetzung in: Gorbatschow, Gipfelgespräche, S. 233–254.

<sup>690</sup> Deutsche Übersetzung des Textes in: Gorbatschow, Perestroika, S. 179–205.

<sup>691</sup> Eine Ausnahme war wohl der Artikel von Levikov A.: Bor'ba i vera, in: *Moskovskie Novosti* vom 27. 3. 1988.

<sup>692</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 181; auch Gorbačev spricht von einer „objektiven Hilfe“ von Andreeva, die dazu beigetragen habe, „Klarheit über die Positionen zu verschaffen“. Gorbačev, *Žizn'*, Bd. 1, S. 387.

XIX. Parteikonferenz auf den Juni 1988 zu sehen.<sup>693</sup> „Nina-Andreeva“ war aber auch deshalb von Bedeutung, weil nach dieser Affäre die parteiinternen Widerstände immer unverhohlener hervortraten und damit ein Umdenken eines Teiles der politischen Elite und eine Annäherung zwischen deren liberalen Vertretern und Teilen der Gesellschaft bewirkten.

Der Protest der orthodoxen Kommunisten kam indes einerseits in dem härteren Durchgreifen der Sicherheitsorgane in Beziehung zu den gesellschaftlichen Initiativen ab Ende 1988 und andererseits in einem parteiinternen Streit über die Vereinbarkeit der allgemeinmenschlichen Werte mit den ideologischen Maximen des Marxismus-Leninismus zum Vorschein. So war die Jahreswende 1988/1989 durch mehrere Demokratisierungsrückschläge gekennzeichnet. Nach dem Erlass der erwähnten und höchst umstrittenen Dekrete über „das Verfahren der Organisation und Durchführung von Versammlungen, Kundgebungen, Straßenumzügen und Demonstrationen in der UdSSR“ und „Über die Pflichten und Rechte der inneren Truppen des Innenministeriums der UdSSR bei der Bewahrung der gesellschaftlichen Ordnung“ häufte sich das gewaltsame Vorgehen gegen Kundgebungen. Die „Memorial“-Aktivisten und „Gedenken“-Anhänger wurden zwar nicht verfolgt; die DU, die Redakteure der unabhängigen Presseorgane *Glasnost* und *Èkspress-Chronika* versuchte man hingegen zeitweilig mit Gewalt und strengen Urteilen einzuschüchtern. Nach den gewaltsamen Demonstrationsauflösungen verhängte man z. B. gegen deren Teilnehmer hohe Geldstrafen oder Arreste bis zu 15 Tagen wegen Rowdytums, Widerstands gegen die Miliz, Verteilung anti-sowjetischer Flugblätter und für die Veranstaltung nicht genehmigter Meetings. „Jeder Gang zum Meeting bedeutete Arrest. Jeder Arrest durch die Truppen des Innenministeriums bedeutete für mich und für die Aktivisten der ‚Demokratischen Union‘ 15 Tage und Nächte [...]. Sie füllten rund um die Uhr Urteile über uns“, erinnert sich Novodvorskaja.<sup>694</sup>

Da diese Methoden jedoch dem internationalen Ansehen der UdSSR massiv schaden, wurden sie zu keiner Zeit wirklich konsequent angewandt, sondern abhängig von der Situation mit verdeckten und administrativen Gegenmaßnahmen verknüpft, die in der Regel sogar dominierten. So wurde das Moskauer Diskussionsviertel *Arbat* wegen der „Lärmbelästigung der Anlieger“ „gereinigt“, die Führer der informellen Gruppen wurden vor geplanten Veranstaltungen öfters festgenommen, unter Hausarrest gestellt und in der Presse diskreditiert.<sup>695</sup> Insgesamt blieb das Vorgehen des Machtapparates in Großstädten und insbesondere in Moskau gegen die unerwünschten Gesellschaftsgruppen vergleichsweise gemäßigt. Vjačeslav Igrunov schrieb:

„Sicherlich wurden die Menschen in Moskau nicht mit Hunden gehetzt, wie die Informellen aus Lwow, hier wandte man auch kein Tränengas wie in Minsk und Vil’njus an, es gab keine Panzer

<sup>693</sup> Dazu siehe das folgende Kapitel.

<sup>694</sup> Novodvorskaja, *Po tu storonu*, S. 155.

<sup>695</sup> Roth, *Glasnost*, S. 311; vgl. auch zahlreiche andere, in der hier vorliegenden Arbeit bereits dokumentierte Beispiele; so etwa in den Kapiteln 1.4 oder 2.4.

wie in Baku und Menschen kamen nicht ums Leben wie im Flughafen Svartnoc (Erevan). In Moskau gab es jedoch auch nicht die Freiheit, die die Litauer und Esten Ende des Jahres [1988] zu spüren bekamen.“<sup>696</sup>

Die hier angesprochenen Ereignisse, etwa in Svartnoc (Armenien) am 5. Juli 1988, in Minsk (Belarus) am 30. Oktober 1988 oder in Tiflis (Georgien) am 9. April 1989, bei denen gegen friedliche Demonstranten schwer bewaffnete, dem Innenministerium unterstellte Sondertruppen eingesetzt wurden und bei denen Kundgebungsteilnehmer ums Leben kamen, stellten die schwersten Angriffe der Reformgegner dar.<sup>697</sup> Obwohl Gorbačev jede Verantwortung von sich wies, fügte jede Machtdemonstration des Staates seinem Image einen enormen Schaden zu und nährte die antiparteilichen und antikommunistischen Stimmungen in der Sowjetgesellschaft,<sup>698</sup> während die Suche nach Schuldigen weiterhin die Partei polarisierte, wie es vor allem die Debatten im Volksdeputiertenkongress über die „Tragödie von Tiflis“ dokumentieren.<sup>699</sup>

Wie noch weiter in dieser Arbeit gezeigt wird, kam die Opposition der reaktionären Kräfte auch in deren Bemühungen zum Ausdruck, die Verabschiedung demokratischer Gesetze zu verhindern. Gleichzeitig wurde versucht, die neu gewonnenen Freiheiten der Gesellschaft mit weiteren Verwaltungsakten einzuschränken. Doch waren beide Methoden nicht zuletzt aufgrund des intensivierten KSZE-Prozesses nur beschränkt möglich bzw. nur bedingt erfolgreich. Dies zeigt auch der gescheiterte Versuch des Verteidigungs- und des Innenministeriums zusammen mit dem offiziellen Rat der Journalisten vom Januar 1989, die freie Berichterstattung über Massenproteste durch eine neue Regelung einzuschränken. Diese sah eine Zugangsberechtigung für Journalisten zu den Demonstrationen vor, die sie nur vom Innenministerium hätten erhalten können. Da die neuen Bestimmungen des abschließenden Dokuments des KSZE-Treffens in Wien der Verabschiedung dieser Regelung zuvorkamen und ganz im Gegenteil die Rechte der

<sup>696</sup> Igrunov, Öffentlichkeitsbewegungen, S. 97.

<sup>697</sup> Bei den Ereignissen auf dem Flughafen Svartnoc nahe Erevan handelte es sich um eine friedliche Demonstration der Armenier, deren Teilnehmer u. a. den Anschluss des Berg-Karabach-Gebietes an Armenien, Glasnost in der Presse über die Ereignisse um das Krisengebiet Berg-Karabach, die Freilassung der verhafteten Mitglieder des Karabach-Komitees forderten, und die ohne Vorwarnung von den bewaffneten Truppen brutal aufgelöst wurde. In Minsk wurde ein Demonstrationszug mit 10 000 Teilnehmern, Anhängern der informellen Gruppen „die Hiesigen“ sowie „Martyrolog“ (der „Memorial“ in Russland vergleichbaren Organisation), von bewaffneter Miliz und Soldaten mit Tränengas und Gummiknüppeln auseinandergetrieben. Mit noch größerer Brutalität (vom Gebrauch vom Spaten als Schlagwaffen gegen Minderjährige und Alte wurde berichtet) wurde eine Demonstration von ca. 100 000 Georgiern am 9. 4. 1989 in Tiflis durch die Truppen des Innenministeriums und der Streitkräfte aufgelöst, deren Teilnehmer hauptsächlich gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen Abchasiens (Teil Georgiens) sowie für mehr politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Georgiens vom Zentrum demonstrierten. Vgl. Altrichter, Russland, S. 186ff.; *Vesti iz SSSR* 1988: 13-1, 19/20-8; 1989: 7/8-1; *Panorama* Nr. 4, 1989; Budinas, Evgenij: *Ternii pravdy*, in: *Vek XX i mir*, Nr. 8, 1989, S. 26-31.

<sup>698</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 53.

<sup>699</sup> Dazu siehe Altrichter, Russland, S. 186-193.



Journalisten stärkten<sup>700</sup>, ist zu vermuten, dass die neue Verordnung deshalb nicht beschlossen werden konnte.<sup>701</sup>

Eine andere reaktionäre Maßnahme war den Reformgegnern hingegen im April 1989 kurzfristig gelungen. Am 8. April 1989 erließ das Präsidium des Obersten Sowjets der UdSSR ein Dekret, das den berüchtigten Artikel 70 aus dem StGB der RSFSR tilgte, an seiner Stelle jedoch einen neuen Tatbestand, „Aufrufe zum Sturz oder zur Änderung der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung“, mit folgendem Wortlaut einfügte:

„Öffentliche Aufrufe zum Sturz der sowjetischen Staats- und Gesellschaftsordnung oder zu ihrer Änderung in einer der UdSSR-Verfassung widersprechenden Weise oder zur Verhinderung der Erfüllung der Sowjetgesetze, um das politische oder ökonomische System der UdSSR zu untergraben, ebenso die Herstellung mit dem Ziel der Verbreitung von Materialien solchen Inhalts werden mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bis zu 2000 Rubeln bestraft.“<sup>702</sup>

Das Strafmaß wurde zwar abgemildert, dafür aber durch den Artikel 11 (1) ergänzt, der wiederum Strafverfolgung wegen „Verunglimpfung des Staates“ in einem erweiterten Sinne vorsah:

„Öffentliche Beleidigungen oder die Diskreditierung der höchsten Organe der Staatsmacht oder der Verwaltung der UdSSR, anderer Staatsorgane, die vom Kongreß der Volksdeputierten oder vom Obersten Sowjet der UdSSR bestätigt wurden sowie (die) von gesellschaftlichen Organisationen oder ihrer Unionsorgane, die nach gesetzlich bestimmten Verfahren gebildet sind und entsprechend der Verfassung der UdSSR wirken, werden mit Freiheitsentzug bis zu drei Jahren oder mit 2000 Rubeln Geldstrafe bestraft.“<sup>703</sup>

Dieser Artikel ersetzte den früheren Artikel 190 (1) des StGBs der RSFSR, bedeutete aber im Grunde eine Verschärfung des Strafrechts. So definierte er nicht weiter, was unter dem Wort „Diskreditierung“ verstanden wurde und öffnete damit der Kriminalisierung für jede kritische Bemerkung über die Repräsentanten des Systems, die Deputierten des neu gewählten Volksdeputiertenkongresses und natürlich über die Partei selbst Tür und Tor. Dies behinderte nicht nur die Pressefreiheit, sondern bedrohte auch die „politische Entfaltungsfreiheit“<sup>704</sup> der Abgeordneten des neu gewählten Volksdeputiertenkongresses und löste einen Sturm

<sup>700</sup> Siehe den Bereich der „Information“ im Korb III, hier insbesondere Punkt 34 und 40 des Dokuments, (<http://www.osce.org/de/mc/40883>), wo sich die Sowjetunion u. a. verpflichtet hat „sich weiterhin darum [zu] bemühen, die freiere und umfassendere Verbreitung von Informationen aller Art zu erleichtern, zur Zusammenarbeit im Bereich der Information zu ermutigen und die Arbeitsbedingungen für Journalisten zu verbessern“ sowie zu gewährleisten „daß es Journalisten, darunter auch denjenigen, die Medien anderer Teilnehmerstaaten vertreten, bei der Ausübung dieser Tätigkeit freisteht, Zugang zu öffentlichen und privaten Informationsquellen zu suchen und mit diesen Kontakt zu pflegen, sowie daß ihr Bedürfnis nach Wahrung des Berufsgeheimnisses geachtet wird“.

<sup>701</sup> Ljubarskij erklärt zwar die ausgebliebene Umsetzung dieser Regelung mit der KSZE, dieser Zusammenhang konnte jedoch nicht mit den Regierungsakten bestätigt werden. *Vesti iz SSSR* 1989: 4-48.

<sup>702</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 61 f.; vgl. auch VVS RSFSR, Nr. 15, Art. 106; Nr. 16, 1989, Art. 397.

<sup>703</sup> Zitiert nach Luchterhandt, *Die Sowjetunion*, S. 62.

<sup>704</sup> Ebd., S. 63.

von Kritik nicht nur in der sowjetischen Öffentlichkeit, sondern auch seitens der westlichen Gemeinschaft aus, die die sowjetische Delegation auf der KSZE-Folgekonferenz in Wien damit konfrontierte.<sup>705</sup> Der neue Paragraph wurde auf dem ersten Volksdeputiertenkongress scharf kritisiert und schließlich ersatzlos gestrichen.<sup>706</sup> Diese Episode demonstriert einerseits die hohe Empfänglichkeit für Kritik, das geschärfte Rechtsbewusstsein und den größeren Einfluss der neuen Legislativen, zeigt andererseits aber auch, dass die konservativen Kräfte über einen erheblichen Rückhalt im Parteiapparat verfügten. Nach Darstellung von Jurij Rešetov, des damaligen Leiters der Hauptabteilung für internationale humanitäre Kooperation und Menschenrechte im MID, enthielt der ursprüngliche Entwurf des novellierten Strafgesetzbuches und der einschlägigen Verordnung den Artikel 11 (1) nicht. Er wurde erst in der Nachbearbeitung eingefügt und mehrheitlich im Politbüro beschlossen, als Michail Gorbachev und Édouard Ševardnadze sich in London aufhielten. Gorbachev habe den neuen Entwurf widerwillig akzeptieren müssen.<sup>707</sup>

Während die beschriebenen Rückschläge bei der Demokratisierung eher Beispiele für verborgene Angriffe der Reaktion liefern, stellte der im Sommer 1988 entbrannte parteiinterne Streit über die Vereinbarkeit der allgemeinemenschlichen Werte mit den ideologischen Maximen des Marxismus-Leninismus eine offene Spaltung innerhalb der Partei dar. Ausgelöst wurde dieser vom Auftritt Édouard Ševardnadzes im MID im Juli 1988. In seiner Rede über die Prioritäten der sowjetischen Außenpolitik hielt der sowjetische Außenminister gegen die Sicht der friedlichen Koexistenz als eine „spezifische Form des Klassenkampfes“ und rekurrierte dabei auf den Vorrang der Menschheitsinteressen vor den Klasseninteressen. Die Kategorie des „sozialistischen Weltsystems“ wurde von ihm weitgehend aufgegeben. Er führte aus, dass die internationalen Beziehungen nicht mehr mit dem Klassenkampf gleichzusetzen seien und dass der Gegensatz zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht mehr zeitgemäß sei. Entsprechend sekundär erschien nun auch die traditionelle Zielsetzung, die kapitalistischen Staaten von außen zu revolutionieren.<sup>708</sup> Ševardnadzes Auftritt löste eine Debatte darüber aus, ob der Klassenkampf noch von großer Bedeutung für den sozialistischen Staat sei und dessen Dogmen ohne weiteres mit dem „Neuen Denken“ sowie den allgemeinemenschlichen Werten kompatibel seien.<sup>709</sup> Egor Ligačev reagierte Anfang August 1988 darauf und warnte davor, das Klassenverständnis der interna-

<sup>705</sup> Ebd.; Zagorski, Moskau, S. 55.

<sup>706</sup> *Pervyj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 25 maja – 9 ijunja 1989 g., stenografičeskij otčet*, 6 Bde., Moskau 1989, hierzu siehe: Bde.: 1–3. Bemerkenswerterweise hatte es bei der Abstimmung über die Streichung des Art. 11 (1) lediglich 7 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen gegeben, vgl. Bd. 3, S. 324.

<sup>707</sup> Siehe Zagorski, Moskau, S. 55, Anmerkung 11.

<sup>708</sup> Text: Doklad Ė.A. Ševardnadze, in: *Vestnik*, Nr. 15, 1988, S. 27–46; vgl. Erinnerungen von Ševardnadze zu dieser Episode: Ševardnadze, *Kogda ruchnul*, S. 85, 113.

<sup>709</sup> Siehe z. B.: MN vom 21. 8. 1988, S. 6.

tionalen Beziehungen bzw. die Staatsideologie aufzugeben.<sup>710</sup> Seine Kritik richtete sich gegen die Entideologisierung der internationalen Beziehungen und der Menschenrechte, machte Front gegen Gorbačevs Reformen und gegen dessen sowie Ševardnadzes Außenpolitik.

Gorbačev nahm zwar die internen Widerstände in den Dienst seines betont zentristischen Kurses,<sup>711</sup> bezog aber zum Ende des Jahres 1988 eine klare Position. In seiner zu internationalen Schlagzeilen gewordenen Rede vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 7. Dezember, die sich nicht nur an die internationale Öffentlichkeit,<sup>712</sup> sondern auch an die eigene konservative Parteienomenklatura richtete, verkündete er die Priorität der allgemeinemenschlichen Werte in der Weltpolitik und erklärte die „Entideologisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen“ zu einem Gebot der zusammenwachsenden Welt und gab die Richtung seines weiteren Reformwerkes bekannt. Völkerrechtliche Menschenrechtsverpflichtungen wurden von Gorbačev als Maßstab der nationalen Grundrechtsverhältnisse anerkannt, auf deren Basis er nun, wie von den USA und anderen westlichen KSZE-Staaten erwartet,<sup>713</sup> die Fortsetzung des radikalen Reformkurses in der Sowjetunion, die Gewährleistung der Menschenrechte durch neue Gesetze ankündigte und dabei um die Unterstützung vonseiten der westlichen Welt warb. Zwar waren die Hauptelemente dieser Rede nicht neu,<sup>714</sup> mit ihrer Proklamation vor der Weltöffentlichkeit demonstrierte Gorbačev aber seine Entschlossenheit, eine neue Etappe der auf Kooperation und Solidarität basierenden internationalen Beziehungen anzutreten und den angefangenen innenpolitischen Reformkurs auf Basis der KSZE-Normen und Werte fortzusetzen.<sup>715</sup> In New York versprach er eine baldige Übereinstimmung der sowjetischen Gesetzgebung mit den KSZE-Verpflichtungen und kündigte die Ausarbeitung neuer Gesetze über die Gewissens-, Meinungs-, Vereinigungs- und Reisefreiheiten, die Revision des Strafgesetzbuches und die Beseitigung der verbliebenen Störungen der westlichen Radiosender an.<sup>716</sup>

Gorbačevs Worte zogen Konsequenzen nach sich. Unmittelbar nach dieser Rede fiel in Washington die Entscheidung, die Verhandlungen der KSZE-Konferenz in Wien zu einem erfolgreichen Ende zu bringen und Moskau als Ort des

<sup>710</sup> Text in: SR vom 6. 8. 1988, S. 1-2. Der Streit über das Verhältnis zwischen den allgemeinemenschlichen Werten und Klasseninteressen entbrannte bereits bei der Diskussion der Thesen zu der XIX. Parteikonferenz im Politbüro, in der Ligačev gegen eine erwähnte Bevorzugung der Menschenrechte auftrat und sich zunächst durchsetzen konnte. Grachev, Gorbachev's Gamble, S. 165.

<sup>711</sup> So Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 175ff.

<sup>712</sup> Grachev, Gorbachev's Gamble, S. 163-168; vgl. Teil II, Kapitel 2.3 der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>713</sup> Vgl. Teil II, Kapitel 2.3 der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>714</sup> Ein Jahr zuvor wurden sie in einem Artikel aus Anlass der 42. Vollversammlung der Vereinten Nationen in der *Pravda* vom 17. 9. 1987 bereits formuliert und auf der XIX. Parteikonferenz wiederholt. Vgl. Teil II, Kapitel 2.1 der vorliegenden Arbeit.

<sup>715</sup> Gorbačev, *Žizn' i reformy*, Bd. 2, S. 132.

<sup>716</sup> Text der Rede: *Vystuplenie v organizacii ob"edenennyh nacij*, 7. 12. 1988, in: Gorbačev, *Izbrannye reči*, Bd. 7, S. 184-202.

zukünftigen Expertentreffens über die menschliche Dimension prinzipiell zu akzeptieren.<sup>717</sup> In der Sowjetunion wurde unterdessen ein Ausbruch der bisherigen Perestroika aus dem Rahmen des Marxismus-Leninismus gewagt. Über die praktische Umsetzung der verkündeten Ideen gab Ševardnadze am 13. Dezember im MID eine Einweisung.<sup>718</sup> In seinem Vortrag hob er hervor, dass es sich um einen „kritischen Charakter der gegenwärtigen Etappe der Geschichte“ handle, in dem die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte als Basis des zukünftigen Fortschritts für die internationale Politik bestimmend sein werde. Deswegen sei es notwendig, eine *moderne* Interpretation des Begriffs „allgemeinmenschliche Werte“ wissenschaftlich auszuarbeiten.

Erfolgte die Revision der sozialistischen Menschenrechtskonzeption bisher spontan als Ergebnis der Interaktion solcher Akteure wie der Burlackij-Kommission, den transnationalen Helsinki-Netzwerken und den unabhängigen Menschenrechtsgruppen sowie der selbstkritischen Reflexion über die eigene Vergangenheit, so wurde jetzt eine bewusste Umwertung der bisher geltenden Menschenrechtsphilosophie zur unmittelbaren Aufgabe des Staates erklärt. Das Mitglied der „Kommission für humanitäre Zusammenarbeit und Menschenrechte“ beim „Sowjetischen Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“, Ernest Ametistov, formulierte aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration die folgenden drei wichtigsten Aufgaben der Sowjetunion in diesem Bereich: Als erste und schwierigste nannte er die Notwendigkeit, die bisherige Philosophie der Menschenrechte so zu ändern, dass die Persönlichkeit, ihre Rechte und Freiheiten, die höchste Wertschätzung, einen universellen Charakter erlangen könnten. Dieses Ziel stand in einem scharfen Gegensatz zu der über Jahrzehnte gültigen sozialistischen Menschenrechtsauffassung. Aus diesem Vorsatz wurde die zweite Aufgabe der Perestroika abgeleitet – die eigenen Rechtsnormen und Verfahrensweisen mit den internationalen Verpflichtungen in Übereinstimmung zu bringen. Es sei notwendig, sich darüber bewusst zu werden, erklärte Ametistov, dass „eine Entsprechung der sowjetischen Gesetzgebung dem Prinzip des absoluten, bedingungslosen Rechts des Bürgers direkt aus unseren internationalen Verpflichtungen resultiert“.<sup>719</sup> Die Entwicklung des effektiven rechtlichen Schutzes der Bürger mit „maximaler Nutzung“ der Erfahrungen der anderen Welt sowie die Möglichkeit der individuellen Einklage von Menschenrechtsverletzungen vor einer internationalen Instanz wurde von ihm als die dritte Aufgabe genannt. Mit diesem Artikel wurden die völkerrechtlichen Normen und internationale Vereinbarungen als positive Herausforderungen verstanden und als Standards juristisch verpflichtend für die eigene Gesetzgebung anerkannt.<sup>720</sup>

<sup>717</sup> Vgl. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 173 ff.; Teil IV, Kapitel 1 der vorliegenden Studie.

<sup>718</sup> Gekürzter Text des Auftritts: O praktičeskich zadačach ministerstva inostrannyh del po realizacii idej i položienij, soderžaščichsja v vystuplenii M.S. Gorbačeva v OON 7 dekabnja 1988 g., 13. 12. 1988, in: *Vestnik*, Nr. 23, 1988, S. ii–vii.

<sup>719</sup> MN vom 11. 12. 1988, S. 5.

<sup>720</sup> Ebd.

Obwohl in den offiziellen Verlautbarungen zeitgleich noch Kontinuitäten zur bisherigen sozialistischen Grundrechtstheorie weiterhin herausgestellt wurden, hatte ihre revidierte Form kaum noch etwas mit den ursprünglichen Postulaten des Marxismus-Leninismus gemeinsam. Dass die westlich-liberalen Werte, die Gorbachev neutral als „allgemeinmenschliche“ zu bezeichnen pflegte, zum Ende des Jahres 1988 eine ganz andere Bedeutung erlangten, demonstrierten die unionsweiten Feierlichkeiten, die zum ersten Mal aus Anlass des 40-jährigen Jubiläums der Allgemeinen Menschenrechtsdeklaration begangen wurden, sowie die erstmalige Publikation des Textes der Deklaration in den führenden Zeitungen.<sup>721</sup> Die internationalen Standards und damit die Bestimmungen der KSZE-Schlussakte wurden von „ganz oben“ als die „allgemeinmenschlichen“ anerkannt und in ihrer Gewichtung aufgewertet. Ihre Gültigkeit wurde offiziell nicht nur nicht mehr hinterfragt, sie rückten sogar als Zitiergrundlage der Reformer in den Vordergrund innerparteilicher Debatten um den weiteren politischen Kurs der Union. Damit zeichnete sich der Bedeutungswandel des KSZE-Prozesses für die Parteiführung ab – die multilaterale Diplomatie entwickelte sich zur externen Absicherung der innenpolitischen Reformen. Als dessen Bestätigung ist die zur gleichen Zeit erfolgte Preisgabe sowjetischer Positionen im Abschließenden Dokument des Treffens in Wien zu bewerten.<sup>722</sup>

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass der in diesem Kapitel skizzierte Wandel in seiner Bedeutung einschneidend war. Das diskursive Feld des Politischen löste sich von den ideologischen Rahmungen und erfuhr eine beachtliche Dynamisierung und Radikalisierung. Mit ihm änderten sich die politischen Akteure und Adressaten der sowjetischen Politik. Ein Teil des Parteiapparates (vor allem MID, Burlackij-Kommission) entwickelte sich zu den „Liberalen“ bzw. „Reformern“, die in einer unsichtbaren Allianz mit den gesellschaftlichen Gruppen für eine weitere Liberalisierung jenseits ideologischer Schranken mit den internationalen Vereinbarungen argumentierten und den Westen dabei nicht mehr als Feind, sondern zunehmend als Partner empfanden. Die dargestellten Wandlungsprozesse hatten aber auch eine Schattenseite: Mit den öffentlichen Eingeständnissen der begangenen Verbrechen verlor der Parteistaat und seine Ideologie an Zustimmung in der eigenen Bevölkerung, welche der Regierung umso weniger vertraute, je mehr sich die ökonomische Situation verschlechterte.<sup>723</sup> Die halbherzigen politischen Reformen, mit denen Gorbachev glaubte, die konservativen mit den liberalen Positionen in einem zentristischen Kurs zu vereinbaren, konnten die Legitimationskrise der KPdSU nicht abwenden. Stattdessen offenbarten sie den Verlust der Werte und die Machtlosigkeit der Partei im Land, sie radikalisierten weiterhin gesellschaftliche Forderungen und vertieften die Gräben zwischen den reformorientierten und den konservativen Kräften.

<sup>721</sup> Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 155, Anmerkung 5.

<sup>722</sup> Vgl. Teil IV, Kapitel 1 der vorliegenden Studie.

<sup>723</sup> Vgl. ausführlich: Altrichter, *Russland*, Kapitel III.

## 6. Politische Reformen und Legitimationskrise der KPdSU

Bereits auf dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU 1987 schlug Gorbačev konkrete politische Reformmaßnahmen vor, wie die Aufstellung mehrerer Kandidaten bei den Wahlen der Parteisekretäre oder die geheime Abstimmung in Parteikomitees, womit er damals noch auf starke Widerstände bei den ZK-Mitgliedern stieß. Im Sommer 1987 wurde dann in den 15 Unionsrepubliken die örtlichen Sowjets gewählt, wobei erstmals mehr Kandidaten zur Wahl standen, als Mandate zu vergeben waren. An die Notwendigkeit der Stärkung der Rolle der Sowjets und der Veränderung des Wahlsystems erinnerte Gorbačev auch in seiner Rede zum 70. Jahrestag der Oktoberrevolution am 2. November 1987 und führte diese Gedanken mit Nachdruck auf dem ZK-Plenum im Februar 1988 fort.<sup>724</sup> Der Beschluss der radikalen politischen Reformen wurde schließlich unter Einfluss der geschilderten Sommer-Ereignisse (Wachsen der Gegengesellschaft, Nina-Andreeva-Affäre) auf der ersten außerordentlichen Parteikonferenz seit 1941 im Juni 1988 gefällt und mit den ersten freien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989 fixiert. Es handelte sich dabei um die Konsequenzen, die die Gorbačev-Führung aus der kritischen Situation in der Union zog, vor allem, um die der KPdSU noch verbleibende Macht und Vertrauensbasis nicht zu verlieren. Doch mit den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress brach sich zum ersten Mal die Anti-Establishment-Stimmung Bahn. Rasch und populistisch wurde diese in antikommunistische Emotionen transformiert. Die ersten öffentlichen Diskussionen des Volksdeputiertenkongresses und die Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung offenbarten schließlich das tiefe Wertevakuum, das sich vor Sowjetbürgern auftat, die kaum zu überwindbare Krise der Partei und des Systems. Diese Aspekte werden im folgenden Abschnitt verbunden mit den Fragen analysiert, welche Bedeutung dabei den Ideen von Demokratie, von politischen und bürgerlichen Freiheiten sowie von Rechtsstaatlichkeit zukam, inwiefern diese an Zustimmung gewannen und das Selbstverständnis der Union sowie ihren politischen Reformkurs veränderten.

### 6.1 Die XIX. Parteikonferenz

Auf dem ZK-Plenum am 23. Mai 1988 erfolgte die Annahme der zehn Thesen zur XIX. Parteikonferenz, die eine Art Zwischenbilanz der Perestroika darstellten und als Grundkonsens der „kollektiven Führung“ den Ausgang der politischen Refor-

<sup>724</sup> Text: Der Oktober und die Umgestaltung: Die Revolution wird fortgesetzt. Referat auf der gemeinsamen Festsitzung des Zentralkomitees der KPdSU, des Obersten Sowjets der UdSSR und des Obersten Sowjets der RSFSR im Kongreßpalast des Kremls anlässlich des 70. Jahrestages der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 2. November 1987, in: Gorbatschow, Reden, S. 521–571; Der revolutionären Umgestaltung – eine Ideologie der Erneuerung. Rede auf dem Plenum des ZK der KPdSU, 18. Februar 1988, in: Ebd., S. 615–649; zu politischen Reformen siehe Darstellungen bei: Altrichter, Der Zusammenbruch, S. 536–542, 552–560; Brown, Der Gorbatschow-Faktor, Kapitel 6.

men bildeten. Hauptsächlich von Gorbatschow persönlich verfasst,<sup>725</sup> spiegelten sie in erster Linie seine Haltung zur Anti-Perestroika-Plattform der Konservativen wider und die Tendenz zur Vertiefung des Reformprozesses. Mit der Haupterneuerung, dem Projekt eines neuen Volksdeputiertenkongresses und einer Einführung präsidentieller Strukturen, wartete Gorbatschow allerdings aus taktischen Gründen noch ab.<sup>726</sup>

So enthielt die *erste* These ein Bekenntnis zu Glasnost und dem entstandenen Meinungspluralismus, warnte jedoch vor „einer politischen Konfrontation“ und nannte angesichts des Einparteiensystems, „das sich in unserem Lande historisch ergeben und behauptet hat“, die Erforderlichkeit der Schaffung eines „ständig wirkenden Mechanismus der Gegenüberstellung von Meinungen, Kritik und Selbstkritik in Partei und Gesellschaft“. Von „radikalen Wirtschaftsreformen“, die sich erst in einer Aufbruchphase befänden, sprach die *zweite* These und identifizierte zugleich die Ursachen bisheriger Fehlentwicklungen in dem „konservativen, rückständigen Denken“, in „bürokratischer Haltung“ staatlicher Wirtschaftsorgane. Diese *drei* nannte die Notwendigkeit der „Aktivierung des intellektuellen und geistigen Potenzials der Gesellschaft“ sowie der „Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts“, während die *vierte* These das Erfordernis einer Reform des politischen Systems mit dem Ziel, „die breiten Massen der Werktätigen in die Verwaltung aller staatlichen und gesellschaftlichen Belange wirklich einzubeziehen und die Errichtung des sozialistischen Rechtsstaates zu vollenden“, unterstrich. Noch weiter gingen die nächsten zwei Thesen. Diese *fünfte* enthielt die Gedanken von der Trennung der Partei- und Staatsfunktionen, von der Begrenzung der Amtszeit bei allen Wahlämtern, von der Aufstellung mehrerer Kandidaten mit dem Ziel der Wiederherstellung der „Grundsätze der Kollektivität und innerparteilichen Demokratie“. Diese *sechste* fasste die Idee der Aufwertung der Rolle der Sowjets u. a. durch die Ausweitung des politischen Einflusses und der Effektivität der Volksvertretungen durch „maximale Erweiterung“ der Publizität und Offenheit, durch das Prinzip der Inkompatibilität mehrerer Ämter der Abgeordneten eines Sowjets, durch Begrenzung der Wahlämter auf zweimal fünf Jahre und die finanzielle Eigenständigkeit der Sowjets. Die *Siebte* These trug der sich verschärfenden Nationalitätenproblematik Rechnung und sprach über die Notwendigkeit der „Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der sowjetischen Föderation“, die auf dem „Selbstbestimmungsrecht der Nationen“ beruhe. Die Tendenz zu mehr Demokratie spiegelte die bereits erwähnte These *acht* wider, die zum ersten Mal den Bürger zu einem unabhängigen Subjekt aufwertete und den Staat zur Garantie der „Rechte und Freiheiten der Sowjetmenschen“ verpflichtete. Auch die *neunte* These zollte eher dem liberalen Parteiflügel Tribut, ging sie doch auf eine der vielen neuen Herausforderungen der kommunistischen Partei ein: auf

<sup>725</sup> Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 997.

<sup>726</sup> Veröffentlicht wurden die Thesen in *Pravda* vom 24. 5. 1988; vgl. hierfür wie für das Folgende: Altrichter, Russland, S. 40–54; Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“, I; Ders.: Gorbatschow am „Rubikon“ II. Verlauf, Ergebnisse und Folgen der Allunionistischen Parteikonferenz der KPdSU, in: Osteuropa, 1988, S. 1059–1090.



den illegalen Charakter der informellen Gruppen, für deren Tätigkeit in nächster Zeit eine Rechtsgrundlage geschaffen werden sollte. Somit wurde von der obersten Machtstelle zum ersten Mal überhaupt die Existenz unabhängiger Initiativen anerkannt. Eine formelle Anerkennung wurde darin aber nur jenen versprochen, die sich im Rahmen der Verfassung betätigten und der Entwicklung der sowjetischen sozialistischen Gesellschaft nicht zuwiderhandelten, was nur auf einen geringen Teil der Gesellschaft zutraf. Die letzte, *zehnte*, These verurteilte die vergangene Außenpolitik und war insofern von Brisanz, als sie indirekt einen Angriff auf den Hauptverantwortlichen der sowjetischen außenpolitischen Praxis vor Ševardnadze auf den damaligen Außenminister und Mitglied des Politbüros, Andrej Gromyko, darstellte. Er gehörte zu den Sympathisanten von Nina Andreeva und war zusammen mit Ligačev am wenigsten mit der Höherbewertung der allgemeinemenschlichen Prinzipien und Menschenrechte über die Dogmen des Marxismus-Leninismus bzw. dem Klassenprinzip einverstanden. Dass das Klassenprinzip in den zehn Thesen „ungenügend zum Ausdruck komme“, beklagte Gromyko in der Auseinandersetzung im Politbüro am 19. Mai 1988, die der Verabschiedung der Thesen vorausgegangen war und die „kollektive Führung“ weiter polarisierte.<sup>727</sup> Nach Gračevs Darstellung habe man schließlich auf Ligačevs Beharren hin die Erwähnung der „Universalität der Menschenrechte“ in den Thesen durch den Verweis auf die „Klasseninteressen“ als Grundlage sowjetischer Außenpolitik ins rechte Licht rücken wollen, um dann auf beide Formulierungen zu verzichten.<sup>728</sup> Im einleitenden Bericht zur XIX. Parteikonferenz korrigierte sich jedoch Gorbačev, indem er die frühere Außenpolitik einer scharfen Kritik unterzog und die allgemeinemenschlichen Werte als den „Angelpunkt“ des „Neuen Denkens“ bezeichnete. Während ein Teil der Diskutanten bei den Versammlungen der Ersten Sekretäre der Gebietskomitees, die vom 11. bis zum 18. April 1988 stattfanden, sowie bei der Annahme des Thesenentwurfs am 23. Mai den politischen Meinungspluralismus der Thesen lobte, vermissten die anderen eine mangelhafte Stärkung der Stellung der KPdSU und ein stärkeres Bekenntnis zum Einparteiensystem.<sup>729</sup> Die Annahme der Thesen erreichte Gorbačev schließlich, indem er auf personelle Veränderungen im ZK durch die Parteikonferenz verzichtete.<sup>730</sup>

Waren die parteiinternen Meinungsdivergenzen bei der Verabschiedung der 10 Thesen noch zu verbergen, so wurden sie von den Delegierten öffentlich und in einer nie zuvor gewesenen Schärfe während der vier Tage zwischen dem 28. Juni und dem 1. Juli 1988 auf der XIX. Parteikonferenz ausgetragen. Gorbačev leitete die Konferenz mit einem Bericht ein, dem die 10 Thesen zugrunde lagen.<sup>731</sup> Die

<sup>727</sup> V Politbjuro, S. 377.

<sup>728</sup> Gračev, Gorbachev's Gamble, S. 165.

<sup>729</sup> Siehe gekürzte Diskussion in: V Politbjuro, S. 312–350, 378–388.

<sup>730</sup> Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ I, S. 997.

<sup>731</sup> Text sowie die Debatten der Konferenz in: XIX vsesojuznaja konferenzija; folgende Darstellung beruht außerdem auch auf den folgenden Arbeiten: Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ II; Altrichter, Russland, S. 40–54, 78–81; Hain, Partei und Staat, S. 52–74.

darauf folgenden Diskussionen reflektierten in erster Linie die mentalen Verschiebungen innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, die Bandbreite der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten des eingeschlagenen Reformprozesses. Statt der üblichen Selbstbelobigungen enthielten die meisten Beiträge der Delegierten Kritik: an der wirtschaftlichen Lage, die sich weiterhin im Zustand der Stagnation befand (L. Abalkin); an Bürokratismus und Zentralismus (V. Bakatin); am Gesundheitssystem (E. Čazov); an der zu weit gehenden Pressefreiheit und „Sensationslust“ mancher Publizisten und Intellektuellen (E. Ligačev, Ju. Bondarev) und an den informellen Gruppen des nichtsozialistischen Profils (G. Kolbin). Eine Sensation, die sofort in die westliche Presse gelangte,<sup>732</sup> waren die vom Parteichef der Komi-Republik, Vladimir Mel'nikov, vorgebrachten Anklagen gegen den formal höchsten Mann im Staate, den Staatspräsidenten Andrej Gromyko, gegen den Vorsitzenden des Parteikontrollkomitees, Michail Solomencev (beide Mitglieder des Politbüros), gegen den Chefredakteur der Parteizeitung *Pravda*, Viktor Afanas'ev, und gegen den Direktor des einflussreichen USA- und Kanada-Instituts, Georgij Arbatov, denen der unbekannte Delegierte aus der Provinz vorwarf, „aktiv an der Politik der Stagnation“ in der Brežnev-Ära beteiligt gewesen zu sein. Daher forderte er diese zum Rücktritt auf. Außergewöhnlich war, dass Gorbachev kein Wort zu ihrer Verteidigung einlegte.<sup>733</sup> Der Vorsitzende einer Agrarvereinigung aus dem Gebiet von Tula, Vasilij Starodubcev, verlangte die Bekanntgabe der Namen jener Verantwortlichen, die „menschliche Gesetze mit Füßen getreten haben“.<sup>734</sup> Der Schriftsteller Grigorij Baklanov verurteilte die Besetzung Afghanistans, während der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen am Hindukusch, Generalleutnant Boris Gromov, diese verteidigte.<sup>735</sup> Über Wirtschafts-, Versorgungs- und ökologische Probleme in Nižnij-Tagil, verbunden mit der Aufforderung konkreter Eingriffe und Programme, berichtete der Arbeiter eines Metallurgiebetriebs, der Delegierte Veniamin Jarin.<sup>736</sup> Zum ersten Mal wurde von einem Parteivertreter, von dem georgischen Parteichef Džumber Patiašvili, das unter Stalin entstandene sowjetische Herrschaftssystem als „totalitär“ bezeichnet.<sup>737</sup> Vom Fabrikdirektor Viktor Postnikov aus der Heimatregion von Gorbachev, Stavropol', kam die Aufforderung, sich aller Gegner der Reform zu entledigen.<sup>738</sup> Viele Delegierte wussten über die Absurditäten der Planwirtschaft zu berichten und verurteilten die Allmacht der zentralen Ministerien. Sogar der eher als konservativ geltende Erste Sekretär der Lettischen KP, Boris Pugo, appellierte an die Delegierten, mehr Autonomie für die Republiken zu gewähren und die Lösung nationaler „Ungleichheiten“ durch einen neuen Mechanismus der Beziehungen zwischen dem Zentrum und den Republiken anzustreben, um die „wahre Souve-

<sup>732</sup> Vgl. z. B. Frankfurter Rundschau vom 1. 7. 1988, S. 1f.

<sup>733</sup> XIX vsesojuznaja konferencija, Bd. 2, S. 8–14.

<sup>734</sup> Ebd., Bd. 1, S. 276–279.

<sup>735</sup> Ebd., Bd. 2, S. 20–27.

<sup>736</sup> Ebd., Bd. 1, S. 257–261.

<sup>737</sup> Ebd., S. 271–276.

<sup>738</sup> Ebd., S. 252–257.

ränität jeder Bruderrepublik“ zu garantieren.<sup>739</sup> Dass die Nationalitätenprobleme ohne Neuregelung der föderativen Strukturen der Union nicht zu lösen seien, erklärten auch die Parteichefs anderer Republiken: Der Erste Sekretär der Litauischen KP, Ringaudas Songaila, Vladimir Mel'nikov aus der Komi-Republik, der Parteichef Georgiens Dšumber Patiašvili, der Parteichef der Moldauischen KP Semen Grossu und Vaino Väljas, der als Parteichef der Estnischen KP ein von der estnischen Delegation überreichtes Paket an Maßnahmen vorstellte.<sup>740</sup>

Die größte Herausforderung der Perestroika, ihren eigendynamischen und zum Teil schon außer Kontrolle geratenen Verlauf, brachte der Vorsitzende des sowjetischen Friedenskomitees Genrich Borovik in einer eindrucksvollen Parabel zum Ausdruck. Er führte den am Tag zuvor vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes der RSFSR, Jurij Bondarev, bildlichen Vergleich der Sowjetunion mit einem aus dem Sumpf emporgestiegenen und ziellos kreisenden Flugzeug fort. „Bislang kreisen wir scheinbar immer noch über dem Sumpf. Lange kann es aber nicht mehr gehen – unser Brennstoff geht aus. Zurück in den [Sumpf] dürfen wir aber auch nicht – es würde den Untergang bedeuten. [...] Wir brauchen eine Marschroute“, appellierte Borovik an die Delegierten mit der Aufforderung, diese auszuarbeiten. „Und das Schwierigste sei“, setzte er seinen Vergleich fort, „wir müssen das Flugzeug im Flug und zwar so erstklassig umbauen, dass in Zukunft kein Halt mehr an den ausländischen Treibstofftankstellen notwendig sein wird“.<sup>741</sup>

Viele Redner nahmen kein Blatt mehr vor den Mund und ließen sich auf Dispute ein, die noch ein Jahr zuvor in dieser Form und Schärfe unvorstellbar gewesen wären. Die neue Offenheit der innerparteilichen Kontroversen und Polarisierungen gipfelte in der Auseinandersetzung zwischen Boris El'cin und Egor Ligačev sowie in dem Disput über die Meinungs- und Pressefreiheit. El'cin wiederholte seine radikale Position zur Reformpolitik und bat, auf die Ereignisse des Herbstes 1987 rekurrierend, um eine „politische Rehabilitierung“. Wie die Informellen, brandmarkte er den Wahlprozess der Delegierten als „undemokratisch“, übte scharfe Kritik an dem planlosen Verlauf der bisherigen Reformen, warnte vor dem neuen Personenkult, forderte Meinungsvielfalt und Transparenz innerhalb der Partei, mehr sozialistische Gerechtigkeit ohne Ausnahmen, die Reduzierung des ZK-Apparates und den Ausschluss von „Bremsern“, die kein anderer als Ligačev verkörperte.<sup>742</sup> Darauf folgend geißelte Ligačev die mangelnde „Bedachtsamkeit“ der Reformen, die zu weit gehende Kritik an der sowjetischen Vergangenheit und an den Privilegien der Parteifunktionäre, er griff namentlich das Wochenblatt *Moskovskie Novosti* an und beschuldigte auch andere Zeitungen des „Nihilismus“. Selbst wenn er gleichzeitig behauptete, man sei sich im Politbüro einig, es gebe keine Fraktionen, keine „Konservativen“ und keine „Reformer“, war

<sup>739</sup> Ebd., S. 243–248.

<sup>740</sup> Ebd., S. 340ff., 266ff., 271ff.; Bd. 2, S. 38ff., 70ff.

<sup>741</sup> Ebd., Bd. 1, S. 316–320.

<sup>742</sup> Ebd., Bd. 2, S. 55–62.

sein Auftritt das Bekenntnis eines Orthodoxen.<sup>743</sup> Seine Beteuerungen konnten nicht mehr über die Tatsache hinwegtäuschen, dass die Partei bereits auf dem Weg der Auflösung war. Die kontroversen Debatten der Konferenzdelegierten demonstrierten, wie weit mittlerweile die Ansichten innerhalb einer Partei auseinanderklafften. Dabei reflektierten ihre Beiträge eindrucksvoll den sich vollziehenden Wandel innerhalb der sowjetischen Gesellschaft, das Nebeneinander der inkompatiblen Werte und Lebensmodelle: Während ein Teil der Redner gegen die liberale Presse mit den Argumenten ins Feld zog, sie sei „extremistisch“, „amoralisch“, mit ihren negativen Berichten über den Parteiapparat „einseitig“, sie betreibe nichts anderes als die „Erniedrigung des Volkes“, wobei zu ihrem unmittelbaren Angriffsfeld der anwesende Delegierte und Hauptredakteur der Illustrierten *Ogonek*, Vitalij Korotič, wurde (so Ju. Bondarev, V. Karpov, B. Olejnik), stellten die anderen das westliche Prinzip der Pressefreiheit über die sozialistische Ideologie und verteidigten es als ein notwendiges Gegengewicht zur Partei, als Garant der Unumkehrbarkeit der Perestroika, und warnten vor der Gefahr des Rückfalls in die Diktatur (G. Arbatov, M. Ul'janov, G. Baklanov, V. Afanas'ev). Der Chefredakteur der Zeitschrift *Znamja*, Grigorij Baklanov, forderte eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes über die Presse- und Meinungsfreiheit, mit dem man gegen die falsche Informationsverbreitung hätte vorgehen können. Seine provokative und an alle Anwesenden gerichtete Frage, „haben wir uns denn wirklich schon am allerersten Tropfen der Freiheit verschluckt, dass wir vor lauter Husten nicht mehr sprechen können?“, sowie die darauf folgende Feststellung, „wir haben noch keine Demokratie, wir fangen erst damit an, sie zu erlernen“,<sup>744</sup> lösten viel Lärm und Empörung unter den Delegierten aus.

Gorbačev verteidigte die Meinungsfreiheit, indem er den Ideenpluralismus duldete und im Schlusswort Glasnost zu der „Hauptheldin“ der Konferenz erklärte. Er überließ dennoch die Diskussionen nicht dem Selbstlauf, sondern hielt sie im Rahmen des Zumutbaren, um sie dort abrupt zu beenden, wo der Streit auszufern schien.<sup>745</sup> Trotz der unterschiedlichen Standpunkte innerhalb der Partei beharrte er weiterhin auf der Alternativlosigkeit des Einparteiensystems. Insofern blieb eine der zentralen Forderungen des „Gesellschaftlichen Auftrags“ der Informellen Moskaus an die Delegierten ungehört. Auch die darin verlangte Anerkennung der informellen Gruppen wurde mit den Beschlüssen der XIX Parteikonferenz nicht umgesetzt. Der Partei teilte Gorbačev noch mehr denn je die Aufgabe zu, eine „Politische Avantgarde der Gesellschaft“ zu werden und die unterschiedlichen sozialen Gruppen zu integrieren. Um sie von den „ihrem Wesen nach fremden Funktionen“ zu befreien, wurden die Wiederherstellung ihrer Macht und die „Wiederbelebung“ der Sowjets zum Hauptziel der politischen Reformen erklärt, die nun einen „strukturellen Charakter“<sup>746</sup> annahmen. In diese Richtung

<sup>743</sup> Ebd., S. 82–88.

<sup>744</sup> Ebd., Bd. 2, S. 20–23.

<sup>745</sup> Vgl. Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ II, S. 1070.

<sup>746</sup> Altrichter, Russland, S. 81.



XIX. Parteikonferenz, 28 Juni 1988. Auf dem Foto von links nach rechts: Jigor Ligačev, Aleksandr Jakovlev und Michail Gorbatschow.

(Quelle: Archiv von Alexander Jakovlev/Internationales Fond „Demokratija“)

wies der unerwartete Vorschlag von Gorbatschow, den Vorsitz des reorganisierten Sowjets mit dem Amt des Ersten Parteisekretärs in einer Personalunion zu vereinbaren, was eine Machtkonzentration in einer Person, in dem Fall bei Gorbatschow selbst, bedeutete. Die Funktionstrennung zwischen Partei- und Staatsaufgaben, eine Begrenzung der Amtsperioden in Staat und Partei, die Zweiteilung der Legislative und die Änderung des Wahlgesetzes, welches jetzt eine Mehrkandidatenaufstellung und eine geheime Abstimmung vorsah, waren die zentralen Ergebnisse dieser Konferenz. Sie sollten vor allem eine Stärkung der Sowjets durch ihre Kompetenzerweiterung garantieren, jedoch keinesfalls die Suprematie der Partei berühren. Die bisherige Volksvertretung wurde in den aus 2250 Volksdeputierten bestehenden Kongress und den aus zwei gleichberechtigten Kammern, dem Unionsrat und dem Nationalitätenrat, bestehenden Obersten Sowjet aufgespalten, wobei der Volkskongress als Legislativorgan dem früheren Sowjetkongress entsprechen und neben der Partei die Richtlinien der Politik bestimmen sollte. Seiner Zuständigkeit habe die Wahl des Obersten Sowjets zu obliegen, der trotz verkleinerter Form (von bisher 1500 auf nur 542 Mitglieder) dem früheren Zentralen Exekutivkomitee vergleichbar blieb. An der Spitze des Staates sollte der vom Kongress gewählte Vorsitzende des Obersten Sowjets stehen und die Funktion eines Staatspräsidenten innehaben.<sup>747</sup>

Die Gesetzesentwürfe hierzu wurden kontrovers diskutiert. Die endgültige Fassung konnte erst auf dem ZK-Plenum im November 1988 gebilligt werden, wobei auch bei den anschließenden Sitzungen des Obersten Sowjets bis zum Tage der Verfassungsänderung am 1. Dezember 1988 abweichende Meinungen mit den

<sup>747</sup> Meissner, Gorbatschow am „Rubikon“ II; ausführlich zu den Verfassungsänderungen siehe Hain, Partei und Staat, S. 67–74; Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems I, in: Osteuropa, Nr. 39, 1989, S. 603–617; zu den Ergebnissen der Konferenz siehe auch: Grotzky, Johannes: Die XIX. Parteikonferenz der KPdSU in Moskau, in: Europa-Archiv, Folge 16, 1988, S. 459–464.

Vorwürfen an Gorbachev Hand in Hand gingen, viel zu viel Macht durch die Besetzung der neuen Stellung des „Staatspräsidenten“ zu erlangen.<sup>748</sup> Die Erweiterung seiner persönlichen Machtstellung erreichte Gorbachev jedoch noch vor der Einführung des neuen Amtes. Im Herbst 1988 verloren diejenigen „Konservativen“ ihre Posten, die auf der XIX. Parteikonferenz am meisten kritisiert wurden und sich dem weiteren Reformprozess offensichtlich widersetzen: Andrej Gromyko und Michail Solomencev schieden aus dem Politbüro aus, den Status der Politbürokandidaten verloren Vladimir Dolgich und Petr Demitshev, Egor Ligačev wurde von seiner Stellung als Zweiter Sekretär zum Leiter der Kommission für Landwirtschaft degradiert, und Gorbachev selbst übernahm am 1. Oktober 1988 das Amt des Vorsitzenden des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR von Gromyko. Das April-Plenum der KPdSU 1989 verabschiedete noch 80 weitere Personen, die in den Stagnationsjahren hohe Posten bekleidet hatten.<sup>749</sup>

Mit der Teiländerung der Unionsverfassung vom 1. Dezember 1989 fiel dem Kongress der Volksdeputierten der UdSSR die Stellung des „höchsten Machtorgans des Landes“ (Art. 108) zu, der damit eine weit gespannte Kompetenz eines „Gesetzgebungs-, Verfügungs- und Kontrollorgans“ erhielt. Die Gesetze und Verordnungen der UdSSR konnten laut neuer Regelungen vom Volkskongress mit absoluter Mehrheit der Stimmen verabschiedet werden. Er verfügte nun über die Kompetenz zur „Annahme der Verfassung der UdSSR und ihrer Änderung“ sowie zur Aufhebung der Akte des Obersten Sowjets der UdSSR. Auch dem aus den Reihen des Kongresses gewählten und ihm rechenschaftspflichtigen Obersten Sowjet wurde das Recht zur Verabschiedung von Gesetzen und Verordnungen der UdSSR zuerkannt, sofern sie nicht im Widerspruch zu den vom Volkskongress verabschiedeten „Gesetzen und anderen Akten“ ständen. Somit hatten der neue Kongress der Volksdeputierten und der neue Oberste Sowjet eine echte parlamentarische Funktion auszuüben, trotz des Widerspruchs, der sich aus ihrer Abhängigkeit von der KPdSU infolge des Einparteiensystems ergab.<sup>750</sup> Ihnen kam die Aufgabe zu, die KSZE-Verpflichtungen der Sowjetunion gesetzgeberisch zu implementieren.

Obwohl manche Hoffnungen der informellen Gruppen an die XIX. Parteikonferenz unerfüllt blieben, stellten der Verlauf der Konferenz und die Ergebnisse eine Zäsur, den Übergang zur tatsächlichen Demokratisierung, dar.<sup>751</sup> Die Debat-

<sup>748</sup> Meissner, Gorbatschows Umbau I.

<sup>749</sup> Diese Umstellungen bildeten nur einen Teil des Umbaus des ZK-Apparates. Seine Reorganisation lief ganz nach Elcins Forderungen auf der XIX. Parteikonferenz auf eine Verschlan-  
kung hinaus, in deren Folge die Schlüsselpositionen neu besetzt wurden und einige ZK-  
Abteilungen ganz verschwanden. Vgl. Altrichter, Russland, S. 80; Meissner, Gorbatschow am  
„Rubikon“ II, S. 1089; Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems III, in: Ost-  
europa, 1989, S. 874–883.

<sup>750</sup> Ausführlich zu den Verfassungsänderungen vom Dezember 1988 siehe: Meissner, Boris: Die  
erste Phase der Verfassungsreform Gorbachevs und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis  
von Partei und Staat, in: Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und in-  
nerdeutsche Probleme, H. 7, 1989, S. 385–395.

<sup>751</sup> Vgl. Altrichter, Russland, S. 40.



ten der insgesamt 70 Redner, deren Wortlaut zum ersten Mal mithilfe der Medien unverändert in die Öffentlichkeit gelang, erinnerten viel mehr an Parlamente westlicher Demokratien als an die Konferenz einer kommunistischen Partei. Sie führten vor Augen, dass es im Parteiestablishment keine Einigkeit mehr gab, weder über den Reformkurs noch über das Verständnis des „Sozialismus“ oder der „Demokratie“. Die Ideenvielfalt der Konferenz, das veränderte innerparteiliche Wahlverfahren, das die Mehrkandidatenaufstellung und die geheime Abstimmung vorsah, waren dem Sowjetsystem fremde Elemente. Zusammen mit den Reivirements im Parteiapparat bescherten sie den Reformern und der politisierten Gesellschaft einen neuen Aufschwung. Die Konservativen versetzten sie in die Abwehrhaltung. Ab da „begann sich“, mit den Worten der Zeitzeugin dieses Wandels, Galina Vochmenceva, gesprochen, „die Verteilung der Kräfte im Lande zu verändern: Die Wasserscheide verlief allmählich nicht mehr nur ausschließlich horizontal zwischen der Partei- und Staatsführung einerseits und den ‚Volksmassen‘ andererseits, sondern auch vertikal, zwischen den Anhängern und Gegnern der ‚Perestroika‘“.<sup>752</sup> Unterstützt wurde diese Tendenz durch die geschilderte Dynamisierung des gesellschaftspolitischen Diskurses und durch die reaktionäre Antwort der Konservativen darauf.

Diese Polarisierung schlug sich auf die gesellschaftspolitische Bewegung nieder, deren national-patriotischer und neostalinistischer Anteil auch zu wachsen begann.<sup>753</sup> Mit den ersten freien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März

<sup>752</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 52f.; vgl. auch Igrunov, *Öffentlichkeitsbewegungen*, S. 97.

<sup>753</sup> Für einen Teil der Bevölkerung waren inzwischen Perestroika genauso wie das Vordringen der „westlichen Massenkultur“ in die UdSSR, die zuweilen mit dem Zionismus gleichgesetzt wurde, unannehmbar; demonstriert wurde hingegen die Anhängerschaft zum Sozialismus oder eine radikale, d. h. die antiliberalen Form des Patriotismus. Die bekanntesten und einflussreichsten Vertreter dieses ideologischen Flügels stellten die zahlreichen Ableger der „Gedenken“-Bewegung dar, die zum Teil mit den altstalinistischen Dogmatikern aus dem Parteiapparat zusammenwirkten. Auch die erwähnte Lehrerin Nina Andreeva gründete im Mai 1989 die Vereinigung „Einheit – für Leninismus und kommunistische Ideale“. Als eine „nichtformale Organisation“ trat sie für den „Schutz Lenins vor Verleumdung und Angriffen“ und für die „Wiederherstellung der historischen Wahrheit über Stalin“ ein. Im Juli 1989 wurde in Leningrad die „Vereinigte Front der Werktätigen der UdSSR“ formiert, bei deren Gründungskongress Andreeva anwesend war. Auch diese Gruppe vertrat eine dogmatische Linie des Marxismus-Leninismus. Ferner entstanden in Moskau und in den anderen Städten eine Reihe kleinerer marxistischer Vereinigungen, die sich sogar als Parteien bezeichneten und eigene Informationsblätter vervielfältigten. In Moskau waren es die „Kommunistische Partei der Arbeit“ und die „Kommunistische Partei der Werktätigen“, während in Kazan' die „Marxistische Arbeiterpartei – Partei der Diktatur des Proletariats“ aktiv war und der KPdSU eine „Rückkehr auf den bourgeois Weg“ vorwarf. In den baltischen Republiken formierten sich verschiedene „Interfronten“ als Bollwerke nationaler Volksfronten, deren Hauptanliegen darin bestand, die Einheit der Union und die führende Rolle der KPdSU zu erhalten. Einen Überblick zu den national-patriotischen bzw. national-bolschewistischen Vereinigungen bieten: Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 90–94; zur „Vereinigten Front der Werktätigen“ siehe auch Semina: *Po zakonam graždanskogo vremeni*, in: Pečenjov/V'junickij, *Neformaly*, S. 163–186; zu marxistischen Bewegungen: *Panorama* Nr. 11, 1989, S. 3; Nr. 3, 1990, S. 8; zu den Interfronten am Beispiel der „Lettischen Internationalen Front der Werktätigen“ siehe: *Panorama* Nr. 8, 1989, S. 7.



1989 wurden der politische Pluralismus, aber auch die Krise der KPdSU und der Verlust der „alten“ Werte und Normen manifest.

## 6.2 Die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 – eine Massenmobilisierung gegen das Parteiestablishment

Am 26. März 1989 stimmten rund 89,8% der Sowjetbürger über die 1500 Direktmandate (von insgesamt 2250, also zwei Drittel der Kongressdeputierten) in den territorialen und national-territorialen Wahlkreisen ab. Laut dem novellierten Wahlgesetz hatten neben den Arbeitskollektiven und gesellschaftlichen Organisationen erstmals die Versammlungen der Wähler vor Ort das Recht, einen Kandidaten aufzustellen. Zum ersten Mal war auch die Aufstellung mehrerer Kandidaten möglich. Insgesamt wurden 2895 Kandidaten registriert, von denen sich 2850 in den 1500 Wahlkreisen zur Wahl stellten. In fast zwei Drittel (952) der Wahlkreise standen zwei Kandidaten zur Wahl, in 149 drei oder mehr Kandidaten und in 399 war nur ein Kandidat registriert. Damit hatte es in jedem vierten Wahlkreis keine Änderungen gegenüber der „alten“ Wahlpraxis gegeben, was vor allem auf die mittelasiatischen Regionen der UdSSR zutraf. Unter den 1958 der 2250 gewählten Volksdeputierten befanden sich 242 Parteilose – nur 12,4%. Betrug der Anteil der Kommunisten unter den 1984 gewählten Deputierten 71,4%, so lag er infolge dieser weitgehend demokratischen Wahlen bei 87,6%.<sup>754</sup>

Auf den ersten Blick ging die KPdSU als Gewinnerin aus dieser Wahl hervor. Gleichwohl sagte diese Statistik nichts darüber aus, dass einige Abgeordnete trotz ihrer Zugehörigkeit zu einer Partei zuweilen einander ausschließende politische Meinungen vertraten. Die Zahlen verschwiegen auch, dass die Ersten Sekretäre verschiedener Ebenen und andere Führungskräfte, insbesondere in Moskau und Leningrad, peinlich spektakulär bei den Wahlen gescheitert waren – trotz der allzu oft vorgenommenen Manipulationen vor Ort zu ihren Gunsten und trotz offensichtlich in das novellierte Wahlgesetz eingebauter Mechanismen, welche die Kandidaten des Apparates durchbringen sollten. Für das Scheitern des Machtapparates stand auch der triumphale Sieg des prominenten Kritikers, Boris El'cins, mit 89,4% der Stimmen im Moskauer Wahlkreis.<sup>755</sup> Um sich der Ausmaße der Niederlage der herrschenden Partei und ihrer Ideologie auf der einen und der gleichzeitig wachsenden Popularität ihrer Kritiker sowie der politischen Bedeutung der unabhängigen gesellschaftlichen Initiativen auf der anderen Seite be-

<sup>754</sup> *Izvestija* vom 5. 4. 1989; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 69; ausführlich zur Geografie der Wahlen siehe: Kolosov, V.A./Petrov, N.V./Smirnjagin, L.V. (Hrsg.): *Vesna 89. Geografija i anatomija parlamentskich vyborov*, Moskau 1990; vgl. auch Šubin, *Paradoksy*, S. 330.

<sup>755</sup> Außer El'cin hatte der Untersuchungsrichter Tel'man Gdljan, der zusammen mit Nikolaj Ivanov für die Verfolgung von Korruptionsfällen im Parteiapparat und für die Kritik an dem Politbüromitglied Egor Ligačev bekannt worden war, mit 86,6% die höchste Stimmenzahl. Zum Ablauf und zu den Ergebnissen der Wahlen siehe: Altrichter, *Russland*, S. 150-157; Papp, Anatolij/Pribylovskij, Vladimir (Hrsg.): *Vybory – 1989. Moskovskoe Bjuro informacionnogo obmena*, Moskau 1993.

wusst zu werden, sind die rechtlichen Ausgangsbedingungen der Wahlen und die Phase der Wahlkämpfe (26. Dezember 1988–25. März 1989) mit dem anschließenden Wahlvorgang zu betrachten.

Von den insgesamt 2250 Abgeordneten des Volksdeputiertenkongresses waren dem neuen Wahlgesetz zufolge 750 von gesellschaftlichen Organisationen zu delegieren<sup>756</sup> und 1500 von der Bevölkerung direkt zu wählen. Die 1500 Mandate waren über die Wahlen in den 750 territorialen und in den 750 territorial-nationalen Wahlkreisen zu vergeben. Das Recht zur Aufstellung von Kandidaten stand den gesellschaftlichen Organisationen, den Arbeitskollektiven, den Militärangehörigen in den Truppenteilen und erstmals den Wählerversammlungen der ortsansässigen Bevölkerung zu. Die Aufstellung von mehreren Kandidaten war jedoch nicht verpflichtend, ihre Registrierung durch die Bürgerversammlungen hindernisreich. Kritik rief nicht nur die Tatsache hervor, dass die zahlreichen unabhängigen gesellschaftlichen Organisationen gar kein Recht dazu erhalten hatten, sondern auch die offensichtliche Ungleichheit und die Halbfreiheit der Wahl, welche die Parteikandidaten begünstigte. So war der KPdSU von vornherein ein Teil der Deputierten zugesichert, und eine unterschiedliche Anzahl von Volksdeputierten stellten Organisationen zur Wahl, die der Partei unterstellt waren. Eine noch größere Kritik zog das hindernisreiche Prozedere der Aufstellung und der Registrierung der Kandidaten vor Ort auf sich. Demnach mussten mindestens 500 Wahlberechtigte an der Wählerversammlung im Wohnort teilnehmen, um einen Kandidaten vorschlagen zu können, und mehr als die Hälfte musste für den Wahlvorschlag gestimmt haben. Ferner bedurfte es einer Bestätigung durch eine Kreisvorwahlversammlung, die vom Parteiapparat beherrscht wurde und allzu offenkundig die Filterfunktion für die unerwünschten Kandidaten erfüllte, während die Registrierung der Kandidaten der Wahlkommission des Wahlkreises oblag. Gewählt war, wer mehr als die Hälfte der Stimmen der Wähler erhielt. Eine Stichwahl war für die zwei Kandidaten vorgesehen, die aus der ersten Wahlrunde mit der Teilnahme mehrerer Kandidaten mit den meisten Stimmen hervorgegangen waren.<sup>757</sup>

Die neue Regelung wurde insbesondere von den gesellschaftlichen Bewegungen kritisiert, die mehrheitlich, aber vergebens die Aufstellung ihrer eigenen Kandidaten von der Partei einforderten.<sup>758</sup> Um dennoch Einfluss auf die Ergebnisse der

<sup>756</sup> Von den 750 Mandaten entfielen jedoch je 100 auf die KPdSU, auf die Gewerkschaftsverbände und auf die Genossenschaftsorganisationen, je 75 auf den Verband der Kommunistischen Jugend, auf das Komitee sowjetischer Frauen, auf die Organisationen der Kriegs- und Arbeitsveteranen. 75 Mandate waren zusammen für die Vereinigungen der Wissenschaftler, für den Verband der Wissenschaftler- und Ingenieurgesellschaften der UdSSR sowie für die Alluniongesellschaft der Erfinder und Rationalisatoren, weitere 75 für die Verbände der Kulturschaffenden und 75 für andere offiziell anerkannte gesellschaftliche Organisationen vorgesehen. Zum neuen Wahlgesetz bzw. zu seinen Modalitäten siehe: VVS SSSR 1988, Nr. 49, Art. 727, 729; Altrichter, Russland, S. 138f.; RL, Report, Vol. 1, Nr. 4, 1989, S. 9–11.

<sup>757</sup> Ebd.; mehr zur Aufteilung der Wahlkreise siehe Kolosov/Petrov/Smirnjagin, Vesna 89, S. 20–57, 144–158, 215–224.

<sup>758</sup> Dies war ja auch die zentrale Forderung des „gesellschaftlichen Auftrags“ an die XIX. Parteikonferenz, vgl. Kapitel 5.1 der hier vorliegenden Arbeit.

Wahlen nehmen zu können, unterstützten die informellen Gruppen die Aufstellung von Kandidaten ohne Parteifunktion in den Betrieben und in den Arbeitskollektiven, organisierten die Bürgerversammlungen in den Wahlkreisen und schlossen sich in vielen Städten zu Wahlklubs und Wahlblöcken zusammen. In Moskau organisierten sich mehrere informelle Gruppen mit starker Mitwirkung der „Moskauer Volksfront“ und „Memorial“ zur „Moskauer Wählervereinigung“,<sup>759</sup> während in Leningrad die Gruppe „Wahlen-89“<sup>760</sup> aktiv war. Kleinere Wählervereinigungen und ähnliche Zusammenschlüsse waren in den einzelnen Wahlkreisen und in den peripheren Städten der Union tätig.<sup>761</sup> Sie organisierten Bürgerversammlungen, stellten die parteiunabhängigen Kandidaten auf, agitierten nach der Nominierungsphase für die „Eigenen“ und gegen die Parteikandidaten mit Flugblättern, öffentlichen Veranstaltungen, Hausbesuchen und Demonstrationen. Obwohl solche Initiativen über keine technischen Mittel verfügten und ihre Aktivitäten permanent durch den lokalen Machtapparat gehindert wurden, waren sie durchaus erfolgreich und zogen mit ihren hierarchielosen Strukturen ohne feste Mitgliedschaft eine Vielzahl informeller Gruppen und Einzelpersonen unterschiedlicher politischer Ausrichtung an. Das gemeinsame Ziel, bestimmte Kandidaten aufzustellen und die „Wahl ohne Wahl“ in den Wahlkreisen mit nur einem Kandidaten des Parteiapparates zu boykottieren, entfaltete offensichtlich eine einigende Wirkung.

Um die Aufstellung der Kandidaten „von unten“ zu verhindern, bediente sich der Parteiapparat einer Reihe rechtswidriger Methoden. Die bürokratische Verschleppungstaktik, die Nichtbereitstellung von Räumlichkeiten für die Versammlungen, das Vortäuschen der Aufstellung alternativer Kandidaten und der kurzfristige Rücktritt der angeblichen „Gegner“, die Manipulationen bei der Kreisvorwahlversammlung oder die Druckausübung auf die unerwünschten Gegenkandidaten waren dabei die beliebtesten Mittel.<sup>762</sup> Sie fruchteten allerdings nur bedingt und schürten vor dem Hintergrund einer allgemeinen sozioökonomischen Krise<sup>763</sup> und der oben geschilderten Demokratisierungsrückschläge

<sup>759</sup> *Panorama*, Nr. 4, 1990, S. 8.

<sup>760</sup> Im Komitee waren vor allem Mitglieder von Vereinigungen wie die Leningrader „Alternative“, „Perestroika“ und „Memorial“ vertreten. Vgl. Zdravomyslova, E.A./Temkina, A.A.: *Izbiratel'skaja kampanija i obščestvennoe dviženie v Leningrade*, in: Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 2, S. 1–17.

<sup>761</sup> *Panorama*, Nr. 3, 1989; Berichte zu den einzelnen Stadtgebieten siehe bei Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 1 und 2.

<sup>762</sup> Kolosov/Petrov/Smirnjagin, *Vesna 89*, S. 64ff.; Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 1, S. 5–9.

<sup>763</sup> Eine der größten Krisenerscheinungen der Perestroika an der Jahreswende 1988/1989 manifestierte sich im ökonomischen Bereich. Versorgungsprobleme mit Lebensmitteln und den Gütern des alltäglichen Bedarfs, Angst vor Preisanstieg und Inflation, ökologische Probleme und andere auf menschliches Versagen zurückzuführende Desaster wurden zu dieser Zeit für die Sowjetbürger allgegenwärtig. Eine mit Hilfe der *Literaturnaja Gazeta* durchgeführte Umfrage hatte z. B. ergeben, dass die größte Schwierigkeit des Landes in der Verschlechterung des Handels mit Industriewaren (88% der Befragten) und in der Versorgung mit Lebensmitteln (66% der Befragten) gesehen wurde. Zaslavskaja, Tatjana: Soziale Aspekte der „Perestrojka“, in: Europa-Archiv, Folge 17, 1989, S. 513–524, hier S. 518; vgl. auch Altrichter, Russland, S. 126ff.

Ende 1988/Anfang 1989 in der Bevölkerung nur noch mehr Protest gegen den Parteiapparat. Umso leichter fiel es den Wählervereinigungen unter solchen Bedingungen für die „Streichung aller Apparatschiks“ zu agitieren, insbesondere dort, wo die Registrierung der unabhängigen Kandidaten misslang.<sup>764</sup> Wie die Ergebnisse des ersten Durchgangs der Wahlen zeigten, machten von dieser Methode so viele Wähler Gebrauch, dass in 198 Wahlkreisen ein zweiter Wahldurchgang für den 14. Mai 1989 angesetzt werden musste. Bei den 76 Wahlkreisen, in denen mehr als zwei Kandidaten angetreten waren und keiner 50% erzielt hatte, mussten am 2. und 9. April 1989 Stichwahlen zwischen den bestplatzierten Kandidaten abgehalten werden. Aber auch bei diesen Wahlen wurden überwiegend Kandidaten bevorzugt, die sich gegenüber der Partei und dem System kritisch zeigten. In Moskau wurde bereits in der ersten Wahlrunde in 10 von 26 Wahlkreisen die erforderliche Stimmenanzahl nicht erreicht. Zu den Gescheiterten zählten der Oberbürgermeister Valerij Sajkin und der Oberbefehlshaber der sowjetischen Truppen in der DDR, General Boris Snetkov. Von 21 Leningrader Deputierten konnten nur 9 beim ersten Durchgang gewählt werden. Zwar konnte sich der Oberbürgermeister Leningrads, Vladimir Chodyrev, sehr knapp behaupten, der Gebietspartei- und Politbüro kandidat Jurij Solov'ev, der sich sogar einen komfortablen Wahlkreis ohne Gegenkandidaten hatte einrichten lassen, sowie der Stadtpartei- und Staatsführung auch in anderen Städten und Republiken. Im Baltikum setzen sich diejenigen Kandidaten durch, die von den jeweiligen Volksfronten aufgestellt oder von ihnen unterstützt wurden.<sup>765</sup>

Angesichts der Tatsache, dass der Apparat sich durch das neue Wahlgesetz und die ihm zur Verfügung stehenden technischen Mittel in einer deutlich vorteilhafteren Position gegenüber den informellen Initiativen und ihren Kandidaten befand, drücken diese Ergebnisse in erster Linie die tiefe Legitimitätskrise der kommunistischen Herrschaft aus. Sie dokumentieren außerdem, wie groß die mobilisierende Wirkung war, die mittlerweile von den informellen Gruppen auf die Bevölkerung ausging. Mit Sacharovs Worten gesprochen,

„geschah etwas, dass sogar wir [die Dissidenten vor Perestroika – A.], die wir früher einen einsamen und aussichtslos scheinenden Kampf mit sehr begrenzten Zielen führten, nicht zu hoffen gewagt hatten: Das immer wieder betrogene, unter den Bedingungen allgemeiner Heuchelei, Korruption, Vetterwirtschaft und Gesetzlosigkeit dahinvegetierende Volk erwies sich plötzlich als *lebendig*.“<sup>766</sup>

<sup>764</sup> Einige Flugblätter mit entsprechendem aufklärenden Inhalt zur Streichung von Partei-Kandidaten (Streichung nur durch eine „gerade horizontale Linie“) sind bei Papp/Pribylovskij, Vybyry – 1989, abgedruckt; siehe z. B. Teil 2, S. 13f., 34, 60–62, 86.

<sup>765</sup> Eine ausführliche Statistik zu den jeweiligen Wahlen bzw. Nachwahlen mit dem Verzeichnis der Deputierten ist in *Izvestija* vom 5. 4., vom 15. 4., vom 20., 24. und 26. 5. 1989 zu finden. Vgl. auch: Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems II. Zweiter Akt – Die begrenzten Wahlen zum „Volkskongress?“, in: Osteuropa, 1989, S. 702–719, hier S. 715; Alt-richter, Russland 1989, S. 150–157.

<sup>766</sup> Sacharow, Mein Leben, S. 831.

So vermeldete die Zentrale Wahlkommission Ende Januar, dass es für die 1500 Mandate in den territorialen und den national-territorialen Wahlkreisen 7558 Nominierungen und damit für jeden Sitz mehr als fünf Kandidaten gegeben habe. Bedenkt man, dass jeder Nominierung wenigstens eine Versammlung von mindestens 500 Bürgern und der organisatorische Einsatz informeller Klubs, Einzelaktivisten sowie Wählervereinigungen vorausgegangen waren, sind die Ausmaße der politischen Mobilisierung als beispiellos zu bewerten.<sup>767</sup> So hatte allein der Kandidat Sergej Stankevič aus dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški ungefähr 300 [sic!] Helfer.<sup>768</sup> Wählerveranstaltungen, Demonstrationen und Mahnwachen bestimmten trotz obrigkeitlicher Verbote (Verordnungen vom Sommer 1988) vielerorts das Straßenbild. In Moskau, Leningrad, Kiev, Saratov, Sverdlovsk, Krasnojarsk, Minsk, Kazan' usw. protestierten mehrere Tausende gegen die Aufstellung konservativer Kandidaten bzw. Kandidaten des Parteiapparates.<sup>769</sup> In Leningrad standen seit Anfang März täglich Mahnwachen des Komitees „Wahlen-89“ neben der Metrostation Lomonosovskaja mit Plakaten, die dazu aufriefen, gegen die offiziellen Kandidaten des Parteiapparates, gegen den Parteivorsitzenden des Leningrader Gebietes, Jurij Solov'ev, und gegen den Vertreter des Vorsitzenden des Exekutivkomitees des Leningrader Stadtsowjets, Aleksej Bol'sakov, zu stimmen. Beide Kandidaten scheiterten bereits bei der ersten Wahlrunde, am 26. März 1989. Tausende versammelten sich hingegen in der Öffentlichkeit, um ihre Unterstützung für die Reformer, vor allem Boris El'cin, Jurij Afanas'ev und Vitalij Korotič, zu bekunden.<sup>770</sup> Fast alle öffentlichen Veranstaltungen entwickelten sich seit Jahresbeginn zu Unterstützungs- oder Gegenkampagnen für bestimmte Kandidaten, wobei El'cin zum Publikumsliebbling und zum Inbegriff des Antiestablishments wurde. Erstmals am 18. März 1989 sollen fast 10 000 Moskauer zu seiner Unterstützung demonstriert und doppelt so viele am nächsten Tag vor dem Moskauer Stadtrat „El'cin! El'cin!“ skandiert haben, nachdem man gegen ihn auf dem ZK-Plenum im April ein Parteiordnungsverfahren wegen dessen positiver Äußerungen zum politischen Pluralismus eingeleitet hatte.<sup>771</sup> Flugblätter, teilweise in Gedichtform gehalten, schmückten Häuser, Metrostationen und Pfosten, wurden überall verteilt und aufgeklebt. Der Parteiapparat warf sie sogar mit dem Hubschrauber ab.<sup>772</sup> Radio, Fernsehen und Zeitungen räumten den Bewerbern

<sup>767</sup> Altrichter, Russland, S. 148.

<sup>768</sup> Vgl.: Izbiratel'naja kampanija Stankeviča, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remeni/1114673915.html#1](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1114673915.html#1).

<sup>769</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 3-17, 3-18, 5/6-7, 5/6-19, 5/6-22, 7/8-31, 7/8-34; Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 2.

<sup>770</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 5/6-15, 5/6-16.

<sup>771</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 5/6-15; Šubin, Predannaja, S. 273.

<sup>772</sup> Es war sogar von einem „Krieg“ der Flugblätter-Verteiler die Rede: Sobald eine Gruppe ihre Flugblätter in der ganzen Stadt verteilt hatte, ging ihre Konkurrenz dazu über, diese abzureißen und an ihre Stelle die eigenen anzubringen, die wiederum von dem nächsten Kandidaten ausgetauscht wurden, sofern es einen anderen gab. Das Ganze wiederholte sich unendliche Male. Vgl. Izbiratel'naja kampanija Stankeviča, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remeni/1114673915.html#1](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remeni/1114673915.html#1).

viel Zeit und Platz ein. Selbst El'cin, der über eine Hetzkampagne zentraler Medien gegen seine Kandidatur klagte, war in einer Fernsehdebatte mit seinem Gegenkandidaten, dem Direktor der Zil-Autowerke, Evgenij Brakov, zu sehen.<sup>773</sup> Der Verlauf des Wahlkampfes nahm in den Großstädten so stürmische Formen an, dass er unter der Sowjetbevölkerung eine „ungewöhnliche“, „festliche“ Stimmung erzeugte, oft verbunden mit Hoffnungen auf eine bessere, weil „demokratische“ Zukunft.<sup>774</sup>

Dabei ist die weitere Polarisierung der Gesellschaft in Anhänger einer autoritären Ordnung national-patriotischer Prägung auf der einen und Sympathisanten des demokratisch aufgebauten Rechtsstaates, selbst wenn dieser zuweilen noch als „sozialistisch“ bezeichnet wurde, auf der anderen Seite, leicht festzumachen. Die Spaltung manifestierte sich etwa in den heftigen Auseinandersetzungen um die Aufstellung des Chefredakteurs der Zeitschrift *Ogonek*, Vitalij Korotič, als Kandidaten des Volksdeputiertenkongresses im Moskauer Stadtbezirk Dzeržinskij. Der erste Versuch seiner Nominierung bei der Wahlkreisversammlung am 9. Januar 1989 wurde durch die Anhänger der „Gedenken“-Bewegung mit antisemitischen Parolen und persönlichen Angriffen auf den Kandidaten gesprengt. In Leningrad hatten zwei Tage zuvor ungefähr 150 National-Patrioten gegen die Aufstellung der liberalen Kandidaten für den Volksdeputiertenkongress (u. a. gegen Vitalij Korotič, den Schriftsteller Daniil Granin und den Ökonomen Leonid Abalkin) demonstriert, die die Demonstranten als „Feinde des russischen Volkes“ bezeichneten. Beim zweiten Versuch, Korotič als Kandidaten zu nominieren, versammelten sich am 24. Januar bereits über 1000 Menschen in einem Raum, der nicht genügend Platz für alle bot. Es sollen an dem Tag insgesamt bis zu 1700 Stimmen für Korotič abgegeben worden sein, doch wurde er, so wie die vielen anderen, der Partei nicht genehmen Kandidaten, von der Kreisvorwahlversammlung abgelehnt. Erst bei den Wiederholungswahlen am 14. Mai wurde Korotič in Char'kov (Ukraine) mit einer triumphalen Mehrheit gewählt.<sup>775</sup>

Selbst in den scheinbar vor Überraschungen sicheren staatlichen Organisationen war eine Auseinandersetzung über die nominierten Kandidaten nicht zu vermeiden. Viel Aufsehen hatte die Akademie der Wissenschaften erregt, die sich bei der Kandidatennominierung für die 30 ihr zur Verfügung stehenden Plätze gegen den vom Leningrader Ivan-Pavlov-Institut für Physiologie als Kandidaten vorgeschlagenen Andrej Sacharov sowie gegen eine Reihe anderer in der Öffentlichkeit bekannter Kandidaten (Roald Sagdeev, Dmitrij Lichačev oder Gavriil Popov) entschied. Dabei wurden ohne weiteres fünf Sitze an wissenschaftliche Vereinigungen abgetreten. Eine solch offene Missachtung der Vorschläge der Institute durch das Präsidium löste einen Sturm der Entrüstung aus. Eine große Protestversammlung von mehr als 3000 Menschen auf dem Platz vor dem Gebäude des Akade-

<sup>773</sup> El'cin, *Ispoved'*, S. 57; Altrichter, *Russland 1989*, S. 147.

<sup>774</sup> So Zdravomyslova und Temkina über die Situation in Leningrad, in: Papp/Pribyl'skij, *Vybory* – 1989, S. 1–17.

<sup>775</sup> Hierfür siehe: *Vesti iz SSSR* 1989: 1–15, 1–16; *Chronograf*, Nr. 21, 1989.

miepräsidiums forderte am 2. Februar den Rücktritt ihres Präsidenten, Jurij Marčuks, der sich zu dem Zeitpunkt im Gebäude befand. Die Demonstrierenden riefen dazu auf, die Wahl vom 21. März zu sabotieren, um eine Neuwahl ansetzen zu lassen bzw. gegen die Kandidaten des Präsidiums zu stimmen.<sup>776</sup> Am Tag der Abstimmung wurden schließlich nur acht der 23 vorgeschlagenen Kandidaten nominiert. Erst bei der wiederholten Wahl kamen Sacharow mit 806 der 1101 Stimmen und mit ihm auch die anderen liberalen Kandidaten der Akademie durch.<sup>777</sup>

Aus dieser Auseinandersetzung war zu ersehen, dass selbst die offiziellen Einrichtungen und die große Masse der Bevölkerung nicht bereit waren, dem „von oben“ verordneten Konformismus anheimzufallen. Neben solchen Kontroversen verrieten die Testfragen, die nach dem Verhältnis der Kandidaten zum Mehrparteiensystem, zu El'cin, zum Privateigentum und zu den undemokratischen, die Versammlungsfreiheit einschränkenden Verordnungen vom Sommer 1988 fragten, die wachsenden antikommunistischen Stimmungen und die Anziehungskraft der alternativen, nichtsozialistischen Lebensentwürfe in der Sowjetgesellschaft. An den Antworten wurde abgewogen, welches „Lager“ die Kandidaten repräsentierten: das der „Gegner“ oder der „Befürworter“ der Perestroika, wobei der Parteiapparat eher zu den Ersteren gezählt wurde. Welche entscheidende Rolle dabei die Beziehung zu El'cin spielte, der die Diskussion über ein Mehrparteiensystem in der Partei einforderte, lassen sowohl die zahlreichen Flugblätter als auch die Unterschriftenkampagne einiger Kandidaten zur Unterstützung El'cins, welche sicherlich zum Teil aus wahlstrategischen Überlegungen eingeleitet worden waren, erkennen. So wurden von einem Teil der Kandidaten die Wähler bisweilen penetrant daran erinnert, für El'cin Partei ergriffen zu haben.<sup>778</sup> Auf dem Flugblatt des Koordinators der Moskauer Volksfront, Sergej Stankevič, aus dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški stand etwa Folgendes: „Wähler! Falls Du für die revolutionäre Linie Boris El'cins bist, stimme für Sergej Stankevič. Vergiss nicht, seine Unterschrift befand sich auf dem Telegramm an das ZK der KPdSU, das die Hetzkampagne gegen seine Person verurteilte.“<sup>779</sup> Nicht selten wurde jedoch der Wahlkampf auf die gegenseitigen Beleidigungen und Demaskierungen, auf niveaulosen Tratsch und Lügen reduziert, sodass zuweilen von einem „Bürgerkrieg“ innerhalb eines Wahlkreises die Rede war.<sup>780</sup>

<sup>776</sup> Zu dieser Episode siehe: Altrichter, Russland 1989, S. 144ff.; Sacharow, Mein Leben, S. 829–841; Romankov, L.P.: Vyborny ot akademii nauk, in: Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil 1, S. 24–32.

<sup>777</sup> Ebd.

<sup>778</sup> Um die Erfolgchancen der eigenen Kandidatur zu erhöhen, bekannten sich viele Bewerber zur Galionsfigur der Radikalen, zu Boris El'cin. Vgl. *Panorama*, Nr. 1, 1989; Kolosov/Petrov/Smirnjagin, Vesna-89, S. 225; Šubin, Predannaja, S. 272.

<sup>779</sup> Mitrochin, Sergej: Graždanskije vojny: ot okružnych sobranij po podsčeta golosov, in: Papp/Pribylovskij, Vyborny – 1989, Teil I, S. 10–23, hier S. 20.

<sup>780</sup> So bezeichnete man die Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten Michail Lemišev und Sergej Stankevič in dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški. Dazu mehr: Mitrochin, Graždanskije, S. 15; Kolosov, Vesna-89, S. 226f.



Obwohl der Anteil der erfolgreichen Kandidaten der Nomenklatura im Endergebnis höher lag als der ihrer verlorenen Sitze, erschütterten die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress 1989 den Parteiapparat.<sup>781</sup> Die allgemeine Legitimationskrise des Parteistaates spiegelten die Siege der zahlreichen unabhängigen Kandidaten, die die Wähler in ihren Wahlplattformen mit kritischen und oft polemischen Wahlaussagen, mit der Zurschaustellung ihrer Parteilosigkeit und der radikalen politischen Forderungen erreichten. Den größten Zulauf bekamen Bewerber, die nicht aus den Staatsorganen stammten, ein kritisches Programm vorlegen konnten und von informellen Gruppen wie „Memorial“, „Perestroika“ oder der „Leningrader Volksfront“ unterstützt wurden. Die meisten ihrer Wahlaussagen bzw. Wahlplakate enthielten dennoch allzu oberflächliche Versprechungen und ließen oft konkrete politische Inhalte vermissen.<sup>782</sup> In der Regel traten die sogenannten Demokraten für die „radikaleren Reformen“, für den „Bruch mit dem Kommando-administrativen System“, für „mehr Demokratie“ und „Gerechtigkeit“, für die „Fortsetzung der Perestroika“, für die „Verwirklichung der Menschenrechte“ und für die demokratisch aufgebaute Union gleichberechtigter Republiken nach dem Vorbild der westlichen Demokratien ein. Nur Einzelne griffen dabei auf die KSZE zurück und versprachen, an dem Aufbau des Rechtsstaates auf der Grundlage der dort getroffenen Vereinbarungen mitzuwirken.<sup>783</sup> Die eingeschränkte Präsenz der KSZE in der Wahlphase war jedoch nicht etwa auf ihre Unpopularität oder den geringen Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung zurückzuführen.<sup>784</sup> Es scheint vielmehr, dass kurze und prägnante Floskeln und Slogans gegen die KPdSU die Wähler am besten erreichten und deshalb dominierten.

Dennoch fällt auf, dass im politischen Meinungspluralismus der Kandidaten die verbale Trennlinie entlang der westlich-liberalen Weltsicht verlief, und sowohl die Gesellschaft als auch die Partei nicht nur in KPdSU-Gegner und -Anhänger,

<sup>781</sup> Altrichter, Russland 1989, S. 153f.

<sup>782</sup> Diesen Eindruck hat die Autorin aus der inhaltlichen Analyse der Flugblätter und Wahlplattformen aus dem „unsignierten Bestand“ der „Öffentlichen Historischen Staatsbibliothek“ in Moskau gewonnen. So agitierte z. B. Sergej Stankevič im Vorfeld des zweiten Wahlgangs am 9. April in dem Moskauer Wahlkreis Čeremuški mit folgendem Inhalt: „Geben Sie am 9. April ihre Stimme für Sergej Stankevič! Stimmen Sie für Jugend, Energie und Kompetenz! Stimmen Sie für Demokratie, die funktioniert!“ oder: „Die Bedingungen für eine reale Volksherrschaft zu schaffen – das ist das Hauptziel des Programms.“ Die zitierten Aussagen sind aus den folgenden zwei, online abrufbaren Flugblättern: Fond: NP, šifr: NP4-273, inv. Nr. 001068941, und ebd., inv. Nr. 001068942, [http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=2297&sel\\_id=0](http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=2297&sel_id=0). Vgl. auch Ahlberg, René: Legitimitätskrise der kommunistischen Herrschaft, in: Osteuropa, 1990, S. 517–534, S. 526.

<sup>783</sup> Zu den wenigen Kandidaten, die eine Realisierung des Wiener Schlussdokuments in ihren Wahlplattformen versprachen, gehörten z. B. Oleg Kuznecov aus dem Moskauer territorialen Wahlkreis Nr. 23 und die in der Sowjetunion berühmte Kosmonautin Walentina Tereškova, Kandidatin der „Union sowjetischer Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Zusammenarbeit mit den ausländischen Ländern“. Siehe: <http://www.shpl.ru/plakat/shim.php?id=1065104>, und AiF vom 7. 2. 1989, S. 2.

<sup>784</sup> Das Gegenteil war der Fall, was die breite Rezeption des Abschließenden Dokuments des Wiener Treffens durch die Sowjetbevölkerung beweist. Siehe Teil IV, Kapitel 2.1 der vorliegenden Arbeit.

sondern auch in Befürworter eines westlichen Gesellschaftsmodells mit all den politischen und bürgerlichen Freiheiten einerseits und die einer autoritären Staatsordnung, ob in Form des Neo-Bolschewismus oder des „Russlands eines dritten Weges“ andererseits, spaltete. In den öffentlichen Diskussionen des am 25. Mai 1989 eröffneten Volksdeputiertenkongresses kam die Legitimitätskrise der Partei und ihre Spaltung sowie die Radikalisierung der Gesellschaft noch dramatischer zum Tragen, wobei die von der Sowjetbevölkerung gewählte „linke Minderheit“<sup>785</sup> der Reformer zu wachsen und sich in einer Fraktion zu organisieren begann. Dank der neu gewonnenen Freiheiten und personellen Verbindungen zu den bedeutenden informellen Gruppen konnte sie ihren politischen Einfluss schnell ausbauen und für ihre Forderungen allein in Moskau den Großteil der erwachsenen Bevölkerung gewinnen. Damit fiel für den Parteiapparat und für die bisherige Staatsform das Votum des Volkes vernichtend aus.

### 6.3 Der Wertediskurs und das Ende der Parteieinheit im ersten Volksdeputiertenkongress

Der erste Kongress der Volksdeputierten tagte vom 25. Mai bis 9. Juni 1989 im Kremlpalast. Er wurde weitgehend so durchgeführt und die Beschlüsse so gefasst, wie es die Parteiführung geplant hatte. Ungeachtet der Einwände<sup>786</sup> Sacharovs wurde Gorbačev mit 95,6% der Stimmen zum Vorsitzenden des Obersten Sowjets und der unter den Liberalen umstrittene Anatolij Luk'janov als dessen Stellvertreter gewählt. Bei der Wahl zu den beiden Kammern des Obersten Sowjets der UdSSR setzten sich überwiegend konservative Abgeordnete durch. El'cin erhielt dabei mit 964 Gegenstimmen das schlechteste Ergebnis und gelangte nur durch

<sup>785</sup> So Sacharow über die „Demokraten“ im Volksdeputiertenkongress, vgl. dazu: Sacharow, *Mein Leben*, S. 854.

<sup>786</sup> Auf der ersten Massenkundgebung vor der ersten konstituierenden Tagung des Volksdeputiertenkongresses am 21. Mai 1989 in Lužniki, an der zum ersten Mal seit Beginn der Perestroika bis zu 300 000 Menschen teilgenommen haben sollen, wurde von den dort aufgetretenen Reformern (Boris El'cin, Andrej Sacharow, Tel'man Gdljan, Gavriil Popov, Leonid Batkin) eine Änderung der in Aussicht genommenen Tagesordnung des Volkskongresses gefordert. Andrej Sacharow sprach sich gegen eine zu große Machtkonzentration des zukünftigen Vorsitzenden des Obersten Sowjets, ebenso wie beim höchsten Staatsamt des „Staatspräsidenten“ und gegen die Übertragung der Gesetzgebungskompetenz vom neuen Volksdeputiertenkongress an den ebenfalls noch zu wählenden Obersten Sowjet aus. Die Resolution der Kundgebung richtete sich an den Kongress mit dem Auftrag, nicht auseinanderzugehen, solange die rechtlichen Grundlagen für die Verwirklichung demokratischer Rechte, für die Unabhängigkeit der Gerichte, der Presse, für die wirkliche Freiheit und Souveränität aller Unionsrepubliken nicht geschaffen worden seien. Zur Kundgebung siehe: *Panorama*, Nr. 4, 5, 1989; diverse Erinnerungen und Interviews der Teilnehmer aus dem Igrunov-Archiv, abrufbar unter [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/anniversary/](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/). Inhalt der Resolution und der Reden in: *Panorama*, Nr. 4, 1989, S. 3, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/anniversary/meeting.html](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/meeting.html); vgl. auch Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV. Dritter Akt – Die konstituierende erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und ihre Ergebnisse, in: *Osteuropa*, 1989, S. 995–1020, hier S. 996.

Verzicht eines anderen Abgeordneten aus Omsk in Sibirien (A. Kazannik) auf seinen Posten in dieses Gremium.<sup>787</sup> Diese Vorgänge waren jedoch mit tumultartigen Szenen, mit einer kontroversen Aussprache zu den politischen Grundlagen des Staates und mit einem „Wertestreit“ unter den Abgeordneten verbunden, die in ihrer Radikalität und Offenheit alle bisherigen politischen Debatten in den Schatten stellten. Sie förderten politische Strömungen zutage, die die Entwicklungen in der Gesellschaft widerspiegeln, aber nicht die Gesellschaft repräsentierten. Sie zerstörten die noch vorhandenen Illusionen über die Einheit der Partei und brachten die Fronten zwischen den Reformern und den konservativen Abgeordneten noch weiter auf. Die teilweise dramatischen und schonungslosen Redebeiträge der Deputierten über soziale und wirtschaftliche Probleme machten indes das ganze Ausmaß der Krise, die Komplexität und die Tragik der Gesamtlage sowie die Schwierigkeiten, diese zu bewältigen, deutlich. Die Berichte über die ökologische Katastrophe des Aralgebiets (T. Kaipbergenov), die Ausbeutung der Naturschätze und das Fehlen der nötigen ökologischen Aufklärung (A. Jablov), die vom Unfall in Černobyl strahlenverseuchten Zonen (A. Grachovskij), das Aussterben der nördlichen Völker (M. Mongo), die Armut der Menschen und die Vernichtung des Ackerlandes beim derzeitigen landwirtschaftlichen Zwangssystem, den erniedrigenden Import von 21 Millionen Tonnen Weizen (Ju. Čerņičenko), den drohenden Zerfall des Verbrauchermarktes, das Haushaltsdefizit, die Inflation und den Staatsbankrott (N. Šmelev) – alle diese der breiten Öffentlichkeit unzensuriert preisgegebenen Tatsachen „zerstörten“, wie Sacharov die Bedeutung des Volksdeputiertenkongresses zusammenfasste,

„bei *allen* Menschen in unserem Lande *sämtliche* Illusionen, mit denen man uns und die ganze Welt eingelullt hatte. Die Reden von Deputierten aus allen Teilen des Landes – und nicht nur von ‚Linken‘, sondern auch von ‚Rechten‘ – schufen innerhalb von zwölf Tagen für Millionen für Menschen ein klares und unbarmherziges Bild des realen Lebens in unserer Gesellschaft. Es war ein Bild, wie es deutlicher weder durch persönliche Erfahrungen, wie tragisch sie auch gewesen sein mochten, noch durch Zeitungen, Fernsehen und andere Massenmedien, durch Literatur oder Filmkunst in allen Jahren der Glasnost hätte entstehen können.“<sup>788</sup>

Die Tragweite der Diskussionen des ersten Volksdeputiertenkongresses war ausgesprochen groß.<sup>789</sup> Wirtschaftliche, politische, nationale und ökologische Themen dominierten die Auseinandersetzungen.<sup>790</sup> Doch gleich, welches Problem

<sup>787</sup> Zusammenfassend zum Ablauf siehe: Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV; Altrichter, Russland, S. 158–176.

<sup>788</sup> Sacharov, Mein Leben, S. 855.

<sup>789</sup> Eine Zusammenfassung zentraler Redebeiträge wurde von Boris Meissner geleistet. Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems (IV); eine exemplarische Darstellung der Debatten findet sich bei Altrichter. Altrichter, Russland 1989, S. 158–204; Text der Reden in: Pervyj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 25 maja – 9 ijunja 1989 g., stenografičeskij otčet, 6 Bde., Moskau 1989.

<sup>790</sup> Kaum hingegen (insgesamt nur viermal) wurden die außenpolitischen Fragen berührt, was wohl mit dem weitgehend bestehenden Konsens über die Richtlinien der sowjetischen Außenpolitik und mit Gorbatschows Erfolgen auf diesem Gebiet zu erklären ist. Die statistischen Angaben zum Kongress und zu den Beiträgen der Deputierten siehe bei: Kolosov/Petrov/Smirnjagin, Vesna-89, S. 159–207, hier S. 190, Tabelle 5.

zur Sprache gebracht wurde, es stellte sich immer auch die Frage nach den politischen Grundlagen des Staates und es entbrannte ein Streit darüber, welche Prinzipien und Mechanismen das Funktionieren eines politischen Gebildes optimal ermöglichen und die Lösung der aufgestauten Probleme am schnellsten herbeiführen könnten. Dass die bisher geltenden Mechanismen nichts mehr taugten, wurde nach diesem ersten öffentlichen Kongress für das ganze Land offensichtlich.

Bereits die erste konstituierende Tagung des Kongresses brachte statt eines gewohnten Abarbeitens einer festgelegten Tagesordnung, die mit der Wahl des Staatspräsidenten beginnen sollte, die grundlegenden Meinungsverschiedenheiten der neu gewählten Deputierten über die Organisationsprinzipien des Parlaments und des Staates als Ganzes ans Licht. Gleich am Anfang, nachdem der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Vladimir Orlov, den Kongress für eröffnet erklärt, kam der lettische Abgeordnete Wilen Tolpežnikov zu Wort und forderte, unerwartet für alle, eine Aufklärung über die Umstände der blutigen Niederschlagung der Demonstrationen von Tiflis am 9. April 1989, bei denen mehrere Teilnehmer ums Leben gekommen waren.<sup>791</sup> Am gleichen Tag wurde von der Repräsentantin der estländischen Volksfront, Marju Lauristin, das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ problematisiert und Gorbachev nach den genauen Vorstellungen dieses universellen Grundsatzes sowie nach seiner Meinung zur Vereinbarkeit des Einsatzes von Armee für Strafmaßnahmen im Inneren mit der „Entwicklung der Demokratie und des Rechtsstaates“ gefragt.<sup>792</sup> Von den anderen Deputierten wurden beide Themen im weiteren Verlauf des Kongresses immer wieder aufgeworfen. Obwohl beide Fragen auf den ersten Blick unterschiedliche Sachverhalte betrafen, waren sie die zwei Seiten derselben Medaille. Es handelte sich dabei um die zentrifugalen Kräfte des in seinen Grundfesten erschütternden multiethnischen Staates und sie warfen grundsätzliche Fragen seiner Organisation auf. Dass die Abgeordneten des Kongresses dabei entgegengesetzte, „einander ausschließende politische Optionen“ vertraten und dass die „Gräben“ nicht nur im Zentrum tief waren, sondern mittlerweile Zentrum und Peripherie trennten, zeigten die Berichte aus „national-georgischer“ und aus „zentralgesamstaatlicher“ Sicht über die Vorgänge in Tiflis.<sup>793</sup> Während der georgische Deputierte, Tamas Gamkrelidze, als Vertreter der ersten Position den friedlichen Verlauf der Kundgebungen auf dem Rustaveli-Platz beschrieb und den brutalen Truppeneinsatz als Verletzung nationaler Rechte der Völker als „Anschlag auf allgemeinschliche Werte“ durch die reaktionären Kräfte bezeichnete und in seiner Darstellung von dem damaligen georgischen Parteichef, Džumber Patiašvili, bestätigt wurde, beschuldigte der Oberbefehlshaber des transkaukasischen Militärbezirks, General Igor Rodionov, der die Aktion gegen die Demonstranten geleitet hatte

<sup>791</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 6.

<sup>792</sup> Ebd., S. 64f.

<sup>793</sup> Altrichter, Russland, S. 186–193.

und alle Vorwürfe von sich wies, den wachsenden „Nationalismus“ der Georgier und die Medien, die Ereignisse nicht richtig dargestellt zu haben.<sup>794</sup>

Der buchstäbliche Zusammenprall der konkurrierenden politischen Modelle, der staatstragenden Werte und Prinzipien, lässt sich beinahe an jeder anderen Diskussion im Volksdeputiertenkongress festmachen. Dies kann hier nur exemplarisch beleuchtet werden. So waren auch die Verfahrensfragen und die Agenda des Volksdeputiertenkongresses von Anfang an Gegenstand heftiger Diskussionen, die Andrej Sacharov noch am ersten Tag des Kongresses mit seinen zwei prinzipiellen Überlegungen einleitete. Als Erstes regte Sacharov an, angesichts der von den Wählern an den Kongress übertragenen Verantwortung als einen der ersten Tagesordnungspunkte ein Dekret aufzunehmen, das das ausschließliche Recht des Kongresses der Volksdeputierten, die Gesetze der UdSSR zu verabschieden und die höchsten Amtsträger der UdSSR (des Ministerpräsidenten, des Vorsitzenden des Obersten Gerichtshofs, des Generalstaatsanwaltes usw.) zu ernennen, begründen würde. Jeder Wahl habe außerdem, so Sacharovs zweite „prinzipielle Frage“, immer die Vorstellung des Programms der Kandidaten und eine Diskussion vorauszugehen. Die bevorstehende Wahl des mit präsidialen Rechten ausgestatteten Vorsitzenden des Obersten Sowjets dürfe hier keine Ausnahme bilden, und obwohl er, Sacharov, die Kandidatur des Generalsekretärs Michail Gorbachev für diesen Posten unterstütze, hätten auch Gorbachev und die anderen Kandidaten zu erklären, „was sie in nächster Zukunft zu unternehmen gedenken, um die überaus schwierige Lage zu überwinden, die sich in unserem Lande herausgebildet hat“.<sup>795</sup> Mit dieser unplanmäßigen und mit „Lärm, Klopfen und Zwischenrufen“<sup>796</sup> im Saal begleiteten Stellungnahme zu den parlamentarischen Organisationsprinzipien brachte Sacharov die Befürchtungen der Reformer zu Sprache, durch die Abgabe der gesetzgebenden Kompetenzen an den Obersten Sowjet zu mehrheitswilligen „Wahlmännern“ ohne politischen Einfluss degradiert zu werden. Mit der Forderung, die in Aussicht gestellte Tagesordnung des Kongresses zu ändern, stellte er sich gegen die eingebürgerte Praxis der Sowjets, das in den Parteiführungsgremien bereits Beschlossene fügsam zu übernehmen.

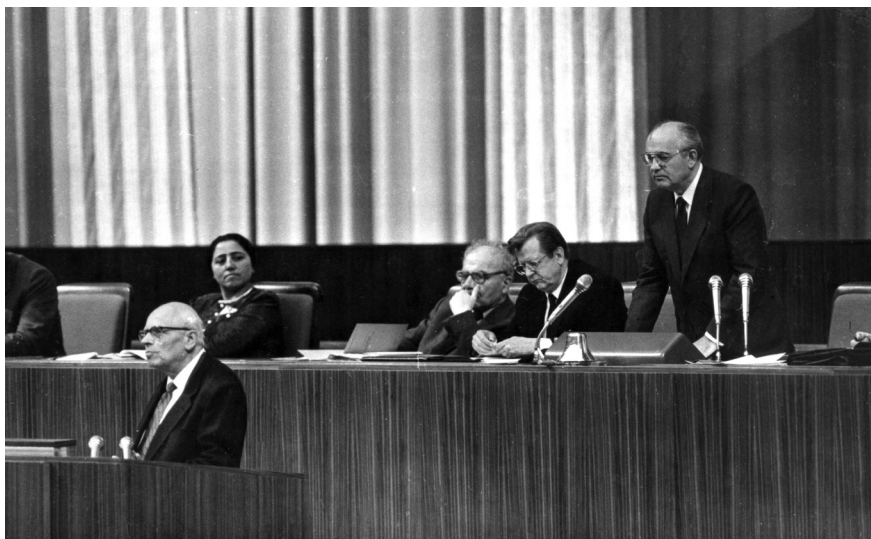
Die Auseinandersetzungen über die Agenda des Volksdeputiertenkongresses und seine Geschäftsordnung setzten sich weiterhin fort, wobei die baltischen Deputierten ihrerseits die Sorge äußerten, in den politischen Grundsatzfragen und bei der Bestellung des Obersten Sowjets nicht gehört bzw. majorisiert zu werden.<sup>797</sup> Der Vertreter der litauischen Volksfront, Vytautas Landsbergis, forderte, dass die jeweiligen Unionsrepubliken und Regionen über die ihnen zustehende Zahl von Deputierten im Obersten Sowjet der UdSSR selbst entscheiden sollten, da sonst die Gefahr bestehe, die Souveränitätsrechte der Republiken zu verletzen.

<sup>794</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 517–545.

<sup>795</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 9–11; Text von Sacharovs Rede auf Deutsch, in: Sacharov, Mein Leben, S. 852ff.

<sup>796</sup> Sacharov, Mein Leben, S. 852.

<sup>797</sup> Hierfür wie für das Folgende vgl. Altrichter, Russland, S. 161ff.



*Andrej Sacharov auf der Tribüne der 1. Sitzung des neu gewählten Volksdeputiertenkongresses am 26. Mai 1989. Im Präsidium steht Michail Gorbatschow.*

(Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau; Foto: S. Smirnov)

Die Moskauer Gruppe der Deputierten verlangte die Aufstellung von mehr Kandidaten, als Mandate vorgesehen waren. So kamen bereits in den Redebeiträgen des ersten Tages die „Konturen der innerparlamentarischen Gruppenbildung“ zum Vorschein,<sup>798</sup> die sich in den nächsten Sitzungen noch weiter verschärfen sollten, obwohl eine solche Fraktionsbildung in den Reihen der Kommunistischen Partei seit dem Beschluss des 10. Parteitages von 1921 als verfassungswidrig galt.

Zu einem ersten offenen Aufruf des Ökonomen Gavriil Popov an die gleichgesinnten reformorientierten Abgeordneten, sich zu einer überregionalen Gruppe, zu einer „Opposition“ gegenüber der Führung zusammenzuschließen, kam es am dritten Sitzungstag, nach der Bekanntgabe der Ergebnisse der zuvor durchgeführten Wahlen für die beiden Kammern des neuen Obersten Sowjets der UdSSR.<sup>799</sup> Diese wurden vom Plenum mit „tumultartigen Szenen“<sup>800</sup>, mit Zwischenrufen und Protesten gegen die bestellte „aggressiv-obrigkeitshörige Mehrheit“, wie sie der Historiker Jurij Afanas’ev bezeichnete,<sup>801</sup> entgegengenommen und scharf kritisiert. Die Bestellung des Obersten Sowjets verschärfte die Spaltung der Abgeordneten in radikale Reforme demokratischer Orientierung einerseits und

<sup>798</sup> Altrichter, Russland, S. 162.

<sup>799</sup> Pervyj s’ezd, Bd. 1, S. 224–228; Altrichter, Russland, S. 175.

<sup>800</sup> So Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1002; Altrichter, Russland, S. 175.

<sup>801</sup> Pervyj s’ezd, Bd. 1, S. 224.



Reformgegner und Anhänger der alten Ordnung andererseits, wobei die „demokratische“ oder auch als „linke“ bezeichnete Minderheit ihre numerische Schwäche im Parlament durch die täglich steigende Popularität und Einflusstärke in der Bevölkerung ausgleichen konnte. Schließlich waren 49% der befragten Bevölkerung laut einer Umfrage mit der Wahl zum Obersten Sowjet nicht zufrieden.<sup>802</sup> Trotz Widersprüche einiger Abgeordneten, es seien jetzt Einheit und nicht Spaltung, Disziplin des Volkskongresses und nicht die Demagogie der Straßenmeetings gefragt (E. Mešalkin, V. Mamedov, T. Momotova),<sup>803</sup> taten sich die Fronten zwischen den reformorientierten und den konservativen Mitgliedern im Verlauf der Kongresssitzungen weiter auf. Dass die Spaltung und Fraktionsbildung nicht mehr zu vermeiden war, resümierte schließlich der Moskauer Schriftsteller und bekannte Gewichtheber Jurij Vlasov in der siebten Sitzung des Kongresses am 31. Mai. Ihm sei jetzt klar geworden, dass es das divergierende „Verständnis von den Grundsätzen des Lebens“ sei, das hier alle Abgeordneten viel mehr spalte als vereine.<sup>804</sup> Um welche „Grundsätze“ es sich dabei handele, konnte man seiner Rede und den Redebeiträgen von diversen anderen Deputierten entnehmen. Es waren die allgemeinmenschlichen Prinzipien und Normen, wie sie die Helsinki-Akte und das Wiener Schlussdokument fixierten und die den demokratischen Gesellschaftssystemen zu Grunde liegen, die aber nicht jeder in dem neu gewählten Abgeordnetenkongress teilte. Während die einen, die Vertreter des Parteiapparates bzw. die orthodoxen Kommunisten, den Werteverlust beklagten und an den sowjetischen Patriotismus appellierend, in der Stärkung des Zentrums und der KPdSU, in der Einschränkung der Presse- und aller anderen politischen und individuellen Freiheiten die Lösung der aktuellen Probleme sahen,<sup>805</sup> forderte die „linke Minderheit“ genau das Gegenteil: die Staatsmacht von der Partei auf die Sowjets zu übertragen, die Regierung zur Rechenschaft vor dem Volk und Parlament zu verpflichten, die Wirtschaft zu dezentralisieren, private Eigentumsformen zuzulassen und die Produktionsmittel zu entstaatlichen, die monopole Machtstellung der Kommunistischen Partei und die Wirksamkeit der antidemokratischen Versammlungs- und Demonstrationsgesetze vom Sommer 1988 aufzuheben und rechtsstaatliche Verhältnisse zu schaffen, welche die Grund- und Menschenrechte, wie im Völkerrecht fixiert, garantieren würden. Mit jedem Tag des Kongresses wurde aber nicht nur seinen Mitgliedern, sondern auch der sowjetischen Bevölkerung klarer, dass die alten Orientierungen und Maßstäbe (die ideologische Legitimation für die Herrschaft der KPdSU, die Lehre von der Weltrevolution, der Vorrang des Kollektivs vor den individuellen Menschenrechten und Freiheiten, der Sowjetpatriotismus, die sozialistische Planwirtschaft usw.) den gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen nicht standhalten und bankrottgehen, während ein immer größer werdendes geistiges Vakuum an ihre Stelle

<sup>802</sup> Angaben nach Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1003.

<sup>803</sup> *Pervyj s'ezd*, Bd. 1, S. 235–242.

<sup>804</sup> *Pervyj s'ezd*, Bd. 2, S. 84.

<sup>805</sup> Ebd., S. 193–197; siehe die gesamte Rede in: Ebd., S. 339–344.



tritt. Dass dieses Loch dringend gefüllt werden müsse, um das weitere Funktionieren des Staates zu gewährleisten, war allen offensichtlich. Doch eine Konsensfindung über die neuen Inhalte schien umso unrealistischer zu werden, je länger der Kongress tagte und sich ein tiefer Pessimismus in der Bevölkerung angesichts der weiteren Talfahrt der sowjetischen Wirtschaft breitmachte.

Den Verlust der alten Werte beklagte kaum jemand so eindringlich und emotional wie der Erste Sekretär des Komsomol-Stadtkomitees von Čerkassy (Ukraine), Sergej Červonopiskij, am 2. Juni, dem achten Sitzungstag. Eigentlich galt die Rede des ehemaligen Afghanistan-Kämpfers, der im Afghanistan-Krieg beide Beine verloren hatte und mehr als 100 000 zurückgekehrte Afghanen in der Ukraine vertrat, den Äußerungen Andrej Sacharovs in einer kanadischen Zeitschrift. In einem Interview hatte Sacharov behauptet, die sowjetischen Soldaten, die in Afghanistan vom Feind eingekreist worden waren, seien zur Vermeidung der Gefangenschaft aus den eigenen sowjetischen Hubschraubern erschossen worden. Sacharovs Äußerungen bezeichnete er als „verantwortungslos“. Ein erheblicher Teil der Rede von Červonopiskij war den schwierigen moralischen und materiellen Problemen, der bürokratischen Behandlung der Afghanistan-Veteranen durch die Partei und die Behörden gewidmet. Doch den vielen Anwesenden im Kongress und dem Millionenpublikum außerhalb des Kremls prägte sich vielmehr eine andere Aussage Červonopiskijs ins Gedächtnis ein: Obwohl mehr als 80% der Deputierten Kommunisten seien, sei kein einziges Mal, auch im Referat Gorbačevs, das Wort „Kommunismus“ zu hören gewesen, beklagte er. Červonopiskijs folgender Schlusssatz war ein Bekenntnis an die alte Ordnung und ihre Werte, die ein Teil der Deputierten mit stehendem Beifall quittierte: „Ich nenne heute nur die drei Begriffe, für die wir alle kämpfen müssen: Staatsmacht [deržava], Heimat [rodina], Kommunismus [kommunism].“<sup>806</sup>

Während Červonopiskij damit zu einer Rückkehr in die Vergangenheit, zu den Idealen der Bolševiken aufforderte und die konservative politische Strömung im Kongress vertrat, unterzog der Vorsitzende des kirgisischen Schriftstellerverbandes, Čingiz Ajtmatov, die Entwicklung des Sozialismus einer scharfen Kritik und appellierte im Kontrast zu Červonopiskij an die Priorität der allgemeinmenschlichen Werte. Nicht in der Terminologie liege das Wesen des Sozialismus, so Ajtmatov, sondern in der Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen, und während man hierzulande über das Wesen des Sozialismus streite, hätten ihn andere Völker und Länder längst geschaffen.<sup>807</sup> Mit diesen Äußerungen gab Ajtmatov Gorbačevs Überzeugung Ausdruck, dass der Mensch und das Überleben der Menschheit Priorität vor der Ideologie habe, und dass die von Gorbačev

<sup>806</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 339–344; siehe auch die Darstellung bei Altrichter, Russland 1989, S. 193–197.

<sup>807</sup> Namentlich nannte er als Beispiele westliche Demokratien (Schweden, Österreich, Finnland, Norwegen, die Niederlande, Spanien und Kanada), die sich zwar nicht als sozialistisch bezeichnen, so Ajtmatov, denen es deshalb aber nicht schlechter gehe. Vgl. Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1011; Text der Rede in: Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 287–292.

als „sozialistisch“ bezeichneten Werte der Sowjetunion mit denen der westlichen Demokratien weitgehend übereinstimmen können. Mit der Orientierung an die westlichen Rechtsstaaten stellte sich Ajtmatov indirekt an die Seite der „linken Minderheit“, obwohl er deren radikalste Forderungen und die Kritik an dem Staatsoberhaupt nicht teilte.

Eine Alternative sowohl zum Marxismus-Leninismus als auch zum Liberalismus der radikalen Reformer bot wohl der bekannteste Vertreter der dritten politischen Strömung im Kongress, der für seine russisch-nationalen Einstellungen bekannte sibirische Schriftsteller Valentin Rasputin. Unter Beifall kritisierte er die „Propaganda für Gewalt und Sex“, die Sensationslust der Medien, den Verfall ethischer Werte und den Nihilismus der Jugend. Obwohl selbst parteilos, plädierte er für eine reformierte Form der Einparteienherrschaft und lehnte den westlichen Lebensstil, den politischen Pluralismus und den Parlamentarismus als Alternative zu dem bestehenden politischen System ab. Als Erster warf Rasputin in Reaktion auf die Absetzungsprozesse vor allem baltischer Republiken die Frage nach dem Austritt Russlands aus der Union auf und verurteilte die Russophobie, die Gleichsetzung der antisowjetischen mit den antirussischen Parolen.<sup>808</sup> Die autoritär-konservative und nationalpatriotische Haltung des Schriftstellers, seine Überzeugung von der Idee der Wiederherstellung des nationalen Bewusstseins des russischen Volkes, der Rückkehr zur dörflichen Gemeinschaft [sobornost'] und der Orthodoxie waren nicht unbekannt und verbanden sich mit dem Engagement für die Wiederbelebung der Natur, für die Wiederherstellung der Kulturdenkmäler und nicht selten mit dem Antisemitismus, wie ihn vor allem die zahlreichen Splittergruppen der „Gedenken“-Bewegung propagierten. All die Ideen fanden in der sowjetischen Publizistik deutlichen Ausdruck und verfügten über mehr Rückhalt in der Bevölkerung als im Kongress.<sup>809</sup>

Somit stellte der erste Volksdeputiertenkongress mit den verschiedenen politischen Strömungen in erster Linie eine Auseinandersetzung über die staatstragenden Grundsätze und Normen bzw. einen Wertediskurs dar. Und obwohl in den Debatten des ersten Kongresses anders als in dem zweiten (Dezember 1989), in dem außerordentlichen dritten Abgeordnetenkongress (März 1990) oder in dem Obersten Sowjet der UdSSR die KSZE-Schlussakte und das Wiener Schlussdokument keine explizite Erwähnung fanden,<sup>810</sup> waren deren zentrale Menschenrechtsprinzipien doch als die allgemein geltenden Grundsätze eines demokratischen Rechtsstaates, für die ein Teil der Abgeordneten eintrat, stets präsent. So

<sup>808</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 453–461.

<sup>809</sup> Siehe hierfür zum Beispiel Hielscher, Das Gespenst der „Russophobie“, S. 52; Menzel, Streitkultur oder „literarischer Bürgerkrieg“?

<sup>810</sup> Das Wiener-Schlussdokument prägte als der quasi obligate Rechtsstandard die Auseinandersetzungen im Gesetzgebungsprozess 1989–1991. Es tauchte als Argument insbesondere bei der Ausarbeitung des neuen Gesetzes über Meinungs- und Medienfreiheit 1989/1990 auf. Vgl. VS SSSR. Vtoraja sessija, Nr. 41, 1989, S. 205–239; Nr. 42, S. 4–7. Mehr zur Präsenz des KSZE-Faktors in den darauf folgenden Kongressen bzw. im Obersten Sowjet siehe Teil IV, Kapitel 2.2 der vorliegenden Arbeit.

wurde am zweiten Sitzungstag, noch bevor es zu der umstrittenen Wahl des Obersten Sowjets kam, heftig über die Versammlungsfreiheit diskutiert, nachdem die Soziologin Tatjana Zaslavskaja, die Direktorin des neuen Allunionzentrums für Meinungsforschung und Mitglied der Akademie der Wissenschaften, außerplanmäßig über einen Polizeieinsatz gegen eine friedliche Kundgebung auf dem Puškin-Platz am Vortag berichtet und daraufhin gefordert hatte, die Verordnung über die Einschränkung von Demonstrationen für die Dauer des Kongresses außer Kraft zu setzen. Dieser Vorschlag fand zwar noch keine Mehrheit, mehrere Deputierte (S. Stankevič, A. Sacharov, S. Vaišvila) teilten jedoch ihre Forderung, und das Abstimmungsergebnis von 831 Ja- bei 1261 Nein-Stimmen ließ erkennen, dass die Reformer im Kongress über einen beachtlichen Rückhalt verfügen.<sup>811</sup> Das Thema der Versammlungsfreiheit verschwand damit nicht aus den Debatten. Obwohl Gorbačev noch am Tag der Abstimmung mitteilte, dass der Moskauer Stadtrat die Versammlungen am Stadion in Lužniki während der Tagung des Kongresses genehmigt habe,<sup>812</sup> forderten mehrere Abgeordnete immer wieder, dieses Recht gesetzlich zu garantieren.

Vor dem Hintergrund der deutlichen Kritik am *Procedere* der Wahlen zum Volksdeputiertenkongress kam im Plenum auch die Notwendigkeit eines neuen Wahlrechts mit der Garantie der freien Wahlen auf der alternativen Grundlage zur Sprache.<sup>813</sup> Eine ganze Reihe von Korrekturen in der geltenden Verfassung und damit der gesamten Staatsordnung schlug der Lyriker Evgenij Evtušenko vor. Im Sinne vieler baltischer Abgeordneter regte er an, die Verfassung mit einem neuen Paragraphen zu ergänzen, der die Garantie der „Souveränität und der nationalen Würde jeder Republik der UdSSR“ vorsehen würde. Er unterstützte in seiner Rede die schon von anderen Abgeordneten aufgeworfene Idee, den Bauern die freie Verfügung über den Boden zu gestatten, und forderte darüber hinaus durch einen Beschluss des Obersten Sowjets, alle Gerichtsurteile über die des Kulakentums beschuldigten Bauern aufzuheben, um so „endlich die Schuld unserer Gesellschaft anzuerkennen“.<sup>814</sup> Er schlug vor, das in der sowjetischen Verfassung verankerte Recht auf Arbeit (Art. 40), das traditionell von den sowjetischen Delegationen auf den KSZE-Folgekonferenzen als *die* Errungenschaft des Sozialismus gepriesen wurde, mit dem Adjektiv „freie“ Arbeit zu ergänzen, um so nicht nur

<sup>811</sup> *Pervyj s'ezd*, Bd. 1, S. 112–118; Meissner, Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems IV, S. 1000; Altrichter, Russland 1989, S. 170f.

<sup>812</sup> Es handelte sich um den riesigen Sportplatz außerhalb der Stadt, der durch die schlechte Anbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln keine große Teilnehmerzahl versprach – so dürfte wohl das Kalkül der Behörden gewesen sein, als sie die Veranstalter der Kundgebungen von dem traditionell dafür gewordenen Puškin-Platz nach Lužniki „verbannten“ und dort die Abhaltung der Meetings während der gesamten Tagungszeit des Kongresses offiziell gestatteten.

<sup>813</sup> Diese forderten z. B. der in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannte Inhaber des Lehrstuhls für Ingenieurwesen am Institut für Eisenbahnverkehr in Rostow am Don, Vladimir Kolesnikov, aber auch der Lyriker Evgenij Evtušenko. Hierfür wie für das Folgende vgl. *Pervyj s'ezd*, Bd. 2, S. 14–18, 221–227.

<sup>814</sup> Ebd., S. 221.

die freie Wahl jeder Art der Beschäftigung zu begründen, sondern zugleich auch jedermanns Anspruch, Produktionsmittel vom Staat zu kaufen oder sie selbst herzustellen. Von Evtušenko erklang die Forderung, aus der Präambel der sowjetischen Verfassung die Behauptung zu streichen, in der UdSSR sei die „entwickelte sozialistische Gesellschaft“ aufgebaut. Von der Partei sei die ganze Macht an den Volkskongress zu delegieren und den Parteilosen sollten die gleichen Rechte wie den Parteizugehörigen gewährt werden, auch das Recht auf die Kandidatenaufstellung bei den Wahlen, so Evtušenko weiter. Er forderte außerdem die Rehabilitierung aller Dissidenten und Andersdenkenden, die Rückgabe der sowjetischen Staatsangehörigkeit an alle, die sie unrechtmäßig verloren hätten, ein Berufsverbot für alle Psychiater, die an der Zwangshospitalisierung der unschuldigen Andersdenkenden beteiligt gewesen waren und die Abschaffung des Artikels 11 (1) der Verordnung vom 8. April 1988, welcher die Strafverfolgung wegen „Verunglimpfung des Staates“ in einem erweiterten Sinne vorsah.

Als „Führer der Opposition“<sup>815</sup> in dem Kongress profilierte sich erneut Boris El'cin. In seiner Programmrede am sechsten Sitzungstag, dem 31. Mai 1989, warnte er vor der Gefahr, „ohne es selbst zu bemerken, wieder zu Gefangenen eines neuen autoritären Regimes, einer neuen Diktatur“, zu werden.<sup>816</sup> Um einen Rückfall in die Diktatur zu vermeiden, plädierte Boris El'cin für die Wahl des Staatspräsidenten durch das Volk und für die Dezentralisierung des Herrschafts- und Wirtschaftssystems. Er forderte Garantien für eine „größtmögliche Demokratisierung und Transparenz“, ein neues Pressegesetz und die Unabhängigkeit der Medien von der Partei, eine neue Nationalitätenpolitik, die Übergabe des Landes an die Bauern und die Begrenzung der Zuständigkeiten der KPdSU durch ein neues „Parteigesetz“.

Weit schärfer als El'cin ging der oben erwähnte Schriftsteller Jurij Vlasov mit den Widersachern der Perestroika und mit der bisherigen Reformpolitik ins Gericht. In einer noch drastischeren Form bemängelte er die politische und die wirtschaftliche Lage in der Sowjetunion und gab im gleichen Zug zu bedenken, dass in anderen Staaten der Rücktritt der Regierung bei Nichteignung üblich sei.<sup>817</sup> Er griff die schon in den früheren Sitzungen angesprochene Problematik der ungleichen Wahlen auf und regte ebenfalls mehrere Verfassungsänderungen an, darunter die Fixierung der Rechenschaftspflicht der Regierung vor dem Volk, der Gewaltenteilung sowie der Kontrolle des KGB und MVD. Vlasov, der als Erster auf die Unvereinbarkeit der von den Abgeordneten dieses Kongresses vertretenen Werte hinwies, forderte auch Gorbatschow auf, sich nun zu entscheiden, auf wessen Seite er stehe: auf der des Volkes, damit die allgemeinemenschlichen, demokratischen Werte meinent, oder auf der der Antireformer und der Apologeten der alten Ordnung, die immer offener ihre Abneigung gegenüber den demokratischen Prinzipien äußerten und in den neuen Freiheiten die Gefahr für die Einheit des

<sup>815</sup> Altrichter, Russland, S. 178.

<sup>816</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 43–49; vgl. zusammenfassend Altrichter, Russland, S. 182f.

<sup>817</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 77–84.

Sowjetstaates und seiner Ideologie sahen. Auch von den anderen jungen Deputierten wurde Gorbačev teilweise unverblümt aufgefordert, eine Wahl zwischen diesen zwei zentralen Stoßrichtungen zu treffen.<sup>818</sup>

Auf die Affronts solcher Art reagierte der nun mit präsidialen Befugnissen ausgestattete Generalsekretär mit erstaunlicher Selbstkritik. Er gestand z. B. vor dem Millionenpublikum ein, dass bereits am Ausgang der Perestroika eine „ernste Krise“ in allen Lebensbereichen vorzufinden gewesen war, begründete den begrenzten Erfolg der bisherigen Reformmaßnahmen mit dem „zerrütteten Finanzsystem“, dem „außer Kontrolle geratenen Verbrauchermarkt“, und nannte zum ersten Mal die Zahlen des Militäretats. Er sei für die Fortführung der radikalen Wirtschaftsreformen, betonte er, doch *ohne* Zulassung des Marktwirtschaftsmechanismus, wie es mittlerweile vielen Anwesenden in diesem Kongress (G. Popov, N. Šmelev) vorschwebte. Sein Konzept hingegen sei eine Mischform zwischen Plan- und Marktwirtschaft, eine „gelenkte Wirtschaft“ mit Verbindung unterschiedlicher Eigentumsformen und ohne „Ausbeutung von Arbeitern“.<sup>819</sup> Die vermittelnde Position Gorbačevs kam auch in seinen Überlegungen zu den politischen Reformen zum Ausdruck, welche mit dem Aufbau eines „sozialistischen“ Rechtsstaates einhergehen und die Sicherung der Menschenrechte in Übereinstimmung mit den internationalen Abkommen, mit den unterschriebenen KSZE-Neuverpflichtungen in Wien, gewährleisten sollten. In diesem Zusammenhang wies er auf die Notwendigkeit hin, neue Gesetze über Presse und Medien, die Religionsfreiheit sowie über gesellschaftliche Vereinigungen zu verabschieden und das Strafgesetzbuch zu erneuern. Insgesamt habe der Oberste Sowjet hier eine Menge Arbeit zu leisten; die Zahl der neuen Gesetze, die notwendig sei, damit die Sowjetunion ein Rechtsstaat werde, sei am Vortag (im Bericht des Ersten Stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets, Anatolij Lukjanovs) mit mindestens 50 angegeben worden. Im gleichen Schritt kritisierte der Generalsekretär aber auch die „Versuche der Einzelpersonen und Gruppen, ihre Ziele durch die Organisation eines wirren Durcheinanders der Massen“<sup>820</sup> zu erzielen, und meinte damit nichts anderes als die Massenkundgebungen, die mit ihren radikalen Forderungen den Machtapparat täglich aufs Neue herausforderten. Als Hauptfrage der politischen Reformen bezeichnete Gorbačev die „Schaffung einer neuen Struktur der Macht- und Verwaltungsorgane“ in den Unionsrepubliken und auf den einzelnen Verwaltungsebenen, die mit der Änderung der entsprechenden Wahlgesetze einhergehen sollten.<sup>821</sup> In der Nationalitätenpolitik propagierte er

<sup>818</sup> Ähnlich offen wie Vlasov äußerte sich der Schriftsteller Drucé, der einen Wahlkreis der moldauischen SSR vertrat. Pervyj s'ezd, Bd. 2, S. 124–131.

<sup>819</sup> Tatsächlich widersetzte sich Gorbačev dem Privateigentum (vor allem an Grund und Boden) und der Entstaatlichung des Marks als die dem Sozialismus fremden Elemente sehr lange. Erst zum Herbst 1990 ist er unter Druck der Wirtschaftsfachleute zur Erkenntnis durchgerungen, dass ohne marktwirtschaftliche Reformen die „Krise des Sozialismus“ nicht zu bewältigen sei. Vgl. Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 309ff.; Schachnasarow, Georgi: Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater, Bonn 1996, S. 188ff.

<sup>820</sup> Pervyj s'ezd, Bd. 1, S. 458f.

<sup>821</sup> Ebd., S. 255.

das von Lenin erklärte „Prinzip der nationalen Selbstbestimmung“ in einem föderativ aufgebauten Sowjetstaat. Was die liberalen Stimmen im Kongress für die innenpolitischen Verhältnisse forderten, erklärte Gorbačev getreu der Konzeption des „Neuen Denkens“ zu den Grundlagen seiner Außenpolitik: die Entideologisierung und die Orientierung an den allgemeinmenschlichen Werten, wobei der Aufbau eines „gemeinsamen europäischen Hauses“ bzw. die Fortsetzung des Helsinki-Prozesses zu den Hauptrichtungen der außenpolitischen Tätigkeit der UdSSR erklärt wurden. Diese außenpolitische Sichtweise kontrastierte mit dem Festhalten Gorbačevs an der Avantgarderolle der KPdSU im Inneren, die er in dem Schlusswort des Kongresses abermals unterstrich, er wies damit die Idee einer „konstruktiven Opposition“ entschieden von sich.

Wie sehr Gorbačev es scheute, die Machtstellung der Partei überhaupt zur Disposition zu stellen, zeigten die dramatischen Szenen der letzten Kongresssitzung. Bevor der erste Kongress der Volksdeputierten am 9. Juni offiziell zu Ende ging, wurde über sein Schlussdokument diskutiert, und als ein unbekannter Abgeordneter aus Orenburg, Vjačeslav Šapovalenko, ans Rednerpult trat und eine Erklärung über die Gründung einer unabhängigen „Überregionalen Deputiertengruppe“ verlas, forderte Gorbačev erschrocken, wie sich Andrej Sacharov erinnert, die Übertragung aus dem Kongress einzustellen.<sup>822</sup> Für Millionen Fernsehzuschauer erschien in diesem Moment ganz unerwartet eine „völlig verstörte Sprecherin“<sup>823</sup> und erklärte die Direktübertragung für beendet. Da aber der Kongress offiziell noch nicht geschlossen worden war, ließ Gorbačev, „nachdem er sich ein wenig beruhigt und gemerkt hatte, daß keine ‚Palastrevolution‘ bevorstand“, so Sacharov,<sup>824</sup> die Kameras wieder einschalten. Entsprechend wenig Beachtung fand bei ihm das „Dekret über die Macht“ von Andrej Sacharov, dessen erster Satz lautete: „Artikel 6 der Verfassung wird aufgehoben“.<sup>825</sup> Gorbačevs Weigerung, das Machtmonopol der KPdSU überhaupt zur Diskussion zu stellen, vermochte die für alle offensichtliche Spaltung der Partei jedoch kaum aufzuhalten. Noch während der ersten Session des Kongresses fand im Konferenzsaal des Hotels „Moskau“ am 7. Juni die erste Sitzung einer Gruppe von Abgeordneten statt, die sich aufgrund ihrer demokratischen Reformvorstellungen zusammenfanden und den Beschluss fassten, sich bald formal als eine „Opposition“, wie es Gavriil Popov nach der Bestellung des Obersten Sowjets am 27. Mai einforderte, zu organisieren. Die Gründungskonferenz folgte am 29./30. Juni im „Haus des Kinos“ [dom kino]. Hier waren 316 Deputierte zugegen und debattierten darüber, ob die „Überregionale Deputiertengruppe“ ein Diskussionsklub bleiben oder fest organisierte Formen annehmen sollte. Mehrheitlich sprach man sich für eine feste Organisation aus, ein 25-köpfiger Koordinierungsausschuss und fünf gleichberechtigte Vorstandsmitglieder (Boris El'cin, Jurij Afanas'ev, Gavriil Popov, Viktor Pal'm und

<sup>822</sup> Sacharov, *Mein Leben*, S. 880.

<sup>823</sup> Ebd.

<sup>824</sup> Ebd., S. 881.

<sup>825</sup> Der Text des Dekrets in: Sacharov, *Mein Leben*, S. 884f.

Andrej Sacharov) wurden gewählt. Von den Anwesenden hatten 269 ihre Mitgliedschaft in der „Überregionalen Deputiertengruppe“ angemeldet, was zusammen mit 119 bereits registrierten Mitgliedern, die an diesem Tag nicht an der Konferenz teilnahmen, insgesamt 388 Abgeordnete ergab.<sup>826</sup> Obwohl die Moskauer Abgeordneten (69) zur Zeit der Gründung den Kern der Gruppe bildeten, gehörten ihr ebenfalls Gleichgesinnte aus anderen Städten, Unionsrepubliken und sogar autonomen Gebieten an. Die Zusammensetzung der Gruppe bestätigte zudem, dass es sich mehrheitlich um die Intellektuellen, aber auch um die Mitglieder der KPdSU handelte.<sup>827</sup>

Auf der Gründungskonferenz wurde auch über die Hauptideen der Gruppe abgestimmt, die in den „Thesen zum Programm der praktischen Tätigkeit zur Vertiefung und Realisierung der Perestroika“ und, später weiterentwickelt, in der offiziellen Plattform der „Überregionalen Deputiertengruppe“ Niederschlag fanden. Zentral waren dabei die Forderungen, das politische Monopol der KPdSU durch Streichung des Artikels 6 der Verfassung zu beseitigen; ein neues, auf dem Gedanken des Selbstbestimmungsrechts der Völker begründetes und die wahre Souveränität der Republiken versprechendes Verhältnis zwischen der Union und den Republiken zu schaffen; direkte, gleiche, alternative Wahlen bei der freien Kandidatenaufstellung und ein Mehrparteiensystem zu etablieren; die informellen Gruppen und die von der Partei unabhängige Herausgebertätigkeit zu legalisieren; die Produktionsmittel zu entstaatlichen und das Privateigentum zuzulassen.<sup>828</sup> Von Jurij Afanas'ev erklang dabei immer wieder die Forderung, sich von der sozialistischen Ideologie endgültig zu befreien und, statt das bestehende System zu „reparieren“, es ganz abzuschaffen. Trotz Einigkeit in diesen Fragen wurde auf den Sitzungen der „Überregionalen Deputiertengruppe“ heftig gestritten und der Gruppe selbst von den anderen informellen Vereinigungen und Journalisten die „Passivität“ und die ungenügende „Radikalität“<sup>829</sup> vorgeworfen.<sup>830</sup> Und obwohl dieser Zusammenschluss vor dem Hintergrund vieler anderer radikaler informeller Vereinigungen – man denke hier nur an die zeitgleich erhobenen Forderungen der baltischen Volksfronten nach Separation vom Zentrum – kaum das Prädikat „radikale“ Opposition verdient, war eine informelle Parlamentariervereinigung an sich ein radikaler, weil verfassungswidriger Schritt und in seiner Be-

<sup>826</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: *Panorama*, Nr. 8, 1989, S. 6; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 73–76; Altrichter, *Russland*, S. 198ff.

<sup>827</sup> *Panorama*, Nr. 8, 1989, S. 6; Altrichter, *Russland*, S. 199.

<sup>828</sup> Zu den Inhalten siehe: *Panorama*, Nr. 8, 1989, S. 6; „Proekt Platformy Mežregional'noj grupy narodnych deputatov SSRS“, in: RFE/RL *Materialy samizdata*, Nr. 6, 1990, AC 6440; *Vlast' – narodu. Tezisy k programme praktičeskoj dejatel'nosti mežregional'noj grupy narodnych deputatov SSSR po uglubleniju i realizacii perestrojki*, in: *Narodnyj deputat. Special'nyj vypusk: Sovetskij fizik* vom 28. 7. 1989; MN vom 6. 8. 1989, S. 9f.; AiF vom 25. 11. 1989, S. 2.

<sup>829</sup> So etwa von der „Moskauer Tribune“, deren Präsidiumsmitglieder Afanas'ev und Sacharov zugleich auch Vorstandsmitglieder der „Überregionalen Deputiertengruppe“ waren. *Panorama*, Nr. 19, 1989, S. 2.

<sup>830</sup> *Panorama*, Nr. 10, 1989, S. 3; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 74.



deutung für die weitere Perestroika schwerwiegend. Erstens symbolisierte er das Ende der Parteieinheit und stellte somit das ganze System in Frage. Zweitens wirkte die Gruppe mit ihren Forderungen ermutigend und impulsgebend auf die anderen gesellschaftlichen Vereinigungen. Sie spielte eine bündelnde Rolle bei den Regionalwahlen 1990 und beeinflusste die Arbeit des zweiten Volksdeputiertenkongresses im Dezember 1989 inhaltlich.<sup>831</sup> Auf dem ersten Deputiertenkongress der RSFSR ein Jahr später wurden bereits über 32 Fraktionsgruppen gezählt.<sup>832</sup>

Obwohl die „Überregionale Deputiertengruppe“ und ihre Programmpunkte in der Bevölkerung nachweislich populär waren,<sup>833</sup> reagierte Gorbachev in Vogel-Strauß-Manier: Er hielt bis ins Jahr 1990 hinein am Macht- und Organisationsmonopol der Partei fest, das in der politischen Realität des Landes längst nicht mehr bestand, und suchte seit Herbst 1989 sogar zunehmend Anlehnung an den konservativen Flügel. Es ist naheliegend, dass ein solches Verhalten den ohnehin nicht mehr aufzuhaltenden Autoritätsverlust der KPdSU in der Bevölkerung noch begünstigte. Laut einer Umfrage traute das Volk bereits Mitte 1989 dem Volksdeputiertenkongress mehr als der Partei.<sup>834</sup> Die Aura der Autorität der Partei und ihres Vorsitzenden nahm durch die Auseinandersetzungen der Abgeordneten im Kongress, durch die Angriffe der wenig bekannten jungen Deputierten auf Gorbachev und auf die KPdSU ab, während die Reformer ihr politisches Gewicht innerhalb der Gesellschaft ausbauen konnten. Dass die Sympathien der Zuschauer der liberalen Minderheit im Kongress, namentlich Andrej Sacharov, Gavriil Popov, Boris El'cin, Jurij Afanas'ev, also den zentralen Figuren der „Überregionalen Deputiertengruppe“ galten, dokumentierten die Umfragen, die zahlreichen Zuschriften an die Zeitungsredaktionen und die Massenkundgebungen während des Kongresses in Lužniki, welche von „Memorial“, der „Moskauer Volksfront“ und den anderen informellen Gruppen täglich organisiert und besonders nach den umstrittensten Vorgängen im Volksdeputiertenkongress stark besucht wurden.<sup>835</sup> So gingen in die Redaktion der Zeitung AiF 3000 Postkarten aus Moskau, über 7000 Zuschriften aus der ganzen RSFSR, 3000 aus der Ukraine und 2000 aus den anderen Republiken ein, in denen größte Sympathien für Sacharov wie auch für Popov, El'cin und Afanas'ev geäußert wurden. Aus einer in der AiF abgedruckten Popularitätstabelle geht außerdem hervor, dass die Abgeordneten mit den demokratischen Reformvorstellungen insgesamt den größten Rückhalt in der Bevölkerung hatten und Gorbachevs Autorität sichtbare Kratzer bekam.<sup>836</sup> Die Massenkundgebungen waren wiederum für die Mobilisierung der daran noch nicht beteiligten Bevölkerung und für die Radikalisierung des reformorientierten

<sup>831</sup> Ebd.

<sup>832</sup> AiF vom 9. 6. 1990, S. 2.

<sup>833</sup> Dazu siehe Strukova, Al'ternativnaja, S. 49f.

<sup>834</sup> Altrichter, Russland, S. 203; allgemein zur Krise der KPdSU siehe: Ahlberg, Legitimitätskrise.

<sup>835</sup> Hierzu siehe eine Sammlung von Erinnerungen, Dokumenten und journalistischen Berichten im Archiv von Igrunov, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/anniversary/](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/); vgl. auch MN vom 11. 6. 1989, S. 14.

<sup>836</sup> AiF vom 7. 10. 1989, S. 1.



*Andrej Sacharov auf der Massenkundgebung vom 21. Mai 1989 in Lužniki im Vorfeld der ersten Versammlung des Volksdeputiertenkongresses der UdSSR. Auf dem Foto von links nach rechts: Gavriil Popov, Andrej Sacharov und Ales' Adamovič.*

(Quelle: Sacharov-Archiv, Moskau)

Flügels innerhalb der Partei sowie für die Auseinandersetzungen im Kongress von entscheidender Bedeutung. So erinnert sich der damalige Abgeordnete, Arkadij Murašev:

„Die Kundgebungen gaben uns die Selbstsicherheit. [...] Dieses Empfinden stattete uns mit dem Gefühl aus, dass wir die wahren Vertreter des Volkes, die Auserwählten sind; es verlieh uns die Kraft, die Courage, die Frechheit. [...] Ein Meeting lud einen [Abgeordneten – A.] dermaßen auf, dass man anschließend in den Kongress oder sonst wohin gehen konnte und sagen: ‚Wir fordern! Hinter uns steht das Volk!‘ Ohne Kundgebungen wäre dieses Gefühl nicht vorhanden gewesen.“<sup>837</sup>

So hatte die Niederlage der „Reformer“ bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der UdSSR zu Massenprotesten am 27. und 28. Mai mit bis zu 200 000 Teilnehmern in Moskau geführt.<sup>838</sup> Die Versammelten kritisierten das Wahlverfahren, die Person des Vizepräsidenten (Anatolij Lukjanov) und forderten, Boris El'cin auf diesen Posten zu wählen. Die Resolution der Kundgebung verurteilte die Versuche von Gorbachev, den Abgeordneten im Kongress „die eigene Meinung aufzuzwingen“. Sie verlangte unter anderem die Garantie für die Öffentlichkeit der eingesetzten Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Tiflis; die Bildung jeweils einer

<sup>837</sup> Vgl. das Interview unter: [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/remen/anniversary/murashev.html](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/remen/anniversary/murashev.html).

<sup>838</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 9/10-9; Sacharov, Mein Leben, S. 851.



*Lužniki, 1989*

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

Kommission zur Aufdeckung der Schuldigen der „Afghanistan-Tragödie“, die Untersuchung der „Tragödie von Sumgait“ und der Fakten des psychiatrischen Terrors in den 1970er und 1980er Jahren; die Einführung der namentlichen Abstimmung im Kongress; die Möglichkeit der Vervielfältigung und der Weitergabe der Materialien der „Moskauer Deputiertengruppe“ an die anderen Kongressteilnehmer; die Aufhebung der „antidemokratischen Verordnung“ über die Ausbürgerung von Aleksandr Solženicyn und die Publikation seines Hauptwerks „Archipel Gulag“; die Registrierung der Gesellschaft „Memorial“ und die Legalisierung der griechisch-katholischen Kirche in der Ukraine. Die Resolution rief außerdem alle Bürger zum Boykott der Produktion des Ersten Moskauer Betriebs für die Herstellung der Uhren auf, solange ihm der „volksfeindliche Deputierte Samsonov vorstehe“, der in dem Kongress sein Missfallen an der neuen Versammlungsfreiheit geäußert hatte und nun in einem Appell aufgefordert wurde, von seiner Tätigkeit als Deputierter zurückzutreten.<sup>839</sup>

Als „antidemokratisch“ wurde die Arbeit des Volkskongresses auf der Kundgebung am 30. Mai kritisiert. In der Resolution wurde u. a. die Streichung des Artikels 6 der Verfassung, die Neubewertung des Gesetzes über die Wahlen, die Abschaffung der Kreiswahlversammlungen, die „feierliche Bekräftigung internationaler Pakte über die Menschenrechte und des Schlussdokuments des Wiener Treffens“ sowie die „direkte Wirkung der von der UdSSR ratifizierten internatio-

<sup>839</sup> Rezoljucii obščesojuznogo mitinga v Lužnikach 28 maja 1989 g, in: FSO, F. 52.

nalen Rechtsakte“ verlangt.<sup>840</sup> Die Unzufriedenheit mit der vom Kongress geleisteten Arbeit brachte die abschließende Kundgebung am 12. Juni zum Ausdruck. Der Volkskongress habe demonstriert, so die verfasste Resolution der Kundgebungsteilnehmer, dass der Parteiapparat es nicht geschafft habe, „ein Programm der radikalen, konsequenten, demokratischen Umgestaltungen“ auszuarbeiten, dass die Grundlagen eines Rechtsstaates nicht gelegt und die Erwartungen des Volkes damit enttäuscht wurden. Der Kongress habe außerdem gezeigt, dass die Machtverteilung in diesem Gremium nicht die Gesellschaft repräsentiere, die in ihrer Mehrheit hinter den reformorientierten Deputierten, hinter der „Überregionalen Deputiertengruppe“ und ihren Ideen stehe.<sup>841</sup>

Und in der Tat, auch wenn Boris El'cin am 12. Juni in Lužniki den Verlauf des Kongresses als eine Bestätigung der führenden Rolle der Partei bewertete, in der Gesellschaft hatte die KPdSU nur noch wenig Rückhalt, und die „linke Minderheit“ konnte trotz ihrer numerischen Schwäche im Kongress weit mehr wichtige Entscheidungen durchsetzen als zunächst angenommen: so die fortlaufende Direktübertragung des Kongresses, die Bildung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Bewertung der geheimen Zusatzprotokolle zum Hitler-Stalin-Pakt mit der anschließenden Verurteilung ihrer Rechtswidrigkeit oder die Streichung des erst 1988 eingeführten Artikels 11 (1), der die Strafverfolgung wegen „Verunglimpfung des Staates“ in einem erweiterten Sinne vorsah und damit die neue Meinungs- und Pressefreiheit bedrohte. Als Erfolg der Liberalen waren vor allem die folgenden Sätze des politischen Grundsatzabschlusses des Volksdeputiertenkongresses zu bewerten, die den westlich-liberalen Prinzipien eindeutig den Vorzug gaben und sie damit zu den Grundlagen des zukünftigen Staatsgebildes deklarierten:

„Der Kongress geht von der Anerkennung der unantastbaren und heilig unverrückbaren Menschenrechte auf Leben, Freiheit, Unantastbarkeit und Sicherheit der Persönlichkeit und der Wohnung, des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung aus. Jede Verletzung der Menschenrechte und der Rechte der Völker ist unzulässig. Das sowjetische Gesetzgebungssystem, das Gericht und alle Rechtswahrgangsorgane sind aufgerufen, diese Rechte konsequent und streng zu realisieren und zu schützen. Gestützt auf die internationalen Normen und Prinzipien, darunter auf die in der Allgemeinen Menschenrechtserklärung, in den Helsinki-Vereinbarungen und Abmachungen des Wiener-Folgetreffens enthaltenen, und die nationale Gesetzgebung in Übereinstimmung mit ihnen bringend, wird die UdSSR die Schaffung einer Weltgemeinschaft und von Rechtsstaaten ermöglichen.“<sup>842</sup>

Im Grunde genommen statuierte diese Passage die erfolgreiche Sozialisation der KSZE-Menschenrechtsnormen in der UdSSR. Ihre Gültigkeit war nicht mehr kontrovers, selbst wenn sie noch nicht von allen im Parteiapparat akzeptiert oder ins nationale Recht umgesetzt worden waren und das Verhalten des Staates in Beziehung zur Gesellschaft diese weiterhin verletzte. Damit erlangten die in den

<sup>840</sup> Rezoljucii obščesojuznogo mitinga v Lužnikach 30 maja 1989 g., in: FSO, F. 52.

<sup>841</sup> Rezoljucii mitinga-vstreči s narodnymi deputatami SSSR v Lužnikach 12 ijunja 1989 g., in: FSO, F. 52.

<sup>842</sup> Postanovlenie s'ezda narodnych deputatov sojuza sovetskich socialističeskich respublik, in: Pervyj s'ezd, Bd. 3, S. 408–429, hier S. 421.

öffentlichen Diskursen ohnehin schon aufgewerteten KSZE-Bestimmungen einen „präskriptiven Status“<sup>843</sup>. Vor dem Hintergrund des im Januar verabschiedeten Schlussdokuments auf dem KSZE-Treffen in Wien avancierten sie zum Argument der Reformer in ihrer Auseinandersetzung mit den Konservativen.<sup>844</sup>

Eine weitere Bedeutung des Volksdeputiertenkongresses (und damit der politischen Reformen des Jahres 1988) bestand darin, dass der Mythos von der Einheit der Partei endgültig zerstört wurde und der öffentliche Sturz der Systemgrundsätze, der Verlust der Werte das politische Bewusstsein der Gesellschaft von Grund auf veränderte. Im selben Maße, wie die alten Werte und Gebote an Anziehungskraft und Gültigkeit verloren, gewannen die Ideen von Demokratie, von politischen und bürgerlichen Freiheiten sowie von Rechtsstaatlichkeit weiter an Zustimmung.

#### 6.4 Die Radikalisierung der gesellschaftlichen Bewegung

Unmittelbar mit dem ersten öffentlichen Kongress verbunden waren der Wandel des politischen Massenbewusstseins, die Erweiterung des Spektrums politischer Vereinigungen und der weitere Machtverlust der KPdSU. Die Kongressdebatten wurden zum ersten Mal direkt in Funk und Fernsehen übertragen und laut einer Umfrage nach dem Ende der ersten Session von 90% der Befragten verfolgt.<sup>845</sup> Um den Direktübertragungen aus dem Kremlsaal zu folgen, nahm die Bevölkerung Urlaub, ging mit dem Radio auf die Straße und ließ die Arbeit liegen, was dem Staat 20% der ausgefallenen Arbeitsproduktivität kostete.<sup>846</sup> Den Kongress erreichten im Durchschnitt 9500 Zuschriften pro Tag, und die Abgeordneten wurden von ihren Wählern in den zahlreichen Briefen und Telegrammen gedrängt, bestimmte Probleme zur Sprache zu bringen.<sup>847</sup>

Obwohl von Anfang an eher die Skepsis hinsichtlich der Fähigkeit des Kongresses, die aufgestauten Probleme im Land zu lösen, überwog,<sup>848</sup> waren die Erwartungen auf eine schnelle Verbesserung der Lage im Falle des Machtübergangs auf die Reformer hoch. Darunter mischte sich auch eine weit verbreitete Illusion, dass mit der Übernahme der westlich-liberalen Prinzipien und Institutionen alle Probleme auf einmal verschwinden würden. Die damals in den soziologischen Umfragen des heutigen Levada-Umfragezentrums<sup>849</sup> fixierte „Begeisterung“ für die

<sup>843</sup> Der Ausdruck ist einem den Sozialisationsprozess der Menschenrechtsnormen beschreibenden Fünfstufenspiralmodell aus dem Fach Politische Wissenschaften entliehen. Risse/Jetschke/Schmitz, *Die Macht der Menschenrechte*, S. 42.

<sup>844</sup> Hierzu siehe Teil IV der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>845</sup> Angaben nach Altrichter, *Russland*, S. 203 f.

<sup>846</sup> So die Bilanz von Gorbachev während des zweiten Volksdeputiertenkongresses. Vgl. *Vtoroj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 12 – 24 dekabnja 1989 g., stenografičeskij otčet*, 6 Bde., Moskau 1990, Bd. 1, S. 184.

<sup>847</sup> *Pervyj s'ezd*, Bd. 2, S. 380, 382; Altrichter, *Russland*, S. 176.

<sup>848</sup> Altrichter, *Russland*, S. 204.

<sup>849</sup> Damals VCIOM: Allunionscentrum der Erforschung der öffentlichen Meinung [Vsesojuznyj centr izučenija obščestvennogo mnenija]. URL heute: [www.levada.ru](http://www.levada.ru).





*Vertreter der Bergarbeiter begleiten die Delegierten des Volkskongresses in den Kreml. Auf dem Transparent steht die Losung: „Ел'cin, Russland, Moskau“.*

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

demokratischen Werte war daher oft oberflächlicher Natur: „Evident wurde vielmehr eine grelle Explosion demokratischer Sympathien [...], als eine Äußerung bewusster demokratischer Ansichten“.<sup>850</sup> Trotz dieser Oberflächlichkeit wurden die alte Ordnung, ihre Repräsentanten und Institutionen, mehrheitlich abgelehnt und stattdessen die Elemente der westlichen Demokratien eingefordert. So sprachen sich in einer repräsentativen Umfrage im Juli 1989 lediglich 4 bis 6% der Befragten für die Beibehaltung der bisherigen Machtordnung aus. Und im Dezember 1989 hatten nur noch 19% der Bevölkerung volles Vertrauen zur KPdSU und 34% zu Gorbachev, dafür aber 57% zu Sacharov.<sup>851</sup> Etwa die Hälfte der Befragten im Herbst 1989 und im Verlauf des Jahres 1990 zeigte eine positive Einstellung zum Privateigentum an Produktionsmitteln, zu den privaten Betrieben

<sup>850</sup> Levada, Jurij (Hrsg.): *Sovetskij prostoј čelovek. Opyt social'nogo portreta na rubeže 90-ch*, Moskau 1993, S. 44. Umso heftiger wurden später die Hoffnungen enttäuscht, als nach der Wahl der führenden Figur der Demokraten, Boris Elcin, zum Staatsoberhaupt des neuen souveränen Russlands und nach der Einführung der Marktwirtschaftsreformen in den 1990er Jahren das Land in eine weit tiefere Staats- und Wirtschaftskrise als in der Zeit der Perestroika stürzte. Mitte der 1990er Jahre traten an die Stelle von „demokratischen Überzeugungen“ und beispielloser politischer Partizipation Nostalgie nach Sowjetzeiten und nach einer „starken Hand“, Apathie und politische Verdrossenheit. Siehe den Ausblick in dieser Arbeit.

<sup>851</sup> Simon, *Verfall und Untergang*, S. 80.

und dem Landbesitz mit der Übergabe des Landes an die Bauern. Der Übergang zur Marktwirtschaft wurde von 62% der Befragten befürwortet und von 21% abgelehnt. Auch die Vereinigung des Amtes des Generalsekretärs der KPdSU mit dem Amt des Präsidenten des Obersten Sowjets in den Händen einer Person, des mehrheitlich dafür gewählten Gorbachev, wurde nur von jedem Elften der Befragten unterstützt, während die Mehrheit eine Machtkonzentration aus Sorge um die neu gewonnenen Freiheiten und wegen der Gefahr des Machtmissbrauchs ablehnte.<sup>852</sup>

Nicht nur die Kundgebungen in Lužniki, sondern auch die Meinungsumfragen zeigten also, dass sich 1989 ein tiefgreifender Meinungsumschwung zugunsten einer parlamentarischen Demokratie in der sowjetischen Bevölkerung vollzog. „Demokratie – über ein Mehrparteiensystem!“ war die neue Losung der für eine Radikalisierung des Reformprozesses mittlerweile in der ganzen Union demonstrierenden Bevölkerung.

Die Zahl der Veranstaltungen, Meetings, Streiks, spontaner Proteste, Krawalle<sup>853</sup> und Aktionen politischer Gruppierungen mit radikalen, antikommunistischen Parolen stieg seit Frühjahr 1989 stark an.<sup>854</sup> Die Massenstreiks der Bergarbeiter, die am 10. Juli 1989 in Meždurečensk (Westsibirien) als spontane Proteste gegen die sich laufend verschlechternden Lebens- und Arbeitsverhältnisse in den Kohlerevieren begannen, schlossen schon bald politische Forderungen ein, griffen sofort auf die Steinkohle- und Industriegebiete in den anderen Regionen der Union (Ukraine, Baltikum, Transkaukasien, Moldawien) über und verursachten dem Staat einen Produktionsausfall von mehreren Millionen Tonnen Kohle und einen großen Autoritätsverlust der Partei. Etwa eine Million von insgesamt drei Millionen Bergarbeitern beteiligte sich an den Ausständen.<sup>855</sup> Die Arbeiterbewegung,

<sup>852</sup> Ebd., S. 67; Ahlberg, Legitimitätskrise, S. 520.

<sup>853</sup> Als Massenkrawalle [bunt] bezeichnete man die „verbrecherische Form, in welcher die Unzufriedenheit mit der Tätigkeit oder der Untätigkeit der Staatsorgane bekundet“ wurde und die sich in der Regel an der Knappheit eines bestimmten Lebensmittels entzündete. Oft begann es mit Streitigkeiten in einer Schlange und ging zu Beschädigungen von Geschäften, lokaler Stadtexekutivkomitees und zu Zusammenstößen mit Polizei sowie OMON über. In der Zeit zwischen 1989–1991 kam es unionsweit zu zahlreichen sogenannten Zucker-, Tabak-, Schnaps-, Nudel- und Seifenkrawallen. Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 101; AiF vom 25. 8. 1990, S. 1; *Panorama*, Nr. 4, 1990, S. 12.

<sup>854</sup> So fanden sich in diversen Städten teilweise täglich und meistens organisiert durch die informellen Gruppen (wie „Memorial“) Menschen mit demokratischen Forderungen zusammen. Von Ljubarskij sind Kundgebungen u. a. in Leningrad, Tomsk, Irkutsk, Dnepropetrovsk, Magadan und L'vov dokumentiert worden. Vgl. *Vesti iz SSSR* 1989: 9/10-36, 9/10-40, 9/10-43; 11-37, 11-38, 11-43, 11-44, 11-45, 11-46, 11-48.

<sup>855</sup> Zahlenangaben nach Simon, Verfall, S. 92; die Streikenden von Meždurečensk stellten bereits in dem ersten offenen Brief an die Regierung neben den ökonomischen auch die politischen Forderungen auf: die Streichung aller Privilegien für die Amtspersonen, die unverzügliche öffentliche Besprechung des Projekts der neuen Verfassung usw. *Vesti iz SSSR* 1989: 13/14-11; zu den Bergarbeiterstreiks des Sommers 1989 siehe: Altrichter, Russland, S. 264–272; Šubin, Paradoxy, S. 382–397; Aves, Jonathan: The Russian Labour Movement, 1989–91: the Mirage of a Russian Solidarność, in: Hosking/Aves/Duncan, The Road to Post-Communism, S. 138–156.





*Eine der zahlreichen Massenkundgebungen mit der Forderung nach Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung.*

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

die sich im Herbst 1989 organisiert hatte („Union der Werktätigen von Kuzbass“, „Die Arbeiterunion“ der Stadt Volgodonsk, unabhängige Gewerkschaften und viele andere organisierte Zusammenschlüsse), war in erster Linie gegen das bestehende System gerichtet, denn die weit verbreiteten Forderungen der Streikenden nach der Streichung des Artikels 6 der Verfassung, nach den Garantien der Meinungs-, Presse-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheiten gingen über die ursprünglichen Belange der Streikenden weit hinaus, waren hoch politisch und widersprachen den herrschenden Ordnungsprinzipien des Sozialismus, in dem es per Definition keine Streiks geben dürfte.<sup>856</sup> Ein Jahr später erfasste die Streikwelle mindestens zwei Millionen Bergarbeiter und die politischen Forderungen (Selbstständigkeit für Betriebe, Neuwahlen, Rücktritt von Ligačev, Ryžkov und sogar Gorbachev) nahmen immer mehr Raum ein.<sup>857</sup> Streikaktionen griffen auf die anderen Branchen über und wurden in der ersten Hälfte von 1990 fast schon zum Normalfall.<sup>858</sup>

Ein besonders kurioses Bild muss ein unsanktioniertes Meeting der Leningrader Miliz im April 1989 in Leningrad geboten haben. Mitten im Zentrum von

<sup>856</sup> Vgl. etwa die Inhalte des Programms der „Union der Werktätigen von Kuzbass“ und der „Arbeiterunion“ der Stadt Volgodonsk, in: Koval', B.I. (Hrsg.): *Rossija segodnja. Političeskij portret, 1985–1990 gg.*, Moskau 1991, S. 331–333, 358–363, vgl. in dem Teil 2 dieses Bandes ebenfalls die Programmpunkte einer Vielzahl anderer Arbeitervereinigungen.

<sup>857</sup> Simon, *Verfall*, S. 93; MN vom 2. 9. 1990, S. 6f.

<sup>858</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 12–38, 39; 13/14–41, 42, 43; 17/8–84, 86, 90, 91.



Demonstranten vor dem Redaktionsgebäude der Parteizeitung „Pravda“ (Wahrheit). Das russische Wort auf dem Plakat, das aus den Schlagzeilen der „Pravda“ zusammenmontiert ist, heißt „Lüge“. (Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

Leningrad, auf dem Palast-Platz, versammelten sich am 9. April bis zu 600 Milizmänner, die neben sozial-ökonomischen Forderungen auch nach Rechtsgarantien für sich verlangten und in einer Resolution an das Parteistadtkomitee ihren Unwillen bekundeten, künftig gegen die Versammlungen der Informellen eingesetzt zu werden. Die Komik der Situation bestand außerdem darin, dass die zur Auflösung der Kundgebung entsandten OMON-Truppen sich den Demonstrierenden anschlossen.<sup>859</sup>

Obwohl viele Kundgebungen spontan und ein Ausdruck der Perspektiv- sowie Trostlosigkeit angesichts des permanenten Mangels an elementarsten Gebrauchs- und Verbrauchsgütern waren, in der Mehrheit transportierten sie neben den sozial-ökonomischen auch die politischen Forderungen und richteten sich gegen die eigene Regierung und ihre Unfähigkeit, einen Ausweg aus der Krise zu finden. Kundgebungen und Demonstrationen wurden zur täglichen Ausdrucksform von Millionen von Menschen in der ganzen Sowjetunion, wobei die Forderungen der Demonstrierenden immer radikaler wurden. Parolen wie „Weg mit dem Leninismus!“, „KPdSU auf den Müllhaufen der Geschichte!“ oder „Das 70-jährige Expe-

<sup>859</sup> *Panorama*, Nr. 2, 1989, S. 2.



*Antikommunistische Massenkundgebung vom 24. Februar 1990 in Moskau.*

(Quelle und Foto: Dmitrij Borko)

riment am Volk ist misslungen!“ waren 1990 keine Ausnahmen mehr und zielten auf die Liquidierung des Sowjetstaates ab.<sup>860</sup>

An einigen Orten führten die Aufstände zur Absetzung der Parteiführung. So wurden Ende 1989 die Ersten Sekretäre in Tjumen, in Volgograd, in Černigov und in Baku abgesetzt. Im Februar 1990 begann eine „Welle von Rücktritten“ auf der Ebene der Regionskomitees.<sup>861</sup> Als im Januar 1990 die Zentralregierung in Azerbajdžan militärisch intervenierte, um die Machtübernahme durch die nationale Volksfront zu verhindern und dabei ein Blutbad mit mindestens 115 Toten anrichtete,<sup>862</sup> war die Situation in der ganzen Union stark aufgeladen. Laut einer Umfrage erwarteten im Februar 59% der Befragten eine weitere Anspannung der politischen Lage.<sup>863</sup> Zum Jahrestag der Februar-Revolution am 24. Februar 1990 fanden unionsweit die größten antikommunistischen, die Partei zum Verzicht auf das Machtmonopol auffordernden Kundgebungen statt. Allein in Moskau sollen bis zu einer halben Million Menschen daran teilgenommen haben.<sup>864</sup>

Auf dem ZK-Plenum der KPdSU (5.–7. Februar 1990) wurde schließlich auf Initiative von Gorbatschow der zentralen Forderung der gesellschaftlichen Bewegung nachgegeben. Auf dem außerordentlichen dritten Volkskongress der UdSSR am

<sup>860</sup> Vesti iz SSSR 1989: 12-28, 29, 30, 31, 32; 13/14-19, 35, 36, 19/20-75, 21/22-36, 23/24-15; vgl. in jeder Ausgabe die Berichte zur Lage in den Einzelrepubliken.

<sup>861</sup> Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 283f.

<sup>862</sup> Vgl. MN vom 28. 1. 1990, S. 8, 12. 8. 1190, S. 15.

<sup>863</sup> MN vom 27. 5. 1990, S. 9.

<sup>864</sup> *Panorama*, Nr. 3, 1990, S. 1-4.

14. März 1990 wurden die entsprechenden Änderungen des Artikels 6 der Verfassung und der Machttransfer von der KPdSU auf das neu eingerichtete Amt des Präsidenten<sup>865</sup> vorgenommen.<sup>866</sup> Das Amt des nur indirekt gewählten Präsidenten sah keine Folgepflicht gegenüber den Anweisungen des Politbüros mehr vor und war von der Parteinomenklatura, aber auch von den Wählern unabhängig. Die Bedeutung des Politbüros wurde durch die Schaffung zweier neuer Staatsorgane, des Präsidialrats und des Föderationsrats (als eine Art Ersatz für das Politbüro gedacht) sowie durch die Tatsache verringert, dass Gorbachev selbst immer weniger willens war, Sitzungen des Politbüros abzuhalten. Somit bestand für Gorbachev keine Gefahr mehr, wie Nikita Chruschtschow als Generalsekretär des Zentralkomitees der KPdSU gestürzt zu werden, und es waren alle Voraussetzungen für eine große Machtkonzentration und einen eigenen politischen Kurs gegeben. Diese wurden jedoch von Gorbachev nicht genutzt. Vielmehr verlor er seitdem zunehmend die politische und die soziale Basis seiner Macht. Für die demokratische Öffentlichkeit kamen diese Schritte außerdem zu spät. Weder die erzwungene Aufhebung des fixierten Machtmonopols der Partei noch die Wahl Gorbachevs zum Präsidenten mit nur 50,2% der Abgeordnetenlisten<sup>867</sup> durch den Volkskongress am 14. März 1990 konnten den Machtverlust der KPdSU, den weiteren Autoritätsverfall Gorbachevs und die Radikalisierung der Forderungen aufhalten. Ein großer Teil der polarisierten Gesellschaft und ihre geistig-politische Elite verlangten neben dem Machtverzicht der Partei auch die Liquidierung aller Formen der Kontrolle durch diese in allen Staatsorganen, die Enteignung und die Nationalisierung des Parteivermögens, die Entmachtung des KGB, die Freigabe des Privateigentums mit der Zulassung der Marktwirtschaft, die unverzügliche gesetzliche Garantie der bürgerlichen und politischen Freiheiten mit der neuen Verfassung, die Unterzeichnung eines neuen Unionsvertrages und die Souveränität Russlands.<sup>868</sup> Hinzu kamen die Anforderungen an Michail Gorbachev und an die gesamte Unionsregierung zurückzutreten.<sup>869</sup> Eine Welle von Demonstrationen erfasste die RSFSR noch im Vorfeld der Wahlen zu den lokalen Sowjets im März 1990 und führte dem Machtapparat seine eigene Machtlosigkeit vor Augen. Allein am 25. Februar wurden in der ganzen Sowjetunion 350 Kundgebungen bekannt, obwohl die Parteiorgane sich mit

<sup>865</sup> Hierfür wie für das Folgende vgl. Šubin, Aleksandr: Gesetz der UdSSR über die Einrichtung des Amtes des Präsidenten der UdSSR sowie Änderungen und Ergänzungen der Verfassung (Grundgesetz der UdSSR), 14. März 1990, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte. [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0019\\_pra&object=abstract&st=&dl=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0019_pra&object=abstract&st=&dl=de); Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 327–341.

<sup>866</sup> Vneočerednoj tretij s'ezd narodnych deputatov SSSR. 12–15 marta 1990 g., stenografičeskij otčet, Bd. 3, Moskau 1990, S. 192–207.

<sup>867</sup> „Für“ ihn stimmten 1329 Volksdeputierte, „dagegen“ – 459; ebd.

<sup>868</sup> Diese Forderungen vereinten etwa die einflussreichsten informellen Gruppen, die sich im Vorfeld der Wahlen zu den Sowjets 1990 in die „Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen“ zusammengeschlossen hatten. *Vybory* – 90, Nr. 4, 1990, S. 2; vgl. auch das Wahlkampfprogramm von Boris Eltsin vom Mai 1990 in: *Golos izbiratelja*, Nr. 8, 1990, S. 1 f.

<sup>869</sup> AiF vom 20. 9. 1990, S. 1.



Machtdemonstrationen und Einschüchterungen darauf vorbereitet hatten.<sup>870</sup> Die zentrale Forderung der Demonstrierenden war der Rücktritt der Regierung und ein „Runder Tisch“ der Regierenden mit den Vertretern der demokratischen Bewegung nach dem Vorbild Polens.<sup>871</sup> Selbst die traditionelle Parade der Werktätigen am 1. Mai auf dem Roten Platz am Lenin-Mausoleum vorbei wurde zu einer der größten Massendemonstrationen *gegen* die seit fast 73 Jahren bestehende Ordnung und zum öffentlichen Gespött des neuen Präsidenten. Die Parolen „Weg mit dem Politbüro!“, „Schluss mit dem Leninkult!“ und die an Gorbachev gerichteten ächtenden Zwischenrufe wie „Schande!“ und „Nieder!“ veranlassten das Staatsoberhaupt sogar die Bühne vorzeitig zu verlassen.<sup>872</sup>

Laut Černjaev trieben jedoch die Massenkundgebungen Gorbachev, dem es immer weniger gelang, zwischen den Orthodoxen und den Reformern zu lavieren, umso mehr in die Hände der Ersteren, sodass seine innenpolitischen Schritte immer weniger mit seinen Überzeugungen, mit den öffentlichen Verlautbarungen und vor allem mit den außenpolitischen Entwicklungen übereinstimmten.<sup>873</sup> Die Diskrepanz zwischen den weiteren Reformen und den Entwicklungen im Rahmen des KSZE-Prozesses wurde in der Zeit zwischen 1990 und 1991 daher zunehmend größer.<sup>874</sup>

Die im Verlauf des Jahres 1990 in allen Unionsrepubliken abgehaltenen Wahlen zum Obersten Sowjet und zu den lokalen parlamentarischen Vertretungen setzten den Trend der Wahlen von 1989 fort. Außer den islamischen Unionsrepubliken mussten die Kommunisten überall Niederlagen einstecken, während bei den Wahlen zum Obersten Sowjet der baltischen Staaten, Georgiens, Armeniens und der Moldawien die nichtkommunistischen Kandidaten sogar die Mehrheit gewannen.<sup>875</sup> Im Sommer 1990, nachdem der am 29. Mai zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet der RSFSR gewählte El'cin auf dem letzten, dem XXVIII. Parteitag der KPdSU seinen Austritt aus der Partei und mit ihm die meisten Aktivisten der „Demokratischen Plattform“ ebenfalls ihren Austritt verkündet hatten, und nachdem Russlands Kongress der Volksdeputierten die RSFSR am 12. Juni 1990 für souverän erklärt hatte, war die KPdSU nur noch eine politische Partei unter vielen anderen und Michail Gorbachev ein „General ohne Truppen“<sup>876</sup>. Der Zu-

<sup>870</sup> So wurde von den Warnungen und Gefahren einer Teilnahme an den Kundgebungen durch die Staatsmedien und die Flugblätter berichtet; rund um Moskau bereitete sich der Machtapparat mit einem größeren Aufgebot von Polizei- und Militärkräften vor; für die Ablenkung der Massen wurden offizielle Feiern und Veranstaltungen durchgeführt, manche Meetings wurden einfach von den lokalen Parteiorganen verboten usw. Vgl. AiF vom 3. 3. 1990, S. 2; *Vybory-90*, Nr. 10, S. 1; RM vom 2. 3. 1990, S. 1–4; vgl. auch die Politbürogespräche anlässlich der Kundgebungen am 21. und 24. Februar, V Politbjuro, S. 594, 597 f.

<sup>871</sup> Eine Reihe an Losungen ist in RM vom 2. 3. 1990, auf S. 1–4, nachzulesen.

<sup>872</sup> Vgl. *Golos izbiratelja*, Nr. 9, 1990, S. 1–3; MN vom 13. 5. 1990, S. 6; vom 22. 7. 1990, S. 6.

<sup>873</sup> Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 286.

<sup>874</sup> Siehe Teil IV der vorliegenden Arbeit.

<sup>875</sup> Simon, *Verfall*, S. 83 f.; *Vybory-90*, Nr. 11, 1990, S. 7 f.

<sup>876</sup> So der bildhafte Vergleich von Manfred Hildermeier. Vgl. Hildermeier, *Geschichte der Sowjetunion*, S. 1052.

sammenbruch des Systems lag zu diesem Zeitpunkt bereits in der Luft. Anatolij Černjaev notierte am 22. September 1990 in seinem Tagebuch:

„Die zentrifugalen Tendenzen, die von Gorbatschows Ideen ausgelöst wurden, stellen Zentrum, Kongreß, Obersten Sowjet, den Präsidenten und die Regierung ins politische Abseits. Tage, Wochen vergehen ... und jeden Moment kann alles zusammenbrechen. Im Alltag läßt sich immer klarer erkennen: Ein Wechsel der Staatsordnung geht vor sich.“<sup>877</sup>

Als Ausdruck des bevorstehenden Wandels weitete sich die radikal-demokratische Bewegung seit 1989 fortdauernd aus. Während viele der in dieser Studie bereits vorgestellten informellen Vereinigungen ihre Tätigkeit fortsetzten und zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen untereinander Koalitionen bildeten, entstanden 1989/1990 und oft auf der Basis der schon bestehenden Gruppen viele neue informelle Vereinigungen, Volksfronten und Parteien demokratischer Ausrichtung. Im März 1989 erfolgte die Gründung des Bundes sozialen Schutzes für Wehrbedienstete und ihrer Familienangehörigen „Lanze“, der als Ziel seiner Tätigkeit die Verteidigung der sozialen und persönlichen Rechte und Interessen der Armeeangehörigen, die Entfernung der Politorgane aus der Armee und die Schaffung einer Berufsmarine verfolgte. Mit einem Kongress ein Jahr später war mit der Gründung dieser Gruppe eine Art Bürgerrechtsbewegung innerhalb der Sowjetarmee entstanden, die Fälle von Missbrauch und die katastrophalen Lebensverhältnisse in der Armee öffentlich machte und sich darüber hinaus mit der Nominierung eigener Kandidaten bei den Regional- und Kommunalwahlen im März 1990 beteiligte.<sup>878</sup> Im März 1989 fand die Gründungsversammlung von „April“ statt, einer Schriftstellervereinigung zur Unterstützung der Perestroika. Zwei Monate nach ihrer Gründung zählte sie bereits an die 500 Mitglieder, unter denen auch Vertreter aus der „Überregionalen Deputiertengruppe“, der „Moskauer Tribüne“ und von „Memorial“ waren. Neben dem erklärten Hauptziel, die „Autorität der Schriftsteller zu erhöhen“,<sup>879</sup> war „April“ darüber hinaus als eine Menschenrechtsgruppe tätig, beteiligte sich aktiv an den Wahlkämpfen bei den Wahlen 1990 und an den politischen Massenaktionen.<sup>880</sup> Im März 1989 wurde die „Unabhängige Assoziation der Psychiater“ gegründet, die bald als Mitglied der „Weltweiten Union der Psychiater“ aufgenommen wurde.<sup>881</sup> Im Herbst 1989 kam es in der Wohnung des ehemaligen politischen Gefangenen Aleksander Lavut zur Neugründung der MHG, die allerdings prinzipiell formlos und in einer neuen personellen Zusammensetzung erfolgte. Als Koordinator der Gruppe agierte zunächst der ehemalige politische Gefangene Aleksej Smirnov.<sup>882</sup> In einem Interview der

<sup>877</sup> Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 318.

<sup>878</sup> Vgl. Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 80f.; *Vesti iz SSSR* 1989: 19/20–26; *Vybory* – 90, Nr. 4, 1990, S. 6f.

<sup>879</sup> Vgl. Pristavkin, A.I. (Hrsg.): *April*, Moskau 1989, S. 11.

<sup>880</sup> Ebd., S. 9–15; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 81; Kochanowskij, Igor W.: Widerstand. Zur Gründung und zu den Zielen der Schriftstellergruppe „April“, in: *Osteuropa*, 1990, S. 627–634.

<sup>881</sup> *Pravozaschitnyj vestnik. Informacionno-analitičeskij bjulleten'*, Nr. 1, 1992, S. 9f.

<sup>882</sup> Dazu Briefverkehr der Autorin und Interview mit Smirnov.

Zeitung *Moskovskie Novosti* erklärte Larisa Bogoraz die Schaffung eines „Rechtsbewusstseins in der Bevölkerung“, die „Förderung der Wiedergeburt der gesellschaftlichen Initiativen“, zu den Zielsetzungen der neuen MHG und äußerte die Hoffnung auf die baldige Registrierung der Gruppe.<sup>883</sup> Wie die meisten Bürgerrechtsinitiativen beschränkte die MHG ihre Tätigkeit nicht mehr auf die Menschenrechtsfragen, sondern beteiligte sich an politischen Aktionen und an den Bestrebungen einer Vielzahl informeller Gruppen, sich durch Bildung von Koalitionen untereinander zu einer einflussreichen politischen Opposition zu vereinigen.<sup>884</sup>

Die Konsolidierung demokratischer Kräfte wurde 1989/1990 vielerorts versucht. Auf einer Konferenz der demokratischen Organisationen und Bewegungen mit Vertretern von 102 hauptsächlich in Russland tätigen Vereinigungen im Oktober 1989 in Čeljabinsk vereinigten sich die demokratisch gesinnten Gruppen in eine Art „Unterbau“ der „Überregionalen Deputiertengruppe“, in die „Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen“. Aufgrund inhaltlicher Differenzen und persönlicher Feindschaften erwies sich die Vereinigung jedoch bald als nicht lebensfähig und stellte ihre Tätigkeit bis zum Juli 1990 praktisch ein.<sup>885</sup> Auch die im Januar 1990 von „Memorial“, der „Moskauer Tribüne“ und der „Moskauer Wählervereinigung“ ins Leben gerufene „Bürgeraktion“ wirkte nicht lange. Ihren Beispielen folgten aber weitere Koalitionsbildungen, deren erfolgreichste der im Vorfeld der RSFSR-Wahlen im März 1990 gebildete Wählerblock „Demokratisches Russland“ war. Dieser entstand im Januar 1990 als Block „Wahlen-90“ in Moskau, führte als Mitglieder unter anderem solche Vereinigungen wie „Memorial“, „Lanze“, „Moskauer Tribüne“, „April“, „Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen“ und die „Volksfront der RSFSR“ zusammen und spielte im März 1990 eine wichtige Rolle im Wahlkampf sowie als Organisator der größten Kundgebungen vom Februar 1990.<sup>886</sup> Als Nachfolgerin des genannten Wählerblocks trat seit dem Herbst 1990 mit dem Ziel der Durchführung radikaler politischer und sozio-ökonomischer Reformen der gleichnamige Block von Parteien, Bewegungen und einzelner Bürger an.<sup>887</sup> Ähnliche Zusammenschlüsse

<sup>883</sup> MN vom 15. 10. 1989, S. 13; Deklaracija Moskovskoj Čel'sinskij Gruppy, 28. 9. 1989, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 80, Russia: Human Rights; General, 1983–1992. Die Vielzahl neuer Mitglieder, die Unklarheit der Ziele angesichts einer neuen politischen Lage und die finanziellen Zuschüsse aus dem Westen führten jedoch von Beginn an zu persönlichen Konflikten innerhalb der MHG, die bis heute Bestand haben. Ein Paradebeispiel der heutigen Differenzen stellt der offene Brief des ehemaligen MHG-Mitglieds, Jurij Jarym-Agaev, an die „alten Freunde Bürgerrechtler“ dar: Otkrytoe piš'mo moim starym druž'jam pravozasčitnikam, [www.hro.org/ngo/discuss/ya](http://www.hro.org/ngo/discuss/ya) [gesehen am 8. 5. 2009]. Interview mit Smirnov.

<sup>884</sup> So nahm die MHG an der Bildung des „Runden Tisches“ in Moskau teil. Vgl. *Vesti iz SSSR* 1989: 13/14–18; 15/16–31.

<sup>885</sup> Berezovskij/Krotov/Červjakov, *Rossija*, Kn. 4, S. 18ff.; *Panorama*, Nr. 11, 1989, S. 4; Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 95f.

<sup>886</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 96; *Panorama*, Nr. 2, 1990, S. 11; vgl. das Informationsblatt *Vybory – 90*, hier insbesondere Nr. 6, 1990, S. 4f.

<sup>887</sup> Vochmenceva/Luchterhandt, *Die Genesis*, S. 110f; Luchterhandt, Galina: *Die politischen Parteien im neuen Rußland: Dokumente und Kommentare*, Bremen 1993, S. 30–44.



bildeten sich auch in der Ukraine und in Belarus unter dem Namen „Demokratischer Block“ sowie in einzelnen Großstädten.<sup>888</sup> Aus den Klubs gingen in dieser Zeit die ersten Parteien hervor: Die „Christlich-Demokratische Union Russlands“ auf Initiative des Bürgerrechtlers Aleksandr Ogorodnikov; die „Partei der Konstitutionellen Demokraten“ auf der Basis der Gruppe „Bürgerliche Würde“; die „Sozial-demokratische Partei Russlands“, an deren Gründung vor allem der Klub „Demokratische Perestroika“ beteiligt war usw. Paradoxerweise unterschieden sich die neuen Gruppierungen in ihren Ideen und Zielsetzungen kaum voneinander und waren dennoch unfähig, eine einheitliche Opposition zu bilden.<sup>889</sup>

Das Spektrum politischer Vereinigungen und Bürgerrechtsgruppen weitete sich in der ganzen Sowjetunion aus, wobei gleichzeitig auch der national-konservative Block<sup>890</sup> sich zu formieren begann und die Position des „Zentrums“ praktisch fehlte. Dabei ist es wichtig zu betonen, dass die Tätigkeit der alten und die Bildung neuer politischer Organisationen und Parteien weiterhin im Widerspruch zur Unionsverfassung erfolgten und das bis März 1990 noch bestehende politische Monopol der KPdSU untergruben. Doch anders als früher legitimierten jetzt viele von diesen gesellschaftlichen Initiativen ihre Tätigkeit mit dem Schlussdokument des KSZE-Treffens in Wien, das Moskau unter dem Eindruck der innenpolitischen Entwicklungen im Januar 1989 unterzeichnete.

## 7. Zwischenfazit

Es ist schwierig zu bestimmen, inwiefern der im Zeichen des „Neuen Denkens“ vollzogene Strategiewechsel der Sowjetunion auf dem KSZE-Folgetreffen in Wien den innenpolitischen Demokratisierungsprozess bestimmte, war er doch selbst in erster Linie das Produkt der begonnenen Perestroika. Doch ist es offensichtlich, dass die zentralen Ideen der KSZE-Schlussakte dem Konzept des „Neuen Denkens“ und der Perestroika zugrunde lagen, während der in Wien erhobene Anspruch der Sowjetunion auf die moralische Äquivalenz mit den westlichen Demokratien und der Demokratisierungsdruck der westlichen KSZE-Staaten zu den effektiven Triebkräften der innersowjetischen Liberalisierungsmaßnahmen und ihrer konsequenten Fortsetzung bzw. Vertiefung wurden. Die Freigabe einzelner Freiheiten war somit von mehreren interdependenten Zwängen diktiert. In erster Linie dienten sie der Optimierung des bestehenden Systems und standen im Dienste der Wirtschaftsreformen; zugleich entbehrten sie nicht einer moralischen bzw. visionären Komponente und waren – die eine Maßnahme mehr (Emigrati-

<sup>888</sup> Vgl. Duncan, Peter J.S.: The Rebirth of Politics in Russia, in: Hosking/Aves/Duncan, The Road to Post-Communism, S. 67–120, hier S. 81.

<sup>889</sup> Vgl. Simon, Verfall, S. 97f.

<sup>890</sup> Zu den verschiedenen Vereinigungen siehe folgende Überblicksdarstellungen: Duncan, The Rebirth of Politics; Tolz, Vera: The Emergence of a Multiparty System in the USSR, in: RL, Report, Vol. 2, Nr. 17, 1990, S. 5–11; Vochmenceva/Luchterhandt, Die Genesis, S. 75–94.

onspolitik) und die andere weniger (Glasnost) – Folge der westlichen Politik im Rahmen der KSZE. Wegen der Mannigfaltigkeit der Motive waren die Liberalisierungen inkonsequent und der Umgang des Machtapparates mit deren unmittelbaren innergesellschaftlichen Folgen äußerst widersprüchlich. So strebte Gorbachev zwar eine gesellschaftspolitische Umgestaltung durch Aktivierung der Gesellschaft und eine liberalere Informationspolitik an; diese sollten jedoch nicht die Systemgrundsätze berühren und wurden stets durch die Omnipräsenz des Parteiapparates eingedämmt. Die politisch aktiven informellen Gruppen des nicht sozialistischen Profils, ihre Printmedien und öffentlichen Veranstaltungen stellten deshalb für den Parteiapparat eine negative Erscheinung dar. Dessen ungeachtet entwickelte die einmal begonnene Perestroika eine Eigendynamik und die Reformen gewannen eine neue Qualität. Ende 1987 erkannte Gorbachev die Notwendigkeit der Demokratisierung der Partei, die er durch eine verstärkte Rolle der Sowjets und eine Reform des Wahlsystems herbeiführen wollte. Das Schwergewicht der Reformen verlagerte sich deshalb immer mehr von den ökonomischen auf die politischen. Doch auch die auf der XIX. Parteikonferenz beschlossene Verlagerung der Macht auf die gewählten Sowjets und ihre Exekutivorgane stand im Dienste der Machterhaltung der KPdSU. In der sehr kurzen Zeitspanne hatten aber die einzelnen Reformschritte die innenpolitische Lage der UdSSR so grundlegend verändert, dass sie Anfang 1989 nur noch dem Namen nach ein sowjetischer Einparteienstaat war. Mit den ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress und dem ersten öffentlichen Kongress wurden die politische und die ökonomische Krise des Sowjetsystems, der Verlust der Werte und das Ende von der Parteieinheit manifest. Zudem unterschätzte Gorbachev die Brisanz der Nationalitätenfrage, sodass es bereits 1988 zu Auflösungserscheinungen innerhalb der Sowjetunion kam, die eine zentrifugale Kraft, auch jenseits der Grenzen der Sowjetunion,<sup>891</sup> entwickelten.

Das Spektrum der gesellschaftlichen Tätigkeit war indes nicht nur über die traditionellen Staatsstrukturen (Komsomol, Gewerkschaften) schnell hinausgewachsen, sondern stellte das System und seine Hauptprinzipien programmatisch in Frage. Obgleich sich noch viele informelle Gruppen der KPdSU loyal zeigten, waren ihre öffentlichen Aktivitäten, freisinnige Ideen und Forderungen alles andere als systemkonform und -revitalisierend. Im Jahr 1988 wurden an die 30 000 informelle Gruppen (1989 bereits 60 000!), über 250 unabhängige Samizdat-Periodika und 644 nicht sanktionierte Demonstrationen unionsweit gezählt. Für ein Land mit fast 300 Mio. Einwohnern, davon allein fast 9 Mio. in Moskau,<sup>892</sup> handelte es sich zwar um eine sehr begrenzte Öffentlichkeit, doch war ihre Wirkung auf die Gesellschaft und Politik sowie das Tempo der Ausweitung ihres kritischen Teils

<sup>891</sup> Zu den Entwicklungen in Ostmittel- und Südosteuropa siehe Altrichter, Russland, S. 334–383; Dalos, György: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, Bonn 2009.

<sup>892</sup> Vgl. Naselenie SSSR 1988. Statističeskij ežegodnik. Gosudarstvennyj komitet SSSR po statistike. Moskau 1989, S. 3, 34.

nicht zu unterschätzen, was die Wahlen in den Volksdeputiertenkongress ja demonstrierten. Weil die informellen Initiativen sich der Beherrschung durch die Partei verweigerten und sich stattdessen an die freiheitlichen Werte, deren Eingang sie in den öffentlichen Diskurs forcierten, anlehnten und im Widerspruch zur sowjetischen Gesetzgebung agierten, schafften sie es, die öffentliche Kommunikationssphäre der Parteikontrolle zu entziehen und bedrängten den Machtapparat. Und dies umso mehr, da die vielen neuen Initiativen offen nach tiefgreifenden politischen Reformen, nach der Zulassung von Fraktionen in der Partei, nach Diskussionen über ein Mehrparteiensystem, nach allgemeinen demokratischen Rechten, nach einer uneingeschränkten Vereinigungs-, Versammlungs-, Presse-, Gewissens- und Ausreisefreiheit sowie nach Souveränität der Unionsrepubliken, also nach realen politischen Reformen verlangten und im Grunde genommen die Transformation des politischen Systems implizierten. Verstärkt wurden indes ihre politischen Forderungen dadurch, dass sie mit denen der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten an Moskau korrespondierten. Politische Ideen, die früher nur in der „Küche“ oder im Samizdat unter dem Risiko einer Lagerhaft aufzufinden waren, wurden von diesen Gruppen in die offiziell-öffentliche Sphäre hineingetragen, um schon 1989 von Teilen der staatlichen Akteure – die Auseinandersetzungen des ersten öffentlichen Kongresses zeigten dies in aller Deutlichkeit – übernommen zu werden. Im Baltikum gelang es den noch vor kurzem unterdrückten Initiativen sogar, die Definitionsmacht über Diskurse zu übernehmen und die lokalen Strukturen für ihre Forderungen zu gewinnen. Die wichtigste Bedeutung der Informellen für die Perestroika bestand somit darin, dass sie durch ihre Aktivitäten die Defizite der menschenrechtlichen und politischen Freiheiten in der Sowjetunion täglich und zuweilen unbewusst zum Gegenstand der Öffentlichkeit erhoben und damit das gesellschaftliche Protestpotenzial, das sich erstmals sichtbar bei den Wahlen 1989 gegen die Partei entlud, akkumulierten. Vor allem die geschilderten Beispiele der informellen Presse haben gezeigt, dass die von diesen Gruppen erschaffene informelle Öffentlichkeit den freiheitlichen Prinzipien folgte bzw. sie wirksam propagierte und die Grenze zwischen der „offiziell-öffentlichen“ und der „privat-öffentlichen“ Sphäre verwischte.

Von welcher Bedeutung war der KSZE-Prozess für diese Entwicklungen? Die multilaterale Diplomatie war natürlich nicht die eigentliche Ursache für Gorbachevs Reformen, von deren Notwendigkeit er ohnehin überzeugt war. Der vom KSZE-Prozess ausgehende Demokratisierungsdruck schärfte aber sein Problembewusstsein. Im zweiten Teil der Arbeit wurde festgestellt, dass von entscheidender Bedeutung dabei die „rhetorische Wende“ Moskaus auf dem KSZE-Treffen in Wien war, nämlich die Akzeptanz der an sie gerichteten Kritik bei gleichzeitigem Anspruch auf die gleichberechtigte Mitgliedschaft im „gemeinsamen europäischen Haus“ und auf die Organisation einer Menschenrechtskonferenz in Moskau. Je weiter sich aber der Kreml außen- und innenpolitisch auf den Menschenrechtsdiskurs einließ, umso mehr wurde er angehalten, sich seinem Selbstverständnis und den an Moskau gerichteten Anforderungen entsprechend zu verhalten, und das hieß, die Liberalisierungen einzuleiten – nicht zuletzt, weil die

Linkage-Politik der westlichen KSZE-Unterzeichnerstaaten den nicht nur moralisch, sondern auch materiell verwundbaren Gorbačev mit klaren Vorstellungen dazu aufforderte. Somit brachte zuerst der KSZE-Prozess die Problematik der Menschenrechte und politischer Freiheiten auf die politische Agenda der UdSSR überhaupt und veranlasste Gorbačev, Maßnahmen einzuleiten (das Ende des Radio-Jämmings, Änderung der Emigrationspolitik, Amnestierungen), welche ohne den multilateralen Kontext nur begrenzt denkbar und infolge von Widerständen der konservativen Institutionen schwer umsetzbar gewesen wären. Wie gezeigt, entwickelten jedoch die anfangs noch überwiegend taktischen und dem Erhalt des Systems dienenden kontrollierten Liberalisierungen eine Eigendynamik, die zur Mobilisierung der gesellschaftlichen Opposition, zur Verbreitung und zur Verankerung von Menschenrechtsnormen im innersowjetischen Diskurs bei gleichzeitiger Demontage der Sowjetideologie und zum Autoritätsverfall der KPdSU führten.

Die bisherige Untersuchung ergab, dass der gesellschaftliche Protest der Perestroika sich auch (un)mittelbar auf die KSZE und auf die Erfahrungen der früheren Helsinki-Gruppen stützte. Als ein direkter Antrieb für die Bildung, Politisierung und Tätigkeit informeller Gruppen waren die KSZE bzw. das Treffen in Wien bis 1989 jedoch von geringer Bedeutung. Vielmehr gaben dafür die einzelnen Liberalisierungsmaßnahmen von Gorbačev und die innenpolitischen Ereignisse Impulse: der 27. Parteitag der KPdSU 1986, die Katastrophe von Černobyl' im April des gleichen Jahres, die Rückkehr Sacharovs aus seiner Verbannung im Dezember 1986 und die darauf folgende Freilassung anderer politischer Gefangener, die Proklamation der Demokratisierung zum höchsten Ziel des Landes auf dem ZK-Plenum im Januar 1987, die Absetzung El'cins von seinem Amt als Moskauer Parteichef im November 1987, die XIX. Parteikonferenz im Juni 1988 oder die ersten halbfreien Wahlen zum Volksdeputiertenkongress. Gleichwohl wurden unter dem Eindruck der Menschenrechtsoffensive des Kremls in Wien einzelne Bürgerrechtsgruppen und Initiativen, wie der Presseklub „Glasnost“ oder das unabhängige Internationale Seminar für Menschenrechte im Dezember 1987, ins Leben gerufen, welche wiederum die Bildung der parteiloyalen Menschenrechtsgruppe um Fedor Burlackij, die Öffnung des Kremls gegenüber den transnationalen Helsinki-Netzwerken, den ideologiefreien internationalen Menschenrechtsdialog und den Wertewandel eines Teils der politischen Elite nach sich zogen.

In diesem Zusammenhang ist die Bedeutung der KSZE und ihrer Prinzipien als eine, die Losungen von Gorbačev ergänzende legitimierende Grundlage für die Vielzahl informeller Gruppen und ihrer Forderungen sowie ihre Funktion als eine Appellinstanz hervorzuheben. Auffallend ist, dass viele informelle Gruppen von den Prinzipien der KSZE-Akte in ihren Erklärungen und Programmen in- und direkt Gebrauch machten und die Anpassung der sowjetischen Gesetzgebung an die internationalen Normen auch dann einforderten, wenn sie sich von den Helsinki-Gruppen und ihren Protagonisten bewusst distanzieren (so z. B. „Bürgerliche Würde“). Darüber hinaus lässt sich in diesem Zusammenhang eine gewisse Kontinuität der informellen Gruppen der Perestroika zur früheren Helsin-

ki-Bewegung feststellen: in der personellen Zusammensetzung der Gruppen, ihrer (wenn auch deutlich erweiterten) Programmatik, der Vorgehensweise und den Methoden. So wurden zum Beispiel die führenden unabhängigen Presseorgane von den „Veteranen“ der Helsinki-Bewegung herausgegeben und inhaltlich beeinflusst. Die *bewusste* Inanspruchnahme der Geltung von KSZE-Bestimmungen, die Instrumentalisierung der sowjetischen Menschenrechtsoffensive auf dem KSZE-Treffen in Wien und die Rezeption der KSZE als eine Appellinstanz ließ sich bei vielen langzeitabgelehnten Ausreisewilligen, bei den Bürgerrechts- und nationalen Vereinigungen im Baltikum und sogar bei einzelnen Sowjetbürgern feststellen. Sie wandten sich an die KSZE-Teilnehmerstaaten mit persönlichen Anliegen, mit Dokumentationen von anhaltenden Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR und Appellen, die veränderte Rhetorik des Kremls beim Wort zu nehmen. Die eigene Regierung forderten sie auf, die politische Praxis dem deklaratorischen Anspruch anzupassen. Indem es solchen Gruppen und Personen gelang, sich Gehör bei den westlichen Staaten zu verschaffen, das Wiener Treffen als Forum zu nutzen sowie über KSZE-Netzwerke ihre Forderungen an die eigene Regierung zu kommunizieren, wurde Gorbachev einem doppelten Demokratisierungsdruck ausgesetzt: „von unten“ durch die informelle Öffentlichkeit und „von außen“ durch die KSZE.

Eine andere essenzielle Bedeutung der KSZE bestand darin, dass sie und die transnationalen Helsinki-Netzwerke auf das innenpolitische Kräfteverhältnis zwischen dem Parteistaat und der Gesellschaft zugunsten der Letzteren einwirkten. Dadurch, dass der Westen sich das Interesse der Sowjetunion an wirtschaftlicher Zusammenarbeit, an Rüstungskontrolle im Rahmen der KSZE und an einer internationalen Anerkennung zunutze machte und das Entgegenkommen in diesen Fragen an die Einhaltung der Menschenrechtsverpflichtungen knüpfte, hinderte er die sowjetischen Machtorgane daran, repressiv gegen das nonkonforme Verhalten der Gesellschaft vorzugehen, schützte insbesondere die Aktivisten aus dem Umkreis der Rechtsschutzbewegung und erweiterte damit die Handlungsspielräume der unabhängigen Gruppen.<sup>893</sup> Die Lösung zahlreicher Einzelfälle von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der KSZE ermunterte außerdem einen Teil der Gesellschaft, ihre Aktivitäten fortzusetzen bzw. sie zu intensivieren.

Das Beispiel der baltischen Länder zeigte darüber hinaus, dass die KSZE für die Gesellschaften des Ostens die Gelegenheit bot, einen starken moralischen Druck auch auf den Westen auszuüben. Außer dass die baltischen Staaten im Kampf um ihre nationale Unabhängigkeit die zentralen Prinzipien der Schlussakte für sich in Anspruch nahmen, versuchten sie, die internationale Anerkennung ihrer Eigenstaatlichkeit über die KSZE herbeizuführen: Indem sie sich als souveräne Staaten um eine Teilnahme am KSZE-Prozess bewarben und indem sie die KSZE-Signatarstaaten aufforderten, die Auseinandersetzungen zwischen Moskau und dem Baltikum auf die Agenda der multilateralen Diplomatie zu setzen und ihre Sezessionsbestrebungen durch entsprechende Rhetorik und Politik zu unterstützen.

<sup>893</sup> Darauf wies bereits Rohde-Liebenau hin, vgl. Rohde-Liebenau, Menschenrechte, S. 146f.

Ironischerweise hatte sich nicht nur die Sowjetunion mit der Unterzeichnung der KSZE-Akte und der Fortsetzung des KSZE-Prozesses in eine „rhetorische Falle“ begeben, sondern auch die westlichen Demokratien, die entgegen ihrer realpolitischen und geostrategischen Interessen angehalten wurden, die Bestrebungen der baltischen Republiken nach Unabhängigkeit zu unterstützen. Eine solche, gerade im Fall der USA notgedrungene Unterstützung erwies sich für den weitgehend gewaltfreien Desintegrationsprozess der Sowjetunion als besonders relevant.

Als weiterer wichtiger Zwischenbefund ist festzuhalten, dass der KSZE-Prozess nicht nur die Liberalisierung und die Politisierung der Gesellschaft in der Sowjetunion sowie das gewaltfreie Zusammenwirken der staatlichen mit der gesellschaftlichen Ebene absicherte, sondern dass als Folge dieser Interaktionen auch die Veränderungen im Wertesystem eines Teils der politischen Elite und der Gesellschaft und somit der politisch-gesellschaftliche Strukturwandel in der Sowjetunion forciert wurde. Die vielen unabhängigen Gruppen und neuen Freiheiten, die öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen, die wachsende Pressefreiheit, der Pluralismus politischer Meinungen und der bröckelnde Konsens der Perestroika-Mannschaft, die Intensivierung des Menschenrechts-Dialogs mit dem Westen konnten nicht spurlos an dem Bewusstsein der Menschen und der politischen Führung vorübergehen. Sie zerstörten die alten Wertevorstellungen und Dogmen. An Popularität gewannen hingegen die Menschenrechtsideen, die zum festen Bestandteil des öffentlichen Diskurses, zu einer konsensualen Basis der Reformer und nach dem ersten Volksdeputiertenkongress 1989 sogar zu den präskriptiven Normen wurden. Deren Gültigkeit, vor vier Jahren noch geleugnet, wurde nun in der Öffentlichkeit nicht mehr in Frage gestellt. Die geschilderten Entwicklungen dürfen dennoch nicht als eine antikommunistische Revolution missinterpretiert werden.<sup>894</sup> Wie uns die Geschichte des postkommunistischen Russlands lehrt und Bevölkerungsumfragen illustrieren<sup>895</sup>, handelte es sich dabei nicht um eine Auflehnung der Bevölkerung von hoher demokratischer politischer Kultur gegen das bestehende Regime, sondern vielmehr um Proteste gegen die offensichtlichen Widersprüchlichkeiten zwischen Gorbatschows Ankündigungen von Demokratie und den realen politischen Verhältnissen bzw. gegen den Parteiapparat, der die Liberalisierung mit administrativen Maßnahmen in Grenzen zu halten versuchte und darüber hinaus versäumte, die sozioökonomische Krise im Land in den Griff zu bekommen. Seine reaktionären Umgangsformen mit den Kritikern in den eigenen Reihen (El'cin) und mit der politisierten Gesellschaft,

<sup>894</sup> Vor einem solchen Missverständnis der Perestroika warnt Peter Reddaway. Die Hintergründe für den Untergang der KPdSU und somit den Zerfall der Sowjetunion sieht er weniger in antikommunistischen Stimmungen als vielmehr in der steigenden Unzufriedenheit der Massen mit der Leistung des Parteistaates, welche jedoch in Anti-Establishment-Stimmungen umschlug. Reddaway, *How Much*.

<sup>895</sup> Gemeint ist die zuletzt zitierte Oberflächlichkeit der liberalen Überzeugungen bei der gleichzeitig hohen Konjunktur der westlich-liberalen Ideen in der Sowjetbevölkerung Ende der 1980er Jahren sowie die Umfrageergebnisse aus den 1990er Jahren, auf welche in dem Ausblick-Kapitel noch ausführlich einzugehen sein wird.



seine Weigerung, auf die bestehenden Privilegien zu verzichten, schürten die Anti-Nomenklatura-Emotionen im Volk, welche ab 1989 jedoch immer mehr in antikommunistische und in nationale Stimmungen transformiert wurden. Die liberalen Ideen füllten das dabei entstehende ideologische Vakuum aus – viel zu schnell, getragen und verbreitet durch die vielen informellen Gruppen, ohne jedoch von der Masse der Gesellschaft wirklich internalisiert zu werden. Je größer die innerparteiliche Fronde und die Gefahr des Abbruchs der Perestroika wurden, umso mehr wurden diese Ideen in populistischen Verheißungen „missbraucht“ und umso stärker lehnten sich die Reformer an das Wertesystem der demokratischen Ordnungen an. Ihre innenpolitische Stellung suchten die Letztgenannten bei den westlichen Partnern und in dem fortgesetzten KSZE-Prozess abzusichern. Ein solcher Paradigmenwechsel war ab Mitte 1988 in Wien und nach dem erfolgreichen Abschluss des KSZE-Treffens 1989 gesteigert in Moskau zu beobachten.



# **IV. Die wechselseitige Beschleunigung von KSZE-Prozess und innerstaatlicher Demokratisierung und der Zusammenbruch der Sowjetunion, 1989–1990/1991**

## **1. Die Wirkung der Perestroika auf den KSZE-Prozess**

Die geschilderten innenpolitischen Entwicklungen zogen nicht nur den Wandel des politischen Bewusstseins der Sowjetbevölkerung nach sich, sondern sie veränderten auch die Werteordnung und die Präferenzen der Regierenden bzw. der sowjetischen Außenpolitik. Der Eingang der KSZE-Menschenrechtsnormen in den öffentlichen Diskurs bei der gleichzeitig wachsenden Gefahr des Abbruchs der Reformen durch die reaktionären Kräfte hatte einen Bedeutungswandel des KSZE-Prozesses für einen Teil der Staatsführung, aber auch der Gesellschaft, zur Folge. Der Ausdruck einer solchen Neubewertung der multilateralen Diplomatie waren die Kompromissbereitschaft der sowjetischen Delegation und die Preisgabe sowjetischer Positionen ab Mitte 1988 bei den Verhandlungen um das Schlussdokument in Wien sowie das erstaunlich breite Echo der getroffenen Vereinbarungen in der sowjetischen Gesellschaft.

Auf den zweiten Teil dieser Studie rekurrierend (insbesondere auf die Kapitel 2.2 und 2.3) sollen im Folgenden die Rückwirkungen der Perestroika auf die sowjetische KSZE-Politik einhergehend mit der Frage, inwiefern die innerstaatlichen Umwälzungen auch die Perzeption des KSZE-Prozesses in der Sowjetunion veränderten, analysiert werden. Im Mittelpunkt werden somit die letzte Phase der KSZE-Konferenz in Wien (1988/1989) und die sowjetischen Reaktionen auf das dort vereinbarte Schlussdokument stehen.

### **1.1 Die Preisgabe sowjetischer Positionen auf dem KSZE-Treffen in Wien, 1988/1989**

Die Verhandlungen der Delegationen der 35 KSZE-Teilnehmerstaaten in Wien verliefen bis ins Jahr 1988 zäh, teilweise in einer konfrontativen Atmosphäre und sowohl für den Westen wie auch für den Osten unbefriedigend. Vor allem die Redaktionsarbeit, die im Herbst 1987 begann, stockte wegen der Weigerung Moskaus, auf die von den Neutralen im Sommer 1987 eingebrachten Vorschläge zur humanitären Dimension einzugehen. Lange abgelehnt wurden vom Kreml die sehr detaillierten Bestimmungen über die Religionsfreiheit und die nationalen Minderheiten, über die zwischenmenschlichen Kontakte und über den Status der unabhängigen Helsinki-Gruppen. Bis ins Jahr 1988 blieben sie für den Kreml weitgehend inakzeptabel, da sie nicht nur mit der politischen Praxis und der Rechtslage in der UdSSR divergierten, sondern auch weil deren Implementierung

der systemimmanenten Reformen bedurften.<sup>1</sup> So waren für die Sowjetunion angesichts des ohnehin innenpolitisch wachsenden Drucks der Ausreisebewegung Verpflichtungen unannehmbar, jedem Bürger ohne Ausnahme einen Auslandsreisepass auszustellen oder die Ausreise für ganze Familien zu ermöglichen.<sup>2</sup> Dem privaten Besitz von Kopiergeräten und Drucktechnik, der ungehinderten Möglichkeit des „Erwerbs, des Besitzes, der Wiedergabe und der Verbreitung von Materialien, einschließlich Bücher, Ausgaben, Filme und Videoaufnahmen“, wie es die westlichen Partner schriftlich fixiert haben wollten,<sup>3</sup> weigerte sich Moskau ebenso zuzustimmen, würde dies doch in erster Linie die Tätigkeit des „Zweiten Samizdats“ legalisieren und das Meinungsmonopol der KPdSU noch mehr untergraben. Derartige, für die Sowjetunion und die anderen Warschauer-Block-Staaten verhänglichen Regelungen, versuchte die sowjetische Delegation zunächst mit den in den Text eingebauten Einwänden zu relativieren. So wollte sie sich statt zu einer erklärten Unzulässigkeit des Psychiatriemissbrauchs zu politischen Zwecken lediglich zu der „Bedeutung“ der Maßnahmen gegen den „Missbrauch der Medizin dort, wo es vorkommt“, bekennen.<sup>4</sup>

Eine Konsensfindung erschwerten nicht nur die Unbeweglichkeit der sowjetischen Position und die reaktionäre Haltung der Delegationen der DDR, Rumäniens, der Tschechoslowakei oder Bulgariens, sondern auch die stets wachsenden Erwartungen der westlichen KSZE-Staaten an den Ostblock und die Menge der die humanitäre Dimension und Menschenrechte betreffenden Vorschläge. So tangierten 26 von den insgesamt 156 in Wien eingebrachten Initiativen unmittelbar das Prinzip VII der KSZE-Schlussakte, während 17 weitere Vorschläge zwischenmenschliche Kontakte aus dem Korb III betrafen.<sup>5</sup> Bis zum Frühjahr 1988 wurde lediglich in einem Viertel des Textes aus dem Korb III ein Konsens erreicht.<sup>6</sup> Der deutsche Diplomat Hans-Heinrich Wrede spricht in dem Zusammenhang von einer „nicht immer als konstruktiv empfundenen Rolle“, von der „sturen Uneinsichtigkeit“ einiger westlicher Verhandlungsdelegationen, die sogar die internen westlichen Beratungen belasteten.<sup>7</sup> Vor allem die drei anglo-amerikanischen Teilnehmerstaaten (USA, Großbritannien und Kanada) behielten ihre skeptische Haltung gegenüber dem Wandel im Osten und verfolgten weiterhin die Politik der hohen Standards. Nach wie vor widersetzten sie sich, nicht zuletzt unter dem Druck der eigenen Öffentlichkeit bzw. der Helsinki-Netzwerke,<sup>8</sup> einer Menschenrechtskonferenz in Moskau und knüpften ihre Zusage an Bedingungen. So kritisierte der Brite O’Keefe noch im Spätsommer 1988 die Menschenrechtslage in der UdSSR und monierte, dass viele Bestimmungen der Schlussakte von Helsinki

<sup>1</sup> Zagorskij, Chel’sinskij process, S. 279.

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Zitiert nach ebd., S. 279f.

<sup>4</sup> Ebd., S. 280.

<sup>5</sup> Lehne, The Vienna Meeting, S. 103, auch die Übersichtstabelle auf S. 199.

<sup>6</sup> Ebd., S. 118.

<sup>7</sup> Wrede, KSZE in Wien, S. 83f.

<sup>8</sup> Zur Rolle der Helsinki-Netzwerke siehe Snyder, Human Rights, Kapitel 7.

nicht eingehalten würden, dass es nach wie vor politische Gefangene und den Missbrauch der Psychiatrie gebe.<sup>9</sup> Erst wenn Moskau alle politischen Gefangenen frei lasse, noch mehr Ausreisen bewillige und den freien Zugang der Verhandlungen in Moskau garantiere, würde Washington einer Menschenrechtskonferenz nicht nur zustimmen, sondern diese sogar begrüßen, war die offizielle Haltung der USA im Herbst 1988.<sup>10</sup>

Trotz oder gerade wegen der Kompromisslosigkeit der anglo-amerikanischen Staaten begann die sowjetische Delegation im Frühjahr 1988 ihr Verhalten zu ändern und den Vorstellungen der westlichen Verhandlungspartner entgegenzukommen.<sup>11</sup> Noch zu Beginn des Jahres signalisierte die Sowjetunion die Bereitschaft, über die Kontrollmechanismen der menschlichen Dimension zu sprechen. Sie weigerte sich jedoch, dem Recht der Einzelpersonen und Gruppen auf das Informationsersuchen sowie der vierten Stufe des Kontrollmechanismus, der Einberufung von Konsultationen der 35 KSZE-Staaten zur Lösung konkreter Fälle, zuzustimmen. Alternativ dazu wurde im weiteren Verhandlungsprozess unter Einfluss der französischen und der sowjetischen Delegationen die Idee geboren, ein solches Einberufungsverfahren durch die regulären Expertentreffen zu Fragen der Menschenrechte zu ersetzen,<sup>12</sup> was auch dem Wunsch der UdSSR entgegenkam, eine Menschenrechtskonferenz in Moskau zu veranstalten. Die Idee von den Menschenrechtskonferenzen wurde in das offizielle Projekt des Konsultations- und Kontrollmechanismus zur menschlichen Dimension (WT. 19) aufgenommen und in dem ersten umfassenden Gesamtentwurf für ein Schlusssdokument (WT. 137) berücksichtigt, den die N+N-Staaten am 13. Mai 1988 vorgelegt hatten. Das Projekt sah drei solcher Treffen in der Zeit zwischen dem laufenden KSZE-Treffen in Wien und der nächsten KSZE-Folgekonferenz in Helsinki 1992 vor. Für die ersten zwei Begegnungen einigte man sich auf Paris und Kopenhagen als Austragungsorte, während der Standort der dritten Konferenz offenblieb. Damit wurde Moskau die Option zur Organisation einer KSZE-Menschenrechtskonferenz erstmals offiziell zugestanden, obgleich man sie weiterhin an Bedingungen knüpfte. Erst danach begann allerdings die sowjetische Delegation, noch mehr Flexibilität in ihrer Verhandlungsposition zu zeigen und wieder aktiv für den Standort Moskau zu werben.<sup>13</sup>

Für die Aufweichung der sowjetischen Haltung im Bereich der Menschenrechte und des Korbes III war außerdem eine Einigung auf die sogenannte Wiener For-

<sup>9</sup> AdG 1988: 32443.

<sup>10</sup> AdG 1988: 32748.

<sup>11</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Zagorskij, Chel'sinkskij process, S. 254-295; Wrede, KSZE in Wien; Lehne, The Vienna Meeting; Esterik van/Minnema, The Conference; Groth, Michail: Fortschritte im KSZE-Prozess. Das dritte Folgetreffen in Wien, in: Europa-Archiv, Folge 3, 1989, S. 95-102; Bruns, Wilhelm: Mehr Substanz in den Ost-West-Beziehungen. Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien, in: APuZ, H. 12, 1989, S. 3-9.

<sup>12</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe: Zagorskij, Chel'sinkskij process, S. 272ff.; Wrede, KSZE in Wien, S. 80-85.

<sup>13</sup> Eggleston, Roland: NATO Allies Drawing up Conditions for Moscow Conference, in: RFE/RL Research, Nr. 48, 1988, RL 517.

mel im Sommer 1988 hilfreich. Diese besagte, dass jedes Land über das Recht verfüge, sein politisches, soziales, kulturelles oder ökonomisches System frei zu wählen sowie eigene Gesetze, administrative Regelungen, Praktiken und Politik zu bestimmen. Gleichzeitig enthielt diese Formel die Verpflichtung der Staaten, sicherzustellen, dass ihre Politik und Rechtsprechung mit den KSZE-Bestimmungen übereinstimme.<sup>14</sup> Trotz dieses Vorbehalts machte die Einigung auf die Wiener Formel den Weg für weitere Verhandlungen frei. Ende Juni reduzierten die Delegationen der UdSSR, Bulgariens, der DDR und der Tschechoslowakei auf Initiative des sowjetischen Delegationsleiters, Jurij Kašlev, die Anzahl ihrer Verbesserungsvorschläge zum Prinzipienkatalog und dem Korb III des vorliegenden Dokumententwurfs, was die westlichen Staaten mit einem ähnlichen Schritt und mit der Berücksichtigung einzelner Wünsche des Ostblocks erwiderten.<sup>15</sup> Unmittelbar vor der Vertagung der Konferenzteilnehmer in die dreiwöchige Sommerpause (5.–22. 8. 1988) wurde in den meisten strittigen Fragen eine Einigung erreicht. Jurij Kašlev verkündete vor der Presse, 90% des Textes des Schlussdokuments seien vereinbart.<sup>16</sup>

Die schnelle Annäherung zwischen der sowjetischen Delegation und den westlichen Partnern in Wien war jedoch weniger mit der Gefälligkeit der Verhandelnden zu erklären, als vielmehr mit den Binnenentwicklungen der Teilnehmerstaaten. Für die Änderung der sowjetischen Position waren die geschilderte Entideologisierung der Menschenrechtsdebatte in der UdSSR, die innerparteiliche Opposition der Perestroika und die daraus resultierende Neuperzeption des KSZE-Prozesses durch einen Teil der herrschenden Parteielite von entscheidender Bedeutung. Je mehr Gorbatschow und seine Mitstreiter den Ausbruch aus dem Rahmen des Sozialismus wagten, dabei mit dem westlichen Wertesystem sympathisierten und auf den Widerstand der Reformgegner stießen,<sup>17</sup> umso schneller entwickelten sich die KSZE-Verpflichtungen zu den positiven Herausforderungen und zum Argument des liberalen Establishments für die Fortsetzung der angefangenen politischen Reformen und umso einfacher wurde die Konsensfindung in Wien. Zagorskij führt diesen Wandel auch auf die innenpolitischen Erfolge von Gorbatschow im Sommer 1988 bzw. sein gekonntes Zurückdrängen der parteiinternen Fronde zurück, was seine machtpolitische Stellung vorübergehend festigte und mehr Spielraum für radikale Schritte in der Außenpolitik schaffte.<sup>18</sup>

Auf der westlichen Seite wirkte der bevorstehende Wechsel der politischen Administration in den USA positiv auf die Verhandlungen. Der Leiter der amerikanischen Delegation, Warren Zimmermann, und der Außenminister, George Schultz, wollten sich nicht den Erfolg ihrer bisherigen Verhandlungen in Wien

<sup>14</sup> Vgl. Zagorskij, *Chel'sinskij process*, S. 281.

<sup>15</sup> Rumänien verhärtete hingegen seine Position und erklärte im Juni 1988, den vorliegenden Entwurf in der vorliegenden Form nicht unterzeichnen zu wollen. Lehne, *The Vienna Meeting*, S. 121.

<sup>16</sup> AdG 1988: 32443.

<sup>17</sup> Das wurde im Teil III in den Kapiteln 5 und 6 der vorliegenden Arbeit gezeigt.

<sup>18</sup> Zagorskij, *Chel'sinskij process*, S. 272.

nehmen lassen.<sup>19</sup> Darüber hinaus war die Regierung von Ronald Reagan und mit ihr die meisten anderen westlichen Konferenzteilnehmer an einem möglichst baldigen und erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen deshalb interessiert, weil sich nach dem politischen Wechsel in den USA auch der Abschluss des Wiener Treffens erneut um weitere Monate verzögern würde, was keiner der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten nach zwei Jahren Verhandlungen wirklich wollte und was außerdem die demokratischen Reformen in der UdSSR gefährden würde.<sup>20</sup> Besonders die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich drängten zu einem baldmöglichen Abschluss des Treffens. Die Außenminister beider Länder erschienen sogar ohne eine vorherige Absprache mit den anderen NATO-Staaten am 1. Juli 1988 persönlich in Wien, um die Teilnehmerstaaten zum schnelleren Handeln zu animieren.<sup>21</sup>

Auch die geschilderten bilateralen Begegnungen zwischen den Vertretern der USA und der UdSSR<sup>22</sup> wirkten positiv auf die Arbeit der Diplomaten in Wien. Zum Abbau des Misstrauens trug sicherlich auch das vierte Gipfeltreffen zwischen Reagan und Gorbatschow, diesmal in Moskau Ende Mai/Anfang Juni 1988, bei.<sup>23</sup> Dabei wurden die Ratifikationsurkunden des INF-Vertrages ausgetauscht, Einzelfragen der Rüstungskontrolle besprochen und andere kleinere Abkommen unterzeichnet.<sup>24</sup> Anfang Juli trafen außerdem die ersten amerikanischen Inspektoren in Moskau ein, um, wie im INF-Vertrag vorgesehen, die sowjetischen Militäreinrichtungen zu inspizieren.<sup>25</sup>

Die Liberalisierungen in der UdSSR und die Aufgabe der nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei propagierten Breznev-Doktrin, welche eine beschränkte Souveränität der sozialistischen Staaten verkündete, hatten jedoch auch ihre Schattenseiten. Die Sowjetunion vermochte kaum noch Einfluss auf die konservativen Staaten des Ostens (vor allem Rumänien und die DDR) auszuüben, die mit ihren reaktionären Positionen einen erfolgreichen Abschluss des Treffens gefährdeten.<sup>26</sup> So kündigte der rumänische Partei- und Staatschef Nicolae Ceaușescu in der Neujahrsansprache an, dass sein Land dem Schlussdokument in Wien nicht zustimmen werde, weil es eine „Rück-

<sup>19</sup> Groth, Fortschritte im KSZE-Prozess, S. 96; Lehne, The Vienna, S. 124.

<sup>20</sup> So warnte Sacharow den Präsidenten Reagan am 14. November vor einem Scheitern der Reformen in der UdSSR und befürwortete den Gedanken, in Moskau eine internationale Menschenrechtskonferenz abzuhalten, allerdings unter der Voraussetzung, dass zuvor alle politischen Gefangenen in der Sowjetunion freikämen und alle Truppen aus Afghanistan abgezogen würden. Vgl. AdG 1988: 32727.

<sup>21</sup> Mit diesem Alleingang brachten sie auch die divergierenden Erwartungen an den KSZE-Prozess und die unterschiedlichen Bewertungen der Liberalisierungen in der UdSSR innerhalb des westlichen Blocks zum Ausdruck. Esterik van Minnema, The Conference, S. 24; Bredow, Der KSZE-Prozess, S. 124; Groth, Fortschritte, S. 96.

<sup>22</sup> Vgl. Teil III, Kapitel 5.2 und 5.3 der vorliegenden Arbeit.

<sup>23</sup> Vgl. Lehne, The Vienna, S. 119f.

<sup>24</sup> Vgl. Adamishin/Schifter, Human Rights, S. 149.

<sup>25</sup> Gleichzeitig inspizierte eine sowjetische Gruppe die amerikanischen Militäreinrichtungen. AdG 1988: 32233–32241.

<sup>26</sup> AdG 1988: 32443; Lehne, The Vienna, S. 120f., 131f.



kehr ins Mittelalter“ darstelle.<sup>27</sup> Die DDR wollte in einem Streit mit der Bonner Delegation um die Frage der Abschaffung des Mindestumtausches von Währungen beim Grenzübertritt nicht nachgeben und lenkte buchstäblich in der letzten Minute ein.<sup>28</sup> Außerdem hielt der türkisch-griechische Konflikt über die Einbeziehung des türkischen Hafens Mersin in die Gespräche über konventionelle Abrüstung (KRK) die Annahme des Schlussdokuments auf, für die das Wiener Treffen ein Mandat aussprechen sollte. Während Griechenland die Einbeziehung Mersins in die KRK-Mandatszone verlangte, lehnte die Türkei dies ab.<sup>29</sup>

Den schnellen Abschluss der Konferenz verzögerte auch die Tatsache, dass bis zum Ende der Verhandlungen in Wien immer noch kein Einvernehmen über den sowjetischen Vorschlag einer Menschenrechtskonferenz in Moskau bestand. Die USA haben zwar hierzu ihre Zustimmung nach der geschilderten Rede von Michail Gorbatschow vor den Vereinten Nationen gegeben, eine endgültige Zusage wurde jedoch weiterhin an eine Fülle von Bedingungen geknüpft, die zum Teil in dem Abschließenden Dokument des Treffens ihren Niederschlag fanden, aber auch gesondert von den USA, Kanada und Großbritannien für die Sowjetunion formuliert wurden.<sup>30</sup> Die definitive Entscheidung wurde von den „messbaren Fortschritten“ in der Zeit zwischen 1989 und 1991 abhängig gemacht. Konkret handelte es sich dabei um die folgenden, von Margaret Thatcher am 20. Januar 1989 erläuterten Maßnahmen, die der Westen von der Sowjetunion erwartete: Die lang versprochene Novellierung der sowjetischen Gesetzgebung, die der Verfolgung der Andersdenkenden endgültig ein Ende setzen und zugleich die rechtlichen Garantien für Gewissens-, Meinungs- und Bewegungsfreiheit festhalten würde; die Sicherung der Unabhängigkeit des Gerichtswesens; die Freilassung aller politischen Gefangenen sowie die wohlwollende Behandlung aller seit mehreren Jahren abgelehnten Ausreiseanträge; die Garantie der gleichen Konferenzbedingungen, wie sie bei den zuvor veranstalteten KSZE-Treffen im Westen gewährleistet wurden und die Fortsetzung des weiteren Demokratisierungsprogresses.<sup>31</sup> Die Fortschritte des Kremls in diesen Fragen sowie bei den Verpflichtungen, welche er mit der Unterzeichnung des Schlussdokuments in Wien einging, sollten bei den nächsten zwei Expertentreffen überprüft werden und erst dann sollte die endgültige Entscheidung darüber fallen, ob Moskau sich als Ort des dritten Expertentreffens über Menschenrechte eigne. Somit blieb der westliche Demokratisierungsdruck auf Moskau weiter bestehen.

<sup>27</sup> Obwohl mit Vorbehalten, stimmte Rumänien dem Schlussdokument dann doch noch zu. AdG 1989: 32958f.; Groth, Fortschritte, S. 97.

<sup>28</sup> Bei dem Streit ging es um die Übersetzung des im englischen Originaldokument enthaltenen Begriffs „consider“. Nach dem Wunsch der DDR sollte die Formulierung gewählt werden, man werde eine Abschaffung des Zwangsumtausches „prüfen“, während die Bonner Delegation auf die Übersetzung „in Erwägung ziehen“ bestand. Groth, Fortschritte, S. 97.

<sup>29</sup> Mit einer für beide Parteien zufriedenstellenden Kompromissformel wurde schließlich auch dieser Streit beigelegt. Ebd.

<sup>30</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe Lehne, *The Vienna*, S. 128f.; Zagorskij, *Chel'sinkskij process*, S. 283f.

<sup>31</sup> Zagorskij, *Chel'sinkskij process*, S. 283f.; Zagorski, *Moskau*, S. 49f.

Obwohl die Sowjetunion in den nächsten zwei Jahren vielen der genannten Auflagen nachkam, schaffte sie es nicht mehr fristgerecht, alle ihre „Wiener Schulden“ zu begleichen.<sup>32</sup> Sieht man sich den Inhalt des mehr als 100 Seiten langen Schlussdokuments genau an, auf den sich die 35 Staaten am 15. Januar 1989 in Wien einigten, werden die Schwierigkeiten seiner Implementierung durchaus nachvollziehbar. Darin hatte sich der größte Teil der westlichen Agenda durchgesetzt, während die sowjetische Delegation als ihren größten Verhandlungserfolg – gemessen an den ursprünglichen Erwartungen des Kremls an das Treffen – lediglich die Fortsetzung der Verhandlungen zur Abrüstung in Europa im Rahmen der KSZE sowie die Option einer Menschenrechtskonferenz in Moskau feiern konnten.<sup>33</sup>

Das Schlussdokument war stark von westlich-liberalen Wertvorstellungen geprägt.<sup>34</sup> Ihm lag das Bekenntnis zur vorstaatlich begründeten Universalität der Menschenrechte zugrunde, „die sich alle aus der dem Menschen innewohnenden Würde ergeben“.<sup>35</sup> Mehr als alle bisherigen internationalen Vereinbarungen rückte es die Rechte des Einzelnen in den Vordergrund. Eine sehr detaillierte Liste individualistischer Normen enthielt der *erste* Prinzipien-Teil des Dokuments (Korb I), der zum ersten Mal die Einschränkung der Rechte des Einzelnen durch staatliche Organe zur Ausnahme von der Regel und den Vorrang des internationalen Rechts vor dem nationalen (Art. 21) erklärte. Es benennt eine Reihe von Maßnahmen, die den Rechtsschutz bei Menschenrechtsverletzungen verbessern sollten, darunter die Verpflichtung, den Text des Dokuments der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen (Art. 13.3) und niemanden zu benachteiligen, der die Menschenrechte und Grundfreiheiten in Anspruch nimmt (Art. 13.8). Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang das schon seit Langem vom Westen und von den sowjetischen Helsinki-Gruppen eingeforderte und nun durchgesetzte Recht nicht-staatlicher Akteure, die Einhaltung der Menschenrechte zu überwachen. Die Erklärung, dass die Unterzeichnerstaaten zu „diesem Zweck [...] das Recht von Personen, die Durchführung der KSZE-Bestimmungen zu beobachten und zu fördern und sich mit anderen zu diesem Zweck zusammenzuschließen, achten“ (Art. 26) würden, bedeutete die Legalisierung und die Anerkennung der informellen und der früher kriminalisierten Bürgerrechtsgruppen. Initiativen wie dem Presseklub „Glasnost“, der IGFM oder dem informellen Informationsbulletin *Ėkspress-Chronika* wurde zum ersten Mal das Recht auf Implementierungskontrollen zugesprochen. Das Dokument verpflichtete die Regierung, mit diesen Gruppen nicht nur zu kooperieren, sondern sie auch bei ihrer Tätigkeit zu unterstützen.

Einen sehr detaillierten Katalog von neuen Inhalten wies der Korb I zur Religionsfreiheit (Art. 16) auf, dessen Aufnahme ins Abschlussdokument die sowje-

<sup>32</sup> Vgl. ebd., S. 49–63.

<sup>33</sup> Die offiziellen Stimmen in der UdSSR betonten gerade diese Ergebnisse als die wichtigsten. Siehe etwa AiF vom 28. 1. 1989; auch Gorbačev-Interview in *Pravda* vom 17. 1. 1989, S. 1.

<sup>34</sup> Siehe eine kurze inhaltliche Zusammenfassung des Dokuments in: AdG 1989: 32958–32966; Groth, Fortschritte; der Text des Dokuments unter: <http://www.osce.org/de/mc/40883>.

<sup>35</sup> So im Prinzip 12 des Dokuments, <http://www.osce.org/de/mc/40883>.

tische Delegation bis zum Schluss ablehnte und alternativ für die Freiheit auf atheistische Propaganda plädierte.<sup>36</sup> Nun bekannte sich Moskau in einem langen Passus von 11 Unterabschnitten zu den Maßnahmen, die die Religions- und Überzeugungsfreiheit des Einzelnen gewährleisten sollten. Unter anderem verpflichtete man sich, die organisatorische und die personelle Autonomie der Religionsgemeinschaften zu achten; den religiösen Gemeinschaften die Möglichkeit einzuräumen, im Rahmen des Verfassungsrechts, also offiziell und vom Staat anerkannt, zu wirken; das Recht der einzelnen Gläubigen und Glaubensgemeinschaften, „religiöse Bücher und Veröffentlichungen in der Sprache ihrer Wahl sowie andere, der Ausübung einer Religion oder Überzeugung dienende Gegenstände und Materialien zu erwerben, zu besitzen und zu verwenden“,<sup>37</sup> sowie die Freiheit der Eltern, ihre Kinder religiös zu erziehen und sie zum Religionsunterricht zu schicken und vieles mehr. Noch vor kurzem waren solche Verpflichtungen für die Sowjetunion undenkbar und das Ausüben der genannten Rechte verboten bzw. als kriminelle Handlungen strafbar (Art. 227, Trennung von Kirche und Staat; Art. 142, Ausführung religiöser Rituale).

Nicht weniger spektakulär als der Katalog zur Religionsfreiheit war die Festbeschreibung des Rechts auf Freizügigkeit im Korb I.<sup>38</sup> Dabei ging es nicht nur um das Recht auf „Ausreise aus jedem Land, darunter auch seinem eigenen“, sondern auch um die ungehinderte und die straffreie Rückkehr in sein Land (Art. 20). Dieser Passus war insofern von besonderer Bedeutung, als dass es immer noch die übliche Praxis der Sowjetunion war, die Regimekritiker durch die Verweigerung der Rückkehr in die Union fernzuhalten.<sup>39</sup>

Ein weiterer Erfolg der westlichen Verhandlungspartner in Wien war die Aufnahme der Verpflichtung in das Schlussdokument, „den einzelnen vor allen psychiatrischen oder anderen medizinischen Praktiken [zu] schützen, die eine Verletzung der Menschenrechte und Grundfreiheiten darstellen, und wirksame Maßnahmen zur Verhinderung und Bestrafung solcher Praktiken [zu] treffen“<sup>40</sup> (Art. 23.6).

<sup>36</sup> Zur Entwicklung der Religionsfreiheit im KSZE-Prozess siehe: Voss, Eugen: Die Religionsfreiheit im KSZE-Prozess, in: G2W, Nr. 10, 1989, S. 13–19.

<sup>37</sup> So im Prinzip 16.9 des Dokuments, <http://www.osce.org/de/mc/40883>.

<sup>38</sup> Vgl. Groth, Fortschritte, S. 98.

<sup>39</sup> Selbst Ljudmila Alekseeva, die prominenteste von diesen, bekam in der Zeit zwischen 1986 und 1989 mindestens fünf abschlägige Bescheide auf ihre Bemühungen, mittlerweile als eine Amerikanerin in die UdSSR einzureisen. Erst 1990 durfte sie nach dem Einsatz des amerikanischen Staatsdepartments und der Amerikanischen Helsinki-Gruppe, deren Mitglied sie war, zunächst für eine kurze Zeit in die Union einreisen. Während die in der Menschenrechtsszene unbekannten einfachen Migranten von dem Recht auf Rückkehr zunehmend Gebrauch machen konnten, blieb es den ausgebürgerten Bürgerrechtsaktivisten (Aleksandr Ginzburg, Vladimir Bukovskij oder Kronid Ljubarskij) lange verwehrt, und Ljudmila Alekseeva, der die überraschende Konzilianz sowjetischer Behörden in den Dissidentenkreisen vorübergehend die Fama einer möglichen KGB-Agentin einbrachte, blieb eine Ausnahme von der Regel. Interview mit Ljudmila Alekseeva.

<sup>40</sup> <http://www.osce.org/de/mc/40883>.

Während der Korb II (Zusammenarbeit in den Bereichen der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Technik sowie der Umwelt) verhältnismäßig „aussagearm“<sup>41</sup> blieb, wurde der Korb III (Zusammenarbeit in humanitären und anderen Bereichen) mit weiteren präzisen Bestimmungen „gefüllt“, deren Umsetzung in die Praxis gerade für die Sowjetunion mit zahlreichen Problemen verbunden war. Das Kapitel „Menschliche Kontakte“ ergänzte mit vielen neuen Regelungen das erwähnte Prinzip 20 (Reisefreiheit) des Korbes I. Demnach verpflichtete sich die Sowjetunion, alle Gesuche „so rasch wie möglich, auf jeden Fall aber binnen sechs Monaten einer Lösung zuzuführen“ (Art. 3), die Antragsverfahren für Familienzusammenführung und Familienkontakte zu vereinfachen und zu beschleunigen, „über Gesuche in Bezug auf Familienbegegnungen [...] so rasch wie möglich und im Normalfall binnen eines Monats“ (Art. 5), „in Bezug auf Familienzusammenführung oder auf Eheschließung zwischen Bürgern verschiedener Staaten [...] binnen drei Monaten“ (Art. 6) zu entscheiden, und die Bescheide bei den Betroffenen rasch (in spätestens drei Monaten), in Not- oder Todesfällen binnen dreier Tage mitzuteilen (Art. 12). Galten bisher die Dokumente des Antragstellers nach dem negativ entschiedenen Gesuchsverfahren als ungültig, so verpflichtete man sich, diese bei der erneuten Gesuchstellung zu berücksichtigen (Art. 14); begründeten die Behörden die Ablehnungen bisher nicht oder nur mündlich, war man jetzt angehalten, „dem Gesuchsteller unverzüglich schriftlich in einer amtlichen Benachrichtigung die für diese Entscheidung maßgebenden Gründe“ (Art. 16) darzulegen; war bisher die Verweigerung der Ausreise oder Auswanderung aus Gründen nationaler Sicherheit die häufige Praxis, so versprach Moskau diese zu verringern und dem Betroffenen nach spätestens sechs Monaten den Anspruch auf abermalige Prüfung zu gewähren (Art. 17).

In dem Informationsbereich wurde festgelegt, von Behinderungen, etwa dem Entzug der Akkreditierung wegen des Inhalts der Berichterstattung, abzusehen, die direkte und ungestörte Übertragung von ausländischen Radiosendungen zu gewährleisten und dem Einzelnen sowie Gruppen unter Wahrung der Rechte des geistigen Eigentums den Erwerb, die Reproduktion und die Weitergabe „aller Arten von Informationsmaterial“ zu gestatten (Art. 34, 37, 38, 39). Gerade die letztgenannte Bestimmung bedeutete eine Legalisierung der informellen Medien und der Tätigkeit der informellen Journalisten und entkriminalisierte die Verbreitung von informellen Erzeugnissen in der UdSSR.

Einen bedeutenden Schritt im KSZE-Prozess stellte aber nicht nur die Verabschiedung dieser in der Substanz sehr westlichen und mit der sozialistischen Ideologie absolut inkompatiblen Regelungen dar, sondern auch die Bereitschaft der Unterzeichnerstaaten, die Implementierung der getroffenen Vereinbarungen in einem beschlossenen „Konsultations- und Überprüfungsmechanismus“ (Kapitel „menschliche Dimension“) zu kontrollieren. Der Mechanismus, der für die Sowjetunion lange inakzeptabel war, sah folgende Funktionen vor, die sich von Stufe zu Stufe steigerten: War die Verletzung einer Verpflichtung aus dem KSZE-

<sup>41</sup> So die Bewertung von Bredow, *Der KSZE-Prozeß*, S. 129.

Schlussdokument bekannt, so konnte 1. Staat A bei Staat B diesbezügliche Informationen verlangen; waren die Antworten unbefriedigend, so konnte 2. Staat A ein bilaterales Treffen mit Staat B verlangen. Führt das nicht zum Erfolg, konnte 3. Staat A andere Mitgliedstaaten der KSZE über die Verletzung informieren. blieb auch diese Maßnahme ohne Erfolg, so war 4. in dem Fall vorgesehen, die Verletzungen an die drei, bis 1992 vorgesehene Treffen (1989 in Paris, 1990 in Kopenhagen, 1991 in Moskau) über die menschliche Dimension und am 4. KSZE-Folgetreffen zur Diskussion vorzubringen. Dieser Überprüfungsmechanismus schaffte das „Einmischungsrecht“ unter den Teilnehmerstaaten und verurteilte die bisher übliche Praxis der Staaten des Kommunistischen Blocks, alle kritischen Fragen mit dem Argument einer unzulässigen Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten zurückzuweisen.

Neben den Menschenrechtskonferenzen beschloss man in Wien, insgesamt 11 weitere gesamteuropäische Treffen durchzuführen: darunter ein Informationsforum in London (Frühjahr 1989), ein Wirtschaftstreffen in Bonn (Frühjahr 1990), ein Kulturforum in Krakau (Frühjahr 1991) und ein Vorbereitungstreffen auf die vierte KSZE-Folgekonferenz, das am 24. März 1992 in Helsinki beginnen sollte.<sup>42</sup>

Im Gesamtergebnis fanden fast alle westlichen Vorschläge zum Korb I und III Eingang in das Schlussdokument. Doch nicht der Westen allein, sondern die Reformer und die Gesellschaftsgruppen im Osten gingen aus den Verhandlungen in Wien als „Sieger“ hervor.<sup>43</sup> Die Vereinbarungen im Bereich der menschlichen Dimension stellten für die Sowjetunion keine Konzessionen an den Westen um den Preis etwa der Abrüstungsgespräche dar, sondern sie waren jetzt im genuinen Interesse der reformorientierten sowjetischen Verhandlungspartner, die damit bewusst ihre innenpolitische Stellung stärkten und den Reformprozess absicherten.<sup>44</sup> Laut Anatolij Adamišin „some people believed that moving forward in the field of human rights was not a concession to the West but an indispensable prerequisite for the country's development, which needed long-overdue democratic reforms“.<sup>45</sup> Durch die außenpolitischen Verpflichtungen erhofften sie sich, wenn nicht eine schnellere Liberalisierung innersowjetischer Verhältnisse, so dann zumindest die Verhinderung des Abbruchs der angefangenen Reformen. Dass die vereinbarten Normen für den Kreml keine leeren Versprechungen mehr waren, sondern mittlerweile den Wertvorstellungen eines Teils der politischen Elite bzw. der Gesellschaft entsprachen und durchaus als bindend empfunden wurden, demonstrierte die hohe Resonanz des Schlussdokuments und seine Aufwertung zur unmittelbar gültigen Grundlage weiterer Reformen in der UdSSR durch das Politbüro.

<sup>42</sup> Siehe im Dokument und bei Zagorskij, *Chel'sinskij process*, S. 286.

<sup>43</sup> Vgl. Lehne, *The Vienna*, S. 139.

<sup>44</sup> Vgl. z. B. die diesbezügliche Aussage von Jurij Kašlev in einer Diskussion im Jahr 2005. Chel'sinki 30 let spustja, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 7–8, 2005.

<sup>45</sup> Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 153.

## 1.2 Der KSZE-Prozess als Vehikel demokratischer Reformen – die Rezeption des Schlussdokuments von Wien in der UdSSR

Der Text des Dokuments wurde in der Regierungszeitung *Izvestija* am 26. Januar und broschiert in der Auflage von 11 Mio. Exemplaren veröffentlicht.<sup>46</sup> Die *Pravda* würdigte die Vereinbarung als das „bedeutendste Ergebnis seit der Unterzeichnung der Schlussakte von Helsinki“.<sup>47</sup> Gorbachev sprach in einer Stellungnahme von einem Schritt in Richtung des „gemeinsamen europäischen Hauses“, von einem außerordentlichen Erfolg, der den Helsinki-Prozess auf eine neue Ebene hebe.<sup>48</sup> Zum ersten Mal stellte Moskau die menschliche Dimension des Helsinki-Prozesses in den Vordergrund. Und obwohl die Ergebnisse des Wiener Treffens ebenso wenig unmittelbar völkerrechtlich verbindlich waren wie die Schlussakte von Helsinki, zeigte die Staatsführung gleich nach dem Abschluss der Konferenz den Willen, die politische Praxis der Sowjetunion in Einklang mit diesen Verpflichtungen zu bringen. Durch einen Beschluss des Politbüros vom 24. Januar 1989 wurde das Schlussdokument für alle staatlichen Institutionen zur sofortigen Grundlage weiterer Reformen in der UdSSR empfohlen.<sup>49</sup> Zwar handelte es sich lediglich um eine Empfehlung, für alle staatlichen Institutionen galt sie jedoch als richtungsweisend und setzte das Primat der KSZE-Vereinbarungen vor die nationalen Gesetze. Die Staatsvertreter selbst begannen nun in den zentralen Medien die Wichtigkeit und die unmittelbare Gültigkeit der Wiener Bestimmungen zu betonen und die öffentliche Meinung für deren schnelle Implementierung zu sensibilisieren.<sup>50</sup>

Die Zustimmung zum gesamten Wiener Schlussdokument und seine Lancierung zur Reformgrundlage waren jedoch für die Sowjetunion als Staat nicht unproblematisch. Faktisch kamen der Inhalt des Dokuments und seine Implementierung der Auflösung des sozialistischen Staatsgebildes gleich und wurden nicht von allen in der Partei begrüßt. Verbal hing Gorbachev immer noch seiner Vision von einer „sowjetischen Wohnung“ innerhalb eines großen „gemeinsamen europäischen Hauses“ an und glaubte an die Richtigkeit und die Gerechtigkeit der sozialistischen Idee.<sup>51</sup> Nicht alle teilten jedoch seine Sicht.<sup>52</sup> Die öffentliche Hand-

<sup>46</sup> Kašlev, Mnogolikaja, S. 201.

<sup>47</sup> *Pravda* vom 17. 1. 1989, S. 1.

<sup>48</sup> Ebd.

<sup>49</sup> *Pravda* vom 26. 1. 1989, S. 1.

<sup>50</sup> So z. B. Jurij Kašlev und der Leiter der Abteilung für Staat und Recht an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Valerij Savickij, in MN vom 26. 3. 1989, S. 10; Fedor Burlackij in *Izvestija* vom 9. 10. 1989, S. 3; Édouard Ševardnadze in MN vom 5. 11. 1989, S. 11.

<sup>51</sup> Vgl. Interview mit der Zeitung *Pravda* nach dem Abschluss der KSZE-Konferenz in Wien. *Pravda* vom 17. 1. 1989, S. 1. Dennoch unterschied sich seine Vorstellung bis auf wenige Elemente kaum von den demokratischen Prinzipien der westlichen Gesellschaftssysteme. Ein absolutes Tabu blieb zu dieser Zeit für Gorbachev immer noch die freie Marktwirtschaft und das Mehrparteiensystem.

<sup>52</sup> Während viele seiner Mitstreiter schon damals von der Unvereinbarkeit der Demokratie mit dem Sozialismus überzeugt waren und von der Idee eines *sozialistischen* Rechtsstaates Abstand nahmen, monierten die Konservativen eben die Aufgabe der sozialistischen Prinzipien. Siehe dazu mehr im Kapitel 2.

habung der Politbüro-Empfehlung vom 24. Januar machte deutlich, dass es „Gegner von Wien“ in der Sowjetunion gebe und die Implementierung des Dokuments hindernisreich sein werde: Der genannte Beschluss des Politbüros sollte in den Fernsehnachrichten ausgestrahlt werden, doch die Passage mit der Empfehlung, die Wiener Vereinbarungen unmittelbar umzusetzen, wurde in dem ursprünglichen Text gestrichen und erst nach der Intervention des Außenministers, Édouard Ševardnadze, wieder aufgenommen.<sup>53</sup> Diese Episode deutete bereits auf eine labile Machtstellung von Gorbachev hin, stand aber auch als Beispiel für die definitive Aufwertung der multilateralen Vereinbarungen seitens der Regierung.

Die forcierte Bekanntgabe des Schlussdokuments in der sowjetischen Öffentlichkeit blieb nicht ohne Wirkung. Verglichen mit der KSZE-Schlussakte von 1975 hatten die Vereinbarungen von Wien eine verblüffend hohe Resonanz in der gesamten Union und wurden überwiegend als positiv und fortschrittlich bewertet. „Mit Hoffnung und Billigung konstatieren wir den in Wien erreichten Fortschritt“, gab etwa die neu gegründete MHG ihrer Meinung in der Deklaration vom 28. September 1989 Ausdruck.<sup>54</sup> „Zum ersten Mal erlangen die unabhängigen Bürgerrechtsgruppen und Bewegungen in unserm Land den legalen Status“, resümierte der Moskauer Klub „Demokratische Perestroika“ über die Relevanz neuer KSZE-Vereinbarungen für die Gesellschaft.<sup>55</sup> In der Tat bestärkte das Schlussdokument die Bevölkerung in ihren Aktivitäten, verfestigte die machtpolitische Stellung informeller Gruppen und die Wirksamkeit ihrer Forderungen; es wirkte konsolidierend auf die gesplante Gesellschaft und begünstigte sogar das Entstehen neuer, den Staat auf die Umsetzung der Wiener-Vereinbarungen drängender Initiativen. Selbst Gruppen und Einzelpersonen, die früher gar nicht oder nur indirekt die internationalen Bestimmungen rezipierten und sich betont von den Bürgerrechts- bzw. den Vertretern der Helsinki-Gruppen und ihrer Methoden distanzierten, nahmen zu dem Schlussdokument des Wiener KSZE-Treffens Stellung und machten es zu ihrer normativen und argumentativen Grundlage.<sup>56</sup> Wie schnell die KSZE-Menschenrechtsnormen von Teilen der Gesellschaft aufgegriffen und zu einem gemeinsamen Wertekonsens wurden, führt die Neuorientierung der bereits erwähnten Hauptredakteurin des informellen Leningrader Journals *Merkurij*, Elena Zelinskaja, eindrucksvoll vor Augen. Noch zwei Jahre

<sup>53</sup> Zagorski, Moskau, S. 52.

<sup>54</sup> Deklaracija Moskovskoj Čel'sinsksoj Gruppy, 28. 9. 1989, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 80, Russia: Human Rights; General, 1983–1992.

<sup>55</sup> K graždanskomu miru, in: *Vek XX i mir*, Nr. 5, 1989.

<sup>56</sup> Vgl. etwa das Dokument der MADO, in dem es heißt, dass zu ihren Mitgliedern jene Organisationen und Bewegungen werden könnten, die mit ihrer Tätigkeit am Aufbau einer auf den Prinzipien der Wiener-Vereinbarungen beruhenden Gesellschaft mitwirkten, in: Berezovskij/Krotov/Červjakov, Rossijsa, Bd. 4, Dokument N. 11, S. 20; von der Notwendigkeit der „Anpassung der sowjetischen Verfassung“ an die unterschriebenen Wiener Vereinbarungen war ebenfalls in der Resolution der ersten Konferenz der Vertreter russischer Volksfronten und demokratischer Bewegungen vom 15.–16. April 1989 in Moskau die Rede. Der Wortlaut der Resolution sowie weitere Dokumente siehe in: CAOPIM, f. 8661, op. 1, siehe hier insbesondere d. 7.



zuvor war sie in einer polemischen Diskussion mit Dmitrij Volček auf Seiten der informellen Medien als scharfe Kritikerin der Helsinki-Gruppen aufgefallen, deren Ziele und Vorgehensweisen sie damals absolut ablehnte und stattdessen dafür plädierte, beide Phänomene (Bürgerrechtsgruppen und die übrigen Informellen) voneinander zu trennen.<sup>57</sup> Im März 1989 war sie Mitgründerin des Leningrader „Wiener Komitees“. Zusammen mit den Mitgliedern des Leningrader Klubs „Perestroika“ gab sie in einer Gründungserklärung zu bedenken, dass die unterschriebenen Vereinbarungen in Wien, ähnlich wie frühere internationale Verpflichtungen der UdSSR lediglich als Wunschvorstellungen auf dem Papier zu bleiben drohen, wenn nicht eine Kontrolle „von unten“, seitens der Gesellschaft, aufgebaut werde. Es sei deshalb die Aufgabe des „Wiener Komitees“, so hieß es in der Erklärung weiter, „an der persönlichen Beteiligung der Bürger bei dem Aufbau des sozialistischen Rechtsstaates mitzuwirken und die Staatseinrichtungen und die breite Öffentlichkeit über die Verletzungen der Prinzipien und Bestimmungen der Wiener Vereinbarungen zu informieren“.<sup>58</sup>

Auch von anderen gesellschaftlichen Initiativen wurde die KSZE regelrecht „entdeckt“. Im Februar 1989 wurde ein gesellschaftliches Komitee „Wien“ von den Redakteuren des offiziellen, jedoch als liberal geltenden Bulletins *Vek XX i mir* als Sektion des „Komitees für die Verteidigung des Friedens“ mit dem Anspruch gebildet,<sup>59</sup> die Umsetzung der Wiener Vereinbarungen zu beobachten. Die erste öffentliche Kampagne dieser neuen Initiative galt der Problematik der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über Presse und Information, an dem schon seit längerer Zeit unter Ausschluss der Öffentlichkeit gearbeitet wurde. Von den offiziellen Stellen wurden immer wieder die Vielzahl der Gesetzesentwürfe und die offensichtlich bestehende Uneinigkeit der an der Ausarbeitung beteiligten Stellen bestätigt. Spätestens seit Oktober 1988 existierte ein offizieller Entwurf des Gesetzes, der jedoch die Zensur nicht abschaffte. Aufgrund starker Kritik wurde er schließlich von der ideologischen Kommission des ZK der KPdSU im Januar 1989 zur Überarbeitung empfohlen.<sup>60</sup> Das Schlussdokument des KSZE-Folgetreffens in Wien lieferte indes eine neue rechtliche Grundlage für ein solches Gesetz, worauf die liberale Öffentlichkeit argumentativ Bezug nahm.<sup>61</sup> Auf die Bestimmungen des Schlussdokuments beriefen sich bei der Ausarbeitung ihres Gesetzesentwurfs auch die drei Juristen-Journalisten Jurij Baturin, Vladimir Ėntin und Michail Fedotov. Ihr alternatives Gesetzesprojekt, das in der sowjetischen Presse wegen seiner „Radikalität“ im Herbst 1988 noch nicht veröffentlicht werden konnte, wurde mit dem Appell des neu geschaffenen Komitees „Wien“ in dem

<sup>57</sup> Es wurde bereits in Teil III, Kapitel 1.3 der vorliegenden Arbeit auf die diesbezügliche Auseinandersetzung zwischen Elena Zelinskaja und Dmitrij Volček verwiesen. Mehr dazu: Mjalo/Sokolov/Sverdlov, *Po stranicam samizdata*, S. 50–62.

<sup>58</sup> *Pod obščestvennyj kontrol'*, in: *Vek XX i mir*, Nr. 5, 1989.

<sup>59</sup> *Vek XX i mir*, Nr. 4, 1989, S. 30.

<sup>60</sup> Zur Problematik der Gesetzesentwürfe über die Presse siehe mehr: Roth, *Glasnost*, S. 218–225; Teil IV, Kapitel 2.1 der hier vorliegenden Arbeit.

<sup>61</sup> Vgl. etwa: AiF vom 11. 3. 1989, S. 2; MN vom 5. 11. 1989, S. 11.

Bulletin *Vek XX i mir* abgedruckt.<sup>62</sup> Darin wurden unter anderem die Abschaffung der Zensur, die Sicherung des Rechts auf Information und der freie Status der Journalisten sowie klare rechtliche Regelungen für die Zulassung und die Ablehnung eines Mediums eingefordert. Die Veröffentlichung des Gesetzesentwurfs und die von dem neuen „Komitee“ organisierte Diskussion der Journalisten und Juristen mit der Überschrift „Wiener Vereinbarungen und die Zukunft der Zensur“<sup>63</sup> wollte die Öffentlichkeit auf die Notwendigkeit aufmerksam machen, die unterschriebenen KSZE-Vereinbarungen in Wien mit einem entsprechenden Gesetz möglichst schnell umzusetzen. In der speziellen Rubrik *Dossier „Wien“* erschienen darüber hinaus auf den Seiten des erwähnten Journals Informationen über Vereinigungen, die sich für die Implementierung der getroffenen Vereinbarungen in Wien einsetzten sowie Besprechungen und Diskussionen über die gesetzliche Verankerung der KSZE-Prinzipien in der UdSSR. Sogenannte Wiener Komitees wurden auch innerhalb vieler anderer bekannter Gruppen und Klubs („Demokratische Perestroika“, „Moskauer Tribüne“, „Bürgerliche Würde“) eingerichtet. Sie erklärten, die Regierung bei der Umsetzung der demokratischen Prinzipien überwachen bzw. sie beim Aufbau eines Rechtsstaates durch die Druckausübung „von unten“ unterstützen zu wollen. Eine „Arbeitsgruppe zur Beobachtung der Durchführung des Schlussdokuments der Wiener Konferenz im Bereich der Rechte der Gläubigen“ organisierte Aleksandr Ogorodnikov mit Aleksej Zaleskij und Valerij Lapkovskij.<sup>64</sup> In Novosibirsk wurde im Mai 1989 eine bis heute aktive Bürgerrechtsgruppe „Wien-89“ gegründet, welche beanspruchte, die Umsetzung der Wiener Vereinbarungen in Sibirien zu überwachen.<sup>65</sup> Wie in einem anderen Kapitel dargestellt, weitete sich unter dem Einfluss des Wiener Treffens auch die Ausreisebewegung der UdSSR aus.<sup>66</sup>

Die Ergebnisse des KSZE-Treffens in Wien zogen nicht nur die Bildung neuer Bürgerrechtsgruppen und die Aufmerksamkeit zahlreicher gesellschaftlicher Initiativen außerhalb der klassischen Bürgerrechtsbewegung nach sich, sie politisierten und statteten auch die einfachen, politisch weniger aktiven Sowjetbürger in den entlegensten Regionen der UdSSR mit neuen schlagkräftigen Argumenten aus. So bemängelte ein Tatar aus Novopavlovsk (Nordkaukasische Region um Stavropol') in einem Brief vom Januar 1990 an den Deputierten Fedor Burlackij eine viel zu langsame Umsetzung der Wiener Vereinbarungen in der UdSSR und erinnerte daran, dass die Deputierten des Obersten Sowjets die Aufgabe haben,

<sup>62</sup> *Vek XX i mir*, Nr. 4, 1989, S. 33–48. Der Veröffentlichung dieses Entwurfs in der UdSSR stand von Anfang an Glavlit entgegen. Zum ersten Mal wurde der Entwurf am 16. 10. 1988 in dem zum damaligen Zeitpunkt weniger von der Zensur gegängelten Estland in einer Sportzeitung in estnischer Sprache veröffentlicht, und erst danach unter Berufung auf die Wiener KSZE-Konferenz in dem Fachorgan *Journalist* in Russland sowie broschiert auf eigene Kosten abgedruckt. Vgl. Roth, *Glasnost*, S. 221; Darstellung von Michail Fedotov: <http://polit.ru/analitics/2010/09/22/fedotov.html>.

<sup>63</sup> Der Wortlaut in: *Vek XX i mir*, Nr. 7, 1989, S. 24–32.

<sup>64</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 13/14–19.

<sup>65</sup> *Vesti iz SSSR* 1989: 9/10–31.

<sup>66</sup> Vgl. Kapitel 3 im Teil III der vorliegenden Studie.

möglichst schnell ein Gesetz zur Garantie der Reisefreiheit sowie alle anderen Gesetze im Bereich der Menschenrechte in Übereinstimmung mit den Bestimmungen von Wien auszuarbeiten.<sup>67</sup> Auch das war ein Ausdruck des veränderten politischen Massenbewusstseins der Sowjetbevölkerung, die ihre Rechte selbstbewusst einzufordern begann. Briefe ähnlichen Inhalts und sogar mit konkreten Vorschlägen für die neuen Gesetze erreichten massenweise Burlackij und andere Kongressabgeordnete, wobei das Schlussdokument des Wiener-Treffens bei vielen Absendern argumentativ hinzugezogen wurde.<sup>68</sup> Aus den meisten dieser und vieler anderer Schreiben an die Volksdeputierten, aus denen hervorgeht, dass die Bevölkerung über den KSZE-Prozess sehr gut informiert war, sprechen jedoch die Enttäuschung über die Ergebnisse der Perestroika und die Ablehnung der bestehenden Staatsordnung.

War noch vor 1989 von den Helsinki-Gruppen die Rede, so ist es kaum übertrieben, in der Zeit danach von einer sogenannten Wiener-Bewegung zu sprechen.<sup>69</sup> Im Sommer 1989 schlossen sich mehrere, in dieser Arbeit bereits erwähnte informelle Vereinigungen („Moskauer Büro des Informationsaustausches“, „Moskauer Tribüne“, „Bürgerliche Würde“, „Leningrader Wiener Komitee“ usw.) unter dem Motto „In the Spirit of Vienna“ zusammen und bildeten ein Informationszentrum unter Leitung von Gleb Pavlovskij in Moskau. Sie gaben bekannt, den KSZE-Prozess durch das Sammeln von Informationen über alle nichtstaatlichen Aktivitäten in der UdSSR, durch die Unterrichtung der internationalen Öffentlichkeit über die Ergebnisse ihrer Tätigkeit und durch die Bildung eines Netzwerks zur gegenseitigen Hilfe fördern zu wollen.<sup>70</sup>

Die vielversprechende Idee dieser Initiative, mithilfe des Wiener Schlussdokuments eine „neue Phase“ in der Bürgerrechtsbewegung mit der Anerkennung der Souveränität der sowjetischen Gesellschaft durch den Staat einzuleiten, fand zwar in der langfristigen Perspektive keine Verwirklichung, eine „Koalition“ der informellen Gruppen unter dem Banner des Schlussdokuments des KSZE-Treffens in Wien dürfte jedoch neben der oben beschriebenen allgemeinen Radikalisierung der Gesellschaft der Festigung ihrer Forderungen und ihrer eigenen sowie der Machtposition der Reformen zusätzlich beigetragen haben. Denn die Implementierung der in Wien ausgehandelten Vereinbarungen gestaltete sich wegen des Widerstands des konservativen Blocks und Gorbatschows „Wende nach rechts“<sup>71</sup> immer hindernisreicher, sodass sich zur Mitte des Jahres 1990 zwischen der außenpolitischen und der innenpolitischen Entwicklung der UdSSR eine große Kluft auftut und der innenpolitische Demokratisierungsprozess trotz des fortschreitenden KSZE-Prozesses und des wachsenden Demokratisierungsdrucks „von unten“ gefährdet war.

<sup>67</sup> GARF, f. 10031, op. 1, d. 11, l. 57–65.

<sup>68</sup> Vgl. die folgenden Bestände in GARF: f. 10031, op. 1, d. 11, und f. 10007, op. 1, d. 29.

<sup>69</sup> Diesen Begriff gebrauchte die Zeitung *Moskovskie Novosti* im Artikel vom 27. 8. 1989, S. 12.

<sup>70</sup> In the Spirit of the Vienna Process, in: OSA, F. 318, S. 3, B. 80 (Russia: Groups, 1989–1990); MN vom 27. 8. 1989, S. 12.

<sup>71</sup> Dazu siehe Teil IV, Kapitel 2.3 der vorliegenden Studie.

Während sich bei einem Teil der informellen Gruppen eine regelrechte konjunkturelle „Begeisterung“ für den KSZE-Prozess und seine Menschenrechtsnormen feststellen lässt, hatte die wachsende Diskrepanz zwischen dem außenpolitischen und dem innenpolitischen Auftreten des Kremls schwere Enttäuschungen über den Demokratisierungsprozess unter einigen „alten“ Helsinki-Gruppen und Bürgerrechtsaktivisten zur Folge, die zwar die in Wien erreichten Vereinbarungen auch als positiv bewerteten, die geplante Menschenrechtskonferenz in Moskau jedoch angesichts vieler Demokratisierungsrückschläge nach wie vor ablehnten und die Politik des Westens gegenüber der UdSSR scharf kritisierten. Ein erst 1990 freigekommener politischer Gefangener (Michail Kazačkov), der sich nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlussakte als einer der ersten auf den Inhalt des Korbes III berief und dafür 15 Jahre im Gefängnis von Čistopol' einsaß, appellierte in einem Schreiben an die Teilnehmer der Menschenrechtskonferenz in Paris, ihre „Gorbimanie“ endlich abzulegen. „Es darf nicht mal die Rede über die Abhaltung einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau 1991 sein, solange ‚Perm'-35' nicht liquidiert und alle seine politischen Gefangenen nicht befreit worden sind“, so der Briefverfasser.<sup>72</sup> Auch Lev Timofeev (Presseklub „Glasnost“), der 1986/1987 noch die sowjetische Menschenrechtsinitiative als einen Hebel für demokratische Reformen in der UdSSR unterstützte, argumentierte wie folgt vor den Anwesenden auf der ersten KSZE-Menschenrechtskonferenz in Paris am 5. Juni 1989 gegen eine solche Veranstaltung in Moskau:

„Es ist unmöglich, eine Konferenz in Moskau abzuhalten, wenn in der UdSSR weiterhin Gesetze gültig bleiben, welche den Vereinbarungen in Wien und den gerade hier [Paris] unterzeichneten widersprechen. Es soll endlich eingefordert werden, dass die Verhandlungen in einer Sprache geführt werden. Es ist unzulässig, dass die Sowjetunion die gemeinsam mit den anderen Delegationen unterzeichneten Dokumente nach eigenem Gutdünken auslegt.“<sup>73</sup>

Diese Appelle blieben bekanntlich ungehört. Die Konferenz kam im Herbst 1991 zustande. Doch wie Zagorskij bereits richtig festgestellt hatte, hatten die internationalen Diskussionen über die Moskauer Konferenzinitiative dazu beigetragen, dass viele konkrete Fälle noch während des Treffens in Wien schnell gelöst und die ersten Liberalisierungsmaßnahmen eingeleitet wurden, während die 1989 eingegangenen Verpflichtungen und ihre Lancierung zur Grundlage weiterer Reformen durch das Politbüro in den nächsten Jahren die politische Agenda der Sowjetunion bestimmten.<sup>74</sup> Je größer die Gefahr des Abbruchs der Perestrojka wurde, umso stärker rückten dabei die KSZE und ihre Prinzipien in den Reformdiskurs,

<sup>72</sup> Der Brief wurde abgedruckt in RM vom 23. 11. 1990, S. 7.

<sup>73</sup> Nam predstojat očen' tjaželye vremena. Vystuplenie L'va Timofeeva na konferencii po pravam človeka v Pariže, abgedruckt in: RM vom 16. 6. 1989, S. 7. Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung kamen die Vertreter der Menschenrechtsgruppen auf einer im Herbst 1990 in Leningrad organisierten internationalen Menschenrechtskonferenz. Vgl. RM vom 7. 9. 1990, S. 1 ff.; vgl. auch Valerij Senderov, in: RM vom 13. 1. 1989, S. 4; „desillusioniert“ über die Lage in der UdSSR zeigten sich Andrej Sacharov und Elena Bonner im Sommer 1989, in: RM vom 30. 6. 1989, S. 4f.; vgl. auch kritische Stimmen in: RM vom 6. 7. 1990, S. 7; vom 24. 8. 1990, S. 9.

<sup>74</sup> Zagorskij, Die Menschliche Dimension, S. 53; Ders., Moskau.

was im Folgenden vor allem am Beispiel einzelner „Schlüsselgesetze“<sup>75</sup> nachvollzogen werden soll.

## 2. Demokratisierung durch die Implementierung der KSZE-Normen und der Zusammenbruch der Sowjetunion

Mit der Unterzeichnung der neuen KSZE-Vereinbarungen in Wien ging Moskau aus dem Treffen mit einer Menge an „Schulden“ hervor, deren Begleichung die politische, von internen Machtkämpfen bereits gezeichnete Agenda der Sowjetunion für die nächsten zwei Jahre bestimmte. Im Frühjahr 1989 stand auf der Tagesordnung der Sowjetunion die Verabschiedung von über 50 neuen Gesetzen.<sup>76</sup> In erster Linie handelte es sich dabei um die längst fällige Verankerung der Rechte auf die Vereinigungs-, Presse-, Reise- und Gewissensfreiheit sowie um die Revision des Strafgesetzbuches und die Garantie des Schutzes vor dem Psychiatriemissbrauch. Dem unter Édouard Ševardnadze liberal gesinnten MID kam dabei die Aufgabe zu, die Verabschiedung der neuen Gesetze zu koordinieren und ihre Übereinstimmung mit den KSZE-Verpflichtungen zu überwachen. Um den neuen KSZE-Verpflichtungen baldmöglichst nachzukommen, wurde im MID im Februar 1989 eine „Kommission zur Koordinierung von Fragen des Gesamteuropäischen Prozesses“ unter Leitung von Jurij Kašlev eingerichtet, welche ein Pendant in der „Unterabteilung für humanitäre Fragen“ in der ideologischen Abteilung des ZK unter dem Vorsitz von Karen Karagezjan fand.<sup>77</sup> Die Schwierigkeit ihrer Aufgaben bestand allerdings darin, dass in die Implementierung der Wiener Vereinbarungen noch weitere Ministerien und Behörden eingebunden waren, darunter auch die traditionell konservativ gesinnten wie die staatsrechtliche Abteilung des ZK der KPdSU, der Rechtsausschuss des ZK der KPdSU, der KGB oder das Verteidigungsministerium. Von diesen Institutionen wurden die Gesetzesvorlagen genau geprüft und korrigiert, noch bevor sie dem neu gewählten und in seiner personellen Zusammensetzung eher konservativen Obersten Sowjet zur weiteren Ausarbeitung und Verabschiedung vorgelegt werden konnten. In vielen Fällen stauten sich die Gesetzesentwürfe in den „bürokratischen Abstimmungsverfahren“, und der Demokratisierungsprozess wurde durch die konservativen Widersacher gezielt behindert.<sup>78</sup> Entsprechend schwierig und langsam gestaltete

<sup>75</sup> Als solche wurden in der Sowjetunion die im Hinblick auf die KSZE-Verpflichtungen relevanten Gesetze über die Presse und die Massenmedien, über die Gewissensfreiheit, über die gesellschaftlichen Vereinigungen sowie das Gesetz zur Freizügigkeit bezeichnet. Hierzu nächstes Kapitel.

<sup>76</sup> So in dem erwähnten Schlusswort von Gorbachev am letzten Tag des Kongresses. *Pervyj s'ezd*, Bd. 1, S. 435–490, hier S. 458.

<sup>77</sup> *Vestnik*, Nr. 5, 1989, S. 32; Zagorski, Die menschliche Dimension, S. 48.

<sup>78</sup> Wie allein schon die Problematisierung einzelner Fragen in der Machtzentrale von den konservativen Mitgliedern im Keim unterdrückt wurde, schildert Jurij Kašlev am Beispiel der Ausreisefreiheit. Als auf einer Sitzung des Sekretariats des ZK der KPdSU die Frage über die neuen Ausreiseregeln erörtert werden sollte, stellte der Leiter der Sitzung, der vielfach

sich die Implementierung des Schlussdokuments von Wien durch den Kreml. Hinzu kamen die dargestellten Sezessionsbewegungen in den Unionsrepubliken, die interethnischen Konflikte, der Verfall der Staatsautorität, die Regierungs- und die ökonomischen Krisen, welche die Umsetzung der Beschlüsse im humanitären Bereich an den Rand drängten.

Dass die „normative Selbstverschuldung“ der Sowjetunion im Wiener Schlussdokument dennoch wirksam war, den Demokratisierungsprozess effektiv absicherte und sogar den Zerfall der UdSSR beschleunigte, soll im nächsten Schritt gezeigt werden. Somit wird dieses Kapitel auch durch die Leitfrage bestimmt, ob die vom Kreml in Wien abgegebenen Versprechungen erfüllt und die vereinbarten Normen in nationales Recht umgesetzt worden sind.

## 2.1 Die Umsetzung der KSZE-Bestimmungen in nationales Recht

Sieht man sich das selbstkritische und kompromissbereite Verhalten der sowjetischen Delegationen auf den weiteren nach Wien folgenden KSZE-Foren genauer an, so wird man kaum deren intensives Bemühen um politischen und finanziellen Rückhalt im Westen übersehen können. Die treibende Kraft hinter der sowjetischen KSZE-Politik seit 1989 war immer weniger das Projekt einer Menschenrechtskonferenz in Moskau, sondern vielmehr die Überlegung der Liberalen, die Unterstützung der Teilnehmerstaaten zu bekommen und die KSZE-Verpflichtungen als schlagkräftige Argumente in den zunehmenden innenpolitischen Auseinandersetzungen mit den konservativen Kräften zu nutzen, um so die demokratischen Reformen in der UdSSR am Leben zu halten. Eine konstruktive Position der UdSSR war außerdem der Festigung des Vertrauens an Gorbachev im Westen dienlich, dessen enormes Ansehen im Ausland ihn vor einem denkbaren Sturz durch die reaktionären Kräfte in Moskau hätte schützen können.<sup>79</sup>

erwähnte Egor Ligačev, die Diskussion mit folgender Begründung einfach zurück: „70 Jahre sind unsere Leute nicht ausgereist, also können sie auch jetzt noch warten.“ Kašlev, Mnogolikaja, S. 199; vgl. auch Zagorsky, Andrei/Kashlev, Yuri: *The Human Dimension of Politics*, in: *International Affairs*, Nr. 3, 1990, S. 62–73, hier S. 68; zu der Beteiligung und Zuständigkeit diverser Ministerien bei der Anpassung der Gesetzgebung an die Wiener Vereinbarungen siehe ausführlich das Interview des Justizministers der UdSSR, Venijamin Jakovlev, in: *SGiP*, Nr. 2, 1990, S. 3–12; vgl. auch MN vom 5. 11. 1989, S. 11.

<sup>79</sup> So war die moralische Unterstützung Gorbachevs durch die Weltgemeinschaft während der Tage des August-Putsches 1991 und die unmittelbar danach in Moskau stattgefundene KSZE-Menschenrechtskonferenz für die demokratischen Kräfte und die Reformen von großer Bedeutung. Gorbachev selbst bewertete sie so in seiner Begrüßungsrede bei der Eröffnung des KSZE-Treffens über menschliche Dimension am 19. 9. 1991 in Moskau. Text: *Moskovskoe soveščanie konferencii po čelovečeskemu izmereniju SBSE. Teil 1. Sbornik naučno-informacionnyh materialov*, Moskau 1992, S. 16–23. Wie Anatolij Černjaev in seinen Erinnerungen schreibt, hätten die Putschisten allein deswegen keinerlei Chancen, ihre Pläne zu verwirklichen, weil die Verurteilung durch die Weltöffentlichkeit und ein Stopp der Kredite an die UdSSR alles zum Stehen bringen würde. Vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 412. Eine andere Meinung vertritt allerdings Dobrynin, der in seinen Erinnerungen der Bush-Regie-

So nahm die UdSSR auf dem Informationsforum in London (18. 4.–12. 5. 1989), das unmittelbar auf die Konferenz in Wien folgte und zeitlich mit den Wahlen zum Volksdeputiertenkongress zusammenfiel, bereitwillig die Kritik der KSZE-Signatarstaaten an der ausgebliebenen Umsetzung der Bestimmungen zur Presse- und Informationsfreiheit an.<sup>80</sup> Auch auf dem ersten der drei Treffen der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE in Paris (30. Mai–23. Juni 1989) trat die Sowjetunion selbstkritisch auf. Zusammen mit Frankreich initiierte die sowjetische Delegation sogar einen „europäischen Rechtsraum“, der eine Angleichung der Gesetzgebung im humanitären Bereich in unterschiedlichen KSZE-Staaten vorsah und die Teilnehmerstaaten in eine noch größere als die bisherige Rechenschaftspflicht nahm.<sup>81</sup> Um dem Demokratisierungsprozess in der UdSSR eine zusätzliche Durchsetzungskraft zu verleihen, wurden außerdem die Auftritte sowjetischer Vertreter dafür genutzt, der breiten internationalen Öffentlichkeit die Reformpläne der Liberalen in der Sowjetunion bekannt zu machen.<sup>82</sup> So enthielt etwa die Rede von Eduard Ševardnadze auf dem KSZE-Treffen in Paris eine lange Passage über die Gesetzgebungspläne in der UdSSR, deren baldige Verwirklichung in Übereinstimmung mit dem Schlussdokument des Wiener-Treffens auch Jurij Kaslev versprach.<sup>83</sup>

Dass die Instrumentalisierung der KSZE durch die liberalen Kräfte die innenpolitische Situation in der UdSSR tatsächlich veränderte, zeigte die Intensivierung der konkreten Ausgestaltung der Demokratisierungspolitik unmittelbar vor den KSZE-Folgeforen, auf denen in der Regel die Überprüfung der Umsetzung von früheren Verpflichtungen bevorstand. So erhielten die Vertreter der Sowjetunion im Vorfeld des Treffens in Paris den Auftrag, die „ungelösten humanitären Probleme, die die Beziehungen zu den westlichen Staaten und insbesondere zu den USA belasteten, so weit wie möglich aus der Welt zu schaffen“.<sup>84</sup> Als Folge stieg die Zahl der genehmigten Ausreiseanträge aus der Sowjetunion von 79 390 im

rung (dem Sicherheitsberater des US-Präsidenten Brent Scowcroft) den Glauben an den Erfolg der Putschisten und eine potenzielle Bereitschaft zu einer Zusammenarbeit mit diesen unterstellt und damit die vergleichsweise vorsichtige Reaktion des Weißen Hauses auf den Putsch erklärt. Dobrynin, Sugubo doveritel'no, S. 674.

<sup>80</sup> Kritisiert wurde unter anderem das Verbot von Kopier- und Vervielfältigungsgeräten, der beschränkte Zugang der Sowjetbürger zu den westlichen Printmedien, die Sperrung eines großen Teils der UdSSR für die ausländischen Journalisten, die Schwierigkeiten bei der Beschaffung privater Informationsquellen und Archive. Die sowjetische Delegation führte diese Mängel auf die nach wie vor in der UdSSR vorhandenen „Schwierigkeiten“ zurück, bezog sich auf den Widerstand der Konservativen und versprach, diese im Prozess der weiteren Demokratisierung zu beseitigen. Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 302.

<sup>81</sup> Das Verlangen der US-Delegation nach freien Wahlen in allen KSZE-Staaten lehnte die Sowjetunion jedoch kategorisch ab. AdG 1989: 33377, 33457; *Izvestija* vom 4. 7. 1989, S. 5; vgl. Zagorski, Die menschliche Dimension, S. 55f.

<sup>82</sup> Zagorski, Moskau, S. 49; Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 302, 309.

<sup>83</sup> Statement by Ambassador Yuri B. Kashlev, Head of Delegation of USSR, at the Paris Meeting of the CDH, June 1, 1989, in: OSA, F. 318, S. 6, B. 2 (CSCE: Conference on the Human Dimension, Paris; Statements, 1989); vgl. Zagorski, Moskau, S. 59.

<sup>84</sup> Zagorski, Moskau, S. 56.



Jahr 1988 auf 202 270 (laut Heitman) bzw. 235 000 (laut AiF) im Jahr 1989.<sup>85</sup> Noch Ende 1988 stellte der Kreml unter dem fortgesetzten Druck der westlichen Öffentlichkeit in Wien die Störung ausländischer Radiosender endgültig ein.<sup>86</sup> In den ersten acht Monaten des Jahres 1989 verbesserte sich das Verhältnis des Staates zur Kirche: In dieser Zeit wurden 2235 neue religiöse Vereinigungen registriert, über 1700 Gebetshäuser an die Religionsgemeinschaften übergeben und die Einfuhr religiöser Literatur aus dem Ausland zugelassen.<sup>87</sup> Erst mit den Verweisen auf die KSZE gelang es dem MID, dem Ministerium für Gesundheit und der Akademie der Wissenschaften der UdSSR die Ausarbeitung eines Gesetzes in die Wege zu leiten, das den Einzelnen vor dem Missbrauch der „psychiatrischen oder anderen medizinischen Praktiken“ durch konkrete wirksame Maßnahmen schützen sollte.<sup>88</sup> Unter dem Druck des Pariser Treffens kam es im April 1989 zu einer zwischenministeriellen Diskussion über die Zahl der noch verbliebenen politischen Gefangenen in der Sowjetunion.<sup>89</sup>

Bei all den Fortschritten handelte es sich jedoch um politische Beschlüsse ohne deren gesetzliche Verankerung. Nicht nur von der Bevölkerung und den liberalen Medien, auch parteiintern wurde die ausbleibende Implementierung der KSZE-Vereinbarungen deshalb kritisiert. Es sei „erstaunlich“, so der schon öfters zitierte Fedor Burlackij vor den Abgeordneten des zweiten Volksdeputiertenkongresses im Dezember 1989, dass die Gesetze über die Ausreise-, Gewissens-, Presse- und Vereinigungsfreiheit vom Obersten Sowjet noch nicht behandelt worden seien, obwohl deren Entwürfe schon seit längerer Zeit vorlägen und die Notwendigkeit ihrer zügigen Verabschiedung angesichts der Verpflichtungen des Kremls in Wien seit Längerem bestehe.<sup>90</sup> „Ich möchte Sie nochmals darauf hinweisen, dass unser Land die Wiener Vereinbarungen unterschrieben hat, an welche wir unsere Gesetzgebung anpassen sollen“, appellierte eine andere Abgeordnete, Galina Starovojtova, an die Anwesenden des zweiten Kongresses.<sup>91</sup> Ein Abgeordneter aus Lett-

<sup>85</sup> Siehe Teil III, Kapitel 3 dieser Arbeit.

<sup>86</sup> Vgl. Dok. 26, 27, in: Mastny, *The Helsinki Process*, S. 126f.

<sup>87</sup> MN vom 5. 11. 1989, S. 11; vgl. auch Zagorski, *Moskau*, S. 55f.

<sup>88</sup> RGANI, f. 89, op. 9, d. 52, Vypiska iz protokola Nr. 171 zasedanija Politbjuro CK KPSS ot 15. nojabrja 1989; vgl. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 112–115. Die Verabschiedung des Gesetzes erfolgte allerdings erst im russischen Parlament 1992.

<sup>89</sup> Weil die Anklage nicht immer nach politischen Paragraphen des Strafrechts erfolgte, war der politische Hintergrund des Urteils nicht immer sichtbar. Entsprechend widersprüchliche Zahlen von den politischen Gefangenen wurden von verschiedenen Stellen genannt. Während die Hauptabteilung für internationale humanitäre Kooperation und Menschenrechte von 22 solchen Fällen ausging und der Stellvertretende Außenminister der USA, Robert Shifter, eine Liste von 50 Namen nach Moskau mitbrachte, sprach der KGB von lediglich 4 politischen Gefangenen und gab dem sowjetischen Delegationsleiter der KSZE-Konferenz Paris, Jurij Kašlev, zu verstehen, dass eine komplette Lösung dieses Problems nicht möglich und dass in Zukunft sogar mit neuen Fällen zu rechnen sei. Siehe die Darstellung bei Zagorski, *Moskau*, S. 56f.

<sup>90</sup> Vtoroj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 12–24 dekabrja 1989 g., stenografičeskij otčet, 6 Bde., Moskau 1990, hier Bd. 2, S. 422f.

<sup>91</sup> Ebd., S. 453.

land beklagte ebenfalls eine zu langsame Übernahme internationaler Verpflichtungen in die nationale Gesetzgebung und meinte damit vor allem das im Dokument des KSZE-Treffens in Wien fixierte Recht der Völker auf die Selbstbestimmung.<sup>92</sup> Die Überwachung der Übereinstimmung der sowjetischen Verfassung mit dem Wiener Dokument wurde von einem Vertreter aus Usbekistan sogar zu einer der wichtigsten Aufgaben des neuen Verfassungsschutzkomitees vorgeschlagen.<sup>93</sup> Auch Ševardnadze kritisierte vor dem Obersten Sowjet die Verzögerungen bei der Implementierung des Schlussdokuments von Wien und wies in dem Interview der Zeitung *Moskovskie Novosti* im November 1989 auf die Dringlichkeit der Verabschiedung der vier Gesetze – zur Presse-, Religions-, Reise- und Vereinigungsfreiheit – hin.<sup>94</sup> Dass diese vier Gesetze trotz der geschilderten Hindernisse bis zum Ende des Jahres 1991 verabschiedet werden konnten, ist ein weiterer Ausdruck des positiven Einflusses der KSZE-Normen auf den Reformprozess in der UdSSR und soll hier konkret verdeutlicht werden.

Trotz steigender Emigrantenzahlen zog sich die Ausarbeitung des „Gesetzes zur Reisefreiheit“ in die Länge, obwohl seine Notwendigkeit von den liberalen Medien, von den Sowjetbürgern und von den Reformern im Apparat seit Langem problematisiert wurde und der erste Gesetzesentwurf bereits im November 1989 dem sowjetischen gesetzgebenden Organ, dem Obersten Sowjet, zur ersten Lesung vorlag. Fedor Burlackij, der den „Unterausschuss für humanitäre und kulturelle Beziehungen im Komitee für internationale Angelegenheiten“ des Obersten Sowjet leitete und an der Ausarbeitung dieses Gesetzes unmittelbar beteiligt war, schreibt in seinen Erinnerungen, dass gerade die Umsetzung dieser KSZE-Verpflichtung sich aufgrund der vielen daran beteiligten konservativ gesinnten Stellen und der begründeten Angst vor dem Massenexodus der qualifizierten Arbeitskräfte aus der Union am schwierigsten gestaltete, und der Vorsitzende des Obersten Sowjet, Anatolij Luk’janov, die Besprechung des Gesetzesprojekts mit Absicht hinauszögerte. Die Arbeit an dem Gesetz war schwierig, weil an ihm neben dem MID das Verteidigungsministerium, der KGB, die Zentralbank der Sowjetunion und sogar die Fluggesellschaft *Aeroflot* teilnahmen und die einzelnen Ministerien bis zum Ende das Recht auf die Ausreise mit dem Argument der Geheimhaltung zu untergraben suchten.<sup>95</sup> Umso stärker wurde das Schlussdokument von Wien in die innersowjetische öffentliche Diskussion über die Freizügigkeit,<sup>96</sup> in die zwischen- und interministeriellen Debatten und die Auseinandersetzungen im Obersten Sowjet einbezogen und der KSZE-Prozess als Ganzes instrumentalisiert. So erinnerte der Erste Stellvertreter des sowjetischen Außenministers, Anatolij Kovalev, in Zusammenhang mit der ersten Lesung des vorgelegten Gesetzesentwurfs im November 1989 in beiden Kammern des Obersten Sowjets an die Rede

<sup>92</sup> Ebd., S. 456f.

<sup>93</sup> Ebd., Bd. 3, S. 385f.

<sup>94</sup> MN vom 5. 11. 1989, S. 11.

<sup>95</sup> Burlackij, *Glotok svobody*, S. 152ff.; vgl. Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 87f.; Kašlev, *Mnogolikaja*, S. 203.

<sup>96</sup> Siehe z. B. SGiP, Nr. 5, 1989, S. 108–115; AiF vom 25. 3. 1989, S. 7; vom 8. 7. 1989, S. 6.

von Gorbačev vor der UNO im Dezember 1988, an das dort ergangene Versprechen, die Reisefreiheit in der Sowjetunion gesetzlich zu garantieren und an die Verpflichtungen im Abschließenden Dokument des Wiener Treffens. Bei der Vorstellung des Gesetzesprojekts rekurrierte Kovalev stets argumentativ auf die KSZE-Bestimmungen und wies die Abgeordneten darauf hin, dass von der Annahme des Gesetzes die Glaubwürdigkeit der französisch-sowjetischen Initiative des gemeinsamen Rechtsraumes und das Zustandekommen der für 1991 geplanten KSZE-Konferenz in Moskau abhängig seien.<sup>97</sup> Trotz dieser Argumente wurde das „Gesetz über die Ausreise aus der UdSSR und die Einreise in die UdSSR für Bürger der UdSSR“<sup>98</sup> als eines der letzten am 20. Mai 1991 mit einer Übergangsregelung bis zum Jahr 1993 verabschiedet. Die Verankerung des Rechts auf Reisefreiheit, einschließlich des individuellen Grundrechts, ein Land endgültig zu verlassen, und die ausführliche Regelung seiner Inanspruchnahme durch die Sowjetbürger erfolgten in dem neuen Gesetz dennoch in großer Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Schlussdokuments von Wien. Dabei handelte es sich vor allem um die Berücksichtigung von festgelegten Bearbeitungsfristen von Ausreisearträgen; um die Verpflichtung der Behörden, den Gesuchsteller im Fall einer Ablehnung schriftlich und begründet zu benachrichtigen; um das Anfechtungsrecht des Ausreisewilligen sowie die Eingrenzung des Ausreiseverbots für die Träger von Staatsgeheimnissen auf eine Fünfjahresfrist, welche von den sowjetischen Behörden in der früheren Praxis willkürlich zur Verhinderung einer Ausreise gehandhabt wurde. Trotz einiger Mängel, mit denen das neue Gesetz behaftet war,<sup>99</sup> fixierte es erstmalig die Reisefreiheit jedes Sowjetbürgers. Auf der Grundlage dieser Regelung erfolgte 1996 die Annahme des bis heute gültigen äquivalenten Gesetzes der Russischen Föderation.<sup>100</sup>

Eine weit größere, fast wörtliche Übernahme von sehr detaillierten Beschlüssen des Wiener Schlussdokuments erfolgte in dem „Gesetz über die Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“. Dessen Vorbereitung wurde unmittelbar nach dem KSZE-Treffen in Wien intensiviert und am 1. Oktober vom Obersten Sowjet der UdSSR bzw. am 25. Oktober 1990 vom Obersten Sowjet der RSFSR (in einer viel weniger ideologischen Variante als das Unionsgesetz) verabschiedet.<sup>101</sup> An der

<sup>97</sup> Verchovnyj Sovet SSSR. Vtoraja sessija. Stenografičeskij otčet (künftig: VS SSSR), Nr. 27, 1989, S. 158–163.

<sup>98</sup> VS SSSR, Nr. 24, 1991, S. 687; vgl. auch *Vestnik*, Nr. 12, 1991, S. 29f.

<sup>99</sup> Die neue Regelung wurde infolge einer Karenzzeit bis zum Jahr 1993 nicht umgesetzt und stand im Spannungsfeld der sozioökonomischen Probleme der Sowjetbürger. Die hohe Gebühr für die Ausstellung eines Reisepasses von 1000 Rubel (die frühere Gebühr von 200 Rubel hatte bereits als überzogen gegolten) und die Nichtkonvertierbarkeit des russischen Rubels verhinderten eine uneingeschränkte Inanspruchnahme des Rechts auf die Ausreise. Zur kritischen Analyse des neuen Gesetzes siehe: Brendel, Thomas J.: Ein neues Gesetz zur Regelung von Ausreise und Einreise für Bürger der UdSSR, in: *Osteuropa*, Nr. 4, 1992, S. 303–309.

<sup>100</sup> Über die Regelung der Ausreise aus der RSFSR und der Einreise in die RSFSR, in: *Rossijskaja gazeta* vom 22. 8. 1996.

<sup>101</sup> Vgl. Luchterhandt, Otto: Neue Religionsgesetze Russlands und der Sowjetunion, in: G2W, Nr. 2, 1991, S. 23–32 (hier ebenfalls die deutsche Fassung des Gesetzes); Ders.: The CSCE Norms on Religious Freedom and their Effects on the Reform of Soviet Legislation on Reli-

Ausarbeitung dieses Gesetzes waren auch mehrere Institutionen beteiligt. Die eigentliche Federführung lag jedoch bei der wissenschaftlichen Konsultativ-Kommission innerhalb der staatlichen Kirchenaufsichtsbehörde.<sup>102</sup> Die Tatsache, dass die Ausarbeitung dieses Gesetzes unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgte und insgesamt vier verschiedene Entwürfe kursierten, die zum Teil wortgenau Passagen aus dem Schlussdokument des Wiener Treffens enthielten und mit internationalen Vereinbarungen argumentierten, zeigte indes, dass die gesetzliche Garantie der Gewissensfreiheit auch nicht von allen im Machtapparat begrüßt wurde.<sup>103</sup> So wurde zwar der Entwurf der Kirchenaufsichtsbehörde von dem Politbüro am 1. Februar 1989 prinzipiell bewilligt, die Ideologieabteilung des ZK der KPdSU kritisierte ihn aber im Mai 1989 mit der Folge, dass der Vorsitzende der Behörde, Konstantin Charčev, von seinem Posten abgesetzt und der neue Entwurf daraufhin negativ abgeändert wurde.<sup>104</sup> Obwohl es eine direkte Anweisung aus dem Politbüro gegeben habe, dass das Gesetz den Wiener Vereinbarungen entsprechen solle, wurden von den Konservativen stets Versuche unternommen, den Beschluss durch Verzögerungstaktik zu sabotieren.<sup>105</sup> Umso erstaunlicher war es, dass das letztendlich angenommene Unionsgesetz „über die Gewissensfreiheit und religiöse Organisationen“ eine frappierende, teilweise wortgenaue Übereinstimmung mit dem Schlussdokument von Wien aufwies. Es verbürgte erstmals das religiöse elterliche Erziehungsrecht, das Recht zur Verbreitung religiöser Überzeugungen, zur Organisation von Religionsunterricht und zur Teilnahme daran, die Freizügigkeit der religiösen Bürger zu Wallfahrten und Auslandsbesuchen, die lang umstrittene uneingeschränkte Rechts- und Eigentumsfähigkeit der religiösen Organisationen, das Recht zu publizistischwerbender Presstätigkeit usw.<sup>106</sup> Der Rechtswissenschaftler Otto Luchterhandt kam nach einer analytischen Gegenüberstellung des neuen Unionsgesetzes mit dem Schlussdokument des KSZE-Treffens in Wien sogar zu dem folgenden Schluss: „The ‚Spirit of Vienna‘ was not only met, it was even surpassed.“<sup>107</sup>

Mit der Gewissensfreiheit und dem Recht zur Verbreitung religiöser Überzeugungen war die Presse- und Informationsfreiheit sehr eng verbunden. In diesem Bereich gab es unmittelbar nach der KSZE-Konferenz in Wien auch messbare Fortschritte. So wurden bereits im Januar 1989 in der Sowjetunion zum ersten

gion, in: Bloed, Arie/Dijk van, Pieter (Hrsg.): *The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath* (International Studies in Human Rights, 20), Dordrecht 1991, S. 162–185.

<sup>102</sup> *Ogonek*, Nr. 44, 1989, S. 9–12.

<sup>103</sup> Zu den Gesetzesentwürfen siehe: Anderson, John: *Drafting a Soviet Law on Freedom of Conscience*, in: *SJA*, Vol. 19, Nr. 1, 1989, S. 19–33; Roth, Paul: *Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbatschow*. Bericht des BIOst, Nr. 46, 1989, hier S. 47–74.

<sup>104</sup> Luchterhandt, *The CSCE Norms*, S. 182.

<sup>105</sup> *Ogonek*, Nr. 44, 1989, S. 9–12; vgl. auch Adamishin/Schifter, *Human Rights*, S. 117f.; Bur-lackij, *Glotok svobody*, S. 152.

<sup>106</sup> Siehe die Gegenüberstellung der positiven Neuerungen des Unions- und RSFSR-Gesetzes mit kritischen Bemerkungen: Luchterhandt, *Neue Religionsgesetze*; Text des Unionsgesetzes: *VVS SSSR*, Nr. 41, 1990, Art. 813.

<sup>107</sup> Luchterhandt, *The CSCE Norms*, S. 182.

Mal westliche Zeitungen, 350 Kopien von *The Guardian* und 400 Exemplare jeweils von *Financial Times* und *The International Herald Tribune*, verkauft und in der Parteizeitung *Izvestija* westliche Werbung abgedruckt.<sup>108</sup> Bis Ende 1989 wurden die ungehinderte Verbreitung und der Bezug ausländischer Periodika, der Empfang von Satellitenfernsehen aus dem Ausland und die Einfuhr, Anschaffung sowie Nutzung von Fotokopierern zugelassen.<sup>109</sup> Doch gingen auch diese Liberalisierungen auf die Bemühungen unter anderem von Eduard Ševardnadze und Aleksandr Jakovlev zurück, die sich unter Berufung auf die westliche Kritik auf dem KSZE-Informationsforum in London auf dem Gebiet der Informationsfreiheit für eine Erweiterung des Katalogs von „zusätzlichen Maßnahmen“ eingesetzt hatten.<sup>110</sup> Die Ausarbeitung des entsprechenden Mediengesetzes erfolgte jedoch auch hinter verschlossenen Türen und stockte nicht nur wegen den Versuchen der orthodoxen Kommunisten, sondern offenbar auch wegen Michail Gorbachev selbst, der die Grenzen von Glasnost möglichst eng halten wollte. Am 19. Juli 1989 fasste der Oberste Sowjet den Beschluss, wonach die bei dem Pressezentrum des Obersten Sowjets akkreditierten sowjetischen und ausländischen Massenmedien ihre Akkreditierung in dem Fall verlieren sollten, wenn sie die Tätigkeit des Obersten Sowjets oder der Volksdeputierten „verzerrt darstellen“ würden.<sup>111</sup> Diese Regelung stellte eine klare Verletzung der Wiener Vereinbarungen im Bereich Information des Korbes III dar, worin sich die Unterzeichnerstaaten verpflichtet hatten, die Arbeit der Journalisten vor Ort zu erleichtern.<sup>112</sup> Aus der Presse ließ sich entnehmen, dass der Chef von Glavlit, Boldyrev, sowie der ZK-Sekretär, Medvedev, gegen die Abschaffung der Zensur waren. Und als am 23. Oktober der Gesetzesentwurf erstmals dem Obersten Sowjet vorgelegt werden sollte, beklagte Michail Gorbachev höchstpersönlich im ZK der KPdSU bei den Leitern der Massenmedien ihr unverantwortliches Handeln.<sup>113</sup> Das darauffolgende Intrigenspiel

<sup>108</sup> RL, Report, Vol. 1, Nr. 1, 1989, S. 27; RL, Report on the USSR, Vol. 1, Nr. 2, 1989, S. 28.

<sup>109</sup> Zagorski, Moskau, S. 56.

<sup>110</sup> In der Sitzung des Politbüros am 18. 11. 1989 wurden von Ševardnadze, Medvedev, Jakovlev und Krjučkov die in London gegenüber der UdSSR vorgetragenen Kritikpunkte aufgegriffen und deren baldmöglichste Lösung durch entsprechende Maßnahmen im Bereich der Informationsfreiheit unter Verweis auf die zu erwartete Kritik der UdSSR auf den bevorstehenden KSZE-Treffen verlangt. RGANI, f. 89, op. 9, d. 55, Vypiska iz protokola Nr. 172 zasedanija Politbjuro ZK KPSS ot 18 nojabrja 1989 goda; Zagorski, Moskau, S. 56.

<sup>111</sup> Zitat nach Roth, Glasnost, S. 222.

<sup>112</sup> Vgl. etwa Art. 39 in dem Abschnitt Information des Wiener Schlussdokuments, wo Folgendes steht: „Eingedenk dessen, daß die legitime Ausübung der beruflichen Tätigkeit von Journalisten weder zu deren Ausweisung noch zu anderweitigen Strafmaßnahmen gegen sie führen wird, werden sie [Teilnehmerstaaten] von einschränkenden Maßnahmen, wie etwa dem Entzug der Akkreditierung eines Journalisten oder seiner Ausweisung wegen des Inhalts seiner Berichterstattung oder der seines Informationsmediums, absehen.“ Text: <http://www.osce.org/de/mc/40883>.

<sup>113</sup> MN vom 17. 9. 1989, S. 8; vgl. Roth, Glasnost, S. 223; Gorbachevs Berater, Georgij Šachnazarov, der als Vorsitzender eines parlamentarischen Unterausschusses für Verfassungsgesetzgebung für den Entwurf des Gesetzes zuständig war, schreibt, dass der Gedanke von der Entlassung der Medien aus der Parteikontrolle für Gorbachev ziemlich unerträglich war. Auch das Recht der Privatpersonen, Zeitungen herausgeben zu dürfen, wollte er nicht akzeptieren.

um den Gesetzesentwurf im Obersten Sowjet demonstrierte, dass selbst die als liberal bekannten Mitglieder des Parteiapparates versuchten einer echten Meinungs- und Medienfreiheit einen Riegel vorzuschieben und in die gesetzgeberische Tätigkeit des Obersten Sowjets einzugreifen. Wie bereits erwähnt, lag seit Herbst 1988 neben einem offiziellen Gesetzesprojekt, das die eigentliche Zensur nicht abschaffte, auch ein alternativer liberaler Gesetzesentwurf von drei Juristen (Jurij Baturin, Vladimir Ėntin und Michail Fedotov) vor. Im weiteren Verlauf wurde der inoffizielle Entwurf vom Rechtsausschuss und vom Fachausschuss für Fragen der Glasnost, der Rechte und Eingaben der Bürger des Obersten Sowjets als eine Grundlage für die erste Lesung am 24. November 1989 gebilligt. Ohne Ankündigungen an die Abgeordneten, die das Anwesenheits- und Sprachrecht im Obersten Sowjet besaßen, wurde die Besprechung des Entwurfs jedoch im letzten Moment um einen Tag vorgezogen und den Anwesenden ein anderer, vom einst gebilligten abweichender bzw. „zensierter“ Entwurf vorgelegt, hinter dem ganz offensichtlich *Glavlit* und Vadim Medvedev standen. Der Unterschied zwischen den zwei Projektversionen war auf den ersten Blick kaum zu erkennen. Während der liberale Entwurf der drei Juristen die Abschaffung der Vorzensur, ein Verbot der Einmischung von außen in die Arbeit der Massenmedien und das Recht der Einzelpersonen auf die Herausgabe der Periodika, was zahlreiche Sowjetbürger und Informelle ohnehin schon praktizierten, enthielt, sah die andere Variante diese gar nicht vor.<sup>114</sup> Der skandalöse Vorgang der Vorlage des „zensierten“ Entwurfs und die genannten Unterschiede wurden zum Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen, in denen die Verteidiger des liberalen Gesetzesentwurfs argumentativ das Wiener Schlussdokument heranzogen und in den strittigen Punkten eine Einigung auf der Grundlage der „Wiener Formel“ initiierten.<sup>115</sup> Zwar wurde unmittelbar nach der zweiten Lesung die Arbeitsgruppe Fedorovs aufgelöst und die Arbeit an dem Projekt einer vom Präsidium des Obersten Sowjets gebildeten und überwiegend aus leitenden Medienfunktionären des Apparates bestehenden Kommission übertragen, was verfassungswidrig war;<sup>116</sup> durchgesetzt hatte sich letztendlich aber der liberale Entwurf, der die Vorzensur abschaffte, die Freiheit der Presse zusicherte und den Einzelpersonen das Recht zur Gründung eines Presseorgans einräumte.<sup>117</sup> Dass die liberale und dem Wiener Schlussdokument am meisten entsprechende Gesetzesvariante am Ende doch noch angenommen wurde, und Gorbachev am 12. Mai 1990 das Gesetz „über die Presse und die Massenmedien“ unterschrieb, war schließlich dem enormen Druck der öffentlichen

Vgl. Schachnasarow, Preis der Freiheit, S. 67–71. Im Januar 1991 hatte Gorbachev im Parlament sogar die Idee unterbreitet, die Massenmedien erneut unter Kontrolle zu stellen. Hierzu siehe den Abschnitt 2.3.

<sup>114</sup> Diese Darstellung stützt sich auf das Interview mit Michail Fedotov: <http://polit.ru/analytics/2010/09/22/fedotov.html>, sowie auf die Analyse von Roth, Glasnost, S. 218–225, und Luchterhandt, Die Sowjetunion auf dem Wege zum Rechtsstaat, S. 34–36; vgl. dazu die Schilderungen von Schachnasarow, Preis der Freiheit, S. 67–71.

<sup>115</sup> Vgl. VS SSSR. Vtoraja sessija, Nr. 41, 1989, S. 205–239; Nr. 42, S. 4–7.

<sup>116</sup> Luchterhandt, Die Sowjetunion auf dem Wege zum Rechtsstaat, S. 36.

<sup>117</sup> Text: VVS SSSR, Nr. 26, 1990, Art. 492.



Meinung zu verdanken sowie der Tatsache, dass die Politik nicht mehr im Politbüro gemacht wurde. Die reale politische „Macht“ lag nicht mehr bei der Partei, sondern beim Volkskongress und bei den Medien bzw. der öffentlichen Meinung.

Kaum ein anderer gesetzgeberischer Akt versinnbildlichte diesen Machtverlust mehr als das neue Gesetz über die gesellschaftlichen Vereinigungen, das zusammen mit dem Mediengesetz am 1. Januar 1991 in Kraft trat und den Übergang zum Mehrparteiensystem einleitete. Mit seiner Ausarbeitung wurde bereits 1987 begonnen und man verfolgte anfänglich das Ziel, die informellen Gruppen unter die Kontrolle der Gewerkschaften oder des Komsomol zu stellen bzw. die „destruktiven“ Informellen aufzulösen. Die Ereignisse holten jedoch sowohl diese Vorgaben als auch die ersten Gesetzesentwürfe ein.<sup>118</sup> Den meisten im Parteiapparat musste bewusst gewesen sein, dass die Beibehaltung des Sozialismus-Modells und der bisherigen Machtkonzentration bei der Kommunistischen Partei nur noch mit Gewalt und Terror durchzusetzen sein würde.<sup>119</sup> Unter dem gesellschaftlichen Druck erlangte Gorbachev im Februar 1990 die Einwilligung des ZK der Partei zur Verfassungsänderung. Sie erfolgte auf dem außerordentlichen dritten Volksdeputiertenkongress am 14. März 1990 und machte den Weg frei für die Legalisierung informeller Gruppen und damit der politischen Opposition in der UdSSR. Die novellierte Verfassung erkannte neben der KPdSU auch „andere politische Parteien“, „gesellschaftliche Organisationen und Massenbewegungen“ an und gestand ihnen das Recht zu, sich mit eigenen Kandidaten an den Wahlen sowie an der „Ausarbeitung der Politik des Sowjetischen Staates“ und „an der Leitung der Staats- und Gesellschaftsangelegenheiten“ zu beteiligen.<sup>120</sup> Das entsprechend neu gefasste Grundrecht der Vereinigungsfreiheit in Artikel 51 verankerte das Recht der Bürger, „sich zu politischen Parteien“ zusammenzuschließen und „an Massenbewegungen teilzunehmen, die die Entwicklung der politischen Aktivität und Eigenständigkeit und die Befriedigung ihrer vielseitigen Interessen ermöglichen.“<sup>121</sup> Der bisher geltende ideologische Vorbehalt, „in Übereinstimmung mit den Zielen des kommunistischen Aufbaus“, wurde gestrichen. Dafür enthielt der veränderte Artikel 7 folgende Klausel:

„Nicht zugelassen werden die Gründung und Tätigkeit von Parteien, Organisationen und Bewegungen, die das Ziel verfolgen, die sowjetische Verfassungsordnung und die Integrität des sozialistischen Staates gewaltsam zu ändern, die Sicherheit zu untergraben [podryv], soziale, nationale oder religiöse Zwietracht [rozn'] aufzustacheln.“<sup>122</sup>

Da eine solche Bestimmung durchaus Möglichkeiten für die restriktive Auslegung der neuen Vereinigungsfreiheit schaffte, blieb die Notwendigkeit eines neuen Ge-

<sup>118</sup> Hierzu siehe Alexandrova, Olga: Die Diskussion um die Rechtslage informeller Gruppen, in: Schmid, Karin (Hrsg.): Gesetzgebung als Mittel der Perestrojka. Wunsch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1991, S. 169–176.

<sup>119</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 279–288; vgl. Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 320f.

<sup>120</sup> Vneočerednoj tretij s'ezd, Bd. 3, S. 193.

<sup>121</sup> Ebd., S. 194.

<sup>122</sup> Ebd.; zitiert nach Luchterhandt, Die Sowjetunion auf dem Wege zum Rechtsstaat, S. 69f.



setzes über gesellschaftliche Vereinigungen nach wie vor bestehen. Am 30. Mai 1990 waren im Obersten Sowjet der UdSSR die Beratungen über ein solches Gesetz in einer ersten Lesung eröffnet worden.<sup>123</sup> Den Deputierten lagen drei verschiedene Entwürfe vor – vom Justizministerium, vom Institut für Staat und Recht sowie von den Repräsentanten der Informellen, welche der als radikal bekannte Moskauer Deputierte Sergej Stankevič vertrat. Naturgemäß war der Diskurs über diesen Gesetzesentwurf nach dem vollzogenen Verzicht der KPdSU auf ihr Machtmonopol und der skizzierten Verfassungsänderung im Kongress weniger kontrovers als in den Jahren zuvor und die KSZE spielte darin als Argument kaum eine Rolle.<sup>124</sup> Vielmehr erhielt das am 9. Oktober 1990 verabschiedete Gesetz über die gesellschaftlichen Vereinigungen seinen Auftrieb von dem unmittelbar davor erlassenen Gesetz über Medien und von den aktuellen politischen Ereignissen, die der gesetzgeberischen Tätigkeit des Obersten Sowjets weit im Voraus waren. Denn *de facto* waren in der Sowjetunion bereits mehrere Parteien aktiv, und auf der Bonner Wirtschaftskonferenz im März/April 1990 sowie auf dem KSZE-Treffen über die menschliche Dimension im Juni 1990 in Kopenhagen unterzeichnete die UdSSR Schlussdokumente, durch die sie sich zu einem Mehrparteiensystem mit freien Wahlen und zu einer klaren Trennung zwischen Staat und politischen Parteien bekannte.<sup>125</sup> Der Wesensgehalt des erlassenen Gesetzes, das dem Entwurf der Informellen am nächsten kam, entsprach dem Geiste der KSZE-Vereinbarungen, denn er erklärte das Vereinigungsrecht als „unveräußerliches“ Menschenrecht, machte alle Parteien vor dem Gesetz gleich und fixierte eine deutliche Trennung von Partei und Staat. Dabei kam dem Staat die Aufgabe zu, die Einhaltung der Rechte und Interessen der gesellschaftlichen Bewegungen gesetzlich zu garantieren. Für die Gründung einer beliebigen Vereinigung (bis auf die religiösen, für die eine separate Regelung in Ausarbeitung war) setzte das Gesetz mindestens 10 Personen voraus und verbot solche, deren Ziel es war, die verfassungsmäßige Ordnung *gewaltsam* zu stürzen oder die territoriale Einheit der UdSSR, der Unions- und autonomen Republiken *gewaltsam* zu beseitigen, Krieg, Gewalt oder Grausamkeit zu propagieren, nationalen, religiösen oder sozialen Streit zwischen Klassen oder Rassen zu entfachen oder andere strafrechtliche Handlungen zu begehen (Art. 3). Die Klausel von der territorialen Einheit der Union blieb zwar hier erhalten, kriminalisiert wurden jetzt aber nur *gewaltsame*

<sup>123</sup> VS SSSR. Tret'ja sessija, Nr. 16, 1990, S. 165–192.

<sup>124</sup> Von den einzelnen Vertretern des Apparates wurde die Verabschiedung dieses Schlüsselgesetzes dennoch in den öffentlichen Statements in Zusammenhang mit Moskaus internationalen Verpflichtungen und dem KSZE-Prozess gebracht, vgl. Interview von Jurij Rešetov, in: *Vestnik*, Nr. 6, 1990, S. 30–33; Interview von Eduard Ševardnadze, in: MN vom 5. 11. 1989, S. 11.

<sup>125</sup> Hier insbesondere die Verpflichtung zu „einem demokratischen Mehrparteiensystem auf der Grundlage freier, regelmäßiger und echter Wahlen“ im Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, [http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751_de.pdf), sowie Art. 5.1, 5.4, 26 im Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, [http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf).

Versuche, diese zu ändern. Als fortschrittlich zeichnete dieses Gesetz das Entfallen einer vorbehaltlichen Eingrenzung der Staatsordnung auf die sozialistische aus. Nach Artikel 5 durfte der Staat den Parteien oder gesellschaftlichen Bewegungen keine materielle Hilfe mehr leisten, während die Teilnahme oder die Nichtteilnahme eines Bürgers an der Tätigkeit einer Partei oder Vereinigung weder zur Beschränkung seiner Rechte und Freiheiten führen noch die Voraussetzung für die Ausübung eines Amtes in einer staatlichen Organisation sein dürfte (Art. 4). Artikel 19 legalisierte außerdem die Herausgebertätigkeit bzw. die Presseorgane der informellen Gruppen.<sup>126</sup>

Obwohl in der UdSSR vor dem neuen Unionsgesetz zahlreiche politische Parteien bereits gegründet wurden, setzte eine regelrechte Gründungswelle erst im Frühjahr 1990 ein, als die Verfassungsänderung erfolgte, sowie nach der Verabschiedung des Vereinigungsgesetzes im Herbst 1990. Die meisten von ihnen gingen aus den bisherigen informellen Gruppen hervor.<sup>127</sup>

Waren die KSZE-Prinzipien Anfang 1989 im innersowjetischen Diskurs noch als Teile der abstrakten Wertvorstellungen von den Grundelementen eines Staates präsent, so bestimmten sie ab Mitte des Jahres zunehmend als international gültige Standards die politische Agenda der Sowjetunion. Der Befund, dass der KSZE-Prozess den demokratischen Gesetzgebungsprozess in der Sowjetunion in dieser Zeit trotz Widerständen der Konservativen aufrechterhielt und ihn sogar inhaltlich beeinflusste, steht außer Frage. Nicht etwa der internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte (1966), sondern die eigentlich völkerrechtlich unverbindlichen KSZE-Dokumente fungierten als Kernstücke der argumentierenden Reformkräfte und der sowjetischen Öffentlichkeit. Sie prägten als quasi obligate Rechtsstandards die Auseinandersetzungen im Gesetzgebungsprozess.

Die Instrumentalisierung der multilateralen Diplomatie durch die Politiker auf der höchsten Regierungsebene führte indes vor Augen, dass die frühere Grenze zwischen dem konservativen Apparat auf der einen und den andersdenkenden Dissidenten bzw. den Informellen auf der anderen Seite endgültig verschwand. War bis dato von den Helsinki-Gruppen die Rede, so lösten sie 1989 die Wiener-Gruppen ab, die sich das Abschließende Dokument von Wien zur normativen und argumentativen Grundlage machten. Waren die KSZE-Prinzipien früher eine „zitierfähige Grundlage“<sup>128</sup> der Dissidenten bzw. der Bürgerrechtsaktivisten, so

<sup>126</sup> Text: VVS SSSR, Nr. 42, 1990, Art. 839.

<sup>127</sup> Seit Mitte 1990 bildete sich ein Parteienspektrum mit allen politischen und ideologischen Richtungen, von demokratisch-sozialistischen bis liberal-marktwirtschaftlichen auf der einen und antidemokratischen, nationalistischen, antisemitischen und neostalinistischen Parteien auf der anderen Seite, heraus. Paradoxerweise waren die demokratischen Gruppierungen zahlenmäßig die größten neben der KPdSU. Obwohl sie sich in ihren Zielen nahestanden, vermochten sie dennoch nicht, sich zu einer Oppositionspartei gegen die KPdSU zusammenzuschließen. Zu dem Parteienspektrum siehe: Koval', B.I. (Hrsg.): *Rossija segodnja. Političeskij portret v dokumentach 1985–1991*, Moskau 1991, Teil 1; Luchterhandt, Galina: *Die politischen Parteien im neuen Rußland: Dokumente und Kommentare*, Bremen 1993, S. 15–29; Luchterhandt/Vochmenceva, *Die Genesis*, S. 108–133.

<sup>128</sup> Eichwede, „Archipel Samizdat“, S. 14.

entwickelten sie sich ab 1989 zum „Argument“ und „Instrument“<sup>129</sup> der Reformer innerhalb der sowjetischen politischen Elite. Was früher als „Dissidenz“ in der Sowjetunion bezeichnet und kriminalisiert wurde, fand sich jetzt sowohl in den Ideen als auch in den Personen der zentralen Machtstrukturen wieder. Vor allem auf der Ebene der Republiken, ob im Baltikum, in Georgien oder in Russland, stieg die Bedeutung früherer Menschenrechtler und ihrer Ideen.<sup>130</sup> Auf der Unionsebene hielt sich allerdings ihr Einfluss in Grenzen.

Die skizzierte Verabschiedung der Schlüsselgesetze hinkte trotz ihrer Einmaligkeit den internationalen Verpflichtungen hinterher. So waren vor dem Beginn des KSZE-Treffens in Kopenhagen (Juni 1990) lediglich das Gesetz über Presse und die Massenmedien verabschiedet und das Problem der politischen Gefangenen, des politischen Missbrauchs der Psychiatrie sowie das der abgelehnten Ausreisearträge noch nicht endgültig gelöst.<sup>131</sup> „Die Lage mit den Menschenrechten hat sich in der UdSSR der letzten Jahre erheblich verbessert“ – zu diesem Schluss kam Kronid Ljubarskij Anfang 1990. Dies bedeute jedoch nicht, dass das Problem der Menschenrechte in der UdSSR ganz gelöst worden sei – so Ljubarskij weiter.<sup>132</sup> So lassen auch seine Meldungen den Eindruck entstehen, dass das Vorgehen der Nomenklatura gegen die gesellschaftlichen Initiativen im Verlauf des Jahres 1990 wieder härter wurde.<sup>133</sup> Auch die amerikanische Delegation in Kopenhagen stellte fest, dass z. B. im Arbeitslager Perm' immer noch über 20 politische Gefangene festgehalten würden und um die 70 Fälle von Ausreisearträgen ungelöst seien.<sup>134</sup>

<sup>129</sup> So Zagorski, Moskau, S. 49.

<sup>130</sup> Über die Kontinuitäten in den baltischen Staaten wurde bereits gesprochen. Im Fall von Russland sei auf die Person des ehemaligen Dissidenten Sergej Kovalev hingewiesen, der 1990 in den russischen Obersten Sowjet gewählt und dort zum Vorsitzenden des Menschenrechtsausschusses wurde. In Georgien wurde der Begründer der georgischen Helsinki-Gruppe, Zviad Gamsachurdija, im November 1990 zum Vorsitzenden des georgischen Obersten Sowjet und ein Jahr später sogar zum ersten georgischen Präsidenten gewählt. In den zentralasiatischen Gebieten behielt allerdings die lokale Nomenklatura noch ihre Stellung; dort lässt sich sogar ein besonders hartes Vorgehen gegen die gesellschaftliche Opposition beobachten. Vgl. etwa die Berichte in *Vesti iz SSSR*, 1990, 1991. Der Reformflügel stellte jedoch keine in sich geschlossene Einheit dar. Wie das nächste Kapitel zeigt, polarisierte sich diese Stoßrichtung umso mehr, je weiter Gorbachev dem Druck der Konservativen nachgab (1990/1991), mit dem Ergebnis, dass viele seiner einstigen Unterstützer zu seinen scharfen Kritikern an der Seite des Russischen Obersten Sowjet und des nach politischer Macht strebenden El'cin wurden.

<sup>131</sup> Eine negative Bilanz hat Helsinki Watch zur sowjetischen Psychiatrie gezogen. Vgl. News from Helsinki Watch. Psychiatric Abuse in the Soviet Union, May 1990. Siehe auch den Bericht der IGFM zur Lage der Menschenrechte in der Sowjetunion vom September 1991: SBSE i prava človeka. Obzor sobljudenija Zaključitel'nogo dokumenta po stranam. Dokumentacija predstavlenaja Konferencii po Pravam človeka SBSE, Moskau, September 1991. Meždunarodnoe Obščestvo Prav Človeka, Frankfurt am Main.

<sup>132</sup> *Vesti iz SSSR* 1990, Nr. 1, Zitat auf S. 2.

<sup>133</sup> Ljubarskij berichtet besonders viel über das repressive Vorgehen gegen die Demonstranten und die Redakteure sowie die informelle Presse im Jahr 1990. So wurden in der RSFSR im Jahr 1990 insgesamt 350 Organisatoren nicht sanktionierter Kundgebungen mit Strafen konfrontiert. Vgl. z. B. *Vesti iz SSSR* 1991: 3-8; vgl. auch 1990: 6-31, 32, 7-16, 17, 8/9-23, 5-31, 32, 3-36, 38; 1991: 5-24; 4-13, 5-10.

<sup>134</sup> Vgl. Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 343.

Die Liste von Ljubarskij belief sich zu diesem Zeitpunkt gar auf 112 politische Gefangene, ein Jahr später zum 30.6.1991 enthielt sie sogar 142 Namen.<sup>135</sup> Auf der Menschenrechtskonferenz der IHF, welche zwischen dem 31. Mai und 8. Juni 1990 in Kopenhagen und Moskau stattfand, wurde die Zahl der politischen Gefangenen sogar auf 180 geschätzt und die Zahl von 200–300 Inhaftierten genannt, die den Dienst in der sowjetischen Armee verweigert hätten.<sup>136</sup>

Diese Rückschläge bei der Demokratisierung, die langsame Implementierung der KSZE-Standards, die offensichtliche Konsolidierung der konservativen Kräfte in der Partei seit dem Sommer 1990 und wachsende Spannungen der Union mit den baltischen Republiken warfen die Sowjetunion in Bezug auf die Demokratisierung hinter die anderen Ostblockstaaten zurück.<sup>137</sup> Angesichts dieser Rückschritte mag es wie ein Paradox erscheinen, dass die sowjetischen Diplomaten sich zur gleichen Zeit um die schnelle Formulierung und die Festschreibung der gemeinsamen Wertvorstellungen in den weiteren KSZE-Treffen bemühten. Gerade in der KSZE-Politik entwickelte die Sowjetunion ein gänzlich anderes Profil als innenpolitisch: Auf der Bonner Wirtschaftskonferenz im März/April, auf dem Treffen in Kopenhagen über die menschliche Dimension im Juni und auf dem Gipfeltreffen in Paris im November 1990 stimmte sie jeweils einem umfassenden Wertekatalog bürgerlicher Gesellschaftsordnung zu und bekundete damit quasi offiziell das Ende des sozialistischen Systems.<sup>138</sup> Doch beim genaueren Betrachten wird man trotz der großen Kluft zwischen den innen- und außenpolitischen Entwicklungen einen durchaus engen Zusammenhang finden.

## 2.2 Die Vertiefung des KSZE-Prozesses vor dem Hintergrund von Gorbachevs „Wende nach rechts“

1990 geriet Michail Gorbachev immer mehr zwischen die Fronten. Während „von links“ die radikalen Reformer mit Boris El'cin an der Spitze die Regierung Ryžkov der Unfähigkeit und der Unlust der Reformen beschuldigten und mit Unterstützung eines beachtlichen Teils der Bevölkerung deren Rücktritt forderten, warfen

<sup>135</sup> *Vesti iz SSSR* 1990, Nr. 5, S. 8; 1991, Nr. 6, S. 6.

<sup>136</sup> Vgl. RM vom 24. 8. 1990, S. 9.

<sup>137</sup> Die sozialistischen „Bruderländer“ sagten sich schon 1989 von den „alten“ Werten und den sozialistischen Institutionen los. Die Staats- und Parteichefs der DDR (Erich Honecker im Oktober 1989), Bulgariens (Todor Živkov im November 1989) und der Tschechoslowakei (Miloš Jakeš im November 1989) wurden von der eigenen Bevölkerung gedrängt, ihre Ämter aufzugeben; Rumäniens Staatschef, Nicolae Ceaucescu, wurde im Dezember gestürzt und mit seiner Frau Elena zum Tode verurteilt; in Ungarn beschloss das Parlament den Übergang zu einem Mehrparteiensystem, und in Polen musste die Staatsführung mit der Opposition an einem „Runden Tisch“ verhandeln, woraufhin die kommunistische Partei bei den Wahlen eine vernichtende Niederlage erlitt und ein „Bürgerlicher“ (Tadeusz Mazowiecki) zum neuen Ministerpräsidenten wurde. Zu den Entwicklungen siehe Altrichter, Russland 1989, S. 334–383; Dalos, Der Vorhang geht auf.

<sup>138</sup> Vgl. Texte: [http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751_de.pdf); [http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf); [http://www.bundestag.de/bundestag/europa-internationales/international/osze/Auf\\_einen\\_Blick/charta.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/europa-internationales/international/osze/Auf_einen_Blick/charta.pdf).

die Konservativen „von rechts“ Gorbachev die Aufgabe der sozialistischen Prinzipien und die Auflösung der Union vor und lehnten sowohl eine weitere Vertiefung des Helsinki-Prozesses als auch eine institutionelle Absicherung der Menschenrechte und Freiheiten sowie den Übergang zur Marktwirtschaft prinzipiell ab. Die geringsten Konzessionen an die „Rechten“, die der Historiker Archie Brown als einen „taktischen“, jedoch erfolglosen „Rückzug“ bewertete, den Gorbachev mit einem Vertrauensverlust in der Bevölkerung und unter den Liberalen im Parteiapparat bezahlte, machten ihn zum Gefangenen der Konservativen. In der Innenpolitik spiegelten sich diese Veränderungen in der beschriebenen hindernisreichen Implementierung der KSZE-Vereinbarungen und in den Rückschlägen bei der Demokratisierung an der Jahreswende 1990/1991 wider; sie kulminierten dann in dem August-Putsch 1991.

Schon in der zweiten Jahreshälfte 1990 waren die Geschwindigkeiten der innen- und außenpolitischen Reformen in der UdSSR nicht mehr kongruent. Mit den Worten von Eduard Ševardnadze gesprochen, blieb die Innenpolitik hinter der Außenpolitik zurück, „genauer gesagt, [sie] wurde vorsätzlich und ziemlich erfolgreich gebremst.“<sup>139</sup> Gorbachevs Handlungen stimmten weder mit seinen Überzeugungen noch mit den außenpolitischen Erklärungen der Sowjetunion überein. Während er Anfang Dezember 1989 George W. Bush Senior auf Malta versicherte, „Demokratie“, „Offenheit“ und „Markt“ seien die Werte der „gesamten Menschheit“, welche auch die Sowjetunion teile,<sup>140</sup> zögerte er innenpolitisch, die Maßnahmen entschieden einzuleiten, die diese Erklärungen institutionell zementieren würden. Gerade bei der Einführung der Marktwirtschaft wurden Gorbachevs Inkonsistenz und Zwiespältigkeit eklatant. So bekräftigte der Leiter der sowjetischen Delegation, Ernest Obminskij, auf der am 19. März 1990 in Bonn eröffneten KSZE-Wirtschaftskonferenz die Bereitschaft der Sowjetunion zu den weitreichenden Reformen in Richtung Marktwirtschaft.<sup>141</sup> In der Präambel des Schlussdokuments des Treffens, das nach Ansicht von Wilfried von Bredow einer „notariellen Beglaubigung“ vom Ende der sozialistischen Planwirtschaft gleichkam,<sup>142</sup> stimmte die Sowjetunion einer marktwirtschaftlichen Ordnung zu und verpflichtete sich unter anderem, die „volle Anerkennung und vollen Schutz *aller* [Hervorhebung – A.] Formen von Eigentum, einschließlich des Privateigentums, und des Rechts der Bürger, Eigentum zu besitzen und zu nutzen“, anzustreben.<sup>143</sup> Zur gleichen Zeit wehrte sich Gorbachev allerdings noch gegen die Freigabe des Privateigentums, weil dies einerseits, angesichts der parteiinternen Widerstände, politisch noch nicht machbar zu sein schien,<sup>144</sup> andererseits aber auch seinen Überzeugungen Rechnung trug. Gorbachev hielt zunächst die Einführung

<sup>139</sup> Ševardnadze, *Die Zukunft*, S. 27; vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 269f., 300.

<sup>140</sup> Gorbatschow, *Gipfelgespräche*, S. 128.

<sup>141</sup> AdG 1990: 34342–34344.

<sup>142</sup> Bredow, *Der KSZE-Prozess*, S. 135.

<sup>143</sup> Text: [http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751_de.pdf), Zitat auf S. 5.

<sup>144</sup> So begründet Archie Brown das Hinauszögern der radikalen Wirtschaftsreformen; vgl. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 248–258, hier S. 252.

einer Marktwirtschaft für möglich, die auf frei konkurrierenden, staatlichen Betrieben und Genossenschaften basierte. Bis zum Schluss wies er jedoch jeden Gedanken an Privateigentum von Grund und Boden weit von sich und vertrat die Meinung, dass man diese Frage nur durch ein Referendum entscheiden könne. Noch im November 1990, also nach der KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn, erklärte er resolut: „Ich [...] akzeptiere das Privateigentum an Grund und Boden nicht, was immer ihr mit mir tut.“<sup>145</sup>

Auch in den anderen Bereichen zögerte Gorbachev, durchgreifende Maßnahmen einzuleiten. Drei seiner Grundüberzeugungen und nicht zuletzt der Mangel an einer realistischen Einschätzung der Situation<sup>146</sup> waren dabei von ausschlaggebender Bedeutung. Erstens war es die kommunistische Partei, an deren Einheit Gorbachev trotz der Verfassungsänderungen vom März 1990 und ungeachtet der Einwände einiger seiner Berater<sup>147</sup> sich weiterhin klammerte und deren Spaltung er ablehnte. Zwar verglich er die KPdSU im Sommer 1990 mit einem „rädigen, tollwütigen Hund“, den man nicht von der Leine lassen sollte, um nicht selbst zum Opfer dieses „Monstrums“ zu werden, und lehnte die Schisma als politisch nicht durchsetzbar ab,<sup>148</sup> doch das ideelle Motiv und der Fehlglaube, die Partei reformieren zu können, überwogen bei dieser Entscheidung unverkennbar.<sup>149</sup> Zweitens war er lange nicht bereit, Privateigentum und privates Unternehmertum als die Fundamente einer zukünftigen Wirtschaftsordnung zuzulassen. Und drittens konnte er sich nicht mit der voranschreitenden Auflösung der Sowjetunion abfinden. Vor diesem Hintergrund trieben die Radikalisierung oppositioneller Forderungen, die nach dem sofortigen Bruch mit der Partei, nach Marktwirtschaftsreformen und Entlassung der Republiken in die Unabhängigkeit verlangten, und die unübersehbar wachsende Popularität ihrer Integrationsfigur El'cin<sup>150</sup> Gorbachev erst recht in die Arme der reaktionären Kräfte. El'cins provokante Auftritte, in denen er die Perestroika für gescheitert erklärte und der Führung unter Generalsekretär Gorbachev Versagen vorwarf,<sup>151</sup> verstärkten nun diese Tendenz.

<sup>145</sup> *Pravda* vom 1. 12. 1990, S. 4; vgl. VS SSSR. Četvertaja sessija, Nr. 5, 1990, S. 175; Schachnasarov, Preis der Freiheit, S. 190.

<sup>146</sup> Diese Eigenschaft im Allgemeinen attestierten ihm in seinen Erinnerungen sowohl Černjaev als auch Sachnazarov. Vgl. Tschernajew, Die letzten Jahre; Schachnasarov, Preis der Freiheit.

<sup>147</sup> Vor allem Aleksandr Jakovlev, Anatolij Černjaev, Eduard Ševardnadze, Georgij Sachnazarov, Georgij Arbatov, Nikolaj Šmel'ov versuchten vergeblich, Gorbachev zum Rücktritt als Generalsekretär und damit zur erhofften Transformation der politischen Macht vom Politbüro und dem ZK der KPdSU auf den vor kurzem eingerichteten Präsidentenposten zu bewegen. Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 299, 303.

<sup>148</sup> Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 303f.

<sup>149</sup> Selbst nach dem August-Putsch 1991 bestand er in seiner ersten Pressekonferenz auf der Notwendigkeit der Erneuerung der kommunistischen Partei, welche die Mehrzahl der Bevölkerung nur noch „hinweggefegt sehen“ wollte. Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 492.

<sup>150</sup> Dazu sowie zum Verhältnis zwischen Gorbachev und El'cin siehe: Zlotnik, Marc D.: Yeltsin and Gorbachev: The Politics of Confrontation, in: JCWS, Vol. 5, Nr. 1, 2003, S. 128–164, hier insbesondere S. 146ff.

<sup>151</sup> Vgl. etwa El'cins Erklärung vom 19. Januar 1990, in: AdG 1990: 34215; diese Tendenz bestätigen die Erinnerungen von Anatolij Černjaev, vgl. Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 268–395.



Hinzu kam, dass sich unter dem Eindruck des Machtverlustes der KPdSU und des offenkundigen Auseinanderbrechens der Sowjetunion die Reaktion zu einer Gegenwehr formierte, indem sie sich zu einem Bündnis aus Teilen der KPdSU, der Staatsbürokratie und des Militär zusammenschloss und Gorbachevs Entscheidungen tagtäglich durch Druckausübung und Manipulationen<sup>152</sup> beeinflusste. Eine zentrale Rolle spielte unter diesen die im Februar 1990 zu einer reaktionären Vereinigung „Union“ zusammengeschlossene Gruppe von konservativen Abgeordneten des Volkskongresses, deren zentrales Anliegen von Anfang an der Erhalt der Sowjetunion und die Ablehnung eines neuen Unionsvertrages war. Die Mitglieder von „Union“ bestanden hauptsächlich aus den Vertretern des militärisch-industriellen Komplexes, Funktionären des KGB, des Innenministeriums und des KPdSU-Apparates. Sie hatten Sympathien aller antidemokratischen und antiparlamentarischen Kräfte, deren Hauptgegner Boris El'cin war. Die Zahl ihrer Mitglieder und somit der Einfluss der Gruppe, der die etablierten Politiker und Machthaber des Systems, darunter auch der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Anatolij Lukjanov, angehörten, wuchs beständig.<sup>153</sup> So nahmen an dem Gründungskongress der „Union“ im Dezember 1990 noch 354 Deputierte teil, unter ihnen 175 Volksdeputierte der UdSSR und 52 Vertreter verschiedener Organisationen. Ein Jahr später zählte diese Fraktion schon 561 Mitglieder.<sup>154</sup> Zu den bekanntesten Sprechern der Gruppe gehörten der Vorsitzende Jurij Blochin und die „schwarzen Obristen“, Viktor Alksnis und Nikolaj Petrusenko. Anfänglich unterstützte und beeinflusste die „Union“ noch Gorbachevs Politik. Nach den fehlgeschlagenen Putschversuchen im Baltikum Anfang 1991 wurde Gorbachev jedoch von ihr zum Verantwortlichen für den Zerfall der Sowjetunion, für die Zerstörung der Armee und des KGB und für die Auflösung des Warschauer Blocks gemacht und zum Rücktritt aufgefordert. Die Forderungen nach einem Verbot aller politischen Parteien, nach der Kontrolle der Massenmedien, der militärischen Aufsicht über die Schlüsselindustrien und der Ausrufung eines Ausnahmezustandes wurden immer lauter. An erster Stelle befand sich jedoch das Ziel, die Sowjetunion als imperiale Macht zu erhalten und die Vereinbarungen von Nowo-Ogarevo zu verhindern. Aus diesem Grunde konnte sich die Abgeordnetenvereinigung „Union“ auf eine Reihe lokaler Bündnisse stützen, die von der stalinistischen „Einheit“ bis zu monarchistisch orientierten Gruppen reichten, und die alle untereinander die Idee von einem mächtigen Großrussland und der Kampf gegen El'cin und die Reformer verband. Somit waren die „Union“ sowie die Vielzahl

<sup>152</sup> In diesem Zusammenhang ist vor allem auf die Rolle des Stabschefs des Präsidenten, Valerij Boldins, zu verweisen, der die Informationsabteilung des Präsidenten leitete und sich im August 1991 den Putschisten anschloss. Als Sympathisant der reaktionären Kräfte beeinflusste er insofern Gorbachevs Entscheidungen, als dass er ihm eine tendenziöse Auswahl an Zeitungen, Nachrichten und anderen Quellenmaterialien zur Verfügung stellte und so den Informationsfluss sowie die Entscheidungen des Präsidenten manipulierte. Vgl. Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 364; Grachev, *Gorbachev's Gamble*, S. 190; Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 458.

<sup>153</sup> MN vom 21. 7. 1991, S. 5.

<sup>154</sup> Ebd.



anderer reaktionärer Vereinigungen weder kommunistisch noch demokratisch, sondern verstanden sich als eine „dritte Kraft“. Im Oktober 1990 schloss sich die „Union“ dem bereits im Mai 1990 gebildeten „Zentristischen Block“ an, einer Gruppierung verschiedener politischer Parteien und Gruppen, die teils „von unten“ und teils als „Zimmerparteien“, d.h. unter der Regie des KGB entstanden oder mit ihm eng verbunden waren. In der Regel handelte es sich um kleine Gruppierungen, die lediglich aufgrund gezielter „Werbung“ in der konservativen Presse (*Sovetskaja Rossija*, *Pravda*) bekannt waren. Dennoch sind darunter die obskure Gruppe mit der Bezeichnung „Union demokratischer Kräfte ‚Sacharov‘“ unter Vladimir Voronin und Jurij Bokan aus dem Apparat des ZK der KPdSU, die „Volksfront Russlands“ unter Leitung von Valerij Skurlatov sowie die bis heute aktive „Liberal-demokratische Partei Russlands“ unter ihrem Vorsitzenden Vladimir Žirinovskij hervorzuheben.<sup>155</sup> Ebenso wie die „Union“ propagierte der „Zentristische Block“ die Erhaltung einer territorial unveränderten UdSSR und gründete mit diesem Ziel ein „Komitee der nationalen Rettung“, dem regionale Komitees in den baltischen Staaten folgten, und die vor allem die dortige russischsprachige Bevölkerung gegen die nationalen Volksfronten mobilisierten. Sie spielten bei den Putschversuchen vom Januar 1991 in Lettland und Litauen, von denen noch später die Rede sein wird, eine gewichtige Rolle.<sup>156</sup>

Eine weitere Wegmarke im Prozess der Konsolidierung reaktionärer Kräfte stellte der Gründungsparteitag der „Russischen Kommunistischen Partei“ unter Ivan Polozkov im Juni 1990 dar, auf dem Gorbačev heftig angegriffen wurde. Als Reaktion darauf sowie auf die von Gorbačev unterlassene Spaltung der Partei in eine sozialdemokratische und traditionell kommunistische Richtung auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU (1.–11. Juli 1990), auf dem ihm die Preisgabe sozialistischer Werte vorgeworfen und Ševardnadzes Außenpolitik aufs Schärfste kritisiert wurden, verließen El'cin und mit ihm eine Reihe demokratisch orientierter Deputierter der UdSSR und RSFSR die KP.<sup>157</sup> Die ausgetretene sozialdemokratische Plattform der KPdSU äußerte ihre Enttäuschung über das Beharren der Partei an ihrem Machtmonopol und gründete eine selbstständige Organisation unter dem Namen „Demokratische Plattform“.<sup>158</sup> Es ist offensichtlich, dass unter dem Eindruck dieser Ereignisse und Gorbačevs Unentschlossenheit, den Posten des Generalsekretärs aufzugeben, zahlreiche demokratische Kräfte besonders um Konsolidierung bemüht waren. So wurde der im letzten Kapitel vorgestellte Wahlblock „Demokratisches Russland“ auf einem Kongress mit 1272 anwesenden Delegierten im Oktober 1990 zur gleichnamigen Allianz umgebildet, an der sich die drei größten Parteien

<sup>155</sup> Žirinovskij trat bei den ersten freien russischen Präsidentschaftswahlen am 12.6.1991 gegen El'cin und Nikolaj Ryžkov an und landete mit 7,8% auf Platz drei. AdG 1991: 35747.

<sup>156</sup> Die Darstellung stützt sich auf die folgenden Arbeiten: Luchterhandt, Die politischen Parteien, S. 203–210; Simon, Verfall, S. 98–104.

<sup>157</sup> Vgl.: AdG 1990: 34664–34670; 34694–34701; Ahlberg, Legitimitätskrise; Meissner, Boris: Die KPdSU zwischen Macht und Ohnmacht, in: Osteuropa, 1991, S. 15–45.

<sup>158</sup> Siehe die Erklärung der Deputierten der RSFSR – Mitglieder der KPdSU, in: AiF vom 21. 7. 1990, S. 4.

(„Demokratische Partei Russlands“, „Republikanische Partei der Russischen Föderation“ und „Sozial-demokratische Partei Russlands“), die „Überregionale Gruppe der Deputierten“, „Memorial“, „Lanze“ und viele andere kleinere Vereinigungen beteiligten.<sup>159</sup> Freie Marktwirtschaft, Umgestaltung der Unionsrepubliken in neue, souveräne Staaten und die Bekämpfung des Machtmonopols der KPdSU waren die Hauptziele der Allianz. Zwar schaffte es die Organisation „Demokratisches Russland“ aus verschiedenen Gründen (allen voran aus egozentrischen Motiven und Machtkämpfen der Gruppenanführer untereinander) nicht, sich auf eine geschlossene politische Organisation zu einigen, sie organisierte dennoch die größten Protestkundgebungen und hatte großen Anteil am Sieg El'cins bei der Präsidentschaftswahl in der Russischen Föderation im Frühjahr 1991.

Die reaktionären Zusammenschlüsse konnten keine vergleichbare Massenbasis organisieren. Da ihnen aber die hochrangigen Militärs und Machthaber als Mitglieder angehörten und sie sich dadurch auf die zentralen Machtstrukturen der Armee, des KGB und des von den Anhängern von Egor Ligačev und Ivan Polozkov beherrschten ZK der KPdSU stützen konnten, gelang es ihnen, das oben geschilderte repressive Vorgehen gegen die gesellschaftliche Opposition an der Jahreswende 1990/1991 zu bewirken. Darüber hinaus vermochten sie gleichzeitig großen Einfluss auf Gorbachev an der Jahreswende 1990/1991 auszuüben; ungeachtet der Tatsache, dass nach der Einführung des Präsidentenamtes die Bedeutung dieser Strukturen im politischen Gefüge der UdSSR verringert wurde. Ihr erster Erfolg war die Verhinderung einer im Spätsommer 1990 zwischen Gorbachev und El'cin geschlossenen Allianz zur Einführung der Marktwirtschaft.

Eigentlich bestand bereits im Spätjahr 1989 ein Konsens darüber, dass die ökonomische Katastrophe in der Sowjetunion nur mit marktwirtschaftlichen Reformen zu bekämpfen sei.<sup>160</sup> Gestritten wurde lediglich über die Formen und das Tempo der Reformmaßnahmen. Premierminister Nikolaj Ryžkov legte im Dezember 1989 ein erstes marktwirtschaftliches Reformkonzept im Volksdeputiertenkongress vor. Sein Maßnahmenkatalog, der im Frühjahr 1990 überarbeitet wurde, ging für die radikalen Reformer und die Repräsentanten des russischen Teams, die unter Wirtschaftswissenschaftler Grigorij Javlinskij ebenfalls an einem Reformprogramm speziell für Russland arbeiteten, jedoch nicht weit genug.<sup>161</sup> Im Spätsommer 1990 setzte sich auch bei Gorbachev die Erkenntnis durch, dass radikale Schritte in Richtung Markt erforderlich sind. Am 1. August einigte er sich mit El'cin darauf, ein gemeinsames Konzept zur Sanierung der sowjetischen Wirtschaft zu entwerfen und bestehende Differenzen in Wirtschaftsfragen beizu-

<sup>159</sup> Vgl. Luchterhandt, *Die politischen Parteien*, S. 30–44.

<sup>160</sup> Die von Gorbachev im Sommer 1989 unter Leitung von Leonid Abalkin eingesetzte Reformkommission zur Ausarbeitung eines Wirtschaftsprogramms bekannte im Oktober 1989, dass es keine vernünftige Alternative zur Einführung der Marktwirtschaft gebe. Vgl. Simon, *Verfall*, S. 115; Gorbachev, *Žizn'*, Bd. 1, S. 564.

<sup>161</sup> Hierzu wie für das Folgende vgl. AdG 1990: 34665–34666, 34523–34525, 34890–34893; Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 253–258; Simon, *Verfall*, S. 115–125; zu den Inhalten der Wirtschaftsprogramme siehe ausführlich Åslund, *Gorbachev's Struggle*, S. 206–224.

legen. Die von beiden zur Ausarbeitung eines Programms ins Leben gerufene 13-köpfige Wirtschaftskommission unter Leitung des Ökonomen Stanislav Šatalin legte schließlich das sogenannte 500-Tage-Programm „Übergang zum Markt: Konzeption und Programm“ vor, das die Einführung eines „regulierten Marktes“ innerhalb von 500 Tagen mit Schocktherapie, eine Delegation umfassender ökonomischer Kompetenzen vom Zentrum weg in die Republiken vorsah und das Wort „Sozialismus“ nicht einmal mehr erwähnte. Im Grunde genommen bedeutete es den Wechsel der Staatsordnung. In einer Rede vor dem Obersten Sowjet am 11. September bekannte sich Gorbačev zunächst zu Šatalins Plan,<sup>162</sup> geriet aber unter scharfe Kritik der Konservativen, die das Programm als „antiso-wjetisch“ und als eine „Kapitulation vor dem Kapitalismus“ brandmarkten.<sup>163</sup> Im Endergebnis machte Gorbačev seinen Kritikern „von rechts“ Konzessionen, indem er ein Kompromissprogramm entwerfen ließ. Damit aber brachte er die Reformer und die Intelligenz gegen sich auf.<sup>164</sup> Dieser Rückzug war der Beginn einer Verschiebung der Machtbalance zugunsten der Konservativen und zulasten Gorbačevs politischer Macht und seines Ansehens in der Bevölkerung. Im Dezember trat sein Wirtschaftsberater Nikolaj Petrakov zurück. Er wurde durch den gemäßigten Oleg Ožerel'ev ersetzt. Gorbačev gab zwar dem Druck der Liberalen nach, Nikolaj Ryžkov zu entlassen; seine Stelle des Ministerpräsidenten nahm aber der antiliberal gesinnte Finanzminister und Gegner des Šatalin-Programms, Valentin Pavlov, ein. Der liberale Innenminister Vadim Bakatin musste seine Stellung an den Hardliner aus Lettland, Boris Pugo, verlieren. Sein Erster Stellvertreter wurde der ehemalige Befehlshaber der sowjetischen Truppen in Afghanistan, General Boris Gromov. Diese Personalentscheidungen gingen mit dem institutionellen Wandel einher, den Gorbačev auf der Sondersitzung des Obersten Sowjet am 16. November angekündigt hatte, der die Abschaffung des Präsidialrats, die Übertragung der Macht an den Föderationsrat, die Bildung einer neuen Regierung, die Schaffung eines Sicherheitsrates und die Einrichtung eines neuen Amtes eines Vizepräsidenten vorsah.<sup>165</sup>

In der Zwischenzeit verlor Gorbačev seine engsten Verbündeten, die sich, enttäuscht über seinen „Flirt“ mit den konservativen Kräften und über die Unfähigkeit, den bisherigen Perestroika-Kurs zu verteidigen, von ihm abwendeten. Von einem „Gefühl der Abneigung gegen Gorbatschow“<sup>166</sup> berichtet Anatolij Černjaev in seinen Memoiren, das sich bei ihm nach den beiden Parteitag im Sommer 1990 zu entwickeln begann. „Es war beschämend zu beobachten, wie er sich von

<sup>162</sup> VS SSSR. Četvertaja sessija, Nr. 3, 1990, S. 102–104.

<sup>163</sup> Tschernjaev, Die letzten Jahre, S. 316.

<sup>164</sup> In diesem Zusammenhang ist der in MN abgedruckte Brief zu erwähnen, der Gorbačev aufforderte, entweder entschlossen zu handeln oder zurückzutreten. Diesen hatten unter anderem auch seine engsten Unterstützer unterschrieben: Tengis Abuladze, Ales' Adamovič, Oleg Bogomolov, Tat'jana Zaslavskaja usw. MN vom 18. 11. 1990, S. 1, 4.

<sup>165</sup> Zu dem institutionellen Wandel und den Personalveränderungen siehe Brown, Der Gorbatschow-Faktor, S. 449–457; Meissner, Boris: Gorbatschow am Scheideweg II, in: Osteuropa, 1991, S. 671–694; AdG 1990: 35197–35199.

<sup>166</sup> Tschernjaev, Die letzten Jahre, S. 306.

den Menschen entfernte, die ihm immer treu gewesen waren. Ich spürte, daß auch ich bald würde gehen müssen,<sup>167</sup> schreibt er über seine Gefühle zum Jahresende 1990. Ähnliches empfand auch der gekränkte Aleksandr Jakovlev, der zusammen mit Édouard Ševardnadze zur Zielscheibe der Angriffe der Reaktionäre geworden war und sich von Gorbačev im Stich gelassen fühlte.<sup>168</sup> Am dramatischsten kam die Enttäuschung der Mitstreiter von Gorbačev mit dem überraschenden Rücktritt Édouard Ševardnadzes vor dem Vierten Kongress der Volksdeputierten der UdSSR am 20. Dezember 1990 zum Ausdruck, womit er nicht nur gegen die wachsende Stärke der Hardliner, sondern auch gegen Gorbačevs Versuche, ihnen entgegenzukommen, protestierte, und vor der drohenden Gefahr des Putsches sowie einer herannahenden neuen Diktatur warnte. Dessen Rücktrittsrede war ein Paukenschlag.<sup>169</sup>

Ungeachtet des Warnsignals von Édouard Ševardnadze wurde Gorbačev gleich zu Beginn des neuen Jahres wieder in die „rechte Ecke“ gedrängt. Am 25. Januar 1991 wurden das Verteidigungs- und das Innenministerium der Union sowie die Armee und die Polizei ermächtigt, ab dem 1. Februar in allen Großstädten der Sowjetunion gemeinsame Patrouillen durchzuführen und bei den „massenhaften Auftritten von Bürgern“, also Demonstrationen und Kundgebungen, unterwegs zu sein, wobei die Militärs Schusswaffen tragen und gepanzerte Fahrzeuge benutzen konnten. Am 26. Januar erteilte Gorbačev dem Innenministerium weitere Vollmachten zur Bekämpfung der Kriminalität und autorisierte in einem Dekret den KGB, gemeinsam mit der Polizei in alle staatlichen und privaten Betriebe zur Ermittlung von „Wirtschaftssabotage und anderen Wirtschaftsverbrechen“ einzudringen. Was unter „Wirtschaftssabotage“ genau gemeint war, wurde nicht weiter konkretisiert und blieb der Interpretation der lokalen Behörden überlassen.<sup>170</sup> Um die Welle der Kritik in den Medien an seiner Person abzuwenden, ernannte Gorbačev darüber hinaus den fügsamen Leonid Kravčenko zum Leiter des zentralen sowjetischen Fernsehens und Rundfunks. Auf sein Betreiben wurde die populäre Nachrichtensendung „Standpunkt“ [Vzgljad] abgesetzt. Deutlich weiter ging Gorbačevs Vorschlag auf einer Sitzung des Obersten Sowjets, das im Juni 1990 verabschiedete Gesetz über die Medien und Pressefreiheit auszusetzen und alle Medien dem Obersten Sowjet der UdSSR zu unterstellen.<sup>171</sup> Nachdem aber diese Idee eine massive Kritik vieler Deputierter und der breiten Öffentlichkeit auslöste, zog sie Gorbačev schnell zurück. Ein tragisches Ende nahm hingegen der von ihm geduldete Versuch von Teilen des Parteiapparates und der Militärführung, gewaltsam einen Wechsel der Machtverhältnisse im Baltikum herbeizuführen und so die

<sup>167</sup> Ebd., S. 339.

<sup>168</sup> Vgl. Jakovlev, Sumerki, vor allem S. 428ff.; über Jakovlevs Kränkungen berichtet Černjaev: Tšchernjaew, Die letzten Jahre, S. 270f.

<sup>169</sup> AdG 1990: 35200f.; „Ich trete zurück...“ Šewardnadzes Rede auf dem Kongress der Volksdeputierten, in: Osteuropa-Archiv, 1991, S. A 251-255. Zur retrospektiven Begründung des Rücktritts siehe: Šewardnadze, Die Zukunft, Kap. 1.

<sup>170</sup> AdG 1991: 35328.

<sup>171</sup> Meissner, Gorbatschow am Scheideweg II, S. 688f.; MN vom 27. 1. 1991, S. 6.

Macht der orthodox-kommunistischen Minderheitenparteien in Litauen und Lettland wiederherzustellen, um die Einheit der Union zu erhalten. Am 11. und 12. Januar besetzten sowjetische Fallschirm-Einheiten öffentliche Gebäude in der Hauptstadt Litauens, Wilna, und in Kaunas. Am nächsten Tag wurden von Panzern das Rundfunk- und das Fernsehgebäude eingenommen. Dabei wurden mehrere unschuldige Menschen getötet und unzählige verletzt. Statt nach Wilna zu fliegen, die Gewalt zu verurteilen oder die Verantwortlichen zu benennen, verteidigte Gorbatschow die Machtstrukturen. Die Folge davon war, dass in der Nacht vom 20. auf den 21. Januar die Sondertruppen des Innenministeriums in der lettischen Hauptstadt Riga wiederholt zugeschlagen haben.<sup>172</sup> Erst in einer Pressekonferenz am 22. Januar äußerte Gorbatschow sein Beileid gegenüber den betroffenen Familien und distanzierte sich von den militärischen Aktionen. Gleichzeitig wiederholte er, dass eine Sezession der Republiken nur im Rahmen der sowjetischen Verfassung erfolgen könne.<sup>173</sup> Der Schwenk kam allerdings zu spät. Menschen, die ihm noch vor kurzem nahestanden, erhoben nun Anklage gegen ihn. Unter ihnen waren auch Petrakov und Šatalin, die in einer Ausgabe von *Moskovskie Novosti* einen Brief unterschrieben, in dem Gorbatschow als Mörder bezeichnet wurde.<sup>174</sup> Die gesamte Redaktion der Zeitung trat aus der KPdSU aus. Gorbatschows Berater Anatolij Černjaev sowie Gorbatschows Pressesprecher Vitalij Ignatenko zogen den Rücktritt in Betracht.<sup>175</sup> Die militärische Gewaltanwendung wurde indes von der Bevölkerung als ein Anschlag gegen die Demokratie verurteilt und Gorbatschow sowie die Führung der Armee und des KGB beschuldigt, eine erneute Diktatur anzustreben. Allein an einer Massendemonstration in Moskau zur Verteidigung Litauens am 20. Januar nahmen rund 400 000 Menschen teil.<sup>176</sup> Ihre Transparente zeigten den Präsidenten mit blutigen Händen und verglichen ihn mit dem irakischen Diktator Saddam Hussein. Auch die Ultrakonservativen forderten den Rücktritt Gorbatschows, der von ihnen allerdings wegen des Abbruchs der Militäraktionen in Litauen und Lettland des Verrats beschuldigt wurde.<sup>177</sup> In den nächsten Monaten geriet Gorbatschow immer mehr in eine Sackgasse, getrieben von den Angriffen Boris El'zins und der liberalen Presseorgane, den Demonstrationen und erneuten Streiks der Bergarbeiter,<sup>178</sup> der ökonomischen Katastrophe<sup>179</sup> sowie der orthodoxen Rechten, die

<sup>172</sup> AdG 1991: 35323–35326.

<sup>173</sup> Abgedruckt in: *Pravda* vom 23. 1. 1991, S. 1.

<sup>174</sup> MN vom 20. 1. 1991, S. 1.

<sup>175</sup> Tschernjaew, *Die letzten Jahre*, S. 343–349.

<sup>176</sup> Meissner, *Gorbatschow am Scheideweg II*, S. 689.

<sup>177</sup> Ebd.

<sup>178</sup> Die Streiks, die seit Anfang März in den Kohlerevieren von Vorkuta und dem Donecker und dem Kuznecker Steinkohlebecken zunächst als politische Warnstreiks begonnen hatten, weiteten sich zu einem Machtkampf mit der Regierung aus. Neben Forderungen nach verbesserten Lebensbedingungen, Lohnerhöhungen und der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Betriebe von der Zentrale wurden der Rücktritt des Präsidenten und die Übergabe der Macht an den Föderationsrat der Republiken verlangt. AdG 1991: 35591 ff.

<sup>179</sup> Die Wirtschaftslage in der Sowjetunion verschlechterte sich weiter und machte sich vor allem in den Schwierigkeiten der Versorgung mit den elementaren Lebensmitteln des Alltags (Brot, Zucker, Tabak usw.) bemerkbar. In der ersten Jahreshälfte 1991 bezifferte der stellver-

ihm den Zerfall der Sowjetunion, die Zerstörung der Armee und andere „Misserfolge“ in der Außenpolitik (vor allem den „Ausverkauf“ des Warschauer Blocks) vorwarfen.<sup>180</sup>

Innenpolitisch verlor Gorbachev bereits 1990 jeglichen Rückhalt, während sich die Außenpolitik unter solchen Bedingungen zu einem Zufluchtsort<sup>181</sup> entwickelte und wohl den einzig funktionierenden Machtbereich des Unionspräsidenten darstellte. Dabei war die geschilderte innenpolitische Situation den historischen Durchbrüchen auf der internationalen Bühne durchaus dienlich.<sup>182</sup> Denn die Außenpolitik wurde nicht nur von den Ideen des „Neuen Denkens“ getragen, sondern sie richtete sich immer mehr darauf aus, dem innenpolitisch isolierten Gorbachev die Unterstützung westlicher Partner, sowohl moralischer als auch materieller Art, zu sichern.<sup>183</sup> Unter diesem Gesichtspunkt ist auch die Vertiefung des KSZE-Prozesses zu werten. Seine Ausgestaltung entzog sich zwar weitgehend den Einflüssen der reaktionären Kräfte, sie erfolgte aber unter dem Eindruck ihrer Offensive. Wurden bis März 1990 alle wichtigen außenpolitischen Beschlüsse auf der politischen Ebene, also vom Politbüro des ZK der KPdSU, gefasst, und war ein Konsens aller einschlägigen Regierungsstellen erforderlich, so ging der Einfluss der offiziellen Parteistrukturen auf die außenpolitischen Entscheidungen nach der Verfassungsänderung (der Streichung der monopolen Stellung der Partei) zurück, und das MID erlangte eine Entscheidungsmacht, die sie nur noch mit dem Präsidenten der Union teilte.<sup>184</sup> Wie der damals im MID tätige Andrej Zagorskij zu berichten weiß, vermied das Ministerium schon vor der Konferenz in Kopenhagen (Juni 1990), Weisungen von dem ZK der KPdSU zu bekommen, und

tretende sowjetische Ministerpräsident Ščerbakov den Rückgang der sowjetischen Produktion auf insgesamt 6%. Die Konsumgüterproduktion habe in diesem Zeitraum bis zu 6,5%, die Leichtindustrieproduktion bis zu 12%, die Lebensmittelproduktion bis zu 8% abgenommen. Prognostiziert wurden eine anhaltende Rezession, ein Rückgang des Nationaleinkommens, das Anwachsen der Auslandsverschuldung auf etwa 70 Mrd. \$ bis Ende des Jahres. Im Winter 1990/1991 befürchtete man sogar eine Hungersnot, sodass die Sowjetunion auf die Hilfssendungen aus dem Ausland angewiesen war. AdG 1991: 35946f.; zur Entwicklung der Krisenerscheinungen im Wirtschaftssektor siehe ausführlich Åslund, Gorbachev's Struggle, S. 182–202.

<sup>180</sup> Siehe etwa den am 23. 7. 1991 in der SR veröffentlichten Aufruf „Ein Wort an das Volk“, der u. a. von den konservativen Schriftstellern Valentin Rasputin und Jurij Bondarev, von dem Vorsitzenden der „Union“-Gruppe, Jurij Blochin, dem späteren Putschisten, Vasilij Starodubcev, vom Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte, Armeegeneral Valentin Varennikov, und dem ersten stellvertretenden Innenminister, General Boris Gromov, unterzeichnet wurde und zur Bildung einer „Patriotischen Volksbewegung“ gegen die „Verderber des Vaterlandes“ aufrief sowie den bewaffneten Widerstand gegen die Politik Gorbachevs androhte. Die Autoren des Aufrufs beschuldigten ihn der Zerstörung der KPdSU, des Zerfalls des Imperiums und „sklavischer Liebedienerei vor überseeischen Schirmherren“. Vgl. Meissner, Boris: Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch in der Sowjetunion III, in: Osteuropa, 1992, S. 205–226.

<sup>181</sup> Von einem „Last Resort“ spricht Gračev, vgl. Gračev, Gorbachev's Gamble, S. 183f.

<sup>182</sup> So auch Gračev, Ebd.

<sup>183</sup> Vgl. Dobrynin, Sugubo doveritel'no, S. 666ff.

<sup>184</sup> Zagorskij, Die menschliche Dimension, S. 44–51; Gračev, Gorbachev's Gamble, S. 188; siehe auch Erläuterungen in der Einleitung (Kapitel 4).



der Text der Charta von Paris wurde nicht dem Politbüro, sondern direkt Gorbatschov zur Bestätigung vorgelegt.<sup>185</sup> Sowjetische Delegationen gingen also mit flexiblen Anweisungen 1990 und 1991 in die KSZE-Verhandlungen. Die politische Haltung der Delegationsmitglieder und der daran beteiligten Beamten des MID bestimmten außerdem im großen Maße auch das Endergebnis der Treffen und somit auch die inhaltliche Aussage ihrer Schlussdokumente.<sup>186</sup> Da dem MID unter Šewardnadze die reformorientierten Mitarbeiter mit vorwiegend liberalen Ansichten angehörten, die einen immer stärkeren Widerstand der Ultraorthodoxen im Parteiapparat verspürten,<sup>187</sup> darüber hinaus zum großen Teil mit Eltsin sympathisierten und sich an der neuen Macht in Moskau orientierten,<sup>188</sup> nutzten sie offensichtlich die beschleunigte Formulierung gemeinsamer Wertvorstellungen vor allem auf den KSZE-Treffen in Bonn und Kopenhagen 1990, um eine zusätzliche äußere Gegenwehr gegen innenpolitische Demokratisierungsrückschläge aufzubauen. Schließlich hatten die Aufwertung des Schlussdokuments von Wien durch das Politbüro im Januar 1989 und seine zunehmend wirksame Instrumentalisierung durch die Reformer in den öffentlichen Diskussionen gezeigt, dass der KSZE-Prozess durchaus die Rolle eines äußeren Demokratisierungshebels in der Sowjetunion spielen kann. Gleichwohl war dabei auch ein anderes funktionales Motiv von Bedeutung. Gorbatschovs Wende nach „rechts“ warf die Sowjetunion hinter die politischen Entwicklungen in den anderen osteuropäischen Staaten zurück, sodass die beunruhigten ehemaligen Alliierten mitsamt der westlichen Partner von der sowjetischen Delegation eine konstruktive Haltung als Bestätigung des fortgesetzten Perestroika-Kurses erwarteten, und die UdSSR ihrerseits die internationale Isolation vermeiden wollte.<sup>189</sup> Westliche Staaten machten ihre materielle Unterstützung für die Sowjetunion von deren Akzeptanz gemeinsamer „Spielregeln“ abhängig, zu welchen die freie Marktwirtschaft genauso wie die freien Wahlen zählte. So hoben die westlichen Delegierten auf der KSZE-Wirtschaftskonferenz in Bonn im März 1990 hervor, dass eine entschlossene Umgestaltung der Planwirtschaften notwendig sei, um neue Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit realisieren zu können.<sup>190</sup> Außerdem diene eine konstruktive außenpolitische Position der UdSSR der Festigung des Vertrauens an Gorbatschov im Westen. Obgleich die Bestätigung der aufgezählten Beweggründe auf der Grundlage der ministeriellen Quellen zum jetzigen Zeitpunkt wegen Sperrfristen nicht zu leisten ist, lassen sie sich gleichwohl mit den Aussagen der Zeitzeugen und der an der Vertiefung des KSZE-Prozesses direkt beteiligten Akteure durchaus nachvollziehen. So begründete der Leiter der sowjetischen Delegation, Ernest Obminskij, in einem Interview der Parteizeitung *Izvestija* die

<sup>185</sup> Zagorski, *Die menschliche Dimension*, S. 48.

<sup>186</sup> Diese Feststellung trifft vor allem auf die Kopenhagener KSZE-Konferenz über menschliche Dimension zu. Ebd., S. 58; Zagorski, *Moskau*, S. 60.

<sup>187</sup> Vgl. Šewardnadze, *Die Zukunft*, Kap. 1.

<sup>188</sup> Zagorski, *Moskau*, S. 63.

<sup>189</sup> Vgl. Zagorski, *Die menschliche Dimension*, S. 58.

<sup>190</sup> AdG 1990: 34342–34344.



Bedeutung des Dokuments der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa mit der Notwendigkeit, sich auf die gemeinsamen „Spielregeln“ zu einigen, die in den zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen für alle gleichermaßen gelten sollten und eine Voraussetzung für die Erweiterung der internationalen Zusammenarbeit und Sicherheit und somit auch für die westliche Unterstützung darstellten.<sup>191</sup> Dabei betonte er die in dem Dokument fixierte Verpflichtung aller Staaten, die „volle Anerkennung und den vollen Schutz aller Formen von Eigentum, einschließlich des Privateigentums“ anzustreben, und die aus diesem Dokument resultierende Aufgabe der Sowjetunion, sich Richtung Marktwirtschaft zu bewegen. Die Annahme eines „solch bedeutenden Dokuments“ gebe einen zusätzlichen Schub für den Reformprozess und beschleunige ihn, stellte der Interviewte abschließend fest. Dass die westlichen Partner die Einführung und die Befolgung marktwirtschaftlicher Regeln von der Sowjetunion einforderten und davon ihre materielle Unterstützung sowie eine Aufwertung der UdSSR zum achten Mitglied in der Gruppe der führenden Industrieländer der Welt, die Aufnahme in die GATT, abhängig machten, welche für Gorbatschow von enormer Bedeutung waren, ist eine unumstrittene Tatsache.<sup>192</sup>

Nur zwei Monate später bekannte sich die Sowjetunion erneut und diesmal in einer noch ausführlicheren Form als jemals zuvor zu den Grundprinzipien der bürgerlichen Gesellschaftsordnung im Schlussdokument des KSZE-Treffens in Kopenhagen über die menschliche Dimension.<sup>193</sup> Wenn auch noch in „*statu nascendi*“<sup>194</sup>, verdiente das Dokument doch durchaus die Bezeichnung einer „Europäischen Verfassung der Menschenrechte“. Es bestand aus einer Präambel und fünf überschriftlosen Kapiteln mit teilweise sehr ausdifferenzierten Formulierungen über das Wesen des Rechtsstaates, über individuelle Rechte und Freiheiten, demokratische Staatsinstitutionen, nationale Minoritäten und die Überprüfungsmechanismen der humanitären Dimension der KSZE. So verpflichtete man sich im ersten Kapitel zu „Eine[r] Regierungsform, die ihrem Wesen nach repräsentativ ist, bei der die Exekutive den gewählten gesetzgebenden Körperschaften oder der Wählerschaft gegenüber rechenschaftspflichtig ist“ (5.2), und vereinbarte, dass „Freie Wahlen [...] in angemessenen Zeitabständen in geheimer Abstimmung oder durch ein gleichwertiges freies Abstimmungsverfahren unter Bedingungen abgehalten [werden], die die freie Äußerung der Meinung der Wähler bei der Wahl ihrer Vertreter tatsächlich gewährleisten“ (5.1). Die Eigenheit des Kopenhagener Dokuments bestand auch darin, dass zweites Kapitel die Auf-

<sup>191</sup> *Izvestija* vom 12. 4. 1990, S. 4.

<sup>192</sup> Dies wird z. B. an vielen Stellen sowohl von Gorbatschow als auch von Černjaev und Gračev in ihren Erinnerungen bestätigt. Gorbatschow, *žizn'*, Bd. 2, S. 285–300; Tschernjaew, *Die letzten Jahre*, S. 327 ff., 427 ff.; Grachev, *Gorbachev's Gamble*, S. 200–213.

<sup>193</sup> [http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf). Eine überblickende Analyse des Dokuments findet sich bei: Bloed, Arie: A New CSCE Human Rights „Catalogue“: The Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE, in: Bloed/Dijk, *The Human Dimension of the Helsinki Process*, S. 54–71.

<sup>194</sup> So Bloed, *A New CSCE Human Rights „Catalogue“*, S. 73.

zählung von individuellen Rechten enthielt, u. a. das Recht auf die „friedliche Versammlung und Demonstration“ (9.2), der „Anspruch auf freie Meinungsäußerung einschließlich des Rechts auf Kommunikation“ (9.1), das Recht der Gewerkschaftsgründung (9.3) oder „sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen ungestört seines Eigentums zu erfreuen“ (9.6). Im gesamten KSZE-Prozess stellte dieses Dokument einen einzigen derart umfassenden Katalog von individuellen Rechten und Freiheiten dar.<sup>195</sup>

Zu Beginn des Treffens habe jedoch keine Klarheit darüber bestanden, so Zagorskij, ob es zu einem solchen Dokument kommen würde. Ursprünglich wollte sich der Kreml „substanzielle Ergebnisse für das Treffen in Moskau“ für das Jahr 1991 sichern. Die oben genannten Motive (Angst der UdSSR vor der internationalen Isolation, Konsolidierung der reaktionären Kräfte – unmittelbar davor fand der Kongress der RKP in der UdSSR statt – und die hohen Erwartungen des Westens) überstiegen schließlich doch den ursprünglichen egozentrischen Ansatz, und die Delegation ging mit dem Auftrag nach Kopenhagen, „auf ein Dokument hinzuarbeiten“.<sup>196</sup> Zudem war sich die Sowjetunion über die Rückstände bei der Umsetzung der Wiener Verpflichtungen sehr wohl bewusst, während die von ihr verhängte Wirtschaftsblockade gegen Litauen ihr außenpolitisches Ansehen und damit das Vertrauen in Gorbachev ohnehin beeinträchtigte. Darüber hinaus war sie zusammen mit Frankreich zu dem damaligen Zeitpunkt um die politische Auslegung des Konzepts des „gemeinsamen europäischen Hauses“ bemüht, das eine europäische, politisch weitgehend symmetrische Konföderation auf der Grundlage der KSZE bezweckte und sich gegen die zentrifugalen Tendenzen im Osten bzw. in der UdSSR richtete.<sup>197</sup> So ist es konsequent, dass die sowjetische Delegation von Anfang an eine kooperative Haltung einnahm und Édouard Ševardnadze den KSZE-Teilnehmerstaaten am 5. Juni 1990 versicherte, trotz der Bestrebungen der Konservativen Perestroika abubrechen, den Aufbau des Rechtsstaates auf der Grundlage der KSZE-Verpflichtungen fortzusetzen.<sup>198</sup>

Keine nennenswerten Differenzen zwischen der Sowjetunion und den westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten hatte es auch bei der Vorbereitung des geplanten Gipfeltreffens in Paris und bei der Ausarbeitung der „Gemeinsame[n] Erklärung von zweiundzwanzig Staaten“ sowie der „Charta von Paris“ gegeben. Nach der Paraphierung des Vertrages über konventionelle Abrüstung in Europa (KSE)<sup>199</sup> durch die 16 NATO-Mitglieder und die 6 Staaten des Warschauer Vertrages am

<sup>195</sup> Ebd.; [http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf).

<sup>196</sup> Zagorskij, *Die menschliche Dimension*, S. 58.

<sup>197</sup> Das sowjetisch-französische Projekt einer europäischen Föderation auf der Grundlage der KSZE fand jedoch aus verschiedenen Gründen keine Verwirklichung. Eine der Erklärungen war die Reserviertheit der anderen, vor allem der östlichen Staaten gegenüber der Idee einer erneuten Bindung in die politischen Strukturen mit Moskau und ohne Washington, wie es den Initiatoren dieses Projekts vorschwebte. Hierzu siehe Grachev, *From the Common European Home*.

<sup>198</sup> *Izvestija* vom 6. 6. 1990, S. 5.

<sup>199</sup> Wiener Dokument 1990 der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen einberufen in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des ab-

18. November 1990 in Wien wurde anschließend in Paris ein völkerrechtlich verbindlicher Vertrag<sup>200</sup> über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa unterzeichnet. Diesem sicherheitspolitischen Vertragswerk wurde eine „Gemeinsame Erklärung von zweiundzwanzig Staaten“ angefügt, die Winfried von Bredow zu Recht als die „sicherheitspolitische Liquidationsurkunde des Ost-West-Konflikts“ bezeichnete.<sup>201</sup> Darin verkündeten die Unterzeichnerstaaten das „neue Zeitalter europäischer Beziehungen“, in dem sie nicht mehr als „Gegner“, sondern als Partner agieren würden – eine Aussage, auf deren Übereinkunft vor allem die sowjetische Delegation beharrte<sup>202</sup> –, und stellten fest, „daß Sicherheit unteilbar“ ist und dass „die Sicherheit eines jedes ihrer Länder untrennbar mit der Sicherheit aller KSZE-Teilnehmerstaaten verbunden ist“.<sup>203</sup> Eine resümierende „Krönung“ aller bisherigen Vereinbarungen im Rahmen des KSZE-Prozesses war die am Abschluss der Konferenz durch alle 34 Delegationen am 21. November 1990 verabschiedete „Charta von Paris für ein neues Europa“,<sup>204</sup> in der die Spaltung Europas für beendet erklärt und den Völkern der KSZE-Staaten die Gewährleistung ihrer Menschenrechte und Grundfreiheiten, „ein neues Zeitalter der Demokratie, des Friedens und der Einheit“ zugesichert wurde. Zum ersten Mal enthielt ein KSZE-Dokument ein „Zusatzdokument zur Durchführung einiger Bestimmungen der Charta“ und leitete die Institutionalisierung des KSZE-Prozesses ein.<sup>205</sup> Der auf den 10 Prinzipien der KSZE-Schlussakte von Helsinki beruhende Text markierte nicht nur die weltpolitische Zäsur in den Ost-West-Beziehungen und den Höhepunkt des KSZE-Prozesses als Ganzes, er stellte einen Katalog von innergesellschaftlichen Ordnungsprinzipien dar, der nichts mehr mit den sowjetischen Ordnungsvorstellungen und deren institutionellen Rudimenten gemeinsam hatte. Deklaratorisch war damit die Sowjetunion in dem „gemeinsamen europäischen Haus“ mit den „westlichen Spielregeln“ angekommen. „Unser Land hat sich geändert und wird nie mehr wie früher sein“, verkündete Gorbatschow in seiner Rede vor dem Plenum in Paris.<sup>206</sup> Vor dem Obersten Sowjet würdigte er die Vereinbarungen dieses Treffens als „beispiellos in ihrer Bedeutung und Nach-

schließenden Dokuments des Wiener Treffens der KSZE, [http://www.osce.org/documents/fsc/1990/11/4262\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/fsc/1990/11/4262_de.pdf).

<sup>200</sup> Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa, [http://www.osce.org/documents/doclib/1990/11/13752\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/doclib/1990/11/13752_de.pdf).

<sup>201</sup> Bredow, Der KSZE-Prozess, S. 145.

<sup>202</sup> Vgl. Zagorskij, Chel'sinskij process, S. 378.

<sup>203</sup> Gemeinsame Erklärung der zweiundzwanzig Staaten, in: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 137, 24. 11. 1990, S. 1422f.

<sup>204</sup> Charta von Paris für ein neues Europa, [http://www.bundestag.de/bundestag/europa\\_internationales/international/osze/Auf\\_einen\\_Blick/charta.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/international/osze/Auf_einen_Blick/charta.pdf).

<sup>205</sup> Man einigte sich auf den regelmäßig zusammentretenden *Rat*, der aus den Außenministern der KSZE-Teilnehmerstaaten zusammengesetzt werden sollte; auf einen *Ausschuss Hoher Beamter* für die Vorbereitung von Ratstreffen und die Evaluierung des KSZE-Prozesses; auf ein ständig besetztes *KSZE-Sekretariat*; auf ein *Konfliktverhütungszentrum* und auf das *Büro für freie Wahlen*, das helfen sollte, in den Ostblockstaaten den Mechanismus demokratischer Willensbildung zu etablieren. Hierzu siehe das Zusatzdokument der Charta.

<sup>206</sup> *Izvestija* vom 20. 11. 1990, S. 1, 4.

wirkung“. Er sprach von „neuen Normen eines fortschrittlichen neuen Europa“ und bezeichnete sie als „verbindliche für uns“, denn andererseits „brechen wir nicht nur das gegebene Wort und untergraben eine gemeinsame Sache [...], sondern wir berauben uns selbst jener Vorteile und Vorzüge, die sich uns aus der Ergebenheit dieser Prinzipien ergeben“.<sup>207</sup> Wollen wir an den Vorteilen eines gemeinsamen Marktes partizipieren, dann müssen wir seine marktwirtschaftlichen „Spielregeln“ sowie die Prinzipien eines gemeinsamen europäischen Rechtsraums akzeptieren und sie möglichst bald selbst realisieren, führte er weiter aus. Damit plädierte er für die weitere Vertiefung des Demokratisierungsprozesses und für die schnelle Einführung der Marktreformenten in der UdSSR, denen er jedoch, wie gezeigt, schon nach kurzer Zeit unter dem Druck der Konservativen selbst die Zügel anlegte. Gorbachevs Äußerungen über die getroffenen KSZE-Vereinbarungen zeigten aber, dass er ungeachtet eines innenpolitisch eingeschlagenen Zick-Zack-Kurses doch fest entschlossen war, die Sowjetunion als einen europäischen, den westlichen Demokratien ebenbürtigen Staat, verbunden durch gemeinsame Werte und Normen, zu etablieren. Es fiel ihm aber immer schwerer, die zwei „unterschiedlichen Welten“ – die „zivilisierte“ Außen-, in der er anerkannt, und die „unzivilisierte“ Innenwelt, in der er abgelehnt wurde, einander näherzubringen.<sup>208</sup> Deshalb musste er sich „immer häufiger verstellen“, so Černjaev, der in dieser Zeit diese zwei verschiedenen Aspekte der Persönlichkeit von Gorbachev beobachtete.<sup>209</sup> Der Glaube, beide Welten irgendwie vereinbaren zu können, war eines der größten Irrtümer von Gorbachev.

Bezeichnenderweise schwand in dieser Zeit die Aufmerksamkeit der sowjetischen Öffentlichkeit und mit ihr der ursprüngliche Enthusiasmus dem KSZE-Prozess gegenüber. So fanden das Kopenhagener KSZE-Treffen und dessen Schlussdokument in der sowjetischen Presse kaum ein Echo. Die traditionell konservativen Parteiblätter (*Pravda*, *Sovetskaja Rossija*, *Izvestija*) hatten keinerlei Interesse, eine derart offensichtliche Entsagung von den sozialistischen Idealen kundzutun.<sup>210</sup> Aus einem anderen Grunde versäumte es die liberale Presse: Wie oftmals angemerkt, wurde diese (vor allem *Moskovskie Novosti*, *Ogonek*, *Argumenty i Fakty*) zur Plattform der Kritik „von links“, zum Sprachrohr der radikalen Reformen, die sich nach der Wahl El'cins zum Vorsitzenden des Obersten Sowjet am 29. Mai 1990 noch mehr an den neuen Machtstrukturen in Moskau orientierten und wohl aus taktischen Gründen an der Darstellung der außenpolitischen Erfolge von Gorbachev wenig interessiert waren.<sup>211</sup> Aus diesen Überlegungen war

<sup>207</sup> VS SSSR. Četvertaja sessija, Nr. 51, 1990, S. 234–241.

<sup>208</sup> So Tschernajew, *Die letzten Jahre*, S. 300.

<sup>209</sup> Ebd.

<sup>210</sup> Lediglich *Izvestija*, das Presseorgan des Volksdeputiertenkongresses, druckte Ševardnadzes Rede ab. *Izvestija* vom 6. 6. 1990, S. 5.

<sup>211</sup> So teilt Černjaev mit, dass die Massenmedien das Pariser Treffen der Staatschefs vom November 1990 verschwiegen und sich vor allem nach dem August-Putsch weigerten, über den Präsidenten und seine Treffen mit ausländischen Persönlichkeiten zu informieren. Offensichtlich zeichnete sich aber der Trend zur Marginalisierung Gorbachevs durch eine einseitige

es geradezu symptomatisch, dass die populärste Zeitung der Union, *Argumenty i Fakty*, am Tag nach der Verabschiedung der „Charta von Paris für ein neues Europa“ am 21. November 1990 nicht diese, sondern das Projekt der Verfassung der Russischen Föderation veröffentlichte.<sup>212</sup> *Argumenty i Fakty* schwieg auch in den folgenden Ausgaben zum KSZE-Gipfeltreffen der 34 Staaten<sup>213</sup> in Paris. Eine flüchtige Achtsamkeit schenkte ihm die andere populäre Zeitung, *Moskovskie Novosti*. In einer Rubrik „Der Geburtstag eines neuen Europas“ bewertete ein kleiner Artikel die Charta als eine „offizielle Beerdigung“ des Kalten Krieges bzw. als die „Fixierung“ der schon längst gültigen Tatsachen. Er erinnerte aber auch daran, dass die Weiterentwicklung des „gemeinsamen europäischen Hauses“ mit der Fortführung der demokratischen Reformen in der UdSSR aufs Engste zusammenhänge.<sup>214</sup> Das vergleichsweise größte Licht auf dieses Ereignis warf hingegen die relativ gemäßigte Zeitung *Izvestija*.<sup>215</sup> In mehreren Ausgaben wurden Kommentare, Gorbachevs Rede in Paris sowie die Charta selbst abgedruckt.<sup>216</sup> Der Text der „Charta für ein neues Europa“ wurde auch in *Pravda* und *Sovetskaja Rossija*, kurze Kommentare in der liberalen Zeitung *Literaturnaja Gazeta* veröffentlicht.<sup>217</sup> Doch die sicherheitspolitische Bedeutung des Gipfeltreffens und die dort beschlossenen Dokumente prävalierten in den Darstellungen, während eine Eini- gung auf einen gemeinsamen Wertekatalog eher unterschlagen wurde.<sup>218</sup>

Auf der Grundlage dieser Befunde ist zu konstatieren, dass die innersowjetischen Auseinandersetzungen um die Macht den KSZE-Prozess ab Ende 1990 immer mehr in den Hintergrund verdrängten. Sogar das Interesse der Informellen bzw. der Bürgerrechtsgruppen an der KSZE ließ nach. Der Enthusiasmus, der unter diesen und selbst unter den politisch nicht organisierten Bürgern nach dem erfolgreichen Ende des KSZE-Treffens in Wien festgestellt wurde, schwand merklich dahin. Lediglich in den zwischen- und interministeriellen Debatten im Gesetzgebungsprozess war die KSZE noch als Argument präsent. So geriet auch die dritte Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau (10. September–4. Oktober 1991), die ursprünglich den Höhepunkt des „Neuen Denkens“ und Gorbachevs Reformen darstellen sollte und deshalb dem Kreml

ge Berichterstattung bereits im Sommer 1990 ab. Während dieser Zeit wurde die Auseinandersetzung zwischen Gorbachev und Elcin um die politische Macht immer offener ausgetragen. Vgl. Tschernjaew, *Die letzten Jahre*, S. 432.

<sup>212</sup> Es handelte sich sogar um eine Sondernummer, die komplett aus dem Verfassungsentwurf bestand. AiF vom 22. 11. 1990.

<sup>213</sup> Auf der KSZE-Gipfelkonferenz in Paris waren nicht mehr 35 Teilnehmerstaaten vertreten, sondern nur noch 34, weil die DDR am 3. 10. 1990 aufhörte zu existieren.

<sup>214</sup> MN vom 25. 11. 1990, S. 12.

<sup>215</sup> Unter den zentralen Staatsmedien war diese Zeitung die einzige, die sich während des August-Putsches 1991 gegen die Putschisten wandte und einen Appell des Präsidenten der RSFSR, Boris Elcin, an das russische Volk veröffentlichte, <http://www.izvestia.ru/90let/history.html>.

<sup>216</sup> *Izvestija* vom 18. 11. 1990, S. 3; 19. 11. 1990, S. 1; 20. 11. 1990, S. 1, 4; 21. 11. 1990, S. 1; 22. 11. 1990, S. 1, 4f.

<sup>217</sup> *Pravda* vom 22. 11. 1990, S. 1, 3; SR vom 22. 11. 1990, S. 1, 3; LG vom 28. 11. 1990, S. 10.

<sup>218</sup> *Pravda* vom 22. 11. 1990, S. 2; vom 23. 11. 1990, S. 1, 5; SR vom 22. 11. 1990, S. 3.

eine Reihe geschilderter schwerwiegender Konzessionen an den Westen Wert war, ganz in den Schatten des August-Putsches und des Zusammenbrechens der Sowjetunion.

### 2.3 Das Endspiel: Die KSZE-Konferenz über die menschliche Dimension in Moskau im Schatten des August-Putsches und die Implosion der Sowjetunion 1991

Ungeachtet dessen, dass Gorbatschow den Hardlinern im Parteiapparat 1990/1991 Gehör schenkte und ihnen sogar Zugeständnisse machte, erkannte er die Ausweglosigkeit der politischen Lage durchaus. Er wandte sich wieder an die reformorientierten Persönlichkeiten, die früher seine Berater oder Mitarbeiter waren, und zog sie durch die regelmäßigen informellen Treffen wieder in die Entscheidungen mit ein.<sup>219</sup> Ein wichtiges Ergebnis war der Beginn der neuen Gespräche zwischen der Zentralgewalt und den Republiken, die in Novo-Ogarevo mit neun von fünfzehn Republiken (deswegen „9+1-Sitzungen“) am 23. April 1991 den Anfang nahmen und die Ausarbeitung eines neuen Unionsvertrages mit der klaren Aufteilung von Machtbefugnissen und Kompetenzen bezweckten. Der am 15. August in der Sowjetpresse erschienene Entwurf mit der Überschrift „Vertrag über die Union Souveräner Staaten“ führte die Union immer noch als „alleiniges Subjekt des Völkerrechts“, verzichtete aber auf das Adjektiv „sozialistische“, versprach den Republiken ihr Eigentumsrecht an allen natürlichen Ressourcen, die wirtschaftliche Selbstständigkeit mit dem Recht, ihren Außenhandel selbst zu betreiben und über die Deviseneinnahmen zu verfügen, und stellte schon allein deswegen das Zentrum in seinen Einnahmen in eine Abhängigkeit von den Republiken.<sup>220</sup> Die Unterzeichnung des neuen Vertrages wurde für den 20. August anberaumt. Die Ausarbeitung des Vertragsentwurfs vollzog sich ohne Einbeziehung der KPdSU oder der Parlamente, sodass sich die Repräsentanten dieser Institutionen umgangen fühlten und ihre Einwände geltend machten (so der Vorsitzende des Obersten Sowjets, Anatolij Lukjanov).<sup>221</sup> Die bevorstehende Unterzeichnung des Vertrages, die im Grunde genommen eine formelle Abschaffung des zuvor bestehenden Unionsstaates bedeutet hätte, und die damit verbundenen personellen Veränderungen haben den Anstoß für den Umsturzversuch durch die orthodox-kommu-

<sup>219</sup> Hierbei handelte es sich vor allem um Aleksandr Jakovlev, Vadim Medvedev, Georgij Šachnazarov, Anatolij Černjaev, Evgenij Primakov aber auch Valerij Boldin, der Einzige, der den August-Putsch 1991 unterstützte. Vgl. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 467 f.

<sup>220</sup> Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 471 f.; eine Sammlung von Quellen bezüglich des Novo-Ogarevo-Prozesses sowie der Entwurf des letzten Unionsvertrages finden sich im folgenden Band: *Sojuz možno bylo sochranit'. Belaja kniga. Dokumenty i fakty o politike M.S. Gorbatsčeva po reformirovaniju i sochraneniju mnogonacional'nogo gosudarstva*, Moskau 2007.

<sup>221</sup> Meissner, Boris: *Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch in der Sowjetunion III*, in: *Osteuropa* 1991, S. 205–226, hier S. 211 f.



nistischen Kräfte gegeben, der vom 18. bis 21. August 1991 stattgefunden und den Untergang des Sowjetimperiums beschleunigt hat.<sup>222</sup>

Der Putsch begann mit den Versuchen der Verschwörer, Gorbachev, der sich mit seiner Familie an seinem Ferienort Kap Foros auf der Krim befand, zur Verhängung eines Ausnahmezustandes zu bewegen. Nachdem ihnen dies nicht gelungen war, übernahm ein achtköpfiges Notstandskomitee unter Vorwand einer angeblichen Erkrankung von Gorbachev die Macht. In erster Linie handelte es sich dabei um die Repräsentanten der „alten“ Herrschaftsinstitutionen und des militärisch-industriellen Komplexes, die fast alle durch Gorbachev in ihre Ämter berufen worden waren.<sup>223</sup> Die Putschisten ließen Moskaus Stadtinnere von der Armee besetzen, verboten landesweit Streiks, informelle Vereinigungen und Parteien, die Herausgabe der liberalen Zeitungen (z. B. AiF, MN) und wandten sich mit einem „Appell an das sowjetische Volk“, in dem sie mit einer „tödliche[n] Gefahr“ und einer „vertiefende[n] Destabilisierung der politischen und ökonomischen Lage“ sowie einer „tiefe[n] Krise“ den Ausnahmezustand rechtfertigten.<sup>224</sup> Schon nach drei Tagen war der Putsch jedoch am Widerstand der Bevölkerung und der Regierung der RSFSR mit El'cin an der Spitze, an der Spaltung der Armeekräfte und nicht zuletzt wegen der Amateurhaftigkeit des ganzen Staatsstreichs gescheitert. Weil die zentralen Unionsorgane oder deren Vertreter die Verschwörer unterstützt oder sich von diesen nicht distanziert hatten, weil die Unionsrepubliken von dem Putsch in ihrem Bestreben nach Souveränität bestätigt wurden (Estland und Lettland lösten sich noch während der Putsch-Tage von der Union)<sup>225</sup>, bedeutete das Ende des Putsches auch das Ende der Sowjetunion, während El'cin als der Hauptheld dieser Ereignisse hervorgehen und seine Machtstellung festigen konnte. In seiner Eigenschaft als Präsident der Russländischen Föderation suspendierte er alle Aktivitäten der KPdSU in Russland, verstaatlichte ihr Vermögen und un-

<sup>222</sup> Zu dem August-Putsch gibt es eine Überfülle an Literatur, die hier allesamt nicht angeführt werden kann. Stellvertretend sei hier nur auf folgende Quellensammlungen und Darstellungen verwiesen: Chronika putča. Čas za časom. Sobytiya 19-22 avgusta 1991 v svodkach Rossijskogo Informacionnogo Agentstva, Moskau; Krasnoe ili beloe? Drama avgusta: fakty, gipotezy, stolknovenie mnenij, Moskau 1992; Delavre, Tina (Hrsg.): Der Putsch in Moskau. Berichte und Dokumente, Frankfurt am Main 1992; Dunlop, John B.: The August 1991 Coup and Its Impact on Soviet Politics, in: JCWS, Vol. 5, Nr. 1, 2003, S. 94-127; Gorbatschow, Michail: Der Staatsstreich, München 1991; Tschernajew, Die letzten Jahre, S. 401-421; Černjaev, Sovmestnyj ischod, S. 970-984.

<sup>223</sup> Diesem gehörten der Vizepräsident der UdSSR, Gennadij Janaev, der den Vorsitz des Notstandskomitees übernahm, der Premierminister Valentin Pavlov, der KGB-Vorsitzende Vladimir Krjučkov, der Verteidigungsminister Dmitrij Jazov, der Innenminister Boris Pugo, der Stellvertretende Vorsitzende des Verteidigungsrates der UdSSR, Grigorij Baklanov, der Führer der Bauernunion, Vasilij Starodubcev, und der führende Repräsentant der staatlichen Industrie, Aleksandr Tizjakov, an. Vgl. Chronika, S. 2.

<sup>224</sup> Vgl. Dokument, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0050\\_gkc&object=abstract&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0050_gkc&object=abstract&st=&l=de).

<sup>225</sup> Es wurde in einem anderen Kontext berichtet, dass der Putsch von einer Reihe von Republiken zum Anlass genommen wurde, um ihre Unabhängigkeit zu erklären. Vgl. Teil III, Kapitel 4.4 der vorliegenden Arbeit.



tersagte das Erscheinen der zentralen kommunistischen Presseorgane (darunter *Pravda*, *Sovetskaja Rossija*) wegen ihrer Beteiligung am Putsch. Als Generalsekretär einer verfassungswidrig handelnden und nun für verboten erklärten Partei musste Gorbatschow zurücktreten und das ZK der KPdSU zur Selbstauflösung auffordern. Er stimmte auch den von El'cin in Gang gesetzten Maßnahmen zu und erließ ein Dekret über den Rücktritt der Regierung unter Pavlov (das Ministerkabinett der UdSSR), die sich am 19. August für die Unterstützung des Notstandskomitees ausgesprochen hatte. In einer außerordentlichen Sitzung wurde von dem Volksdeputiertenkongress der Union ein Verfassungsvervisorium für die Übergangszeit beschlossen. Dieser sah einen aus dem Präsidenten der Union und den Führern der Republiken bestehenden Staatsrat [*gosudarstvennyj sovet*] vor, welcher am 14. November 1991 die sowjetische Verfassung außer Kraft setzte.<sup>226</sup> Darüber hinaus verabschiedete der Volksdeputiertenkongress die „Deklaration über die Rechte und Freiheiten der Menschen“, welche eine erste Menschenrechtsdeklaration des Sowjetstaates darstellte und die Unveräußerlichkeit, die vorstaatliche Gegebenheit und Unverletzlichkeit der Menschenrechte und Freiheiten festhielt.<sup>227</sup> An der konstituierenden Sitzung des Stadtrates erfolgte die Anerkennung der Unabhängigkeit der baltischen Republiken durch die Sowjetunion. Noch am 24. August erklärte der Oberste Sowjet der Ukraine deren Austritt aus der Union (unter Vorbehalt der auf den 1. Dezember anberaumten Volksabstimmung). Am 21. September 1991 sprachen sich in einer Volksabstimmung in Armenien 94% von 95,5% der Wahlberechtigten für die staatliche Unabhängigkeit Armeniens aus.<sup>228</sup> Moldawien und Georgien betrachteten sich bereits als unabhängige Staaten und lediglich die zentralasiatischen Republiken und Kasachstan waren noch bereit, sich an einem Zusammenschluss der Staaten nach dem Vorbild der Europäischen Gemeinschaft zu beteiligen. Der Prozess der Auflösung der Union war dennoch nicht mehr aufzuhalten. Am 8. Dezember trafen sich die Präsidenten Russlands, Belarus und der Ukraine in Belovežskaja Pušča (Belarus) und einigten sich im Alleingang auf die Gründung einer „Gemeinschaft Unabhängiger Staaten“ (GUS). Am 21. Dezember wurden im kasachischen Alma Ata von den Staatsoberhäuptern der 11 ehemaligen Republiken (außer der baltischen Staaten und Georgien) das Abkommen über die Auflösung der UdSSR sowie die Deklaration über die Schaffung der GUS unterzeichnet. Bezeichnenderweise finden sich in dem Abkommen<sup>229</sup> die zentralen Prinzipien der KSZE-Schlussakte (Recht auf Selbstbestimmung, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Ablehnung der Gewaltanwendung, Achtung der Menschenrechte usw.) wieder.

Als Konsequenz dieser Prozesse gab Gorbatschow am 18. Dezember als sowjetischer Präsident seinen Rücktritt bekannt und schied mit Unterzeichnung eines

<sup>226</sup> Siehe hierfür ausführlich Meissner, Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch, S. 222f.

<sup>227</sup> VVS SSSR 1991, Nr. 37, Art. 1083.

<sup>228</sup> Hierfür wie für das Folgende AdG 1991: 36350-36358.

<sup>229</sup> Europa-Archiv, 1992, D. 305f.

entsprechenden Dekretes am 25. Dezember aus dem Amt. Darin übertrug er seine Kommandogewalt über die Streitkräfte einschließlich der Kontrolle über die Nuklearwaffen an El'cin. Russland wurde damit zum Nachfolgestaat der Sowjetunion. In einer Fernsehansprache am Abend des 25. Dezember, die einen letzten „Amtsakt“ des Präsidenten der UdSSR und gleichzeitig den „Schlusspunkt“ der Perestroika darstellte, zog er eine positive Bilanz seiner Reformen und begründete den Rücktritt mit dem Prozess der Auflösung der Sowjetunion.<sup>230</sup>

Der August-Putsch und der Zerfallsprozess der Union stellten die KSZE-Konferenz über menschliche Dimension, welche zwischen dem 10. September und dem 4. Oktober 1991 in Moskau stattfand, völlig ins Abseits. Außer den drei Putsch-Tagen gab es seitens der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten keinerlei Zweifel mehr an der Zweckmäßigkeit der Veranstaltung einer Menschenrechtskonferenz in der Sowjetunion. Obgleich dieser Konsens eine symbolische Bestätigung des Reformkurses von Gorbatschow durch den Westen darstellte, zu einem Höhepunkt der Perestroika oder der multilateralen Diplomatie wurde das Treffen, worauf die Sowjetunion seit der Unterbreitung dieses Vorschlags im November 1986 auf der KSZE-Konferenz in Wien hinarbeitete, nicht. Ironischerweise leitete Gennadij Janajev, der Vorsitzende des Notstandskomitees des Putsches, die Vorbereitungen des Treffens.<sup>231</sup> Die Sowjetunion schaffte es bis zur Konferenz in Moskau auch nicht, alle ihre KSZE-Verpflichtungen zu erfüllen,<sup>232</sup> während der Putsch selbst die Gefahr der Rückläufigkeit der bisherigen Demokratisierung vergegenwärtigte. Michail Gorbatschow nutzte zwar seine Eröffnungsrede zur Verurteilung des Putsches und beschwor die Unumkehrbarkeit der Perestroika. Der Staatsstreich und der davor erfolgte Rechtsruck des Präsidenten hinterließen jedoch für alle sichtbare Spuren und warfen einen großen Schatten auf die KSZE-Konferenz. So zeichnete sich die sowjetische Delegation unter dem Eindruck der innenpolitischen Ereignisse durch ein „niedriges diplomatisches Profil“<sup>233</sup> aus und war bereit, beinahe jedem Kompromiss zuzustimmen. Die von der UdSSR eingebrachten Vorschläge waren „konjunktureller“<sup>234</sup> Natur (z. B. betreffend des öffentlichen Notstandes) und größtenteils „oberflächlich“, „reaktiv“, die „eine ernsthafte Grundlage für einen qualitativ neuen, langfristigen sowjetischen Diskurs über Menschenrechte“<sup>235</sup> vermissen ließen. Von größerer Priorität war für Moskau die Demonstration der Unterstützung der westlichen Teilnehmerstaaten, die sie auch in moralischer, jedoch noch nicht in finanzieller Form bekommen hatte. „Bei

<sup>230</sup> Text: Ansprache an die Sowjetbürger. Rede des Staatspräsidenten der UdSSR im Fernsehen, 25. Dezember 1991, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0020\\_rue&object=abstract&st=&tl=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0020_rue&object=abstract&st=&tl=de).

<sup>231</sup> Moskovskoe sovesčanie konferencii po čelovečeskomu izmereniju SBSE, Bd. 1, S. 7.

<sup>232</sup> Zagorski, Moskau, S. 63; vgl. die bereits erwähnte Analyse der Menschenrechtssituation vom September 1991 von IGFM, SBSE i prava človeka.

<sup>233</sup> So der Teilnehmer der Delegation Andrej Zagorski, in: Zagorski, Die menschliche Dimension, S. 59f.

<sup>234</sup> So Zagorski, Moskau, S. 63.

<sup>235</sup> Ebd., S. 64; zu den Vorschlägen siehe: Moskovskoe sovesčanie, Bd. 2.



*Der sowjetischen Präsident Michail Gorbachev hält vor den Teilnehmern des dritten Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE eine Begrüßungsrede im Konferenzsaal im Dom Sojusov. Er geht auf die Ursachen des gescheiterten Putsches gegen seine Regierung ein und wünscht sich vom Westen mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung als bisher bei der Integration seines Landes in die Weltwirtschaft. 10. September 1991*

(Quelle: Bundesregierung/Fassbender, B 145 Bild-00113575)

ihrer Arbeit am Aufbau von Demokratie und Marktwirtschaft wird ihnen der Westen zur Seite stehen“, versprach der US-Außenminister James Baker in seiner Rede.<sup>236</sup> Die Versuche der Putschisten, eine frei gewählte Regierung zu entmachten, verurteilten alle Teilnehmerstaaten und sicherten im Falle eines Umsturzes den „rechtmäßigen Organen dieses Staates“ ihre Unterstützung zu.<sup>237</sup>

Trotz des Beistands seitens der westlichen KSZE-Signatarstaaten wurden die Sowjetunion und ihre ehemaligen Republiken (vor allem Georgien) wieder zur Zielscheibe der Kritik.<sup>238</sup> Moskau wurden vor allem Defizite im Bereich der Ausreisepolitik vorgeworfen, die ja, wie oben dargestellt, bis zum Mai 1991 gesetzlich ungeregelt und selbst danach bis ins Jahr 1993 willkürlich blieb. Das Problem der politischen Gefangenen war noch nicht endgültig gelöst. Während Boris El'cin fünf Personen in den Tagen der Konferenz begnadigte, wartete man auf eine solche Geste seitens der sowjetischen Regierung vergeblich. Zum ersten Mal bekamen allerdings die westlichen Diplomaten die Gelegenheit, die Gefangenen im berüchtigten Lager Nr. 35 in Perm' und in zwei Gefängnissen zu besuchen.<sup>239</sup> Auch die Aktivitäten der NGOs in Moskau wurden akzeptiert und damit eine der Hauptbedingungen für das Zustandekommen der Konferenz in Moskau erfüllt.<sup>240</sup> Die Forderung der Helsinki-Gruppen, ihre beratende Stellung im Rahmen der KSZE zu institutionalisieren, erwies sich jedoch als nicht konsensfähig.<sup>241</sup> Im Vergleich zu allen früheren KSZE-Treffen konnten sich die Teilnehmerstaaten dennoch ziemlich zügig auf das 24 Seiten umfassende Dokument einigen, das die Phase der Standardsetzung im Bereich der humanitären Dimen-

<sup>236</sup> AdG 1991: 36086.

<sup>237</sup> AdG 1991: 36087.

<sup>238</sup> Zagorski, Moskau, S. 63.

<sup>239</sup> Zagorskij, Chel'sinkskij process, S. 414.

<sup>240</sup> So konnten die Helsinki Watch und die MHG in Moskau diverse inoffizielle Seminare und Treffen organisieren. Snyder, Human Rights, S. 241.

<sup>241</sup> Bemerkenswerterweise verfolgten dieses Ziel die sowjetische, österreichische, norwegische und polnische Delegationen, während die Amerikaner dagegen waren. Moskovskoe sovesčanie, Bd. 1, S. 13.

sion abschloss.<sup>242</sup> Der Stellvertretende Außenminister der UdSSR, Jurij Derjabin, proklamierte bilanzierend, dass nun „Demokratie und Menschenrechte über dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten stehen“.<sup>243</sup>

Im Vergleich zu den bisherigen KSZE-Treffen stellte diese Konferenz jedoch keinen Durchbruch dar. Nach Bewertung von Andrej Zagorskij bildete das Treffen „weder eine Anfangs- noch eine Abschlussetappe“<sup>244</sup> des KSZE-Prozesses im Bereich der menschlichen Dimension. Ebenso wenig zog die Konferenz die mediale Aufmerksamkeit auf sich. Selbst das Interesse der russischen Regierung, die sich noch von der IHF über das Pariser Treffen von 1989 informieren ließ und am Kopenhagener Treffen Interesse zeigte,<sup>245</sup> verflüchtigte sich.<sup>246</sup>

Dennoch war die Tagung in Moskau und vor allem die Zusammensetzung der sowjetischen Delegation nicht ohne Symbolkraft. Wie erwähnt, traten Lettland, Litauen und Estland als volle Mitglieder der KSZE kurz vor der offiziellen Eröffnung der Konferenz in Moskau bei. Der sowjetischen Delegation gehörten zwei Kovorsitzende an: der Stellvertretende Außenminister der UdSSR, Jurij Derjabin, und der Vorsitzende des Menschenrechtskomitees des Obersten Sowjets der RSFSR, der prominente Bürgerrechtsaktivist und Mitglied der wiedergegründeten MHG, Sergej Kovalev. Der Dualismus des Vorsitzes demonstrierte einerseits den fortgeschrittenen Auflösungsprozess der Sowjetunion – in der Zusammensetzung der Delegation waren zum ersten Mal auch andere Unionsrepubliken vertreten –, andererseits symbolisierte die Tatsache, dass ein ehemaliger Dissident und Bürgerrechtsaktivist diesen Posten innehatte, den Werteumbruch, den die Sowjetunion in dem kurzen Zeitabschnitt unter Gorbatschow durchgemacht hatte, und statuierte ein Exempel. Es schien, als sei Russland als ein Nachfolgestaat der UdSSR und mit ihm die anderen Teilrepubliken in dem „gemeinsamen europäischen Haus“ angekommen. Ob in der GUS-Deklaration<sup>247</sup> von 1993 oder durch den Beitritt in die KSZE, die ehemaligen Sowjetrepubliken bekannten sich zu den KSZE-Prinzipien als Leitlinien der weiteren politischen Reformen. Damit wurde in Ostmittel- und Osteuropa einmal mehr der Boden für die erfolgreiche Transformation zu demokratisch legitimierten Staatsordnungen bereitet.

<sup>242</sup> Dokument des Moskauer Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, <http://www.osce.org/node/14312>; siehe auch Bloed, Arie: Moscow Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE: A Critical Analysis, in: Helsinki Monitor, Vol. 3, Nr. 1, 1992, S. 4–16.

<sup>243</sup> AdG 1991: 36086.

<sup>244</sup> Moskovskoe sovesčanie konferencii po čelovečeskomu izmereniju SBSE, Bd. 1, S. 14.

<sup>245</sup> Zagorski, Moskau, S. 63.

<sup>246</sup> Einen kleinen Ausschnitt aus der Rede von Gorbatschow druckte *Pravda* vom 11. 9. 1991 auf S. 1, ab; einen kurzen Artikel veröffentlichte SR vom 11. 9. 1991, S. 1; hingegen keine Erwähnungen waren in AiF, MN oder in *Ogonek* zu finden.

<sup>247</sup> So verkündete die Charta der GUS im Artikel 3 vom 22. 1. 1993 die Menschenrechte und die Grundfreiheiten nach „Maßgabe der allgemein anerkannten Grundsätze und Normen des Völkerrechts und der Dokumente der KSZE“ zu gewährleisten. Europa-Archiv, 1993, D. 431–439.



# V. Zusammenfassung der Ergebnisse und Ausblick

## 1. Fazit

Als Michail Gorbachev im März 1985 das Erbe seiner Vorgänger antrat, war die Sowjetunion eine Supermacht „auf tönernen Füßen“<sup>1</sup>. Das Land befand sich in einer doppelten Krise. Der Krisenzustand erfasste nicht nur den innenpolitischen Bereich, sondern erstreckte sich auch auf die internationalen Beziehungen. Die wirtschaftliche Leistungsbilanz verschlechterte sich seit Mitte der 1970er Jahre so rapide, dass der Lebensstandard bereits Anfang der 1980er Jahre zum Null- und Minuswachstum tendierte, der sozialistische Wohlfahrtsstaat kaum noch finanzierbar und folglich unfähig war, sich die Loyalität der Bevölkerung zu erkaufen (er war sozial „überdehnt“<sup>2</sup>). Der strukturell bedingte Rückgang der sowjetischen Volkswirtschaft verstärkte sich noch mehr unter dem Einfluss der außenpolitischen Krise. Das Wettüben mit den USA verschlang den großen Teil des Brutto-sozialproduktes. Die volkswirtschaftliche Fixierung auf die Schwer- und Rüstungsindustrie ging zu Lasten der Konsumbedürfnisse der Menschen und brachte das Land in eine ökonomische Schieflage. Auch das seit der Brežnev-Ära zunehmende militärische Engagement in aller Welt, vor allem der seit 1979 kräfte- und geldzehrende Krieg in Afghanistan<sup>3</sup> mit seiner demoralisierenden Wirkung auf die Sowjetgesellschaft, war in vielfältiger Weise sehr kostspielig. Das Verhältnis zur NATO, zu den USA und den westeuropäischen Staaten war von neuen Konflikten geprägt (NATO-Doppelbeschluss, Polenkrise, Boykott der Moskauer Olympischen Sommerspiele 1980 durch mehrere westliche Staaten, Stellvertreterkriege in Afrika und dem Nahen Osten). Von einer negativen Bilanz zeugte auch die bisherige sowjetische KSZE-Politik. Statt internationaler Anerkennung und materieller Vorteile brachte die multilaterale Diplomatie Moskau eine Stärkung der oppositionellen Gruppen, internationale Kritik an der innenpolitischen Menschenrechtslage sowie, damit einhergehend, die Pflicht, international Rechenschaft abzulegen, ein.

Gorbachev war der erste sowjetische Generalsekretär, der es wagte, den innen- und außenpolitischen Krisenzustand durch mehrere gleichzeitig vorgenommene Reformansätze und die Entideologisierung der Internationalen Beziehungen zu

<sup>1</sup> Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985.

<sup>2</sup> Ebd., S. 497–501.

<sup>3</sup> Die Intervention in Afghanistan stellte erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg eine militärische Operation dar, bei der die Sowjetunion ein großes Kontingent eigener Soldaten in den Krieg schickte und mindestens 50 000 Mann verlor. In der Gesamtzahl beziffern sich die Verluste der UdSSR auf 460 000 Menschen (davon 180 000 Verletzte, 1000 Verschollene und 230 000 schwer Kriegsversehrte). Vgl. Kalinovsky, A Long Goodbye; Zahlen nach Plaggenborg, „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, S. 509.

überwinden und dabei die sowjetische Außenpolitik, d.h. auch die KSZE-Ziele und -Strategien, durch das Brennglas seiner Binnenreformen nüchtern zu überdenken. Vorerst dominierten dabei die Absichten, das sozialistische System zu „revitalisieren“ – durch eine Besserung der Beziehungen mit dem Westen und den Transfer der Ressourcen von der Rüstungswirtschaft in den zivilen Bereich, durch begrenzte Wirtschaftsreformen und den „sozialistischen Meinungspluralismus“. Die Ergebnisse waren jedoch sehr weit von Gorbachevs Vorhaben entfernt. Die halbherzigen und widersprüchlichen Reformen führten nicht zur Erneuerung des Sozialismus, sondern legten die aufgestauten, unablässig unterdrückten nationalen und sozialen Konflikte sowie die Konkurrenzunfähigkeit des Sowjetsystems offen. Die wirtschaftlichen und politischen Krisensymptome verschärften sich so schnell, dass alle weiteren Versuche einer radikaleren innenpolitischen Umgestaltung sowie einer Aufrechterhaltung der multinationalen Union zu spät kamen und mit einem Fiasko endeten: Der „sozialistische Gesellschaftsvertrag“ wurde seitens der Bevölkerung aufgekündigt, die Partei gab ihr jahrzehntelang bestehendes Machtmonopol auf, das sowjetische Imperium implodierte und mit ihm der gesamte Ostblock.

Gorbachevs Misserfolg war aber zugleich ein Erfolg von weltgeschichtlichem Rang. Es gehört ohne Zweifel zu den größten politischen Verdiensten von Gorbachev, dass er den Verfall der Sowjetideologie und seiner eigenen Macht akzeptierte, den Untergang der Union gewaltfrei hinnahm<sup>4</sup> und den osteuropäischen Staaten die „Rückkehr nach Europa“ ermöglichte. Doch war dies kein zwangsläufig linearer Vorgang und es war nicht allein Gorbachev, der ihn bestimmte. Auch wenn der Gorbachev-Faktor dabei als Erklärung zweifelsohne herausragt und die Aufkündigung des „sozialistischen Gesellschaftsvertrages“ ohne Einbeziehung der ökonomischen Faktoren nicht zu verstehen ist, vollzog sich die Implosion der Sowjetunion doch als Folge *vieler* Einzelschritte, von denen *einer* die Teilnahme der UdSSR am KSZE-Prozess war.

Die Relevanz der multilateralen Diplomatie zur Zeit der Perestroika zu untersuchen, war das Ziel dieser Arbeit. Gestützt auf vier Fragenblöcke wurden die Einflüsse der KSZE entlang der sich wandelnden und interdependenten staatlichen, gesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Ebenen analysiert. Außer Frage steht am Ende der Befund, dass die KSZE in einer *lang-* und *kurzfristigen* Perspektive *indirekt* und *unmittelbar* die Liberalisierungsprozesse der Perestroika dynamisierte und damit zur Auflösung des Sowjetstaates sowie dem Ende des Kalten Krieges in einer komplexen Dialektik zwischen den Entwicklungen auf den genannten Ebenen beitrug. Ein ergebnisorientierter Rückblick auf die anfangs aufgeworfenen Fragen mag diese Interdependenzen zusammenfassend verdeutlichen.

<sup>4</sup> Gerhard und Nadja Simon geben die geschätzte Zahl der Todesopfer in der UdSSR zwischen 1985 und 1992 mit 3200 an, wobei 90% der Opfer im armenisch-aserbaidchanischen Krieg um Berg-Karabach und bei den Ausschreitungen zwischen muslimischen Völkern im Fergana-Tal zu beklagen waren. Simon, Verfall, S. 10.



Erstens wurde zu Beginn der Untersuchung gefragt, welche Ziele mit welchen Strategien die Sowjetunion in den jeweiligen KSZE-Verhandlungen in der Zeit zwischen 1985 und 1991 verfolgte sowie wie und warum sie sich änderten (erster und vierter Fragenkomplex). Die außen- und politikgeschichtliche Analyse hat ergeben, dass die sowjetische KSZE-Politik unter Gorbatschow einen gravierenden Funktionswandel durchmachte und als Spiegelbild der Perestroika zu „lesen“ ist. Sie verlor zunehmend an ideologischen Komponenten und wurde zugleich dem Primat der Innenpolitik untergeordnet. In der KSZE erblickte Gorbatschow von Anfang an die Chance, etwas zu erreichen, was ihm im Alleingang nicht gelang, er aber für seine innenpolitischen Vorhaben dringend benötigte: den Westen und vor allem die USA zur Kooperation in sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Bereichen zu bewegen und aus der Stagnationsphase der Ost-West-Beziehungen zum produktiven Dialog zurückzufinden. Denn der Transfer der Ressourcen von der Rüstungswirtschaft in den zivilen Bereich ließ sich etwa nur dann vor dem sowjetischen militärisch-industriellen Komplex und der Bevölkerung rechtfertigen und durchsetzen, wenn die Spannungen mit dem Westen abgebaut und die zuvor ständig beschworene Kriegsgefahr ausgeräumt sein würden. Die KSZE war zudem das einzige transnational vorhandene Medium, mit dem sich das internationale Umfeld derart verändern ließ und damit Voraussetzungen für innenpolitische Reformen geschaffen werden konnten. Gorbatschow entschied sich zu einer strategischen Offensive in einem seit der Unterzeichnung der Helsinki-Akte 1975 primär gewordenen und für die UdSSR sehr empfindlichen Bereich des KSZE-Prozesses – den Menschenrechten – und hoffte auf ein Entgegenkommen vonseiten des Westens. Allerdings begab er sich damit selbst, ob bewusst oder nicht, – die eingeschränkte Quellenbasis lässt hier keine eindeutigen Schlussfolgerungen zu – in eine „rhetorische Falle“, die eine längere fruchtbare zwischenstaatliche Kommunikationsphase, eine Reihe von Zugeständnissen an den Westen und binnenpolitische „Lernprozesse“ nach sich zog und im Verlauf der Perestroika zu einer wichtigen Absicherung der demokratischen Reformen wurde. Waren die Sicherung des *Status quo* in Europa und die Friedenspropaganda unter Breznev zu Beginn der multilateralen Verhandlungen noch Moskaus Ziele, so wurden sie unter dem Eindruck der Perestroika völlig revidiert: Aus einem Forum für die Propaganda des „Neuen Denkens“ und der Abrüstungspolitik in der Zeit zwischen 1985 und 1987 wurde die KSZE ab 1988 zum Instrument und Argument der radikalen Reformer, zum Vehikel der Demokratisierungspolitik und zum Projekt eines gemeinsamen, freien und sicheren Europa, dessen gleichberechtigtes Mitglied die Sowjetunion werden sollte, womit die vierte Hauptfrage der vorliegenden Arbeit beantwortet ist. Ein solcher Bedeutungswandel der KSZE für Gorbatschow und seine Mitstreiter ergab sich indes gerade aus den lang- und kurzfristigen Folgen der multilateralen Diplomatie in der Sowjetunion.

Der zweite und größte Fragenkomplex betraf die Auswirkungen der KSZE auf die Gesellschaft und Politik der UdSSR, wobei hier eine vielschichtige Interdependenz festgestellt werden konnte. Zum einen wurde befunden, dass die KSZE eine Art „Hebamme“ für Gorbatschows Ideen und Liberalisierungsschritte war. Einzelne

Wissenschaftler und Personen, die Gorbačev persönlich kannten, sehen in seinem familiären Hintergrund,<sup>5</sup> in seinen Reisen in den Westen und in Kontakten mit westeuropäischen Regierungschefs, insbesondere mit dem Generalsekretär der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei, Felipe González, mit dem führenden Vertreter der internationalen kommunistischen Bewegung und dem italienischen Politiker, Enrico Berlinguer, oder auch mit dem tschechischen Kommunisten Zdeněk Mlynář, zu Recht die Keime seines undogmatischen Denkens.<sup>6</sup> Die KSZE-Schlussakte erzeugte indes einen fruchtbaren Boden, auf dem die zunächst noch weitgehend rhapsodischen Gedanken zum entideologisierten „Neuen Denken“ in der Außen- und Innenpolitik gedeihen konnten. Sowohl Gorbačevs Philosophie des „Neuen Denkens“ als auch das Hinterfragen der bisher geltenden kommunistischen Wertehierarchie durch die Priorisierung der allgemeinemenschlichen Werte gegenüber dem Klassenkampf und die damit einhergehende Erweiterung des Sicherheitsbegriffs um die neuen humanitären Aspekte hatten ihre Wurzeln in der KSZE-Schlussakte von 1975 und formten sich unter Wirkung des KSZE-Prozesses aus. Auf der Grundlage der bürgerrechtlichen Ideen der Schlussakte wollte Gorbačev nicht nur die Spannungen im Ost-West-Verhältnis beilegen (die Vorstellung vom „gemeinsamen europäischen Haus“), sondern gleichzeitig auch die Sowjetideologie moralisch erneuern. Während ihm Ersteres unerwartet glanzvoll gelang, erwies sich das zweite Vorhaben schlicht und einfach als unvereinbar mit der Ideenwelt der KSZE. Die KSZE-Normen und der rhetorische Anspruch der UdSSR auf ihre moralische Ebenbürtigkeit mit den westlichen Demokratien blieben dennoch bis zum Schluss richtungsweisend im sowjetischen Reformprozess. Je mehr sich der Kreml jedoch auf den Menschenrechtsdiskurs im Rahmen der multilateralen Verhandlungen, aber auch innenpolitisch einließ, umso stärker wurde Gorbačev angehalten, dem beanspruchten Selbstbild entsprechend zu handeln, und das hieß, die Verbreitung der westlich-liberalen Ideen im innersowjetischen Diskurs und die Inanspruchnahme der menschenrechtlichen Normen durch die Gesellschaft zu akzeptieren sowie radikale politische Reformen einzuleiten. Der KSZE-Prozess gab somit einen normativen Rahmen für Perestroika-Reformen vor und legitimierte diese.

In diesem Zusammenhang wurde festgestellt, dass auch die wichtigsten Liberalisierungsmaßnahmen des Kremls unter dem Einfluss der Verhandlungen während des KSZE-Treffens in Wien eingeleitet und vertieft sowie nach 1989 in neue Gesetze gegossen wurden, wobei die Ambition der UdSSR auf die Organisation einer KSZE-Menschenrechtskonferenz in Moskau in den Jahren zwischen 1986

<sup>5</sup> Gorbačev war nicht nur ein „Kind der sechziger Jahre“, die unter Eindruck des XX. Parteitag und der partiellen Entstalinisierung von Chruščev standen, sondern zeichnete sich auch durch eine für seine Laufbahn eher ungewöhnliche Biografie aus. So wurden seine beiden Großväter aufgrund fingierter politischer Anklagen während Stalins Gewaltkampagne gegen die Bauernschaft verhaftet und seine Mutter war zum Trotz aller antireligiösen Kampagnen der Sowjetunion zutiefst religiös. Vgl. Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 59–64.

<sup>6</sup> So English, *The Sociology of New Thinking*, S. 60; Brown, *Der Gorbatschow-Faktor*, S. 67, 83, 197ff.; Grachev, *Gorbachev's Gamble*, S. 46f.

und 1989 die treibende Kraft war. Der Demokratisierungsdruck des Westens war nach Meinung von Burlackij einer der Schlüsselfaktoren für die demokratischen Reformen.<sup>7</sup> Die Erweiterung der gesellschaftlichen Handlungsspielräume und die Entkriminalisierung der zivilgesellschaftlichen Initiativen, die Liberalisierung der Informations- und Emigrationspolitik sowie die Respektierung der Religionsfreiheit gestalteten sich in der Tat unter dem Druck der westlichen KSZE-Teilnehmerstaaten und unter der Einwirkung des KSZE-Prozesses, bezogen aus ihm ihre Legitimation und stützten sich auf dessen Normen. Die KSZE-Verpflichtungen galten dabei für viele im Apparat nicht mehr als lästige Verpflichtungen, sondern als wünschenswerte Standards für die binnenstaatlichen Beziehungen; sie halfen sogar den reformorientierten Kräften, den angefangenen Reformprozess am Leben zu halten und in der Auseinandersetzung mit den Konservativen für die Novellierung der bestehenden Ordnung zu argumentieren, was die Tätigkeit der Burlackij-Kommission zeigte. Die offensive Haltung des Kremls auf dem Treffen in Wien und die Einbeziehung der KSZE-Prinzipien in die Argumentation auf der Ebene der Partei waren gewissermaßen legale Mittel bei der „Politischen Manipulation“ der politischen Agenda durch Gorbachev und seine Gleichgesinnten. In diesem Zusammenhang bezeichnete Matthew Evangelista Gorbachev als einen *heresthetician*, der fähig war, die Menschen mit Rhetorik zu überzeugen und damit die politische Agenda in seinem Sinne trotz Widerstände innerhalb der Partei zu gestalten.<sup>8</sup> Eine verstärkte und durchaus erfolgreiche Einbeziehung der KSZE-Bestimmungen in den innenpolitischen Reformdiskurs wurde indes nach der Unterzeichnung des Schlussdokuments des KSZE-Treffens in Wien im Januar 1989 festgestellt. Überaus außergewöhnlich ist der Befund, dass Teile der Parteielite die Argumentationspraktiken der früheren Helsinki-Gruppen übernahmen und in einer unsichtbaren Allianz mit den gesellschaftlichen Initiativen die Anpassung der innenpolitischen Verhältnisse an die KSZE-Standards einforderten. Die KSZE stärkte so nachweislich die politische Machtstellung Gorbachevs, seiner reformorientierten Mitstreiter und einzelner Institutionen (so des MID) und bestimmte in gewisser Weise die Reformrichtung, die zunehmend an Eigendynamik gewann, während die individuell-freiheitlichen Prinzipien und Menschenrechte ab 1989 zum festen Bestandteil des offiziellen öffentlichen Diskurses wurden.

<sup>7</sup> So Burlackij in einem Interview, zitiert nach Snyder, Human Rights, S. 221.

<sup>8</sup> Evangelista, Matthew: Norms, Heresthetics, and the End of the Cold War, in: JCWS, Vol. 3, Nr. 1, 2001, S. 5–35. Evangelista erklärt mit Gorbachevs Fähigkeiten als *heresthetician* die Durchsetzung der demokratischen Reformen der Perestroika am Beispiel der Entmilitarisierungspolitik. „Attention should be paid to Gorbachev's strategic use of language, norms, and information to link material and ideational arguments on behalf of his preferred policies“, schreibt Evangelista. Vgl. ebd., S. 26. Sehr nah an diesen Erklärungsansatz ist Anatolij Dobrynin, der in seinen Erinnerungen, auch am Beispiel der Entmilitarisierungspolitik, Gorbachev als einen wortgewandten Politiker darstellt, der die Kunst der politischen Manipulation beherrsche und seine Vorhaben trotz Opposition gekonnt durchsetze. Dobrynin, Sugubo doveritel'no, S. 609ff., 655–659. Der Begriff *heresthetician* bzw. *heresthetic* geht auf den Politologen William Harrison Riker zurück und meint die Kunst der „Politischen Manipulation“.

Die politische Wirklichkeit der Sowjetunion veränderte sich jedoch nicht nur „von oben“, sondern auch und vor allem durch die gesellschaftlichen Akteure „von unten“ bzw. im Prozess des strukturellen Wandels der Sowjetgesellschaft. Die Bevölkerung, in starkem Maße die Intelligenz, begrüßte nach einem kurzen Zögern Gorbačëvs Perestroika begeistert und schrieb sich seine sowie die KSZE-Leitsätze auf die Fahnen. Und während die parteiinternen Vorgänge sich noch einigermaßen steuern ließen, geriet die sowjetische Öffentlichkeit aus allen Fugen. Sie entdeckte die neuen Freiräume, verteidigte sie und forderte ihre Vertiefung und gesetzliche Absicherung. Der KSZE-Prozess stellte dabei zwar keine die Massenmobilisierung auslösende Ursache dar. Viele Sowjetbürger bezogen jedoch aus ihm die Legitimation für ihre Aktivitäten und Forderungen, insbesondere nach der Bekanntgabe des besagten Schlussdokuments von Wien. Somit behielten die KSZE-Dokumente auch während der Perestroika in Kontinuität mit der Helsinki-Periode (der 1970er Jahre) ihre Zitierfähigkeit, und die KSZE bewahrte ihre Eigenschaft als Appellinstanz in der Wahrnehmung zahlreicher Sowjetbürger. Ein Teil der gesellschaftlichen Gruppen – hier vor allem die Ausreise-, die Bürgerrechtsgruppen oder die Nationalbewegung im Baltikum – agierte unter dem Eindruck des fortgesetzten KSZE-Prozesses und in Kontinuität zur Helsinki-Bewegung der früheren Jahre; sie rezipierten die KSZE aus dem Blickwinkel ihrer Eigeninteressen und daher zum Teil eklektisch. So ergab die Analyse der Programmatik und der Aktivitäten der verschiedenen Gruppen, dass die KSZE als Referenz und als Appellinstanz für die Ausreisewilligen in der UdSSR diene; dass aus dem Dekalog der Schlussakte von Helsinki der Diskurs des Nationalen sowie die Souveränitäts- bzw. die Separationsforderungen der Volksfronten im Baltikum ihre Legitimität bezogen und die dort neu gewählten Regierungen die internationale Anerkennung ihrer Republiken über die multilaterale Diplomatie anstrebten; dass sich ein Teil der Bürgerrechtsgruppen als Folge der veränderten KSZE- und Menschenrechtspolitik des Kremls restituierte und seine politischen Forderungen an den Parteistaat unter der argumentativen Hinzuziehung der KSZE bzw. über die KSZE-Menschenrechtsnetzwerke und westliche KSZE-Unterzeichnerstaaten kommunizierte. Die zentralen Prinzipien der Schlussakte wurden infolge dieser Prozesse von den informellen Gruppen, vor allem durch die Inanspruchnahme der Versammlungs- und Meinungs- bzw. Pressefreiheit („Zweiter Samizdat“) in die sich ausweitende Öffentlichkeit getragen und als integraler Bestandteil des gesellschaftlichen Diskurses, den sie zugleich dynamisierten, etabliert. Die Verwischung der Jahrzehnte zuvor geltenden Grenzen zwischen der „offiziell-öffentlichen“ und der „privat-öffentlichen“ Sphäre und somit die Untergrabung der staatlichen Deutungsmacht waren die unmittelbaren Folgen. Dabei unterlagen die sozialistischen weltanschaulichen Grundlagen in der Sowjetunion den neuen und durch die politisierende Sowjetgesellschaft verstärkt eingeforderten Freiheiten einer demokratischen Staatsordnung: dem Recht des Einzelnen auf eine eigene Meinung und ihre freie Äußerung, auf eine Organisation in Interessengruppen außerhalb der staatlichen Institutionen und Zielvorgaben, auf die Reisefreiheit, auf die nationale Selbstbe-

stimmung, auf die politische Opposition und auf verschiedenste Formen ihrer Äußerung.

Die multilateralen Verhandlungen in Wien erweiterten dabei auch die innenpolitischen Spielräume der gesellschaftlichen Opposition erheblich, während die Handlungsoptionen der Regierung und noch mehr der orthodoxen Regimeanhänger sich in dem Maße verringerten, wie die Zahl der gesellschaftlichen Akteure und der Demokratisierungsdruck sowohl durch diese von innen als auch von „außen“ (seitens der westlichen KSZE-Unterzeichnerstaaten) anstiegen und die Gültigkeit der KSZE-Menschenrechtsnormen bei den staatlichen Vertretern Akzeptanz fand. Die Machtlosigkeit der Partei in Beziehung zur Gesellschaft manifestierte sich in den oft verspäteten und widersprüchlichen Reaktionen auf die informellen Initiativen. Die gesellschaftlichen Gruppen waren indes oft politisch umso erfolgreicher und vor staatlichen Repressionen geschützter, je deutlicher ihnen die Verknüpfung mit der multilateralen Diplomatie und mit den transnationalen Helsinki-Netzwerken und somit die Sensibilisierung der Öffentlichkeit in West und Ost für ihre Belange gelang – so im Fall der Ausreise- und Bürgerrechtsvereinigungen oder auch der nationalen Gruppen im Baltikum. Letzteren gelang es schließlich, ihre Sezessionsbestrebungen auf die Agenda der multilateralen Diplomatie zu bringen und so eine, wenn auch etwas reservierte Unterstützung seitens des Westens zu generieren.

Doch auch die anderen gesellschaftlichen Initiativen, die sich nicht explizit auf die KSZE beriefen, nahmen indirekt die in der KSZE-Schlussakte verbrieften Rechte in Anspruch und waren dadurch vor den Angriffen des Staates geschützt – da Gorbatschow mit der Vertiefung der Perestroika und des KSZE-Prozesses in eine wachsende internationale Rechenschaftspflicht geriet. Dabei war er sowohl in materieller als auch in moralischer Hinsicht verwundbar – weil er zum Ende seiner Reformzeit immer mehr auf die wirtschaftliche Hilfe und politische Unterstützung des Westens bzw. auf die Absicherung seiner Reformen von „außen“ angewiesen war und weil er die Mitgliedschaft der UdSSR in einer internationalen Gemeinschaft liberaler Staaten für wertvoll erachtete und den von ihm selbst proklamierten allgemeinmenschlichen Prinzipien nicht zuwiderhandeln konnte. Was zunächst noch eine instrumentelle Anpassung an die Erwartungen der westlichen Gemeinschaft darstellte, entwickelte sich im Prozess der Perestroika zum genuinen Verhalten.

Die vorliegende Analyse hat außerdem ergeben, dass die Erweiterung des innersowjetischen Diskurses um die Menschenrechtsnormen mit der gesellschaftlichen Eruption und mit der Erosion der Sowjetideologie einherging. Denn waren bestimmte ideologiekonträre Inhalte und Aussagen erst einmal in die offizielle Kommunikationssphäre transportiert, enthüllten sie das mannigfache Versagen bzw. die Unrechtmäßigkeit der sowjetischen politischen Ordnung und provozierten so antiparteiliche-, Antiunions- und antikommunistische Stimmungen unionsweit. Die Wahlen zum Volksdeputiertenkongress im März 1989, der erste öffentliche Kongress und die darauf folgenden, gegen die Partei und die Staatsführung gerichteten Massenkundgebungen in den Jahren 1990 und 1991 demons-

trierten den Autoritätsverlust der KP in der Bevölkerung und die Krise des Sowjetsystems besonders drastisch. Sie zeigten, dass die jahrzehntelang als gerecht und perfekt geltende politische Ordnung vollends aus dem Gleichgewicht geraten war und zur Lösung aufgetauter, vor allem ökonomischer Probleme, nicht mehr taugte. Dieses Ergebnis leitet zur dritten Fragestellung dieser Arbeit über, welche die normativen Wirkungen der KSZE thematisiert.

Es wurde an mehreren Stellen dieser Untersuchung festgestellt, dass die geschilderten Wandlungsprozesse destruktive Folgen für die Staatsideologie hatten, während die im Rahmen der KSZE getroffenen Vereinbarungen konstitutiv auf den Normenhaushalt der Sowjetunion und auf die soziale Identität ihrer Akteure wirkten und zu Verhaltensänderungen führten. Was früher als „normal“ galt – sei es die Unterdrückung abweichender Meinungen, das Wahrheitsmonopol der KPdSU oder Repressionen –, wurde im Verlauf der Perestroika verurteilt und durch einen neuen, im KSZE-Prozess ausgearbeiteten, Gewalt und Unterdrückung delegitimierenden *zwischen- und binnenstaatlichen Verhaltenskodex* abgelöst. Nicht mehr Ideologie, sondern „allgemeinmenschliche“ Werte, weiter ausformuliert in den Schlussdokumenten des Treffens in Wien und in Kopenhagen sowie in der „Charta von Paris für ein neues Europa“, wurden als bestimmende Standards angemessenen Verhaltens von den staatlichen Akteuren anerkannt. Dieser Befund bestätigt die anfangs formulierte und auf konstruktivistische Ansätze gestützte These über die konstitutive „Macht“ der Menschenrechte und die Rolle der KSZE als eine „transnationale Sozialisatorin“. Allerdings darf daraus nicht geschlussfolgert werden, dass die im Rahmen der KSZE formulierten Wertvorstellungen und Normen in der Sowjetunion der Perestroika von *allen* angenommen oder gar habitualisiert wurden. Vielmehr ließ sich in der UdSSR ein „negatives Lernen“ beobachten. Die systemimmanente Werthierarchie wurde zwar auf den Kopf gestellt und die alten Prinzipien verloren an Gültigkeit, die populär gewordenen westlich-liberalen Ideen sind jedoch nicht vollends internalisiert und habitualisiert worden. Zwar wurden die zentralen KSZE-Bestimmungen vor dem Zusammenbruch der Sowjetunion ins nationale Recht eingebracht und veränderten die politisch-gesellschaftliche Struktur gravierend, sie wurden allerdings nicht zur Norm verinnerlicht, um effektiv und handlungsleitend zu sein, was der folgende Ausblick in das postkommunistische Russland noch deutlich machen soll. Außer Frage steht jedoch am Ende der Befund, dass die Aufnahme der bürgerrechtlichen Ideen in den Normenhaushalt der Sowjetunion die ohnehin schon erodierten ideologischen Bestandssicherheiten des Staates gänzlich ruinierten.

Abschließend ist zu resümieren, dass der Untergang der Sowjetunion sich in vielen Einzelschritten vollzog und auf ein ganzes Ursachenbündel zurückzuführen ist. Die strukturbedingte politische und ökonomische Krise des Sowjetsystems, die durch das Ressourcen verschlingende Wettrüsten mit den USA seit dem Ende der 1970er Jahre verschärft wurde, die Überdehnung des sowjetischen Sozialstaates und des imperialen Einflussbereiches mussten früher oder später wenn nicht zum Kollaps der labilen Großmacht, so doch zu einzelnen Systemkorrektu-



ren führen. Dass es in den späten 1980er Jahren zu fundamentalen Reformen und schließlich zum Zusammenbruch kam, ist unbestritten auf den Aufstieg von Michail Gorbachev zurückzuführen, der den Prozess ins Rollen brachte. Gorbachev war *der* Auslöser. Doch konnte er die von ihm ausgelöste Kettenreaktion bald nicht mehr in die erwünschte Richtung steuern. Die staatssozialistische bzw. akteurszentrierte Binnenperspektive allein reicht daher nicht aus, um vollends zu verstehen, aus welchem Grund die Reparaturversuche angefangen und vertieft wurden, warum und wie sie scheiterten. Der britische Historiker Timothy Garton Ash stellte in seinem Essay „1989!“ treffend fest, dass der Kern von 1989 nicht „allein in den vielfältigen Interaktionen zwischen einer Gesellschaft und dem Par-teistaat lag, sondern zwischen vielen Gesellschaften und Staaten, und zwar in einer Art dreidimensionalem Schachspiel“.<sup>9</sup> Eine solche dritte Dimension, die in der spätsowjetischen Kausalkette nicht wegzudenken war und die diese Arbeit in verschiedenen Phasen der Perestroika beleuchtete, stellte der mit der Helsinki-Schlussakte 1975 in Gang gesetzte KSZE-Prozess dar. Denn die KSZE brachte für die Sowjetunion nicht nur neue Interdependenzen im Bereich der militärischen Sicherheit und Entspannungspolitik, sondern auch neue exogene Herausforderungen für das System, die von der wandelnden Qualität der internationalen Beziehungen herrührten. Der KSZE-Prozess revolutionierte, erstens, die internationalen Beziehungen, indem er die Menschenrechte zum Gegenstand der Diplomatie erklärte, die Individuen sowie gesellschaftlichen Gruppen zu deren Akteuren machte und das klassische Sicherheitsverständnis eines Staates um humanitäre Aspekte erweiterte. Damit wurde die Regierung im Kreml einem Demokratisierungsdruck von außen ausgesetzt und in einen beständigen Zugzwang gebracht. Für die Protagonisten der Perestroika lieferte indes die KSZE ein günstiges, die Demokratisierung legitimierendes internationales Umfeld. Zweitens erwies sie sich als Quelle mancher Liberalisierungsschritte und Ideen von Gorbachev und wurde zum Vehikel nicht nur der westlichen Regierungen, sondern auch der innergesellschaftlichen Kräfte im demokratischen Reformprozess der Sowjetunion. Von Anfang an wirkten dabei die KSZE und ihre Menschenrechtsnormen wie ein „Brandbeschleuniger“<sup>10</sup> auf die eigendynamischen innenpolitischen Entwicklungen. Sie wurden zum Argument und Instrument der Gesellschaft und der Politik. Und sie sicherten, drittens, nicht nur die *gewaltfreie* Verschiebung der Machtverhältnisse in der Sowjetunion, sondern auch das einmalig „geräuschlose Auseinanderbrechen“ eines riesigen Imperiums ab. Jene zehn Prinzipien, auf die sich Brežnev 1975 in Helsinki zusammen mit den anderen Staats- und Regierungschefs geeinigt hatte, wurden zur konsensualen Reformgrundlage sowohl in der UdSSR als auch in ihren Nachfolgestaaten. Schließlich bereitete die multilaterale

<sup>9</sup> Ash, Timothy Garton: *Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000–2010*, Bonn 2010, S. 81.

<sup>10</sup> So der Vergleich von Helmut Altrichter in der Schlussbemerkung zur Konferenz des Instituts für Zeitgeschichte München-Berlin „Der KSZE-Prozess: Internationale Politik und Gesellschaftliche Transformation (1975–1989/90)“, durchgeführt vom 21. bis 23. 11. 2010 in München, am 23. 11. 2010.



Diplomatie auf diese Weise den Weg für das Ende des Kalten Krieges – in ihrem Rahmen wurde es auch herbeigeführt und proklamiert (in der Charta von Paris). Die Vertiefung des KSZE-Prozesses, die Übernahme von dessen Bestimmungen in das geltende Recht der Sowjetunion und deren parallele Auflösung sowie das Ende des Kalten Krieges waren daher zwei Seiten einer Medaille.

## 2. Ausblick

War es die Aufgabe der KSZE gewesen, Europas Teilung zu mildern und die verfeindeten Blöcke einander näher zu bringen, so hat sie diese mit Sicherheit mehr als erfüllt. Als ein zwischenstaatliches Diskussionsforum trug die KSZE zweifelsohne zur Überwindung des Kalten Krieges und der Erschaffung eines neuen friedlichen Europas bei. Als solche begünstigte und lancierte die KSZE die Verbreitung westlich-liberaler Wertvorstellungen östlich des Eisernen Vorhangs und bereitete so den Boden für die Entstehung neuer, demokratisch organisierter Staatsordnungen in Ostmittel- und Osteuropa. Man sollte meinen, der „Geist von Helsinki“ habe nach dem Beitritt aller neuen Republiken zur heutigen KSZE-Nachfolgeorganisation OSZE in diesen Staaten feste Wurzeln schlagen und eine erfolgreiche Transformation zu den demokratisch legitimierten Staatsordnungen hin fördern können. Legt man jedoch die Prinzipien der KSZE als Kriterien einer erfolgreichen Transformation zugrunde, so stellt man schnell fest, dass die meisten Nachfolgestaaten der Sowjetunion und insbesondere Russland die ersten demokratischen Errungenschaften von Gorbačëvs Perestroika nur sehr kurzfristig bewahren und schon gar nicht mehr weiterentwickeln konnten.

Hier ist nicht der Platz für eine detaillierte Analyse oder Darstellung der Funktionsfähigkeit der politischen Systeme der ehemaligen Sowjetrepubliken nach 1991. Zusammenfassend ist an dieser Stelle lediglich festzuhalten, dass nur drei der Nachfolgestaaten – Estland, Lettland und Litauen – jeweils funktionsfähige demokratische Systeme entwickeln konnten und zu vollwertigen Mitgliedern Europas wurden,<sup>11</sup> während alle anderen Staaten bei ihren postkommunistischen Demokratisierungsbemühungen gemeinhin als gescheitert gelten können. Nimmt man zur Orientierung die jährlichen Werte der Forschungseinrichtung „Freedom House“, so wird man seit 1991 jeweils lediglich der Ukraine, Georgien und Moldawien mehr oder weniger erkennbare Erfolge bescheinigen können (siehe Tab. 3).

<sup>11</sup> Ein Ausdruck dieses Fortschritts ist nicht nur die Mitgliedschaft dieser Staaten in der Europäischen Union, sondern auch ihre positive Bewertung durch die Forschungseinrichtung „Freedom House“. Diese ermittelt jährlich von jedem Land der Welt den Freiheitsgrad aus dem Durchschnitt zweier Werte („Political Rights Index“/PR und „Civil Liberties Index“/CL). Je kleiner der jeweilige Index, desto freier ist ein Land. Der ermittelte Freiheitsgrad, auch „Gastil-Index“ genannt, bestimmt die Bezeichnung des Landes: „free“ (Werte 1,0–2,5), „partly free“ (Werte 3,0–5,5), „not free“ (Werte 5,5–7,0). Seit 1991 haben Litauen, Estland und seit 1994/1995 Lettland die Einstufung als „freie“ Staaten. Mehr zu der Forschungseinrichtung, ihren Arbeitsmethoden und jährlichen Berichten siehe im Internet: <http://www.freedom-house.org/template.cfm?page=2>.

Alle anderen Staaten haben die Standards und Spielregeln des liberalen Rechtsstaates entweder gar nicht übernommen oder diese nicht als geltende Normen durchzusetzen vermocht, sodass sie heute den Status der „unfreien“ oder „halb-freien“ Staaten haben, obwohl sie sich alle durch ihren Beitritt zur OSZE durch die Ratifizierung der Helsinki-Schlussakte und der Charta von Paris zu deren Prinzipien verpflichtet hatten.<sup>12</sup>

Tabelle 3: Freedom House Country Rating<sup>13</sup>

Edition	1993-94			1998-99			2004			2009			Trend
Year(s) covered	1993			1998			2003				2008		
	PR	CL	Status	PR	CL	Status	PR	CL	Status	PR	CL	Status	
Armenien	3	4	PF	4	4	PF	4	4	PF	6	4	PF	↓
Aserbaidschan	6	6	NF	6	4	PF	6	5	NF	6	5	NF	↓
Belarus	5	4	PF	6	6	NF	6	6	NF	7	6	NF	↓
Georgien	5	5	PF	3	4	PF	4	4	PF	4	4	PF	↑
Kasachstan	6	4	PF	6	5	NF	6	5	NF	6	5	NF	↓
Kirgisien	5	3	PF	5	5	PF	6	5	NF	5	4	PF	↓
Moldawien	5	5	PF	2	4	PF	3	4	PF	4	4	PF	↑
Russland	3	4	PF	4	4	PF	5	5	PF	6	5	NF	↓
Tadschikistan	7	7	NF	6	6	NF	6	5	NF	6	5	NF	↓
Turkmenistan	7	7	NF	7	7	NF	7	7	NF	7	7	NF	↓
Ukraine	4	4	PF	3	4	PF	4	4	PF	3	2	F	↑
Usbekistan	7	7	NF	7	6	NF	7	6	NF	7	7	NF	↓

PR steht für „Political Rights“, CL steht für „Civil Liberties“ und Status für „Freedom Status“.  
F, PF and NF stehen jeweils für „Free“, „Partly Free“ und „Not Free“.

Der Trend zur Konsolidierung autokratischer Regime in der Region der ehemaligen Sowjetunion wird auch vom Bertelsmann Transformation Index (BTI) bestätigt, der alle zwei Jahre die Fortschritte von 128 Transformations- und Entwicklungsländern auf ihrem Weg zur rechtsstaatlichen Demokratie und sozial verantwortlichen Marktwirtschaft (Status-Index) misst.<sup>14</sup> Dies trifft insbesondere auf den Nachfolgestaat der Sowjetunion, die Russische Föderation, zu.

Lässt man die Entwicklung Russlands in den letzten 20 Jahren Revue passieren, so ergibt sich in der Tat ein äußerst diffuses und pessimistisches Bild. Nach dem Zerfall der Sowjetunion im Dezember 1991 begann in Russland zunächst eine Phase, die als „Doppelherrschaft“ oder als „Verfassungskrieg“ bezeichnet wurde und in der umstrittenen Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten Boris

<sup>12</sup> Tadschikistan und Turkmenistan sind zwar der OSZE beigetreten, sie haben jedoch bis heute noch nicht die Charta von Paris unterzeichnet. Eine Übersicht zu den Mitgliedern der OSZE findet sich auf folgender Internetseite: <http://www.osce.org/about/13131.html>.

<sup>13</sup> Diese Tabelle stellt lediglich einen Ausschnitt der Entwicklung des Freiheitsgrades in den UdSSR-Nachfolgestaaten dar und stützt sich auf die jährlichen Berichte von Freedom House. Eine komplette Übersicht ist unter <http://www.freedomhouse.org/template.cfm?page=5> zu finden.

<sup>14</sup> Vgl. Russland-Analysen, Nr. 197, 2010; Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Transformation Index 2010. Politische Gestaltung im internationalen Vergleich, Gütersloh 2009, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/>.

El'cin im Herbst 1993 eskalierte.<sup>15</sup> Die von El'cin durchgesetzte, am 25. Dezember 1993 in Kraft getretene russische Verfassung orientierte sich durchaus an den Grundsätzen der westlichen Demokratien und definierte Russland als einen demokratischen, föderalen Rechtsstaat mit republikanischer Regierungsform (Art. 1).<sup>16</sup> Im ersten Abschnitt, Artikel 2, erklärte sie den Menschen, „seine Rechte und Freiheiten“ als den „höchsten Wert“ und die „Anerkennung, Wahrung und den Schutz der Rechte und Freiheiten des Menschen und Bürgers“ zur „Verpflichtung des Staates“. Der Grundrechtskatalog umfasst die gesamten 47 Artikel mit den klassischen bürgerlichen Freiheitsrechten, darunter auch der festgeschriebenen Universalität und Unveräußerlichkeit der Menschenrechte (Art. 17). Gleichwohl gestaltete sich der institutionelle und politische Neuanfang Russlands äußerst kompliziert und im Widerspruch zu den Grundsätzen eines parlamentarisch organisierten demokratischen Staates. Der ausgebliebene Wechsel der politischen Elite,<sup>17</sup> die Wiederkehr patriarchalischer Grundmuster bei der Ausübung der Macht und die sich häufenden Rückfälle in autoritäre Tendenzen, das Erstarken der Clan- und Mafiastrukturen, die Bedeutungszunahme des Nationalen Sicherheitsrates, der die Züge des alten Politbüros anzunehmen schien, die Rückkehr imperialer Losungen, kurz, die „Resowjetisierung“ des politischen Systems unter Boris El'cins Präsidentschaft (bis 1999) und der 1994 in Gang gesetzte blutige Tschetschenien-Krieg offenbarten auf besonders drastische Weise die Kluft zwischen der neuen Verfassung und der Realität und veranlassten die Beobachter sowohl im Westen als auch im Osten zu der Frage, ob nicht der Geist der Brežnev-Zeit nach Russland zurückkehre.<sup>18</sup> Alsbald trat der Hoffnungsträger der demokratischen Bewegung der Perestroika, Boris El'cin, in die Fußstapfen seiner Vorgänger aus der Sowjetzeit. Er setzte die überragende Vorherrschaft der Exekutive über die Legislative durch und begann den russischen Nationalismus sowie anstelle von Gorbachevs Leitidee des Rechtsstaates die Vorstellung eines „Starken Staates“ zu propagieren, die von Vladimir Putin (1999–2000) zur „Vertikale der Macht“ weiter getrieben wurde. Während El'cin noch Demokratie mit den libe-

<sup>15</sup> Dabei handelte es sich um eine Auseinandersetzung zwischen der Legislative und Exekutive um die zu verabschiedende Verfassung Russlands. Während ein Teil der Parlamentarier einen Verfassungsentwurf in der Tradition der früheren sozialistischen Verfassung durchzubringen versuchte, setzte sich El'cin für ein Alternativprojekt ein, das die Grundrechte aufwertete und sich an ein semi-präsidentielles Regierungssystem nach französischem Vorbild orientierte. Vgl. ausführlich dazu Breska, Eric von: Doppelherrschaft und Verfassungskrieg in Russland, in: Mommsen, Margareta/Bos, Ellen/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.): Demokratie-Experimente im Postkommunismus. Politischer und institutioneller Wandel in Osteuropa, Bd. 2, Münster 1995, S. 49–76; Mommsen, Margarete: Wohin treibt Russland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie, München 1992.

<sup>16</sup> Den deutschen Text der Verfassung siehe unter: <http://www.constitution.ru/de/index.htm>.

<sup>17</sup> Allein unter den engsten Mitarbeitern El'cins betrug der Anteil der früheren Nomenklatura der neuen Regierung etwa 75%, in den regionalen Verwaltungen sogar über 80%. Vgl. Mommsen, Margareta: Russlands „Nomenklaturdemokratie“ – Herrschende Elite und Regierungspraxis nach den Dezemberwahlen 1993, in: Mommsen/Bos/Steinsdorff von, Demokratie-Experimente, S. 77–104.

<sup>18</sup> Mommsen, Wohin treibt Russland?, S. 234.

ralen Wirtschaftsreformen gleichsetzte, bemühte sich Vladimir Putin erst gar nicht mehr um den Schein einer „Demokratie“. Für ihn rangierte die Wiederherstellung der Großmachtrolle Russlands an oberster Stelle. Ein neuer Kurs in Richtung Zentralisierung und Militarisierung des Systems,<sup>19</sup> die Aushöhlung der Verfassungsorgane, die Einschränkung des politischen Wettbewerbs und der Medienfreiheit, die Ausmerzung der öffentlichen Politik, die Verstaatlichung der Zivilgesellschaft und die „Re-Verstaatlichung von Sicherheit“,<sup>20</sup> sowie die damit einhergehende Rückbesinnung auf die „russischen Werte“ (der traditionelle Obrigkeitsstaat, die „Diktatur des Gesetzes“) waren im „System Putin“<sup>21</sup> bis 2008 und sind heute noch, nach der Präsidentschaft von Dmitrij Medvedev (2008–2012) zu beobachten. Gorbačev und seine Regierung wurden indes für den Zerfall der Sowjetunion verantwortlich gemacht und damit auch für den gesunkenen Lebensstandard der Bevölkerung in den 1990er Jahren. Die westlich-liberalen Prinzipien und Ideale, die am Ende von Gorbačevs Perestroika so populär waren, wichen dabei schnell imperialen Losungen und sogar Rückorientierungen auf die „alten“ sowjetischen Wertvorgaben.

So ergeben die jährlichen Umfragen des Levada-Zentrums, dass die Attraktivität von westlichen Regierungssystemen in Russland seit 1996 kontinuierlich gesunken ist (von 28% im Februar 1996 auf 18% im Februar 2009), während die Zustimmung zum sowjetischen System, mit Ausnahme des Jahres 2008, deutlich überwog.<sup>22</sup> 51% der Befragten waren außerdem 2009 der Meinung, dass für die Lösung von Russlands Problemen ein „starker Führer“ und nicht die „Demokratie“ (nur 30%) notwendig sei.<sup>23</sup> Eine „Demokratie“ wurde zwar von der Mehrheit gewünscht, doch nur von 20% wurde eine solche wie in Europa oder den USA angestrebt. Dagegen wünschten sich 18% ein System wie in der UdSSR (sic!) und 39% eine „vollkommen besondere, den nationalen Traditionen und der Spezifik Russlands entsprechende“ Regierungsform. Die Besonderheit der „vaterländischen Demokratie“ bestehe in der führenden Rolle des Staates und in der Konzentration der Macht in den Händen einer Person.<sup>24</sup> Entsprechend attraktiver erschien den Bürgern Russlands ein Wirtschaftssystem, das vom Staat gelenkt wird (Febr. 2009: Zustimmung von 58%), gegenüber einem auf Privateigentum und freiem Markt beruhenden System (Febr. 2009: nur 28%).<sup>25</sup> Im Jahr 2000

<sup>19</sup> Diese kam vor allem in der Rekrutierung von Spitzenbeamten aus Militär und Sicherheitsorganen zum Ausdruck. Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika: Das System Putin, München 2007.

<sup>20</sup> Gestwa, Sicherheit, S. 466.

<sup>21</sup> Mommsen/Nußberger, Das System.

<sup>22</sup> Hierfür wie für das Folgende siehe ausführlich: Obščestvennoe mnenie – 2009. Ežegodnik. Analitičeskij centr Jurija Levady, Moskua 2009, hier Tab. 3.2 auf S. 31; Gudkov, Lev/Dubin, Boris/Zorkaja, Natalija: Postsovetskij čelovek i graždanskoe obščestvo, Moskau 2008, S. 49f.; Gudkov, Lew: Die politische Kultur des postsowjetischen Russland, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland, Bonn 2010, S. 410–440, S. 436.

<sup>23</sup> Obščestvennoe mnenie, Tab. 3.8 auf S. 31.

<sup>24</sup> 10% waren der Meinung, Russland brauche gar keine Demokratie und 14% hatten dazu keine Meinung. Ebd., Tab. 3.7 auf S. 30; vgl. auch Gudkov, Die politische Kultur, S. 436.

<sup>25</sup> Obščestvennoe mnenie, Tab. 4.1 auf S. 40.

waren außerdem 76% der Befragten überzeugt, dass die marktwirtschaftlichen Reformen der Regierung von El'cin dem Land mehr geschadet als genutzt haben (2009 waren es zwar nur noch 48%, jedoch immer noch die Mehrheit der Interviewten).<sup>26</sup> Im Jahr 2009 hielten 59% der Befragten (2000 sogar noch 81%) die „Ordnung“ für wichtiger als die „Demokratie“, selbst wenn dafür die Verletzung von Menschenrechten bzw. die Einschränkung der Freiheitsrechte in Kauf genommen werden müssten.<sup>27</sup>

Das heutige Demokratieverständnis der Russen bezeichnet der Direktor des heutigen Lewada-Zentrums, Lev Gudkov, als „wirr“, „widersprüchlich“ und „amorph“.<sup>28</sup> Es scheint, als sei das postsowjetische Russland in das Wertevakuum der Perestroika zurückgefallen, denn seine Bevölkerung hat immer noch keine klare Vorstellung davon, welche politische Ordnung für Russland wünschenswert ist. Ein solches Ergebnis sei nicht zufällig und speise sich, so Gudkov, entweder aus „nebulösen Ideen zum politischen Umbau, die während der Perestroika zirkulierten“, oder „aus den Enttäuschungen während der Krisenjahre in postkommunistischer Zeit“.<sup>29</sup> Darüber hinaus herrschen bei der überwältigenden Mehrheit der Russen eine Gleichgültigkeit gegenüber der Politik und Misstrauen gegenüber den zentralen Institutionen mit Ausnahme des Präsidenten. Der für die Zeit der Perestroika konstatierte hohe Politisierungsgrad und das Protestpotenzial der Bevölkerung wurden durch eine geradezu unvorstellbare Passivität abgelöst: Mehr als 90% der Befragten des Lewada-Zentrums sind in keiner gesellschaftlichen Organisation aktiv und stehen der Arbeit von nichtstaatlichen Organisationen gleichgültig gegenüber.<sup>30</sup>

Das hier skizzierte Bild trägt Züge einer autoritärer Herrschaft mit der politischen Mentalität des Obrigkeitsstaates und stellt einen Teil der Ergebnisse dieser Untersuchung durchaus in Frage: Wie lässt sich ein derartiger Rückfall der Bevölkerung in politische Passivität und autoritäre Denkmuster nach einer Phase der Massenmobilisierung und der Hochkonjunktur westlicher Werte erklären? Dies umso mehr, als dass dieses disparate Bild auch seine Entsprechung in Russlands aktueller OSZE-Politik findet. War Russland in der ersten Hälfte der 1990er Jahre noch an der KSZE/OSZE als einem Sicherheitsmodell des 21. Jahrhunderts interessiert, wandte es sich nach der Erfahrung des Kosovo-Krieges 1999 immer mehr von der Organisation und ihren Ideen ab.<sup>31</sup> Mit der Institutionalisierung des

<sup>26</sup> Ebd., Tab. 4.3.

<sup>27</sup> Ebd., Tab. 3.11 auf S. 32.

<sup>28</sup> Gudkov, *Die politische Kultur*, S. 416.

<sup>29</sup> Ebd., S. 418.

<sup>30</sup> Ebd., S. 433. Als Vergleich sei daran erinnert, dass sich im Jahr 1987 durchschnittlich 70% der befragten Jugendlichen den informellen gesellschaftlichen Strukturen zurechneten. *Komsomol'skaja Pravda* vom 11. 12. 1987, S. 4. Ein weit positiveres Bild von den zivilgesellschaftlichen Strukturen im heutigen Russland malten hingegen im Jahr 2009 die deutschen Beobachter Corinna König und Michael Mannel: Sie stellten dort eine „aktive und dynamische zivilgesellschaftliche Struktur“ fest. *Russland-Analysen* 181 vom 24. 4. 2009.

<sup>31</sup> Die OSZE habe sich nicht nur als machtlos bei der Lösung dieses Konflikts erwiesen, sondern wurde aus der Sicht Russlands von der NATO im Krieg benutzt. Zellner, *Wolfgang: Managing*

Helsinki-Prozesses, mit der Aufnahme neuer Staaten 1992 und der Umbenennung der KSZE in OSZE am 1. Januar 1995 hat sich diese Organisation fundamental gewandelt; zugleich muss sie den enormen Autoritätsverlust vor allem im postsowjetischen Raum beklagen.<sup>32</sup> Die heutige OSZE zählt 56 Mitgliedstaaten und agiert überwiegend komplementär und parallel zu den Aktivitäten anderer Institutionen (etwa der NATO). Ihre zentrale Aufgabe ist es, einen gemeinsamen Sicherheitsraum von Vancouver bis Vladivostok durch eine vorbeugende Diplomatie und Aktionen wie z. B. Langzeitmissionen in Krisengebieten, Evaluierungen, Beratungen und aktive Hilfestellungen bei Wahlen sowie bei der Achtung von Menschenrechten zu gestalten. Die aus dieser Aufgabenstellung resultierende Konzentration der OSZE-Aktivitäten in den postsowjetischen Staaten und vor allem die Praxis der Wahlbeobachtung durch das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte werden dort jedoch ganz in Kontinuität zur sowjetischen Zeit als ein Angriff auf die eigene Souveränität verstanden. Jurij Kašlev, der Chefdiplomat der Sowjetunion auf dem KSZE-Treffen in Wien und Gorbachevs einstiger Weggefährte, umschreibt dies sogar sarkastisch als einen „Drang nach Osten“.<sup>33</sup> „Doppelte Standards“, „geographische und funktionale Disbalance“, gezieltes Zurückdrängen des Einflusses von Russland im postsowjetischen Raum sind heute die häufigsten Vorwürfe an die OSZE und an die westeuropäischen Partner.<sup>34</sup> Vsevolod Sofinskij, der noch am Entstehen der KSZE-Schlussakte mitwirkte, resümierte sogar zum 30-jährigen Jubiläum der Akte im Jahr 2005, dass sich Russlands Mitgliedschaft in der OSZE nicht mehr lohne: Sie bringe dem Land nur noch hohe Kosten, Kritik und ein schlechtes Image ein; als Organisation sei sie deshalb für Russland völlig überflüssig.<sup>35</sup>

Es bleibt also festzuhalten, dass die KSZE als „Managementagentur“ des Ost-West-Konflikts ihre Aufgabe erfüllt und dabei die Auflösung der Sowjetunion beschleunigt hat. Demgegenüber vermochte sie es als Organisation nicht, den in

Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions, Working Paper 13, Centre for OSCE Research, Hamburg 2005, S. 11.

<sup>32</sup> Einen Überblick zur Evolution der KSZE zur OSZE bzw. zu den aktuellen Herausforderungen bieten: Tudyka, Kurt P.: Die OSZE – Besorgt um Europas Sicherheit. Kooperation statt Konfrontation, Hamburg 2007; Galbreath, David J.: The Organization for Security and Cooperation in Europe, New York 2007; Brichambaut de, Marc Perrin: The OSCE and the 21st Century, in: Helsinki Monitor, Vol. 18, Nr. 3, 2007, S. 180–191.

<sup>33</sup> Kašlev, Mnogolikaja, S. 209; zum Verhältnis zwischen Russland und der OSZE siehe auch: Tudyka, Die OSZE, S. 215–217; Gerrits, André W.M.: Russia and the OSCE: a Story of High Expectations, Strong Disillusionment and Obstinate Confrontation, in: Security and Human Rights, Vol. 19, Nr. 2, June 2008, S. 107–109; Zeller, Wolfgang: Managing Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions. Working Paper 13, Centre for OSCE Research, Hamburg 2005, [http://www.core-hamburg.de/documents/CORE\\_Working\\_Paper\\_13.pdf](http://www.core-hamburg.de/documents/CORE_Working_Paper_13.pdf); Internetseite der OSZE, [www.osce.org](http://www.osce.org).

<sup>34</sup> Voronkov, Vladimir: Novaja architektura bezopasnosti v Evrope – put' vpered, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 6, 2009, S. 14–20; Chel'sinki 30 let spustja, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 7–8, 2005, S. 217–239; *Rossijskaja gazeta* vom 27. 10. 2007, <http://www.rg.ru/2007/10/27/obse.html> [14. 01. 2011].

<sup>35</sup> Chel'sinki 30 let spustja, S. 229f.

ihrem Rahmen ausgehandelten Wertekonsens in funktionierende demokratische Staatsordnungen zu transformieren sowie die Ausbreitung der erneuten politisch-ideologischen Antagonismen und den Rückfall in die autoritären Verhaltensmuster zu verhindern. Auch wenn die Ursachensuche der Gegenstand einer anderen, der postsowjetischen Geschichte ist, bietet sich unter Beachtung der Resultate dieser Arbeit gleichwohl folgende Erklärung an: Die Aufnahme der KSZE-Bestimmungen in den „Normenhaushalt“ der Sowjetunion erfolgte zu schnell und mit allzu hohen Erwartungen an den Westen und seine demokratischen Prinzipien, ohne diese vollständig zu institutionalisieren und zu internalisieren. Die alsbaldige leidvolle Enttäuschung über die „Demokratie“ der 1990er Jahre und die östliche Politik des Westens war dann auch schmerzhafter und einschneidender als die kurze Phase der Begeisterung für die liberalen Ideen, sodass die Zeit der Perestroika im heutigen Russland im besten Fall als eine der „Romantik“<sup>36</sup>, in der Regel aber negativ bewertet wird.<sup>37</sup> Im Übrigen hält der stets optimistische Michail Gorbachev das Potenzial seines Werkes noch nicht für ausgeschöpft: Die Vorstellung von einem „gemeinsamen europäischen Haus“ sei nach wie vor aktuell<sup>38</sup> und die Zukunft Russlands vielversprechend.<sup>39</sup> Ob Gorbachev mit seiner Zuversicht Recht behält und Russland seinen Weg in Richtung eines demokratischen Europas irgendwann zurückfindet, bleibt abzuwarten.

<sup>36</sup> Diese Wortwahl ist nicht ohne Zufall, war doch während der am DHI-Moskau veranstalteten internationalen Konferenz „Die sowjetische Öffentlichkeit zur Zeit der Perestroika“ (13.–15. 11. 2008) dieser Ausdruck von mehreren Zeitzeugen zu hören.

<sup>37</sup> So überwiegt schon seit fast 10 Jahren die negative Bewertung der Perestroika-Reformen in Russland. Im April 2010 befanden 67% der durch das Lewada-Zentrum Befragten, dass die Perestroika Russland mehr geschadet als genutzt habe, während insgesamt nur 17% positive Gefühle Michail Gorbachev gegenüber äußerten (47% Gleichgültigkeit und insgesamt 29% stark negative Gefühle), <http://www.levada.ru/press/2010042000.html>.

<sup>38</sup> Vgl. Privetstvie M. S. Gorbacheva v adres konferencii v Kopenhagene „20-let so dnja podpisanija Kopengagenskogo dokumenta OBSE. Status i dal'nejšie perspektivy“ (09. 06. 2010), [http://www.gorby.ru/rubrs.asp?art\\_id=27442&rubr\\_id=20&page=1](http://www.gorby.ru/rubrs.asp?art_id=27442&rubr_id=20&page=1); Gorbachev: Iz OBSE ne vyšlo architekta bezopasnosti, in: *Rosbalt* vom 7. 2. 1008, <http://www.rosbalt.ru/2008/02/07/454351.html>.

<sup>39</sup> Siehe sein Interview in: *Komsomol'skaja Pravda* vom 2. 3. 2011, [http://www.gorby.ru/press-center/publication/show\\_28397/](http://www.gorby.ru/press-center/publication/show_28397/).



## VI. Anhang

### 1. Abkürzungsverzeichnis

AdG	Archiv der Gegenwart
AiF	Argumenty i fakty
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
Art.	Artikel
ASSR	Autonome Sozialistische Sowjetrepublik
B.	Box
BBC	British Broadcasting Corporation
Bd./Bde.	Band/Bände
BIOst	Das Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSB	Bayerische Staatsbibliothek
BTI	Bertelsmann Transformation Index
bzw.	beziehungsweise
CAODM	Central'nyj archiv obščestvennych dviženij Moskvy (Zentrales Archiv der gesellschaftlichen Bewegung Moskaus)
CAOPIM	Central'nyj archiv obščestvenno-političeskoj istorii Moskvy (Zentrales Archiv der gesellschaftspolitischen Geschichte Moskaus)
CSCE	Conference on Security and Cooperation in Europe
CWH	Cold War History
ČSSR	Tschechoslowakische Republik
d.	delo
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders.	Derselbe
Dies.	Dieselbe/Dieselben
Dok.	Dokument
DU	Demokratische Union
Ebd.	Ebenda
ESSR	Estnische Sozialistische Sowjetische Republik
f.	fond
	folgende
F.	Fonds
FSO	Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen

GARF	Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (Staatsarchiv der Russischen Föderation)
GF	Gorbačev-Fond
GPIB	Gosudarstvennaja Publichnaja Istoričeskaja Biblioteka (Staatlich-öffentliche Historische Bibliothek)
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
G2W	Glaube an die zweite Welt
IGFM	Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte
IHF	International Helsinki Federation for Human Rights
IME	Isemajandav Eesti (estländische Wirtschaftsautonomie)
IMEMO	Institut Mirovoj Ėkonomiki i Meždunarodnych Otnošenij (Institut der Weltwirtschaft und der Internationalen Beziehungen)
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
JCWS	Journal of Cold War Studies
Jg.	Jahrgang
KAS	Konrad Adenauer Stiftung
KGB	Komitet gosudarstvennoj bezopasnosti (Komitee der Staatssicherheit)
KOR	Komitee zur Verteidigung der Arbeiter
KP	Kommunistische Partei
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KRK	Konventionelle Rüstungskontrolle
KSI	Klub Sozialer Initiativen
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KVAE	Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa
MID	Ministerstvo Inostrannyh Del (Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten)
MADO	Mežregional'naja Asociacija Demokratičeskich Organizacij (Zwischenregionale Vereinigung demokratischer Organisationen)
MGIMO	Moskovskij Gosudarstvennyj Institut Meždunarodnych Otnošenij (Institut für Internationale Beziehungen in Moskau)
MGK	Moskovskij Gorodskoj Komitet (Moskauer Stadtkomitee)
MHG	Moskovskaja Chel'sinskaja Gruppa (Moskauer Helsinki Gruppe)
Mio.	Millionen
MN	Moskovskie Novosti
MVD	Ministerstvo Vnutrennich Del (Ministerium für Innere Angelegenheiten)

NATO	North Atlantic Treaty Organization
NĖP	Novaja Ėkonomičeskaja Politika (Neue Ökonomische Politik)
NGO	Non-governmental Organization
NKAO	Nagorno-Karabachskaja Avtonomnaja Oblast' (der autonome Gebiet vom Berg-Karabach)
NLO	Novoe Literaturnoe Obozrenie
Nr.	Nummer
N+N	Neutrale und Nicht-paktgebundene Staaten.
ODIKSI	Obščestvo družby i kul'turnych svjazej s Izraelem (israelische Freundschaftsgesellschaft)
OFT	Ob"edenennyj Front Trudjaščichsja (Vereinigte Front der Werktätigen)
OMON	Otrjad milicii osobogo naznačenija (Milizverbände für besondere Aufgaben)
op.	opis'
OSA	Open Society Archives
OSZE	Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
OVIR	Otdel viz i registracii (Abteilung für Visa und Registrierung)
l.	list
LG	Literaturnaja Gazeta
LRINF	Longer-Range Intermediate Nuclear Force
RFE	Radio Free Europe
RFSZE	Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
RGANI	Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Novejšej Istorii (Russisches Staatsarchiv für zeitgenössische Geschichte)
RM	Russkaja Mysl'
RL	Radio Liberty
RSFSR	Rossijskaja Sovetskaja Federativnaja Socialističeskaja Respublika (Die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik)
S.	Seite Series
SDI	Strategic Defense Initiative
SGiP	Sovetskoe Gosudarstvo i Pravo
SJA	Soviet Jewish Affairs
SK	Sovetskaja Kul'tura
SMOT	Freie Interprofessionelle Vereinigung von Werktätigen
SR	Sovetskaja Rossija
SRINF	Short-Range Intermediate Range Nuclear Forces
SSR	Sovetskaja Socialističeskaja Respublika (Sowjetische Sozialistische Republik)

StGB	Strafgesetzbuch
Subf.	Subfonds
SZ	Süddeutsche Zeitung
Tab.	Tabelle
TASS	Telegrafnoe agenstvo Sovetskogo Sojuza (Telegraphenagentur der Sowjetunion)
u. a.	unter anderem
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UNO (=OON)	United Nation Organisation
USA	United States of America
USSR	The Union of Soviet Socialist Republics
UVIR	Upravlenie viz i registracii (Administration für Visa und Registrierung)
VASAMF	Vsemirnyj antisionistskij i antimasonskij front („Weltweite antizionistische und antifreimaurerische Front“)
VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
Vgl.	vergleiche
VKSE	Verhandlungen über die konventionelle Streitkräfte in Europa
VOA	Voice of America
Vol.	Volume
VVSBM	Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen
VVS SSSR	Vedomosti S"ezda Narodnych deputatov SSSR i Verchovnogo Soveta SSSR
VS SSSR	Verchovnyj Sovet SSSR
WVO	Warschauer Vertragsorganisation
WTO	World Trade Organization
z. B.	zum Beispiel
ZIB	Zeitschrift für Internationale Beziehungen
Ziff.	Ziffer
ZK	Zentralkomitee
ZP	Zeitschrift für Politikwissenschaft

## 2. Quellen- und Literaturverzeichnis

### 2.1 Quellen

#### Archivmaterial

##### Archiv der Forschungsstelle Osteuropa (FSO), Bremen

Fond 5/1.5-Fond 5/1.7: Periodika des Samizdat

Fond 52: Einzelschriften von Organisationen und politischen Parteien der Russischen Föderation 1991-

Fond 52/2: Hübner, Peter

Fond 53: Informelle Periodika der Perestroikazeit

Fond 54: Einzelschriften der Perestroikazeit

##### Central'nyj archiv obščestvenno-političeskoj istorii Moskvy (CAOPIM), Moskau (vor 2005: CAODM)

Fond 4: Moskovskij Gorodskoj Komitet KPSS (MGK KPSS). Dokumenty po osnovnoj dejatel'nosti 1981-1985

Fond 8659: Moskovskij narodnyj front (1088-1990 gg.)

Fond 8661: Rossijskij narodnyj front i Narodnyj front RSFSR. Kollekcija dokumentov

Fond 8723: Kollekcija dokumentov rukovodjaščich partijnych organov moskovskogo regiona o stanovlenii i razvitii obščestvenno-političeskich organizacij v period Perestroiki

##### Gosudarstvennyj Archiv Rossijskoj Federacii (GARF), Moskau

Fond 100031: Burlackij F.M.

Fond 10007: Kollekcija „Piš'ma i telegrammy narodnym deputatam“

##### Gosudarstvennaja Publičnaja Istoričeskaja Biblioteka (GPIB), Moskau

Kollekcija netradicionnoj pečati

Unsignierter Bestand von Flugblättern und Wahlplattformen (1989, 1989), zum Teil online: [http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=2245&sel\\_id=0](http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=2245&sel_id=0)

##### Meždunarodnyj Fond Social'no-ėkonomičeskich i politologičeskich issledovanij (Gorbačev-Fond, GF), Moskau

Fond 2: Materialy Černjaeva

Fond 3: Materialy V.V. Zagladina (1985-1992 gg.)

Fond 5: Materialy Šachnazarova

##### Open Society Archive (OSA), Budapest

Fond 300: Records of Radio Free Europe/Radio Liberty Research Institute

Fond 318: Records of the International Helsinki Federation for Human Rights (IHF)

##### Rossijskij Gosudarstvennyj Archiv Novejšej Istorii (RGANI), Moskau

Fond 89: Kollekcija kopij dokumentov (Sekretariata i Politbjuro CK KPSS) iz Archiva Prezidenta RF, podgotovlennaja dlja zasedanij Konstitucionnogo suda po „delu KPSS“

## Internetquellen

Abschließendes Dokument des Madrider Treffens 1980 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, [http://www.osce.org/documents/mcs/1980/11/4223\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/mcs/1980/11/4223_de.pdf).

Abschließendes Dokument des Wiener Treffens 1986 der Vertreter der Teilnehmerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, welches auf der Grundlage der Bestimmungen der Schlussakte betreffend die Folgen der Konferenz abgehalten wurde, <http://www.osce.org/de/mc/40883>.

Archiv Vjačeslava Igrunova, Novejšaja istorija, „Neformal'skij“ period, [http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n\\_histor/](http://igrunov.ru/vin/vchk-vin-n_histor/).

Bertelsmann-Transformation-Index, <http://www.bertelsmann-transformation-index.de/>.

Charta von Paris für ein neues Europa, [http://www.bundestag.de/bundestag/europa\\_internationales/international/osze/Auf\\_einen\\_Blick/charta.pdf](http://www.bundestag.de/bundestag/europa_internationales/international/osze/Auf_einen_Blick/charta.pdf).

Dokument der Bonner Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa, die in Übereinstimmung mit den einschlägigen Bestimmungen des Abschliessenden Dokuments des Wiener Treffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa einberufen wurde, [http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/eea/1990/04/13751_de.pdf).

Dokument des Kopenhagener Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, [http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992\\_de.pdf](http://www.osce.org/documents/odihr/1990/06/13992_de.pdf).

Dokument des Moskauer Treffens der Konferenz über die menschliche Dimension der KSZE, <http://www.osce.org/node/14312>.

Freedomhouse Index, <http://www.freedomhouse.org>.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, Schlussakte, <http://www.osce.org/node/39503>.

Russland-Analysen, <http://www.laender-analysen.de/russland/>.

Verzeichnis der informellen Gruppen, [http://www.shpl.ru/shpage.php?menu=1148&b\\_base=menus](http://www.shpl.ru/shpage.php?menu=1148&b_base=menus)

Vybory v Rossii, <http://www.shpl.ru/plakat/index.php?id=24>.

100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991), <http://www.1000dokumente.de>.

## Filmmaterial

Bol'soj den' Evropy, Regie: V. Troškin, UdSSR 1975, <http://www.net-film.ru/ru/film-7605/?sp=ru&s=%d0%91%d0%be%d0%bb%d1%8c%d1%88%d0%be%d0%b9+%d0%b4%d0%b5%d0%bd%d1%8c+%d0%95%d0%b2%d1%80%d0%be%d0%bf%d1%8b+%d0%a2%d1%80%d0%be%d1%88%d0%ba%d0%b8%d0%bd>.

Den' otkrovenija, Regie: A. Kibkalo, UdSSR 1989,

<http://www.net-film.ru/ru/film-9782/?sp=ru&s=%d0%94%d0%b5%d0%bd%d1%8c+%d0%be%d1%82%d0%ba%d1%80%d0%be%d0%b2%d0%b5%d0%bd%d0%b8%d1%8f+%d0%9a%d0%b8%d0%b1%d0%ba%d0%b0%d0%bb%d0%be>.

TV Space Bridge Soviet Union – United States. Meeting of US Congressmen and Members of the Supreme Soviet of the USSR / Telemost SSSR – SŠA. Vstreča deputatov v Verhovnom soвете SSSR s členami Kongressa SŠA, (Political Program). TV Space Bridge „Capital to Capital“: US Congressmen and Members of the Supreme Soviet of the USSR. Discussion of the Human Rights Issues. Russian language, 15-Oct-1987, VHS 120 min., in: OSA, Fonds 300, Subfonds 81, Series 9/26.

Man and the Law/Čelovek i zakon (legal Affairs), Human Rights Issues. Featuring Journalist F. Burlatski, in: OSA, Fonds 300, Subfonds 81, Series 9, Box 60.

## Interviews und Gespräche

Gespräch und Briefverkehr mit Aleksej Smirnov (Gründungsmitglied der MHG 1989), Moskau, März 2008.

Interview mit Ljudmila Alekseeva (1976 Gründungsmitglied und heute Vorsitzende der MHG), Bremen, 5. und 6. Juli 2008.

Interview mit Aleksandr Podrabinek (1977 Begründer der „Kommission zur Untersuchung des Psychiatriemissbrauchs“, Herausgeber der *Ėkspress-Chronika*), Moskau, 3. Dezember 2008.

Interview mit Elena Žemkova, (Gründungsmitglied und Geschäftsleitung der heutigen „Memorial“-Gruppe), Moskau, 12. Dezember 2008.

## Unveröffentlichte autobiografische Schriften aus dem Privatbesitz der Zeitzeugen

K meždunarodnym i nacional'nym organizacijam i častnym licam, zainteresovannym v razvitii čel'sinskogo processa v oblasti gumanityrnych problem. O programme moskovskogo seminaru po gumanitarnym problemam.

Smirnov, Aleksej: Iz moego pi'sma v MHG. Novaja istorija.

Smirnov, Aleksej: Členu MHG Kovalevu (vyderžki), (Brief an Sergej Kovalev vom 14. 01. 04). Briefverkehr der Verfasserin mit Smirnov, vom 01. 04. 08.

## Materialien von Radio Liberty / Radio Free Europe

Radio Free Europe/Radio Liberty, Materialy Samizdata, 1985–1990.

Radio Free Europe/Radio Liberty, Radio svoboda issledovatel'skij bjulleten', 1985–1988.

Radio Free Europe/Radio Liberty, Radio Free Europe Research: Baltic Area, Situation Report, 1988–1989.

Radio Free Europe/Radio Liberty, Radio Liberty Research Bulletin (ab 1989: Report on the USSR), 1987–1988.

Radio Liberty, Report on the USSR. A weekly publication of RFE/RL on current Soviet affairs, 1991.

## Verwendete Periodika

Sowjetische bzw. postsowjetische Presse und Fachzeitschriften  
*Arche Pačatak*



*Argumenty i fakty (AiF)*  
*Izvestija*  
*Komsomol'skaja Pravda*  
*Literaturnaja gazeta (LG)*  
*Moskovskie Novosti (MN)*  
*Nauka i religija*  
*Nauka i žizn'*  
*Nedelja*  
*Neprikosnovennyj zapas*  
*Novoe vremja*  
*Ogonek*  
*Partijnaja žizn'*  
*Pravda*  
*Rossijskaja gazeta*  
*Sovetskaja kul'tura (SK)*  
*Sovetskaja molodež*  
*Sovetskaja Rossija (SR)*  
*Sovetskoe gosudarstvo i pravo (SGiP)*  
*Trud*  
*Vek XX i mir*  
*Vestnik Ministerstva Inostrannyh del (Vestnik)*

### Informelle Presse

*Antisovetskaja pravda*  
*Atgimimas – Vestnik dviženija Sajudis*  
*Atmoda*  
*Belorusskaja tribuna*  
*Bjulleten' christianskoj obščestvennosti*  
*Chronika tekuščich sobytij*  
*Chronograf*, online abrufbar: <http://www.panorama.ru/gazeta/chronogr/index.html>  
*Den' za dnem*  
*Èkspress-Chronika*  
*Informacionnyj Bjulleten' Svobodnogo Mežprofessional'nogo Ob'edinenija Trudjaščichsja Glasnost'*  
*Golos izbiratelja*  
*Graždanskoe dostoinstvo*  
*Merkurij*, online abrufbar: <http://memorial-nic.org/mercury.html>  
*Mitin žurnal*  
*Novoje Literaturnoe Obozrenie*  
*Panorama*, online abrufbar: <http://www.panorama.ru/gazeta/index.html>  
*Prava*  
*Prava čeloveka*  
*Referendum*  
*Rossijskaja gazeta*  
*Rossijskie vedomosti*  
*Rubikon*  
*Slovo Urala*  
*Soglasie*  
*Sovetskaja moral'ka*  
*Vestnik Kluba nezavisimoj pečati*  
*Vestnik Narodnogo Fronta Èstonii*  
*Vestnik soveta po èkologii kul'tury*  
*Vozroždenije*  
*Vybory – 90*

## Andere Presse

Europa-Archiv  
*Russkaja Mysl'* (RM)  
 Spiegel  
 Süddeutsche Zeitung (SZ)  
 Die Welt

## Memoiren und Selbstzeugnisse

- Adamishin, Anatoly/Schifter, Richard: Human Rights, Perestroika, and the End of the Cold War, Washington 2009.
- Alekseeva, Ljudmila: Pokolenie ottepeli, Moskau 2006.
- Alekseeva, Ljudmila: Istorija inakomyslija v SSSR, Novejsij period, Moskau 2001.
- Brazauskas, Algirdas: Razvod po-litovski, Wilna 1993.
- Bukowski, Wladimir: UdSSR: Von der Utopie zum Desaster. Mit einem Vorwort von Cornelia Gerstenmaier, Herford/Hamburg/Stuttgart 1991.
- Burlackij, Fedor: Glotok svobody, Bd. 2, Moskau 1997.
- Černjaev, Anatolij: Sovmestnyj ischod. Dnevnik dvuch epoch 1972–1991 gody, Moskau 2008.
- [Černjaev] Tschernajew, Anatoli: Die letzten Jahre einer Weltmacht. Der Kreml von innen, Stuttgart 1993.
- Dobrynin, Anatolij: Sugubo doveritel'no. Posol v Vašingtoně pri šesti prezidentach SŠA (1962–1986 gg.), Moskau 1997.
- Dubinina, Jurij: Vospominanija. Čel'sinki – 1975. Detali istorii, in: *Voprosy istorii*, Nr. 11–12, 1995, S. 101–119.
- El'cin, Boris: Ispoved' na zadannuju temu, Moskau 1990.
- Genscher, Hans-Dietrich: Erinnerungen, Berlin 1995.
- Gorbačev, Michail: Žizn' i reform, Bde. 1 und 2, Moskau 1995.
- [Gorbačev] Gorbatschow, Michail: Das gemeinsame Haus Europa und die Zukunft der Perestroika. Mit Beiträgen sowjetischer Wissenschaftler und Politiker, Düsseldorf/Wien/New York 1990.
- [Gorbačev] Gorbatschow, Michail/Sagladin, Vadim/Tschernjajew [Černjaev], Anatoli: Das Neue Denken. Politik im Zeitalter der Globalisierung, München 1997.
- [Gorbačev] Gorbatschow, Michail: Der Staatsstreich, München 1991.
- [Gorbačev] Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite Etappe hat begonnen. Eine Debatte über die Zukunft der Reformpolitik, Köln 1988.
- [Gorbačev] Gorbatschow, Michail: Perestroika. Die zweite russische Revolution. Eine neue Politik für Europa und die Welt, München 1987.
- [Gračev] Gračev, Andrei: Gorbachev's Gamble. Soviet Foreign Policy & the End of the Cold War, Cambridge 2008.
- Gračev, Andrej: Gorbačev, Moskau 2001.
- Gračev, Andrej: Kremlevskaja Chronika, Moskau 1994.
- Grinevskij, Oleg: Perelom. Ot Brežneva k Gorbačevu, Moskau 2004.
- Grinevskij, Oleg: Tauwetter. Entspannung, Krisen und neue Eiszeit, Berlin 1996.
- Jakovlev, Aleksandr: Sumerki, Moskau 2005.
- Fadeev, Valerij: Očerki 88 goda (Pochoždenija neformala), 2 Teile, Moskau 1992.
- Falin, Valentin: Politische Erinnerungen, München 1995.
- Kašlev, Jurij: Mnogolikaja diplomatija. Ispoved' posla, Moskau 2004.

Kašlev, Jurij: Obščeevropskij process: včera, segodnja, zavtra, Moskau 1990.

Novak, Michael: Taking Glasnost Seriously. Toward an Open Soviet Union, Washington 1988.  
Novodvorskaja, Valerija: Po tu storonu otčajanija, Moskau 1993.

Oplatka, Andreas: Lennart, Meri. Ein Leben für Estland. Dialog mit dem Präsidenten, Zürich 1999.

[Sacharov] Sacharow, Andrej: Mein Leben, München/Zürich <sup>2</sup>1991.

[Šachnazarov] Schachnasarow, Georgi: Preis der Freiheit. Eine Bilanz von Gorbatschows Berater, Bonn 1996.

Ševardnadze, Eduard: Kogda ruchnul železnyj zanaves, Moskau 2009.

[Ševardnadze] Schewardnadse, Eduard: Die Zukunft gehört der Freiheit, Hamburg 1991.

Vorotnikov, Vitalij: A bylo èto tak... Iz dnevnika člana Politburo CK KPSS, Moskau 2003.

### Gedruckte Quellen, Editionen und Dokumentationen

Archiv der Gegenwart (55. Jahrgang 1985 – 60. Jahrgang 1990), Sankt Augustin.

Basket I – Implementation of the Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe: Findings Eleven Years after Helsinki. Report submitted to the Congress of the United States by the Commission on Security and Cooperation in Europe, Vol. 2, November 1986.

Berezovskij, V./Krotov, N.: Neformal'naja Rossija. O neformal'nych politizirovannyh dviženijach I gruppach v RSFSR (opyt spravočnika), Moskau 1990.

Berezovskij V./Krotov N./Červjakov V.: Rossija: partii, associacii, sojuzy, kluby. Sbornik dokumentov i materialov v 10-ti knigach. Spravočnik, Bd. I, Teile I und II, Moskau 1991.

Berezovskij, V./Krotov, N./Solovej V./Červjakov V.: Rossija: Partii, associacii, sojuzy, kluby. Sbornik materialov v 10-ti knigach, Moskau 1993.

Brunner, Otto/Conze, Werner/Koselleck, Reinhart (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland, Bd. 4, Stuttgart 1978.

Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Menschenrechte. Dokumente und Deklarationen, Bonn 2004.

Chel'sinki 30 let spustja, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 7–8, 2005.

Chronika putča. Čas za časom. Sobytija 19–22 avgusta 1991 v svodkach Rossijskogo Informacionnogo Agentstva, Moskau 1992.

Eichwede, Wolfgang (Hrsg.): Das Archiv der Forschungsstelle Osteuropa. Bestände im Überblick: UdSSR/Russland, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn und DDR, Stuttgart 2009.

Eichwede, Wolfgang (Hrsg.): Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre (Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8), Bremen 2000.

Gorbačev, Michail: Izbrannye reči i stat'i, 7 Bde., Moskau 1987–1990.

[Gorbačev] Gorbatschow, Michail: Reden und Aufsätze zu Glasnost und Perestroika, Moskau 1988.

[Gorbačev] Gorbatschow, Michail: Gipfelgespräche. Geheime Protokolle aus meiner Amtszeit, Berlin 1993.

Goryn', Michajlo: Specifika ukrainskogo pravozaščitnogo dviženija nakanune razvala Sovetskoj imperii, in: *Prava čeloveka v Rossii: prošloe i nastojaščee*. Sbornik dokladov i materialov naučno-praktičeskoj konferencii, Perm' 1999, S. 118–124.

IHF: On speaking terms. An unprecedented Human Rights Mission to the Soviet Union, Wien 1988.

Implementation of the Helsinki Accords. Hearing before the Commission on Security and Cooperation in Europe. One Hundred Second Congress. First Session. Soviet Crackdown in the Baltic States. January 22, 1991.

Koval', B.I. (Hrsg.): *Rossija segodnja. Političeskij portret, 1985–1990 gg.*, Moskau 1991.

Krasnoe ili belo? Drama avgusta: fakty, gipotezy, stolknovenie mnenij, Moskau 1992.

Kudrjavcev, Il'ja (Sost.): *Spravočnik političeskich i obščestvennych organizacij Latvii*. MBIO, Moskau 1990.

Lebedev, A.V. (Hrsg.): *Russkoe delo segodnja*, Bd. I. „Pamjat“, Moskau 1991.

Ljubarskij, Kronid (Hrsg.): *Vesti iz SSSR: Prava čeloveka = USSR News Brief: Human Rights*, München 1985, 1986, 1987, 1988, 1989, 1990, 1991.

Luchterhandt, Galina: *Die politischen Parteien im neuen Rußland: Dokumente und Kommentare*, Bremen 1993.

Mitrochin, Sergej: *Graždanskije vojny: ot okružnych sobranij po podščetu golosov*, in: Papp, Anatolij/Pribylovskij, Vladimir (Hrsg.): *Vybory – 1989. Moskovskoe bjuro informacionnogo obmena*, Moskau 1993, Teil I, S. 10–23.

Mjalo, K.G./Sokolov, S.V./Sverdlov V.I. (Hrsg.): *Po stranicam samizdata*, Moskau 1990.

*Moskovskoe soveščanie konferencii po čelovečeskemu izmereniju SBSE. Sbornik naučno-informacionnyh materialov*, 2 Bde., Moskau 1992.

*Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes. Bericht der unabhängigen Wissenschaftskommission*, Köln 1988.

*Naselenie SSSR 1988. Statističeskij ežegodnik. Gosudarstvennyj komnitet SSSR po statistike*, Moskau 1989.

*Narodnyj kongress. Sbornik materialov kongressa Narodnogo Fronta Ėstonii. 1–2 Oktjabrja 1988 g.*, Tallin 1989.

*Narodnyj Front Latvii (Hrsg.): Programma Narodnogo Fronta Latvii*, Riga 1988.

*News from Helsinki Watch. Psychiatric Abuse in the Soviet Union*, May 1990.

*Obščsaja programma Litovskogo dviženija za perestrojku. Prinjata na Učreditel'nom s'ezde Litovsko-go dviženija za perestrojku 23 oktjabrja 1988 g.*, Vil'njus 1989.

*Obščestvennoe mnenie – 2009. Ežegodnik. Analitičeskij centr Jurija Levady*, Moskau 2009.

*OSZE-Jahrbuch 2005.*

Papp, Anatolij/Pribylovskij, Vladimir (Hrsg.): *Vybory – 1989. Moskovskoe bjuro informacionnogo obmena*, Moskau 1993, 2 Teile.

*Pervyj s'ezd narodnych deputatov SSSR. 25 maja – 9 ijunja 1989 g., stenografičeskij otčet*, 6 Bde., Moskau 1989.

Pochlebkina, V.V.: *Vnešnjaja politika Rusi, Rossii i SSSR za 1000 let v imenach, datach, faktach. Vyp. 1. Vedomstva vnešnej politiki i ich rukovoditeli. Spravočnik*, Moskau 1992.

*Prava čeloveka v Rossii: prošloe i nastojaščee. Sbornik dokladov i materialov naučno-praktičeskoj konferencii*, Perm' 1999.

*Pristavkin, A.I. (Hrsg.): Aprel'*, Moskau 1989.

Redlich, Roman: *Svoimi silami. Antologija nezavisimoj žurnalistiki 1987–1988 gg.*, Frankfurt am Main 1989.

Romankov, L.P.: *Vybory ot akademii nauk*, in: Papp, Anatolij/Pribylovskij, Vladimir (Hrsg.): *Vybory – 1989. Moskovskoe Bjuro informacionnogo obmena*, Moskau 1993, Teil I, S. 24–32.

Sacharov, Andrej: *Trevoga i nadežda*, Moskau 1991.

*SBSE i prava čeloveka. Obzor sobljuđenija Zaključitel'nogo dokumenta po stranam. Dokumentacija predstavlenaja Konferencii po Pravam čeloveka SBSE*, Moskau, September 1991.

*Meždunarodnoe Obščestvo Prav Čeloveka*, Frankfurt am Main.

Schweisfurth, Theodor (Hrsg.): *KSZE. Dokumente der KSZE*, München 1993.

Sobranie postanovlenij pravitel'stva SSSR, 1986.

Sojuz možno bylo sochranit'. Belaja kniga. Dokumenty i fakty o politike M.S. Gorbačeva po reformirovaniju i sochraneniju mnogonacional'nogo gosudarstva, Moskau <sup>2</sup>2007.

Soroka, Lora (Hrsg.): Archives of the Communist Party and Soviet State. Fond 89. Guide to the Microfilm Collection in the Hoover Institution Archives Communist Party of the Soviet Union on trial, Stanford 2001.

SSSR v bor'be za bezopasnost' i sotrudničestvo v Evrope 1964–1987. Sbornik Dokumentov, Moskau 1988.

Suetnov, Aleksandr: Samizdat. Bibliografičeskij ukazatel'. Katalog netradicionnyh izdanij (1985–1991), Moskau <sup>2</sup>1992.

Suetnov, Aleksandr: Samizdat. (Vspomogatel'nye ukazateli), Bd. 2, Moskau 1992.

The Vienna CSCE Follow-up Meeting. Report Prepared by the Staff of the U.S. Commission on Security and Cooperation in Europe. Washington 1990.

Vedomosti S'ezda Narodnyh deputatov SSSR i Verchovnogo Soveta SSSR [VVS SSSR], Moskau 1988, 1989, 1990, 1991.

Verchovnij Sovet SSSR. Pervaja sessija. Stenografičeskij otčet, 1989.

Verchovnij Sovet SSSR. Vtoraja sessija. Stenografičeskij otčet, 1989.

Verchovnij Sovet SSSR. Tret'ja sessija. Stenografičeskij otčet, 1990.

Verchovnij Sovet SSSR. Četvertaja sessija. Stenografičeskij otčet, 1990.

Vneočerednoj tretij s'ezd narodnyh deputatov SSSR. 12–15 marta 1990 g., stenografičeskij otčet, 3 Bde., Moskau 1990.

V Politbjuro CK KPSS... Po zapisjam Anatolija Černjaeva, Vadima Medvedeva, Georgija Šachnazarova (1985–1991), Moskau <sup>2</sup>2008.

Vtoroj s'ezd narodnyh deputatov SSSR. 12–24 dekabrja 1989 g., stenografičeskij otčet, 6 Bde., Moskau 1990.

Ukrainska Gramads'ka Grupa sprijannja vikonannju Gel'sinkskich ugod: Dokumenti i materiali, 10 grudnja 1978–11 bereznja 1988, Bd. 4, Charkiv 2001.

Ustav belorusskogo narodnogo fronta za perestrojku (Proekt), Mensk 1989.

U.S. Helsinki Watch Committee (Hrsg.): Neformaly. Civil Society in the USSR. A Helsinki Watch Report, Februar 1990.

Zdravomyslova, E.A./Temkina, A.A.: Izbiratel'aja kampanija i obščestvennoe dviženie v Leninsgrade, in: Papp, Anatolij/Pribylovskij, Vladimir (Hrsg.): Vyборы – 1989. Moskovskoe Bjuro informacionnogo obmena, Moskau 1993, Teil 2, S. 1–17.

XIX vsesojuznaja konferenzija Kommunističeskoj partii Sovetskogo Sojuza. 28 ijunja – 1 ijulja 1988 goda. Stenografičeskij otčet, 2 Bde., Moskau 1988.

## 1.2 Sekundärliteratur

Adamishin, Anatoly: The Final Act: Is The Curtain Coming Down? In: Russia in Global Affairs, Nr. 3, 2005, [http://eng.globalaffairs.ru/number/n\\_5350](http://eng.globalaffairs.ru/number/n_5350).

Adler, Nancy: Victims of Soviet Terror. The Story of the Memorial Movement, Westport/London 1993.

Adomeit, Hannes/Höhmman, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka, Stuttgart/Berlin/Köln 1990.

Afanassjew, Juri (Hrsg.): Es gibt keine Alternative zu Perestrojka: Glasnost Demokratie Sozialismus, Moskau 1988.

Ahlberg, René: Legitimitätskrise der kommunistischen Herrschaft, in: Osteuropa, 1990, S. 517–534.

- Alexandrova, Olga: Die Diskussion um die Rechtslage informeller Gruppen, in: Schmid, Karin (Hrsg.): Gesetzgebung als Mittel der Perestrojka. Wunsch und Wirklichkeit, Baden-Baden 1991, S. 169–176.
- Alexandrova, Olga: Informelle Gruppen und Perestrojka in der Sowjetunion. Eine Bestandsaufnahme. Berichte des BIOst, Nr. 18, Köln 1988.
- Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 11), München 2011.
- Altrichter, Helmut: Russland 1989. Der Untergang des sowjetischen Imperiums, München 2009.
- Altrichter, Helmut: Der Zusammenbruch der Sowjetunion 1985–1991, in: Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5, Stuttgart 2002, S. 519–593.
- Anderson, John: Drafting a Soviet Law on Freedom of Conscience, in: SJA, Vol. 19, Nr. 1, 1989, S. 19–33.
- Armbrorst, Kerstin: Ablösung von der Sowjetunion: Die Emigrationsbewegung der Juden und Deutschen vor 1987, Münster/Hamburg/London 2001.
- Arzt, Donna E.: The New Soviet Emigration Law Revisited: Implementation and Compliance with Other Laws, in: Soviet Jewish Affairs, Vol. 18, Nr. 1, 1988, S. 17–27.
- Ash, Timothy Garton: Jahrhundertwende. Weltpolitische Betrachtungen 2000–2010, Bonn 2010.
- Åslund, Anders: Gorbachev's Struggle for Economic Reform, New York 1991.
- Aves, Jonathan: The Evolution of Independent Political Movements after 1988, in: Hosking, G./Aves, J./Duncan, P. (Hrsg.): The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991, London 1992, S. 29–66.
- Bange, Oliver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): Helsinki 1975 and the Transformation of Europe, New York/Oxford 2008.
- Beissinger, Mark R.: Nationalist Mobilization and the Collapse of the Soviet State, New York 2002.
- Berndsen, Silke: Über die KSZE zurück zur internationalen Staatengemeinschaft? Die Bedeutung der KSZE für das Streben der baltischen Nationen nach Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit 1972–1991, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 305–322.
- Békés, Csaba: Der Warschauer Pakt und der KSZE-Prozess 1965 bis 1970, in: Diedrich, Torsten/Heinemann, Winfried/Ostermann, Christian (Hrsg.): Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991, Berlin 2009, S. 225–244.
- Bilandžić, V./Kosanović, M. (Hrsg.): From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78, Belgrad 2008.
- Boekle, Henning/Rittberger, Volker/Wagner, Wolfgang: Soziale Normen und normgerechte Außenpolitik. Konstruktivistische Außenpolitiktheorie und deutsche Außenpolitik nach der Vereinigung, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft, Nr. 1, 2001, S. 71–103.
- Boettke, Peter J.: Why Perestroika Failed. The Politics and Economics of Socialist Transformation, London 1993.
- Bomsdorf, Falk/Adomeit, Hannes: Das „neue Denken“: Grundzüge und Verwirklichung, in: Adomeit, Hannes/Höhmman, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 261–296.
- Bonwetsch, Bernd: Die Bewältigung der Vergangenheit. Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften in der „Perestrojka“, in: Mommsen, Margareta/Schröder, Hans-Henning: Gorbatschows Revolution von oben: Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR, Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 74–88.
- Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Ludlow, Piers P./Nuti, Leopoldo (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London/New York 2008.
- Bloed, Arie (Hrsg.): The Conference of Security and Cooperation in Europe: Analysis and Basic Documents, 1972–1993, Dordrecht 1993.
- Bloed, Arie: Moscow Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE: A Critical Analysis, in: Helsinki Monitor, Vol. 3, Nr. 1, 1992, S. 4–16.

- Bloed, Arie/Dijk van, Pieter (Hrsg.): *The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath* (International Studies in Human Rights, 20), Dordrecht 1991.
- Bloed, Arie: A new CSCE Human Rights ‚Catalogue‘: The Copenhagen Meeting of the Conference on the Human Dimension of the CSCE, in: Bloed, Arie/Dijk van, Pieter (Hrsg.): *The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath* (International Studies in Human Rights, 20) Dordrecht 1991, S. 54–71.
- Bredow, Wilfried von: *Der KSZE-Prozeß. Von der Zähmung zur Auflösung des Ost-West-Konflikts*, Darmstadt 1992.
- Brendel, Thomas J.: Ein neues Gesetz zur Regelung von Ausreise und Einreise für Bürger der UdSSR, in: *Osteuropa*, Nr. 4, 1992, S. 303–309.
- Breska, Eric von: Doppelherrschaft und Verfassungskrieg in Russland, in: Mommsen, Margareta/Bos, Ellen/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.): *Demokratie-Experimente im Postkommunismus. Politischer und institutioneller Wandel in Osteuropa*, Bd. 2, Münster 1995, S. 49–76.
- Brettin, Michael: Das Scheitern eines unfreiwilligen Experiments: Die sowjetische Nationalitäten-Politik in der „Perestrojka“ (1985/87–1991) dargestellt am Beispiel Estlands. *Hamburger Beiträge zur Geschichte des östlichen Europa*, Bd. 1, herausgegeben von Norbert Angermann, Hamburg 1996.
- Brichambaut de, Marc Perrin: The OSCE and the 21st Century, in: *Helsinki Monitor*, Vol. 18, Nr. 3, 2007, S. 180–191.
- Brown, Archie: *Seven Years that Changed the World. Perestroika in Perspective*, Oxford 2007.
- Brown, Archie: *Der Gorbatschow-Faktor. Wandel einer Weltmacht*, Frankfurt am Main/Leipzig 2000.
- Bruns, Wilhelm: Mehr Substanz in den Ost-West-Beziehungen. Zur dritten KSZE-Folgekonferenz in Wien, in: *APuZ*, H. 12, 1989, S. 3–9.
- Budinas, Evgenij: Ternii pravdy, in: *Vek XX i mir*, Nr. 8, 1989, S. 26–31.
- Búmanis, Márton: Die KP Lettlands und die nationale Frage im Zeichen der „Umgestaltung“. *Berichte des BIOst*, Nr. 10, Köln 1989.
- Butenschön, Marianne: *Estland, Lettland, Litauen. Das Baltikum auf dem langen Weg in die Freiheit*, München/Zürich 1992.
- Checkel, Jeffrey T.: Ideas, Institutions, and the Gorbachev Foreign Policy Revolution, in: *World Politics*, Vol. 45, Nr. 2, 1993, S. 273–300.
- Čchikvadze, V.M.: O nekotorych meždunarodnych aspektach problemy prav čeloveka, in: *SGiP*, Nr. 7, 1987, S. 85–92.
- Čurbanov, V./Neljubin, A.: Neformal'nye ob'edinenija i perestrojka: nadeždy i trevogi, in: Pečenev, V. A./V'junickij, V. I.: *Neformaly. Kto oni? Kuda zovut?*, Moskau 1992, S. 9–47.
- Cushman, Thomas: *Notes from the Underground: Rock Music Counter-Culture in Russia*, New York 1995.
- Dallin, Alexander: Causes of the Collapse of the USSR, in: *Post-Soviet Affairs*, Vol. 8, Nr. 4, 1992, S. 279–302.
- Dalos, György: *Gorbatschow. Mensch und Macht. Eine Biografie*, München 2011.
- Dalos, György: *Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa*, Bonn 2009.
- Davy, Richard: Helsinki Myths: Setting the Record Straight on the Final Act of the CSCE, 1975, in: *Cold War History*, Vol. 9, Nr. 1, Febr. 2009, S. 1–22.
- Dehnert, Gunter: „Eine neue Beschaffenheit der Lage“. Der KSZE-Prozess und die polnische Opposition 1975–1989, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990* (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 11), München 2011, S. 87–98.
- Delavre, Tina (Hrsg.): *Der Putsch in Moskau. Berichte und Dokumente*, Frankfurt am Main 1992.
- Diedrich, Torsten/Heinemann, Winfried/Ostermann, Christian (Hrsg.): *Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch 1955 bis 1991*, Berlin 2009.
- Doepfner, Andreas: Das KSZE-Expertentreffen über menschliche Kontakte in Bern. Einordnung, Beschreibung, Bewertung, in: *Europa-Archiv*, Folge 17, 1986, S. 513–522.



- Dohrn, Verena: Massenexodus oder Erneuerung der jüdischen Kultur? Die jüdische Bewegung in der Sowjetunion, in: Osteuropa, Nr. 2, 1991, S. 103–120.
- Duncan, Peter J.S.: The Rebirth of Politics in Russia, in: Hosking G./Aves, J./Duncan, P. (Hrsg.): The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991, London 1992, S. 67–120.
- Dunlop, John B.: The August 1991 Coup and Its Impact on Soviet Politics, in: JCWS, Vol. 5, Nr. 1, 2003, S. 94–127.
- Eichwede, Wolfgang: „Entspannung mit menschlichem Antlitz“. Die KSZE, die Menschenrechte und der Samizdat, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 59–83.
- Eichwede, Wolfgang: Helsinki and the Civil Rights Movement in Eastern Europe, in: Bilandžić, V./Kosanović, M. (Hrsg.): From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78, Belgrad 2008, S. 141–149.
- Eichwede, Wolfgang: „Archipel Samizdat“, in: Ders. (Hrsg.): Samizdat. Alternative Kultur in Zentral- und Osteuropa: Die 60er bis 80er Jahre (Dokumentationen zur Kultur und Gesellschaft im östlichen Europa, Bd. 8), Bremen 2000, S. 8–19.
- Eichwede, Wolfgang: Bürgerrechtsbewegung und neue Öffentlichkeit in der UdSSR, in: Osteuropa, Nr. 1, 1988, S. 18–34.
- Eickhoff, Ekkehard: Das KSZE-Expertentreffen in Ottawa – Eine Bewertung, in: Europa-Archiv, Folge 19, 1985, S. 573–580.
- Eisfeld, Alfred: Zur jüngsten Entwicklung der Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen, in: Osteuropa, Nr. 1, 1990, S. 11–32.
- Eisfeld, Alfred: Teilerfolge und Rückschläge für die Autonomiebewegung der Sowjetdeutschen, in: Osteuropa, Nr. 9, 1990, S. 849–863.
- Elgašin, K.: Samizdat – tribuna glasnosti, in: Suslova, Elena (Hrsg.): Obščestvennye samodejatel'nyedviženija: problemy i perspektivy, Moskau 1990, S. 248–257.
- Engert, Steffi/Gartenschläger, Uwe: Der Aufbruch: Alternative Bewegungen in der Sowjetunion. Perestroika von unten, Hamburg 1989.
- English, Robert: Russia and the Idea of the West: Gorbachev, Intellectuals and the End of the Cold War, New York 2000.
- English, Robert: The Sociology of New Thinking. Elites, Identity Change, and the End of the Cold War, in: JCWS, Vol. 7, Nr. 2, 2005, S. 43–80.
- Esterik, Chris van/Minnema, Hester: The Conference That Came in From the Cold, in: Bloed, Arie/Dijk van, Pieter (Hrsg.): The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath (International Studies in Human Rights, 20) Dordrecht 1991, S. 1–29.
- Evangelista, Matthiew: Norms, Heresthetics, and the End of the Cold War, in: JCWS, Vol. 3, Nr. 1, 2001, S. 5–35.
- Feest, David: Ethnische Spaltung, nationale Konsolidierung. Die Folgen des Hitler-Stalin-Paktes im Baltikum, in: Osteuropa, Nr. 7–8, 2009, S. 187–203.
- Fein, Elke: Geschichtspolitik in Russland. Chancen und Schwierigkeiten einer demokratischen Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit am Beispiel der Tätigkeit der Gesellschaft Memorial, Hamburg 2000.
- Fischer, Thomas: Neutral Power in the CSCE. The N+N States and the Making of the Helsinki Accords 1975 (Wiener Schriften zur Internationalen Politik, Bd. 12), Baden-Baden 2009.
- Foucault, Michel: Die Ordnung des Diskurses, Frankfurt am Main 2000.
- Fortescue, Stephen (Hrsg.): Russian Politics from Lenin to Putin, Oxford 2010.
- Furman, Dmitrij: Ot Rossijskoj imperii k russkomu demokratičeskomu gosudarstvu, in: *Neprikosnennyj zapas*, Nr. 5, 2010, S. 44–54.
- Gerrits, André W.M.: Russia and the OSCE: a Story of High Expectations, Strong Disillusionment and Obstinate Confrontation, in: Security and Human Rights, Vol. 19, Nr. 2, June 2008, S. 107–109.
- Gestwa, Klaus: Sicherheit in der Sowjetunion 1988/1989. Perestrojka als missglückter Tanz auf dem zivilisatorischen Vulkan, in: Stadelmann, Matthias/Antipow, Lilia (Hrsg.): Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für

- Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 77), Stuttgart 2011, S. 449–467.
- Gibbs, Joseph: Gorbachev's Glasnost. The Soviet Media in the First Phase of Perestroika, Texas A&M University Press 1999.
- Gilde, Benjamin: Keine neutralen Vermittler. Die Gruppe der neutralen und nicht-paktgebundenen Staaten und das Belgrader KSZE-Folgetreffen 1977/78, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 3, 2011, S. 413–444.
- Gilde, Benjamin: „Kein Vorreiter“. Österreich und die humanitäre Dimension der KSZE 1969–1973, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 11), München 2011, S. 41–50.
- Goldberg, Paul: The Final Act. The Dramatic, Revealing Story of the Moscow Helsinki Watch Group, New York 1988.
- Götz-Coenenberg, Roland: Manager gegen Bürokraten, in: Mommsen, Margareta/Schröder, Hans-Henning: Gorbatschows Revolution von oben: Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR, Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 157–174.
- [Gračev] Grachev, Andrei: From the Common European Home to European Confederation: François Mitterrand and Mikhail Gorbachev in Search of the Road to a Greater Europe, in: Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Ludlow, Piers P./Nuti, Leopoldo (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London/New York 2008, S. 207–219.
- Gromov, Andrej/Kuzin, Oleg: Neformaly. Kto est' kto?, Moskau 1990.
- Groth, Michail: Fortschritte im KSZE-Prozess. Das dritte Folgetreffen in Wien, in: Europa-Archiv, Folge 3, 1989, S. 95–102.
- Grotzky, Johannes: Die XIX. Parteikonferenz der KPdSU in Moskau, in: Europa-Archiv, Folge 16, 1988, S. 459–464.
- [Gudkov] Gudkov, Lew: Die politische Kultur des postsowjetischen Russland, in: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland, Bonn 2010, S. 410–440.
- Gudkov, Lev/Dubin, Boris/Zorkaja, Natalija: Postsovetskij čelovek i graždanskoe občestvo, Moskau 2008.
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft [1962], Neuauflage mit einem Vorwort von 1990, Frankfurt am Main 1999.
- Hain, Sabine: Partei und Staat in der Sowjetunion 1985–1991, Hamburg 2006.
- Halbach, Uwe: Brisanz der Nationalitätenfrage, in: Adomeit, Hannes/Höhmman, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 111–139.
- Halbach, Uwe: Ethnische Beziehungen in der Sowjetunion und nationale Bewusstseinsprozesse bei Nichtrussen. Berichte des BIOst, Nr. 8, Köln 1989.
- Halbach, Uwe: Perestrojka und Nationalitätenproblematik. Der Schock von Alma-Ata und Moskau gespanntes Verhältnis zu Mittelasien. Berichte des BIOst, Nr. 38, Köln 1987.
- Hamann, Rudolf/Matthies, Volker (Hrsg.): Sowjetische Außenpolitik im Wandel. Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985–1990, Baden-Baden 1991.
- Hanisch, Anja: Die DDR im KSZE-Prozess 1972–1985. Zwischen Ostabhängigkeit, Westabgrenzung und Ausreisebewegung (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 91), München 2012.
- Hauswedell, Corinna (Hrsg.): Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945, Essen 2006.
- Heitman, Sidney: The Third Soviet Emigration, 1948–91, in: Refuge: Canada's Periodical on Refugees, Vol. 13, Nr. 2, 1993, S. 5–13.
- Heitman, Sidney: Soviet Emigration under Gorbachev, in: Soviet Jewish Affairs, Vol. 19, Nr. 2, 1989, S. 15–23.
- Heitman, Sidney: The Third Soviet Emigration, in: Soviet Jewish Affairs, Vol. 18, Nr. 2, 1988, S. 17–41.
- Hellmann Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Band 10), Baden-Baden 2003.

- Hermann, Arthur: Litauen. Über den Wandel des „Gente Lituanus Nazione Sovieticus“. Streifzüge und Eindrücke, in: *Baltisches Jahrbuch*, 1988, S. 105–114.
- Heyde, Veronika: Multilaterale Konferenzdiplomatie unter nationaler Flagge. Die KSZE-Politik von Präsident Giscard d'Estaing 1974–1978, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitsgeschichte im Gespräch, Bd. 11)*, München 2011, S. 29–40.
- Hielscher, Karla: Der neue Frühling in Literatur und Kunst, in: Mommsen Margareta/Schröder, Hans-Henning: *Gorbatschows Revolution von oben: Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR*, Frankfurt am Main/Berlin 1987, S. 31–51.
- Hielscher, Karla: Das Gespenst der „Russophobie“. Schriftsteller als treibende Kraft des ideologischen Antisemitismus, in: Koenen, Gerd/Hielscher, Karla: *Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion*, Hamburg 1991, S. 51–81.
- Hildermeier, Manfred: *Geschichte der Sowjetunion 1917–1991. Aufstieg und Niedergang des ersten sozialistischen Staates*, München 1998.
- Hobsbawm, Eric: *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, München 2010.
- Höhm, Hans-Hermann: Die Wirtschaft der UdSSR im 12. Planjahr fünf: auf der Suche nach Wegen aus der Krise, in: Adomeit, Hannes/Höhm, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): *Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka*, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 140–161.
- Hosking G./Aves, J./Duncan, P. (Hrsg.): *The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991*, London 1992.
- Hosking, Geoffrey A.: Popular Movement in Estonia, in: Hosking G./Aves, J./Duncan, P. (Hrsg.): *The Road to Post-Communism: Independent Political Movements in the Soviet Union, 1985–1991*, London 1992, S. 180–201.
- Humphrey, Robin/Miller, Robert/Zdravomyslova, Elena: *Biographical Research in Eastern Europe. Altered Lives and Broken Biographies*, London 2003.
- Ionescu, Mihail E.: Romania, Ostpolitik and the CSCE, 1967–1975, in: Bange, Oliver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008, S. 129–143.
- Igrunov, Vjačeslav: Öffentlichkeitsbewegungen in der UdSSR: Vom Protest zum politischen Selbstbewusstsein, in: Segbers, Klaus (Hrsg.): *Perestrojka. Zwischenbilanz*, Frankfurt am Main 1990, S. 76–105.
- Jansons, Uldis: Die nationale Opposition in Lettland, in: *Osteuropa-Info*, Nr. 62/63, 1985, S. 12–44.
- Judt, Tony: *Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg*, Bonn 2006.
- Jung, Lothar: Die Konzeption des „neuen Denkens“ in der sowjetischen Außenpolitik, in: Hamann, Rudolf/Matthies, Volker (Hrsg.): *Sowjetische Außenpolitik im Wandel. Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985–1990*, Baden-Baden 1991, S. 39–60.
- Kalinovsky, Artemy M.: *A Long Goodbye. The Soviet Withdrawal from Afghanistan*. Cambridge/Massachusetts/London 2011.
- Kappeler, Andreas: *Umbau des Sowjetsystems*, Stuttgart/Bonn 1989.
- Kappeler, Andreas/Meissner, Boris/Simon, Gerhard (Hrsg.): *Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa, Bd. 1)*, Köln 1987.
- [Kashev] Kashlev, Yuri: The CSCE in the Soviet Union's Politics, in: *International Affairs*, Nr. 7, 1992, S. 66–72.
- [Kashev] Kashlev, Yuri: The Lessons of Bern – Who Is against Contacts, in: *International Affairs*, Nr. 10, 1986, S. 39–45.
- Kionka, Riina/Laanemäe, Mart: Estland. Hintergründe zum Entstehen der Volksfront in Estland. Ein kurzer Überblick, in: *Baltisches Jahrbuch* 1988, S. 8–12.
- Knabe, Bernd: „Perestrojka“ und die materiellen Grundbedürfnisse der Menschen in der UdSSR. *Berichte des BIOst*, Nr. 39, Köln 1987.

- Kochanowskij, Igor W.: Widerstand. Zur Gründung und zu den Zielen der Schriftstellergruppe „April“, in: Osteuropa, 1990, S. 627–634.
- Koenen, Gerd/Hielscher, Karla: Die schwarze Front. Der neue Antisemitismus in der Sowjetunion, Hamburg 1991.
- Kolosov, V.A./Petrov, N.V./Smirnjagin, L.V. (Hrsg.): Vesna 89. Geografija i anatomija parlamentskich vyborov, Moskau 1990.
- Kononov, Anatolij: Zur Geschichte der Annahme des Gesetzes „Über die Rehabilitierung der Opfer von politischen Repressionen im russischen Parlament“, in: Roginskij, Arsenij (Hrsg.): Russland heute: von innen gesehen. Politik, Recht, Kultur, Moskau/Bremen 1993, S. 77–92.
- Korey, William: The Promises We Keep. Human Rights, the Helsinki Process, and American Foreign Policy, New York 1993.
- Korey, William: The Helsinki Accord: A Growth Industry, in: Ethics and International Affairs, Nr. 4, 1990, S. 63–67.
- Koval', B.I. (Hrsg.): Rossija segodnja. Političeskij portret v dokumentach 1985–1991, Moskau 1991.
- Kozodoj, V.: Stanovlenie oppozicionnyh organizacij v Sibiri (1989–avgust 1991 g.), in: *Voprosy Istorii*, Nr. 5, 2008, S. 80–91.
- Kozodoj, V.: Dviženie sibirskich „neformalov“ v 1986–1990 gg., in: *Voprosy istorii*, Nr. 12, 2007, S. 28–43.
- Kudrjavcev, I.: Dokumenty Sekretariata i Politburo CK KPSS v CChSD, in: *Otečestvennye archivy*, Nr. 2, 1993, S. 82–90.
- Kudrjavcev, Vladimir: Dva mira – dve koncepcii prav čeloveka, in: *Mirovaja ekonomika i meždunarodnye otnošenija*, Nr. 1, 1986, S. 24–33.
- Kudrjawzew [Kudrjavcev], Wladimir: Konzeptionen der Menschenrechte, in: Gesellschaftswissenschaften, H. 1, 1987, S. 98–110.
- Landwehr, Achim: Diskurs und Wandel. Wege der historischen Diskursforschung, in: Ders. (Hrsg.): *Diskursiver Wandel*, Wiesbaden 2010, S. 11–30.
- Landwehr, Achim (Hrsg.): *Diskursiver Wandel*, Wiesbaden 2010.
- Landwehr, Achim: *Historische Geschichtsanalyse*, Frankfurt am Main 2008.
- Lange, Falk: The Baltic States and the CSCE, in: *Journal of Baltic Studies*, Vol. XXV, Nr. 3, 1994, S. 233–248.
- Lehmkuhl, Ursula: *Theorien Internationaler Politik: Einführung und Texte*, Oldenburg 2001.
- Lehne, Stefan: The Vienna Meeting of the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1986–1989, Boulder 1991.
- Levada, Jurij (Hrsg.): Sovetskij prostoj čelovek. Opyt social'nogo portreta na rubeže 90-ch, Moskau 1993.
- Lévesque, Jacques: The Messianic Character of Gorbachev's 'New Thinking': Why and What For?, in: Njølstad, Olav (Hrsg.): *The Last Decade of the Cold War. From Conflict Escalation to Conflict Transformation*, London/New York 2004, S. 159–176.
- Levits, Egil: Lettland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Meissner, Boris (Hrsg.): *Die Baltischen Nationen. Estland – Lettland – Litauen*, Köln 21991, S. 139–222.
- Lewytzkyj, Borys: *Politische Opposition in der Sowjetunion 1960–1972*, München 1972.
- Loth, Wilfried: Helsinki, 1. August 1975. Entspannung und Abrüstung, München 1998.
- Loth, Wilfried/Soutou, Georges-Henri (Hrsg.): *The Making of Détente. Eastern and Western Europe in the Cold War, 1965–1975*, London/New York 2008.
- Luchterhandt, Otto: Die Verfassung (Grundgesetz) der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, 7. Oktober 1977, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte (1917–1991), [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0042\\_ver&object=abstract&st=VERFASSUNG&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0042_ver&object=abstract&st=VERFASSUNG&l=de).
- Luchterhandt, Otto: The CSCE Norms on Religious Freedom and their Effects on the Reform of Soviet Legislation on Religion, in: Bloed, Arie/Dijk van, Pieter (Hrsg.): *The Human Dimension of the Helsinki Process. The Vienna Follow-up Meeting and its Aftermath* (International Studies in Human Rights, 20), Dordrecht 1991, S. 162–185.
- Luchterhandt, Otto: Neue Religionsgesetze Russlands und der Sowjetunion, in: G2W, Nr. 2, 1991, S. 23–32.

- Luchterhandt, Otto: Die Sowjetunion auf dem Wege zum Rechtsstaat, Forschungsinstitut der KAS, Juli 1990.
- Luchterhandt, Otto: Die Bürgerrechtsbewegung als Vorläufer und Ferment der Reformen, in: Kappeler, Andreas: Umbau des Sowjetsystems, Stuttgart/Bonn 1989, S. 111-145.
- Luchterhandt, Otto: Zum Stand der Freiheitsrechte in den Warschauer-Pakt-Staaten, in: APuZ, H. 49, 1988, S. 25-34.
- Luchterhandt, Otto: Die Ergänzungen zur Ein- und Ausreiseverordnung durch den Ministerrat der UdSSR vom 28. 8. 1986, in: GZW, Nr. 3, 1987, S. 19-21.
- Luchterhandt, Otto: Die psychiatrische Zwangsbehandlung in der UdSSR nach altem und neuem Recht, in: WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht, 1988, S. 151-174.
- Luchterhandt, Otto: Menschenrechtspolitik und KSZE. Teil II: Belgrad, Madrid und die Perspektiven. Berichte des BIOst, Nr. 4, Köln 1985.
- Luchterhandt, Otto: UN-Menschenrechtskonventionen. Sowjetrecht – Sowjetwirklichkeit. Ein kritischer Vergleich, Baden-Baden 1980.
- Luks, Leonid: Idee und Identität. Traditionslinien im sowjetischen Dissens, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 127-151.
- Mal'cev, G. V.: Social'naja spravelivost' i prava človeka v socialističeskom obščestve, in: SGI, Nr. 11, 1974, S. 10-18.
- Maljutin, Michail: Die Informellen in der Perestroika: Erfahrungen und Perspektiven, in: Afanassjew, Juri (Hrsg.): Es gibt keine Alternative zu Perestroika: Glasnost Demokratie Sozialismus, Moskau 1988, S. 272-293.
- Mangoldt, Hans von: Die kommunistische Konzeption der Bürgerrechte und die Menschenrechte des Völkerrechts, in: Menschenrechte in den Staaten des Warschauer Paktes. Bericht der unabhängigen Wissenschaftskommission, Köln 1988, S. 34-58.
- March, James G./Olsen, Johan P.: The Institutional Dynamics of International Political Orders, in: International Organization, Vol. 52, Nr. 4, 1998, S. 943-969.
- Maresca, John J.: To Helsinki. the Conference on Security and Cooperation in Europe 1973-1975, Durham 1985.
- Mastny, Vojtech: The Helsinki Process and the Reintegration of Europe, 1986-1991. Analysis and Documentation, N.Y. 1992.
- McNair, Brian: Glasnost and Restructuring in the Soviet Media, in: Media, Culture, Society, Vol. 11, Nr. 3, 1989, S. 327-349.
- Medvedev, Roj: Počemu raspalsja Sovetskij Sojuz?, in: *Otečestvennaja istorija*, Nr. 4, 2003, S. 112-121.
- [Medvedev] Medwedjew, Roy: Die sowjetische Kultur im Jubiläumsjahr 1987, in: Osteuropa, 1988, S. 797-815.
- [Medvedev] Medwedjew, Roy: „Pokajanije“. Ein Film, den man nicht vergessen kann und nicht vergessen darf, in: Osteuropa 1988, S. 356-368.
- [Medvedev] Medwedjew, Roy: Eine wichtige Wende im kulturellen Leben der Sowjetunion, in: Osteuropa, 1987, S. 651-665.
- Meissner, Boris: Gorbatschow, Jelzin und der revolutionäre Umbruch in der Sowjetunion (III), in: Osteuropa, 1992, S. 205-226.
- Meissner, Boris: Die KPdSU zwischen Macht und Ohnmacht, in: Osteuropa, 1991, S. 15-45.
- Meissner, Boris: Gorbatschow am Scheideweg (II), in: Osteuropa, 1991, S. 671-694.
- Meissner, Boris (Hrsg.): Die Baltischen Nationen. Estland – Lettland – Litauen, Köln <sup>2</sup>1991.
- Meissner, Boris: Die staatliche Kontinuität, völkerrechtliche Stellung und außenpolitische Lage der baltischen Länder, in: Meissner, Boris (Hrsg.): Die Baltischen Nationen. Estland – Lettland – Litauen, Köln <sup>2</sup>1991, S. 270-335.
- Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems (IV). Dritter Akt – Die konstituierende erste Tagung des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR und ihre Ergebnisse, in: Osteuropa, 1989, S. 995-1020.
- Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems (II). Zweiter Akt – Die begrenzten Wahlen zum „Volkskongress?“, in: Osteuropa, 1989, S. 702-719.
- Meissner, Boris: Gorbatschows Umbau des Sowjetsystems (I), in: Osteuropa, 1989, S. 603-617.

- Meissner, Boris: Die erste Phase der Verfassungsreform Gorbachevs und ihre Auswirkungen auf das Verhältnis von Partei und Staat, in: *Recht in Ost und West. Zeitschrift für Rechtsvergleichung und innerdeutsche Probleme*, Heft 7, 1989, S. 385–395.
- Meissner, Boris: Gorbatschow am „Rubikon“ (II). Verlauf, Ergebnisse und Folgen der Allunionistischen Parteikonferenz der KPdSU, in: *Osteuropa*, 1988, S. 1059–1090.
- Meissner, Boris: Gorbatschow am „Rubikon“ (I). Die Perestrojka vom Revolutionsjubiläum bis zum „Kleinen Parteitag“, in: *Osteuropa*, 1988, S. 981–1001.
- Menzel, Birgit: Streitkultur oder „literarischer Bürgerkrieg“? Der sowjetische Literaturbetrieb und die Perestrojka, in: *Osteuropa*, Nr. 7, 1990, S. 606–620.
- Mertens, Lothar: *Alija: die Emigration der Juden aus der UdSSR/GUS*, Bochum <sup>2</sup>1993.
- Misiunas, Romuald, J./Taagepera, Rein: *The Baltic States. The Years of Dependence 1940–1980*, California 1993.
- Mommsen, Margareta/Nußberger, Angelika: *Das System Putin*, München 2007.
- Mommsen, Margareta/Bos, Ellen/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.): *Demokratie-Experimente im Post-kommunismus. Politischer und institutioneller Wandel in Osteuropa*, Bd. 2, Münster 1995.
- Mommsen, Margareta: Rußlands „Nomenklaturdemokratie“ – Herrschende Elite und Regierungspraxis nach den Dezemberwahlen 1993, in: Mommsen, Margareta/Bos, Ellen/Steinsdorff, Silvia von (Hrsg.): *Demokratie-Experimente im Postkommunismus. Politischer und institutioneller Wandel in Osteuropa*, Bd. 2, Münster 1995, S. 77–104.
- Mommsen, Margareta: *Wohin treibt Rußland? Eine Großmacht zwischen Anarchie und Demokratie*, München 1992.
- Mommsen, Margareta: Von „Kritik und Selbstkritik“ zu „Glasnost“, in: Mommsen, Margareta/Schröder, Hans-Henning: *Gorbatschows Revolution von oben: Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR*, Frankfurt am Main/Berlin 1987.
- Mommsen, Margareta/Schröder, Hans-Henning: *Gorbatschows Revolution von oben: Dynamik und Widerstände im Reformprozess der UdSSR*, Frankfurt am Main/Berlin 1987.
- Muiznieks, Nils R.: The Influence of the Baltic Popular Movements on the Process of Soviet Disintegration, in: *Europe-Asia Studies*, Vol. 47, Nr. 1, 1995, S. 3–25.
- Naumov, A. V.: *Ugolovnyj zakon i prava čeloveka*, in: *SGiP*, Nr. 1, 1990, S. 52–60.
- Neidhardt, Friedhelm: *Jenseits des Palavers. Funktionen politischer Öffentlichkeit*, in: Wunden, Wolfgang (Hrsg.): *Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Medien Forschung und Wissenschaft*, Bd. 8, Münster 2005, S. 19–30.
- Nenaschew, Sergej: *Zur eigenen Identität finden. (Leningrader Informelle: Wer sind sie?)*, Moskau 1990.
- Neutatz, Dietmar: *Quellenkunde, Archive*, in: Bohn, Thomas M./Neutatz, Dietmar (Hrsg.): *Studienhandbuch Östliches Europa*, Bd. 2: *Geschichte des Russischen Reiches und der Sowjetunion*, Köln 2002, S. 3–13.
- Niedhart, Gottfried: *Peaceful Change of Frontiers as a Crucial Element in the West German Strategy of Transformation*, in: Bange, Oliver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008, S. 39–52.
- Nichol, James P.: *Perestroika of the Soviet Ministry of Foreign Affairs during the Gorbachev Period*, Amherst 1988.
- Njølstad, Olav (Hrsg.): *The Last Decade of the Cold War. From Conflict Escalation to Conflict Transformation*, London/New York 2004.
- Nuti, Leopoldo (Hrsg.): *The Crisis of Détente in Europe. From Helsinki to Gorbachev, 1975–1985*, London/New York 2009.
- Oswald, Ingrid/Voronkov, Viktor: *Licht an, Licht aus! „Öffentlichkeit“ in der (post)sowjetischen Gesellschaft*, in: Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan C. (Hrsg.): *Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen parteistaatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten*, Frankfurt am Main 2003, S. 37–61.
- Pečenev, V./V'junickij, V.: *Neformaly. Kto oni? Kuda zovut?*, Moskau 1992.



- Peter, Matthias: Konferenzdiplomatie als Mittel der Entspannung. Die KSZE-Politik der Regierung Schmidt/Genscher 1975–1978, in: Altrichter, Helmut/Wentker, Hermann (Hrsg.): Der KSZE-Prozess. Vom Kalten Krieg zu einem neuen Europa 1975 bis 1990 (Zeitgeschichte im Gespräch, Bd. 11), München 2011, S. 15–28.
- Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012.
- Pfahl-Traughber, Armin: Die neue/alte Legende vom Komplott der Juden und Freimaurer. Zur Renaissance des antisemitisch-antifreimaurerischen Verschwörungsmythos in der Sowjetunion, in: Osteuropa, Nr. 2, 1991, S. 122–133.
- Pinkus, Benjamin: Die Auswanderungsbewegung der Deutschen und Juden seit 1970. Ein Vergleich, in: Kappeler, Andreas/Meissner, Boris/Simon, Gerhard (Hrsg.): Die Deutschen im Russischen Reich und im Sowjetstaat (Nationalitäten- und Regionalprobleme in Osteuropa, Bd. 1), Köln 1987, S. 151–166.
- Plaggenborg, Stefan: Das Erbe: Von der Sowjetunion zum neuen Russland, in: Pleines, Haiko/Schröder, Hans-Henning: Länderbericht Russland, Bonn 2010, S. 29–51.
- Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5, Stuttgart 2002.
- Plaggenborg, Stefan: „Entwickelter Sozialismus“ und Supermacht 1964–1985, in: Plaggenborg, Stefan (Hrsg.): Handbuch der Geschichte Russlands, Bd. 5, Stuttgart 2002, S. 319–517.
- Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): Länderbericht Russland, Bonn 2010.
- Reddaway, Peter: Repression und Liberalisierung. Sowjetmacht und Dissidenten 1953–1986, in: Osteuropa, Nr. 11, 2010, S. 105–125.
- Reddaway, Peter: How Much Did Popular Disaffection Contribute to the Collapse of the USSR?, in: Fortescue, Stephen (Hrsg.): Russian Politics from Lenin to Putin, Oxford 2010, S. 152–184.
- Rey, Marie-Pierre: The USSR and the Helsinki Process, 1969–75. Optimism, Doubt, or Defiance?, in: Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75, London/New York 2008, S. 65–81.
- Rey, Marie-Pierre: Gorbachev's New Thinking and Europe, 1985–1989, in: Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Ludlow, Piers P./Nuti, Leopoldo (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London/New York 2008, S. 23–35.
- Rey, Marie-Pierre: „Europe is our Common Home“: A Study of Gorbachev's Diplomatic Concept, in: Cold War History, Vol. 4, Nr. 2, 2004, S. 33–65.
- Risch, Julia: Russen und Amis im Gespräch. Die sowjetisch-amerikanische Telebrücke (1982–1989). Ein vergessener Beitrag zur Beendigung des Kalten Krieges, Berlin 2012.
- Risse, Thomas: Konstruktivismus, Rationalismus und Theorien Internationaler Beziehungen – warum empirisch nichts so heiß gegessen wird, wie es theoretisch gekocht wurde, in: Hellmann Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): Die neuen Internationalen Beziehungen. Forschungsstand und Perspektiven in Deutschland (Weltpolitik im 21. Jahrhundert, Band 10), Baden-Baden 2003, S. 99–132.
- Risse, Thomas/Jetschke, Anja/Schmitz, Hans Peter: Die Macht der Menschenrechte. Internationale Normen, kommunikatives Handeln und politischer Wandel in den Ländern des Südens, Baden-Baden 2002.
- Risse-Kappen, Thomas: Ideas Do Not Float Freely. Transnational Coalition, Domestic Structures, and the End of the Cold War, in: International Organization, Vol. 48, Nr. 1, 1994, S. 185–214.
- Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan C. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt am Main 2003.
- Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan: Öffentliche Räume und Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Ein erster Blick aus komparativer Perspektive (Einleitung), in: Rittersporn, Gábor T./Rolf, Malte/Behrends, Jan C. (Hrsg.): Sphären von Öffentlichkeit in Gesellschaften sowjetischen Typs. Zwischen partei-staatlicher Selbstinszenierung und kirchlichen Gegenwelten, Frankfurt am Main 2003, S. 7–21.
- Roginskij, Arsenij (Hrsg.): Russland heute: von innen gesehen. Politik, Recht, Kultur, Moskau/Bremen 1993.



- Rohde-Liebenau, Sylvia: Menschenrechte und internationaler Wandel. Der Einfluß des KSZE-Menschenrechtsregimes auf den Wandel des internationalen Systems in Europa, Baden-Baden 1996.
- Romano, Angela: Détente, Entente, or Linkage? The Helsinki Conference on Security and Cooperation in Europe in U.S. Relations with the Soviet Union, in: *Diplomatic History*, Vol. 33, Nr. 4, 2009, S. 703-722.
- Romano, Angela: From Détente in Europe to European Détente. How the West Shaped the Helsinki CSCE, Brüssel 2009.
- Roth, Paul: Glasnost und Medienpolitik unter Gorbatschow (Demokratische Verantwortung, Bd. 13/14), Bonn 1990.
- Roth, Paul: Religions- und Kirchenpolitik unter Gorbatschow. Berichte des BIOst, Nr. 46, Köln 1989.
- Saal von, Yuliya: Meždunarodnaja konferencija „Sovetskaja obščestvennost’ v epochu Perestroiki (1985–1991) (Moskva, 13–15 nojabrja 2008 g.), in: *NLO*, Nr. 97, 2009, S. 440–444.
- Savranskaya, Svetlana: Unintended Consequences. Soviet Interests, Expectations and Reactions to the Helsinki Final Act, in: Bange, Oliver/Niedhart, Gottfried (Hrsg.): *Helsinki 1975 and the Transformation of Europe*, New York/Oxford 2008, S. 175–190.
- Savranskaya, Svetlana: USSR and CSCE: From Inviolable Borders to Inalienable Rights, in: Bilandžić, V./Kosanović, M. (Hrsg.): *From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78*, Belgrad 2008, S. 231–255.
- Schaber, Thomas/Ulbert, Cornelia: Reflexivität in den Internationalen Beziehungen. Literaturbericht zum Beitrag kognitiver, reflexiver und interpretativer Ansätze zur dritten Theorie-debatte, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Nr. 1, 1994, S. 139–169.
- Schlotter, Peter: Das Ende der Systemkonfrontation 1989/1990: Der Beitrag des KSZE-Prozesses, in: Hauswedell, Corinna (Hrsg.): *Deeskalation von Gewaltkonflikten seit 1945*, Essen 2006, S. 115–128.
- Schlotter, Peter: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution. Studien der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Bd. 32, Frankfurt am Main 1999.
- Schmid, Karin (Hrsg.): *Gesetzgebung als Mittel der Perestrojka. Wunsch und Wirklichkeit*, Baden-Baden 1991.
- Schmidt, Carmen: Sowjetisches Vereinsrecht, in: *WGO-Monatshefte für Osteuropäisches Recht*, Bd. 29, 1987, S. 109–123.
- Schwarz, Hans-Peter: *Zwischenbilanz der KSZE*, Stuttgart 1977.
- Schweizer, Peter: *Victory: The Reagan Administration's Secret Strategy That Hastened the Collapse of the Soviet Union*, New York 1994.
- Sedaitis J.B./Butterfield J. (Hrsg.): *Perestroika from Below*, Boulder/San Francisco/Oxford 1991.
- Segbers, Klaus (Hrsg.): *Perestroika. Zwischenbilanz*, Frankfurt am Main 1990.
- Segbers, Klaus: *Der sowjetische Systemwandel*, Frankfurt am Main 1989.
- Selvage, Douglas: The Warsaw Pact and the European Security Conference 1964–69. Sovereignty, Hegemony, and the German Question, in: Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited*, 1965–75, London/New York 2008, S. 85–106.
- Selvage, Douglas: The Superpowers and the Conference on Security and Cooperation in Europe, 1977–1983. Human Rights, Nuclear Weapons, and Western Europe, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): *Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990*, München 2012, S. 15–58.
- Simon, Gerhard/Simon, Nadja: *Verfall und Untergang des sowjetischen Imperiums*, München 1993.
- Snyder, Sarah B.: *Human Rights Activism and the End of the Cold War: A Transnational History of the Helsinki Network (Human Rights in History)*, Cambridge 2011.
- Snyder, Sarah B.: The foundation for Vienna: A Reassessment of the CSCE in the mid-1980s, in: *Cold War History*, Vol. 10, Nr. 4, 2010, S. 493–512.
- Snyder, Sarah B.: The Rise of the Helsinki Network: „A Sort of Lifeline“ for Eastern Europe, in: Villaume, Poul/Westad, Odd Arne: *Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold war, 1965–1985*, Copenhagen 2010, S. 179–193.

- Snyder, Sarah B.: Follow-up at Belgrade: How Human Rights Activists Shaped the Helsinki Process, in: Bilandžić, V./Kosanović, M. (Hrsg.): From Helsinki to Belgrade – The First CSCE Follow-up Meeting in Belgrade 1977/78, Belgrad 2008, S. 189–206.
- Sokolov, S.: Chudožestvennaja kul'tura i vlast' v poststalinskij Rossii: Sojuz i bor'ba (1953–1985 gg.), Sankt-Petersburg 2007.
- Spohr Readman, Kristina: International Reactions to Soviet Disintegration. The Case of the Baltic States, in: Bozo, Frédéric/Rey, Marie-Pierre/Ludlow, Piers P./Nutti, Leopoldo (Hrsg.): Europe and the End of the Cold War. A Reappraisal, London/New York 2008, S. 220–232.
- Spohr Readman, Kristina: Between Political Rhetoric and *Realpolitik* Calculations: Western Diplomacy and the Baltic Independence Struggle in the Cold War Endgame, in: Cold War History, Vol. 6, Nr. 1, 2006, S. 1–42.
- Stadelmann, Matthias: Die Staatshymne der UdSSR, 14. Dezember 1943, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russischen und sowjetischen Geschichte, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0027\\_hym&object=abstract&st=&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0027_hym&object=abstract&st=&l=de).
- Stadelmann, Matthias/Antipow, Lilia (Hrsg.): Schlüsseljahre. Zentrale Konstellationen der mittel- und osteuropäischen Geschichte. Festschrift für Helmut Altrichter zum 65. Geburtstag (Quellen und Studien zur Geschichte des östlichen Europa, Bd. 77), Stuttgart 2011.
- Stephan, Anke: Von der Küche auf den Roten Platz. Lebenswege sowjetischer Dissidentinnen (Basler Studien zur Kulturgeschichte Osteuropas, Bd. 13), Zürich 2005.
- Stein, Janice Gross: Political Learning by Doing. Gorbachev as Uncommitted Thinker, in: International Organization, Vol. 48, Nr. 2, 1994, S. 155–183.
- Strukova, Elena: Al'ternativnaja periodičeskaja pečat' v istorii rossijskoj mnogopartijnosti (1987–1996), Moskau 2005.
- Sundiev I.: Molodežnye dviženija v kontekste social'noj samodejatel'nosti, in: Suslova, Elena (Hrsg.): Obščestvennye samodejatel'nye dviženija: problemy i perspektivy, Moskau 1990, S. 20–31.
- Šubin, Aleksandr: Gesellschaftlicher Auftrag an die XIX. Parteikonferenz der KPSS, 5. und 12. Juni 1988, in: 100(0) Schlüsseldokumente zur russisch-sowjetischen Geschichte 1917–1991, [http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument\\_ru&dokument=0018\\_auf&object=abstract&st=AUFTRAG&l=de](http://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_ru&dokument=0018_auf&object=abstract&st=AUFTRAG&l=de).
- Šubin, Aleksandr: Dissidenty, neformaly i svoboda v SSSR, Moskau 2008.
- Šubin, Aleksandr: Der Kampf gegen den Totalitarismus in Russland: Etappen und Probleme, in: Mitteilungen der Gemeinsamen Kommission für die Erforschung der jüngeren Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, herausgegeben im Auftrag der Gemeinsamen Kommission von Horst Möller und Aleksandr Čubar'jan, München 2008, S. 206–224.
- Šubin, Aleksandr: Predannaja demokratija. SSSR i neformaly 1986–1989, Moskau 2006.
- Šubin, Aleksandr: Paradoksy perestrojki. Upuščennyj šans SSSR, Moskau 2005.
- Suslova, Elena: Osnovnye napravlenija neformal'nych dviženij (1987–1988), in: Suslova, Elena (Hrsg.): Obščestvennye samodejatel'nye dviženija: problemy i perspektivy, Moskau 1990, S. 208–235.
- Suslova, Elena (Hrsg.): Obščestvennye samodejatel'nye dviženija: problemy i perspektivy, Moskau 1990.
- Teubner, Sabine: Ausgewählte Demokratisierungsdiskurse im Sowjetischen Russland. Kritische Diskursanalyse dreier Gruppen, betrachtet von 1976 bis 1991 (Schriftenreihe Politikwissenschaft, Bd. 10), Berlin 2006.
- Thom, Françoise: The Gorbachev Phenomenon. A History of Perestroika, London/New York 1989.
- Thomas, Daniel C.: Human Rights Ideas, the Demise of Communism, and the End of the Cold War, in: Journal of Cold War Studies, Vol. 7, Nr. 2, Spring 2005, S. 110–141.
- Thomas, Daniel C.: The Helsinki Effect. International Norms, Human Rights, and the Demise of Communism, Princeton/New Jersey 2001.
- Titzmann, Michael: Kulturelles Wissen – Diskurs – Denksystem. Zu einigen Grundbegriffen der Literaturgeschichtsschreibung, in: Zeitschrift für französische Sprache und Literatur, Bd. 99, 1989, S. 47–61.
- Torkunov, A. (Hrsg.): Očerki istorii ministerstva inostrannyh del Rossii. Tom 2, 1917–2002 gg., Moskau 2002, S. 437–506.

- Tudyka, Kurt P.: Die OSZE – Besorgt um Europas Sicherheit. Kooperation statt Konfrontation, Hamburg 2007.
- Uibopuu, Henn-Jüri: Estland unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Meissner, Boris (Hrsg.): Die Baltischen Nationen. Estland – Lettland – Litauen, Köln <sup>2</sup>1991, S. 110–138.
- Urdze, Andrejs: Lettland. Eine gemeinsame Front, in: Baltisches Jahrbuch, 1988, S. 24–38.
- Urdze, Andrejs: Nationalismus und Internationalismus. Ideologischer Hintergrund und konkrete Ausprägungsformen in der SSR Lettland, in: Baltisches Jahrbuch 1987, S. 10–25.
- Vardys, Stanley V.: Litauen unter der Sowjetherrschaft und auf dem Wege zur Unabhängigkeit, in: Meissner, Boris (Hrsg.): Die Baltischen Nationen. Estland – Lettland – Litauen, Köln <sup>2</sup>1991, S. 223–268.
- Villaume, Poul/Westad, Odd Arne: Perforating the Iron Curtain. European Détente, Transatlantic Relations, and the Cold War, 1965–1985, Copenhagen 2010.
- Vochmenceva, Galina: Die Neuformierung der politischen Kräfte in der Russischen Föderation. Ein Vergleich zwischen Peripherie und Zentrum am Beispiel von Sverdlovsk (I). Berichte des BIOst, Nr. 39, Köln 1991.
- Vochmenceva, Galina: Die Neuformierung der politischen Kräfte in der Russischen Föderation. Ein Vergleich zwischen Peripherie und Zentrum am Beispiel von Sverdlovsk (II). Berichte des BIOst, Nr. 40, Köln 1991.
- Vochmenceva, Galina: Asociaciija obščestvennych ob'edinenij – popytka dialoga, in: Suslova, Elena (Hrsg.): Obščestvennye samodejatel'nye dviženija: problemy i perspektivy, Moskau 1990, S. 146–151.
- Vochmenceva, Galina/Luchterhandt, Otto: Die Genesis der politischen Vereinigungen, Bewegungen und Parteien in der RSFSR unter Berücksichtigung der übrigen UdSSR, Sankt Augustin 1991.
- Voronkov, Viktor: Analitičeskoe obozrenie, in: Alekseeva, Ljudmila: Pokolenie ottepeti. Vospominanija, Moskau 2006, S. 371–383.
- Voronkov, Vladimir: Novaja architektura bezopasnosti v Evrope – put' vpered, in: *Meždunarodnaja žizn'*, Nr. 6, 2009, S. 14–20.
- Voss, Eugen: Die Religionsfreiheit im KSZE-Prozess, in: G2W, Nr. 10, 1989, S. 13–19.
- Voss, Eugen: Moskauer Gespräche. Notizen zur IHF-Reise vom 24. bis 29. Januar 1988 nach Moskau, in: G2W, Nr. 3, 1988, S. 14–22.
- Wackman, Waldemar/Schröter, Welf: Nationale Unterdrückung und Opposition im Baltikum, in: Osteuropa-Info, Nr. 61, 1985, S. 18–27.
- Waitz von Eschen, Friedrich Frhr.: Lage und Chancen der baltischen Unabhängigkeitsbewegungen, in: Osteuropa 1990, S. 1025–1030.
- Walker, Edward W.: Dissolution. Sovereignty and the Breakup of the Soviet Union, Lanham 2003.
- Wawra, Ernst: „Die Beendigung der feindlichen Aktivität?“ Staatliche Reaktionen auf die Tätigkeit der Moskauer Helsinki-Gruppe, in: Peter, Matthias/Wentker, Hermann (Hrsg.): Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Internationale Politik und gesellschaftliche Transformation 1975–1990, München 2012, S. 267–284.
- Wehner, Markus: Die gescheiterte Revolution. In Russlands Archiven gehen die Uhren rückwärts, in: Osteuropa, Nr. 5, 2009, S. 45–58.
- Weiß, Gebhardt: „Neues Denken“ und Handeln in der sowjetischen Abrüstungs- und Rüstungspolitik: Ziele, Motive, mögliche Konsequenzen, in: Adomeit, Hannes/Höhmman, Hans-Hermann/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Die Sowjetunion unter Gorbatschow. Stand, Probleme und Perspektiven der Perestrojka, Stuttgart/Berlin/Köln 1990, S. 297–328.
- Weldes, Jutta: Constructing National Interest, in: European Journal of International Relations, Vol. 2, Nr. 3, 1996, S. 275–318.
- Wendt, Alexander: Anarchy is What States Make of It: The Social Construction of Power Politics, in: International Organization, Vol. 46, Nr. 2, 1992, S. 391–425.
- Wendt, Alexander: The Agent-Structure Problem in International Relations Theory, in: International Organization, Vol. 41, Nr. 3, 1987, S. 335–370.

- Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London/New York 2008.
- Wenger, Andreas/Mystny, Vojtech: *New Perspectives on the Origins of the CSCE Process*, in: Wenger, Andreas/Mastny, Vojtech/Nuenlist, Christian (Hrsg.): *Origins of the European Security System. The Helsinki Process Revisited, 1965–75*, London/New York 2008, S. 3–22.
- Wettig, Gerhard: Die Menschenrechtsproblematik auf der KSZE-Folgekonferenz. Der Standpunkt der westlichen und neutralen Staaten, in: APuZ, Nr. 27, 1978, S. 25–45.
- Wettig, Gerhard: Die Folgen der KSZE aus östlicher Sicht. *Berichte des BIOst*, Nr. 7, Köln 1977.
- Wrede, Hans-Heinrich: *KSZE in Wien. Kursbestimmung für Europas Zukunft*, Köln 1990.
- Wunden, Wolfgang (Hrsg.): *Öffentlichkeit und Kommunikationskultur. Medien, Forschung und Wissenschaft*, Bd. 8, Münster 2005.
- Yurchak, Alexei: *Everything Was Forever, Until It Was No More. The Last Soviet Generation*, Princeton 2006.
- Zagorskij, Andrej: *Chel'sinskij process. (Peregovory v ramkach Soveščanja po bezopasnosti i sotrudničestvu v Evrope 1972–1991)*, Moskau 2005.
- [Zagorskij] Zagorski, Andrei: Moskau und die menschliche Dimension der KSZE im Wettstreit von Wien bis Kopenhagen (1989–1990), in: *OSZE-Jahrbuch 2005*, S. 49–63.
- [Zagorskij] Zagorski, Andrei: Die menschliche Dimension der KSZE, die Sowjetunion und Russland. (Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg. *Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik*), Heft 65, 1992.
- [Zagorskij] Zagorski, Andrei/[Kašlev] Kashlev, Yuri: The Human Dimension of Politics, in: *International Affairs*, Nr. 3, 1990, S. 62–73.
- Zaslavskaja, Tatjana: Soziale Aspekte der „Perestrojka“, in: *Europa-Archiv*, Folge 17, 1989, S. 513–524.
- Zdravomyslova, Elena: The Café Saigon *Tusovka*: One Segment of the Informal-public Sphere of Late-Soviet Society, in: Humphrey, Robin/Miller, Robert/Zdravomyslova, Elena: *Biographical Research in Eastern Europe. Altered Lives and Broken Biographies*, London 2003, S. 141–177.
- Zellner, Wolfgang: *Managing Change in Europe. Evaluating the OSCE and Its Future Role: Competencies, Capabilities, and Missions*. Working Paper 13, Centre for OSCE Research, Hamburg 2005, URL: [http://www.core-hamburg.de/documents/CORE\\_Working\\_Paper\\_13.pdf](http://www.core-hamburg.de/documents/CORE_Working_Paper_13.pdf).
- Zlotnik, Marc D.: Yeltsin and Gorbachev: The Politics of Confrontation, in: *JCWS*, Vol. 5, Nr. 1, 2003, S. 128–164.

### Unveröffentlichte Manuskripte

- Foth, Rolf-Barnim: *Die Sowjetdeutschen im Spannungsfeld von Innen- und Außenpolitik der UdSSR und der Bundesrepublik Deutschland. Etappen einer gescheiterten Nationalitätenpolitik*, Berlin 1996.
- Glezin, Édouard: *Obščestvenno-političeskie neformal'nye organizacii v RSFSR v 1987–1990 gg.: stanovlenie i razvitie*, Moskau 2008.

### 3. Gruppenverzeichnis<sup>1</sup>

- Allrussische Gesellschaft zur Erhaltung der Geschichts- und Kulturdenkmäler [Всероссийское общество охраны памятников истории и культуры], 86
- April [Апрель], 295–296
- Arbeitsgruppe zur Beobachtung der Durchführung des Schlussdokuments der Wiener Konferenz im Bereich der Rechte der Gläubigen [Рабочая группа по наблюдению за выполнением Заключительного документа Венской конференции в области прав верующих], 318
- Arbeitskommission zur Untersuchung des Einsatzes der Psychiatrie für politische Zwecke [Рабочая комиссия по расследованию использования психиатрии в политических целях], 127
- Arme Verwandte [Бедные родственники], 167, 169
- Assoziation zum Schutz der rechtmäßigen Emigration [Независимая ассоциация защиты законной эмиграции], 168
- Atgaja [Atgaja], 181
- Bewegung für die nationale Unabhängigkeit Lettlands [Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība/LNNK], 180, 191
- Bürgeraktion [Гражданское действие], 296
- Bürgerdiplomatie [Дипломатия граждан], 96
- Bürgerliche Würde [Гражданское достоинство], 90, 102, 103, 105, 114, 142, 215, 297, 300, 318, 319
- Charta 87 [Harta 87], 167
- Christen für Emigration aus der UdSSR [Христиане за выезд из СССР], 167
- Christliches Komitee zum Schutz der Gläubigen in der UdSSR [Христианский комитет защиты прав верующих], 140
- Christlich-Demokratische Union Russlands [Христианско-демократический союз России], 297
- Christlich-Demokratische Union Estlands [Kristlik-Demokraatlik Liit], 189
- Demokratie und Humanismus [Демократия и гуманизм], 88, 92, 95, 96, 103, 104, 107, 114, 116, 210, 214
- Demokratischer Block [Демократический блок], 297, 132
- Demokratische Partei Russlands [Демократическая партия России], 339
- Demokratische Perestroika [Демократическая перестройка], 89, 114, 215, 219, 222, 297, 316, 318
- Demokratisches Russland [Демократическая Россия], 296, 338, 339
- Demokratische Union [Демократический союз], 92, 95, 117, 129, 131, 132, 134, 214, 218, 220, 246
- Denkmal [Памятник], 102
- Die Arbeiterunion [Союз рабочих], 290
- Einheit – für Leninismus und kommunistische Ideale [Единство – за ленинизм и коммунистические идеалы], 261, 337
- Estonische Christliche Union [Eesti Kristlik Liit], 188
- Estonische Gesellschaft für Denkmalpflege [Muinsuskaitse Selts], 180, 188, 189
- Estonische Gruppe für die Veröffentlichung des Molotov-Ribbentrop-Pakts [Molotov-Ribbentropi-Pakti Avalikustamise Eesti Grupp oder MRP-AEG], 180

<sup>1</sup> Dieses Verzeichnis enthält lediglich die in der Studie erwähnten Gruppen bzw. Parteien. Zu einem umfassenderen Bild der informellen Szene der Perestroika siehe: [http://www.shpl.ru/shpage.php?menu=1148&b\\_base=menus](http://www.shpl.ru/shpage.php?menu=1148&b_base=menus); Berezovskij/Krotov/Červjakov, Rossija; Čurbanov/Neljubin, Neformal'nye ob'edinenija.

- Föderation sozialistischer gesellschaftlicher Klubs [Федерация социалистических общественных клубов, ФСОК], 90, 102
- Freie Interprofessionelle Vereinigung von Werktätigen [Свободное межпрофессиональное объединение трудящихся, СМОТ], 92, 142, 210
- Freie Initiative [Свободная инициатива], 96
- Freiheit der Emigration für alle [Свобода эмиграции для всех], 167, 169, 213
- Freies Estland [Vaba Eesti], 188
- Freundschaft und Dialog [Дружба и диалог], 96, 105, 106
- Friedenswache [Вахта мира], 96
- Für Vaterland und Freiheit [Tēvzemei un Brīvībai], 180
- Gedenken [Память], 86, 96–98, 114, 143, 210, 211, 213, 242, 246, 261, 267, 277
- Gemeinde [Община], 105, 114, 142, 215
- Gesellschaftliche Kommission für internationale Zusammenarbeit im Bereich der humanitären Fragen und der Menschenrechte / Burlackij-Kommission [Общественная комиссия по гуманитарным проблемам и правам человека], 14, 109, 110, 163, 209, 227, 228, 230–234, 251, 252, 361
- Gesellschaftlicher Rat für Monitoring der Administration für Visa und Registrierung [Общественный совет по мониторингу УВИР], 169
- Gewerkschaft unabhängiger Journalisten [Профсоюз независимых журналистов], 148
- Glasnost' [Гласность], 93, 105, 106, 108, 110, 111, 119, 128, 148, 219, 226, 230, 231, 233, 300, 311, 320
- Grüne Partei Lettlands [Latvijas Zaļā partija], 192
- Helsinki-86 [Helsinki-86], 105, 174–185, 190–192
- Hiesige [Тутэйшыя], 247
- Il'ja-Čavčavadze-Gesellschaft [Общество Ильи Чавчавадзе], 93
- Initiativgruppe zur Verteidigung der Menschenrechte in der UdSSR [Инициативная группа защиты прав в СССР], 3
- Interbrigade des Che Guevara [Интербригада Че Гевары], 99
- Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, IGFM [Международное общество прав человека / МОПЧ], 93, 105, 107, 311
- Kirche und Perestroika [Церковь и перестройка], 94
- Klub sozialer Initiativen [Клуб социальных инициатив / КСИ], 88, 89, 101, 114
- Klub unabhängiger Presse [Клуб независимой прессы], 148
- Komitee der nationalen Rettung [Комитет национального спасения], 338
- Komitee zur Verteidigung der Arbeiter [Komitet Obrony Robotników], 4
- Komitee für die Verteidigung des Friedens [Комитет защиты мира], 317
- Komitee zum Schutz der Rechte der politischen Gefangenen Navasardjana Ašota und Aršakjana Azata [Комитет по защите прав политических заключенных Навасардяна Ашота и Аршакияна Азата], 93, 135
- Komitee zum Schutz politischer Gefangener [Комитет по защите политических заключенных], 135
- Komitee für sozialen Schutz [Комитет социальной защиты], 93,
- Kommunistische Partei der Arbeit [Коммунистическая партия труда], 261
- Kommunistische Partei der Werktätigen [Коммунистическая партия рабочих], 261
- Lanze [Шит], 93, 295, 296, 339
- Leningrader Wiener Komitee [Ленинградский Венский комитет], 319
- Leningrader Volksfront [Ленинградский народный фронт], 269
- Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei [Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku Partija], 192
- Liberal-demokratische Partei Russlands [Либерально-демократическая партия России], 338

- Marxistische Arbeiterpartei – Partei der Diktatur des Proletariats [Марксистская рабочая партия – партия диктатуры пролетариата], 261
- Martyrolog [Мартыролог], 247
- Memorial [Мемориал], 90, 94, 96, 97, 102, 106, 110, 111, 114, 118, 141, 223–225, 246, 247, 264, 269, 283, 285, 295, 296, 339
- Meeting-87 [Митинг-87], 91
- Moskauer Büro des Informationsaustausches [Московское бюро информационного обмена], 319
- Moskauer Sektion von Amnesty International [Московская секция Эмнисти интернешнл], 3
- Moskauer juristisches Seminar für Emigrationsprobleme [Московский юридический семинар по проблемам эмиграции], 169
- Moskauer klubübergreifende Parteigruppe [Московская межклубная партийная группа], 112
- Moskauer Menschenrechtskomitee [Московский комитет прав человека], 3
- Moskauer Tribüne [Московская трибуна], 223, 282, 295, 296, 318, 319
- Moskauer Volksfront [Московский народный фронт], 218, 221–223, 264, 268, 283
- Moskauer Wählervereinigung [Московское объединение избирателей], 264, 296,
- Nationale Selbstbestimmung [Национальное самоопределение], 93
- Nationale Unabhängigkeitsbewegung Lettlands [Latvijas Nacionālās Neatkarības Kustība], 192
- Öffentliche Gruppe zur Förderung der Durchführung der Beschlüsse von Helsinki in der UdSSR/Moskauer-Helsinki-Gruppe [Общественная группа содействия выполнению хельсинкских соглашений в СССР/Московская Хельсинкская Группа], 3, 229, 295, 296, 316, 355
- Partei der Konstitutionellen Demokraten [Конституционно-демократическая партия гражданского достоинства], 297
- Partei der nationalen Unabhängigkeit Estlands [Eesti Rahvuslik Sõltumatus Partei, ERSP], 181, 188, 189
- Partei der Wiedergeburt Lettlands [Latvijas Atdzimšanas partija], 192,
- Perestroika [Перестройка], 88, 89, 96, 114, 264, 269, 317
- Perestroika-88 [Перестройка-88], 89, 105, 114, 213, 215, 221
- Rat für Kulturökologie [Совет по экологии культуры], 137, 140
- Republikanische Partei der Russischen Föderation [Республиканская партия РФ], 339
- Republikanische Partei Lettlands [Latvijas Republikāņu partija], 192
- Rettung [Спасение], 101
- Ring gesellschaftlicher Initiativen [Кольцо общественных инициатив, КОИ], 90
- Russische christlich-demokratische Partei [Российская христианско-демократическая партия], 140
- Samarer Gesellschaft der Dummköpfe [Самарское общество дураков], 99
- Sozial-demokratische Partei Russlands [Социально-демократическая партия России], 297, 339
- Wahlen-89 [Выборы-89], 264, 266
- Wahlen-90 [Выборы-90], 296
- Weltweite antizionistische und antifreimaurerische Front [Всемирный антисиионистский и антимасонский фронт], 98
- Wiedergeburt [Адраджэнне], 205
- Wiedergeburt und Erneuerung [Atdzimšana un Atjaunošanās], 180, 190
- Wien [Вена], 317
- Wien-89 [Вена-89], 318
- Wiener Komitee [Венский комитет], 317
- Vereinigte Front der Werktätigen der UdSSR [Объединенный фронт трудящихся, ОФТ], 261



- Verteidigung der rechtmäßigen Emigration [Защита законной эмиграции], 168,  
 Vertrauen/Gruppe für die Herstellung des Vertrauens zwischen der UdSSR und den USA  
 [Доверие/Группа за установление доверия между СССР и США], 92, 96, 103–105, 114,  
 116, 129, 213, 219  
 Volksfront Russlands [Народный фронт России], 338  
 Volksfront Lettlands [Latvijas Tautas Fronte], 183, 190–193  
 Volksfront Estlands [Eestimaa Rahvarinne], 183–190  
 Volksfront Litauens/Sajudis [Lietuvos Persitvarkymo Sąjūdis], 183, 193–197, 205  
 Überregionale Assoziation demokratischer Organisationen [Межрегиональная ассоциация  
 демократических ассоциаций, МАДО], 293, 296  
 Überregionale Deputiertengruppe [Межрегиональная группа депутатов], 281, 283  
 Ukrainische Helsinki-Gruppe [Украинская хельсинкская группа], 93, 202  
 Umweltschutzklub [Vides aizsardzības klubs, VAK], 180  
 Unabhängige Assoziation der Psychiater [Независимая ассоциация психиатров], 295  
 Union [Союз], 337, 338, 343  
 Union der Werktätigen von Kuzbass [Союз рабочих Кузбасса], 290  
 Union demokratischer Kräfte „Sacharov“ [Союз демократических сил «Сахаров»], 338  
 Union sowjetischer Gesellschaften für Freundschaft und kulturelle Zusammenarbeit mit den  
 ausländischen Ländern [Союз советских обществ дружбы и культурной связи с зару-  
 бежными странами], 269  
 Zentristischer Block [Центристский блок], 338  
 Žemyna [Žemyna], 181

## 4. Personenverzeichnis

- Abalkin, Leonid 223, 256, 267, 339  
 Abuladze, Tengiz 126, 340  
 Achmatova, Anna 126  
 Adamišin, Anatolij 24, 33, 70, 314  
 Adamovič, Ales' 125, 226, 284  
 Afanas'ev, Jurij 121, 212, 216, 223, 242, 266, 274, 281–283  
 Afanas'ev, Viktor 121, 256  
 Ajrikjan, Parujr 93, 129, 135, 136  
 Ajtmatov, Čingiz 124, 125, 276, 277  
 Aksjučič, Viktor 94, 140  
 Alekseeva, Ljudmila 35, 69, 74, 154, 226, 312  
 Alksnis, Viktor 337  
 Ametistov, Ernest 251  
 Aniščenko, Gleb 94, 140  
 Andreeva, Nina 243–246, 253, 255, 261  
 Arbatov, Georgij 256, 258, 336  
 Aršakjan, Azat 93, 135  
  
 Bakatin, Vadim 256, 340  
 Baker, James 354  
 Baklanov, Grigorij 226, 256, 258, 351  
 Bariss, Mārtiņš 176  
 Baturin, Jurij 317, 329  
 Berkļavs, Eduards 190  
 Bitenieks, Raimonds 176  
 Blochin, Jurij 337, 343  
 Bogoraz, Larisa 93, 94, 108, 128, 132, 229, 230, 296  
 Bokan, Jurij 338  
 Bolšakov, Aleksej 266  
 Bondarev, Jurij 343, 256–258  
 Bonnèr, Elena 4, 82  
 Brazauskas, Algirdas 194, 195  
 Bredow, Wilfried von 33, 335, 347  
 Bresis, Vilnis Edvīns 190, 193  
 Brežnev, Leonid 1, 2, 4, 10, 23, 40, 41, 365  
 Brandt, Willy 2  
 Brodskij, Iosif 141  
 Brunner, Georg 232  
 Bukovskij, Vladimir 70  
 Bulgakov, Michail 126, 130  
 Burlackij, Fedor 23, 32, 33, 109, 110, 163, 165, 209, 225–234, 239, 240, 251, 252, 300, 318, 319, 324, 325, 361  
 Bush, George sen. 5, 200, 335  
  
 Car'kov, Igor' 104  
 Carlsson, Gösta Ingvar 199  
 Carter, Jimmy 44, 47  
 Ceaușescu, Nicolae 309  
 Charčev, Konstantin 237, 327  
  
 Chodyrev, Vladimir 265  
 Chramov, Kolja 104  
 Chruščev, Nikita 23, 236, 293, 360  
 Čazov, Egor 50, 256  
 Čebrikov, Viktor 83, 115, 122, 229, 245  
 Černenko, Konstantin 40, 49, 61, 87  
 Černjaev, Anatolij 33, 35, 51, 56, 159, 245, 294, 295, 322, 340, 342, 348  
 Červonopiskij, Sergej 276  
  
 Debrjanskaja, Ženja 104  
 Demitščev, Petr 260  
 Derjabin, Jurij 24, 355  
 Dobrynin, Anatolij 25, 322, 361  
 Dolgich, Vladimir 135, 260  
 Dubinin, Jurij 33  
 Dudincev, Vladimir 226  
 Džemilev, Mustafa 93, 107, 202  
  
 Gamsachurdija, Zviad 93, 129, 202, 333  
 Gerassimov, Gennadij 84  
 Godmanis, Ivars 193, 200  
 Gorbunovs, Anatolijs 190, 193, 195, 208  
 Gračev, Andrej 33, 51, 82, 83, 235, 255  
 Grantiņš, Linards 176, 179  
 Grinevskij, Oleg 25, 33, 60  
 Gromov, Boris 256, 340, 343  
 Gumilev, Nikolaj 126  
  
 El'cin, Boris 6, 23, 90, 91, 98, 127, 137, 201, 210, 213, 243, 257, 260, 262, 266–268, 270, 279, 283, 284, 286, 289, 294, 300, 302, 333, 334, 336–339, 342, 344, 348, 351–354, 368, 370  
 Evtušenko, Evgenij 278, 279  
 Ėntin, Vladimir 312, 317, 329  
  
 Fadeev, Valerij 213, 215  
 Falin, Valentin 123  
 Fedotov, Michail 317, 329  
  
 Gamkrelidze, Tamas 272  
 Gamsachurdija, Zviad 93, 129, 202, 333  
 Genscher, Hans-Dietrich 33, 41, 67, 208  
 Gerasimov, Anatolij 265  
 Gorbačev, Michail passim  
 Gračev, Andrej 33, 51, 82, 83, 235, 255  
 Granin, Daniil 267  
 Grigor'janc, Sergej 93, 95, 106, 116, 128–130, 136, 142–146, 148  
 Gromyko, Andrej 25, 40, 41, 60, 167, 214, 244, 255, 256, 260  
 Grossu, Semen 257

- Hannibalsson, Jón Baldvin 200  
Havel, Václav 199
- Ignatenko, Vitalij 342  
Igrunov, Vjačeslav 34, 246  
Ivāns, Dainis 190, 200
- Jakovlev, Aleksandr 23, 26, 33, 52, 82, 123, 126, 128, 243, 245, 259, 328, 336, 341  
Jakovlev, Egor 123  
Jakunin, Gleb 84, 94, 108, 129, 130, 140  
Jarin, Veniamin 256  
Javlinskij, Grigorij 339  
Jurkāns, Jānis 199
- Kagarlickij, Boris 89  
Kaputikjan, Silva 137  
Karjakin, Jurij 212, 223  
Kašlev, Jurij 24, 25, 33, 63, 74, 76, 83, 84, 95, 154, 156, 308, 321, 323, 324, 371  
Kisilev, Jurij 104  
Kolbin, Gennadij 171, 256  
Korotič, Vitalij 123, 138, 143, 212, 216, 258, 266, 267  
Kostava, Merab 93, 129, 202  
Kovalev, Anatolij 66, 69, 119, 125, 162, 326  
Kovalev, Sergej 93, 94, 108, 130, 132, 333, 355  
Kravčenko, Leonid 341  
Kunajev, Dinmuhammed 171  
Kuzmickas, Bronius 200  
Kuznecov, Sergej 146, 147, 149
- Landa, Maľva 104, 107, 129  
Landsbergis, Vytautas 195, 200, 208, 273  
Lapkovskij, Valerij 318  
Laščiver, Asja 104, 129  
Lichačev, Dmitrij 267  
Ligačev, Egor 90, 111, 122, 125, 204, 213, 222, 243, 244, 249, 250, 255–260, 290, 322, 339  
Ljubarskij, Kronid 34, 312, 333, 334  
Lomejko, Vladimir 66  
Luk'janov, Anatolij 270, 325  
Lužkov, Jurij 128
- Marčenko, Anatolij 66, 82, 165  
Medvedev, Vadim 144, 245, 329, 350  
Medvedev, Dmitrij 369  
Meľnikov, Vladimir 256, 257  
Meri, Lennart 184  
Mironenko, Viktor 112, 113  
Mlynář, Zdeněk 360  
Molotov, Vjačeslav 37
- Nabokov, Vladimir 126, 141  
Navasardjan, Ašot 93, 135
- Nazarov, Vladimir 241  
Novak, Michael 33  
Novodvorskaja, Valerija 92, 103, 117, 131, 146, 210, 213, 214, 218, 220, 221, 246
- Obminskij, Ernest 335, 344  
Ogorodnikov, Aleksandr 94, 105, 140, 297, 318  
Orlov, Jurij 56, 69  
Orlov, Vladimir 272  
Ožereľev, Oleg 340
- Paľm, Viktor 281  
Pasternak, Boris 126  
Patiašvili, Džumber 256, 257, 272  
Pavlov, Valentin 340, 351, 352  
Peľman, Grigorij 89, 101  
Peters, Jānis 190  
Petrakov, Nikolaj 340, 342  
Petrušenko, Nikolaj 337  
Podrabinek, Aleksandr 35, 93, 95, 107, 127–130, 141, 146  
Polozkov, Ivan 338, 339  
Popov, Gavriil 267, 270, 274, 280–284  
Postnikov, Viktor 256  
Primakov, Jevgenij 58, 350  
Prunskienė, Kazimiera 195  
Pugo, Boris 180, 190, 256, 340, 351  
Putin, Vladimir 368, 369
- Reagan, Ronald 55, 56, 109, 155, 161, 167, 215, 240, 309  
Rapacki, Adam 37  
Rasputin, Valentin 125, 277  
Rešetov, Jurij 25, 249  
Rodionov, Igor 272  
Rožkalns, Jānis 179  
Rust, Mathias 211  
Rüütel, Arnold 195, 208  
Ryžkov, Nikolaj 290, 334, 338–340
- Sacharov, Andrej 58, 77, 82, 83, 94, 96, 97, 106, 129, 137, 223–225, 229, 230, 239, 267, 268, 270–274, 276, 278, 281–284, 288, 300, 309, 338  
Sagdeev, Roald 267  
Sajkin, Valerij 265  
Samodurov, Jurij 102  
Samoščenko, Ivan 155  
Sannikova, Elena 84  
Saudargas, Algirdas 199  
Savisaar, Edgar 181, 183, 185, 190, 200  
Schifter, Richard 33, 154, 155, 162, 240  
Schultz, George 308  
Schwarzenberg, Karl Johannes 229  
Senderov, Valerij 105

- Sofinskij, Vsevolod 61, 371  
 Solomencev, Michail 256, 260  
 Solov'ev, Jurij 112, 265, 266  
 Solženicyn, Aleksandr 126, 141, 224, 285  
 Songaila, Ringaudas 194, 257  
 Skurlatov, Valerij 338  
 Skvirskij, Vladimir 104  
 Smirnov, Aleksej 35, 94, 295  
 Snetkov, Boris 265  
 Stankevič, Sergej 102, 266, 268, 269, 278, 331  
 Starčik, Petr 104  
 Starodubcev, Vasilij 343, 351, 356  
 Sucharov, Aleksandr 84  
 Suetnov, Aleksandr 130  
 Šatalin, Stanislav 340, 342  
 Ščaranskij, Anatolij 69, 154  
 Ščerbickij, Vladimir 222  
 Ševardnadze, Ėduard 23-26, 33, 53, 60, 61, 65, 68, 70, 71, 75, 76, 105, 155, 200, 235, 245, 249-251, 316, 321, 323, 325, 328, 335, 336, 338, 341, 344, 346  
 Ter-Petrosjan, Levon Hakobi 207  
 Thatcher, Margaret 310  
 Timofeev, Lev 93, 128, 132, 229-231, 320  
 Tolpežnikov, Wilen 272  
 Vāljas, Vaino 184, 185, 257  
 Vaino, Karl 181, 183, 184  
 Vagris, Jānis 190, 193  
 Vasil'ev, Dmitrij 97  
 Velikanova, Tat'jana 84, 94  
 Verchovskij, Aleksandr 132  
 Vesirov, Abdul-Rachman 144  
 Voronin, Vladimir 338  
 Vorotnikov, Vitalij 122, 204, 244  
 Voss, Eugen 231  
 Vlasov, Jurij 275, 279  
 Wrede, Hans-Heinrich 306  
 Zagladin, Vadim 26, 157, 159  
 Zalesckij, Aleksej 318  
 Zalygin, Sergej 123  
 Zaslavskaja, Tatjana 123, 278  
 Zelinskaja, Elena 134, 316, 317  
 Zimmermann, Warren 74, 308  
 Zivs, Samuil 156  
 Ždanov, Jurij 58  
 Žemkova, Elena 35  
 Žirinovskij, Vladimir 338  
 Zolotarev, Viktor 102, 215